

Bevölkerung und Entwicklung
nationale und internationale Dokumente

Bevölkerung und Entwicklung
nationale und internationale Dokumente

Die Dokumentation kann gegen einen Unkostenbeitrag von ATS 100.- bei der ÖGF, Postfach 125, 1183 Wien bestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

ZUSAGEN INTERNATIONAL/ NATIONAL	7
INTERNATIONALE DOKUMENTE	9
<i>Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948)</i>	9
<i>Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966)</i>	13
<i>Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966)</i>	26
<i>Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (1982)</i>	33
<i>Optional Protocol to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (1999)</i>	39
<i>Übereinkommen über die Rechte des Kindes (1989)</i>	42
<i>World Conference on Human Rights (1993)</i>	57
<i>Programme of Action of the United Nations International Conference on Population & Development (1994)</i>	73
<i>Overall review and appraisal of the implementation of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development (1999)</i>	121
<i>Resolution der vierten Weltfrauenkonferenz (1995)</i>	137
<i>Further actions and initiatives to implement the Beijing Declaration and the Platform for Action (10 June 2000)</i>	229
<i>Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung (1996)</i>	251
<i>Oecd/Dac</i>	264
NATIONALE DOKUMENTE ÖSTERREICHS	268
<i>Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe, 1999-2001 (Auszüge)</i>	268
<i>Aussenpolitischer Bericht 1998 (Auszüge)</i>	270

Zusagen International/ National

Internationale Dokumente

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948)

Präambel

die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet, Da Verkennung und Mißachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben, und da die Schaffung einer Welt, in der den Menschen, frei von Furcht und Not, Rede- und Glaubensfreiheit zuteil wird, als das höchste Bestreben der Menschheit verkündet worden ist,

Da es wesentlich ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen wird,

Da es wesentlich ist, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern,

Da die Völker der Vereinten Nationen in der Satzung ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei größerer Freiheit zu fördern,

Da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durchzusetzen,

Da eine gemeinsame Auffassung über diese Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist,

proklamiert

die Generalversammlung

diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung dieser Rechte und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende Maßnahmen im nationalen und internationalen Bereiche ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Verwirklichung bei der Bevölkerung sowohl der Mitgliedstaaten wie der ihrer Oberhoheit

Artikel 1

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2

Jedermann hat Anspruch auf die in dieser Erklärung proklamierten Rechte und Freiheiten ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Vermögen, Geburt oder sonstigem Status.

Weiter darf keine Unterscheidung gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, ohne Rücksicht, darauf, ob es unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder irgendeiner anderen Beschränkung seiner Souveränität unterworfen ist.

Artikel 3

Jedermann hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 4

Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.

Artikel 5

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 6

Jedermann hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

Artikel 7

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, welche die vorliegende Erklärung verletzen würde, und gegen jede Aufreizung zu einer derartigen Diskriminierung.

Artikel 8

Jedermann hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzen.

Artikel 9

Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

Artikel 10

Jedermann hat in voller Gleichberechtigung Anspruch darauf, daß über seine Ansprüche und Verpflichtungen und über jede gegen ihn erhobene strafrechtliche Anklage durch ein unabhängiges und unparteiisches Gericht in billiger

Artikel 11

1. Jeder wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte hat Anspruch darauf, als unschuldig zu gelten, bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat,

2. Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach inländischem oder nach internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine schwerere Strafe als die im Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden.

Artikel 12

Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder rechtswidrigen Beeinträchtigungen seiner Ehe und seines Rufes ausgesetzt werden. Jedermann hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 13

1. Jedermann hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Wohnsitz frei zu wählen.

2. Jedermann hat das Recht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Artikel 14

1. Jedermann hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

2. Dieses Recht kann im Fall einer Verfolgung wegen echter nichtpolitischer Verbrechen oder wegen Handlungen, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen, nicht in Anspruch genommen werden.

Artikel 15

1. Jedermann hat Anspruch auf eine Staatsangehörigkeit.

2. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch ihm das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Artikel 16

1. Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter haben ohne Beschränkung auf Grund der Rasse, der oder der Religion das Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen. Sie haben gleiche Rechte bei der Eheschließung, während der Ehe und bei Auflösung der Ehe.

2. Eine Ehe darf nur im freiem und vollen Einverständnis der künftigen Ehegatten geschlossen werden.

Artikel 17

1. Jedermann hat das Recht, allein oder in Gemeinschaft mit anderen Eigentum zu haben.

2. Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 18

Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Unterricht, Ausübung, Gottesdienst und Beachtung religiöser Bräuche zu bekunden.

Artikel 19

Jedermann hat das Recht auf Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die unbehinderte Meinungsfreiheit und die Freiheit, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut durch Mittel jeder Art sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.

Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens unterstützen.

3. Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Artikel 27

1. Jedermann hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.

2. Jedermann hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die sich für ihn als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst ergeben.

Artikel 28

Jedermann hat das Recht auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung ausgesprochenen Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Artikel 29

1. Jedermann hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entwicklung seiner

2. Jedermann ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu

sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

3. Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten

Artikel 30

Nichts in dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, daß es für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die auf die Abschaffung der in dieser Erklärung ausgesprochenen Rechte und Freiheiten hinzielt.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966)

Präambel

Die Vertragsstaaten dieses Paktes,

In der Erwägung, daß nach den in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsätzen die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft inwohnenden Würde und der Gleichheit und Unveräußerlichkeit ihrer Rechte die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

In der Erkenntnis, daß sich diese Rechte aus der dem Menschen inwohnenden Würde herleiten,

In der Erkenntnis, daß nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Ideal vom freien Menschen, der bürgerliche und politische Freiheit genießt und frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn Verhältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine bürgerlichen und politischen Rechte ebenso wie seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte genießen kann,

In der Erwägung, daß die Charta der Vereinten Nationen die Staaten verpflichtet, die allgemeine und wirksame Achtung der Rechte und Freiheiten des Menschen zu fördern,

Im Hinblick darauf, daß der einzelne gegenüber seinen Mitmenschen und der Gemeinschaft, der er angehört, Pflichten hat und gehalten ist, für die Förderung und Achtung der in diesem Pakt anerkannten Rechte einzutreten,

Vereinbaren folgende Artikel:

Teil I

Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Falle darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.

Teil II

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, die in diesem Pakt anerkannten Rechte zu achten und sie allen in seinem Gebiet befindlichen und seiner Herrschaftsgewalt unterstehenden Personen ohne Unterschied wie insbesondere der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status zu gewährleisten.

(2) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, im Einklang mit seinem verfassungsmäßigen Verfahren und mit den Bestimmungen dieses Paktes die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die gesetzgeberischen oder sonstigen Vorkehrungen zu treffen, die notwendig sind, um den in diesem Pakt anerkannten Rechten Wirksamkeit zu verleihen, soweit solche Vorkehrungen nicht bereits getroffen worden sind.

(3) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich,

a) dafür Sorge zu tragen, daß jeder, der in seinen in diesem Pakt anerkannten Rechten oder Freiheiten verletzt worden ist, das Recht hat, eine wirksame Beschwerde einzulegen, selbst wenn die Verletzung von Personen begangen worden ist, die in amtlicher Eigenschaft gehandelt haben;

b) dafür Sorge zu tragen, daß jeder, der eine solche Beschwerde erhebt, sein Recht durch das zuständige Gerichts-, Verwaltungs- oder Gesetzgebungsorgan oder durch eine andere, nach den Rechtsvorschriften des Staates zuständige Stelle feststellen lassen kann, und den gerichtlichen Rechtsschutz auszubauen;

c) dafür Sorge zu tragen, daß die zuständigen Stellen Beschwerden, denen stattgegeben wurde, Geltung verschaffen.

Artikel 3

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Ausübung aller in diesem Pakt festgelegten bürgerlichen und politischen Rechte sicherzustellen.

Artikel 4

(1) Im Falle eines öffentlichen Notstandes, der das Leben der Nation bedroht und der amtlich verkündet ist, können die Vertragsstaaten Maßnahmen ergreifen, die ihre Verpflichtungen aus diesem Pakt in dem Umfang, den die Lage raft setzen, vorausgesetzt, daß diese Maßnahmen ihren sonstigen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht zuwiderlaufen und keine Diskriminierung allein wegen der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion oder der sozialen Herkunft enthalten.

(2) Auf Grund der vorstehenden Bestimmung dürfen die Artikel 6, 7, 8 (Absätze 1 und 2), 11, 15, 16 und 18 nicht

(3) Jeder Vertragsstaat, der das Recht, Verpflichtungen außer Kraft zu setzen, ausübt, hat den übrigen Vertragsstaaten durch Vermittlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen unverzüglich mitzuteilen, welche Bestimmungen er außer Kraft gesetzt hat und welche Gründe ihn dazu veranlaßt haben. Auf demselben Wege ist durch eine weitere Mitteilung der Zeitpunkt anzugeben, in dem eine solche Maßnahme endet.

Artikel 5

(1) Keine Bestimmung dieses Paktes darf dahin ausgelegt werden, daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die auf die Abschaffung der in diesem Pakt anerkannten Rechte und Freiheiten oder auf weitergehende Beschränkungen dieser Rechte und Freiheiten, als in dem Pakt vorgesehen, hinzielt.

(2) Die in einem Vertragsstaat durch Gesetze, Übereinkommen, Verordnungen oder durch Gewohnheitsrecht anerkannten oder bestehenden grundlegenden Menschenrechte dürfen nicht unter dem Vorwand beschränkt oder außer Kraft gesetzt werden, daß dieser Pakt derartige Rechte nicht oder nur in einem geringeren Ausmaße anerkenne.

Teil III

Artikel 6

(1) Jeder Mensch hat ein angebotenes Recht auf Leben. Dieses Recht ist gesetzlich zu schützen. Niemand darf

(2) In Staaten, in denen die Todesstrafe nicht abgeschafft worden ist, darf ein Todesurteil nur für schwerste Verbrechen auf Grund von Gesetzen verhängt werden, die zur Zeit der Begehung der Tat in Kraft waren und die den Bestimmungen dieses Paktes und der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes nicht widersprechen. Diese Strafe darf nur auf Grund eines von einem zuständigen Gericht erlassenen rechtskräftigen Urteils vollstreckt werden.

(3) Erfüllt die Tötung den Tatbestand des Völkermordes, so ermächtigt dieser Artikel die Vertragsstaaten nicht, sich in irgendeiner Weise einer Verpflichtung zu entziehen, die sie nach den Bestimmungen der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes übernommen haben.

(4) Jeder zum Tode Verurteilte hat das Recht, um Begnadigung oder Umwandlung der Strafe zu bitten. Amnestie, Begnadigung oder Umwandlung der Todesstrafe kann in allen Fällen gewährt werden.

(5) Die Todesstrafe darf für strafbare Handlungen, die von Jugendlichen unter 18 Jahren begangen worden sind, nicht verhängt und an schwangeren Frauen nicht vollstreckt werden.

(6) Keine Bestimmung dieses Artikels darf herangezogen werden, um die Abschaffung der Todesstrafe durch einen Vertragsstaat zu verzögern oder zu verhindern.

Artikel 7

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. Insbesondere darf niemand ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen unterworfen werden.

Artikel 8

(1) Niemand darf in Sklaverei gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten.

(2) Niemand darf in Leibeigenschaft gehalten werden.

(3) a) Niemand darf gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten;

b) Buchstabe a ist nicht so auszulegen, daß er in Staaten, in denen bestimmte Straftaten mit einem mit Zwangsarbeit verbundenen Freiheitsentzug geahndet werden können, die Leistung von Zwangsarbeit auf Grund einer Verurteilung durch ein zuständiges Gericht aussch

c) als "Zwangs- oder Pflichtarbeit" im Sinne dieses Absatzes gilt nicht

i) jede nicht unter Buchstabe b genannte Arbeit oder Dienstleistung, die normalerweise von einer Person verlangt wird, der auf Grund einer rechtmäßigen Gerichtsentscheidung die Freiheit entzogen oder die aus einem solchen Freiheitsentzug bedingt entlassen worden ist;

ii) jede Dienstleistung militärischer Art sowie in Staaten, in denen die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkannt wird, jede für Wehrdienstverweigerer gesetzlich vorgeschriebene nationale Dienstleistung;

iii) jede Dienstleistung im Falle von Notständen oder Katastrophen, die das Leben oder das Wohl der Gemeinschaft bedrohen;

iv) jede Arbeit oder Dienstleistung, die zu den normalen Bürgerpflichten geh

Artikel 9

(1) Jedermann hat ein Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit. Niemand darf willkürlich festgenommen oder in Haft gehalten werden. Niemand darf seine Freiheit entzogen werden, es sei denn aus gesetzlich bestimmten Gründen und unter Beachtung des im Gesetz vorgeschriebenen Verfahrens.

(2) Jeder Festgenommene ist bei seiner Festnahme über die Gründe der Festnahme zu unterrichten und die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen sind ihm unverzüglich mitzuteilen.

(3) Jeder, der unter dem Vorwurf einer strafbaren Handlung festgenommen worden ist oder in Haft gehalten wird, muß unverzüglich einem Richter oder einer anderen gesetzlich zur Ausübung richterlicher Funktionen ermächtigten Amtsperson vorgeführt werden und hat Anspruch auf ein Gerichtsverfahren innerhalb angemessener Frist oder auf Entlassung aus der Haft. Es darf nicht die allgemeine Regel sein, daß Personen, die eine gerichtliche Aburteilung erwarten, in Haft gehalten werden, doch kann die Freilassung davon abhängig gemacht werden, d
Erscheinen zur Hauptverhandlung oder zu jeder anderen Verfahrenshandlung und gegebenenfalls zur Vollstreckung des Urteils Sicherheit geleistet wird.

ntlichen Ordnung (ordre public) oder der nationalen Sicherheit in einer demokratischen Gesellschaft oder wenn es im Interesse des Privatlebens der Parteien erforderlich ist oder - soweit dies nach Auffassung des Gerichts unbedingt erforderlich ist - unter besonderen Umständen, in denen die Öffentlichkeit des Verfahrens die Interessen der Gerechtigkeit beeinträchtigen würde, können Presse und Öffentlichkeit während der ganzen oder eines Teils der Verhandlung ausgeschlossen werden; jedes Urteil in einer Straf- oder Zivilsache ist jedoch öffentlich zu verkünden, sofern nicht die Interessen jugendlicher dem entgegenstellen oder das Verfahren Ehestreitigkeiten oder die Vormundschaft über Kinder betrifft.

(2) Jeder wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte hat Anspruch darauf, bis zu dem im gesetzlichen Verfahren erbrachten Nachweis seiner Schuld als unschuldig zu gelten.

Artikel 16

Jedermann hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

Artikel 17

- (1) Niemand darf willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder rechtswidrigen Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden.
- (2) Jedermann hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 18

(1) Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.

(2) Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde.

(3) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.

(4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.

Artikel 19

(1) Jedermann hat das Recht auf unbehinderte Meinungsfreiheit.

(2) Jedermann hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere Mittel eigener Wahl sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugehen.

(3) Die Ausübung der in Absatz 2 vorgesehenen Rechte ist mit besonderen Pflichten und einer besonderen Verantwortung verbunden. Sie kann daher bestimmten, gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die erforderlich sind

a) für die Achtung der Rechte oder des Rufs anderer;

b) für den Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), der Volksgesundheit oder der

Artikel 20

(1) Jede Kriegspropaganda wird durch Gesetz verboten.

(2) Jedes Eintreten für nationalen, rassistischen oder religiösen Haß, durch das zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt aufgestachelt wird, wird durch Gesetz verboten.

Artikel 21

Das Recht, sich friedlich zu versammeln, wird anerkannt. Die Ausübung dieses Rechts darf keinen anderen als den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen oder der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), zum Schutz der Volksgesundheit, der öffentlichen Sittlichkeit oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind.

Artikel 22

(1) Jedermann hat das Recht, sich frei mit anderen zusammenzuschließen sowie zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und ihnen beizutreten.

(2) Die Ausübung dieses Rechts darf keinen anderen als den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen oder der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), zum Schutz der Volksgesundheit, der öffentlichen Sittlichkeit oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind. Dieser Artikel steht gesetzlichen Einschränkungen der Ausübung dieses Rechts für Angehörige der Streitkräfte oder der Polizei nicht entgegen.

(3) Keine Bestimmung dieses Artikels ermächtigt die Vertragsstaaten des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation von 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen oder Gesetze so anzuwenden, daß die Garantien des oben genannten

Artikel 23

- (1) Die Familie ist die natürliche Keimzelle der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.
- (2) Das Recht von Mann und Frau, im heiratsfähigen Alter eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen, wird anerkannt.
- (3) Eine Ehe darf nur im freien und vollen Einverständnis der künftigen Ehegatten geschlossen werden.
- (4) Die Vertragsstaaten werden durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, daß die Ehegatten gleiche Rechte und Pflichten bei der Eheschließung, während der Ehe und bei Auflösung der Ehe haben. Für den nötigen Schutz der Kinder im Falle einer Auflösung der Ehe ist Sorge zu tragen.

Artikel 24

- (1) Jedes Kind hat ohne Diskriminierung hinsichtlich der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens oder der Geburt das Recht auf diejenigen Schutzmaßnahmen durch seine Familie, die Gesellschaft und den Staat, die seine Rechtsstellung als Minderjähriger erfordert.
- (2) Jedes Kind muß unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register eingetragen werden und einen Namen erhalten.
- (3) Jedes Kind hat das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Artikel 25

Jeder Staatsbürger hat das Recht und die Möglichkeit, ohne Unterschied nach den in Artikel 2 genannten Merkmalen und ohne unangemessene Einschränkungen

- a) an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen;
- b) bei echten, wiederkehrenden, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen, bei denen die freie Äußerung des zu wählen und gewählt zu werden;
- c) unter allgemeinen Gesichtspunkten der Gleichheit zu öffentlichen Ämtern seines Landes Zugang zu haben.

Artikel 26

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. In dieser Hinsicht hat das Gesetz jede Diskriminierung zu verbieten und allen Menschen gegen jede Diskriminierung, wie insbesondere wegen der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status, gleichen und wirksamen Schutz zu gewährleisten.

Artikel 27

Staaten mit ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten darf Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen.

Teil IV

Artikel 28

- (1) Es wird ein Ausschuß für Menschenrechte (im folgenden als "Ausschuß" bezeichnet) errichtet. Er besteht aus achtzehn Mitgliedern und nimmt die nachstehend festgelegten Aufgaben wahr.
- (2) Der Ausschuß setzt sich aus Staatsangehörigen der Vertragsstaaten zusammen, die Persönlichkeiten von hohem sittlichen Ansehen und anerkannter Sachkenntnis auf dem Gebiet der Menschenrechte sind, wobei die Zweckmäßigkeit der Beteiligung von Personen mit juristischer Erfahrung zu berücksichtigen ist.

(2) Der Vorsitzende teilt den Tod oder Rücktritt eines Ausschußmitglieds unverzüglich dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mit, der den Sitz vom Tag des Todes oder vom Wirksamwerden des Rücktritts an für frei geworden erklärt.

Artikel 34

(1) Wird ein Sitz nach Artikel 33 für frei geworden erklärt und läuft die Amtszeit des zu ersetzenden Mitglieds nicht innerhalb von sechs Monaten nach dieser Erklärung ab, so teilt der Generalsekretär dies allen Vertragsstaaten mit, die innerhalb von zwei Monaten nach Maßgabe des Artikels 29 Kandidaten zur Besetzung des frei gewordenen Sitzes vorschlagen können.

sein Amt unparteiisch und gewissenhaft ausüben werde.

Artikel 39

- (1) Der Ausschuß wählt seinen Vorstand für zwei Jahre. Eine Wiederwahl der Mitglieder des Vorstands ist zulässig.
- (2) Der Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung, die unter anderem folgend
 - a) Der Ausschuß ist bei Anwesenheit von zwölf Mitgliedern beschlußfähig .
 - b) Der Ausschuß faßt seine Beschlüsse mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

Artikel 40

- (1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, über die Maßnahmen, die sie zur Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte getroffen haben, und über die dabei erzielten Fortschritte Berichte vorzulegen, und zwar
 - a) innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Paktes für den betreffenden Vertragsstaat,
 - b) danach jeweils auf Anforderung des Ausschusses.
- (2) Alle Berichte sind dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übermitteln, der sie dem Ausschuß zur Prüfung zuleitet. In den Berichten ist auf etwa bestehende Umstände und Schwierigkeiten hinzuweisen, die die Durchführung dieses Paktes behindern.
- (3) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen kann nach Beratung mit dem Ausschuß den Sonderorganisationen Abschriften der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Teile der Betriebe zuleiten.
- (4) Der Ausschuß prüft die von den Vertragsstaaten eingereichten Berichte. Er übersendet den Vertragsstaaten seine eigenen Berichte sowie ihm geeignet erscheinende allgemeine Bemerkungen. Der Ausschuß kann diese

Bemerkungen zusammen mit Abschriften der von den Vertragsstaaten empfangenen Berichte auch dem Wirtschafts- und Sozialrat zuleiten.

(5) Die Vertragsstaaten können dem Ausschuß Stellungnahmen zu den nach Absatz 4 abgegebenen Bemerkungen

Artikel 41

(1) Ein Vertragsstaat kann auf Grund dieses Artikels jederzeit erklären, daß er die Zuständigkeit des Ausschusses zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen anerkennt, in denen ein Vertragsstaat geltend macht, ein anderer Vertragsstaat komme seinen Verpflichtungen aus diesem Pakt nicht nach. Mitteilungen auf Grund dieses Artikels können nur entgegengenommen und geprüft werden, wenn sie von einem Vertragsstaat eingereicht werden, der für sich selbst die Zuständigkeit des Ausschusses durch eine Erklärung Mitteilung entgegennehmen, die einen Vertragsstaat betrifft, der keine derartige Erklärung abgegeben hat. Auf Mitteilungen, die auf Grund dieses Artikels eingehen, ist folgendes Verfahren anzuwenden:

a) Ist ein Vertragsstaat der Auffassung, daß ein anderer Vertragsstaat die Bestimmungen dieses Paktes nicht durchführt, so kann er den anderen Staat durch eine schriftliche Mitteilung darauf hinweisen. Innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Mitteilung hat der Empfangsstaat dem Staat, der die Mitteilung übersandt hat, in bezug auf die Sache eine schriftliche Erklärung oder sonstige Stellungnahme zukommen zu lassen, die, soweit es möglich und angebracht ist, einen Hinweis auf die in der Sache durchgeführten, anhängigen o innerstaatlichen Verfahren und Rechtsbehelfe enthalten soll.

b) Wird die Sache nicht innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der einleitenden Mitteilung bei dem Empfangsstaat zur Zufriedenheit der beiden beteiligten Vertragsstaaten geregelt, so hat jeder der beiden Staaten das Recht, die Sache dem Ausschuß zu unterbreiten, indem er diesem und dem anderen Staat eine entsprechende Mitteilung macht.

c) Der Ausschuß befaßt sich mit einer ihm unterbreiteten Sache erst darin, wenn er sich Gewißheit verschafft hat, daß alle in der Sache zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsbehelfe in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts eingelegt und erschöpft worden sind. Dies gilt nicht, wenn das Verfahren bei der Anwendung der Rechtsbehelfe unangemessen lange gedauert hat.

d) Der Ausschuß berät über Mitteilungen auf Grund dieses Artikels in nichtöffentlicher Sitzung.

e) Sofern die Voraussetzungen des Buchstaben c erfüllt sind, stellt der Ausschuß den beteiligten Vertragsstaaten seine guten Dienste zur Verfügung, um eine gütliche Regelung der Sache auf der Grundlage der Achtung der in diesem Pakt anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten herbeizuführen.

f) Der Ausschuß kann in jeder ihm unterbreiteten Sache die unter Buchstabe b genannten beteiligten Vertragsstaaten auffordern, alle erheblichen Angaben beizubringen.

g) Die unter Buchstabe b genannten beteiligten Vertragsstaaten haben das Recht, sich vertreten zu lassen sowie mündlich und/oder schriftlich Stellung zu nehmen, wenn die Sache vom Ausschuß verhandelt wird.

h) Der Ausschuß legt innerhalb von zwölf Monaten nach Eingang der unter Buchstabe b vorgesehenen Mitteilung einen Bericht vor:

i) Wenn eine Regelung im Sinne von Buchstabe e zustandegekommen ist, beschränkt der Ausschuß seinen Bericht auf eine kurze Darstellung des Sachverhalts und der erzielten Regelung;

ii) wenn eine Regelung im Sinne von Buchstabe e nicht zustandegekommen ist, beschränkt der Ausschuß seinen Bericht auf eine kurze Darstellung des Sachverhalts; die schriftlichen Stellungnahmen und das Protokoll über die mündlichen Stellungnahmen der beteiligten Vertragsparteien sind dem Bericht beizufügen.

In jedem Falle wird der Bericht den beteiligten Vertragsstaaten übermittelt .

(2) Die Bestimmungen dieses Artikels treten in Kraft, wenn zehn Vertragsstaaten Erklärungen nach Absatz 1 abgegeben haben. Diese Erklärungen werden von den Vertragsstaaten beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der den anderen Vertragsstaaten Abschriften davon übermittelt. Eine Erklärung kann jederzeit durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Eine solche Zurücknahme berührt nicht die Prüfung einer Sache, die Gegenstand einer auf Grund dieses Artikels bereits vorgenommenen Mitteilung ist; nach Eingang der Notifikation über die Zurücknahme der Erklärung beim Generalsekretär wird keine weitere Mitteilung eines Vertragsstaates entgegengenommen, es sei denn, daß der betroffene Vertragsstaat eine neue Erklärung abgegeben hat.

- (3) Die Kommission wählt ihren Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (4) Die Sitzungen der Kommission finden in der Regel am Sitz der Vereinten Nationen oder beim Büro der Vereinten Nationen in Genf statt. Sie können jedoch auch an jedem anderen geeigneten Ort stattfinden, den die Kommission im Benehmen mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und den beteiligten Vertragsstaaten bestimmt.
- (5) Das in Artikel 36 vorgesehene Sekretariat steht auch den auf Grund dieses Artikels eingesetzten Kommissionen zur Verfügung.
- (6) Die dem Ausschuß zugegangenen und von ihm zusammengestellten Angaben sind der Kommission zugänglich zu machen, und die Kommission kann die beteiligten Vertragsstaaten um weitere erhebliche Angaben ersuchen.
- (7) Die Kommission legt, sobald sie die Sache vollständig geprüft hat, keinesfalls jedoch später als zwölf Monate, nachdem sie damit befaßt worden ist, dem Vorsitzenden des Ausschusses einen Bericht zur Übermittlung an die beteiligten Vertragsstaaten vor:
- a) Wenn die Kommission die Prüfung der Sache nicht innerhalb von zwölf Monaten abschließen kann, beschränkt sie ihren Bericht auf eine kurze Darstellung des Standes ihrer Prüfung;
 - b) wenn die Sache auf der Grundlage der Achtung der in diesem Pakt anerkannten Menschenrechte gütlich geregelt
Kommission ihren Bericht auf eine kurze Darstellung des Sachverhalts und der erzielten
Regelung;
 - c) wenn eine Regelung im Sinne von Buchstabe b nicht erzielt worden ist, nimmt die Kommission in ihren Bericht ihre Feststellungen zu allen für den Streit zwischen den beteiligten Vertragsstaaten erheblichen Sachfragen sowie ihre Ansichten über Möglichkeiten einer gütlichen Regelung auf. Der Bericht enthält auch die schriftlichen Stellungnahmen der beteiligten Vertragsstaaten und ein Protokoll über ihre mündlichen Stellungnahmen;
 - d) wenn der Bericht der Kommission gemäß Buchstabe c vorgelegt wird, teilen die beteiligten Vertragsstaaten dem Vorsitzenden des Ausschusses innerhalb von drei Monaten nach Erhalt des Berichts mit, ob sie mit dem Inhalt des Kommissionsberichts einverstanden sind.
- (8) Die Bestimmungen dieses Artikels lassen die in Artikel 41 vorgesehenen Aufgaben des Ausschusses unberührt.
- (9) Die beteiligten Vertragsstaaten tragen gleichermaßen alle Ausgaben der Kommissionsmitglieder auf der Grundlage von Voranschlägen, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen erstellt.
- (10) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist befugt, erforderlichenfalls für die Ausgaben der Kommissionsmitglieder aufzukommen, bevor die beteiligten Vertragsstaaten sie nach Absatz 9 erstattet haben.

Artikel 43

Die Mitglieder des Ausschusses und der ad hoc-Vergleichskommissionen, die nach Artikel 42 bestimmt werden können, haben Anspruch auf die Erleichterungen, Vorrechte und Befreiungen, die in den einschlägigen Abschnitten

des Übereinkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Vereinten Nationen für die im Auftrag der Vereinten Nationen tätigen Sachverständigen vorgesehen sind.

Artikel 44

Die Bestimmungen über die Durchführung dieses Paktes sind unbeschadet der Verfahren anzuwenden, die auf dem Gebiet der Menschenrechte durch oder auf Grund der Satzungen und Übereinkommen der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen vorgeschrieben sind und hindern die Vertragsstaaten nicht, in Übereinstimmung mit den zwischen ihnen in Kraft befindlichen allgemeinen oder besonderen internationalen Übereinkünften andere Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten anzuwenden.

Artikel 45

Der Ausschuß legt der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf dem Wege über den Wirtschafts- und Sozialrat einen Jahresbericht über seine Tätigkeit vor.

Teil V

Artikel 46

Keine Bestimmung dieses Paktes ist so auszulegen, daß sie die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Satzungen der Sonderorganisationen beschränkt, in denen die jeweiligen Aufgaben der verschiedenen Organe der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen hinsichtlich der in diesem Pakt, behandelten Fragen geregelt sind.

Artikel 47

Keine Bestimmung dieses Paktes ist so auszulegen, daß sie das allen Völkern innewohnende Recht auf den Genuß und die volle und freie Nutzung ihrer natürlichen Reichtümer und Mittel beeinträchtigt.

Teil VI

Artikel 48

(1) Dieser Pakt liegt für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, für alle Mitglieder einer ihrer Sonderorganisationen, für alle Vertragsstaaten der Satzung des Internationalen Gerichtshofs und für jeden anderen Staat, den die Generalversammlung der Vereinten Nationen einlädt, Vertragspartei dieses Paktes zu werden, zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieser Pakt bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

(3) Dieser Pakt liegt für jeden in Absatz 1 bezeichneten Staat zum Beitritt auf

(4) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

(5) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet alle Staaten, die diesen Pakt unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde.

Artikel 49

(1) Dieser Pakt tritt drei Monate nach Hinterlegung der fünfunddreißigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der fünfunddreißigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde diesen Pakt ratifiziert oder ihm beitrete, tritt er drei Monate nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 50

Die Bestimmungen dieses Paktes gelten ohne Einschränkung oder Ausnahme für alle Teile eines Bundesstaates.

Artikel 51

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung des Paktes vorschlagen und ihren Wortlaut beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt sodann alle Änderungsvorschläge den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm mitzuteilen, ob sie eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Beratung und Abstimmung über die Vorschläge befürworten. Befürwortet wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten eine solche Konferenz, so beruft der Generalsekretär die Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Jede Änderung, die von der Mehrheit der auf der Konferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten angenommen wird, ist der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Billigung vorzulegen.

(2) Die Änderungen treten in Kraft, wenn sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gebilligt und von einer Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten nach Maßgabe der in ihrer Verfassung vorgesehenen Verfahren angenommen worden sind.

(3) Treten die Änderungen in Kraft, so sind sie für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich, während für die anderen Vertragsstaaten weiterhin die Bestimmungen

Artikel 52

Unabhängig von den Notifikationen nach Artikel 48 Absatz 5 unterrichtet der Generalsekretär der Vereinten Nationen alle in Absatz 1 jenes Artikels bezeichneten Staaten

a) von den Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritten nach Artikel 48;

b) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Paktes nach Artikel 49 und vom Zeitpunkt des Inkrafttretens von Änderungen nach Artikel 51.

Artikel 53

(1) Dieser Pakt, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen in Artikel 48 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften dieses Paktes.

Erklärung der Bundesrepublik Deutschland vom 22. Januar 1997

nach Artikel 41 des Paktes über bürgerliche und politische Rechte:

"... ich habe die Ehre, Ihnen im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine Erklärung zu übermitteln, durch die die Bundesrepublik Deutschland die Zuständigkeit des in Artikel 29 des Internationalen Paktes vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte vorgesehenen Menschenrechtsausschusses
itere fünf Jahre anerkennt. Auf Weisung der Bundesregierung möchte ich in diesem Zusammenhang erneut auf die Vorbehalte hinweisen, die die Bundesrepublik Deutschland bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu dem genannten Internationalen Pakt zu dessen Artikel 19, 21 und 22 in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 1, Artikel 14 Absatz 3, Artikel 14 Absatz 5 und Artikel 15 Absatz 1 angebracht hat ..."

Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966)

Präambel

Die Vertragsstaaten dieses Paktes,

In der Erwägung, daß nach den in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsätzen die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft innewohnenden Würde und der Gleichheit und Gleichheit ihrer Rechte die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

In der Erkenntnis, daß sich diese Rechte aus der dem Menschen innewohnenden Würde herleiten,

In der Erkenntnis, daß nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Ideal vom freien Menschen, der frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn Verhältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ebenso wie seine bürgerlichen und politischen Rechte genießen kann,

In der Erwägung, daß die Charta der Vereinten Nationen die Staaten verpflichtet, die allgemeine und wirksame Achtung der Rechte und Freiheiten der Menschen zu fördern,

Im Hinblick darauf, daß der einzelne gegenüber seinen Mitmenschen und der Gemeinschaft, der er angehört, Pflichten hat und gehalten ist, für die Förderung und Achtung der in diesem Pakt anerkannten Rechte einzutreten,

Vereinbaren folgende Artikel:

Teil I

Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.

Teil II

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, einzeln und durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit, insbesondere wirtschaftlicher und technischer Art, unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, um nach und nach mit allen geeigneten Mitteln, vor allem durch gesetzgeberische Maßnahmen, die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, zu gewährleisten, daß die in diesem Pakt verkündeten Rechte ohne Diskriminierung hinsichtlich der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status ausgeübt werden.

(3) Entwicklungsländer können unter gebührender Berücksichtigung der Menschenrechte und der Erfordernisse ihrer Volkswirtschaft entscheiden, inwieweit sie Personen, die nicht ihre Staatsangehörigkeit besitzen, die in diesem Pakt anerkannten wirtschaftlichen Rechte gewährleisten wollen.

geeignete Schritte zum Schutz dieses Rechts.

(2) Die von einem Vertragsstaat zur vollen Verwirklichung dieses Rechts zu unternehmenden Schritte umfassen fachliche und berufliche Beratung und Ausbildungsprogramme sowie die Festlegung von Grundsätzen und Verfahren zur Erzielung einer stetigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung und einer produktiven Vollbeschäftigung unter Bedingungen, welche die politischen und wirtschaftlichen Grundfreiheiten des einzelnen schützen.

Artikel 7

Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen an, durch die

- a) ein Arbeitsentgelt, das allen Arbeitnehmern mindestens sichert
 - i) angemessenen Lohn und gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit ohne Unterschied; insbesondere wird gewährleistet, daß Frauen keine ungünstigeren Arbeitsbedingungen als Männer haben und daß sie für gleiche Arbeit gleiches Entgelt erhalten,
 - ii) einen angemessenen Lebensunterhalt für sie und ihre Familien in Übereinstimmung mit diesem Pakt;
- b) sichere und gesunde Arbeitsbedingungen,
- c) gleiche Möglichkeiten für jedermann, in seiner beruflichen Tätigkeit entsprechend aufzusteigen, wobei keine anderen Gesichtspunkte als Beschäftigungsdauer und Befähigung ausschlaggebend sein dürfen;
- d) Arbeitspausen, Freizeit, eine angemessene Begrenzung der Arbeitszeit, regelmäßiger bezahlter Urlaub sowie

oder der öffentlichen Verwaltung rechtlichen Einschränkungen unterworfen wird.

(3) Keine Bestimmung dieses Artikels ermächtigt die Vertragsstaaten des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation von 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen oder Gesetze so anzuwenden, daß die Garantien des oben genannten

Artikel 9

Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Soziale Sicherheit an; diese schließt die Sozialversicherung ein.

Artikel 10

Die Vertragsstaaten erkennen an,

1. daß die Familie als die natürliche Kernzelle der Gesellschaft größtmöglichen Schutz und Beistand genießen soll, insbesondere im Hinblick auf ihre Gründung und solange sie für die Betreuung und Erziehung unterhaltsberechtigter Kinder verantwortlich ist. Eine Ehe darf nur im freien Einverständnis der künftigen Ehegatten geschlossen werden;
2. daß Mütter während einer angemessenen Zeit vor und nach der Niederkunft besonderen Schutz genießen sollen. Während dieser Zeit sollen berufstätige Mütter bezahlten Urlaub oder Urlaub mit angemessenen Leistungen aus der Sozialen Sicherheit erhalten;
3. daß Sondermaßnahmen zum Schutz und Beistand für alle Kinder und jugendlichen ohne Diskriminierung aufgrund der Abstammung oder aus sonstigen Gründen getroffen werden sollen. Kinder und jugendliche sollen vor wirtschaftlicher und sozialer Ausbeutung geschützt werden. Ihre Beschäftigung mit Arbeiten, die ihrer Moral oder Gesundheit schaden, ihr Leben gefährden oder voraussichtlich ihre normale Entwicklung behindern, soll gesetzlich strafbar sein. Die Staaten sollen ferner Altersgrenzen festsetzen, unterhalb derer die entgeltliche Beschäftigung von Kindern gesetzlich verboten und strafbar ist.

Artikel 11

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an.

(2) In Anerkennung des grundlegenden Rechts eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, werden die Vertragsstaaten einzeln und im Wege internationaler Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen,

zu vertiefen ist;

e) die Entwicklung eines Schulsystems auf allen Stufen aktiv voranzutreiben, ein angemessenes Stipendiensystem einzurichten und die wirtschaftliche Lage der Lehrerschaft fortlaufend zu verbessern ist.

(3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, für ihre Kinder andere als öffentliche Schulen zu wählen, die den vom Staat gegebenenfalls festgesetzten oder gebilligten bildungspolitischen Mindestnormen entsprechen, sowie die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.

(4) Keine Bestimmung dieses Artikels darf dahin ausgelegt werden, daß sie die Freiheit natürlicher oder juristischer Personen beeinträchtigt, Bildungseinrichtungen zu schaffen und zu leiten, sofern die in Absatz 1 niedergelegten Grundsätze beachtet werden und die in solchen Einrichtungen vermittelte Bildung den vom Staat gegebenenfalls festgesetzten Mindestnormen entspricht.

Artikel 14

Jeder Vertragsstaat, der zu dem Zeitpunkt, da er Vertragspartei wird, im Mutterland oder in sonstigen seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten noch nicht die Grundschulpflicht auf der Grundlage der Unentgeltlichkeit

einführen konnte, verpflichtet sich, binnen zwei Jahren einen ausführlichen Aktionsplan auszuarbeiten und anzunehmen, der die schrittweise Verwirklichung des Grundsatzes der unentgeltlichen allgemeinen Schulpflicht innerhalb einer angemessenen, in dem Plan festzulegenden Zahl von Jahren vorsieht.

Artikel 15

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden an,

a) am kulturellen Leben teilzunehmen;

b) an den Errungenschaften des wissenschaftlichen Fortschritts und seiner Anwendung teilzuhaben;

c) den Schutz der geistigen und materiellen Interessen zu genießen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

(2) Die von den Vertragsstaaten zu unternehmenden Schritte zur vollen Verwirklichung dieses Rechts umfassen die zur Erhaltung, Entwicklung und Verbreitung von Wissenschaft und Kultur erforderlichen Maßnahmen.

(3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die zu wissenschaftlicher Forschung und schöpferischer Tätigkeit

(4) Die Vertragsstaaten erkennen die Vorteile an, die sich aus der Förderung und Entwicklung internationaler Kontakte und Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet ergeben.

Teil IV

Artikel 16

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, nach Maßgabe dieses Teiles Berichte über die von ihnen getroffenen Maßnahmen und über die Fortschritte vorzulegen, die hinsichtlich der Beachtung der in dem Pakt anerkannten Rechte erzielt wurden.

(2) a) Alle Berichte werden dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vorgelegt, der sie abschriftlich dem Wirtschafts - und Sozialrat übermittelt, damit dieser sie nach Maßgabe dieses Paktes prüft.

b) Sind Vertragsstaaten gleichzeitig Mitglieder von Sonderorganisationen, so übermittelt der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Teile solcher Berichte abschriftlich auch den Sonderorganisationen, soweit diese Berichte oder Teile sich auf Angelegenheiten beziehen, die nach den Satzungen dieser Organisationen in deren Aufgabenbereich fallen.

Artikel 17

(1) Die Vertragsstaaten legen ihre Berichte abschnittsweise nach Maßgabe eines Programms vor, das vom Wirtschafts - und Sozialrat binnen eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Paktes nach Konsultation der Vertragsstaaten und der betroffenen Sonderorganisationen aufzustellen ist.

(2) Die Berichte können Hinweise auf Umstände und Schwierigkeiten enthalten, die das Ausmaß der Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Pakt beeinflussen.

(3) Hat ein Vertragsstaat den Vereinten Nationen oder einer Sonderorganisation bereits sachdienliche Angaben gemacht, so brauchen diese nicht wiederholt zu werden; vielmehr genügt eine genaue Bezugnahme auf diese Angaben.

Artikel 18

Im Rahmen des ihm durch die Charta der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte und Grundfreiheiten zugewiesenen Aufgabenbereichs kann der Wirtschafts - und Sozialrat mit den Sonderorganisationen Vereinbarungen bezüglich ihrer Berichterstattung über die Fortschritte treffen, die bei der Beachtung der in ihren Tätigkeitsbereich fallenden Bestimmungen dieses Paktes erzielt wurden. Diese Berichte können Einzelheiten der von ihren zuständigen Organen angenommenen Beschlüsse und Empfehlungen über Maßnahmen zur Erfüllung dieser Bestimmungen enthalten.

Artikel 19

Teil V

Artikel 26

- (1) Dieser Pakt liegt für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, für alle Mitglieder einer ihrer Sonderorganisationen, für alle Vertragsstaaten der Satzung des Internationalen Gerichtshofs und für jeden anderen Staat, den die Generalversammlung der Vereinten Nationen einlädt, Vertragspartei dieses Paktes zu werden, zur Unterzeichnung auf.
- (2) Dieser Pakt bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.
- (3) Dieser Pakt liegt für jeden in Absatz 1 bezeichneten Staat zum Beitritt auf.
- (4) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.
- (5) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet alle Staaten, die diesen Pakt unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde.

Artikel 27

(1) Dieser Pakt tritt drei Monate nach Hinterlegung der fünfunddreißigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der fünfunddreißigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde diesen Pakt ratifiziert oder ihm beiträgt, tritt er drei Monate nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 28

Die Bestimmungen dieses Paktes gelten ohne Einschränkung oder Ausnahme für alle Teile eines Bundesstaates.

Artikel 29

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung des Paktes vorschlagen und ihren Wortlaut beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt sodann alle Änderungsvorschläge den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm mitzuteilen, ob sie eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Beratung und Abstimmung über die Vorschläge befürworten. Befürwortet wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten eine solche Konferenz, so beruft der Generalsekretär die Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein.

die von der Mehrheit der auf der Konferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten angenommen wird, ist der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Genehmigung vorzulegen.

(2) Die Änderungen treten in Kraft, wenn sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt und von einer Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten nach Maßgabe der in ihrer Verfassung vorgesehenen Verfahren angenommen worden sind.

(3) Treten die Änderungen in Kraft, so sind sie für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich, während für die anderen Vertragsstaaten weiterhin die Bestimmungen dieses Paktes und alle früher von ihnen

Artikel 30

Unabhängig von den Notifikationen nach Artikel 26 Absatz 5 unterrichtet der Generalsekretär der Vereinten Nationen alle in Absatz 1 jenes Artikels bezeichneten Staaten

a) von den Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritten nach Artikel 26-,

b) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Paktes nach Artikel 27 und vom Zeitpunkt des Inkrafttretens von Änderungen nach Artikel 29.

Artikel 31

(1) Dieser Pakt, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen in Artikel 26 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften dieses Paktes.

Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (1982)

Präambel/Promulgationsklausel

Die Vertragsstaaten dieser Konvention im Hinblick darauf, daß die Satzung der Vereinten Nationen den Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau bekräftigt, im Hinblick darauf, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte den Grundsatz der Unzulässigkeit der Diskriminierung aufstellt und verkündet, daß alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind und jeder Mensch ohne irgendeinen Unterschied, einschließlich eines Unterschieds aufgrund des Geschlechts, Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten hat, im Hinblick darauf, daß die Vertragsstaaten der Internationalen Menschenrechtspakete verpflichtet sind, die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Ausübung aller wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatsbürgerlichen und politischen Rechte zu gewährleisten, in Anbetracht der unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen abgeschlossenen internationalen Konventionen zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, ferner im Hinblick auf die Resolutionen, Erklärungen und Empfehlungen der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, jedoch besorgt darüber, daß die Frau trotz dieser verschiedenen Instrumente noch immer weitgehend diskriminiert wird, unter Hinweis darauf, daß die Diskriminierung der Frau die Grundsätze der Gleichberechtigung und der Achtung der Menschenwürde verletzt, die Frauen daran hindert, unter den gleichen Voraussetzungen wie Männer am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ihres Landes teilzunehmen, das Wachstum des Wohlstandes von Gesellschaft und Familie hemmt und der Frau die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten im Dienste ihres Landes und der Menschheit erschwert, besorgt darüber, daß dort, wo Armut herrscht, Frauen beim Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheitseinrichtungen, Bildung, Ausbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie bei der Befriedigung sonstiger Bedürfnisse am ehesten benachteiligt werden, in der Überzeugung, daß die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung auf der Grundlage von Gleichheit und Gerechtigkeit wesentlich zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau beitragen wird, nachdrücklich darauf hinweisend, daß die Beseitigung der Apartheid, aller Formen von Rassismus, rassistischer Diskriminierung, Kolonialismus, Aggression, ausländischer Besetzung und Fremdherrschaft sowie von Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unerlässlich für die volle Ausübung der Rechte von Mann und Frau ist, mit der Erklärung, Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die internationale Entspannung, die gegenseitige Zusammenarbeit aller Staaten ungeachtet ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die allgemeine und vollständige Abrüstung - insbesondere die nukleare Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle -, die Durchsetzung der Grundsätze der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Nutzens in den Beziehungen der Länder untereinander sowie die Verwirklichung des Rechts der unter Fremd- und Kolonialherrschaft sowie ausländischer Besetzung lebenden Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie auf Achtung ihrer nationalen Souveränität und territorialen Integrität den sozialen Fortschritt und die soziale Entwicklung fördern und somit zur Erreichung der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau beitragen, in der Überzeugung, daß die größtmögliche und gleichberechtigte Mitwirkung der Frau in allen Bereichen Voraussetzung für die vollständige Entwicklung eines Landes, für das Wohlergehen in der Welt und für die Sache des Friedens ist, eingedenk des bedeutenden, bisher noch nicht voll anerkannten Beitrags der Frau zum Wohlergehen der Familie und zur Gesellschaftsentwicklung, der sozialen Bedeutung der Mutterschaft und der Aufgaben beider Elternteile im Rahmen von Familie und Kindererziehung sowie in dem Bewußtsein, daß die Rolle der Frau bei der Fortpflanzung kein Grund zur Diskriminierung sein dürfe und daß die Erziehung der Kinder eine Aufgabe ist, die Männer und Frauen und die gesamte Gesellschaft teilen müssen, in dem Bewußtsein, daß sich die traditionellen Rollen von Mann und Frau in der Gesellschaft und Familie wandeln müssen, wenn es zur vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau kommen soll, entschlossen, die in der Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau niedergelegten Grundsätze zu verwirklichen und zu diesem Zwecke alle zur Beseitigung irgendeiner Form und Erscheinungsweise dieser Art von Diskriminierung erforderlichen Maßnahmen zu verabschieden, sind wie folgt übereingekommen:

TEIL I

Artikel 1

(Verfassungsbestimmung) In dieser Konvention bezeichnet der Ausdruck "Diskriminierung der Frau" jede auf Grund des Geschlechts vorgenommene Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung, die zum Ziel oder zur Folge hat, daß die von der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau ausgehende Anerkennung, Inanspruchnahme oder Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten der Frau - gleich, welchen Familienstands -

Ebenen staatlicher Verwaltung; c) das Recht auf Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben des Landes befassen.

Artikel 8

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen um sicherzustellen, daß Frauen unter den gleichen Bedingungen wie Männer und ohne jedwede Diskriminierung die Möglichkeit haben, ihre Staaten auf internationaler Ebene zu vertreten und an der Arbeit internationaler Organisationen mitzuwirken.

Artikel 9

ung mit einem Ausländer noch durch Wechsel der Staatsangehörigkeit des Mannes im Laufe der Ehe automatisch die Staatsangehörigkeit der Frau ändert, diese dadurch staatenlos wird oder ihr die Staatsangehörigkeit ihres Mannes aufgezungen wird. 2. Die Vertragsstaaten gewähren Frauen die gleichen Rechte wie Männern in bezug auf die Staatsangehörigkeit ihrer Kinder.

Teil III

Artikel 10

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau, um ihr im Bildungsbereich die gleichen Rechte wie Männern zu gewährleisten und auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau insbesondere folgendes sicherzustellen: a) gleiche Bedingungen bei der Berufsberatung, bei der Zulassung zum Unterricht und beim Erwerb von Zeugnissen an Bildungseinrichtungen jeder Art sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten; diese Gleichberechtigung gilt für die vorschulische, allgemeinbildende, fachliche, berufliche und die höhere fachliche Ausbildung sowie für jede Art der Berufsausbildung; b) Zulassung zu denselben Studienprogrammen und Prüfungen sowie Lehrkräften mit gleichwertigen Qualifikationen und zu Schulanlagen und Ausstattungen derselben Qualität; c) Beseitigung jeder Art stereotyper Rollenauffassung von Mann und Frau auf allen Erziehungsebenen und in allen Unterrichtsformen durch Förderung der Koedukation und sonstiger Erziehungsformen, die zur Erreichung dieses Zieles beitragen, insbesondere auch durch Überarbeitung von Lehrbüchern und Lehrplänen und durch Anpassung der Lehrmethoden; d) Chancengleichheit bei der Erlangung von Stipendien und sonstigen Ausbildungsbeihilfen; e) gleiche Möglichkeiten des Zugangs zu Fortbildungsprogrammen, darunter Programmen für erwachsene Analphabeten und zur funktionellen Alphabetisierung, insbesondere zur möglichst baldigen Verringerung jedes Bildungsgefälles zwischen Mann und Frau; f) Verringerung des Prozentsatzes der vorzeitigen Studienabgänge bei Studentinnen und Veranstaltung von Programmen für Mädchen und Frauen, die vorzeitig aus der Schule ausgetreten sind; g) gleiche Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme an Sport und Leibesübungen; h) Zugang zu spezifischen Informationen im Erziehungs- und Bildungsbereich, die zur Gewährleistung der Gesundheit und des Wohlergehens der Familie beitragen, einschließlich Informationen und Beratungsdiensten im Rahmen der Familienplanung.

Artikel 11

1. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau auf dem Arbeitsmarkt, um der Frau auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau gleiche Rechte zu gewährleisten, insbesondere a) das Recht auf Arbeit als unveräußerliches Recht jedes Menschen; b) das Recht auf dieselben Arbeitsmöglichkeiten einschließlich der Anwendung derselben Auswahlkriterien bei der Einstellung; c) das Recht auf freie Berufswahl und freie Wahl des Arbeitsplatzes, das Recht auf Beförderung, Arbeitsplatzsicherheit sowie alle Leistungen und Arbeitsbedingungen sowie das Recht auf Berufsausbildung und Weiterbildung, einschließlich Lehrlingsausbildung, höhere Berufsausbildung und ständige Weiterbildung; d) das Recht auf gleiches Entgelt, einschließlich sonstiger Leistungen, und auf Gleichbehandlung in bezug auf gleichwertige Arbeit sowie Gleichbehandlung bei der Bewertung der Arbeitsqualität; e) das Recht auf soziale Sicherheit, insbesondere auf Leistungen bei Eintritt in den Ruhestand sowie im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter oder sonstiger Arbeitsunfähigkeit, und ferner das Recht auf bezahlten Urlaub; f) das Recht auf Schutz der Gesundheit und auf Sicherheit am Arbeitsplatz, einschließlich des Schutzes der Fortpflanzungsfunktion. 2. Um eine Diskriminierung der Frau aus Gründen der Eheschließung oder Mutterschaft zu verhindern und ihr ein wirksames Recht auf Arbeit zu gewährleisten, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen a) zum - mit der Androhung von Sanktionen verbundenen - Verbot einer Entlassung oder Kündigung wegen Schwangerschaft oder Mutterschaftsurlaub sowie einer Diskriminierung aufgrund des Familienstands bei Entlassung oder Kündigung; b) Zur Einführung des bezahlten oder mit vergleichbaren Vorteilen verbundenen Mutterschaftsurlaubs ohne Verlust des bisherigen Arbeitsplatzes, der Rechte aufgrund des Dienstalters oder sozialer Zulagen; c) Zur Förderung der Bereitstellung der erforderlichen unterstützenden Sozialdienste, die Eltern eine Verbindung von Familienpflichten mit beruflichen Pflichten und mit der Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen, insbesondere durch die Förderung der Errichtung und des Ausbaus eines Netzes von Einrichtungen zur Kinderbetreuung; d) Zur Gewährung eines besonderen Schutzes für Frauen während der Schwangerschaft bei Beschäftigungsarten, die sich für diese als schädlich erwiesen haben. 3. Rechtsvorschriften zum Schutz der in diesem Artikel erfaßten Bereiche werden in regelmäßigen Abständen an Hand der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse überprüft und erforderlichenfalls geändert, aufgehoben oder erweitert.

Artikel 12

1. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im Gesundheitswesen, um Frauen zu den gleichen Bedingungen wie Männern Zugang

zu den Gesundheitsfürsorgediensten, einschließlich der Dienste im Zusammenhang mit der
rleisten. 2. Unbeschadet des Abs. 1 sorgen die Vertragsstaaten für
angemessene Betreuung während der Schwangerschaft sowie während und nach der Entbindung,
wobei diese Betreuung Frauen erforderlichenfalls unentgeltlich zur Verfügung steht, sowie für
eine angemessene Ernährung der Frau während der Schwangerschaft und der Stillzeit.

Artikel 13

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der
Frau in anderen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, um Frauen nach dem
Gleichheitsgrundsatz dieselben Rechte wie Männern zu gewährleisten, insbesondere a) das Recht
auf Familienbeihilfen; b) das Recht, Bankdarlehen, Hypotheken und andere Finanzkredite
aufzunehmen; c) das Recht auf Teilnahme an Freizeitbeschäftigungen, Sport und allen Aspekten
des kulturellen Lebens.

Artikel 14

1. Die Vertragsstaaten berücksichtigen die besonderen Probleme von Frauen auf dem Lande und
deren bedeutende Rolle für das wirtschaftliche Überleben ihrer Familien sowie auch ihre Arbeit
in nichtmonetären Wirtschaftssektoren, und treffen alle geeigneten Maßnahmen, um dafür zu
sorgen, daß die Bestimmungen dieser Konvention auch auf Frauen auf dem Lande Anwendung
finden. 2. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der
Diskriminierung der Frauen auf dem Lande, um dafür zu sorgen, daß sie unter den gleichen
Bedingungen wie Männer an der ländlichen Entwicklung und an den sich daraus ergebenden
Vorteilen teilhaben können, und gewährleisten ihnen insbesondere folgende Rechte: a)
Mitwirkung auf allen Ebenen an der Ausarbeitung und Durchführung von Entwicklungsplänen;
b) Zugang zu angemessenen Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge einschließlich
Informationen, Beratungsdiensten und Einrichtungen der Familienplanung; c) unmittelbaren
Anspruch auf Leistungen aus Programmen der sozialen Sicherheit; d) schulische und
außerschulische Ausbildung und Bildung jeder Art, einschließlich funktioneller Alphabetisierung,
darunter auch die Nutzung aller Gemeinschafts- und Volksbildungseinrichtungen zur Erweiterung
ihres Fachwissens; e) Organisation von Selbsthilfegruppen und Genossenschaften zur Erlangung
wirtschaftlicher Chancengleichheit durch selbständige oder unselbständige Arbeit; f) Teilnahme
an allen Gemeinschaftsaktivitäten; g) Zugang zu landwirtschaftlichen Krediten und Darlehen,
Vermarktungseinrichtungen und geeigneten Technologien sowie Gleichbehandlung im Rahmen
von Boden- und Agrarreformen und ländlichen Umsiedlungsaktionen; h) angemessene
Lebensbedingungen, insbesondere im Hinblick auf Wohnung, sanitäre Einrichtungen, Elektrizität
und Wasserversorgung sowie Verkehrs- und Nachrichteneinrichtungen.

TEIL IV

Artikel 15

1. Die Vertragsstaaten stellen die Frau dem Mann vor dem Gesetz gleich. 2. Die Vertragsstaaten
gewähren Frauen in zivilrechtlichen Angelegenheiten dieselbe Rechtsfähigkeit wie Männern und
geben ihnen dieselbe Gelegenheit zur Ausübung dieser Rechtsfähigkeit. Insbesondere räumen sie
Frauen das gleiche Recht ein, Verträge abzuschließen und Vermögen zu verwalten, und
ihnen Gleichbehandlung in allen Stadien gerichtlicher Verfahren. 3. Die Vertragsstaaten kommen
überein, daß alle Verträge und alle sonstigen privaten Urkunden jeglicher Art, deren
Rechtswirkung die Einschränkung der Rechtsfähigkeit der Frau zum Ziel hat, nichtig sind. 4. Die
Vertragsstaaten gewähren Männern und Frauen die gleichen Rechte im Rahmen der
Rechtsvorschriften über die Freizügigkeit und freie Wahl ihres Wohnsitzes und Aufenthaltsorts.

Artikel 16

1. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung
der Frau in allen ehelichen und familiären Angelegenheiten und gewährleisten insbesondere
folgende Rechte auf der Grundlage der Gleichheit von Mann und Frau: a) gleiches Recht auf
Eheschließung; b) gleiches Recht auf freie Wahl des Ehegatten sowie auf Eheschließung nur mit
freier und voller Zustimmung; c) gleiche Rechte und Pflichten in der Ehe und bei deren
Auflösung; d) gleiche Rechte und Pflichten als Eltern, ungeachtet ihres Familienstands, in allen
ihre Kinder betreffenden Angelegenheiten; in jedem Fall haben die Interessen der Kinder
Vorrang; e) gleiches Recht auf freie und verantwortungsbewußte Entscheidung über die Anzahl
und Altersunterschiede ihrer Kinder und auf Zugang zu den zur Ausübung ihrer Rechte
erforderlichen Informationen, Bildungseinrichtungen und sonstigen Mitteln; f) gleiche Rechte
und Pflichten in Fragen der Vormundschaft, Pflegschaft, Treuhandschaft und Adoption von
Kindern oder ähnlicher Einrichtungen, soweit das innerstaatliche Recht derartige Rechtsinstitute
kennt; in jedem Fall haben die Interessen der Kinder Vorrang; g) dieselben persönlichen Rechte
der Ehegatten, einschließlich des Rechts auf Wahl des Familiennamens, eines Berufs und einer
Beschäftigung; h) gleiche Rechte beider Ehegatten hinsichtlich Eigentum, Erwerb,
Bewirtschaftung, Verwaltung, Nutzung und Verfügung über Vermögen, gleichgültig, ob diese
Rechte unentgeltlich oder entgeltlich sind. 2. Die Verlobung und Verheiratung eines Kindes hat
keine Rechtswirksamkeit; es werden alle erforderlichen Maßnahmen, einschließlich der Erlassung
von Rechtsvorschriften, unternommen, um ein Mindestalter für die Ehefähigkeit festzulegen und
die Eintragung der Eheschließung in ein offizielles Register zur Pflicht zu machen.

TEIL V

Artikel 17

1. Zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung dieser Konvention wird ein Komitee für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau eingesetzt (im folgenden als "Komitee" bezeichnet); es besteht zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Konvention aus achtzehn, nach Ratifikation oder nach dem Beitritt des fünfunddreißigsten Vertragsstaates zur Konvention aus dreiundzwanzig Experten von hohem sittlichen Rang und großer Sachkenntnis auf dem von der Konvention erfaßten Gebiet. Die Experten werden von den Vertragsstaaten aus ihren Staatsangehörigen ausgewählt und sind in persönlicher Eigenschaft tätig; dabei ist auf eine ausgewogene geographische Verteilung und auf die Vertretung der unterschiedlichen Zivilisationsformen sowie der wichtigsten Rechtssysteme zu achten. 2. Die Mitglieder des Komitees werden in geheimer Abstimmung aus einer Liste von Personen gewählt, die von den Vertragsstaaten benannt worden sind. Jeder Vertragsstaat kann einen seiner eigenen Staatsangehörigen nominieren. 3. Die erste Wahl findet sechs Monate nach Inkrafttreten dieser Konvention statt. Spätestens drei Monate vor jeder Wahl fordert der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Vertragsstaaten schriftlich auf, binnen zwei Monaten ihre Nominierungen einzureichen. Der Generalsekretär erstellt sodann eine alphabetische Liste aller auf diese Weise nominierten Personen unter Angabe der sie nominierenden Vertragsstaaten und legt sie den Vertragsstaaten vor. 4. Die Wahl der Mitglieder des Komitees findet auf einer vom Generalsekretär am Sitz der Vereinten Nationen anberaumten Sitzung der Vertragsstaaten statt. In dieser Sitzung, die verhandlungs- und beschlußfähig ist, wenn zwei Drittel der Vertragsstaaten vertreten sind, gelte diejenigen Bewerber als in das Komitee gewählt, welche die höchste Stimmenzahl und die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertreter der Vertragsstaaten auf sich vereinigen. 5. Die Mitglieder des Komitees werden für vier Jahre gewählt. Jedoch läuft die Amtszeit von neun der bei der ersten Wahl gewählten Mitglieder nach zwei Jahren ab; unmittelbar nach der ersten Wahl werden die Namen dieser neun Mitglieder vom Vorsitzenden des Komitees durch das Los bestimmt. 6. Die Wahl der fünf Mitglieder des Komitees findet gemäß den Bestimmungen der Absätze 2, 3 und 4 statt, wenn fünfunddreißig Staaten die Konvention ratifiziert haben oder ihr beigetreten sind. Die Amtszeit zweier der bei dieser Gelegenheit gewählten zusätzlichen die Namen dieser beiden Mitglieder werden vom Vorsitzenden des Komitees durch das Los bestimmt. 7. Zur Besetzung eines unerwartet freiwerdenden Sitzes nominiert der Vertragsstaat, dessen Experte aufgehört hat, die Funktion eines Komiteemitgliedes auszuüben, mit der Zustimmung des Komitees einen anderen Experten seiner Nationalität. 8. Die Mitglieder des Komitees erhalten mit Zustimmung der Generalversammlung Bezüge aus Mitteln der Vereinten Nationen werden von der Versammlung unter Berücksichtigung der Bedeutung festgesetzt, die den Aufgaben des Komitees zukommt. 9. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellt dem Komitee das Personal und die Einrichtungen zur Verfügung, deren dieses zur wirksamen Wahrnehmung seiner Aufgaben nach dieser Konvention bedarf.

Artikel 18

1. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Behandlung durch das Komitee einen Bericht über die zur Durchführung dieser Konvention getroffenen gesetzgeberischen, gerichtlichen Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen und über die diesbezüglichen Fortschritte vorzulegen, und zwar a) innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Konvention für den betreffenden Staat und b) danach mindestens alle vier Jahre und sooft der Ausschuß darum ersucht. 2. Die Berichte können Umstände und Schwierigkeiten aufzeigen, die das Ausmaß der Erfüllung der in dieser Konvention eingegangenen Verpflichtungen beeinflussen.

Artikel 19

1. Das Komitee gibt sich eine Geschäftsordnung. 2. Das Komitee wählt seine Funktionäre für zwei Jahre.

Artikel 20

1. Das Komitee tritt in der Regel einmal im Jahr für höchstens zwei Wochen zur Behandlung der gemäß Artikel 18 dieser Konvention vorgelegten Berichte zusammen. 2. Die Sitzungen des Komitees finden in der Regel am Sitz der Vereinten Nationen oder an einen anderen vom Ausschuß zu bestimmenden geeigneten Ort statt.

Artikel 21

1. Das Komitee legt der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Wege des Wirtschafts- und Sozialrates einen jährlichen Tätigkeitsbericht vor und kann auf Grund seiner Prüfung der Berichte und Informationen der Vertragsstaaten Vorschläge und allgemeine Empfehlungen abgeben. Diese Vorschläge und allgemeinen Empfehlungen sind zusammen mit etwaigen Stellungnahmen der Vertragsstaaten in den Bericht des Komitees aufzunehmen. 2. Der Generalsekretär übermittelt die Berichte des Komitees an die Kommission für die Rechtsstellung der Frau zur Kenntnisnahme.

Artikel 22

Die Sonderorganisationen haben das Recht auf Teilnahme, wenn die Durchführung von Bestimmungen dieser Konvention behandelt wird, die in ihr Aufgabengebiet fallen. Das Komitee

kann die Sonderorganisationen einladen, Berichte über Durchführung dieser Konvention auf Gebieten vorzulegen, die in deren Tätigkeitsbereich fallen.

TEIL VI

Artikel 23

Diese Konvention läßt zur Herbeiführung der Gleichberechtigung von Mann und Frau geeignete Bestimmungen unberührt, die enthalten sind a) in den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates oder b) in sonstigen für diesen Staat geltenden Konventionen, Verträgen oder Abkommen.

Artikel 24

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, auf nationaler Ebene alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die volle Ausübung der in dieser Konvention anerkannten Rechte zu g

Artikel 25

1. Diese Konvention liegt für alle Staaten zur Unterzeichnung auf. 2. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Depositär dieser Konvention. 3. Diese Konvention bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen. 4. Diese Konvention liegt für alle Staaten zum Beitritt auf. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 26

1. Ein Antrag auf Revision dieser Konvention kann jederzeit von einem Vertragsstaat durch schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär gestellt werden. 2. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen entscheidet über die Schritte, die gegebenenfalls auf einen solchen Antrag hin zu unternehmen sind.

Artikel 27

1. Diese Konvention tritt am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft. 2. Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde diese Konvention ratifiziert oder ihr beitrifft, tritt die Konvention am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 28

1. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen nimmt schriftliche Vorbehalte, die ein Staat bei der Ratifikation oder beim Beitritt macht, entgegen und leitet sie allen Staaten zu. 2. Mit dem Ziel und Zweck dieser Konvention unvereinbare Vorbehalte sind unzulässig. 3. Vorbehalte jederzeit durch eine diesbezügliche Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zurückgenommen werden, der sodann alle Staaten davon in Kenntnis setzt. Diese Mitteilung wird mit dem Tag ihres Eingangs wirksam.

Artikel 29

1. Entsteht zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention eine Streitfrage, die nicht auf dem Verhandlungsweg beigelegt wird, so kann sie auf Verlangen einer Partei zur Schlichtung vorgelegt werden. Wenn sich die Parteien innerhalb von sechs Monaten vom Zeitpunkt des Schlichtungsantrages nicht über die Form des Schlichtungsverfahrens einigen können, kann jede Partei den Streitfall dem Internationalen Gerichtshof vorlegen, indem sie einen mit dessen Satzung übereinstimmenden Antrag stellt. 2. Jeder Vertragsstaat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Ratifikation dieser Konvention oder seines Beitritts zu dieser erklären, daß er die Bestimmungen des Absatz 1 für sich nicht verbindlich erachtet. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Staat, der einen derartigen Vorbehalt macht, nicht an die in diesem Absatz enthaltenen Bestimmungen gebunden. 3. Ein Vertragsstaat kann einen Vorbehalt gemäß Absatz 2 jederzeit durch Mitteilung an den

Artikel 30

Diese Konvention, deren arabischer, chinesischer, englischer französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen authentisch ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention unterzeichnet.

Optional Protocol to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (1999)

The General Assembly,

Reaffirming the Vienna Declaration and Programme of Action 1 and the Beijing Declaration and Platform for Action, *Recalling* that the Beijing Platform for Action, pursuant to the Vienna Declaration and Programme of Action, supported the process initiated by the Commission on the Status of Women with a view to elaborating a draft optional protocol to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women 4 that could enter into force as soon as possible on a right-to-petition procedure,.A/RES/54/4

Page 2 /...

Noting that the Beijing Platform for Action also called on all States that have not yet ratified or acceded to the Convention to do so as soon as possible so that universal ratification of the Convention can be achieved by the year 2000,

1. *Adopts and opens for signature, ratification and accession* the Optional Protocol to the Convention, the text of which is annexed to the present resolution;
2. *Calls upon* all States that have signed, ratified or acceded to the Convention to sign and ratify or to accede to the Protocol as soon as possible;
3. *Stresses* that States parties to the Protocol should undertake to respect the rights and procedures provided by the Protocol and cooperate with the Committee on the Elimination of Discrimination against Women at all stages of its proceedings under the Protocol;
4. *Stresses* also that in the fulfilment of its mandate as well as its functions under the Protocol, the Committee should continue to be guided by the principles of non-selectivity, impartiality and objectivity;
5. *Requests* the Committee to hold meetings to exercise its functions under the Protocol after its entry into force, in addition to its meetings held under article 20 of the Convention; the duration of such meetings shall be determined and, if necessary, reviewed by a meeting of the States parties to the Protocol, subject to the approval of the General Assembly;
6. *Requests* the Secretary-General to provide the staff and facilities necessary for the effective performance of the functions of the Committee under the Protocol after its entry into force;
7. *Also requests* the Secretary-General to include information on the status of the Protocol in her or his regular reports submitted to the General Assembly on the status of the Convention.

28 th plenary meeting

6 October 1999

ANNEX

Optional Protocol to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women

The States Parties to the present Protocol,

Noting that the Charter of the United Nations reaffirms faith in fundamental human rights, in the dignity and worth of the human person and in the equal rights of men and women,.A/RES/54/4

Page 3

5 Resolution 217 A (III).

6 Resolution 2200 A (XXI), annex. /...

Also noting that the Universal Declaration of Human Rights 5 proclaims that all human beings are born free and equal in dignity and rights and that everyone is entitled to all the rights and freedoms set forth therein, without distinction of any kind, including distinction based on sex,

Recalling that the International Covenants on Human Rights 6 and other international human rights instruments prohibit discrimination on the basis of sex,

Also recalling the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women 4 (“the Convention”), in which the States Parties thereto condemn discrimination against women in all its forms and agree to pursue by all appropriate means and without delay a policy of eliminating discrimination against women,

Reaffirming their determination to ensure the full and equal enjoyment by women of all human rights and fundamental freedoms and to take effective action to prevent violations of these rights and freedoms,

Have agreed as follows:

Article 1

A State Party to the present Protocol (“State Party”) recognizes the competence of the Committee on the Elimination of Discrimination against Women (“the Committee”) to receive and consider communications submitted in accordance with article 2.

Article 2

Communications may be submitted by or on behalf of individuals or groups of individuals, under the jurisdiction of a State Party, claiming to be victims of a violation of any of the rights set forth in the Convention by that State Party. Where a communication is submitted on behalf of individuals or groups of individuals, this shall be with their consent unless the author can justify acting on their behalf without such consent.

Article 3

Communications shall be in writing and shall not be anonymous. No communication shall be received by the Committee if it concerns a State Party to the Convention that is not a party to the present Protocol.

Article 4

1. The Committee shall not consider a communication unless it has ascertained that all available domestic remedies have been exhausted unless the application of such remedies is unreasonably prolonged or unlikely to bring effective relief..A/RES/54/4

Page 4 /...

2. The Committee shall declare a communication inadmissible where:

- (a) The same matter has already been examined by the Committee or has been or is being examined under another procedure of international investigation or settlement;
- (b) It is incompatible with the provisions of the Convention;
- (c) It is manifestly ill-founded or not sufficiently substantiated;
- (d) It is an abuse of the right to submit a communication;
- (e) The facts that are the subject of the communication occurred prior to the entry into force of the present Protocol for the State Party concerned unless those facts continued after that date.

Article 5

1. At any time after the receipt of a communication and before a determination on the merits has been reached, the Committee may transmit to the State Party concerned for its urgent consideration a request that the State Party take such interim measures as may be necessary to avoid possible irreparable damage to the victim or victims of the alleged violation.

2. Where the Committee exercises its discretion under paragraph 1 of the present article, this does not imply a determination on admissibility or on the merits of the communication.

Article 6

1. Unless the Committee considers a communication inadmissible without reference to the State Party concerned, and provided that the individual or individuals consent to the disclosure of their identity to that State Party, the Committee shall bring any communication submitted to it under the present Protocol confidentially to the attention of the State Party concerned.

2. Within six months, the receiving State Party shall submit to the Committee written explanations or statements clarifying the matter and the remedy, if any, that may have been provided by that State Party.

Article 7

1. The Committee shall consider communications received under the present Protocol in the light of all information made available to it by or on behalf of individuals or groups of individuals and by the State Party concerned, provided that this information is transmitted to the parties concerned.

2. The Committee shall hold closed meetings when examining communications under the present Protocol.

3. After examining a communication, the Committee shall transmit its views on the communication, together with its recommendations, if any, to the parties concerned..A/RES/54/4

Page 5 /...

4. The State Party shall give due consideration to the views of the Committee, together with its recommendations, if any, and shall submit to the Committee, within six months, a written response, including information on any action taken in the light of the views and recommendations of the Committee.

5. The Committee may invite the State Party to submit further information about any measures the State Party has taken in response to its views or recommendations, if any, including as deemed appropriate by the Committee, in the State Party's subsequent reports under article 18 of the Convention.

Article 8

1. If the Committee receives reliable information indicating grave or systematic violations by a State Party of rights set forth in the Convention, the Committee shall invite that State Party to cooperate in the examination of the information and to this end to submit observations with regard to the information concerned.

2. Taking into account any observations that may have been submitted by the State Party concerned as well as any other reliable information available to it, the Committee may designate one or more of its members to conduct an inquiry and to report urgently to the Committee. Where warranted and with the consent of the State Party, the inquiry may include a visit to its territory.

3. After examining the findings of such an inquiry, the Committee shall transmit these findings to the State Party concerned together with any comments and recommendations.

4. The State Party concerned shall, within six months of receiving the findings, comments and recommendations transmitted by the Committee, submit its observations to the Committee.

5. Such an inquiry shall be conducted confidentially and the cooperation of the State Party shall be sought at all stages of the proceedings.

Article 9

1. The Committee may invite the State Party concerned to include in its report under article 18 of the Convention details of any measures taken in response to an inquiry conducted under article 8 of the present Protocol.

2. The Committee may, if necessary, after the end of the period of six months referred to in article 8.4, invite the State Party concerned to inform it of the measures taken in response to such an inquiry.

Article 10

1. Each State Party may, at the time of signature or ratification of the present Protocol or accession thereto, declare that it does not recognize the competence of the Committee provided for in articles 8 and 9..A/RES/54/4

Page 6 /...

2. Any State Party having made a declaration in accordance with paragraph 1 of the present article may, at any time, withdraw this declaration by notification to the Secretary-General.

Article 11

A State Party shall take all appropriate steps to ensure that individuals under its jurisdiction are not subjected to ill treatment or intimidation as a consequence of communicating with the Committee pursuant to the present Protocol.

Article 12

The Committee shall include in its annual report under article 21 of the Convention a summary of its activities under the present Protocol.

Article 13

Each State Party undertakes to make widely known and to give publicity to the Convention and the present Protocol and to facilitate access to information about the views and recommendations of the Committee, in particular, on matters involving that State Party.

Article 14

The Committee shall develop its own rules of procedure to be followed when exercising the functions conferred on it by the present Protocol.

Article 15

1. The present Protocol shall be open for signature by any State that has signed, ratified or acceded to the Convention.
2. The present Protocol shall be subject to ratification by any State that has ratified or acceded to the Convention. Instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.
3. The present Protocol shall be open to accession by any State that has ratified or acceded to the Convention.
4. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

Article 16

1. The present Protocol shall enter into force three months after the date of the deposit with the Secretary-General of the United Nations of the tenth instrument of ratification or accession..A/RES/54/4

Page 7 /...

2. For each State ratifying the present Protocol or acceding to it after its entry into force, the present Protocol shall enter into force three months after the date of the deposit of its own instrument of ratification or accession.

Article 17

No reservations to the present Protocol shall be permitted.

Article 18

1. Any State Party may propose an amendment to the present Protocol and file it with the Secretary-General of the United Nations. The Secretary-General shall thereupon communicate any proposed amendments to the States Parties with a request that they notify her or him whether they favour a conference of States Parties for the purpose of considering and voting on the proposal. In the event that at least one third of the States Parties favour such a conference, the Secretary-General shall convene the conference under the auspices of the United Nations. Any amendment adopted by a majority of the States Parties present and voting at the conference shall be submitted to the General Assembly of the United Nations for approval.
2. Amendments shall come into force when they have been approved by the General Assembly of the United Nations and accepted by a two-thirds majority of the States Parties to the present Protocol in accordance with their respective constitutional processes.
3. When amendments come into force, they shall be binding on those States Parties that have accepted them, other States Parties still being bound by the provisions of the present Protocol and any earlier amendments that they have accepted.

Article 19

1. Any State Party may denounce the present Protocol at any time by written notification addressed to the Secretary-General of the United Nations. Denunciation shall take effect six months after the date of receipt of the notification by the Secretary-General.
2. Denunciation shall be without prejudice to the continued application of the provisions of the present Protocol to any communication submitted under article 2 or any inquiry initiated under article 8 before the effective date of denunciation.

Article 20

The Secretary-General of the United Nations shall inform all States of:

- (a) Signatures, ratifications and accessions under the present Protocol;
- (b) The date of entry into force of the present Protocol and of any amendment under article 18;
- (c) Any denunciation under article 19..A/RES/54/4

Page 8

Article 21

1. The present Protocol, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited in the archives of the United Nations.
2. The Secretary-General of the United Nations shall transmit certified copies of the present Protocol to all States referred to in article 25 of the Convention.

-Regeln) und der
Erklärung über den Schutz von Frauen und Kindern im Ausnahmezustand und bei bewaffneten Konflikten,
in der Erkenntnis, daß es in allen Ländern der Welt Kinder gibt, die in außerordentlich schwierigen V
leben, und daß diese Kinder der besonderen Berücksichtigung bedürfen,
unter gebührender Beachtung der Bedeutung der Traditionen und kulturellen Werte jedes Volkes für den Schutz
und die harmonische Entwicklung des Kindes,
in Anerkennung der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen
der Kinder in allen Ländern, insbesondere Entwicklungsländern -
haben folgendes vereinbart:

Teil I

Artikel 1

Im Sinne dieses Übereinkommens ist ein Kind jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht nicht früher eintritt.

Artikel 2

(1) Die Vertragsstaaten achten die in diesem Übereinkommen festgelegten Rechte und gewährleisten sie jedem ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Kind ohne jede Diskriminierung unabhängig von der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen und sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, einer Behinderung, der Geburt oder des sonstigen Status des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß das Kind vor allen Formen der Diskriminierung oder Bestrafung wegen des Status, der Tätigkeiten, der Meinungsäußerungen oder der Weltanschauung seiner Eltern, seines Vormunds oder seiner Familienangehörigen geschützt wird.

Artikel 3

(1) Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt der vorrangig zu berücksichtigen ist.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Kind unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten seiner Eltern, seines Vormunds oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen den Schutz und die Fürsorge zu gewährleisten, die zu seinem Wohlergehen notwendig sind; zu diesem Zweck treffen sie alle geeigneten Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen.

(3) Die Vertragsstaaten stellen sicher, daß die für die Fürsorge für das Kind oder dessen Schutz verantwortlichen Institutionen, Dienste und Einrichtungen den von den zuständigen Behörden festgelegten Normen entsprechen, insbesondere im Bereich der Sicherheit und der Gesundheit sowie hinsichtlich der Zahl und der fachlichen Eignung des Personals und des Bestehens einer ausreichenden Aufsicht.

Artikel 4

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte treffen die Vertragsstaaten derartige Maßnahmen unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel und erforderlichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit.

Artikel 5

Die Vertragsstaaten achten die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Eltern oder gegebenenfalls, soweit nach Ortsbrauch vorgesehen, der Mitglieder der weiteren Familie oder der Gemeinschaft, des Vormund oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen, das Kind bei der Ausübung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise angemessen zu leiten und zu führen.

Artikel 6

(1) Die Vertragsstaaten erkennen an, daß jedes Kind ein angeborenes Recht auf Leben hat.

(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten in größtmöglichem Umfang das Überleben und die Entwicklung des Kindes.

Artikel 7

(1) Das Kind ist unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen und hat das Recht auf einen Namen von Geburt an, das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben, und soweit möglich das Recht, seine Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden.

(2) Die Vertragsstaaten stellen die Verwirklichung dieser Rechte im Einklang mit ihrem innerstaatlichen Recht und mit ihren Verpflichtungen aufgrund der einschlägigen internationalen Übereinkünfte in diesem Bereich sicher, insbesondere für den Fall, daß das Kind sonst staatenlos wäre.

(ordre public), der Volksgesundheit, der öffentlichen Sittlichkeit oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig und mit den anderen in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte vereinbar sind.

Artikel 11

(1) Die Vertragsstaaten treffen Maßnahmen, um das rechtswidrige Verbringen von Kindern ins Ausland und ihre rechtswidrige Nichtrückgabe zu bekämpfen.

(2) Zu diesem Zweck fördern die Vertragsstaaten den Abschluß zwei- oder mehrseitiger Übereinkünfte oder den Beitritt zu bestehenden Übereinkünften.

Artikel 12

(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

Artikel 13

(1) Das Kind hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, ungeachtet der Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere vom Kind gewählte Mittel sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.

(2) Die Ausübung dieses Rechts kann bestimmten, gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die erforderlich sind

a) für die Achtung der Rechte oder des Rufes anderer oder

b) für den Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), der Volksgesundheit oder der

Artikel 14

(1) Die Vertragsstaaten achten das Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

(2) Die Vertragsstaaten achten die Rechte und Pflichten der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds, das Kind bei der Ausübung dieses Rechts in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise zu leiten.

(3) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit oder Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.

Artikel 15

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes an, sich frei mit anderen zusammenzuschließen und sich friedlich zu versammeln.

(2) Die Ausübung dieses Rechts darf keinen anderen als den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen oder der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), zum Schutz der Volksgesundheit oder der öffentlichen Sittlichkeit oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind.

Artikel 16

(1) Kein Kind darf willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung oder seinen Schriftverkehr oder rechtswidrigen Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden.

(2) Das Kind hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 17

Die Vertragsstaaten erkennen die wichtige Rolle der Massenmedien an und stellen sicher, daß das Kind Zugang hat zu Informationen und Material aus einer Vielfalt nationaler und internationaler Quellen, insbesondere derjenigen, welche die Förderung seines sozialen, seelischen und sittlichen Wohlergehens sowie geistigen Gesundheit zum Ziel haben. Zu diesem Zweck werden die Vertragsstaaten

a) die Massenmedien ermutigen, Informationen und Material zu verbreiten, die für das Kind von sozialem und kulturellem Nutzen sind und dem Geist des Artikels 29 entsprechen;

b) die internationale Zusammenarbeit bei der Herstellung, beim Austausch und bei der Verbreitung dieser Informationen und dieses Materials aus einer Vielfalt nationaler und internationaler kultureller Quellen fördern;

c) die Herstellung und Verbreitung von Kinderbüchern fördern;

d) die Massenmedien ermutigen, den sprachlichen Bedürfnissen eines Kindes, das einer Minderheit angehört oder Ureinwohner ist, besonders Rechnung zu tragen;

e) die Erarbeitung geeigneter Richtlinien zum Schutz des Kindes vor Informationen und Material, die sein Wohlergehen beeinträchtigen, fördern, wobei die Artikel 13 und 18 zu berücksichtigen sind.

Artikel 18

(1) Die Vertragsstaaten bemühen sich nach besten Kräften, die Anerkennung des Grunds, dass beide Elternteile gemeinsam für die Erziehung und Entwicklung des Kindes verantwortlich sind. Für die Erziehung und Entwicklung des Kindes sind in erster Linie die Eltern oder gegebenenfalls der Vormund verantwortlich. Dabei ist das Wohl des Kindes ihr Grundanliegen.

(2) Zur Gewährleistung und Förderung der in diesem Übereinkommen festgelegten Rechte unterstützen die Vertragsstaaten die Eltern und den Vormund in angemessener Weise bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, das Kind zu erziehen, und sorgen für den Ausbau von Institutionen, Einrichtungen und Diensten für die Betreuung von Kindern.

(3) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Kinder berufstätiger Eltern das tracht kommenden Kinderbetreuungsdienste und -einrichtungen zu nutzen.

Artikel 19

(1) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen, um das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenszufügung oder Mißhandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung einschließlich des sexuellen Mißbrauchs zu schützen, solange es sich in der Obhut der Eltern oder eines Elternteils, eines Vormunds oder anderen gesetzlichen Vertreters oder einer anderen Person befindet, die das Kind betreut.

(2) Diese Schutzmaßnahmen sollen je nach den Gegebenheiten wirksame Verfahren zur Aufstellung von Sozialprogrammen enthalten, die dem Kind und denen, die es betreuen, die erforderliche Unterstützung gewähren und andere Formen der Vorbeugung vorsehen sowie Maßnahmen zur Aufdeckung, Meldung, Weiterverweisung, Untersuchung, Behandlung und Nachbetreuung in den in Absatz 1 beschriebenen Fällen schlechter Behandlung von Kindern und gegebenenfalls für das Einschreiten der Gerichte.

Artikel 20

(1) Ein Kind, das vorübergehend oder dauernd aus seiner familiären Umgebung herausgelöst wird oder dem der Verbleib in dieser Umgebung im eigenen Interesse nicht gestattet werden kann, hat Anspruch auf den besonderen Schutz und Beistand des Staates.

(2) Die Vertragsstaaten stellen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts andere Formen der Betreuung eines solchen Kindes sicher.

(3) Als andere Form der Betreuung kommt unter anderem die Aufnahme in eine Pflegefamilie, die Kafala nach islamischem Recht, die Adoption oder, falls erforderlich, die Unterbringung in einer geeigneten Kinderbetreuungseinrichtung in Betracht. Bei der Wahl zwischen diesen Lösungen sind die erwünschte Kontinuität der Erziehung des Kindes sowie die ethnische, religiöse, kulturelle und sprachliche Herkunft des Kindes gebührend zu berücksichtigen.

Artikel 21

Die Vertragsstaaten, die das System der Adoption anerkennen oder zulassen, gewährleisten, daß dem Wohl des Kindes bei der Adoption die höchste Bedeutung zugemessen wird; die Vertragsstaaten

a) stellen sicher, daß die Adoption eines Kindes nur durch die zuständigen Behörden bewilligt wird, die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren und auf der Grundlage aller verlässlichen einschlägigen Informationen entscheiden, daß die Adoption angesichts des Status des Kindes in bezug auf Eltern, Verwandte und einen Vormund zulässig ist und daß, soweit dies erforderlich ist, die betroffenen Personen in Kenntnis der Sachlage und auf der Grundlage einer gegebenenfalls erforderlichen Beratung der Adoption zugestimmt haben;

b) erkennen an, daß die internationale Adoption als andere Form der Betreuung angesehen werden kann, wenn das Kind nicht in seinem Heimatland in einer Pflege- oder Adoptionsfamilie untergebracht oder wenn es dort nicht in geeigneter Weise betreut werden kann;

c) stellen sicher, daß das Kind im Fall einer internationalen Adoption in den Genuß der für nationale Adoption geltenden Schutzvorschriften und Normen kommt;

d) treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß bei internationaler Adoption für die Beteiligten

Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen oder in anderen internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen, denen die genannten Staaten als Vertragsparteien angehören, festgelegt sind, und zwar unabhängig davon, ob es sich in Begleitung seiner Eltern oder einer anderen Person befindet oder nicht.

(2) Zu diesem Zweck wirken die Vertragsstaaten in der ihnen angemessen erscheinenden Weise bei allen Bemühungen mit, welche die Vereinten Nationen und andere zuständige zwischenstaatliche oder nichtstaatliche Organisationen, die mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, unternehmen, um ein solches Kind zu schützen, um ihm zu helfen und um die Eltern oder andere Familienangehörige eines Flüchtlingskindes ausfindig zu machen mit dem Ziel, die für eine Familienzusammenführung notwendigen Informationen zu erlangen. Können die Eltern oder andere Familienangehörige nicht ausfindig gemacht werden, so ist dem Kind im Einklang mit den in diesem Übereinkommen enthaltenen Grundsätzen derselbe Schutz zu gewährleisten wie jedem anderen Kind, das aus irgendeinem Grund dauernd oder vorübergehend aus seiner familiären Umgebung herausgelöst ist.

Artikel 23

(1) Die Vertragsstaaten erkennen an, daß ein geistig oder körperlich behindertes Kind ein erfülltes und menschenwürdiges Leben unter Bedingungen führen soll, welche die Würde des Kindes wahren, seine Selbständigkeit fördern und seine aktive Teilnahme am Leben der Gemeinschaft erleichtern.

(2) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des behinderten Kindes auf besondere Betreuung an und treten dafür ein und stellen sicher, daß dem behinderten Kind und den für seine Betreuung Verantwortlichen im Rahmen der Unterstützung zuteil wird, die dem Zustand des Kindes sowie den Lebensumständen der Eltern oder anderer Personen, die das Kind betreuen, angemessen ist.

(3) In Anerkennung der besonderen Bedürfnisse eines behinderten Kindes ist die nach Absatz 2 gewährte Unterstützung soweit irgend möglich und unter Berücksichtigung der finanziellen Mittel der Eltern oder anderer Personen, die das Kind betreuen, unentgeltlich zu leisten und so zu gestalten, daß sichergestellt ist, daß Erziehung, Ausbildung, Gesundheitsdienste, Rehabilitationsdienste, Vorbereitung auf das Berufsleben und Erholungsmöglichkeiten dem behinderten Kind tatsächlich in einer Weise zugänglich sind, die der möglichst vollständigen sozialen Integration und individuellen Entfaltung des Kindes einschließlich seiner kulturellen und geistigen Entwicklung förderlich ist.

(4) Die Vertragsstaaten fördern im Geist der internationalen Zusammenarbeit den Austausch sachdienlicher Informationen im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der medizinischen, psychologischen und funktionellen Behandlung behinderter Kinder einschließlich der Verbreitung von Information Rehabilitation, der Erziehung und der Berufsausbildung und des Zugangs zu solchen Informationen, um es den Vertragsstaaten zu ermöglichen, in diesen Bereichen ihre Fähigkeiten und ihr Fachwissen zu verbessern und weitere Erfahrungen zu sammeln. Dabei sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu

Artikel 24

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit an sowie auf Inanspruchnahme von Einrichtungen zur Behandlung von Krankheiten und zur Wiederherstellung der Gesundheit. Die Vertragsstaaten bemühen sich sicherzustellen, daß keinem Kind das Recht auf Zugang zu derartigen Gesundheitsdiensten vorenthalten wird.

(2) Die Vertragsstaaten bemühen sich, die volle Verwirklichung dieses Rechts sicherzustellen, und treffen insbesondere geeignete Maßnahmen, um

a) die Säuglings- und Kindersterblichkeit zu verringern;

b) sicherzustellen, daß alle Kinder die notwendige ärztliche Hilfe und Gesundheitsfürsorge erhalten, wobei besonderer Nachdruck auf den Ausbau der gesundheitlichen Grundversorgung gelegt wird;

c) Krankheiten sowie Unter- und Fehlernährung auch im Rahmen der gesundheitlichen Grundversorgung zu bekämpfen, unter anderem durch den Einsatz leicht zugänglicher Technik und durch die Bereitstellung

ausreichender vollwertiger Nahrungsmittel und sauberen Trinkwassers, wobei die Gefahren und Risiken der Umweltverschmutzung zu berücksichtigen sind;

d) eine angemessene Gesundheitsfürsorge für Mütter vor und nach der Entbindung sicherzustellen;

e) sicherzustellen, daß allen Teilen der Gesellschaft, insbesondere Eltern und Kindern, Grundkenntnisse über die Gesundheit und Ernährung des Kindes, die Vorteile des Stillens, die Hygiene und die Sauberhaltung der Umwelt sowie die Unfallverhütung vermittelt werden, daß sie Zugang zu der entsprechenden Schulung haben und daß sie bei der Anwendung dieser Grundkenntnisse Unterstützung erhalten;

f) die Gesundheitsvorsorge, die Elternberatung sowie die Aufklärung und die Dienste auf dem Gebiet der Familienplanung auszubauen.

(3) Die Vertragsstaaten treffen alle wirksamen und geeigneten Maßnahmen, um überlieferte Bräuche, die für die Gesundheit der Kinder schädlich sind, abzuschaffen.

(4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die internationale Zusammenarbeit zu unterstützen und zu fördern, um fortschreitend die volle Verwirklichung des in diesem Artikel anerkannten Rechts zu erreichen. Dabei sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen.

Artikel 25

Die Vertragsstaaten erkennen an, daß ein Kind, das von den zuständigen Behörden wegen einer körperlichen oder geistigen Erkrankung zur Betreuung, zum Schutz der Gesundheit oder zur Behandlung untergebracht worden ist, das Recht hat auf eine regelmäßige Überprüfung der dem Kind gewährten Behandlung sowie aller anderen Umstände, die für seine Unterbringung von Belang sind.

Artikel 26

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht jedes Kindes auf Leistungen der sozialen Sicherheit einschließlich der Sozialversicherung an und treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die volle Verwirklichung dieses Rechts in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht sicherzustellen.

(2) Die Leistungen sollen gegebenenfalls unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der sonstigen Umstände des Kindes und der Unterhaltspflichtigen sowie anderer für die Beantragung von Leistungen durch das Kind oder im Namen des Kindes maßgeblicher Gesichtspunkte gewährt werden.

Artikel 27

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an.

(2) Es ist in erster Linie Aufgabe der Eltern oder anderer für das Kind verantwortlicher Personen, im Rahmen ihrer Fähigkeiten und finanziellen Möglichkeiten die für die Entwicklung des Kindes notwendigen Lebensbedingungen sicherzustellen.

(3) Die Vertragsstaaten treffen gemäß ihren innerstaatlichen Verhältnissen und im Rahmen ihrer Mittel geeignete Maßnahmen, um den Eltern und anderen für das Kind verantwortlichen Personen bei der Verwirklichung dieses Rechts zu helfen und sehen bei Bedürftigkeit materielle Hilfs- und Unterstützungsprogramme insbesondere im Hinblick auf Ernährung, Bekleidung und Wohnung vor.

(4) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen des Kindes gegenüber den Eltern oder anderen finanziell für das Kind verantwortlichen Personen sowohl innerhalb des Vertragsstaats als auch im Ausland sicherzustellen. Insbesondere fördern die Vertragsstaaten, wenn die für das Kind finanziell verantwortlichen Personen in einem anderen Staat leben als das Kind, den Beitritt zu internationalen Übereinkünften oder den Abschluß solcher Übereinkünfte sowie andere geeignete Regelungen.

Artikel 28

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an; um die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen, werden sie insbesondere

a) den Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht und unentgeltlich machen;

b) die Entwicklung verschiedener Formen der weiterführenden Schulen allgemeinbildender und berufsbildender Art fördern, sie allen Kindern verfügbar und zugänglich machen und geeignete Maßnahmen Unentgeltlichkeit und die Bereitstellung finanzieller Unterstützung bei Bedürftigkeit zu treffen;

igung sowie für aktive Erholung und Freizeitbeschäftigung.

Artikel 32

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes an, vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt und nicht zu einer Arbeit herangezogen zu werden, die Gefahren mit sich bringen, die Erziehung des Kindes behindern oder die Gesundheit des Kindes oder seine körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale Entwicklung schädigen

d) daß jedes Kind, dem die Freiheit entzogen ist, das Recht auf umgehenden Zugang zu einem rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistand und das Recht hat, die Rechtmäßigkeit der Freiheitsentziehung bei einem Gericht oder einer anderen zuständigen, unabhängigen und unparteiischen Behörde anzufechten, sowie das Recht auf alsbaldige Entscheidung in einem solchen Verfahren.

(2) Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen internationaler Übereinkünfte insbesondere sicher,

a) daß kein Kind wegen Handlungen oder Unterlassungen, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem Recht oder Völkerrecht nicht verboten waren, der Verletzung der Strafgesetze verdächtigt, beschuldigt oder überführt wird;

b) daß jedes Kind, das einer Verletzung der Strafgesetze verdächtigt oder beschuldigt wird, Anspruch auf folgende Mindestgarantien hat:

i) bis zum gesetzlichen Nachweis der Schuld als unschuldig zu gelten,

ii) unverzüglich und unmittelbar über die gegen das Kind erhobenen Beschuldigungen unterrichtet zu werden, gegebenenfalls durch seine Eltern oder seinen Vormund, und einen rechtskundigen oder anderen Beistand zur Vorbereitung und Wahrnehmung seiner Verteidigung zu erhalten,

iii) seine Sache unverzüglich durch eine zuständige Behörde oder ein zuständiges Gericht, die unabhängig und unparteiisch sind, in einem fairen Verfahren entsprechend dem Gesetz entscheiden zu lassen, und zwar in Anwesenheit eines rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistandes sowie - sofern dies nicht insbesondere in Anbetracht des Alters oder der Lage des Kindes als seinem Wohl widersprechend angesehen wird - in Anwesenheit seiner Eltern oder seines Vormunds,

iv) nicht gezwungen zu werden, als Zeuge auszusagen oder sich schuldig zu bekennen, sowie die Belastungszeuge zu befragen oder befragen zu lassen und das Erscheinen und die Vernehmung der Entlastungszeugen unter gleichen Bedingungen zu erwirken,

v) wenn es einer Verletzung der Strafgesetze überführt ist, diese Entscheidung und alle als Folge davon verhängten Sanktionen durch eine unabhängige und unparteiische Kommission, eine Kommission der Vereinten Nationen, eine regionale Menschenrechtskommission oder ein zuständiges Gericht, die unabhängig und unparteiisch sind, entsprechend dem Gesetz nachprüfen zu lassen,

vi) die unentgeltliche Hinzuziehung eines Dolmetschers zu verlangen, wenn das Kind die Verhandlungssprache nicht versteht oder spricht,

Monaten einzureichen. Der Generalsekretär fertigt sodann eine alphabetische Liste aller auf diese Weise vorgeschlagenen Personen an unter Angabe der Vertragsstaaten, die sie vorgeschlagen haben, und übermittelt sie den Vertragsstaaten.

(5) Die Wahlen finden auf vom Generalsekretär am Sitz der Vereinten Nationen einberufenen Tagungen der Vertragsstaaten statt. Auf diesen Tagungen, die beschlußfähig sind, wenn zwei Drittel der Vertragsstaaten vertreten sind, gelten die Kandidaten als in den Ausschuß gewählt, welche die höchste Stimmenzahl und die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertreter der Vertragsstaaten auf sich vereinigen.

(6) Die Ausschußmitglieder werden für vier Jahre gewählt. Auf erneuten Vorschlag können sie wiedergewählt werden. Die Amtszeit von fünf der bei der ersten Wahl gewählten Mitglieder läuft nach zwei Jahren ab; unmittelbar nach der ersten Wahl werden die Namen dieser fünf Mitglieder vom Vorsitzenden der Tagung durch das Los bestimmt.

(7) Wenn ein Ausschußmitglied stirbt oder zurücktritt oder erklärt, daß es aus anderen Gründen die Aufgaben des Ausschusses nicht mehr wahrnehmen kann, ernennt der Vertragsstaat, der das Mitglied vorgeschlagen hat, für die

b) übermittelt der Ausschuß, wenn er dies für angebracht hält, den Sonderorganisationen, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen zuständigen Stellen Berichte der Vertragsstaaten, die ein Ersuchen um fachliche Beratung oder Unterstützung oder einen Hinweis erhalten, daß ein diesbezügliches Bedürfnis besteht; etwaige Bemerkungen und Vorschläge des Ausschusses zu diesen Ersuche

c) kann der Ausschuß der Generalversammlung empfehlen, den Generalsekretär zu ersuchen, für den Ausschuß Untersuchungen über Fragen im Zusammenhang mit den Rechten des Kindes durchzuführen;

Artikel 53

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt

Artikel 54

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten

Vorbehaltserklärung der Bundesregierung

Erklärung, welche die Bundesregierung bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegeben hat

I.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie das Übereinkommen über die Rechte des Kindes als einen Meilenstein der Entwicklung des internationalen Rechts begrüßt und die Ratifizierung des Übereinkommens zum Anlaß nehmen wird, Reformen des innerstaatlichen Rechts in die Wege zu leiten, die dem Geist des Übereinkommens entsprechend und die sie nach Artikel 3 Abs. 2 des Übereinkommens für geeignet hält, dem Wohlergehen des Kindes zu dienen. Zu den geplanten Maßnahmen gehört insbesondere eine Neuordnung des Rechts der elterlichen Sorge für Kinder, deren Eltern keine Ehe eingegangen sind, als verheiratete Eltern dauernd getrennt leben oder geschieden sind. Hierbei wird es insbesondere darum gehen, auch in solchen Fällen die Voraussetzungen für die Ausübung der elterlichen Sorgen durch beide Eltern zu verbessern. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt zugleich, daß das Übereinkommen innerstaatlich keine unmittelbare Anwendung findet. Es
che Staatenverpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland nach näherer Bestimmung ihres mit dem Übereinkommen übereinstimmenden innerstaatlichen Rechts erfüllt.

II.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist der Auffassung, daß aus Artikel 18 nicht abgeleitet werden kann, mit dem Inkrafttreten dieser Bestimmung stehe das elterliche Sorgerecht auch bei Kindern, deren Eltern keine Ehe eingegangen sind, als verheiratete Eltern dauernd getrennt leben oder geschieden sind, automatisch und ohne Berücksichtigung des Kindeswohls im Einzelfall beiden Eltern zu. Eine derartige Auslegung wäre unvereinbar mit Artikel 3 Abs. 1 des Übereinkommens. Besonders im Hinblick auf die Fälle, in
des Sorgerechts nicht einig sind, sind Einzelfallprüfungen
notwendig.

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt darum, daß die Bestimmungen des Übereinkommens auch die Vorschriften des innerstaatlichen Rechts

- a) über die gesetzliche Vertretung Minderjähriger bei der Wahrnehmung ihrer Rechte,
- b) über das Sorgerecht- und Umgangsrecht bei ehelichen Kindern und
- c) über die familien- und erbrechtlichen Verhältnisse nichtehelicher Kinder

nicht berühren; dies gilt ungeachtet der geplanten Neuordnung des Rechts der elterlichen Sorge, deren Ausgestaltung in das Ermessen des innerstaatlichen Gesetzgebers gestellt bleibt.

III.

Entsprechend den Vorbehalten, welche die Bundesrepublik Deutschland zu den Parallelgarantien des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte angebracht hat, erklärt sie zu Artikel 40 Abs. 2 Buchstabe b Ziffer ii und v des Übereinkommens, daß diese Bestimmungen derart angewandt werden, daß bei Straftaten von geringer Schwere nicht in allen Fällen

- a) ein Anspruch darauf besteht, »einen rechtskundigen oder anderen geeigneten b) die Überprüfung eines nicht auf Freiheitsstrafe lautenden Urteils durch eine »zuständige übergeordnete Behörde oder durch ein zuständiges höheres Gericht

IV.

Die Bundesrepublik Deutschland bekräftigt ferner ihre am 23. Februar 1989 in Genf abgegebene Erklärung:

Nichts in dem Übereinkommen kann dahin ausgelegt werden, daß die widerrechtliche Einreise eines Ausländers in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dessen widerrechtlicher Aufenthalt dort erlaubt ist; auch kann keine Bestimmung dahin ausgelegt werden, daß sie das Recht der Bundesrepublik Deutschland beschränkt, Gesetze und Verordnungen über die Einreise von Ausländern und die Bedingungen ihres Aufenthaltes zu erlassen oder Unterschiede zwischen Inländern und Ausländern zu machen.

V.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bedauert, daß nach Artikel 38 Abs. 2 des Übereinkommens bereits indseligkeiten teilnehmen dürfen, weil diese Altersgrenze mit dem Gesichtspunkt des Kindeswohls (Artikel 3 Abs. 1 des Übereinkommens) unvereinbar ist. Sie erklärt, daß sie von der durch das Übereinkommen eröffneten Möglichkeit, diese Altersgrenze auf 15 Jahre festzulegen, keinen Gebrauch machen wird.

World Conference on Human Rights (1993)

Vienna, 14-25 June 1993

Vienna Declaration & Programme of Action

The World Conference on Human Rights,

Considering that the promotion and protection of human rights is a matter of priority for the international community, and that the Conference affords a unique opportunity to carry out a comprehensive analysis of the international human rights system and of the machinery for the protection of human rights, in order to enhance and thus promote a fuller observance of those rights, in a just and balanced manner,

Recognizing and affirming that all human rights derive from the dignity and worth inherent in the human person, and that the human person is the central subject of human rights and fundamental freedoms, and consequently should be the principal beneficiary and should participate actively in the realization of these rights and freedoms,

Reaffirming their commitment to the purposes and principles contained in the Charter of the United Nations and the Universal Declaration of Human Rights,

Reaffirming the commitment contained in Article 56 of the Charter of the United Nations to take joint and separate action, placing proper emphasis on developing effective international cooperation for the realization of the purposes set out in Article 55, including universal respect for, and observance of, human rights and fundamental freedoms for all,

Emphasizing the responsibilities of all States, in conformity with the Charter of the United Nations, to develop and encourage respect for human rights and fundamental freedoms for all, without distinction as to race, sex, language or religion,

Recalling the Preamble to the Charter of the United Nations, in particular the determination to reaffirm faith in fundamental human rights, in the dignity and worth of the human person, and in the equal rights of men and women and of nations large and small,

Recalling also the determination expressed in the Preamble of the Charter of the United Nations to save succeeding generations from the scourge of war, to establish conditions under which justice and respect for obligations arising from treaties and other sources of international law can be maintained, to promote social progress and better standards of life in larger freedom, to practice tolerance and good neighbourliness, and to employ international machinery for the promotion of the economic and social advancement of all peoples,

Emphasizing that the Universal Declaration of Human Rights, which constitutes a common standard of achievement for all peoples and all nations, is the source of inspiration and has been the basis for the United Nations in making advances in standard setting as contained in the existing international human rights instruments, in particular the International Covenant on Civil and Political Rights and the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights.

Considering the major changes taking place on the international scene and the aspirations of all the peoples for an international order based on the principles enshrined in the Charter of the United Nations, including promoting and encouraging respect for human rights and fundamental freedoms for all and respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, peace, democracy, justice, equality, rule of law, pluralism, development, better standards of living and solidarity,

Deeply concerned by various forms of discrimination and violence, to which women continue to be exposed all over the world,

Recognizing that the activities of the United Nations in the field of human rights should be rationalized and enhanced in order to strengthen the United Nations machinery in this field and to further the objectives of universal respect for observance of international human rights standards,

Having taken into account the Declarations adopted by the three regional meetings at Tunis, San Jos, and Bangkok and the contributions made by Governments, and bearing in mind the suggestions made by intergovernmental and non-governmental organizations, as well as the studies prepared by independent experts during the preparatory process leading to the World Conference on Human Rights,

Welcoming the International Year of the World's Indigenous People 1993 as a reaffirmation of the commitment of the international community to ensure their enjoyment of all human rights and fundamental freedoms and to respect the value and diversity of their cultures and identities,

Recognizing also that the international community should devise ways and means to remove the current obstacles and meet challenges to the full realization of all human rights and to prevent the continuation of human rights violations resulting thereof throughout the world,

Invoking the spirit of our age and the realities of our time which call upon the peoples of the world and all States Members of the United Nations to rededicate themselves to the global task of promoting and protecting all human rights and fundamental freedoms so as to secure full and universal enjoyment of these rights,

Determined to take new steps forward in the commitment of the international community with a view to achieving substantial progress in human rights endeavours by an increased and sustained effort of international cooperation and solidarity,

Solemnly adopts the Vienna Declaration and Programme of Action.

I.
1. The World Conference on Human Rights reaffirms the solemn commitment of all States to fulfil their obligations to promote universal respect for, and observance and protection of, all human rights and fundamental freedoms for all in accordance with the Charter of the United Nations, other instruments relating to human rights, and international law. The universal nature of these rights and freedoms is beyond question.

In this framework, enhancement of international cooperation in the field of human rights is essential for the full achievement of the purposes of the United Nations.

Human rights and fundamental freedoms are the birthright of all human beings; their protection and promotion is the first responsibility of Governments.

2. All peoples have the right of self-determination. By virtue of that right they freely determine their political status, and freely pursue their economic, social and cultural development.

Taking into account the particular situation of peoples under colonial or other forms of alien domination or foreign occupation, the World Conference on Human Rights recognizes the right of peoples to take any legitimate action, in accordance with the Charter of the United Nations, to realize their inalienable right of self-determination. The World Conference on Human Rights considers the denial of the right of self-determination as a violation of human rights and underlines the importance of the effective realization of this right.

In accordance with the Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation Among States in accordance with the Charter of the United Nations, this shall not be construed as authorizing or encouraging any action which would dismember or impair, totally or in part, the territorial integrity or political unity of sovereign and independent States conducting themselves in compliance with the principle of equal rights and self-determination of peoples and thus possessed of a Government representing the whole people belonging to the territory without distinction of any kind.

3. Effective international measures to guarantee and monitor the implementation of human rights standards should be taken in respect of people under foreign occupation, and effective legal protection against the violation of their human rights should be provided, in accordance with human rights norms and international law, particularly the Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War, of 14 August 1949, and other applicable norms of humanitarian law.

4. The promotion and protection of all human rights and fundamental freedoms must be considered as a priority objective of the United Nations in accordance with its purposes and principles, in particular the purpose of international cooperation. In the framework of these purposes and principles, the promotion and protection of all human rights is a legitimate concern of the international community. The organs and specialized agencies related to human rights should therefore further enhance the coordination of their activities based on the consistent and objective application of international human rights instruments.

5. All human rights are universal, indivisible and interdependent and interrelated. The international community must treat human rights globally in a fair and equal manner, on the same footing, and with the same emphasis. While the significance of national and regional particularities and various historical, cultural and religious backgrounds must be borne in mind, it is the duty of States, regardless of their political, economic and cultural systems, to promote and protect all human rights and fundamental freedoms.

6. The efforts of the United Nations system towards the universal respect for, and observance of, human rights and fundamental freedoms for all, contribute to the stability and well-being necessary for peaceful and friendly relations

among nations, and to improved conditions for peace and security as well as social and economic development, in conformity with the Charter of the United Nations.

7. The processes of promoting and protecting human rights should be conducted in conformity with the purposes and principles of the Charter of the United Nations, and international law.

8. Democracy, development and respect for human rights and fundamental freedoms are interdependent and mutually reinforcing. Democracy is based on the freely expressed will of the people to determine their own political, economic, social and cultural systems and their full participation in all aspects of their lives. In the context of the above, the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms at the national and international levels should be universal and conducted without conditions attached. The international community should support the strengthening and promoting of democracy, development and respect for human rights and fundamental freedoms in the entire world.

9. The World Conference on Human Rights reaffirms that least developed countries committed to the process of democratization and economic reforms, many of which are in Africa, should be supported by the international community in order to succeed in their transition to democracy and economic development.

10. The World Conference on Human Rights reaffirms the right to development, as established in the Declaration on the Right to Development, as a universal and inalienable right and an integral part of fundamental human rights.

As stated in the Declaration on the Right to Development, the human person is the central subject of development.

While development facilitates the enjoyment of all human rights, the lack of development may not be invoked to justify the abridgement of internationally recognized human rights.

States should cooperate with each other in ensuring development and eliminating obstacles to development. The international community should promote an effective international cooperation for the realization of the right to development and the elimination of obstacles to development.

Lasting progress towards the implementation of the right to development requires effective development policies at the national level, as well as equitable economic relations and a favourable economic environment at the international level.

11. The right to development should be fulfilled so as to meet equitably the developmental and environmental needs of present and future generations. The World Conference on Human Rights recognizes that illicit dumping of toxic and dangerous substances and waste potentially constitutes a serious threat to the human rights to life and health of everyone.

Consequently, the World Conference on Human Rights calls on all States to adopt and vigorously implement existing conventions relating to the dumping of toxic and dangerous products and waste and to cooperate in the prevention of illicit dumping.

Everyone has the right to enjoy the benefits of scientific progress and its applications. The World Conference on Human Rights notes that certain advances, notably in the biomedical and life sciences as well as in information technology, may have potentially adverse consequences for the integrity, dignity and human rights of the individual, and calls for international cooperation to ensure that human rights and dignity are fully respected in this area of universal concern

12. The World Conference on Human Rights calls upon the international community to make all efforts to help alleviate the external debt burden of developing countries, in order to supplement the efforts of the Governments of such countries to attain the full realization of the economic, social and cultural rights of their people.

13. There is a need for States and international organizations, in cooperation with non-governmental organizations, to create favourable conditions at the national, regional and international levels to ensure the full and effective enjoyment of human rights. States should eliminate all violations of human rights and their causes, as well as obstacles to the enjoyment of these rights.

14. The existence of widespread extreme poverty inhibits the full and effective enjoyment of human rights; its immediate alleviation and eventual elimination must remain a high priority for the international community.

15. Respect for human rights and for fundamental freedoms without distinction of any kind is a fundamental rule of international human rights law. The speedy and comprehensive elimination of all forms of racism and racial discrimination, xenophobia and related intolerance is a priority task for the international community. Governments should take effective measures to prevent and combat them. Groups, institutions, intergovernmental and nongovernmental organizations and individuals are urged to intensify their efforts in cooperating and coordinating their activities against these evils.

16. The World Conference on Human Rights welcomes the progress made in dismantling apartheid and calls upon the international community and the United Nations system to assist in this process.

The World Conference on Human Rights also deplores the continuing acts of violence aimed at undermining the quest for a peaceful dismantling of apartheid.

17. The acts, methods and practices of terrorism in all its forms and manifestations as well as linkage in some countries to drug trafficking are activities aimed at the destruction of human rights, fundamental freedoms and democracy, threatening territorial integrity, security of States and destabilizing legitimately constituted Governments. The international community should take the necessary steps to enhance cooperation to prevent and combat terrorism.

18. The human rights of women and of the girl-child are an inalienable, integral and indivisible part of universal human rights. The full and equal participation of women in political, civil, economic, social and cultural life, at the national, regional and international levels, and the eradication of all forms of discrimination on grounds of sex are priority objectives of the international community.

Gender-based violence and all forms of sexual harassment and exploitation, including those resulting from cultural prejudice and international trafficking, are incompatible with the dignity and worth of the human person, and must be eliminated. This can be achieved by legal measures and through national action and international cooperation in such fields as economic and social development, education, safe maternity and health care, and social support.

The human rights of women should form an integral part of the United Nations human rights activities, including the promotion of all human rights instruments relating to women.

The World Conference on Human Rights urges Governments, institutions, intergovernmental and non-governmental organizations to intensify their efforts for the protection and promotion of human rights of women and the girl-child.

19. Considering the importance of the promotion and protection of the rights of persons belonging to minorities and the contribution of such promotion and protection to the political and social stability of the States in which such persons live,

The World Conference on Human Rights reaffirms the obligation of States to ensure that persons belonging to minorities may exercise fully and effectively all human rights and fundamental freedoms without any discrimination and in full equality before the law in accordance with the Declaration on the Rights of Persons Belonging to National or Ethnic, Religious and Linguistic Minorities.

The persons belonging to minorities have the right to enjoy their own culture, to profess and practise their own religion and to use their own language in private and in public, freely and without interference or any form of discrimination.

20. The World Conference on Human Rights recognizes the inherent dignity and the unique contribution of indigenous people to the development and plurality of society and strongly reaffirms the commitment of the international community to their economic, social and cultural well-being and their enjoyment of the fruits of sustainable development. States should ensure the full and free participation of indigenous people in all aspects of society, in particular in matters of concern to them. Considering the importance of the promotion and protection of the rights of indigenous people, and the contribution of such promotion and protection to the political and social stability of the States in which such people live, States should, in accordance with international law, take concerted positive steps to ensure respect for all human rights and fundamental freedoms of indigenous people, on the basis of equality and non-discrimination, and recognize the value and diversity of their distinct identities, cultures and social organization.

21. The World Conference on Human Rights, welcoming the early ratification of the Convention on the Rights of the Child by a large number of States and noting the recognition of the human rights of children in the World Declaration on the Survival, Protection and Development of Children and Plan of Action adopted by the World Summit for Children, urges universal ratification of the Convention by 1995 and its effective implementation by States parties through the adoption of all the necessary legislative, administrative and other measures and the allocation to the maximum extent of the available resources. In all actions concerning children, nondiscrimination and the best interest of the child should be primary considerations and the views of the child given due weight. National and international mechanisms and programmes should be strengthened for the defence and protection of children, in particular, the girlchild, abandoned children, street children, economically and sexually exploited children, including through child pornography, child prostitution or sale of organs, children victims of diseases including acquired immunodeficiency syndrome, refugee and displaced children, children in detention, children in armed conflict, as well as children victims of famine and drought and other emergencies. International cooperation and solidarity should be promoted to support the implementation of the Convention and the rights of the child should be a priority in the United Nations system-wide action on human rights.

The World Conference on Human Rights also stresses that the child for the full and harmonious development of his or her personality should grow up in a family environment which accordingly merits broader protection.

22. Special attention needs to be paid to ensuring non-discrimination, and the equal enjoyment of all human rights and fundamental freedoms by disabled persons, including their active participation in all aspects of society.

23. The World Conference on Human Rights reaffirms that everyone, without distinction of any kind, is entitled to the right to seek and to enjoy in other countries asylum from persecution, as well as the right to return to one's own country. In this respect it stresses the importance of the Universal Declaration of Human Rights, the 1951 Convention relating to the Status of Refugees, its 1967 Protocol and regional instruments. It expresses its appreciation to States that continue to admit and host large numbers of refugees in their territories, and to the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees for its dedication to its task. It also expresses its appreciation to the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East.

The World Conference on Human Rights recognizes that gross violations of human rights, including in armed conflicts, are among the multiple and complex factors leading to displacement of people.

The World Conference on Human Rights recognizes that, in view of the complexities of the global refugee crisis and in accordance with the Charter of the United Nations, relevant international instruments and international solidarity and in the spirit of burden-sharing, a comprehensive approach by the international community is needed in coordination and cooperation with the countries concerned and relevant organizations, bearing in mind the mandate of the United Nations High Commissioner for Refugees. This should include the development of strategies to address the root causes and effects of movements of refugees and other displaced persons, the strengthening of emergency preparedness and response mechanisms, the provision of effective protection and assistance, bearing in mind the special needs of women and children, as well as the achievement of durable solutions, primarily through the preferred solution of dignified and safe voluntary repatriation, including solutions such as those adopted by the international refugee conferences. The World Conference on Human Rights underlines the responsibilities of States, particularly as they relate to the countries of origin.

In the light of the comprehensive approach, the World Conference on Human Rights emphasizes the importance of giving special attention including through intergovernmental and humanitarian organizations and finding lasting solutions to questions related to internally displaced persons including their voluntary and safe return and rehabilitation.

In accordance with the Charter of the United Nations and the principles of humanitarian law, the World Conference on Human Rights further emphasizes the importance of and the need for humanitarian assistance to victims of all natural and man-made disasters.

24. Great importance must be given to the promotion and protection of the human rights of persons belonging to groups which have been rendered vulnerable, including migrant workers, the elimination of all forms of discrimination against them, and the strengthening and more effective implementation of existing human rights instruments. States have an obligation to create and maintain adequate measures at the national level, in particular in the fields of education, health and social support, for the promotion and protection of the rights of persons in vulnerable sectors of their populations and to ensure the participation of those among them who are interested in finding a solution to their own problems.

25. The World Conference on Human Rights affirms that extreme poverty and social exclusion constitute a violation of human dignity and that urgent steps are necessary to achieve better knowledge of extreme poverty and its causes, including those related to the problem of development, in order to promote the human rights of the poorest, and to put an end to extreme poverty and social exclusion and to promote the enjoyment of the fruits of social progress. It is essential for States to foster participation by the poorest people in the decision-making process by the community in which they live, the promotion of human rights and efforts to combat extreme poverty.

26. The World Conference on Human Rights welcomes the progress made in the codification of human rights instruments, which is a dynamic and evolving process, and urges the universal ratification of human rights treaties. All States are encouraged to accede to these international instruments; all States are encouraged to avoid, as far as possible, the resort to reservations.

27. Every State should provide an effective framework of remedies to redress human rights grievances or violations. The administration of justice, including law enforcement and prosecutorial agencies and, especially, an independent judiciary and legal profession in full conformity with applicable standards contained in international human rights instruments, are essential to the full and non-discriminatory realization of human rights and indispensable to the processes of democracy and sustainable development. In this context, institutions concerned with the administration of justice should be properly funded, and an increased level of both technical and financial assistance should be provided by the international community. It is incumbent upon the United Nations to make use

of special programmes of advisory services on a priority basis for the achievement of a strong and independent administration of justice.

28. The World Conference on Human Rights expresses its dismay at massive violations of human rights especially in the form of genocide, "ethnic cleansing" and systematic rape of women in war situations, creating mass exodus of refugees and displaced persons. While strongly condemning such abhorrent practices it reiterates the call that perpetrators of such crimes be punished and such practices immediately stopped.

29. The World Conference on Human Rights expresses grave concern about continuing human rights violations in all parts of the world in disregard of standards as contained in international human rights instruments and international humanitarian law and about the lack of sufficient and effective remedies for the victims.

The World Conference on Human Rights is deeply concerned about violations of human rights during armed conflicts, affecting the civilian population, especially women, children, the elderly and the disabled. The Conference therefore calls upon States and all parties to armed conflicts strictly to observe international humanitarian law, as set forth in the Geneva Conventions of 1949 and other rules and principles of international law, as well as minimum standards for protection of human rights, as laid down in international conventions.

The World Conference on Human Rights reaffirms the right of the victims to be assisted by humanitarian organizations, as set forth in the Geneva Conventions of 1949 and other relevant instruments of international humanitarian law, and calls for the safe and timely access for such assistance.

30. The World Conference on Human Rights also expresses its dismay and condemnation that gross and systematic violations and situations that constitute serious obstacles to the full enjoyment of all human rights continue to occur in different parts of the world. Such violations and obstacles include, as well as torture and cruel, inhuman and degrading treatment or punishment, summary and arbitrary executions, disappearances, arbitrary detentions, all forms of racism, racial discrimination and apartheid, foreign occupation and alien domination, xenophobia, poverty, hunger and other denials of economic, social and cultural rights, religious intolerance, terrorism, discrimination against women and lack of the rule of law.

31. The World Conference on Human Rights calls upon States to refrain from any unilateral measure not in accordance with international law and the Charter of the United Nations that creates obstacles to trade relations among States and impedes the full realization of the human rights set forth in the Universal Declaration of Human Rights and international human rights instruments, in particular the rights of everyone to a standard of living adequate for their health and well-being, including food and medical care, housing and the necessary social services. The World Conference on Human Rights affirms that food should not be used as a tool for political pressure.

32. The World Conference on Human Rights reaffirms the importance of ensuring the universality, objectivity and non-selectivity of the consideration of human rights issues.

33. The World Conference on Human Rights reaffirms that States are dutybound, as stipulated in the Universal Declaration of Human Rights and the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights and in other international human rights instruments, to ensure that education is aimed at strengthening the respect of human rights and fundamental freedoms. The World Conference on Human Rights emphasizes the importance of incorporating the subject of human rights education programmes and calls upon States to do so. Education should promote understanding, tolerance, peace and friendly relations between the nations and all racial or religious groups and encourage the development of United Nations activities in pursuance of these objectives. Therefore, education on human rights and the dissemination of proper information, both theoretical and practical, play an important role in the promotion and respect of human rights with regard to all individuals without distinction of any kind such as race, sex, language or religion, and this should be integrated in the education policies at the national as well as international levels. The World Conference on Human Rights notes that resource constraints and institutional inadequacies may impede the immediate realization of these objectives.

34. Increased efforts should be made to assist countries which so request to create the conditions whereby each individual can enjoy universal human rights and fundamental freedoms. Governments, the United Nations system as well as other multilateral organizations are urged to increase considerably the resources allocated to programmes aiming at the establishment and strengthening of national legislation, national institutions and related infrastructures which uphold the rule of law and democracy, electoral assistance, human rights awareness through training, teaching and education, popular participation and civil society.

The programmes of advisory services and technical cooperation under the Centre for Human Rights should be strengthened as well as made more efficient and transparent and thus become a major contribution to improving respect for human rights. States are called upon to increase their contributions to these programmes, both through promoting a larger allocation from the United Nations regular budget, and through voluntary contributions.

35. The full and effective implementation of United Nations activities to promote and protect human rights must reflect the high importance accorded to human rights by the Charter of the United Nations and the demands of the United Nations human rights activities, as mandated by Member States. To this end, United Nations human rights activities should be provided with increased resources.

36. The World Conference on Human Rights reaffirms the important and constructive role played by national institutions for the promotion and protection of human rights, in particular in their advisory capacity to the competent authorities, their role in remedying human rights violations, in the dissemination of human rights information, and education in human rights.

The World Conference on Human Rights encourages the establishment and strengthening of national institutions, having regard to the "Principles relating to the status of national institutions" and recognizing that it is the right of each State to choose the framework which is best suited to its particular needs at the national level.

37. Regional arrangements play a fundamental role in promoting and protecting human rights. They should reinforce universal human rights standards, as contained in international human rights instruments, and their protection. The World Conference on Human Rights endorses efforts under way to strengthen these arrangements and to increase their effectiveness, while at the same time stressing the importance of cooperation with the United Nations human rights activities.

The World Conference on Human Rights reiterates the need to consider the possibility of establishing regional and subregional arrangements for the promotion and protection of human rights where they do not already exist.

38. The World Conference on Human Rights recognizes the important role of non-governmental organizations in the promotion of all human rights and in humanitarian activities at national, regional and international levels. The World Conference on Human Rights appreciates their contribution to increasing public awareness of human rights issues, to the conduct of education, training and research in this field, and to the promotion and protection of all human rights and fundamental freedoms. While recognizing that the primary responsibility for standard-setting lies with States, the conference also appreciates the contribution of non-governmental organizations to this process. In this respect, the World Conference on Human Rights emphasizes the importance of continued dialogue and cooperation between Governments and nongovernmental organizations. Non-governmental organizations and their members genuinely involved in the field of human rights should enjoy the rights and freedoms recognized in the Universal Declaration of Human Rights, and the protection of the national law. These rights and freedoms may not be exercised contrary to the purposes and principles of the United Nations. Nongovernmental organizations should be free to carry out their human rights activities, without interference, within the framework of national law and the Universal Declaration of Human Rights.

39. Underlining the importance of objective, responsible and impartial information about human rights and humanitarian issues, the World Conference on Human Rights encourages the increased involvement of the media, for whom freedom and protection should be guaranteed within the framework of national law.

II.

A. Increased coordination on human rights within the United Nations system

1. The World Conference on Human Rights recommends increased coordination in support of human rights and fundamental freedoms within the United Nations system. To this end, the World Conference on Human Rights urges all United Nations organs, bodies and the specialized agencies whose activities deal with human rights to cooperate in order to strengthen, rationalize and streamline their activities, taking into account the need to avoid unnecessary duplication. The World Conference on Human Rights also recommends to the Secretary-General that high-level officials of relevant United Nations bodies and specialized agencies at their annual meeting, besides coordinating their activities, also assess the impact of their strategies and policies on the enjoyment of all human rights.

2. Furthermore, the World Conference on Human Rights calls on regional organizations and prominent international and regional finance and development institutions to assess also the impact of their policies and programmes on the enjoyment of human rights.

3. The World Conference on Human Rights recognizes that relevant specialized agencies and bodies and institutions of the United Nations system as well as other relevant intergovernmental organizations whose activities deal with human rights play a vital role in the formulation, promotion and implementation of human rights standards, within their respective mandates, and should take into account the outcome of the World Conference on Human Rights within their fields of competence.

4. The World Conference on Human Rights strongly recommends that a concerted effort be made to encourage and facilitate the ratification of and accession or succession to international human rights treaties and protocols adopted within the framework of the United Nations system with the aim of universal acceptance. The Secretary-General, in

consultation with treaty bodies, should consider opening a dialogue with States not having acceded to these human rights treaties, in order to identify obstacles and to seek ways of overcoming them.

5. The World Conference on Human Rights encourages States to consider limiting the extent of any reservations they lodge to international human rights instruments, formulate any reservations as precisely and narrowly as possible, ensure that none is incompatible with the object and purpose of the relevant treaty and regularly review any reservations with a view to withdrawing them.

6. The World Conference on Human Rights, recognizing the need to maintain consistency with the high quality of existing international standards and to avoid proliferation of human rights instruments, reaffirms the guidelines relating to the elaboration of new international instruments contained in General Assembly resolution 41/120 of 4 December 1986 and calls on the United Nations human rights bodies, when considering the elaboration of new international standards, to keep those guidelines in mind, to consult with human rights treaty bodies on the necessity for drafting new standards and to request the Secretariat to carry out technical reviews of proposed new instruments.

7. The World Conference on Human Rights recommends that human rights officers be assigned if and when necessary to regional offices of the United Nations Organization with the purpose of disseminating information and offering training and other technical assistance in the field of human rights upon the request of concerned Member States. Human rights training for international civil servants who are assigned to work relating to human rights should be organized.

8. The World Conference on Human Rights welcomes the convening of emergency sessions of the Commission on Human Rights as a positive initiative and that other ways of responding to acute violations of human rights be considered by the relevant organs of the United Nations system.

Resources

9. The World Conference on Human Rights, concerned by the growing disparity between the activities of the Centre for Human Rights and the human, financial and other resources available to carry them out, and bearing in mind the resources needed for other important United Nations programmes, requests the Secretary-General and the General Assembly to take immediate steps to increase substantially the resources for the human rights programme from within the existing and future regular budgets of the United Nations, and to take urgent steps to seek increased extrabudgetary resources.

10. Within this framework, an increased proportion of the regular budget should be allocated directly to the Centre for Human Rights to cover its costs and all other costs borne by the Centre for Human Rights, including those related to the United Nations human rights bodies. Voluntary funding of the Centre's technical cooperation activities should reinforce this enhanced budget; the World Conference on Human Rights calls for generous contributions to the existing trust funds.

11. The World Conference on Human Rights requests the Secretary-General and the General Assembly to provide sufficient human, financial and other resources to the Centre for Human Rights to enable it effectively, efficiently and expeditiously to carry out its activities.

12. The World Conference on Human Rights, noting the need to ensure that human and financial resources are available to carry out the human rights activities, as mandated by intergovernmental bodies, urges the Secretary-General, in accordance with Article 101 of the Charter of the United Nations, and Member States to adopt a coherent approach aimed at securing that resources commensurate to the increased mandates are allocated to the Secretariat. The World Conference on Human Rights invites the Secretary-General to consider whether adjustments to procedures in the programme budget cycle would be necessary or helpful to ensure the timely and effective implementation of human rights activities as mandated by Member States.

Centre for Human Rights

13. The World Conference on Human Rights stresses the importance of strengthening the United Nations Centre for Human Rights.

14. The Centre for Human Rights should play an important role in coordinating system-wide attention for human rights. The focal role of the Centre can best be realized if it is enabled to cooperate fully with other United Nations bodies and organs. The coordinating role of the Centre for Human Rights also implies that the office of the Centre for Human Rights in New York is strengthened.

15. The Centre for Human Rights should be assured adequate means for the system of thematic and country rapporteurs, experts, working groups and treaty bodies. Follow-up on recommendations should become a priority matter for consideration by the Commission on Human Rights.

16. The Centre for Human Rights should assume a larger role in the promotion of human rights. This role could be given shape through cooperation with Member States and by an enhanced programme of advisory services and technical assistance. The existing voluntary funds will have to be expanded substantially for these purposes and should be managed in a more efficient and coordinated way. All activities should follow strict and transparent project management rules and regular programme and project evaluations should be held periodically. To this end, the results of such evaluation exercises and other relevant information should be made available regularly. The Centre should, in particular, organize at least once a year information meetings open to all Member States and organizations directly involved in these projects and programmes.

Adaptation and strengthening of the United Nations machinery for human rights, including the question of the establishment of a United Nations High Commissioner for Human Rights

17. The World Conference on Human Rights recognizes the necessity for a continuing adaptation of the United Nations human rights machinery to the current and future needs in the promotion and protection of human rights, as reflected in the present Declaration and within the framework of a balanced and sustainable development for all people. In particular, the United Nations human rights organs should improve their coordination, efficiency and effectiveness.

18. The World Conference on Human Rights recommends to the General Assembly that when examining the report of the Conference at its forty-eighth session, it begin, as a matter of priority, consideration of the question of the establishment of a High Commissioner for Human Rights for the promotion and protection of all human rights.

B. Equality, dignity and tolerance

1. Racism, racial discrimination, xenophobia and other forms of intolerance

19. The World Conference on Human Rights considers the elimination of racism and racial discrimination, in particular in their institutionalized forms such as apartheid or resulting from doctrines of racial superiority or exclusivity or contemporary forms and manifestations of racism, as a primary objective for the international community and a worldwide promotion programme in the field of human rights. United Nations organs and agencies should strengthen their efforts to implement such a programme of action related to the third decade to combat racism and racial discrimination as well as subsequent mandates to the same end. The World Conference on Human Rights strongly appeals to the international community to contribute generously to the Trust Fund for the Programme for the Decade for Action to Combat Racism and Racial Discrimination.

20. The World Conference on Human Rights urges all Governments to take immediate measures and to develop strong policies to prevent and combat all forms and manifestations of racism, xenophobia or related intolerance, where necessary by enactment of appropriate legislation, including penal measures, and by the establishment of national institutions to combat such phenomena.

21. The World Conference on Human Rights welcomes the decision of the Commission on Human Rights to appoint a Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance. The World Conference on Human Rights also appeals to all States parties to the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination to consider making the declaration under article 14 of the Convention.

22. The World Conference on Human Rights calls upon all Governments to take all appropriate measures in compliance with their international obligations and with due regard to their respective legal systems to counter intolerance and related violence based on religion or belief, including practices of discrimination against women and including the desecration of religious sites, recognizing that every individual has the right to freedom of thought, conscience, expression and religion. The Conference also invites all States to put into practice the provisions of the Declaration on the Elimination of All Forms of Intolerance and of Discrimination Based on Religion or Belief.

23. The World Conference on Human Rights stresses that all persons who perpetrate or authorize criminal acts associated with ethnic cleansing are individually responsible and accountable for such human rights violations, and that the international community should exert every effort to bring those legally responsible for such violations to justice.

24. The World Conference on Human Rights calls on all States to take immediate measures, individually and collectively, to combat the practice of ethnic cleansing to bring it quickly to an end. Victims of the abhorrent practice of ethnic cleansing are entitled to appropriate and effective remedies.

2. Persons belonging to national or ethnic, religious and linguistic minorities

25. The World Conference on Human Rights calls on the Commission on Human Rights to examine ways and means to promote and protect effectively the rights of persons belonging to minorities as set out in the Declaration on the Rights of Persons belonging to National or Ethnic, Religious and Linguistic Minorities. In this context, the World Conference on Human Rights calls upon the Centre for Human Rights to provide, at the request of Governments concerned and as part of its programme of advisory services and technical assistance, qualified expertise on minority issues and human rights, as well as on the prevention and resolution of disputes, to assist in existing or potential situations involving minorities.

26. The World Conference on Human Rights urges States and the international community to promote and protect the rights of persons belonging to national or ethnic, religious and linguistic minorities in accordance with the Declaration on the Rights of Persons belonging to National or Ethnic, Religious and Linguistic Minorities.

27. Measures to be taken, where appropriate, should include facilitation of their full participation in all aspects of the political, economic, social, religious and cultural life of society and in the economic progress and development in their country.

Indigenous people

28. The World Conference on Human Rights calls on the Working Group on Indigenous Populations of the Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities to complete the drafting of a declaration on the rights of indigenous people at its eleventh session.

29. The World Conference on Human Rights recommends that the Commission on Human Rights consider the renewal and updating of the mandate of the Working Group on Indigenous Populations upon completion of the drafting of a declaration on the rights of indigenous people.

30. The World Conference on Human Rights also recommends that advisory services and technical assistance programmes within the United Nations system respond positively to requests by States for assistance which would be of direct benefit to indigenous people. The World Conference on Human Rights further recommends that adequate human and financial resources be made available to the Centre for Human Rights within the overall framework of strengthening the Centre's activities as envisaged by this document.

31. The World Conference on Human Rights urges States to ensure the full and free participation of indigenous people in all aspects of society, in particular in matters of concern to them.

32. The World Conference on Human Rights recommends that the General Assembly proclaim an international decade of the world's indigenous people, to begin from January 1994, including action-orientated programmes, to be decided upon in partnership with indigenous people. An appropriate voluntary trust fund should be set up for this purpose. In the framework of such a decade, the establishment of a permanent forum for indigenous people in the United Nations system should be considered.

Migrant workers

33. The World Conference on Human Rights urges all States to guarantee the protection of the human rights of all migrant workers and their families.

34. The World Conference on Human Rights considers that the creation of conditions to foster greater harmony and tolerance between migrant workers and the rest of the society of the State in which they reside is of particular importance.

35. The World Conference on Human Rights invites States to consider the possibility of signing and ratifying, at the earliest possible time, the International Convention on the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families.

3. The equal status and human rights of women

36. The World Conference on Human Rights urges the full and equal enjoyment by women of all human rights and that this be a priority for Governments and for the United Nations. The World Conference on Human Rights also underlines the importance of the integration and full participation of women as both agents and beneficiaries in the development process, and reiterates the objectives established on global action for women towards sustainable and equitable development set forth in the Rio Declaration on Environment and Development and chapter 24 of Agenda 21, adopted by the United Nations Conference on Environment and Development (Rio de Janeiro, Brazil, 314 June 1992).

37. The equal status of women and the human rights of women should be integrated into the mainstream of United Nations system-wide activity. These issues should be regularly and systematically addressed throughout relevant United Nations bodies and mechanisms. In particular, steps should be taken to increase cooperation and promote further integration of objectives and goals between the Commission on the Status of Women, the Commission on Human Rights, the Committee for the Elimination of Discrimination against Women, the United Nations Development Fund for Women, the United Nations Development Programme and other United Nations agencies. In this context, cooperation and coordination should be strengthened between the Centre for Human Rights and the Division for the Advancement of Women.

38. In particular, the World Conference on Human Rights stresses the importance of working towards the elimination of violence against women in public and private life, the elimination of all forms of sexual harassment, exploitation and trafficking in women, the elimination of gender bias in the administration of justice and the eradication of any conflicts which may arise between the rights of women and the harmful effects of certain traditional or customary practices, cultural prejudices and religious extremism. The World Conference on Human Rights calls upon the General Assembly to adopt the draft declaration on violence against women and urges States to combat violence against women in accordance with its provisions. Violations of the human rights of women in situations of armed conflict are violations of the fundamental principles of international human rights and humanitarian law. All violations of this kind, including in particular murder, systematic rape, sexual slavery, and forced pregnancy, require a particularly effective response.

39. The World Conference on Human Rights urges the eradication of all forms of discrimination against women, both hidden and overt. The United Nations should encourage the goal of universal ratification by all States of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women by the year 2000. Ways and means of addressing the particularly large number of reservations to the Convention should be encouraged. Inter alia, the Committee on the Elimination of Discrimination against Women should continue its review of reservations to the Convention. States are urged to withdraw reservations that are contrary to the object and purpose of the Convention or which are otherwise incompatible with international treaty law.

40. Treaty monitoring bodies should disseminate necessary information to enable women to make more effective use of existing implementation procedures in their pursuits of full and equal enjoyment of human rights and nondiscrimination. New procedures should also be adopted to strengthen implementation of the commitment to women's equality and the human rights of women. The Commission on the Status of Women and the Committee on the Elimination of Discrimination against Women should quickly examine the possibility of introducing the right of petition through the preparation of an optional protocol to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. The World Conference on Human Rights welcomes the decision of the Commission on Human Rights to consider the appointment of a special rapporteur on violence against women at its fiftieth session.

41. The World Conference on Human Rights recognizes the importance of the enjoyment by women of the highest standard of physical and mental health throughout their life span. In the context of the World Conference on Women and the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, as well as the Proclamation of Tehran of 1968, the World Conference on Human Rights reaffirms, on the basis of equality between women and men, a woman's right to accessible and adequate health care and the widest range of family planning services, as well as equal access to education at all levels.

42. Treaty monitoring bodies should include the status of women and the human rights of women in their deliberations and findings, making use of genderspecific data. States should be encouraged to supply information on the situation of women de jure and de facto in their reports to treaty monitoring bodies. The World Conference on Human Rights notes with satisfaction that the Commission on Human Rights adopted at its forty-ninth session resolution 1993/46 of 8 March 1993 stating that rapporteurs and working groups in the field of human rights should also be encouraged to do so. Steps should also be taken by the Division for the Advancement of Women in cooperation with other United Nations bodies, specifically the Centre for Human Rights, to ensure that the human rights activities of the United Nations regularly address violations of women's human rights, including genderspecific abuses. Training for United Nations human rights and humanitarian relief personnel to assist them to recognize and deal with human rights abuses particular to women and to carry out their work without gender bias should be encouraged.

43. The World Conference on Human Rights urges Governments and regional and international organizations to facilitate the access of women to decisionmaking posts and their greater participation in the decisionmaking process. It encourages further steps within the United Nations Secretariat to appoint and promote women staff members in accordance with the Charter of the United Nations, and encourages other principal and subsidiary organs of the United Nations to guarantee the participation of women under conditions of equality.

44. The World Conference on Human Rights welcomes the World Conference on Women to be held in Beijing in 1995 and urges that human rights of women should play an important role in its deliberations, in accordance with the priority themes of the World Conference on Women of equality, development and peace.

4. The rights of the child

45. The World Conference on Human Rights reiterates the principle of "First Call for Children" and, in this respect, underlines the importance of major national and international efforts, especially those of the United Nations Children's Fund, for promoting respect for the rights of the child to survival, protection, development and participation.

46. Measures should be taken to achieve universal ratification of the Convention on the Rights of the Child by 1995 and the universal signing of the World Declaration on the Survival, Protection and Development of Children and Plan of Action adopted by the World Summit for Children, as well as their effective implementation. The World Conference on Human Rights urges States to withdraw reservations to the Convention on the Rights of the Child contrary to the object and purpose of the Convention or otherwise contrary to international treaty law.

47. The World Conference on Human Rights urges all nations to undertake measures to the maximum extent of their available resources, with the support of international cooperation, to achieve the goals in the World Summit Plan of Action. The Conference calls on States to integrate the Convention on the Rights of the Child into their national action plans. By means of these national action plans and through international efforts, particular priority should be placed on reducing infant and maternal mortality rates, reducing malnutrition and illiteracy rates and providing access to safe drinking water and to basic education. Whenever so called for, national plans of action should be devised to combat devastating emergencies resulting from natural disasters and armed conflicts and the equally grave problem of children in extreme poverty.

48. The World Conference on Human Rights urges all States, with the support of international cooperation, to address the acute problem of children under especially difficult circumstances. Exploitation and abuse of children should be actively combated, including by addressing their root causes. Effective measures are required against female infanticide, harmful child labour, sale of children and organs, child prostitution, child pornography, as well as other forms of sexual abuse.

49. The World Conference on Human Rights supports all measures by the United Nations and its specialized agencies to ensure the effective protection and promotion of human rights of the girl child. The World Conference on Human Rights urges States to repeal existing laws and regulations and remove customs and practices which discriminate against and cause harm to the girl child.

50. The World Conference on Human Rights strongly supports the proposal that the Secretary-General initiate a study into means of improving the protection of children in armed conflicts. Humanitarian norms should be implemented and measures taken in order to protect and facilitate assistance to children in war zones. Measures should include protection for children against indiscriminate use of all weapons of war, especially anti-personnel mines. The need for aftercare and rehabilitation of children traumatized by war must be addressed urgently. The Conference calls on the Committee on the Rights of the Child to study the question of raising the minimum age of recruitment into armed forces.

51. The World Conference on Human Rights recommends that matters relating to human rights and the situation of children be regularly reviewed and monitored by all relevant organs and mechanisms of the United Nations system and by the supervisory bodies of the specialized agencies in accordance with their mandates.

52. The World Conference on Human Rights recognizes the important role played by nongovernmental organizations in the effective implementation of all human rights instruments and, in particular, the Convention on the Rights of the Child.

53. The World Conference on Human Rights recommends that the Committee on the Rights of the Child, with the assistance of the Centre for Human Rights, be enabled expeditiously and effectively to meet its mandate, especially in view of the unprecedented extent of ratification and subsequent submission of country reports.

5. Freedom from torture

54. The World Conference on Human Rights welcomes the ratification by many Member States of the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment and encourages its speedy ratification by all other Member States.

55. The World Conference on Human Rights emphasizes that one of the most atrocious violations against human dignity is the act of torture, the result of which destroys the dignity and impairs the capability of victims to continue their lives and their activities.

56. The World Conference on Human Rights reaffirms that under human rights law and international humanitarian law, freedom from torture is a right which must be protected under all circumstances, including in times of internal or international disturbance or armed conflicts.

57. The World Conference on Human Rights therefore urges all States to put an immediate end to the practice of torture and eradicate this evil forever through full implementation of the Universal Declaration of Human Rights as well as the relevant conventions and, where necessary, strengthening of existing mechanisms. The World Conference on Human Rights calls on all States to cooperate fully with the Special Rapporteur on the question of torture in the fulfilment of his mandate.

58. Special attention should be given to ensure universal respect for, and effective implementation of, the Principles of Medical Ethics relevant to the Role of Health Personnel, particularly Physicians, in the Protection of Prisoners and Detainees against Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment adopted by the General Assembly of the United Nations.

59. The World Conference on Human Rights stresses the importance of further concrete action within the framework of the United Nations with the view to providing assistance to victims of torture and ensure more effective remedies for their physical, psychological and social rehabilitation. Providing the necessary resources for this purpose should be given high priority, inter alia, by additional contributions to the United Nations Voluntary Fund for the Victims of Torture.

60. States should abrogate legislation leading to impunity for those responsible for grave violations of human rights such as torture and prosecute such violations, thereby providing a firm basis for the rule of law.

61. The World Conference on Human Rights reaffirms that efforts to eradicate torture should, first and foremost, be concentrated on prevention and, therefore, calls for the early adoption of an optional protocol to the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman and Degrading Treatment or Punishment, which is intended to establish a preventive system of regular visits to places of detention.

Enforced disappearances

62. The World Conference on Human Rights, welcoming the adoption by the General Assembly of the Declaration on the Protection of All Persons from Enforced Disappearance, calls upon all States to take effective legislative, administrative, judicial or other measures to prevent, terminate and punish acts of enforced disappearances. The World Conference on Human Rights reaffirms that it is the duty of all States, under any circumstances, to make investigations whenever there is reason to believe that an enforced disappearance has taken place on a territory under their jurisdiction and, if allegations are confirmed, to prosecute its perpetrators.

6. The rights of the disabled person

63. The World Conference on Human Rights reaffirms that all human rights and fundamental freedoms are universal and thus unreservedly include persons with disabilities. Every person is born equal and has the same rights to life and welfare, education and work, living independently and active participation in all aspects of society. Any direct discrimination or other negative discriminatory treatment of a disabled person is therefore a violation of his or her rights. The World Conference on Human Rights calls on Governments, where necessary, to adopt or adjust legislation to assure access to these and other rights for disabled persons.

64. The place of disabled persons is everywhere. Persons with disabilities should be guaranteed equal opportunity through the elimination of all socially determined barriers, be they physical, financial, social or psychological, which exclude or restrict full participation in society.

65. Recalling the World Programme of Action concerning Disabled Persons, adopted by the General Assembly at its thirty-seventh session, the World Conference on Human Rights calls upon the General Assembly and the Economic and Social Council to adopt the draft standard rules on the equalization of opportunities for persons with disabilities, at their meetings in 1993.

C. Cooperation, development and strengthening of human rights

66. The World Conference on Human Rights recommends that priority be given to national and international action to promote democracy, development and human rights.

67. Special emphasis should be given to measures to assist in the strengthening and building of institutions relating to human rights, strengthening of a pluralistic civil society and the protection of groups which have been rendered vulnerable. In this context, assistance provided upon the request of Governments for the conduct of free and fair elections, including assistance in the human rights aspects of elections and public information about elections, is of particular importance. Equally important is the assistance to be given to the strengthening of the rule of law, the

promotion of freedom of expression and the administration of justice, and to the real and effective participation of the people in the decision-making processes.

68. The World Conference on Human Rights stresses the need for the implementation of strengthened advisory services and technical assistance activities by the Centre for Human Rights. The Centre should make available to States upon request assistance on specific human rights issues, including the preparation of reports under human rights treaties as well as for the implementation of coherent and comprehensive plans of action for the promotion and protection of human rights. Strengthening the institutions of human rights and democracy, the legal protection of human rights, training of officials and others, broad-based education and public information aimed at promoting respect for human rights should all be available as components of these programmes.

69. The World Conference on Human Rights strongly recommends that a comprehensive programme be established within the United Nations in order to help States in the task of building and strengthening adequate national structures which have a direct impact on the overall observance of human rights and the maintenance of the rule of law. Such a programme, to be coordinated by the Centre for Human Rights, should be able to provide, upon the request of the interested Government, technical and financial assistance to national projects in reforming penal and correctional establishments, education and training of lawyers, judges and security forces in human rights, and any other sphere of activity relevant to the good functioning of the rule of law. That programme should make available to States assistance for the implementation of plans of action for the promotion and protection of human rights.

70. The World Conference on Human Rights requests the Secretary-General of the United Nations to submit proposals to the United Nations General Assembly, containing alternatives for the establishment, structure, operational modalities and funding of the proposed programme.

71. The World Conference on Human Rights recommends that each State consider the desirability of drawing up a national action plan identifying steps whereby that State would improve the promotion and protection of human rights.

72. The World Conference on Human Rights reaffirms that the universal and inalienable right to development, as established in the Declaration on the Right to Development, must be implemented and realized. In this context, the World Conference on Human Rights welcomes the appointment by the Commission on Human Rights of a thematic working group on the right to development and urges that the Working Group, in consultation and cooperation with other organs and agencies of the United Nations system, promptly formulate, for early consideration by the United Nations General Assembly, comprehensive and effective measures to eliminate obstacles to the implementation and realization of the Declaration on the Right to Development and recommending ways and means towards the realization of the right to development by all States.

73. The World Conference on Human Rights recommends that non-governmental and other grass-roots organizations active in development and/or human rights should be enabled to play a major role on the national and international levels in the debate, activities and implementation relating to the right to development and, in cooperation with Governments, in all relevant aspects of development cooperation.

74. The World Conference on Human Rights appeals to Governments, competent agencies and institutions to increase considerably the resources devoted to building well-functioning legal systems able to protect human rights, and to national institutions working in this area. Actors in the field of development cooperation should bear in mind the mutually reinforcing interrelationship between development, democracy and human rights. Cooperation should be based on dialogue and transparency. The World Conference on Human Rights also calls for the establishment of comprehensive programmes, including resource banks of information and personnel with expertise relating to the strengthening of the rule of law and of democratic institutions.

75. The World Conference on Human Rights encourages the Commission on Human Rights, in cooperation with the Committee on Economic, Social and Cultural Rights, to continue the examination of optional protocols to the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights.

76. The World Conference on Human Rights recommends that more resources be made available for the strengthening or the establishment of regional arrangements for the promotion and protection of human rights under the programmes of advisory services and technical assistance of the Centre for Human Rights. States are encouraged to request assistance for such purposes as regional and subregional workshops, seminars and information exchanges designed to strengthen regional arrangements for the promotion and protection of human rights in accord with universal human rights standards as contained in international human rights instruments.

77. The World Conference on Human Rights supports all measures by the United Nations and its relevant specialized agencies to ensure the effective promotion and protection of trade union rights, as stipulated in the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights and other relevant international instruments. It calls on all States to abide fully by their obligations in this regard contained in international instruments.

D. Human rights education

78. The World Conference on Human Rights considers human rights education, training and public information essential for the promotion and achievement of stable and harmonious relations among communities and for fostering mutual understanding, tolerance and peace.

79. States should strive to eradicate illiteracy and should direct education towards the full development of the human personality and to the strengthening of respect for human rights and fundamental freedoms. The World Conference on Human Rights calls on all States and institutions to include human rights, humanitarian law, democracy and rule of law as subjects in the curricula of all learning institutions in formal and non-formal settings.

80. Human rights education should include peace, democracy, development and social justice, as set forth in international and regional human rights instruments, in order to achieve common understanding and awareness with a view to strengthening universal commitment to human rights.

81. Taking into account the World Plan of Action on Education for Human Rights and Democracy, adopted in March 1993 by the International Congress on Education for Human Rights and Democracy of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, and other human rights instruments, the World Conference on Human Rights recommends that States develop specific programmes and strategies for ensuring the widest human rights education and the dissemination of public information, taking particular account of the human rights needs of women.

82. Governments, with the assistance of intergovernmental organizations, national institutions and non-governmental organizations, should promote an increased awareness of human rights and mutual tolerance. The World Conference on Human Rights underlines the importance of strengthening the World Public Information Campaign for Human Rights carried out by the United Nations. They should initiate and support education in human rights and undertake effective dissemination of public information in this field. The advisory services and technical assistance programmes of the United Nations system should be able to respond immediately to requests from States for educational and training activities in the field of human rights as well as for special education concerning standards as contained in international human rights instruments and in humanitarian law and their application to special groups such as military forces, law enforcement personnel, police and the health profession. The proclamation of a United Nations decade for human rights education in order to promote, encourage and focus these educational activities should be considered.

E. Implementation and monitoring methods

83. The World Conference on Human Rights urges Governments to incorporate standards as contained in international human rights instruments in domestic legislation and to strengthen national structures, institutions and organs of society which play a role in promoting and safeguarding human rights.

84. The World Conference on Human Rights recommends the strengthening of United Nations activities and programmes to meet requests for assistance by States which want to establish or strengthen their own national institutions for the promotion and protection of human rights.

85. The World Conference on Human Rights also encourages the strengthening of cooperation between national institutions for the promotion and protection of human rights, particularly through exchanges of information and experience, as well as cooperation with regional organizations and the United Nations.

86. The World Conference on Human Rights strongly recommends in this regard that representatives of national institutions for the promotion and protection of human rights convene periodic meetings under the auspices of the Centre for Human Rights to examine ways and means of improving their mechanisms and sharing experiences.

87. The World Conference on Human Rights recommends to the human rights treaty bodies, to the meetings of chairpersons of the treaty bodies and to the meetings of States parties that they continue to take steps aimed at coordinating the multiple reporting requirements and guidelines for preparing State reports under the respective human rights conventions and study the suggestion that the submission of one overall report on treaty obligations undertaken by each State would make these procedures more effective and increase their impact.

88. The World Conference on Human Rights recommends that the States parties to international human rights instruments, the General Assembly and the Economic and Social Council should consider studying the existing human rights treaty bodies and the various thematic mechanisms and procedures with a view to promoting greater efficiency and effectiveness through better coordination of the various bodies, mechanisms and procedures, taking into account the need to avoid unnecessary duplication and overlapping of their mandates and tasks.

89. The World Conference on Human Rights recommends continued work on the improvement of the functioning, including the monitoring tasks, of the treaty bodies, taking into account multiple proposals made in this respect, in particular those made by the treaty bodies themselves and by the meetings of the chairpersons of the treaty bodies.

The comprehensive national approach taken by the Committee on the Rights of the Child should also be encouraged.

90. The World Conference on Human Rights recommends that States parties to human rights treaties consider accepting all the available optional communication procedures.

91. The World Conference on Human Rights views with concern the issue of impunity of perpetrators of human rights violations, and supports the efforts of the Commission on Human Rights and the Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities to examine all aspects of the issue.

92. The World Conference on Human Rights recommends that the Commission on Human Rights examine the possibility for better implementation of existing human rights instruments at the international and regional levels and encourages the International Law Commission to continue its work on an international criminal court.

93. The World Conference on Human Rights appeals to States which have not yet done so to accede to the Geneva Conventions of 12 August 1949 and the Protocols thereto, and to take all appropriate national measures, including legislative ones, for their full implementation.

94. The World Conference on Human Rights recommends the speedy completion and adoption of the draft declaration on the right and responsibility of individuals, groups and organs of society to promote and protect universally recognized human rights and fundamental freedoms.

95. The World Conference on Human Rights underlines the importance of preserving and strengthening the system of special procedures, rapporteurs, representatives, experts and working groups of the Commission on Human Rights and the Sub-Commission on the Prevention of Discrimination and Protection of Minorities, in order to enable them to carry out their mandates in all countries throughout the world, providing them with the necessary human and financial resources. The procedures and mechanisms should be enabled to harmonize and rationalize their work through periodic meetings. All States are asked to cooperate fully with these procedures and mechanisms.

96. The World Conference on Human Rights recommends that the United Nations assume a more active role in the promotion and protection of human rights in ensuring full respect for international humanitarian law in all situations of armed conflict, in accordance with the purposes and principles of the Charter of the United Nations.

97. The World Conference on Human Rights, recognizing the important role of human rights components in specific arrangements concerning some peace-keeping operations by the United Nations, recommends that the Secretary-General take into account the reporting, experience and capabilities of the Centre for Human Rights and human rights mechanisms, in conformity with the Charter of the United Nations.

98. To strengthen the enjoyment of economic, social and cultural rights, additional approaches should be examined, such as a system of indicators to measure progress in the realization of the rights set forth in the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. There must be a concerted effort to ensure recognition of economic, social and cultural rights at the national, regional and international levels.

F. Follow-up to the World Conference on Human Rights

99. The World Conference on Human Rights on Human Rights recommends that the General Assembly, the Commission on Human Rights and other organs and agencies of the United Nations system related to human rights consider ways and means for the full implementation, without delay, of the recommendations contained in the present Declaration, including the possibility of proclaiming a United Nations decade for human rights. The World Conference on Human Rights further recommends that the Commission on Human Rights annually review the progress towards this end.

100. The World Conference on Human Rights requests the Secretary-General of the United Nations to invite on the occasion of the fiftieth anniversary of the Universal Declaration of Human Rights all States, all organs and agencies of the United Nations system related to human rights, to report to him on the progress made in the implementation of the present Declaration and to submit a report to the General Assembly at its fifty-third session, through the Commission on Human Rights and the Economic and Social Council. Likewise, regional and, as appropriate, national human rights institutions, as well as non-governmental organizations, may present their views to the Secretary-General on the progress made in the implementation of the present Declaration. Special attention should be paid to assessing the progress towards the goal of universal ratification of international human rights treaties and protocols adopted within the framework of the United Nations system.

Programme of Action of the United Nations International Conference on Population & Development (1994)

- I - Preamble
- II - Principles
- III - Interrelationships Between Population, Sustained Economic Growth and Sustainable Development
- IV - Gender Equality, Equity and Empowerment of Women
- V - The Family, its Roles, Rights, Composition and Structure
- VI - Population Growth and Structure
- VII - Reproductive Rights and Reproductive Health
- VIII - Health, Morbidity and Mortality
- IX - Population Distribution, Urbanization and Internal Migration
- X - International Migration
- XI - Population, Development and Education
- XII - Technology, Research and Development

- XIII - National Action
- XIV - International Cooperation
- XV - Partnership with the Non-Governmental Sector
- XVI - Follow-up to the Conference
- Notes

Chapter I - PREAMBLE

1.1. The 1994 International Conference on Population and Development occurs at a defining moment in the history of international cooperation. With the growing recognition of global population, development and environmental interdependence, the opportunity to adopt suitable macro- and socio-economic policies to promote sustained economic growth in the context of sustainable development in all countries and to mobilize human and financial resources for global problem-solving has never been greater. Never before has the world community had so many resources, so much knowledge and such powerful technologies at its disposal which, if suitably redirected, could foster sustained economic growth and sustainable development. Nonetheless, the effective use of resources, knowledge and technologies is conditioned by political and economic obstacles at the national and international levels. Therefore, although ample resources have been available for some time, their use for socially equitable and environmentally sound development has been seriously limited.

1.2. The world has undergone far-reaching changes in the past two decades. Significant progress in many fields important for human welfare has been made through national and international efforts. However, the developing countries are still facing serious economic difficulties and an unfavourable international economic environment, and people living in absolute poverty have increased in many countries. Around the world many of the basic resources on which future generations will depend for their survival and well-being are being depleted and environmental degradation is intensifying, driven by unsustainable patterns of production and consumption, unprecedented growth in population, widespread and persistent poverty, and social and economic inequality. Ecological problems, such as global climate change, largely driven by unsustainable patterns of production and consumption, are adding to the threats to the well-being of future generations. There is emerging global consensus on the need for increased international cooperation in regard to population in the context of sustainable development, for which Agenda 21 provides a framework. Much has been achieved in this respect, but more needs to be done.

1.3. The world population is currently estimated at 5.6 billion. While the rate of growth is on the decline, absolute increments have been increasing, presently exceeding 86 million persons per year. Annual population increments are likely to remain above 86 million until the year 2015. 1/

1.4. During the remaining six years of this critical decade, the world's nations by their actions or inactions will choose from among a range of alternative demographic futures. The low, medium and high variants of the United Nations population projections for the coming 20 years range from a low of 7.1 billion people to the medium variant of 7.5 billion and a high of 7.8 billion. The difference of 720 million people in the short span of 20 years exceeds the current population of the African continent. Further into the future, the projections diverge even more significantly. By the year 2050, the United Nations projections range from 7.9 billion to the medium variant of 9.8 billion and a high of 11.9 billion. Implementation of the goals and objectives contained in the present 20-year Programme of Action, which address many of the fundamental population, health, education and development challenges facing the entire human community, would result in world population growth during this period and beyond at levels below the United Nations medium projection.

1.5. The International Conference on Population and Development is not an isolated event. Its Programme of Action builds on the considerable international consensus that has developed since the World Population Conference at Bucharest in 1974 2/ and the International Conference on Population at Mexico City in 1984, 3/ to consider the broad issues of and interrelationships between population, sustained economic growth and sustainable

development, and advances in the education, economic status and empowerment of women. The 1994 Conference was explicitly given a broader mandate on development issues than previous population conferences, reflecting the growing awareness that population, poverty, patterns of production and consumption and the environment are so closely interconnected that none of them can be considered in isolation.

1.6. The International Conference on Population and Development follows and builds on other important recent international activities, and its recommendations should be supportive of, consistent with and based on the agreements reached at the following:

- (a) The World Conference to Review and Appraise the Achievements of the United Nations Decade for Women: Equality, Development and Peace, held in Nairobi in 1985;
- (b) The World Summit for Children, held in New York in 1990; 4/
- (c) The United Nations Conference on Environment and Development, held at Rio de Janeiro in 1992; 5/
- (d) The World Conference on Nutrition, held at Rome in 1992; (e) The World Conference on Human Rights, held at Vienna in 1993; 6/
- (f) The International Year of the World's Indigenous People, 1993, 7/ which would lead to the International Decade of the World's Indigenous People; 8/
- (g) The Global Conference for the Sustainable Development of Small Island Developing States, held in Barbados in 1994;

(h) The International Year of the Family, 1994. 9/ 1.7. The Conference outcomes are closely related to and will make significant contributions to other major conferences in 1995 and 1996, such as the World Summit for Social Development, 10/ the Fourth World Conference on Women, 11/ the Second United Nations Conference on Human Settlements (Habitat II), the elaboration of the Agenda for Development, as well as the celebration of the fiftieth anniversary of the United Nations. These events are expected to highlight further the call of the 1994 Conference for greater investments in people, and for a new action agenda for the empowerment of women to ensure their full participation at all levels in the social, economic and political lives of their communities.

1.8. Over the past 20 years, many parts of the world have undergone remarkable demographic, social, economic, environmental and political change. Many countries have made substantial progress in expanding access to reproductive health care and lowering birth rates, as well as in lowering death rates and raising education and income levels, including the educational and economic status of women. While the advances of the last two decades in areas such as increased use of contraception, decreased maternal mortality, implemented sustainable development plans and projects and enhanced education programmes provide a basis for optimism about successful implementation of this programme of action, much remains to be accomplished. The world as a whole has changed in ways that create important new opportunities for addressing population and development issues. Among the most significant are the major shifts in attitude among the world's people and their leaders in regard to reproductive health, family planning and population growth, resulting, inter alia, in the new comprehensive concept of reproductive health, including family planning and sexual health, as defined in the Programme of Action. A particularly encouraging trend has been the strengthening of political commitment to population-related policies and family planning programmes by many Governments. In this regard, sustained economic growth in the context of sustainable development will enhance the ability of countries to meet the pressures of expected population growth; will facilitate the demographic transition in countries where there is an imbalance between demographic rates and social, economic and environmental goals; and will permit the balance and integration of the population dimension into other development-related policies.

1.9 The population and development objectives and actions of the present Programme of Action will collectively address the critical challenges and interrelationships between population and sustained economic growth in the context of sustainable development. In order to do so, adequate mobilization of resources at the national and international level will be required as well as new and additional resources to the developing countries from all available funding mechanisms, including multilateral, bilateral and private sources. Financial resources are also required to strengthen the capacity of national, regional, subregional and international institutions to implement this Programme of Action.

1.10. The two decades ahead are likely to produce a further shift of rural populations to urban areas as well as continued high levels of migration between countries. These migrations are an important part of the economic transformations occurring around the world, and they present serious new challenges. Therefore, these issues must be addressed with more emphasis within population and development policies. By the year 2015, nearly 56 per cent of the global population is expected to live in urban areas, compared to under 45 per cent in 1994. The most rapid rates of urbanization will occur in the developing countries. The urban population of the developing regions was just 26 per cent in 1975, but is projected to rise to 50 per cent by 2015. This change will place enormous strain on existing social services and infrastructure, much of which will not be able to expand at the same rate as that of urbanization.

1.11. Intensified efforts are needed in the coming 5, 10 and 20 years, in a range of population and development activities, bearing in mind the crucial contribution that early stabilization of the world population would make towards the achievement of sustainable development. The present Programme of Action addresses all those issues, and more, in a comprehensive and integrated framework designed to improve the quality of life of the current world population and its future generations. The recommendations for action are made in a spirit of consensus and international cooperation, recognizing that the formulation and implementation of population-related policies is the responsibility of each country and should take into account the economic, social, and environmental diversity of conditions in each country, with full respect for the various religious and ethical values, cultural backgrounds and philosophical convictions of its people, as well as the shared but differentiated responsibilities of all the world's people for a common future.

1.12. The present Programme of Action recommends to the international community a set of important population and development objectives, including both qualitative and quantitative goals that are mutually supportive and are of critical importance to these objectives. Among these objectives and goals are: sustained economic growth in the context of sustainable development; education, especially for girls; gender equity and equality; infant, child and maternal mortality reduction; and the provision of universal access to reproductive health services, including family planning and sexual health.

1.13. Many of the quantitative and qualitative goals of the present Programme of Action clearly require additional resources, some of which could become available from a reordering of priorities at the individual, national and international levels. However, none of the actions required - nor all of them combined - is expensive in the context of either current global development or military expenditures. A few would require little or no additional financial resources, in that they involve changes in lifestyles, social norms or government policies that can be largely brought about and sustained through greater citizen action and political leadership. But to meet the resource needs of those actions that do require increased expenditures over the next two decades, additional commitments will be required on the part of both developing and developed countries. This will be particularly difficult in the case of some developing countries and some countries with economies in transition that are experiencing extreme resource constraints.

1.14. The present Programme of Action recognizes that over the next 20 years Governments are not expected to meet the goals and objectives of the International Conference on Population and Development single-handedly. All members of and groups in society have the right, and indeed the responsibility, to play an active part in efforts to reach those goals. The increased level of interest manifested by non-governmental organizations, first in the context of the United Nations Conference on Environment and Development and the World Conference on Human Rights, and now in these deliberations, reflects an important and in many places rapid change in the relationship between Governments and a variety of non-governmental institutions. In nearly all countries new partnerships are emerging between Government, business, non-governmental organizations and community groups, which will have a direct and positive bearing on the implementation of the present Programme of Action.

1.15. While the International Conference on Population and Development does not create any new international human rights, it affirms the application of universally recognized human rights standards to all aspects of population programmes. It also represents the last opportunity in the twentieth century for the international community to collectively address the critical challenges and interrelationships between population and development. The Programme of Action will require the establishment of common ground, with full respect for the various religious and ethical values and cultural backgrounds. The impact of this Conference will be measured by the strength of the specific commitments made here and the consequent actions to fulfill them, as part of a new global partnership among all the world's countries and peoples, based on a sense of shared but differentiated responsibility for each other and for our planetary home.

Principle 1

All human beings are born free and equal in dignity and rights. Everyone is entitled to all the rights and freedoms set forth in the Universal Declaration of Human Rights, without distinction of any kind, such as race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status. Everyone has the right to life, liberty and security of person.

Principle 2

Human beings are at the centre of concerns for sustainable development. They are entitled to a healthy and productive life in harmony with nature. People are the most important and valuable resource of any nation. Countries should ensure that all individuals are given the opportunity to make the most of their potential. They have the right to an adequate standard of living for themselves and their families, including adequate food, clothing, housing, water and sanitation.

Principle 3

The right to development is a universal and inalienable right and an integral part of fundamental human rights, and the human person is the central subject of development. While development facilitates the enjoyment of all human rights, the lack of development may not be invoked to justify the abridgement of internationally recognized human rights. The right to development must be fulfilled so as to equitably meet the population, development and environment needs of present and future generations.

Principle 4

Advancing gender equality and equity and the empowerment of women, and the elimination of all kinds of violence against women, and ensuring women's ability to control their own fertility, are cornerstones of population and

development-related programmes. The human rights of women and the girl-child are an inalienable, integral and indivisible part of universal human rights. The full and equal participation of women in civil, cultural, economic, political, and social life, at the national, regional and international levels, and the eradication of all forms of discrimination on grounds of sex, are priority objectives of the international community.

Principle 5

Population-related goals and policies are integral parts of cultural, economic and social development, the principal aim of which is to improve the quality of life of all people.

Principle 6

Sustainable development as a means to ensure human well-being, equitably shared by all people today and in the future, requires that the interrelationships between population, resources, the environment and development should be fully recognized, properly managed and brought into a harmonious, dynamic balance. To achieve sustainable development and a higher quality of life for all people, States should reduce and eliminate unsustainable patterns of production and consumption and promote appropriate policies, including population-related policies, in order to meet the needs of current generations without compromising the ability of future generations to meet their own needs.

Principle 7

All States and all people shall cooperate in the essential task of eradicating poverty as an indispensable requirement for sustainable development, in order to decrease the disparities in standards of living and better meet the needs of the majority of the people of the world. The special situation and needs of developing countries, particularly the least developed, shall be given special priority. Countries with economies in transition, as well as all other countries, need to be fully integrated into the world economy.

Principle 8

Everyone has the right to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health. States should take all appropriate measures to ensure, on a basis of equality of men and women, universal access to health-care services, including those related to reproductive health care, which includes family planning and sexual health. Reproductive health-care programmes should provide the widest range of services without any form of coercion. All couples and individuals have the basic right to decide freely and responsibly the number and spacing of their children and to have the information, education and means to do so.

Principle 9

The family is the basic unit of society and as such should be strengthened. It is entitled to receive comprehensive protection and support. In different cultural, political and social systems, various forms of the family exist. Marriage must be entered into with the free consent of the intending spouses, and husband and wife should be equal partners.

Principle 10

Everyone has the right to education, which shall be directed to the full development of human resources, and human dignity and potential, with particular attention to women and the girl-child. Education should be designed to strengthen respect for human rights and fundamental freedoms, including those relating to population and development. The best interests of the child shall be the guiding principle of those responsible for his or her education and guidance; that responsibility lies in the first place with the parents.

Principle 11

All States and families should give highest possible priority to children. The child has the right to standards of living adequate for its well-being and the right to the highest attainable standards of health, and the right to education. The child has the right to be cared for, guided and supported by parents, families and society and to be protected by appropriate legislative, administrative, social and educational measures, from all forms of physical or mental violence, injury or abuse, neglect or negligent treatment, maltreatment or exploitation, including sale, trafficking, sexual abuse, and trafficking in its organs.

Principle 12

Countries receiving documented migrants should provide proper treatment and adequate social welfare services for them and their families, and should ensure their physical safety and security, bearing in mind the special circumstances and needs of countries, in particular developing countries, attempting to meet these objectives or requirements with regard to undocumented migrants, in conformity with the provisions of relevant conventions and international instruments and documents. Countries should guarantee to all migrants all basic human rights as included in the Universal Declaration of Human Rights.

Principle 13

Everyone has the right to seek and to enjoy in other countries asylum from persecution. States have responsibilities with respect to refugees as set forth in the Geneva Convention on the Status of Refugees and its 1967 Protocol.

Principle 14

In considering the population and development needs of indigenous people, States should recognize and support their identity, culture and interests, and enable them to participate fully in the economic, political and social life of the country, particularly where their health, education and well-being are affected.

Principle 15

Sustained economic growth, in the context of sustainable development, and social progress require that growth be broadly based, offering equal opportunities to all people. All countries should recognize their common but differentiated responsibilities. The developed countries acknowledge the responsibility that they bear in the international pursuit of sustainable development, and should continue to improve their efforts to promote sustained growth and to narrow imbalances in a manner that can benefit all countries, particularly the developing countries.

Chapter III - INTERRELATIONSHIPS BETWEEN POPULATION, SUSTAINED ECONOMIC GROWTH AND SUSTAINABLE DEVELOPMENT

- A. Integrating population and development strategies
 - Basis for action
 - Objectives
 - Actions
- B. Population, sustained economic growth and poverty
 - Basis for action
 - Objective
 - Actions
- C. Population and environment
 - Basis for action
 - Objectives
 - Actions

A. Integrating population and development strategies

Basis for action

3.1. The everyday activities of all human beings, communities and countries are interrelated with population change, patterns and levels of use of natural resources, the state of the environment, and the pace and quality of economic and social development. There is general agreement that persistent widespread poverty as well as serious social and gender inequities have significant influences on, and are in turn influenced by, demographic parameters such as population growth, structure and distribution. There is also general agreement that unsustainable consumption and production patterns are contributing to the unsustainable use of natural resources and environmental degradation as well as to the reinforcement of social inequities and of poverty with the above-mentioned consequences for demographic parameters. The Rio Declaration on Environment and Development and Agenda 21, adopted by the international community at the United Nations Conference on Environment and Development, call for patterns of development that reflect the new understanding of these and other intersectoral linkages. Recognizing the longer-term realities and implications of current actions, the development challenge is to meet the needs of present generations and improve their quality of life without compromising the ability of future generations to meet their own needs.

3.2. Despite recent declines in birth rates in many countries, further large increases in population size are inevitable. Owing to the youthful age structure, for numerous countries the coming decades will bring substantial population

increases in absolute numbers. Population movements within and between countries, including the very rapid growth of cities and the unbalanced regional distribution of population, will continue and increase in the future.

3.3. Sustainable development implies, inter alia, long-term sustainability in production and consumption relating to all economic activities including industry, energy, agriculture, forestry, fisheries, transport, tourism and infrastructure in order to optimize ecologically sound resource use and minimize waste. Macroeconomic and sectoral policies have, however, rarely given due attention to population considerations. Explicitly integrating population into economic and development strategies will both speed up the pace of sustainable development and poverty alleviation and contribute to the achievement of population objectives and an improved quality of life of the population.

Objectives

3.4. The objectives are to fully integrate population concerns into:

- (a) Development strategies, planning, decision-making and resource allocation at all levels and in all regions, with the goal of meeting the needs, and improving the quality of life, of present and future generations;
- (b) All aspects of development planning in order to promote social justice and to eradicate poverty through sustained economic growth in the context of sustainable development.

Actions

3.5. At the international, regional, national and local levels, population issues should be integrated into the formulation, implementation, monitoring and evaluation of all policies and programmes relating to sustainable development. Development strategies must realistically reflect both the short-, medium- and long-term implications of, and consequences for, population dynamics as well as patterns of production and consumption.

3.6. Governments, international agencies, non-governmental organizations and other concerned parties should undertake timely and periodic reviews of their development strategies, with the aim of assessing progress towards integrating population into development and environment programmes that take into account patterns of production and consumption and seek to bring about population trends consistent with the achievement of sustainable development and the improvement of the quality of life.

3.7. Governments should establish the requisite internal institutional mechanisms and enabling environment, at all levels of society, to ensure that population factors are appropriately addressed within the decision-making and administrative processes of all relevant government agencies responsible for economic, environmental and social policies and programmes.

3.8. Political commitment to integrated population and development strategies should be strengthened by public education and information programmes and by increased resource allocation through cooperation among Governments, non-governmental organizations and the private sector, and by improvement of the knowledge base through research and national and local capacity- building.

3.9. To achieve sustainable development and a higher quality of life for all people, Governments should reduce and eliminate unsustainable patterns of production and consumption and promote appropriate demographic policies. Developed countries should take the lead in achieving sustainable consumption patterns and effective waste management.

B. Population, sustained economic growth and poverty Basis for action

3.10. Population policies should take into account, as appropriate, development strategies agreed upon in multilateral forums, in particular the International Development Strategy for the Fourth United Nations Development Decade, 14/ the Programme of Action for the Least Developed Countries for the 1990s, 15/ the outcomes of the eighth session of the United Nations Conference on Trade and Development, and of the Uruguay Round of multilateral trade negotiations, Agenda 21 and the United Nations New Agenda for the Development of Africa in the 1990s. 16/

3.11. Gains recorded in recent years in such indicators as life expectancy and national product, while significant and encouraging, do not, unfortunately, fully reflect the realities of life of hundreds of millions of men, women, adolescents and children. Despite decades of development efforts, both the gap between rich and poor nations and the inequalities within nations have widened. Serious economic, social, gender and other inequities persist and hamper efforts to improve the quality of life for hundreds of millions of people. The number of people living in poverty stands at approximately 1 billion and continues to mount.

3.12. All countries, more especially developing countries where almost all of the future growth of the world population will occur, and countries with economies in transition, face increasing difficulties in improving the quality of life of their people in a sustainable manner. Many developing countries and countries with economies in transition face major development obstacles, among which are those related to the persistence of trade imbalances, the slow- down in the world economy, the persistence of the debt-servicing problem, and the need for technologies and external assistance. The achievement of sustainable development and poverty eradication should be supported by macroeconomic policies designed to provide an appropriate international economic environment, as well as by good governance, effective national policies and efficient national institutions.

3.13. Widespread poverty remains the major challenge to development efforts. Poverty is often accompanied by unemployment, malnutrition, illiteracy, low status of women, exposure to environmental risks and limited access to social and health services, including reproductive health services which, in turn, include family planning. All these

factors contribute to high levels of fertility, morbidity, and mortality, as well as to low economic productivity. Poverty is also closely related to inappropriate spatial distribution of population, to unsustainable use and inequitable distribution of such natural resources as land and water, and to serious environmental degradation.

3.14. Efforts to slow down population growth, to reduce poverty, to achieve economic progress, to improve environmental protection, and to reduce unsustainable consumption and production patterns are mutually reinforcing. Slower population growth has in many countries bought more time to adjust to future population increases. This has increased those countries' ability to attack poverty, protect and repair the environment, and build the base for future sustainable development. Even the difference of a single decade in the transition to stabilization levels of fertility can have a considerable positive impact on quality of life.

3.15. Sustained economic growth within the context of sustainable development is essential to eradicate poverty. Eradication of poverty will contribute to slowing population growth and to achieving early population stabilization. Investments in fields important to the eradication of poverty, such as basic education, sanitation, drinking water, housing, adequate food supply and infrastructure for rapidly growing populations, continue to strain already weak economies and limit development options. The unusually high number of young people, a consequence of high fertility rates, requires that productive jobs be created for a continually growing labour force under conditions of already widespread unemployment. The numbers of elderly requiring public support will also increase rapidly in the future. Sustained economic growth in the context of sustainable development will be necessary to accommodate those pressures.

Objective

3.16. The objective is to raise the quality of life for all people through appropriate population and development policies and programmes aimed at achieving poverty eradication, sustained economic growth in the context of sustainable development and sustainable patterns of consumption and production, human resource development and the guarantee of all human rights, including the right to development as a universal and inalienable right and an integral part of fundamental human rights. Particular attention is to be given to the socio-economic improvement of poor women in developed and developing countries. As women are generally the poorest of the poor and at the same time key actors in the development process, eliminating social, cultural, political and economic discrimination against women is a prerequisite of eradicating poverty, promoting sustained economic growth in the context of sustainable development, ensuring quality family planning and reproductive health services, and achieving balance between population and available resources and sustainable patterns of consumption and production.

Actions

3.17. Investment in human resource development, in accordance with national policy, must be given priority in population and development strategies and budgets, at all levels, with programmes specifically directed at increased access to information, education, skill development, employment opportunities, both formal and informal, and high-quality general, and reproductive health services, including family-planning and sexual health care, through the promotion of sustained economic growth within the context of sustainable development in developing countries and countries with economies in transition.

3.18. Existing inequities and barriers to women in the workforce should be eliminated and women's participation in all policy-making and implementation, as well as their access to productive resources, and ownership of land, and their right to inherit property should be promoted and strengthened. Governments, non-governmental organizations and the private sector should invest in, promote, monitor and evaluate the education and skill development of women and girls and the legal and economic rights of women, and in all aspects of reproductive health, including family planning and sexual health, in order to enable them to effectively contribute to and benefit from economic growth and sustainable development.

3.19. High priority should be given by Governments, non-governmental organizations and the private sector to meeting the needs, and increasing the opportunities for information, education, jobs, skill development and relevant reproductive health services, of all underserved members of society. 17/

3.20. Measures should be taken to strengthen food, nutrition and agricultural policies and programmes, and fair trade relations, with special attention to the creation and strengthening of food security at all levels.

3.21. Job creation in the industrial, agricultural and service sectors should be facilitated by Governments and the private sector through the establishment of more favourable climates for expanded trade and investment on an environmentally sound basis, greater investment in human resource development, and the development of democratic institutions and good governance. Special efforts should be made to create productive jobs through policies promoting efficient and, where required, labour-intensive industries, and transfer of modern technologies.

3.22. The international community should continue to promote a supportive economic environment, particularly for developing countries and countries with economies in transition in their attempt to eradicate poverty and achieve sustained economic growth in the context of sustainable development. In the context of the relevant international agreements and commitments, efforts should be made to support those countries, in particular the developing countries, by promoting an open, equitable, secure, non-discriminatory and predictable international trading system; promoting foreign direct investment; reducing the debt burden; providing new and additional financial resources from all available funding sources and mechanisms, including multilateral, bilateral and private sources, including on concessional and grant terms according to sound and equitable criteria and indicators; access to technologies; and by ensuring that structural adjustment programmes are so designed and implemented as to be responsive to social and environmental concerns.

C. Population and environment

Basis for action

3.23. At the United Nations Conference on Environment and Development, the international community agreed on objectives and actions aimed at integrating environment and development which were included in Agenda 21, other Conference outcomes and other international environmental agreements. Agenda 21 has been conceived as a response to the major environment and development challenges, including the economic and social dimensions of sustainable development, such as poverty, consumption, demographic dynamics, human health and human settlement, and to a broad range of environmental and natural resource concerns. Agenda 21 leaves to the International Conference on Population and Development further consideration of the interrelationships between population and the environment.

3.24. Meeting the basic human needs of growing populations is dependent on a healthy environment. These human dimensions need to be given attention in developing comprehensive policies for sustainable development in the context of population growth.

3.25. Demographic factors, combined with poverty and lack of access to resources in some areas, and excessive consumption and wasteful production patterns in others, cause or exacerbate problems of environmental degradation and resource depletion and thus inhibit sustainable development.

3.26. Pressure on the environment may result from rapid population growth, distribution and migration, especially in ecologically vulnerable ecosystems. Urbanization and policies that do not recognize the need for rural development also create environmental problems.

3.27. Implementation of effective population policies in the context of sustainable development, including reproductive health and family -planning programmes, require new forms of participation by various actors at all levels in the policy-making process.

Objectives

3.28. Consistent with Agenda 21, the objectives are:

- (a) To ensure that population, environmental and poverty eradication factors are integrated in sustainable development policies, plans and programmes;
- (b) To reduce both unsustainable consumption and production patterns as well as negative impacts of demographic factors on the environment in order to meet the needs of current generations without compromising the ability of future generations to meet their own needs.

Actions

3.29. Governments at the appropriate level, with the support of the international community and regional and subregional organizations, should formulate and implement population policies and programmes to support the objectives and actions agreed upon in Agenda 21, other Conference outcomes and other international environmental agreements, taking into account the common but differentiated responsibilities reflected in those agreements.

Consistent with the framework and priorities set forth in Agenda 21, the following actions, inter alia, are recommended to help achieve population and environment integration:

- (a) Integrate demographic factors into environment impact assessments and other planning and decision-making processes aimed at achieving sustainable development;
- (b) Take measures aimed at the eradication of poverty, with special attention to income -generation and employment strategies directed at the rural poor and those living within or on the edge of fragile ecosystems;
- (c) Utilize demographic data to promote sustainable resource management, especially of ecologically fragile systems;
- (d) Modify unsustainable consumption and production patterns through economic, legislative and administrative measures, as appropriate, aimed at fostering sustainable resource use and preventing environmental degradation;
- (e) Implement policies to address the ecological implications of inevitable future increases in population numbers and changes in concentration and distribution, particularly in ecologically vulnerable areas and urban agglomerations.

3.30. Measures should be taken to enhance the full participation of all relevant groups, especially women, at all levels of population and environmental decision-making to achieve sustainable management of natural resources.

3.31. Research should be undertaken on the linkages among population, consumption and production, the environment and natural resources, and human health as a guide to effective sustainable development policies.

3.32. Governments, non-governmental organizations and the private sector should promote public awareness and understanding for the implementation of the above-mentioned actions.

- [A. Empowerment and status of women](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [B. The girl child](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [C. Male responsibilities and participation](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objective](#)
 - [Actions](#)

A. Empowerment and status of women

Basis for action

4.1. The empowerment and autonomy of women and the improvement of their political, social, economic and health status is a highly important end in itself. In addition, it is essential for the achievement of sustainable development. The full participation and partnership of both women and men is required in productive and reproductive life, including shared responsibilities for the care and nurturing of children and maintenance of the household. In all parts of the world, women are facing threats to their lives, health and well-being as a result of being overburdened with work and of their lack of power and influence. In most regions of the world, women receive less formal education than men, and at the same time, women's own knowledge, abilities and coping mechanisms often go unrecognized. The power relations that impede women's attainment of healthy and fulfilling lives operate at many levels of society, from the most personal to the highly public. Achieving change requires policy and programme actions that will improve women's access to secure livelihoods and economic resources, alleviate their extreme responsibilities with regard to housework, remove legal impediments to their participation in public life, and raise social awareness through effective programmes of education and mass communication. In addition, improving the status of women also enhances their decision-making capacity at all levels in all spheres of life, especially in the area of sexuality and reproduction. This, in turn, is essential for the long-term success of population programmes. Experience shows that population and development programmes are most effective when steps have simultaneously been taken to improve the status of women.

4.2. Education is one of the most important means of empowering women with the knowledge, skills and self-confidence necessary to participate fully in the development process. More than 40 years ago, the Universal Declaration of Human Rights asserted that "everyone has the right to education". In 1990, Governments meeting at the World Conference on Education for All in Jomtien, Thailand, committed themselves to the goal of universal access to basic education. But despite notable efforts by countries around the globe that have appreciably expanded access to basic education, there are approximately 960 million illiterate adults in the world, of whom two thirds are women. More than one third of the world's adults, most of them women, have no access to printed knowledge, to new skills or to technologies that would improve the quality of their lives and help them shape and adapt to social and economic change. There are 130 million children who are not enrolled in primary school and 70 per cent of them are girls.

Objectives

4.3. The objectives are:

- (a) To achieve equality and equity based on harmonious partnership between men and women and enable women to realize their full potential;
- (b) To ensure the enhancement of women's contributions to sustainable development through their full involvement in policy- and decision-making processes at all stages and participation in all aspects of production, employment, income-generating activities, education, health, science and technology, sports, culture and population-related activities and other areas, as active decision makers, participants and beneficiaries;
- (c) To ensure that all women, as well as men, are provided with the education necessary for them to meet their basic human needs and to exercise their human rights.

Actions

4.4. Countries should act to empower women and should take steps to eliminate inequalities between men and women as soon as possible by:

- (a) Establishing mechanisms for women's equal participation and equitable representation at all levels of the political process and public life in each community and society and enabling women to articulate their concerns and needs;
- (b) Promoting the fulfilment of women's potential through education, skill development and employment, giving paramount importance to the elimination of poverty, illiteracy and ill health among women;

- (c) Eliminating all practices that discriminate against women; assisting women to establish and realize their rights, including those that relate to reproductive and sexual health;
- (d) Adopting appropriate measures to improve women's ability to earn income beyond traditional occupations, achieve economic self-reliance, and ensure women's equal access to the labour market and social security systems;
- (e) Eliminating violence against women;
- (f) Eliminating discriminatory practices by employers against women, such as those based on proof of contraceptive use or pregnancy status;
- (g) Making it possible, through laws, regulations and other appropriate measures, for women to combine the roles of child-bearing, breast-feeding and child-rearing with participation in the workforce.

4.5. All countries should make greater efforts to promulgate, implement and enforce national laws and international conventions to which they are party, such as the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, that protect women from all types of economic discrimination and from sexual harassment, and to implement fully the Declaration on the Elimination of Violence against Women and the Vienna Declaration and Programme of Action adopted at the World Conference on Human Rights in 1993. Countries are urged to sign, ratify and implement all existing agreements that promote women's rights.

4.6. Governments at all levels should ensure that women can buy, hold and sell property and land equally with men, obtain credit and negotiate contracts in their own name and on their own behalf and exercise their legal rights to inheritance.

4.7. Governments and employers are urged to eliminate gender discrimination in hiring, wages, benefits, training and job security with a view to eliminating gender-based disparities in income.

4.8. Governments, international organizations and non-governmental organizations should ensure that their personnel policies and practices comply with the principle of equitable representation of both sexes, especially at the managerial and policy-making levels, in all programmes, including population and development programmes. Specific procedures and indicators should be devised for gender-based analysis of development programmes and for assessing the impact of those programmes on women's social, economic and health status and access to resources.

4.9. Countries should take full measures to eliminate all forms of exploitation, abuse, harassment and violence against women, adolescents and children. This implies both preventive actions and rehabilitation of victims. Countries should prohibit degrading practices, such as trafficking in women, adolescents and children and exploitation through prostitution, and pay special attention to protecting the rights and safety of those who suffer from these crimes and those in potentially exploitable situations, such as migrant women, women in domestic service and schoolgirls. In this regard, international safeguards and mechanisms for cooperation should be put in place to ensure that these measures are implemented.

4.10. Countries are urged to identify and condemn the systematic practice of rape and other forms of inhuman and degrading treatment of women as a deliberate instrument of war and ethnic cleansing and take steps to assure that full assistance is provided to the victims of such abuse for their physical and mental rehabilitation.

4.11. The design of family health and other development interventions should take better account of the demands on women's time from the responsibilities of child-rearing, household work and income-generating activities. Male responsibilities should be emphasized with respect to child-rearing and housework. Greater investments should be made in appropriate measures to lessen the daily burden of domestic responsibilities, the greatest share of which falls on women. Greater attention should be paid to the ways in which environmental degradation and changes in land use adversely affect the allocation of women's time. Women's domestic working environments should not adversely affect their health.

4.12. Every effort should be made to encourage the expansion and strengthening of grass-roots, community-based and activist groups for women. Such groups should be the focus of national campaigns to foster women's awareness of the full range of their legal rights, including their rights within the family, and to help women organize to achieve those rights.

4.13. Countries are strongly urged to enact laws and to implement programmes and policies which will enable employees of both sexes to organize their family and work responsibilities through flexible work-hours, parental leave, day-care facilities, maternity leave, policies that enable working mothers to breast-feed their children, health insurance and other such measures. Similar rights should be ensured to those working in the informal sector.

4.14. Programmes to meet the needs of growing numbers of elderly people should fully take into account that women represent the larger proportion of the elderly and that elderly women generally have a lower socio-economic status than elderly men.

B. The girl child

Basis for action

4.15. Since in all societies discrimination on the basis of sex often starts at the earliest stages of life, greater equality for the girl child is a necessary first step in ensuring that women realize their full potential and become equal partners in development. In a number of countries, the practice of prenatal sex selection, higher rates of mortality among very young girls, and lower rates of school enrolment for girls as compared with boys, suggest that "son preference" is curtailing the access of girl children to food, education and health care. This is often compounded by the increasing use of technologies to determine foetal sex, resulting in abortion of female foetuses. Investments made in the girl child's health, nutrition and education, from infancy through adolescence, are critical.

Objectives

4.16. The objectives are:

- (a) To eliminate all forms of discrimination against the girl child and the root causes of son preference, which results in harmful and unethical practices regarding female infanticide and prenatal sex selection;
- (b) To increase public awareness of the value of the girl child, and concurrently, to strengthen the girl child's self-image, self-esteem and status;
- (c) To improve the welfare of the girl child, especially in regard to health, nutrition and education.

Actions

4.17. Overall, the value of girl children to both their family and to society must be expanded beyond their definition as potential child-bearers and caretakers and reinforced through the adoption and implementation of educational and social policies that encourage their full participation in the development of the societies in which they live. Leaders at all levels of the society must speak out and act forcefully against patterns of gender discrimination within the family, based on preference for sons. One of the aims should be to eliminate excess mortality of girls, wherever such a pattern exists. Special education and public information efforts are needed to promote equal treatment of girls and boys with respect to nutrition, health care, education and social, economic and political activity, as well as equitable inheritance rights.

4.18. Beyond the achievement of the goal of universal primary education in all countries before the year 2015, all countries are urged to ensure the widest and earliest possible access by girls and women to secondary and higher levels of education, as well as vocational education and technical training, bearing in mind the need to improve the quality and relevance of that education.

4.19. Schools, the media and other social institutions should seek to eliminate stereotypes in all types of communication and educational materials that reinforce existing inequities between males and females and undermine girls' self-esteem. Countries must recognize that, in addition to expanding education for girls, teachers' attitudes and practices, school curricula and facilities must also change to reflect a commitment to eliminate all gender bias, while recognizing the specific needs of the girl child.

4.20. Countries should develop an integrated approach to the special nutritional, general and reproductive health, education and social needs of girls and young women, as such additional investments in adolescent girls can often compensate for earlier inadequacies in their nutrition and health care.

4.21. Governments should strictly enforce laws to ensure that marriage is entered into only with the free and full consent of the intending spouses. In addition, Governments should strictly enforce laws concerning the minimum legal age of consent and minimum age at marriage and should raise the minimum age at marriage where necessary. Governments and non-governmental organizations should generate social support for the enforcement of laws on minimum legal age at marriage, in particular by providing educational and employment opportunities.

4.22. Governments are urged to prohibit female genital mutilation wherever it exists and to give vigorous support to efforts among non-governmental and community organizations and religious institutions to eliminate such practices.

4.23. Governments are urged to take the necessary measures to prevent infanticide, prenatal sex selection, trafficking in girl children and use of girls in prostitution and pornography.

C. Male responsibilities and participation

Basis for action

4.24. Changes in both men's and women's knowledge, attitudes and behaviour are necessary conditions for achieving the harmonious partnership of men and women. Men play a key role in bringing about gender equality since, in most societies, men exercise preponderant power in nearly every sphere of life, ranging from personal decisions regarding the size of families to the policy and programme decisions taken at all levels of Government. It is essential to improve communication between men and women on issues of sexuality and reproductive health, and the understanding of their joint responsibilities, so that men and women are equal partners in public and private life.

Objective

4.25. The objective is to promote gender equality in all spheres of life, including family and community life, and to encourage and enable men to take responsibility for their sexual and reproductive behaviour and their social and family roles.

Actions

4.26. The equal participation of women and men in all areas of family and household responsibilities, including family planning, child-rearing and housework, should be promoted and encouraged by Governments. This should be pursued by means of information, education, communication, employment legislation and by fostering an economically enabling environment, such as family leave for men and women so that they may have more choice regarding the balance of their domestic and public responsibilities.

4.27. Special efforts should be made to emphasize men's shared responsibility and promote their active involvement in responsible parenthood, sexual and reproductive behaviour, including family planning; prenatal, maternal and child health; prevention of sexually transmitted diseases, including HIV; prevention of unwanted and high-risk pregnancies; shared control and contribution to family income, children's education, health and nutrition; and recognition and promotion of the equal value of children of both sexes. Male responsibilities in family life must be included in the education of children from the earliest ages. Special emphasis should be placed on the prevention of violence against women and children.

4.28. Governments should take steps to ensure that children receive appropriate financial support from their parents by, among other measures, enforcing child-support laws. Governments should consider changes in law and policy to ensure men's responsibility to and financial support for their children and families. Such laws and policies should also encourage maintenance or reconstitution of the family unit. The safety of women in abusive relationships should be protected.

4.29. National and community leaders should promote the full involvement of men in family life and the full integration of women in community life. Parents and schools should ensure that attitudes that are respectful of women and girls as equals are instilled in boys from the earliest possible age, along with an understanding of their shared responsibilities in all aspects of a safe, secure and harmonious family life. Relevant programmes to reach boys before they become sexually active are urgently needed.

Chapter VII - REPRODUCTIVE RIGHTS AND REPRODUCTIVE HEALTH

- [A. Reproductive rights and reproductive health](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [B. Family planning](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [C. Sexually transmitted diseases and HIV prevention](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objective](#)
 - [Actions](#)
- [D. Human sexuality and gender relations](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [E. Adolescents](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)

A. Reproductive rights and reproductive health

Basis for action

7.2. Reproductive health is a state of complete physical, mental and social well-being and not merely the absence of disease or infirmity, in all matters relating to the reproductive system and to its functions and processes.

Reproductive health therefore implies that people are able to have a satisfying and safe sex life and that they have the capability to reproduce and the freedom to decide if, when and how often to do so. Implicit in this last condition are the right of men and women to be informed and to have access to safe, effective, affordable and acceptable methods of family planning of their choice, as well as other methods of their choice for regulation of fertility which are not against the law, and the right of access to appropriate health-care services that will enable women to go safely through pregnancy and childbirth and provide couples with the best chance of having a healthy infant. In line with the above definition of reproductive health, reproductive health care is defined as the constellation of methods, techniques and services that contribute to reproductive health and well-being through preventing and solving reproductive health problems. It also includes sexual health, the purpose of which is the enhancement of life and personal relations, and not merely counselling and care related to reproduction and sexually transmitted diseases.

7.3. Bearing in mind the above definition, reproductive rights embrace certain human rights that are already recognized in national laws, international human rights documents and other relevant United Nations consensus documents. These rights rest on the recognition of the basic right of all couples and individuals to decide freely and responsibly the number, spacing and timing of their children and to have the information and means to do so, and the right to attain the highest standard of sexual and reproductive health. It also includes the right of all to make decisions concerning reproduction free of discrimination, coercion and violence as expressed in human rights documents. In the exercise of this right, they should take into account the needs of their living and future children and their responsibilities towards the community. The promotion of the responsible exercise of these rights for all people should be the fundamental basis for government- and community-supported policies and programmes in the

area of reproductive health, including family planning. As part of their commitment, full attention should be given to the promotion of mutually respectful and equitable gender relations and particularly to meeting the educational and service needs of adolescents to enable them to deal in a positive and responsible way with their sexuality. Reproductive health eludes many of the world's people because of such factors as: inadequate levels of knowledge about human sexuality and inappropriate or poor-quality reproductive health information and services; the prevalence of high-risk sexual behaviour; discriminatory social practices; negative attitudes towards women and girls; and the limited power many women and girls have over their sexual and reproductive lives. Adolescents are particularly vulnerable because of their lack of information and access to relevant services in most countries. Older women and men have distinct reproductive and sexual health issues which are often inadequately addressed.

7.4. The implementation of the present Programme of Action is to be guided by the above comprehensive definition of reproductive health, which includes sexual health.

Objectives

7.5. The objectives are:

- (a) To ensure that comprehensive and factual information and a full range of reproductive health care services, including family planning, are accessible, affordable, acceptable and convenient to all users;
- (b) To enable and support responsible voluntary decisions about child-bearing and methods of family planning of their choice, as well as other methods of their choice for regulation of fertility which are not against the law and to have the information, education and means to do so;
- (c) To meet changing reproductive health needs over the life cycle and to do so in ways sensitive to the diversity of circumstances of local communities.

Actions

7.6. All countries should strive to make accessible through the primary health-care system, reproductive health to all individuals of appropriate ages as soon as possible and no later than the year 2015. Reproductive health care in the context of primary health care should, inter alia, include: family-planning counselling, information, education, communication and services; education and services for prenatal care, safe delivery, and post-natal care, especially breast-feeding, infant and women's health care; prevention and appropriate treatment of infertility; abortion as specified in Paragraph 8.25, including prevention of abortion and the management of the consequences of abortion; treatment of reproductive tract infections; sexually transmitted diseases and other reproductive health conditions; and information, education and counselling, as appropriate, on human sexuality, reproductive health and responsible parenthood. Referral for family-planning services and further diagnosis and treatment for complications of pregnancy, delivery and abortion, infertility, reproductive tract infections, breast cancer and cancers of the reproductive system, sexually transmitted diseases and HIV/AIDS should always be available, as required. Active discouragement of harmful practices such as female genital mutilation should also be an integral component of primary health care including reproductive health care programmes.

7.7. Reproductive health-care programmes should be designed to serve the needs of women including adolescents and must involve women in the leadership, planning, decision-making, management, implementation, organization and evaluation of services. Governments and other organizations should take positive steps to include women at all levels of the health-care system.

7.8. Innovative programmes must be developed to make information, counselling and services for reproductive health accessible to adolescents and adult men. Such programmes must both educate and enable men to share more equally in family planning, domestic and child-rearing responsibilities and to accept the major responsibility for the prevention of sexually transmitted diseases. Programmes must reach men in their workplaces, at home and where they gather for recreation. Boys and adolescents, with the support and guidance of their parents, and in line with the Convention on the Rights of the Child, should also be reached through schools, youth organizations and wherever they congregate. Voluntary and appropriate male methods for contraception, as well as for the prevention of sexually transmitted diseases and AIDS, should be promoted and made accessible with adequate information and counselling.

7.9. Governments should promote much greater community participation in reproductive health-care services by decentralizing the management of public health programmes and by forming partnerships in cooperation with local non-governmental organizations and private health-care providers. All types of non-governmental organizations, including local women's groups, trade unions, cooperatives, youth programmes and religious groups, should be encouraged to become involved in the promotion of better reproductive health.

7.10. Without jeopardizing international support for programmes in developing countries, the international community should, upon request, give consideration to the training, technical assistance, short-term contraceptive supply needs and the needs of the countries in transition from centrally managed to market economies, where reproductive health is poor and in some cases deteriorating. Those countries, at the same time, must themselves give higher priority to reproductive health services, including a comprehensive range of contraceptive means, and must address their current reliance on abortion for fertility regulation by meeting the need of women in those countries for better information and more choices on an urgent basis.

7.11. Migrants and displaced persons in many parts of the world have limited access to reproductive health care and may face specific serious threats to their reproductive health and rights. Services must be sensitive particularly to

the needs of individual women and adolescents and responsive to their often powerless situation, with particular attention to those who are victims of sexual violence.

B. Family planning

Basis for action

7.12. The aim of family-planning programmes must be to enable couples and individuals to decide freely and responsibly the number and spacing of their children and to have the information and means to do so and to ensure informed choices and make available a full range of safe and effective methods. The success of population education and family-planning programmes in a variety of settings demonstrates that informed individuals everywhere can and will act responsibly in the light of their own needs and those of their families and communities. The principle of informed free choice is essential to the long-term success of family-planning programmes. Any form of coercion has no part to play. In every society there are many social and economic incentives and disincentives that affect individual decisions about child-bearing and family size. Over the past century, many Governments have experimented with such schemes, including specific incentives and disincentives, in order to lower or raise fertility. Most such schemes have had only marginal impact on fertility and in some cases have been counterproductive. Governmental goals for family planning should be defined in terms of unmet needs for information and services. Demographic goals, while legitimately the subject of government development strategies, should not be imposed on family-planning providers in the form of targets or quotas for the recruitment of clients.

7.13. Over the past three decades, the increasing availability of safer methods of modern contraception, although still in some respects inadequate, has permitted greater opportunities for individual choice and responsible decision-making in matters of reproduction throughout much of the world. Currently, about 55 per cent of couples in developing regions use some method of family planning. This figure represents nearly a fivefold increase since the 1960s. Family-planning programmes have considerably contributed to the decline in average fertility rates for developing countries, from about six to seven children per family in the 1960s to about three to four children at present. However, the full range of modern family-planning methods still remains unavailable to at least 350 million couples world wide, many of whom say they want to space or prevent another pregnancy. Survey data suggest that approximately 120 million additional women world wide would be currently using a modern family-planning method if more accurate information and affordable services were easily available, and if partners, extended families and the community were more supportive. These numbers do not include the substantial and growing numbers of sexually active unmarried individuals wanting and in need of information and services. During the decade of the 1990s, the number of couples of reproductive age will grow by about 18 million per annum. To meet their needs and close the existing large gaps in services, family planning and contraceptive supplies will need to expand very rapidly over the next several years. The quality of family-planning programmes is often directly related to the level and continuity of contraceptive use and to the growth in demand for services. Family-planning programmes work best when they are part of or linked to broader reproductive health programmes that address closely related health needs and when women are fully involved in the design, provision, management and evaluation of services.

Objectives

7.14. The objectives are:

- (a) To help couples and individuals meet their reproductive goals in a framework that promotes optimum health, responsibility and family well-being, and respects the dignity of all persons and their right to choose the number, spacing and timing of birth of their children;
- (b) To prevent unwanted pregnancies and reduce the incidence of high-risk pregnancies and morbidity and mortality;
- (c) To make quality family-planning services affordable, acceptable and accessible to all who need and want them, while maintaining confidentiality;
- (d) To improve the quality of family-planning advice, information, education, communication, counselling and services;
- (e) To increase the participation and sharing of responsibility of men in the actual practice of family planning;
- (f) To promote breast-feeding to enhance birth spacing.

Actions

7.15. Governments and the international community should use the full means at their disposal to support the principle of voluntary choice in family planning.

7.16. All countries should, over the next several years, assess the extent of national unmet need for good-quality family-planning services and its integration in the reproductive health context, paying particular attention to the most vulnerable and underserved groups in the population. All countries should take steps to meet the family-planning needs of their populations as soon as possible and should, in all cases by the year 2015, seek to provide universal access to a full range of safe and reliable family-planning methods and to related reproductive health services which are not against the law. The aim should be to assist couples and individuals to achieve their reproductive goals and give them the full opportunity to exercise the right to have children by choice.

7.17. Governments at all levels are urged to institute systems of monitoring and evaluation of user-centred services with a view to detecting, preventing and controlling abuses by family-planning managers and providers and to ensure a continuing improvement in the quality of services. To this end, Governments should secure conformity to human rights, and to ethical and professional standards in the delivery of family planning and related reproductive health services aimed at ensuring responsible, voluntary and informed consent and also regarding service provision. In-vitro fertilization techniques should be provided in accordance with appropriate ethical guidelines and medical standards.

7.18. Non-governmental organizations should play an active role in mobilizing community and family support, in increasing access and acceptability of reproductive health services including family planning, and cooperate with Governments in the process of preparation and provision of care, based on informed choice, and in helping to monitor public- and private-sector programmes, including their own.

7.19. As part of the effort to meet unmet needs, all countries should seek to identify and remove all the major remaining barriers to the utilization of family-planning services. Some of those barriers are related to the inadequacy, poor quality and cost of existing family-planning services. It should be the goal of public, private and non-governmental family-planning organizations to remove all programme-related barriers to family-planning use by the year 2005 through the redesign or expansion of information and services and other ways to increase the ability of couples and individuals to make free and informed decisions about the number, spacing and timing of births and protect themselves from sexually transmitted diseases.

7.20. Specifically, Governments should make it easier for couples and individuals to take responsibility for their own reproductive health, by removing unnecessary legal, medical, clinical and regulatory barriers to information and to access to family-planning services and methods.

7.21. All political and community leaders are urged to play a strong, sustained and highly visible role in promoting and legitimizing the provision and use of family-planning and reproductive health services. Governments at all levels are urged to provide a climate that is favourable to good-quality public and private family-planning and reproductive health information and services through all possible channels. Finally, leaders and legislators at all levels must translate their public support for reproductive health, including family planning, into adequate allocations of budgetary, human and administrative resources to help meet the needs of all those who cannot pay the full cost of services.

7.22. Governments are encouraged to focus most of their efforts towards meeting their population and development objectives through education and voluntary measures rather than schemes involving incentives and disincentives.

7.23. In the coming years, all family-planning programmes must make significant efforts to improve quality of care. Among other measures, programmes should:

- (a) Recognize that appropriate methods for couples and individuals vary according to their age, parity, family size preference and other factors, and ensure that women and men have information and access to the widest possible range of safe and effective family-planning methods in order to enable them to exercise free and informed choice;
- (b) Provide accessible, complete and accurate information about various family-planning methods, including their health risks and benefits, possible side effects and their effectiveness in the prevention of the spread of HIV/AIDS and other sexually transmitted diseases;
- (c) Make services safer, affordable, more convenient and accessible for clients and ensure, through strengthened logistical systems, a sufficient and continuous supply of essential high-quality contraceptives. Privacy and confidentiality should be ensured;
- (d) Expand and upgrade formal and informal training in sexual and reproductive health care and family planning for all health-care providers, health educators and managers, including training in interpersonal communications and counselling;
- (e) Ensure appropriate follow-up care, including treatment for side effects of contraceptive use;
- (f) Ensure availability of related reproductive health services on site or through a strong referral mechanism;
- (g) In addition to quantitative measures of performance, give more emphasis to qualitative ones that take into account the perspectives of current and potential users of services, through means including effective management information systems and survey techniques for the timely evaluation of services;
- (h) Family-planning and reproductive health programmes should emphasize breast-feeding education and support services, which can simultaneously contribute to birth spacing, better maternal and child health and higher child survival.

7.24. Governments should take appropriate steps to help women avoid abortion, which in no case should be promoted as a method of family planning, and in all cases provide for the humane treatment and counselling of women who have had recourse to abortion.

7.25. In order to meet the substantial increase in demand for contraceptives over the next decade and beyond, the international community should move, on an immediate basis, to establish an efficient coordination system and global, regional and subregional facilities for the procurement of contraceptive and other commodities essential to reproductive health programmes of developing countries and countries with economies in transition. The international community should also consider measures such as transfers of technology to developing countries enabling them to produce and distribute high-quality contraceptives and other commodities essential to reproductive health services, in order to strengthen the self-reliance of those countries. At the request of the countries concerned, the World Health Organization should continue to provide advice on the quality, safety and efficacy of family-planning methods.

7.26. Provision of reproductive health-care services should not be confined to the public sector but should involve the private sector and non-governmental organizations, in accordance with the needs and resources of their communities, and include, where appropriate, effective strategies for cost recovery and service delivery, including

social marketing and community-based services. Special efforts should be made to improve accessibility through outreach services.

C. Sexually transmitted diseases and HIV prevention

Basis for action

7.27. The world-wide incidence of sexually transmitted diseases is high and increasing. The situation has worsened considerably with the emergence of the HIV epidemic. Although the incidence of some sexually transmitted diseases has stabilized in parts of the world, there have been increasing cases in many regions.

7.28. The social and economic disadvantages that women face make them especially vulnerable to sexually transmitted infections, including HIV, as illustrated, for example, by their exposure to the high-risk sexual behaviour of their partners. For women, the symptoms of infections from sexually transmitted diseases are often hidden, making them more difficult to diagnose than in men and the health consequences are often greater, including increased risk of infertility and ectopic pregnancy. The risk of transmission from infected men to women is also greater than from infected women to men, and many women are powerless to take steps to protect themselves.

Objective

7.29. The objective is to prevent, reduce the incidence of, and provide treatment for, sexually transmitted diseases, including HIV/AIDS, and the complications of sexually transmitted diseases such as infertility, with special attention to girls and women.

Actions

7.30. Reproductive health programmes should increase their efforts to prevent, detect and treat sexually transmitted diseases and other reproductive tract infections, especially at the primary health-care level. Special outreach efforts should be made to those who do not have access to reproductive health-care programmes.

7.31. All health-care providers, including all family-planning providers, should be given specialized training in the prevention and detection of, and counselling on, sexually transmitted diseases, especially infections in women and youth, including HIV/AIDS.

7.32. Information, education and counselling for responsible sexual behaviour and effective prevention of sexually transmitted diseases and HIV should become integral components of all reproductive and sexual health services.

7.33. Promotion and the reliable supply and distribution of high-quality condoms should become integral components of all reproductive health care services. All relevant international organizations, especially the World Health Organization, should significantly increase their procurement. Governments and the international community should provide all means to reduce the spread and the rate of transmission of HIV/AIDS infection.

D. Human sexuality and gender relations

Basis for action

7.34. Human sexuality and gender relations are closely interrelated and together affect the ability of men and women to achieve and maintain sexual health and manage their reproductive lives. Equal relationships between men and women in matters of sexual relations and reproduction, including full respect for the physical integrity of the human body, require mutual respect and willingness to accept responsibility for the consequences of sexual behaviour. Responsible sexual behaviour, sensitivity and equity in gender relations, particularly when instilled during the formative years, enhance and promote respectful and harmonious partnerships between men and women.

7.35. Violence against women, particularly domestic violence and rape, is widespread, and rising numbers of women are at risk from AIDS and other sexually transmitted diseases as a result of high-risk sexual behaviour on the part of their partners. In a number of countries, harmful practices meant to control women's sexuality have led to great suffering. Among them is the practice of female genital mutilation, which is a violation of basic rights and a major lifelong risk to women's health.

Objectives

7.36. The objectives are:

- (a) To promote adequate development of responsible sexuality permitting relations of equity and mutual respect between the genders and contributing to improving the quality of life of individuals;
- (b) To ensure that women and men have access to information, education and services needed to achieve good sexual health and exercise their reproductive rights and responsibilities.

Actions

7.37. Support should be given to integral sexual education and services for young people with the support and guidance of their parents, and in line with the Convention on the Rights of the Child, that stress male responsibility for their own sexual health and fertility and that help them exercise those responsibilities. Educational efforts

should begin within the family unit, in the community and in the schools at an appropriate age, but must also reach adults, in particular men, through non-formal education and a variety of community-based efforts.

7.38. In the light of the urgent need to prevent unwanted pregnancies, the rapid spread of AIDS and other sexually transmitted diseases, and the prevalence of sexual abuse and violence, Governments should base national policies on a better understanding of the need for responsible human sexuality and the realities of current sexual behaviour.

7.39. Active and open discussion of the need to protect women, youth and children from any abuse, including sexual abuse, exploitation, trafficking and violence must be encouraged and supported by educational programmes at both national and community levels. Governments should set the necessary conditions and procedures to encourage victims to report violations of their rights. Laws addressing those concerns should be enacted where they do not exist, made explicit, strengthened and enforced, and appropriate rehabilitation services provided. Governments should also prohibit the production and the trade of child pornography.

7.40. Governments and communities should urgently take steps to stop the practice of female genital mutilation and protect women and girls from all such similar unnecessary and dangerous practices. Steps to eliminate the practice should include strong community outreach programmes involving village and religious leaders, education and counselling about its impact on girls' and women's health, and appropriate treatment and rehabilitation for girls and women who have suffered mutilation. Services should include counselling for women and men to discourage the practice.

Objectives

7.44. The objectives are:

- (a) To address adolescent sexual and reproductive health issues, including unwanted pregnancy, unsafe abortion, sexually transmitted diseases and HIV/AIDS, through the promotion of responsible and healthy reproductive and sexual behaviour, including voluntary abstinence, and the provision of appropriate services and counselling specifically suitable for that age group;
- (b) To substantially reduce all adolescent pregnancies.

Actions

7.45. Recognizing the rights, duties and responsibilities of parents and other persons legally responsible for adolescents to provide, in a manner consistent with the evolving capacities of the adolescent, appropriate direction and guidance in sexual and reproductive matters, countries must ensure that the programmes and attitudes of health-care providers do not restrict the access of adolescents to appropriate services and the information they need, including on sexually transmitted diseases and sexual abuse. In doing so, and in order to, inter alia, address sexual abuse, these services must safeguard the rights of adolescents to privacy, confidentiality, respect and informed consent, respecting cultural values and religious beliefs. In this context countries should, where appropriate, remove legal, regulatory and social barriers to reproductive health information and care for adolescents.

7.46. Countries, with the support of the international community, should protect and promote the rights of adolescents to reproductive health education, information and care and greatly reduce the number of adolescent pregnancies.

7.47. Governments, in collaboration with non-governmental organizations, are urged to meet the special needs of adolescents and to establish appropriate programmes to respond to those needs. Such programmes should include support mechanisms for the education and counselling of adolescents in the areas of gender relations and equality, violence against adolescents, responsible sexual behaviour, responsible family-planning practice, family life, reproductive health, sexually transmitted diseases, HIV infection and AIDS prevention. Programmes for the prevention and treatment of sexual abuse and incest and other reproductive health services should be provided. Such programmes should provide information to adolescents and make a conscious effort to strengthen positive social and cultural values. Sexually active adolescents will require special family-planning information, counselling and services, and those who become pregnant will require special support from their families and community during pregnancy and early child care. Adolescents must be fully involved in the planning, implementation and evaluation of such information and services with proper regard for parental guidance and responsibilities.

7.48. Programmes should involve and train all who are in a position to provide guidance to adolescents concerning responsible sexual and reproductive behaviour, particularly parents and families, and also communities, religious institutions, schools, the mass media and peer groups. Governments and non-governmental organizations should promote programmes directed to the education of parents, with the objective of improving the interaction of parents and children to enable them to comply better with their educational duties to support the process of maturation of their children, particularly in the areas of sexual behaviour and reproductive health.

- [A. Primary health care and the health-care sector](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [B. Child survival and health](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [C. Women's health and safe motherhood](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [D. Human immunodeficiency virus \(HIV\) infection and acquired immunodeficiency syndrome \(AIDS\)](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)

A. Primary health care and the health-care sector

Basis for action

8.1. One of the main achievements of the twentieth century has been the unprecedented increase in human longevity. In the past half century, expectation of life at birth in the world as a whole has increased by about 20 years, and the risk of dying in the first year of life has been reduced by nearly two thirds. Nevertheless, these achievements fall short of the much greater improvements that had been anticipated in the World Population Plan of Action and the Declaration of Alma Ata, adopted by the International Conference on Primary Health Care in 1978. There remain entire national populations and sizeable population groups within many countries that are still subject to very high rates of morbidity and mortality. Differences linked to socio-economic status or ethnicity are often substantial. In many countries with economies in transition, the mortality rate has considerably increased as a result of deaths caused by accidents and violence.

8.2. The increases in life expectancy recorded in most regions of the world reflect significant gains in public health and in access to primary health-care services. Notable achievements include the vaccination of about 80 per cent of the children in the world and the widespread use of low-cost treatments, such as oral rehydration therapy, to ensure that more children survive. Yet these achievements have not been realized in all countries, and preventable or treatable illnesses are still the leading killers of young children. Moreover, large segments of many populations continue to lack access to clean water and sanitation facilities, are forced to live in congested conditions and lack adequate nutrition. Large numbers of people remain at continued risk of infectious, parasitic and water-borne diseases, such as tuberculosis, malaria and schistosomiasis. In addition, the health effects of environmental degradation and exposure to hazardous substances in the workplace are increasingly a cause of concern in many countries. Similarly, the growing consumption of tobacco, alcohol and drugs will precipitate a marked increase in costly chronic diseases among working age and elderly people. The impact of reductions in expenditures for health and other social services which have taken place in many countries as a result of public-sector retrenchment, misallocation of available health resources, structural adjustment and the transition to market economies has pre-empted significant changes in lifestyles, livelihoods and consumption patterns and is also a factor in increasing morbidity and mortality. Although economic reforms are essential to sustained economic growth, it is equally essential that the design and implementation of structural adjustment programmes incorporate the social dimension.

Objectives

8.3. The objectives are:

- (a) To increase the accessibility, availability, acceptability and affordability of health-care services and facilities to all people in accordance with national commitments to provide access to basic health care for all;
- (b) To increase the healthy life-span and improve the quality of life of all people, and to reduce disparities in life expectancy between and within countries.

Actions

8.4. All countries should make access to basic health care and health promotion the central strategies for reducing mortality and morbidity. Sufficient resources should be assigned so that primary health services attain full coverage of the population. Governments should strengthen health and nutrition information, education and communication activities so as to enable people to increase their control over and improve their health. Governments should provide the necessary backup facilities to meet the demand created.

8.5. In keeping with the Declaration of Alma Ata, all countries should reduce mortality and morbidity and seek to make primary health care, including reproductive health care, available universally by the end of the current

decade. Countries should aim to achieve by 2005 a life expectancy at birth greater than 70 years and by 2015 a life expectancy at birth greater than 75 years. Countries with the highest levels of mortality should aim to achieve by 2005 a life expectancy at birth greater than 65 years and by 2015 a life expectancy at birth greater than 70 years. Efforts to ensure a longer and healthier life for all should emphasize the reduction of morbidity and mortality differentials between males and females as well as among geographical regions, social classes and indigenous and ethnic groups.

8.6. The role of women as primary custodians of family health should be recognized and supported. Access to basic health care, expanded health education, the availability of simple cost-effective remedies, and the reappraisal of primary health-care services, including reproductive health-care services to facilitate proper use of women's time, should be provided.

8.7. Governments should ensure community participation in health policy planning, especially with respect to the long-term care of the elderly, those with disabilities and those infected with HIV and other endemic diseases. Such participation should also be promoted in child-survival and maternal health programmes, breast-feeding support programmes, programmes for the early detection and treatment of cancer of the reproductive system, and programmes for the prevention of HIV infection and other sexually transmitted diseases.

8.8. All countries should re-examine training curricula and the delegation of responsibilities within the health-care delivery system in order to reduce frequent, unnecessary and costly reliance on physicians and on secondary- and tertiary-care facilities, while maintaining effective referral services. Access to health-care services for all people and especially for the most underserved and vulnerable groups must be ensured. Governments should seek to make basic health-care services more sustainable financially, while ensuring equitable access, by integrating reproductive health services, including maternal and child health and family-planning services, and by making appropriate use of community-based services, social marketing and cost-recovery schemes, with a view to increasing the range and quality of services available. The involvement of users and the community in the financial management of health-care services should be promoted.

8.9. Through technology transfer, developing countries should be assisted in building their capacity to produce generic drugs for the domestic market and to ensure the wide availability and accessibility of such drugs. To meet the substantial increase in demand for vaccines, antibiotics and other commodities over the next decade and beyond, the international community should strengthen global, regional and local mechanisms for the production, quality control and procurement of those items, where feasible, in developing countries. The international community should facilitate regional cooperation in the manufacture, quality control and distribution of vaccines.

8.10. All countries should give priority to measures that improve the quality of life and health by ensuring a safe and sanitary living environment for all population groups through measures aimed at avoiding crowded housing conditions, reducing air pollution, ensuring access to clean water and sanitation, improving waste management, and increasing the safety of the workplace. Special attention should be given to the living conditions of the poor and disadvantaged in urban and rural areas. The impact of environmental problems on health, particularly that of vulnerable groups, should be monitored by Governments on a regular basis.

8.11. Reform of the health sector and health policy, including the rational allocation of resources, should be promoted in order to achieve the stated objectives. All Governments should examine ways to maximize the cost-effectiveness of health programmes in order to achieve increased life expectancy, reduce morbidity and mortality and ensure access to basic health-care services for all people.

B. Child survival and health

Basis for action

8.12. Important progress has been made in reducing infant and child mortality rates everywhere. Improvements in the survival of children have been the main component of the overall increase in average life expectancy in the world over the past century, first in the developed countries and over the past 50 years in the developing countries. The number of infant deaths (i.e., of children under age 1) per 1,000 live births at the world level declined from 92 in 1970-1975 to about 62 in 1990-1995. For developed regions, the decline was from 22 to 12 infant deaths per 1,000 births, and for developing countries from 105 to 69 infant deaths per 1,000 births. Improvements have been slower in sub-Saharan Africa and in some Asian countries where, during 1990-1995, more than one in every 10 children born alive will die before their first birthday. The mortality of children under age 5 exhibits significant variations between and within regions and countries. Indigenous people generally have higher infant and child mortality rates than the national norm. Poverty, malnutrition, a decline in breast-feeding, and inadequacy or lack of sanitation and of health facilities are all factors associated with high infant and child mortality. In some countries, civil unrest and wars have also had major negative impacts on child survival. Unwanted births, child neglect and abuse are also factors contributing to the rise in child mortality. In addition, HIV infection can be transmitted from mother to child before or during childbirth, and young children whose mothers die are at a very high risk of dying themselves at a young age.

8.13. The World Summit for Children, held in 1990, adopted a set of goals for children and development up to the year 2000, including a reduction in infant and under-5 child mortality rates by one third, or to 50 and 70 per 1,000 live births, respectively, whichever is less. These goals are based on the accomplishments of child-survival programmes during the 1980s, which demonstrate not only that effective low-cost technologies are available but also that they can be delivered efficiently to large populations. However, the morbidity and mortality reductions achieved through extraordinary measures in the 1980s are in danger of being eroded if the broad-based health-delivery systems established during the decade are not institutionalized and sustained.

8.14. Child survival is closely linked to the timing, spacing and number of births and to the reproductive health of mothers. Early, late, numerous and closely spaced pregnancies are major contributors to high infant and child mortality and morbidity rates, especially where health-care facilities are scarce. Where infant mortality remains high, couples often have more children than they otherwise would to ensure that a desired number survive.

Objectives

8.15. The objectives are:

- (a) To promote child health and survival and to reduce disparities between and within developed and developing countries as quickly as possible, with particular attention to eliminating the pattern of excess and preventable mortality among girl infants and children;
- (b) To improve the health and nutritional status of infants and children;
- (c) To promote breast-feeding as a child-survival strategy.

Actions

8.16. Over the next 20 years, through international cooperation and national programmes, the gap between average infant and child mortality rates in the developed and the developing regions of the world should be substantially narrowed, and disparities within countries, those between geographical regions, ethnic or cultural groups, and socio-economic groups should be eliminated. Countries with indigenous people should achieve infant and under-5 mortality levels among their indigenous people that are the same as those of the general population. Countries should strive to reduce their infant and under-5 mortality rates by one third, or to 50 and 70 per 1,000 live births, respectively, whichever is less, by the year 2000, with appropriate adaptation to the particular situation of each country. By 2005, countries with intermediate mortality levels should aim to achieve an infant mortality rate below 50 deaths per 1,000 and an under-5 mortality rate below 60 deaths per 1,000 births. By 2015 all countries should aim to achieve an infant mortality rate below 35 per 1,000 live births and an under-5 mortality rate below 45 per 1,000. Countries that achieve these levels earlier should strive to lower them further.

8.17. All Governments should assess the underlying causes of high child mortality and should, within the framework of primary health care, extend integrated reproductive health-care and child-health services, including safe motherhood, child-survival programmes and family-planning services, to all the population and particularly to the most vulnerable and underserved groups. Such services should include prenatal care and counselling, with special emphasis on high-risk pregnancies and the prevention of sexually transmitted diseases and HIV infection; adequate delivery assistance; and neonatal care, including exclusive breast-feeding, information on optimal breast-feeding and on proper weaning practices, and the provision of micronutrient supplementation and tetanus toxoid, where appropriate. Interventions to reduce the incidence of low birth weight and other nutritional deficiencies, such as anaemia, should include the promotion of maternal nutrition through information, education and counselling and the promotion of longer intervals between births. All countries should give priority to efforts to reduce the major childhood diseases, particularly infectious and parasitic diseases, and to prevent malnutrition among children, especially the girl child, through measures aimed at eradicating poverty and ensuring that all children live in a sanitary environment and by disseminating information on hygiene and nutrition. It is also important to provide parents with information and education about child care, including the use of mental and physical stimulation.

8.18. For infants and children to receive the best nutrition and for specific protection against a range of diseases, breast-feeding should be protected, promoted and supported. By means of legal, economic, practical and emotional support, mothers should be enabled to breast-feed their infants exclusively for four to six months, without food or drink supplementation and to continue breast-feeding infants with appropriate and adequate complementary food up to the age of two years or beyond. To achieve these goals, Governments should promote public information on the benefits of breast-feeding; health personnel should receive training on the management of breast-feeding; and countries should examine ways and means to implement fully the WHO International Code of Marketing of Breast Milk Substitutes.

C. Women's health and safe motherhood

Basis for action

8.19. Complications related to pregnancy and childbirth are among the leading causes of mortality for women of reproductive age in many parts of the developing world. At the global level, it has been estimated that about half a million women die each year of pregnancy-related causes, 99 per cent of them in developing countries. The gap in maternal mortality between developed and developing regions is wide: in 1988, it ranged from more than 700 per 100,000 live births in the least developed countries to about 26 per 100,000 live births in the developed regions. Rates of 1,000 or more maternal deaths per 100,000 live births have been reported in several rural areas of Africa, giving women with many pregnancies a high lifetime risk of death during their reproductive years. According to WHO, the lifetime risk of dying from pregnancy or childbirth-related causes is 1 in 20 in developing countries, compared to 1 in 10,000 in some developed countries. The age at which women begin or stop child-bearing, the interval between each birth, the total number of lifetime pregnancies and the socio-cultural and economic circumstances in which women live all influence maternal morbidity and mortality. At present, approximately 90 per cent of the countries of the world, representing 96 per cent of the world population, have policies that permit

abortion under varying legal conditions to save the life of a woman. However, a significant proportion of the abortions carried out are self-induced or otherwise unsafe, leading to a large fraction of maternal deaths or to permanent injury to the women involved. Maternal deaths have very serious consequences within the family, given the crucial role of the mother for her children's health and welfare. The death of the mother increases the risk to the survival of her young children, especially if the family is not able to provide a substitute for the maternal role. Greater attention to the reproductive health needs of female adolescents and young women could prevent the major share of maternal morbidity and mortality through prevention of unwanted pregnancies and any subsequent poorly managed abortion. Safe motherhood has been accepted in many countries as a strategy to reduce maternal morbidity and mortality.

Objectives

8.20. The objectives are:

- (a) To promote women's health and safe motherhood; to achieve a rapid and substantial reduction in maternal morbidity and mortality and reduce the differences observed between developing and developed countries and within countries. On the basis of a commitment to women's health and well-being, to reduce greatly the number of deaths and morbidity from unsafe abortion;
- (b) To improve the health and nutritional status of women, especially of pregnant and nursing women.

Actions

8.21. Countries should strive to effect significant reductions in maternal mortality by the year 2015; a reduction in maternal mortality by one half of the 1990 levels by the year 2000 and a further one half by 2015. The realization of these goals will have different implications for countries with different 1990 levels of maternal mortality. Countries with intermediate levels of mortality should aim to achieve by the year 2005 a maternal mortality rate below 100 per 100,000 live births and by the year 2015 a maternal mortality rate below 60 per 100,000 live births. Countries with the highest levels of mortality should aim to achieve by 2005 a maternal mortality rate below 125 per 100,000 live births and by 2015 a maternal mortality rate below 75 per 100,000 live births. However, all countries should reduce maternal morbidity and mortality to levels where they no longer constitute a public health problem. Disparities in maternal mortality within countries and between geographical regions, socio-economic and ethnic groups should be narrowed.

8.22. All countries, with the support of all sections of the international community, must expand the provision of maternal health services in the context of primary health care. These services, based on the concept of informed choice, should include education on safe motherhood, prenatal care that is focused and effective, maternal nutrition programmes, adequate delivery assistance that avoids excessive recourse to caesarean sections and provides for obstetric emergencies; referral services for pregnancy, childbirth and abortion complications; post-natal care and family planning. All births should be assisted by trained persons, preferably nurses and midwives, but at least by trained birth attendants. The underlying causes of maternal morbidity and mortality should be identified, and attention should be given to the development of strategies to overcome them and for adequate evaluation and monitoring mechanisms to assess the progress being made in reducing maternal mortality and morbidity and to enhance the effectiveness of ongoing programmes. Programmes and education to engage men's support for maternal health and safe motherhood should be developed.

8.23. All countries, especially developing countries, with the support of the international community, should aim at further reductions in maternal mortality through measures to prevent, detect and manage high-risk pregnancies and births, particularly those to adolescents and late-parity women.

8.24. All countries should design and implement special programmes to address the nutritional needs of women of child-bearing age, especially those who are pregnant or breast-feeding, and should give particular attention to the prevention and management of nutritional anaemia and iodine-deficiency disorders. Priority should be accorded to improving the nutritional and health status of young women through education and training as part of maternal health and safe motherhood programmes. Adolescent females and males should be provided with information, education and counselling to help them delay early family formation, premature sexual activity and first pregnancy.

8.25. In no case should abortion be promoted as a method of family planning. All Governments and relevant intergovernmental and non-governmental organizations are urged to strengthen their commitment to women's health, to deal with the health impact of unsafe abortion as a major public health concern and to reduce the recourse to abortion through expanded and improved family planning services. Prevention of unwanted pregnancies must always be given the highest priority and all attempts should be made to eliminate the need for abortion. Women who have unwanted pregnancies should have ready access to reliable information and compassionate counselling. Any measures or changes related to abortion within the health system can only be determined at the national or local level according to the national legislative process. In circumstances in which abortion is not against the law, such abortion should be safe. In all cases women should have access to quality services for the management of complications arising from abortion. Post-abortion counselling, education and family planning services should be offered promptly which will also help to avoid repeat abortions.

8.26. Programmes to reduce maternal morbidity and mortality should include information and reproductive health services, including family-planning services. In order to reduce high-risk pregnancies, maternal health and safe motherhood programmes should include counselling and family-planning information.

8.27. All countries, as a matter of some urgency, need to seek changes in high-risk sexual behaviour and devise strategies to ensure that men share responsibility for sexual and reproductive health, including family planning, and for preventing and controlling sexually transmitted diseases, HIV infection and AIDS.

D. Human immunodeficiency virus (HIV) infection and acquired immunodeficiency syndrome (AIDS)

Basis for action

8.28. The AIDS pandemic is a major concern in both developed and developing countries. WHO estimates that the cumulative number of AIDS cases in the world amounted to 2.5 million persons by mid-1993 and that more than 14 million people had been infected with HIV since the pandemic began, a number that is projected to rise to between 30 million and 40 million by the end of the decade, if effective prevention strategies are not pursued. As of mid-1993, about four fifths of all persons ever infected with HIV lived in developing countries where the infection was being transmitted mainly through heterosexual intercourse and the number of new cases was rising most rapidly among women. As a consequence, a growing number of children are becoming orphans, themselves at high risk of illness and death. In many countries, the pandemic is now spreading from urban to rural areas and between rural areas and is affecting economic and agricultural production.

Objectives

8.29. The objectives are:

- (a) To prevent, reduce the spread of and minimize the impact of HIV infection; to increase awareness of the disastrous consequences of HIV infection and AIDS and associated fatal diseases, at the individual, community and national levels, and of the ways of preventing it; to address the social, economic, gender and racial inequities that increase vulnerability to the disease;
- (b) To ensure that HIV-infected individuals have adequate medical care and are not discriminated against; to provide counselling and other support for people infected with HIV and to alleviate the suffering of people living with AIDS and that of their family members, especially orphans; to ensure that the individual rights and the confidentiality of persons infected with HIV are respected; to ensure that sexual and reproductive health programmes address HIV infection and AIDS;
- (c) To intensify research on methods to control the HIV/AIDS pandemic and to find an effective treatment for the disease.

Actions

8.30. Governments should assess the demographic and development impact of HIV infection and AIDS. The AIDS pandemic should be controlled through a multisectoral approach that pays sufficient attention to its socio-economic ramifications, including the heavy burden on health infrastructure and household income, its negative impact on the labour force and productivity, and the increasing number of orphaned children. Multisectoral national plans and strategies to deal with AIDS should be integrated into population and development strategies. The socio-economic factors underlying the spread of HIV infection should be investigated, and programmes to address the problems faced by those left orphaned by the AIDS pandemic should be developed.

8.31. Programmes to reduce the spread of HIV infection should give high priority to information, education and communication campaigns to raise awareness and emphasize behavioural change. Sex education and information should be provided to both those infected and those not infected, and especially to adolescents. Health providers, including family-planning providers, need training in counselling on sexually transmitted diseases and HIV infection, including the assessment and identification of high-risk behaviours needing special attention and services; training in the promotion of safe and responsible sexual behaviour, including voluntary abstinence, and condom use; training in the avoidance of contaminated equipment and blood products; and in the avoidance of sharing needles among injecting drug users. Governments should develop guidelines and counselling services on AIDS and sexually transmitted diseases within the primary health-care services. Wherever possible, reproductive health programmes, including family-planning programmes, should include facilities for the diagnosis and treatment of common sexually transmitted diseases, including reproductive tract infection, recognizing that many sexually transmitted diseases increase the risk of HIV transmission. The links between the prevention of HIV infection and the prevention and treatment of tuberculosis should be assured.

8.32. Governments should mobilize all segments of society to control the AIDS pandemic, including non-governmental organizations, community organizations, religious leaders, the private sector, the media, schools and health facilities. Mobilization at the family and community levels should be given priority. Communities need to develop strategies that respond to local perceptions of the priority accorded to health issues associated with the spread of HIV and sexually transmitted diseases.

8.33. The international community should mobilize the human and financial resources required to reduce the rate of transmission of HIV infection. To that end, research on a broad range of approaches to prevent HIV transmission and to seek a cure for the disease should be promoted and supported by all countries. In particular, donor and research communities should support and strengthen current efforts to find a vaccine and to develop women-controlled methods, such as vaginal microbicides, to prevent HIV infection. Increased support is also needed for the treatment and care of HIV-infected persons and AIDS patients. The coordination of activities to combat the AIDS pandemic must be enhanced. Particular attention should be given to activities of the United Nations system at the national level, where measures such as joint programmes can improve coordination and ensure a more efficient use

of scarce resources. The international community should also mobilize its efforts in monitoring and evaluating the results of various efforts to search for new strategies.

8.34. Governments should develop policies and guidelines to protect the individual rights of and eliminate discrimination against persons infected with HIV and their families. Services to detect HIV infection should be strengthened, making sure that they ensure confidentiality. Special programmes should be devised to provide care and the necessary emotional support to men and women affected by AIDS and to counsel their families and near relations.

8.35. Responsible sexual behaviour, including voluntary sexual abstinence, for the prevention of HIV infection should be promoted and included in education and information programmes. Condoms and drugs for the prevention and treatment of sexually transmitted diseases should be made widely available and affordable and should be included in all essential drug lists. Effective action should be taken to further control the quality of blood products and equipment decontamination.

Chapter IX - POPULATION DISTRIBUTION, URBANIZATION AND INTERNAL MIGRATION

- [A. Population distribution and sustainable development](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [B. Population growth in large urban agglomerations](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objective](#)
 - [Actions](#)
- [C. Internally displaced persons](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)

A. Population distribution and sustainable development

Basis for action

9.1. In the early 1990s, approximately half of the Governments in the world, mostly those of developing countries, considered the patterns of population distribution in their territories to be unsatisfactory and wished to modify them. A key issue was the rapid growth of urban areas, which are expected to house more than half of the world population by 2005. Consequently, attention has mostly been paid to rural-urban migration, although rural-rural and urban-urban migration are in fact the dominant forms of spatial mobility in many countries. The process of urbanization is an intrinsic dimension of economic and social development and, in consequence, both developed and developing countries are going through the process of shifting from predominantly rural to predominantly urban societies. For individuals, migration is often a rational and dynamic effort to seek new opportunities in life. Cities are centres of economic growth, providing the impetus for socio-economic innovation and change. However, migration is also prompted by push factors, such as inequitable allocation of development resources, adoption of inappropriate technologies and lack of access to available land. The alarming consequences of urbanization visible in many countries are related to its rapid pace, to which Governments have been unable to respond with their current management capacities and practices. Even in developing countries, however, there are already signs of a changing pattern of population distribution, in the sense that the trend towards concentration in a few large cities is giving way to a more widespread distribution in medium-sized urban centres. This movement is also found in some developed countries, with people indicating preference for living in smaller places. Effective population distribution policies are those that, while respecting the right of individuals to live and work in the community of their choice, take into account the effects of development strategies on population distribution. Urbanization has profound implications for individuals' livelihood, way of life and values. At the same time, migration has economic, social and environmental implications - both positive and negative - for the places of origin and destination.

Objectives

9.2. The objectives are:

- (a) To foster a more balanced spatial distribution of the population by promoting in an integrated manner the equitable and ecologically sustainable development of major sending and receiving areas, with particular emphasis on the promotion of economic, social and gender equity based on respect for human rights, especially the right to development;
- (b) To reduce the role of the various push factors as they relate to migration flows.

Actions

9.3. Governments formulating population distribution policies should ensure that the objectives and goals of those policies are consistent with other development goals, policies and basic human rights. Governments, assisted by interested local, regional and intergovernmental agencies, should assess on a regular basis how the consequences of their economic and environmental policies, sectoral priorities, infrastructure investment and balance of resources among regional, central, provincial and local authorities influence population distribution and internal migration, both permanent and temporary.

9.4. In order to achieve a balanced spatial distribution of production employment and population, countries should adopt sustainable regional development strategies and strategies for the encouragement of urban consolidation, the growth of small or medium-sized urban centres and the sustainable development of rural areas, including the adoption of labour-intensive projects, training for non-farming jobs for youth and effective transport and communication systems. To create an enabling context for local development, including the provision of services, Governments should consider decentralizing their administrative systems. This also involves giving expenditure responsibility and the right to raise revenue to regional, district and local authorities. While vast improvements to the urban infrastructure and environmental strategies are essential in many developing countries to provide a healthy environment for urban residents, similar activities should also be pursued in rural areas.

9.5. To reduce urban bias and isolated rural development, Governments should examine the feasibility of providing incentives to encourage the redistribution and relocation of industries and businesses from urban to rural areas and to encourage the establishment of new businesses, industrial units and income-generating projects in the rural areas.

9.6. Governments wishing to create alternatives to out-migration from rural areas should establish the preconditions for development in rural areas, actively support access to landownership or use and access to water resources, especially for family units, make and encourage investments to enhance rural productivity, improve rural infrastructure and social services and facilitate the establishment of credit, production and marketing cooperatives and other grass-roots organizations that give people greater control over resources and improve their livelihoods. Particular attention is needed to ensure that these opportunities are also made available to migrants' families remaining in the areas of origin.

9.7. Governments should pursue development strategies offering tangible benefits to investors in rural areas and to rural producers. Governments should also seek to reduce restrictions on international trade in agricultural products.

9.8. Governments should strengthen their capacities to respond to the pressures caused by rapid urbanization by revising and reorienting the agencies and mechanisms for urban management as necessary and ensuring the wide participation of all population groups in planning and decision-making on local development. Particular attention should be paid to land management in order to ensure economical land use, protect fragile ecosystems and facilitate the access of the poor to land in both urban and rural areas.

9.9. Countries are urged to recognize that the lands of indigenous people and their communities should be protected from activities that are environmentally unsound or that the indigenous people concerned consider to be socially and culturally inappropriate. The term "lands" is understood to include the environment of the areas which the people concerned traditionally occupy.

9.10. Countries should increase information and training on conservation practices and foster the creation of sustainable off-farm rural employment opportunities in order to limit the further expansion of human settlements to areas with fragile ecosystems.

9.11. Population distribution policies should be consistent with such international instruments, when applicable, as the Fourth Geneva Convention Relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War (1949), including article 49.

B. Population growth in large urban agglomerations

Basis for action

9.12. In many countries, the urban system is characterized by the overwhelming preponderance of a single major city or agglomeration. The tendency towards population concentration, fostered by the concentration of public and private resources in some cities, has also contributed to the rising number and size of mega-cities. In 1992, there were 13 cities with at least 10 million inhabitants and their number is expected to double by 2010, when most mega-cities will be located in the developing countries. The continued concentration of population in primate cities and in mega-cities in particular poses specific economic, social and environmental challenges for Governments. Yet, large agglomerations also represent the most dynamic centres of economic and cultural activity in many countries. It is therefore essential that the specific problems of large cities be analysed and addressed, in full awareness of the positive contribution that large cities make to national economic and social development. The challenges faced by cities are often exacerbated by weak management capacities at the local level to address the consequences of population concentration, socio-economic development, environmental impacts and their interrelations.

Objective

9.13. The objective is to enhance the management of urban agglomerations through more participatory and resource-conscious planning and management, review and revise the policies and mechanisms that contribute to the excessive concentration of population in large cities, and improve the security and quality of life of both rural and urban low-income residents.

Actions

9.14. Governments should increase the capacity and competence of city and municipal authorities to manage urban development, to safeguard the environment, to respond to the needs of all citizens, including urban squatters, for personal safety, basic infrastructure and services, to eliminate health and social problems, including problems of drugs and criminality, and problems resulting from overcrowding and disasters, and to provide people with alternatives to living in areas prone to natural and man-made disasters.

9.15. In order to improve the plight of the urban poor, many of whom work in the informal sector of the economy, Governments are urged to promote the integration of migrants from rural areas into urban areas and to develop and improve their income-earning capability by facilitating their access to employment, credit, production, marketing opportunities, basic education, health services, vocational training and transportation, with special attention to the situation of women workers and women heads of households. Child-care centres should be established, and special protection and rehabilitation programmes should be established for street children.

9.16. To finance the needed infrastructure and services in a balanced manner, taking into account the interests of the poor segments of society, local and national government agencies should consider introducing equitable cost-recovery schemes and increasing revenues by appropriate measures.

9.17. Governments should strengthen the capacity for land management, including urban planning at all levels, in order to take into account demographic trends and encourage the search for innovative approaches to address the challenges facing cities, with special attention to the pressures and needs resulting from the growth of their populations.

9.18. Governments should promote the development and implementation of effective environmental management strategies for urban agglomerations, giving special attention to water, waste and air management, as well as to environmentally sound energy and transport systems.

C. Internally displaced persons

Basis for action

9.19. During the past decade, awareness about the situation of persons who are forced to leave their places of usual residence for a variety of reasons has been rising. Because there is no single definition of internally displaced persons, estimates of their number vary, as do the causes for their migration. However, it is generally accepted that those causes range from environmental degradation to natural disasters and internal conflicts that destroy human settlements and force people to flee from one area of the country to another. Indigenous people in particular are in many cases subject to displacement. Given the forced nature of their movement, internally displaced persons often find themselves in particularly vulnerable situations, especially women who may be subjected to rape and sexual assault in situations of armed conflict. Internal displacement is often a precursor to outflows of refugees and externally displaced persons. Returning refugees may also be internally displaced.

Objectives

9.20. The objectives are:

- (a) To offer adequate protection and assistance to persons displaced within their country, particularly women, children and the elderly, who are the most vulnerable, and to find solutions to the root causes of their displacement in view of preventing it and, when appropriate, to facilitate return or resettlement;
- (b) To put an end to all forms of forced migration, including "ethnic cleansing".

Actions

9.21. Countries should address the causes of internal displacement, including environmental degradation, natural disasters, armed conflict and forced resettlement, and establish the necessary mechanisms to protect and assist displaced persons, including, where possible, compensation for damages, especially those who are not able to return to their normal place of residence in the short term. Adequate capacities for disaster preparedness should be developed. The United Nations, through dialogue with Governments and all intergovernmental and non-governmental organizations, is encouraged to continue to review the need for protection and assistance to internally displaced persons, the root causes of internal displacement, prevention and long-term solutions, taking into account specific situations.

9.22. Measures should be taken to ensure that internally displaced persons receive basic education, employment opportunities, vocational training and basic health-care services, including reproductive health services and family planning.

9.23. In order to reverse declining environmental quality and minimize conflict over access to grazing land, the modernization of the pastoralist economic system should be pursued, with assistance provided as necessary through bilateral and multilateral arrangements.

9.24. Governments, international organizations and non-governmental organizations are encouraged to strengthen development assistance for internally displaced persons so that they can return to their places of origin.

9.25. Measures should be taken, at the national level with international cooperation, as appropriate, in accordance with the United Nations Charter, to find lasting solutions to questions related to internally displaced persons, including their right to voluntary and safe return to their home of origin.

Chapter X - INTERNATIONAL MIGRATION

- [A. International migration and development](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [B. Documented migrants](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [C. Undocumented migrants](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [D. Refugees, asylum-seekers and displaced persons](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)

A. International migration and development

Basis for action

10.1. International economic, political and cultural interrelations play an important role in the flow of people between countries, whether they are developing, developed or with economies in transition. In its diverse types, international migration is linked to such interrelations and both affects and is affected by the development process. International economic imbalances, poverty and environmental degradation, combined with the absence of peace and security, human rights violations and the varying degrees of development of judicial and democratic institutions are all factors affecting international migration. Although most international migration flows occur between neighbouring countries, interregional migration, particularly that directed to developed countries, has been growing. It is estimated that the number of international migrants in the world, including refugees, is in excess of 125 million, about half of them in the developing countries. In recent years, the main receiving countries in the developed world registered a net migration intake of approximately 1.4 million persons annually, about two thirds of whom originated in developing countries. Orderly international migration can have positive impacts on both the communities of origin and the communities of destination, providing the former with remittances and the latter with needed human resources. International migration also has the potential of facilitating the transfer of skills and contributing to cultural enrichment. However, international migration entails the loss of human resources for many countries of origin and may give rise to political, economic or social tensions in countries of destination. To be effective, international migration policies need to take into account the economic constraints of the receiving country, the impact of migration on the host society and its effects on countries of origin. The long-term manageability of international migration hinges on making the option to remain in one's country a viable one for all people. Sustainable economic growth with equity and development strategies consistent with this aim are a necessary means to that end. In addition, more effective use can be made of the potential contribution that expatriate nationals can make to the economic development of their countries of origin.

Objectives

10.2. The objectives are:

- (a) To address the root causes of migration, especially those related to poverty;
- (b) To encourage more cooperation and dialogue between countries of origin and countries of destination in order to maximize the benefits of migration to those concerned and increase the likelihood that migration has positive consequences for the development of both sending and receiving countries;
- (c) To facilitate the reintegration process of returning migrants.

Actions

10.3. Governments of countries of origin and of countries of destination should seek to make the option of remaining in one's country viable for all people. To that end, efforts to achieve sustainable economic and social development, ensuring a better economic balance between developed and developing countries and countries with economies in transition, should be strengthened. It is also necessary to increase efforts to defuse international and internal conflicts before they escalate; to ensure that the rights of persons belonging to ethnic, religious or linguistic

minorities, and indigenous people are respected; to respect the rule of law, promote good governance, strengthen democracy and promote human rights. Furthermore, greater support should be provided for the attainment of national and household food security, for education, nutrition, health and population-relevant programmes, and to ensure effective environmental protection. Such efforts may require national and international financial assistance, reassessment of commercial and tariff relations, increased access to world markets and stepped-up efforts on the part of developing countries and countries with economies in transition to create a domestic framework for sustainable economic growth with an emphasis on job creation. The economic situation in those countries is likely to improve only gradually and, therefore, migration flows from those countries are likely to decline only in the long term; in the interim, the acute problems currently observed will cause migration flows to continue for the short-to-medium term, and Governments are accordingly urged to adopt transparent international migration policies and programmes to manage those flows.

10.4. Governments of countries of origin wishing to foster the inflow of remittances and their productive use for development should adopt sound exchange rate, monetary and economic policies, facilitate the provision of banking facilities that enable the safe and timely transfer of migrants' funds, and promote the conditions necessary to increase domestic savings and channel them into productive investment.

10.5. Governments of countries of destination are invited to consider the use of certain forms of temporary migration, such as short-term and project-related migration, as a means of improving the skills of nationals of countries of origin, especially developing countries and countries with economies in transition. To that end, they should consider, as appropriate, entering into bilateral or multilateral agreements. Appropriate steps should be taken to safeguard the wages and working conditions of both migrant and native workers in the affected sectors.

Governments of countries of origin are urged to facilitate the return of migrants and their reintegration into their home communities, and to devise ways of using their skills. Governments of countries of origin should consider collaborating with countries of destination and engaging the support of appropriate international organizations in promoting the return on a voluntary basis of qualified migrants who can play a crucial role in the transfer of knowledge, skills and technology. Countries of destination are encouraged to facilitate return migration by adopting flexible policies, such as the transferability of pensions and other work benefits.

10.6. Governments of countries affected by international migration are invited to cooperate, with a view to integrating the issue into their political and economic agendas and engaging in technical cooperation to aid developing countries and countries with economies in transition in addressing the impact of international migration. Governments are urged to exchange information regarding their international migration policies and the regulations governing the admission and stay of migrants in their territories. States that have not already done so are invited to consider ratifying the Convention on the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families.

10.7. Governments are encouraged to consider requests for migration from countries whose existence, according to available scientific evidence, is imminently threatened by global warming and climate change.

10.8. In cooperation with international and non-governmental organizations and research institutions, Governments should support the gathering of data on flows and stocks of international migrants, factors causing migration, and the monitoring of international migration. The identification of strategies to ensure that migration contributes to development and international relations should also be supported. The role of international organizations with mandates in the area of migration should be strengthened so that they can deliver adequate technical support to developing countries, advise in the management of international migration flows and promote intergovernmental cooperation through, inter alia, bilateral and multilateral negotiations, as appropriate.

B. Documented migrants

Basis for action

10.9. Documented migrants are those who satisfy all the legal requirements to enter, stay and, if applicable, hold employment in the country of destination. In some countries, many documented migrants have, over time, acquired the right to long-term residence. In such cases, the integration of documented migrants into the host society is generally desirable, and for that purpose it is important to extend to them the same social, economic and legal rights as those enjoyed by citizens, in accordance with national legislation. The family reunification of documented migrants is an important factor in international migration. It is also important to protect documented migrants and their families from racism, ethnocentrism and xenophobia, and to respect their physical integrity, dignity, religious beliefs and cultural values. Documented migration is generally beneficial to the host country, since migrants are in general concentrated in the most productive ages and have skills needed by the receiving country, and their admission is congruent with the policies of the Government. The remittances of documented migrants to their countries of origin often constitute a very important source of foreign exchange and are instrumental in improving the well-being of relatives left behind.

Objectives

10.10. The objectives are:

- (a) To ensure the social and economic integration of documented migrants, especially of those who have acquired the right to long-term residence in the country of destination, and their equal treatment before the law;
- (b) To eliminate discriminatory practices against documented migrants, especially women, children and the elderly;
- (c) To ensure protection against racism, ethnocentrism and xenophobia;
- (d) To promote the welfare of documented migrants and members of their families;

- (e) To ensure the respect of the cultural and religious values, beliefs and practices of documented migrants, in so far as they accord with national legislation and universally recognized human rights;
- (f) To take into account the special needs and circumstances of temporary migrants.

Actions

10.11. Governments of receiving countries are urged to consider extending to documented migrants who meet appropriate length-of-stay requirements and to members of their families whose stay in the receiving country is regular treatment equal to that accorded their own nationals with regard to the enjoyment of basic human rights, including the equality of opportunity and treatment in respect of religious practice, working conditions, social security, participation in trade unions, access to health, education, cultural and other social services and to the judicial system and equal treatment before the law. Governments of receiving countries are further urged to take appropriate steps to avoid all forms of discrimination against migrants, including eliminating discriminatory practices concerning their nationality and the nationality of their children, and to protect their rights and safety. Women and children who migrate as family members should be protected from abuse or denial of their human rights by their sponsors, and Governments are asked to consider extending their stay should the family relationship dissolve, within the limits of national legislation.

10.12. In order to promote the integration of documented migrants having the right to long-term residence, Governments of receiving countries are urged to consider giving them civil and political rights and responsibilities, as appropriate, and facilitating their naturalization. Special efforts should be made to enhance the integration of the children of long-term migrants by providing them with educational and training opportunities equal to those of nationals, allowing them to exercise an economic activity, and facilitating the naturalization of those who have been raised in the receiving country. Consistent with Article 10 of the Convention on the Rights of the Child and all other relevant universally recognized human rights instruments, all Governments, particularly those of receiving countries, must recognize the vital importance of family reunification and promote its integration into their national legislation in order to ensure the protection of the unity of the families of documented migrants. Governments of receiving countries must ensure the protection of migrants and their families, giving priority to programmes and strategies that combat religious intolerance, racism, ethnocentrism, xenophobia and gender discrimination and that generate the necessary public sensitivity in that regard.

10.13. Governments of countries of destination should respect the basic human rights of documented migrants as those Governments assert their right to regulate access to their territory and adopt policies that respond to and shape immigration flows. With regard to the admission of migrants, Governments should avoid discriminating on the basis of race, religion, sex and disability, while taking into account health and other considerations relevant under national immigration regulations, particularly considering the special needs of the elderly and children. Governments are urged to promote, through family reunion, the normalization of the family life of legal migrants who have the right to long-term residence.

10.14. Governments should consider providing assistance and cooperation for programmes that would address the adverse social and economic consequences of forced migration.

C. Undocumented migrants

Basis for action

10.15. It is the right of every nation State to decide who can enter and stay in its territory and under what conditions. Such right, however, should be exercised taking care to avoid racist or xenophobic actions and policies. Undocumented or irregular migrants are persons who do not fulfil the requirements established by the country of destination to enter, stay or exercise an economic activity. Given that the pressures for migration are growing in a number of developing countries, especially since their labour force continues to increase, undocumented or irregular migration is expected to rise.

Objectives

10.16. The objectives are:

- (a) To address the root causes of undocumented migration;
- (b) To reduce substantially the number of undocumented migrants, while ensuring that those in need of international protection receive it; to prevent the exploitation of undocumented migrants and to ensure that their basic human rights are protected;
- (c) To prevent all international trafficking in migrants, especially for the purposes of prostitution;
- (d) To ensure protection against racism, ethnocentrism and xenophobia.

Actions

10.17. Governments of countries of origin and countries of destination are urged to cooperate in reducing the causes of undocumented migration, safeguarding the basic human rights of undocumented migrants including the right to seek and to enjoy in other countries asylum from persecution, and preventing their exploitation. Governments should identify the causes of undocumented migration and its economic, social and demographic impact as well as its implications for the formulation of social, economic and international migration policies.

10.18. Governments of both receiving countries and countries of origin should adopt effective sanctions against those who organize undocumented migration, exploit undocumented migrants or engage in trafficking in undocumented migrants, especially those who engage in any form of international traffic in women, youth and children. Governments of countries of origin, where the activities of agents or other intermediaries in the migration process are legal, should regulate such activities in order to prevent abuses, especially exploitation, prostitution and coercive adoption.

10.19. Governments, with the assistance of appropriate international organizations, should deter undocumented migration by making potential migrants aware of the legal conditions for entry, stay and employment in host countries through information activities in the countries of origin.

10.20. Governments of countries of origin of undocumented migrants and persons whose asylum claims have been rejected have the responsibility to accept the return and reintegration of those persons, and should not penalize such persons on their return. In addition, Governments of countries of origin and countries of destination should try to find satisfactory solutions to the problems caused by undocumented migration through bilateral or multilateral negotiations on, inter alia, readmission agreements that protect the basic human rights of the persons involved in accordance with relevant international instruments.

D. Refugees, asylum-seekers and displaced persons

Basis for action

10.21. In less than 10 years, from 1985 to 1993, the number of refugees has more than doubled, from 8.5 million to 19 million. This has been caused by multiple and complex factors, including massive violations of human rights. Most of those refugees find asylum in developing countries, often imposing great burdens on those States. The institution of asylum is under severe strain in industrialized countries for a variety of reasons, including the growing numbers of refugees and asylum-seekers and the misuse of asylum procedures by migrants attempting to circumvent immigration restrictions. While two thirds of all countries in the world have ratified the 1951 Convention relating to the Status of Refugees or the 1967 Protocol, which establish standards for the protection of refugees, there is a need to strengthen the support for international protection of and assistance to refugees, especially refugee women and refugee children who are particularly vulnerable. Displaced persons, who do not qualify for refugee status and are in some cases outside their country, are also vulnerable and need international assistance. Regional agreements to provide protection to persons fleeing war should be considered.

Objectives

10.22. The objectives are: (a) To reduce pressures leading to refugee movements and displacement by combating their root causes at all levels and undertaking related preventive action;

(b) To find and implement durable solutions to the plight of refugees and displaced persons;

(c) To ensure effective protection of and assistance to refugee populations, with particular attention to the needs and physical security of refugee women and refugee children;

(d) To prevent the erosion of the institution of asylum;

(e) To provide adequate health, education and social services for refugees and displaced persons;

(f) To integrate refugee and returnee assistance and rehabilitation programmes into development planning, with due attention to gender equity.

Actions

10.23. Governments are urged to address the root causes of movements of refugees and displaced persons by taking appropriate measures, particularly with respect to conflict resolution; the promotion of peace and reconciliation; respect for human rights, including those of persons belonging to minorities; respect for independence, territorial integrity and sovereignty of States. Moreover, factors that contribute to forced displacements need to be addressed through initiatives related to the alleviation of poverty, democratization, good governance and the prevention of environmental degradation. Governments and all other entities should respect and safeguard the right of people to remain in safety in their homes and should refrain from policies or practices that force people to flee.

10.24. Governments are urged to strengthen their support for international protection and assistance activities on behalf of refugees and, as appropriate, displaced persons and to promote the search for durable solutions to their plight. In doing so, Governments are encouraged to enhance regional and international mechanisms that promote appropriate shared responsibility for the protection and assistance needs of refugees. All necessary measures should be taken to ensure the physical protection of refugees - in particular, that of refugee women and refugee children - especially against exploitation, abuse and all forms of violence.

10.25. Adequate international support should be extended to countries of asylum to meet the basic needs of refugees and to assist in the search for durable solutions. Refugee populations should be assisted in achieving self-sufficiency. Refugees, particularly refugee women, should be involved in the planning of refugee assistance activities and in their implementation. In planning and implementing refugee assistance activities, special attention should be given to the specific needs of refugee women and refugee children. Refugees should be provided with access to adequate accommodation, education, health services, including family planning, and other necessary social services. Refugees are invited to respect the laws and regulations of their countries of asylum.

10.26. Governments should create conditions that would allow for the voluntary repatriation of refugees in safety and dignity. Rehabilitation assistance to repatriating refugees should, where possible, be linked to long-term reconstruction and development plans. The international community should provide assistance for refugee repatriation and rehabilitation programmes and for the removal of land mines and other unexploded devices that constitute a serious threat to the safety of returnees and the local population.

10.27. Governments are urged to abide by international law concerning refugees. States that have not already done so are invited to consider acceding to the international instruments concerning refugees - in particular, the 1951 Convention and the 1967 Protocol relating to the Status of Refugees. Governments are furthermore urged to respect the principle of non-refoulement (i.e., the principle of no forcible return of persons to places where their lives or freedom would be threatened because of race, religion, nationality, membership in a particular social group, or political opinion). Governments should ensure that asylum-seekers in the Government's territory have access to a fair hearing and should facilitate the expeditious processing of asylum requests, ensuring that guidelines and procedures for the determination of refugee status are sensitive to the particular situation of women.

10.28. In cases of sudden and massive arrivals of refugees and displaced persons in need of international protection, Governments of receiving countries should consider according to them at least temporary protection and treatment in accordance with internationally recognized standards and with national law, practices and regulations, until a solution to their plight can be found. Persons in need of protection should be encouraged to stay in safe areas and, to the extent possible and as appropriate, near their countries of origin. Governments should strengthen protection mechanisms and provide aid to assist the population in such areas. The principles of collective cooperation and international solidarity should be followed in assisting host countries, upon their request.

10.29. The problems of refugees and displaced persons arising from forced migration, including their right to repatriation, should be settled in accordance with the relevant principles of the Charter of the United Nations, the Universal Declaration of Human Rights, other international instruments and relevant United Nations resolutions.

Chapter XI - POPULATION, DEVELOPMENT AND EDUCATION

- [A. Education, population and sustainable development](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [B. Population information, education and communication](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)

A. Education, population and sustainable development

Basis for action

11.1. In the past 20 years, the world has experienced a rise in educational levels. Although the differences in educational attainment between males and females have shrunk, 75 per cent of illiterate persons in the world are women. Lack of basic education and low levels of literacy of adults continue to inhibit the development process in every area. The world community has a special responsibility to ensure that all children receive an education of improved quality and that they complete primary school. Education is an indispensable tool for the improvement of the quality of life. However, it is more difficult to meet educational needs when there is rapid population growth.

11.2. Education is a key factor in sustainable development: it is at the same time a component of well-being and a factor in the development of well-being through its links with demographic as well as economic and social factors. Education is also a means to enable the individual to gain access to knowledge, which is a precondition for coping, by anyone wishing to do so, with today's complex world. The reduction of fertility, morbidity and mortality rates, the empowerment of women, the improvement in the quality of the working population and the promotion of genuine democracy are largely assisted by progress in education. The integration of migrants is also facilitated by universal access to education, which respects the religious and cultural backgrounds of migrants.

11.3. The relationship between education and demographic and social changes is one of interdependence. There is a close and complex relationship among education, marriage age, fertility, mortality, mobility and activity. The increase in the education of women and girls contributes to greater empowerment of women, to a postponement of the age of marriage and to a reduction in the size of families. When mothers are better educated, their children's survival rate tends to increase. Broader access to education is also a factor in internal migration and the make-up of the working population.

11.4. The education and training of young people should prepare them (to cope with today's complex world), for their career development and professional life. It is on the content of the educational curricula and the nature of the training received that the prospects of gainful employment opportunities depend. Inadequacies in and discrepancies between the educational system and the production system can lead to unemployment and underemployment, a devaluing of qualifications and, in some cases, an exodus of qualified people from rural to urban areas and to "brain drain". It is therefore essential to promote a harmonious development of educational systems and economic and social systems conducive to sustainable development.

Objectives

11.5. The objectives are:

- (a) To achieve universal access to quality education, with particular priority being given to primary and technical education and job training, to combat illiteracy and to eliminate gender disparities in access to retention in, and support for, education;
- (b) To promote non-formal education for young people, guaranteeing equal access for women and men to literacy centres;
- (c) To introduce and improve the content of the curriculum so as to promote greater responsibility and awareness on the interrelationships between population and sustainable development; health issues, including reproductive and sexual health, and gender equity.

Actions

11.6. The eradication of illiteracy is one of the prerequisites of human development. All countries should consolidate the progress made in the 1990s towards providing universal access to primary education, as agreed upon at the World Conference on Education for All, held at Jomtien, Thailand, in 1990, notably in ensuring universal access to primary education. All countries should further strive to ensure the complete access to primary school or an equivalent level of education by both girls and boys as quickly as possible, and in any case before the year 2015. Attention should also be given to the quality and type of education, including recognition of traditional values. Countries that will have achieved the goal of universal primary education are urged to extend education and training to, and facilitate access to and completion of education at, secondary and higher school levels.

11.7. Investments in education and job training should be given high priority in development budgets at all levels, and should take into account the range and level of future workforce skill requirements.

11.8. Countries should take affirmative steps to keep girls and adolescents in school by building more community schools, training teachers to be more gender sensitive, providing scholarships and other appropriate incentives and by sensitizing parents to the value of educating girls, with a view to closing the gender gap in primary and secondary school education by the year 2005. Countries should also supplement those efforts by making full use of non-formal education opportunities. Pregnant adolescents should be enabled to continue their schooling.

11.9. To be most effective, education about population issues must begin in primary school and continue through all levels of formal and non-formal education, taking into account the rights and responsibilities of parents and the needs of children and adolescents. Where such programmes already exist, curricula should be reviewed, updated and broadened with a view to ensuring adequate coverage of important concerns such as gender sensitivity, reproductive choices and responsibilities, and sexually transmitted diseases, including HIV/AIDS. To ensure acceptance of population education programmes by the community, population education projects should emphasize consultation with parents and community leaders.

11.10. Efforts in the training of population specialists at the university level should be strengthened and the incorporation of contents relating to demographic variables and their interrelationships with development planning in the social and economic disciplines, as well as those relating to health and the environment, should be encouraged.

B. Population information, education and communication

Basis for action

11.11. Greater public knowledge, understanding and commitment at all levels, from the individual to the international, are vital to the achievement of the goals and objectives of the present Programme of Action. In all countries and among all groups, therefore, information, education and communication activities concerning population and sustainable development issues must be strengthened. This includes the establishment of gender- and culturally sensitive information, education and communication plans and strategies related to population and development. At the national level, more adequate and appropriate information enables planners and policy makers to make more appropriate plans and decisions in relation to population and sustainable development. At the most basic level, more adequate and appropriate information is conducive to informed, responsible decision-making concerning health, sexual and reproductive behaviour, family life, and patterns of production and consumption. In addition, more and better information about the causes and benefits of migration can create a more positive environment for societies to address and respond to migration challenges.

11.12. Effective information, education and communication are prerequisites for sustainable human development and pave the way for attitudinal and behavioural change. Indeed, this begins with the recognition that decisions must be made freely, responsibly and in an informed manner, on the number and spacing of children and in all other aspects of daily life, including sexual and reproductive behaviour. Greater public knowledge and commitment in a democratic setting create a climate conducive to responsible and informed decisions and behaviour. Most importantly, they also pave the way for democratic public discussion and thereby make possible strong political commitment and popular support for needed action at the local, national and international levels.

11.13. Effective information, education and communication activities include a range of communication channels, from the most intimate levels of interpersonal communication to formal school curricula, from traditional folk arts to modern mass entertainment, and from seminars for local community leaders to coverage of global issues by the national and international news media. Multichannel approaches are usually more effective than any single communication channel. All these channels of communication have an important role to play in promoting an

understanding of the interrelationships between population and sustainable development. Schools and religious institutions, taking into account their values and teachings, may be important vehicles in all countries for instilling gender and racial sensitivity, respect, tolerance and equity, family responsibility and other important attitudes at all ages. Effective networks also exist in many countries for non-formal education on population and sustainable development issues through the workplace, health facilities, trade unions, community centres, youth groups, religious institutions, women's organizations and other non-governmental organizations. Such issues may also be included in more structured adult education, vocational training and literacy programmes, particularly for women. These networks are critical to reaching the entire population, especially men, adolescents and young couples. Parliamentarians, teachers, religious and other community leaders, traditional healers, health professionals, parents and older relatives are influential in forming public opinion and should be consulted during the preparation of information, education and communication activities. The media also offer many potentially powerful role models.

11.14. Current information, education and communication technologies such as global interlinked telephone, television and data transmission networks, compact discs and new multimedia technologies can help bridge the geographical, social and economic gaps that currently exist in access to information around the world. They can help ensure that the vast majority of the world's people are involved in debates at the local, national and global levels about demographic changes and sustainable human development, economic and social inequities, the importance of empowering women reproductive health and family planning, health promotion, ageing populations, rapid urbanization and migration. Greater public involvement of national authorities and the community ensure the widespread diffusion of such technologies and the freer flow of information within and between countries. It is essential that parliaments have full access to the information necessary for decision-making.

Objectives

11.15. The objectives are:

- (a) To increase awareness, knowledge, understanding and commitment at all levels of society so that families, couples, individuals, opinion and community leaders, non-governmental organizations, policy makers, Governments and the international community appreciate the significance and relevance of population-related issues and will take the responsible actions necessary to address such issues within sustained economic growth in the context of sustainable development;
- (b) To encourage attitudes in favour of responsible behaviour in population and development, especially in areas such as environment, family, sexuality, reproduction, gender and racial sensitivity;
- (c) To ensure political commitment to population and development issues by national Governments in order to promote participation at all levels from both public and private sectors in the design, implementation and monitoring of population and development policies and programmes;
- (d) To enhance the ability of couples and individuals to exercise their basic right to decide freely and responsibly on the number and spacing of their children, and to have the information, education and means to do so.

Actions

11.16. Information, education and communication efforts should raise awareness through public education campaigns on priority issues such as: safe motherhood, reproductive health and rights, maternal and child health and family planning, discrimination against and valorization of the girl child and persons with disabilities; child abuse; violence against women; male responsibility; gender equality; sexually transmitted diseases and HIV/AIDS; responsible sexual behaviour; teenage pregnancy; racism and xenophobia; ageing populations; and unsustainable consumption and production patterns. More education is needed in all societies on the implications of population-environment relationships, in order to influence behavioural change and consumer lifestyles, and to promote sustainable management of natural resources. The media should be a major instrument for expanding knowledge and motivation.

11.17. Elected representatives at all levels, the scientific community, religious, political, traditional and community leaders, non-governmental organizations, parents' associations, social workers, women's groups, the private sector, qualified communication specialists and others in influential positions should have access to information on population and sustainable development and related issues. They should promote understanding of the issues addressed in this programme of action and mobilize public opinion in support of the actions proposed.

11.18. Members of Parliament are invited to continue to promote wide awareness on issues related to population and sustainable development and to ensure the enactment of legislation necessary for effective implementation of the programme of action.

11.19. A coordinated strategic approach to information, education and communication should be adopted in order to maximize the impact of various information, education and communication activities, both modern and traditional, which may be undertaken on several fronts by various actors, and with diverse audiences. It is especially important that information, education and communication strategies be linked to, and complement, national population and development policies and strategies and a full range of services in reproductive health, including family planning and sexual health in order to enhance the use of those services and improve the quality of counselling and care.

11.20. Information, education and communication activities should rely on up-to-date research findings to determine information needs and the most effective culturally acceptable ways of reaching intended audiences. To that end, professionals experienced in the traditional and non-traditional media should be enlisted. The

participation of the intended audiences in the design, implementation and monitoring of information, education and communication activities should be ensured so as to enhance the relevance and impact of those activities.

11.21. The interpersonal communication skills - in particular, motivational and counselling skills - of public, private and non-governmental organization service providers, community leaders, teachers, peer groups and others should be strengthened, whenever possible, to enhance interaction and quality assurance in the delivery of reproductive health, including family planning and sexual health services. Such communication should be free from coercion.

11.22. The tremendous potential of print, audiovisual and electronic media, including databases and networks such as the United Nations Population Information Network (POPIN), should be harnessed to disseminate technical information and to promote and strengthen understanding of the relationships between population, consumption, production and sustainable development.

11.23. Governments, non-governmental organizations and the private sector should make greater and effective use of the entertainment media, including radio and television soap operas and drama, folk theatre and other traditional media to encourage public discussion of important but sometimes sensitive topics related to the implementation of this programme of action. When the entertainment media - especially dramas - are used for advocacy purposes or to promote particular lifestyles, the public should be so informed, and in each case the identity of sponsors should be indicated in an appropriate manner.

11.24. Age-appropriate education, especially for adolescents, about the issues considered in this Programme of Action should begin in the home and community and continue through all levels and channels of formal and non-formal education, taking into account the rights and responsibilities of parents and the needs of adolescents. Where such education already exists, curricula and educational materials should be reviewed, updated and broadened with a view to ensuring adequate coverage of important population-related issues and to counteract myths and misconceptions on them. Where no such education exists, appropriate curricula and materials should be developed. To ensure acceptance, effectiveness and usefulness by the community, education projects should be based on the findings of socio-cultural studies and should involve the active participation of parents and families, women, youth, elders and community leaders.

11.25. Governments should give priority to the training and retention of information, education and communication specialists, especially teachers, and of all others involved in the planning, implementation, monitoring and evaluation of information, education and communication programmes. It is necessary to train specialists who can contribute to the important conceptual and methodological development of education concerning population and related issues. Therefore, systems for professional training should be created and strengthened with specializations that prepare them to work effectively with Governments and with non-governmental organizations active in this field. In addition, there should be greater collaboration between the academic community and other entities in order to strengthen conceptual and methodological work and research in this field.

11.26. To enhance solidarity and to sustain development assistance, all countries need to be continuously informed about population and development issues. Countries should establish information mechanisms, where appropriate, to facilitate the systematic collection, analysis and dissemination, and utilization of population-related information at the national and international levels, and networks should be established or strengthened at the national, subregional, regional and global levels to promote information and experience exchange.

Chapter XII - TECHNOLOGY, RESEARCH AND DEVELOPMENT

- [A. Basic data collection, analysis and dissemination](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [B. Reproductive health research](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [C. Social and economic research](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)

A. Basic data collection, analysis and dissemination

Basis for action

12.1. Valid, reliable, timely, culturally relevant and internationally comparable data form the basis for policy and programme development, implementation, monitoring and evaluation. While there have been marked improvements in the availability of population and related development data following important advances made during the past two decades in the methodologies and technology for data collection and analysis, many gaps remain with regard to the quality and coverage of baseline information, including vital data on births and deaths, as well as the continuity of data sets over time. Gender and ethnicity-specific information, which is needed to enhance and monitor the sensitivity of development policies and programmes, is still insufficient in many areas. Measurement of migration, particularly at the regional and international levels, is also among the areas least valid

and least adequately covered. As a matter of principle, individuals, organizations and developing countries should have access, on a no-cost basis, to the data and findings based on research carried out in their own countries, including those maintained by other countries and international agencies.

Objectives

12.2. The objectives are:

- (a) To establish a factual basis for understanding and anticipating the interrelationships of population and socio-economic, including environmental, variables, and for improving programme development, implementation, monitoring and evaluation;
- (b) To strengthen national capacity to seek new information and meet the need for basic data collection, analysis and dissemination, giving particular attention to information classified by age, sex, ethnicity and different geographical units, in order to use the findings in the formulation, implementation, monitoring and evaluation of overall sustainable development strategies and foster international cooperation, including such cooperation at the regional and subregional levels;
- (c) To ensure political commitment to, and understanding of, the need for data collection on a regular basis and the analysis, dissemination and full utilization of data.

Actions

12.3. Governments of all countries, particularly developing countries, assisted as appropriate through bilateral cooperation and international organizations and, where necessary, through interregional, regional and subregional cooperation, should strengthen their national capacity to carry out sustained and comprehensive programmes on collection, analysis, dissemination and utilization of population and development data. Particular attention should be given to the monitoring of population trends and the preparation of demographic projections and to the monitoring of progress towards the attainment of the health, education, gender, ethnic and social-equity goals, and of service accessibility and quality of care, as stated in the present Programme of Action.

12.4. Programmes for the collection, processing, analysis and timely dissemination and utilization of population and related development data should include disaggregation, including gender disaggregation, coverage and presentation compatible with the needs of effective programme implementation on population and development. Interaction between the community of data users and data providers should be promoted in order to enable data providers to respond better to user needs. Research should be designed, taking into account legal and ethical standards, and carried out in consultation and partnership with, and the active participation of, local communities and institutions, and the findings thereof should be made accessible and available to policy makers, decision makers, planners and managers of programmes for their timely use. Comparability should be ensured in all research and data collection programmes.

12.5. Comprehensive, reliable, qualitative as well as quantitative databases, allowing linkages between population, education, health, poverty, family well-being, environment and development issues and providing information disaggregated at appropriate and desired levels, should be established and maintained by all countries to meet the needs of research as well as those of policy and programme development, implementation, monitoring and evaluation. Special attention should be given to assess and measure the quality and accessibility of care through the development of suitable indicators.

12.6. Demographic, socio-economic and other relevant information networks should be created or strengthened, where appropriate, at the national, regional and global levels to facilitate monitoring the implementation of programmes of action and activities on population, environment and development at the national, regional and global levels.

12.7. All data collection and analysis activities should give due consideration to gender-disaggregation, enhancing knowledge on the position and role of gender in social and demographic processes. In particular, in order to provide a more accurate picture of women's current and potential contribution to economic development, data collection should delineate more precisely the nature of women's social and labour force status and make that a basis for policy and programme decisions on improving women's income. Such data should address, inter alia, women's unpaid economic activities in the family and in the informal sector.

12.8. Training programmes in statistics, demography and population and development studies should be designed and implemented at the national and regional levels, particularly in developing countries, with enhanced technical and financial support through international cooperation and greater national resources.

12.9. All countries, with the support of appropriate organizations, should strengthen the collection and analysis of demographic data, including international migration data, in order to achieve a better understanding of that phenomenon and thus support the formulation of national and international policies on international migration.

B. Reproductive health research

Basis for action

12.10. Research, in particular biomedical research, has been instrumental in giving more and more people access to a greater range of safe and effective modern methods for regulation of fertility. However, not all persons can find a family-planning method that suits them and the range of choices available to men is more limited than that available to women, and the growing incidence of sexually transmitted diseases, including HIV/AIDS, demands substantially

higher investments in new methods of prevention, diagnosis and treatment. In spite of greatly reduced funding for reproductive health research, prospects for developing and introducing new contraceptive and regulation of fertility methods and products have been promising. Improved collaboration and coordination of activities internationally will increase cost-effectiveness, but a significant increase in support from Governments and industry is needed to bring a number of potential new, safe and affordable methods to fruition, especially barrier methods. This research needs to be guided at all stages by gender perspectives, particularly women's, and the needs of users, and be carried out in strict conformity with internationally accepted legal, ethical, medical and scientific standards for biomedical research.

Objectives

12.11. The objectives are:

- (a) To contribute to the understanding of factors affecting universal reproductive health, including sexual health, and to expand reproductive choice;
- (b) To ensure the initial and continued safety, quality and health aspects of methods for regulation of fertility;
- (c) To ensure that all people have the opportunity to achieve and maintain sound reproductive and sexual health, the international community should mobilize the full spectrum of basic biomedical, social and behavioural and programme-related research on reproductive health and sexuality.

Actions

12.12. Governments, assisted by the international community and donor agencies, the private sector, non-governmental organizations and the academic community, should increase support for basic and applied biomedical, technological, clinical, epidemiological and social science research to strengthen reproductive health services, including the improvement of existing and the development of new methods for regulation of fertility that meet users' needs and are acceptable, easy to use, safe, free of long- and short-term side effects and second generation effects, effective, affordable, suitable for different age and cultural groups and for different phases of the reproductive cycle. Testing and introduction of all new technologies should be continually monitored to avoid potential abuse. Specifically, areas that need increased attention should include barrier methods, both male and female, for fertility control and the prevention of sexually transmitted diseases, including HIV/AIDS, as well as microbicides and virucides, which may or may not prevent pregnancy.

12.13. Research on sexuality and gender roles and relationships in different cultural settings is urgently needed, with emphasis on such areas as abuse, discrimination and violence against women; genital mutilation, where practised; sexual behaviour and mores; male attitudes towards sexuality and procreation, fertility, family and gender roles; risk-taking behaviour regarding sexually transmitted diseases and unplanned pregnancies; women's and men's perceived needs for methods for regulation of fertility and sexual health services; and reasons for non-use or ineffective use of existing services and technologies.

12.14. High priority should also be given to the development of new methods for regulation of fertility for men. Special research should be undertaken on factors inhibiting male participation in order to enhance male involvement and responsibility in family planning. In conducting sexual and reproductive health research, special attention should be given to the needs of adolescents in order to develop suitable policies and programmes and appropriate technologies to meet their health needs. Special priority should be given to research on sexually transmitted diseases, including HIV/AIDS, and research on infertility.

12.15. To expedite the availability of improved and new methods for regulation of fertility, efforts must be made to increase the involvement of industry, including industry in developing countries and countries with economies in transition. A new type of partnership between the public and private sectors, including women and consumer groups, is needed that would mobilize the experience and resources of industry while protecting the public interest. National drug and device regulatory agencies should be actively involved in all stages of the development process to ensure that all legal and ethical standards are met. Developed countries should assist research programmes in developing countries and countries with economies in transition with their knowledge, experience and technical expertise and promote the transfer of appropriate technologies to them. The international community should facilitate the establishment of manufacturing capacities for contraceptive commodities in developing countries, particularly the least developed among them, and countries with economies in transition.

12.16. All research on products for regulation of fertility and sexual and reproductive health must be carried out in adherence to internationally accepted ethical and technical standards and cultural conditions for biomedical research. Special attention needs to be given to the continuous surveillance of contraceptive safety and side effects. Users', in particular women's, perspectives and women's organizations should be incorporated into all stages of the research and development process.

12.17. Since unsafe abortion is a major threat to the health and lives of women, research to understand and better address the determinants and consequences of induced abortion, including its effects on subsequent fertility, reproductive and mental health and contraceptive practice, should be promoted, as well as research on treatment of complications of abortions and post-abortion care.

12.18. There should be enhanced research on natural methods for regulation of fertility, looking for more effective procedures to detect the moment of ovulation during the menstrual cycle and after childbirth.

C. Social and economic research

Basis for action

12.19. During the past several decades, the formulation, implementation, monitoring and evaluation of population policies, programmes and activities have benefited from the findings of social and economic research highlighting how population change results from and impacts on complex interactions of social, economic and environmental factors. Nevertheless, some aspects of these interactions are still poorly understood and knowledge is lacking, especially with regard to developing countries, in areas relevant to a range of population and development policies, particularly concerning indigenous practices. Social and economic research is clearly needed to enable programmes to take into account the views of their intended beneficiaries, especially women, the young and other less empowered groups, and to respond to the specific needs of those groups and of communities. Research regarding the interrelations between global or regional economic factors and national demographic processes is required. Improved quality of services can be achieved only where quality has been defined by both users and providers of services and where women are actively involved in decision-making and service delivery.

Objectives

12.20. The objectives are:

- (a) To promote socio-cultural and economic research that assists in the design of programmes, activities and services to improve the quality of life and meet the needs of individuals, families and communities, in particular all underserved groups;
- (b) To promote the use of research findings to improve the formulation of policies and the implementation, monitoring and evaluation of programmes and projects that improve the welfare of individuals and families and the needy to enhance their quality, efficiency and client-sensitivity, and to increase the national and international capacity for such research;
- (c) To understand that sexual and reproductive behaviour occurs in varying socio-cultural contexts, and to understand the importance of that context for the design and implementation of service programmes.

Actions

12.21. Governments, funding agencies and research organizations should encourage and promote socio-cultural and economic research on relevant population and development policies and programmes, including indigenous practices, especially with regard to interlinkages between population, poverty alleviation, environment, sustained economic growth and sustainable development.

12.22. Socio-cultural and economic research should be built into population and development programmes and strategies in order to provide guidance for programme managers on ways and means of reaching underserved clients and responding to their needs. To this end, programmes should provide for operations research, evaluation research and other applied social science research. This research should be participatory in character. Mechanisms should be established with a view to ensuring that research findings are incorporated into the decision-making process.

12.23. Policy-oriented research, at the national and international levels, should be undertaken on areas beset by population pressures, poverty, over-consumption patterns, destruction of ecosystems and degradation of resources, giving particular attention to the interactions between those factors. Research should also be done on development and improvement of methods with regard to sustainable food production and crop and livestock systems in both developed and developing countries.

12.24. Governments, intergovernmental organizations, non-governmental organizations concerned, funding agencies and research organizations are urged to give priority to research on the linkages between women's roles and status and demographic and development processes. Among the vital areas for research are changing family structures; family well-being; the interactions between women's and men's diverse roles, including their time use, access to power and decision-making and control over resources; associated norms, laws, values and beliefs; and the economic and demographic outcomes of gender inequality. Women should be involved at all stages of gender research planning, and efforts should be made to recruit and train more female researchers.

12.25. Given the changing nature and extent of the spatial mobility of population, research to improve the understanding of the causes and consequences of migration and mobility, whether internal or international, is urgently needed. To provide a sound foundation for such research, special efforts need to be made to improve the quality, timeliness and accessibility of data on internal and international migration levels, trends and policies.

12.26. In the light of the persistence of significant mortality and morbidity differentials between population subgroups within countries, it is urgent to step up efforts to investigate the factors underlying such differentials, in order to devise more effective policies and programmes for their reduction. Of special importance are the causes of differentials, including gender differentials, in mortality and morbidity, particularly at younger and older ages. Increased attention should also be paid to the relative importance of various socio-economic and environmental factors in determining mortality differentials by region or socio-economic and ethnic group. Causes and trends in maternal, perinatal and infant morbidity and mortality also need further investigation.

- [A. National policies and plans of action](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [B. Programme management and human resource development](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [C. Resource mobilization and allocation](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objective](#)
 - [Actions](#)

A. National policies and plans of action

Basis for action

13.1. During the past few decades, considerable experience has been gained around the world on how government policies and programmes can be designed and implemented to address population and development concerns, enhance the choices of people and contribute to broad social progress. As is the case with other social development programmes, experience has also shown, in instances where the leadership is strongly committed to economic growth, human resource development, gender equality and equity and meeting the health and in particular the reproductive health needs of the population, including family planning and sexual health, countries have been able to mobilize sustained commitment at all levels to make population and development programmes and projects successful.

13.2. While such success can be facilitated by developments in the overall social and economic context, and by success in other development efforts, population and development are intrinsically interrelated and progress in any component can catalyse improvement in others. The many facets of population relate to many facets of development. There is increased recognition of the need for countries to consider migration impacts, internal and international, in developing their relevant policies and programmes. There is also growing recognition that population-related policies, plans, programmes and projects, to be sustainable, need to engage their intended beneficiaries fully in their design and subsequent implementation.

13.3. The role of non-governmental organizations as partners in national policies and programmes is increasingly recognized, as is the important role of the private sector. Members of national legislatures can have a major role to play, especially in enacting appropriate domestic legislation for implementing the present Programme of Action, allocating appropriate financial resources, ensuring accountability of expenditure and raising public awareness of population issues.

Objectives

13.4. The objectives are:

- (a) To incorporate population concerns in all relevant national development strategies, plans, policies and programmes;
- (b) To foster active involvement of elected representatives of people, particularly parliamentarians, concerned groups, especially at the grass-roots level, and individuals, in formulating, implementing, monitoring and evaluating strategies, policies, plans and programmes in the field of population and development.

Actions

13.5. Governments, with the active involvement of parliamentarians, locally elected bodies, communities, the private sector, non-governmental organizations and women's groups, should work to increase awareness of population and development issues and formulate, implement and evaluate national strategies, policies, plans, programmes and projects that address population and development issues, including migration, as integral parts of their sectoral, intersectoral and overall development planning and implementation process. They should also promote and work to ensure adequate human resources and institutions to coordinate and carry out the planning, implementation, monitoring and evaluation of population and development activities.

13.6. Governments and parliamentarians, in collaboration with the international community and non-governmental organizations, should make the necessary plans in accordance with national concerns and priorities and take the actions required to measure, assess, monitor and evaluate progress towards meeting the goals of the present Programme of Action. In this connection, the active participation of the private sector and the research community is to be encouraged.

B. Programme management and human resource development

Basis for action

13.7. Building the capacity and self-reliance of countries to undertake concerted national action to promote sustained economic growth, to further sustainable national development and to improve the quality of life for the people is a fundamental goal. This requires the retention, motivation and participation of appropriately trained personnel working within effective institutional arrangements, as well as relevant involvement by the private sector and non-governmental organizations. The lack of adequate management skills, particularly in the least developed countries, critically reduces the ability for strategic planning, weakens programme execution, lessens the quality of services and thus diminishes the usefulness of programmes to their beneficiaries. The recent trend towards decentralization of authority in national population and development programmes, particularly in government programmes, significantly increases the requirement for trained staff to meet new or expanded responsibilities at the lower administrative levels. It also modifies the "skill mix" required in central institutions, with policy analysis, evaluation and strategic planning having higher priority than previously.

Objectives

13.8. The objectives are:

- (a) To improve national capacities and the cost-effectiveness, quality and impact of national population and development strategies, plans, policies and programmes, while ensuring their accountability to all persons served, in particular the most vulnerable and disadvantaged groups in society, including the rural population and adolescents;
- (b) To facilitate and accelerate the collection, analysis and flow of data and information between actors in national population and development programmes in order to enhance the formulation of strategies, policies, plans and programmes and monitor and evaluate their implementation and impact;
- (c) To increase the skill level and accountability of managers and others involved in the implementation, monitoring and evaluation of national population and development strategies, policies, plans and programmes;
- (d) To incorporate user and gender perspectives in training programmes and ensure the availability, motivation and retention of appropriately trained personnel, including women, for the formulation, implementation, monitoring and evaluation of national population and development strategies, policies, plans and programmes.

Actions

13.9. Countries should:

- (a) Formulate and implement human resource development programmes in a manner that explicitly addresses the needs of population and development strategies, policies, plans and programmes, giving special consideration to the basic education, training and employment of women at all levels, especially at decision-making and managerial levels, and to the incorporation of user and gender perspectives throughout the training programmes;
- (b) Ensure the nationwide and efficient placement of trained personnel managing population and development strategies, policies, plans and programmes;
- (c) Continuously upgrade the management skills of service delivery personnel to enhance the cost-effectiveness, efficiency and impact of the social services sector.
- (d) Rationalize remuneration and related matters, terms and conditions of service to ensure equal pay for equal work by women and men and the retention and advancement of managerial and technical personnel involved in population and development programmes, and thereby improve national execution of these programmes;
- (e) Establish innovative mechanisms to promote experience-sharing in population and development programme management within and among countries at subregional, regional, interregional and international levels in order to foster relevant national expertise;
- (f) Develop and maintain databases of national experts and institutions of excellence in order to foster the use of national competence, giving special consideration to the inclusion of women and youth;
- (g) Ensure effective communication with, and the involvement of, programme beneficiaries at all levels, in particular at rural levels, in order to ensure better overall programme management.

13.10. Governments should give special attention to the development and implementation of client-centred management information systems for population and development, and particularly for reproductive health, including family-planning and sexual health programmes, covering both governmental and non-governmental activities and containing regularly updated data on clientele, expenditures, infrastructure, service accessibility, output and quality of services.

C. Resource mobilization and allocation

Basis for action

13.11. Allocation of resources for sustained human development at the national level generally falls into various sectoral categories. How countries can most beneficially allocate resources among various sectors depends largely on each country's social, economic, cultural and political realities as well as its policy and programme priorities. In general, the quality and success of programmes benefit from a balanced allocation of resources. In particular, population-related programmes play an important role in enabling, facilitating and accelerating progress in sustainable human development programmes, especially by contributing to the empowerment of women, improving the health of the people (and particularly of women and children, and especially in the rural areas), slowing the

growth rate of demand for social services, mobilizing community action and stressing the long-term importance of social sector investments.

13.12. Domestic resources provide the largest portion of funds for attaining development objectives. Domestic resource mobilization is, thus, one of the highest priority areas for focused attention to ensure the timely actions required to meet the objectives of this Programme of Action. Both the public and the private sectors can potentially contribute to the resources required. Many of the countries seeking to pursue the additional goals and objectives of the Programme of Action, and especially the least developed countries and other poor countries that are undergoing painful structural adjustments, are continuing to experience recessionary trends in their economies. Their domestic resource mobilization efforts to expand and improve their population and development programmes will need to be complemented by a significantly greater provision of financial and technical resources by the international community, as indicated in chapter XIV. In the mobilization of new and additional domestic and donor-source resources, special attention needs to be given to adequate measures to address the basic needs of the most vulnerable groups of the population, particularly in the rural areas, and to ensure their access to social services.

13.13. Based on the current large unmet demands for reproductive health, including family- planning, services and the expected growth in numbers of women and men of reproductive age, demand for services will continue to grow very rapidly over the next two decades. This demand will be accelerated by growing interest in delayed child-bearing, better spacing of births and earlier completion of desired family size, and by easier access to services. Efforts to generate and make available higher levels of domestic resources, and to ensure their effective utilization, in support of service-delivery programmes and of associated information, education and communication activities, thus, need to be intensified.

13.14. Basic reproductive health, including family-planning services, involving support for necessary training, supplies, infrastructure and management systems, especially at the primary health-care level, would include the following major components, which should be integrated into basic national programmes for population and reproductive health:

(a) In the family-planning services component - contraceptive commodities and service delivery; capacity-building for information, education and communication regarding family planning and population and development issues; national capacity-building through support for training; infrastructure development and upgrading of facilities; policy development and programme evaluation; management information systems; basic service statistics; and focused efforts to ensure good quality care;

(b) In the basic reproductive health services component - information and routine services for prenatal, normal and safe delivery and post-natal care; abortion (as specified in Paragraph 8.25); information, education and communication about reproductive health, including sexually transmitted diseases, human sexuality and responsible parenthood, and against harmful practices; adequate counselling; diagnosis and treatment for sexually transmitted diseases and other reproductive tract infections, as feasible; prevention of infertility and appropriate treatment, where feasible; and referrals, education and counselling services for sexually transmitted diseases, including HIV/AIDS, and for pregnancy and delivery complications;

(c) In the sexually transmitted disease/HIV/AIDS prevention programme component - mass media and in-school education programmes, promotion of voluntary abstinence and responsible sexual behaviour and expanded distribution of condoms;

(d) In the basic research, data and population and development policy analysis component - national capacity-building through support for demographic as well as programme-relevant data collection and analysis, research, policy development and training.

13.15. It has been estimated that, in the developing countries and countries with economies in transition, the implementation of programmes in the area of reproductive health, including those related to family planning, maternal health and the prevention of sexually transmitted diseases, as well as other basic actions for collecting and analysing population data, will cost: \$17.0 billion in 2000, \$18.5 billion in 2005, \$20.5 billion in 2010 and \$21.7 billion in 2015; these are cost estimates prepared by experts, based on experience to date, of the four components referred to above. These estimates should be reviewed and updated on the basis of the comprehensive approach reflected in para 13.14 of this Programme of Action, particularly with respect to the costs of implementing reproductive health service delivery. Of this, approximately 65 per cent is for the delivery system. Programme costs in the closely related components which should be integrated into basic national programmes for population and reproductive health are estimated as follows:

(a) The family-planning component is estimated to cost: \$10.2 billion in 2000, \$11.5 billion in 2005, \$12.6 billion in 2010 and \$13.8 billion in 2015.

This estimate is based on census and survey data which help to project the number of couples and individuals who are likely to be using family-planning information and services. Projections of future costs allow for improvements in quality of care. While improved quality of care will increase costs per user to some degree, these increases are likely to be offset by declining costs per user as both prevalence and programme efficiency increase.

The estimate for reproductive health is a global total, based on experience with maternal health programmes in countries at different levels of development, selectively including other reproductive health services. The full maternal and child health impact of these interventions will depend on the provision of tertiary and emergency care, the costs of which should be met by overall health sector budgets.

(b) The reproductive health component (not including the delivery-system costs summarized under the family-planning component) is estimated to add: \$5.0 billion in 2000, \$5.4 billion in 2005, \$5.7 billion in 2010 and \$6.1 billion in 2015.

(c) The sexually transmitted disease/HIV/AIDS prevention programme is estimated by the WHO Global Programme on AIDS to cost: \$1.3 billion in 2000, \$1.4 billion in 2005 and approximately \$1.5 billion in 2010 and \$1.5 billion in 2015.

(d) The basic research, data and population and development policy analysis programme is estimated to cost: \$500 million in 2000, \$200 million in 2005, \$700 million in 2010 and \$300 million in 2015.

13.16. It is tentatively estimated that up to two thirds of the costs will continue to be met by the countries themselves and in the order of one third from external sources. However, the least developed countries and other low-income developing countries will require a greater share of external resources on a concessional and grant basis. Thus, there will be considerable variation in needs for external resources for population programmes, between and within regions. The estimated global requirements for international assistance are outlined in chapter XIV, paragraph 14.8.

13.17. Additional resources will be needed to support programmes addressing population and development goals, particularly programmes seeking to attain the specific social and economic sector goals contained in this Programme of Action. The health sector will require additional resources to strengthen the primary health-care delivery system, child survival programmes, emergency obstetrical care, and broad-based programmes for sexually transmitted disease/HIV/AIDS control, as well as the humane treatment and care of those infected with sexually transmitted disease/HIV/AIDS, among others. The education sector will also require substantial and additional investments in order to provide universal basic education and to eliminate disparities in educational access owing to gender, geographical location, social or economic status etc.

13.18. Additional resources will be needed for action programmes directed to improving the status and empowerment of women and their full participation in the development process (beyond ensuring their basic education). The full involvement of women in the design, implementation, management and monitoring of all development programmes will be an important component of such activities.

13.19. Additional resources will be needed for action programmes to accelerate development programmes; generate employment; address environmental concerns, including unsustainable patterns of production and consumption; provide social services; achieve balanced distributions of population; and address poverty eradication through sustained economic growth in the context of sustainable development. Important relevant programmes include those addressed in Agenda 21.

13.20. The resources needed to implement this Programme of Action require substantially increased investments in the near term. The benefits of these investments can be measured in future savings in sectoral requirements; sustainable patterns of production and consumption and sustained economic growth in the context of sustainable development; and overall improvements in the quality of life.

Objective

13.21. The objective is to achieve an adequate level of resource mobilization and allocation, at the community, national and international levels, for population programmes, and for other related programmes, all of which seek to promote and accelerate social and economic development, improve the quality of life for all, foster equity and full respect for individual rights and, by so doing, contribute to sustainable development.

Actions

13.22. Governments, non-governmental organizations, the private sector and local communities, assisted upon request by the international community, should strive to mobilize and effectively utilize the resources for population and development programmes that expand and improve the quality of reproductive health care, including family-planning and sexually transmitted disease/HIV/AIDS prevention efforts. In line with the goal of the present Programme of Action to ensure universal availability of and access to high-quality reproductive health and family-planning services, particular emphasis must be put on meeting the needs of underserved population groups, including adolescents taking into account the rights and responsibilities of parents and the needs of adolescents, the rural and the urban poor and on ensuring the safety of services and their responsiveness to women, men and adolescents. In mobilizing resources for these purposes, countries should examine new modalities such as increased involvement of the private sector, the selective use of user fees, social marketing, cost-sharing and other forms of cost recovery. However, these modalities must not impede access to services and should be accompanied with adequate "safety net" measures.

13.23. Governments, non-governmental organizations, the private sector and local communities, assisted upon request by the international community, should strive to mobilize the resources to meet reinforcing social development goals, and in particular to satisfy the commitments Governments have undertaken previously with regard to Education for All (the Jomtien Declaration), the multisectoral goals of the World Summit for Children, Agenda 21 and other relevant international agreements, and to further mobilize the resources to meet the goals in this Programme of Action. In this regard, Governments are urged to devote an increased proportion of public sector expenditures to the social sectors, as well as an increased proportion of official development assistance, stressing, in particular, poverty eradication within the context of sustainable development.

13.24. Governments, international organizations and non-governmental organizations should collaborate on an ongoing basis in the development of precise and reliable cost estimates, where appropriate, for each category of investment.

Chapter XIV - INTERNATIONAL COOPERATION

- [A. Responsibilities of partners in development](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)
- [B. Towards a new commitment to funding population and development](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)

A. Responsibilities of partners in development

Basis for action

14.1. International cooperation has been proved to be essential for the implementation of population and development programmes during the past two decades. The number of financial donors has steadily increased and the profile of the donor community has increasingly been shaped by the growing presence of non-governmental and private-sector organizations. Numerous experiences of successful cooperation between developing countries have dispelled the stereotyped view of donors being exclusively developed countries. Donor partnerships have become more prevalent in a variety of configurations, so that it is no longer unusual to find Governments and multilateral organizations working closely together with national and international non-governmental organizations and segments of the private sector. This evolution of international cooperation in population and development activities reflects the considerable changes that have taken place during the past two decades, particularly with the greater awareness of the magnitude, diversity and urgency of unmet needs. Countries that formerly attached minimal importance to population issues now recognize them at the core of their development challenge. International migration and AIDS, for instance, formerly matters of marginal concern to a few countries, are currently high-priority issues in a large number of countries.

14.2. The maturing process undergone by international cooperation in the field of population and development has accentuated a number of difficulties and shortcomings that need to be addressed. For instance, the expanding number and configuration of development partners subjects both recipients and donors to increasing pressures to decide among a multitude of competing development priorities, a task which recipient Governments in particular may find exceedingly difficult to carry out. Lack of adequate financial resources and effective coordination mechanisms have been found to result in unnecessary duplication of efforts and lack of programme congruency. Sudden shifts in the development policies of donors may cause disruptions of programme activities across the world. Re-establishing and adhering to national priorities requires a new clarification of, and commitment to, reciprocal responsibilities among development partners.

Objectives

14.3. The objectives are:

- (a) To ensure that international cooperation in the area of population and development is consistent with national population and development priorities centred on the well-being of intended beneficiaries and serves to promote national capacity-building and self-reliance;
- (b) To urge that the international community adopt favourable macroeconomic policies for promoting sustained economic growth and sustainable development in developing countries;
- (c) To clarify the reciprocal responsibilities of development partners and improve coordination of their efforts;
- (d) To develop long-term joint programmes between recipient countries and between recipient and donor countries;
- (e) To improve and strengthen policy dialogue and coordination of population and development programmes and activities at the international level, including bilateral and multilateral agencies;
- (f) To urge that all population and development programmes with full respect for the various religious and ethical values and cultural backgrounds of each country's people adhere to basic human rights recognized by the international community and recalled in the present Programme of Action and adhere to the specific conditions of each country.

Actions

14.4. At the programme level, national capacity-building for population and development and transfer of appropriate technology and know-how to developing countries, including countries with economies in transition, must be core objectives and central activities for international cooperation. In this respect, important elements are to find accessible ways to meet the large commodity needs, of family-planning programmes, through the local production of contraceptives of assured quality and affordability, for which technology cooperation, joint ventures and other forms of technical assistance should be encouraged.

14.5. The international community should promote a supportive economic environment by adopting favourable macroeconomic policies for promoting sustained economic growth and development.

14.6. Governments should ensure that national development plans take note of anticipated international funding and cooperation in their population and development programmes, including loans from international financial institutions, particularly with respect to national capacity-building, technology cooperation and transfer of appropriate technology, which should be provided on favourable terms, including on concessional and preferential terms, as mutually agreed, taking into account the need to protect international property rights, as well as the special needs of developing countries.

14.7. Recipient Governments should strengthen their national coordination mechanisms for international cooperation in population and development and in consultations with donors clarify the responsibilities assigned to various types of development partners, including intergovernmental and international non-governmental organizations, based on careful consideration of their comparative advantages in the context of national development priorities and of their ability to interact with national development partners. The international community should assist recipient Governments to undertake these coordinating efforts.

B. Towards a new commitment to funding population and development Basis for action

14.8. There is a strong consensus on the need to mobilize significant additional financial resources from both the international community and within developing countries and countries with economies in transition for national population programmes in support of sustainable development. The Amsterdam Declaration on a Better Life for Future Generations, adopted at the International Forum on Population in the Twenty-first Century, held at Amsterdam in 1989, called upon Governments to double the total global expenditures in population programmes and donors to increase substantially their contribution in order to meet the needs of millions of people in developing countries in the fields of family planning and other population activities by the year 2000. However, since then, international resources for population activities have come under severe pressure, owing to the prolonged economic recession in traditional donor countries. Also, developing countries face increasing difficulties in allocating sufficient funds for their population and related programmes. Additional resources are urgently required to better identify and satisfy unmet needs in issues related to population and development, such as reproductive health care, including family-planning and sexual health information and services, as well as to respond to future increases in demand, to keep pace with the growing demands that need to be served, and to improve the scope and quality of programmes.

14.9. To assist the implementation of population and reproductive health care, including family-planning and sexual health programmes, financial and technical assistance from bilateral and multilateral agencies have been provided to the national and subnational agencies involved. As some of these began to be successful, it became desirable for countries to learn from one another's experiences, through a number of different modalities (e.g., long- and short-term training programmes, observation study tours, consultant services).

Objectives

14.10. The objectives are:

- (a) To increase substantially the availability of international financial assistance in the field of population and development in order to enable developing countries and countries with economies in transition to achieve the goals of the present Programme of Action as they pursue their self-reliant and capacity-building efforts;
- (b) To increase the commitment to, and the stability of, international financial assistance in the field of population and development by diversifying the sources of contributions, while striving to avoid as far as possible a reduction in the resources for other development areas. Additional resources should be made available for short-term assistance to the countries with economies in transition;
- (c) To increase international financial assistance to direct South-South cooperation and to facilitate financing procedures for direct South-South cooperation.

Actions

14.11. The international community should strive for the fulfilment of the agreed target of 0.7 per cent of GNP for overall ODA and endeavour to increase the share of funding for population and development programmes commensurate with the scope and scale of activities required to achieve the objectives and goals of the present Programme of Action. A crucially urgent challenge to the international donor community is therefore the translation of their commitment to the objectives and quantitative goals of the present Programme of Action into commensurate financial contributions to population programmes in developing countries and countries with economies in transition. Given the magnitude of the financial resource needs for national population and development programmes (as identified in chapter XIII), and assuming that recipient countries will be able to generate sufficient increases in domestically generated resources, the need for complementary resource flows from donor countries would be (in 1993 US dollars): in the order of \$5.7 billion in 2000; \$6.1 billion in 2005; \$6.8 billion in 2010; and \$7.2 billion in 2015. The international community takes note of the initiative to mobilize resources to give all people access to basic social services, known as the 20/20 initiative, which will be studied further in the context of the World Summit on Social Development.

14.12. Recipient countries should ensure that international assistance for population and development activities is used effectively to meet national population and development objectives so as to assist donors to secure commitment to further resources for programmes.

14.13. The United Nations Population Fund, other United Nations organizations, multilateral financial institutions, regional banks and bilateral financial sources are invited to consult, with a view to coordinating their financing policies and planning procedures to improve the impact, complementarity and cost-effectiveness of their contributions to the achievement of the population programmes of the developing countries and countries with economies in transition.

14.14. Criteria for allocation of external financial resources for population activities in developing countries should include:

- (a) Coherent national programmes, plans and strategies on population and development;
- (b) The recognized priority to the least developed countries;
- (c) The need to complement national financial efforts on population;
- (d) The need to avoid obstacles to, or reversal of, progress achieved thus far;
- (e) Problems of significant social sectors and areas that are not reflected in national average indicators.

14.15. Countries with economies in transition should receive temporary assistance for population and development activities in the light of the difficult economic and social problems these countries face at present.

14.16. In devising the appropriate balance between funding sources, more attention should be given to South-South cooperation as well as to new ways of mobilizing private contributions, particularly in partnership with non-governmental organizations. The international community should urge donor agencies to improve and modify their funding procedures in order to facilitate and give higher priority to supporting direct South-South collaborative arrangements.

14.17. Innovative financing, including new ways of generating public and private financing resources, including various forms of debt relief, should be explored.

14.18. International financial institutions are encouraged to increase their financial assistance, particularly in population and reproductive health, including family planning and sexual health care.

Chapter XV - PARTNERSHIP WITH THE NON-GOVERNMENTAL SECTOR

- [A. Local, national and international non-governmental organizations](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objective](#)
 - [Actions](#)
- [B. The private sector](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)

A. Local, national and international non-governmental organizations

Basis for action

15.1. As the contribution, real and potential, of non-governmental organizations gains clearer recognition in many countries and at regional and international levels, it is important to affirm its relevance in the context of the preparation and implementation of the present Programme of Action. To address the challenges of population and development effectively, broad and effective partnership is essential between Governments and non-governmental organizations (comprising not-for-profit groups and organizations at the local, national and international levels) to assist in the formulation, implementation, monitoring and evaluation of population and development objectives and activities.

15.2. Despite widely varying situations in their relationship and interaction with Governments, non-governmental organizations have made and are increasingly making important contributions to both population and development activities at all levels. In many areas of population and development activities, non-governmental groups are already rightly recognized for their comparative advantage in relation to government agencies, because of innovative, flexible and responsive programme design and implementation, including grass-roots participation, and because quite often they are rooted in and interact with constituencies that are poorly served and hard to reach through government channels.

15.3. Non-governmental organizations are important voices of the people, and their associations and networks provide an effective and efficient means of better focusing local and national initiatives and addressing pressing population, environmental, migration and economic and social development concerns.

15.4. Non-governmental organizations are actively involved in the provision of programme and project services in virtually every area of socio-economic development, including the population sector. Many of them have, in a number of countries, a long history of involvement and participation in population-related, particularly family-planning, activities. Their strength and credibility lies in the responsible and constructive role they play in society and the support their activities engender from the community as a whole. Formal and informal organizations and networks, including grass-root movements, merit greater recognition at local, national and international levels as valid and valuable partners for the implementation of the present Programme of Action. For such partnerships to develop and thrive, it is necessary for governmental and non-governmental organizations to institute appropriate

systems and mechanisms to facilitate constructive dialogue, in the context of national programmes and policies, recognizing their distinct roles, responsibilities and particular capacities.

15.5. The experience, capabilities and expertise of many non-governmental organizations and local community groups in areas of direct relevance to the Programme of Action is acknowledged. Non-governmental organizations, especially those working in the field of sexual and reproductive health and family-planning, women's organizations and immigrant and refugee support advocacy groups, have increased public knowledge and provided educational services to men and women which contribute towards successful implementation of population and development policies. Youth organizations are increasingly becoming effective partners in developing programmes to educate youth on reproductive health, gender and environmental issues. Other groups, such as organizations of the aged, migrants, organizations of persons with disabilities and informal grass-roots groups, also contribute effectively to the enhancement of programmes for their particular constituencies. These diverse organizations can help in ensuring the quality and relevance of programmes and services to the people they are meant to serve. They should be invited to participate with local, national and international decision-making bodies, including the United Nations system, to ensure effective implementation, monitoring and evaluation of the present Programme of Action.

15.6. In recognition of the importance of effective partnership, non-governmental organizations are invited to foster coordination, cooperation and communication at the local, national, regional and international levels and with local and national governments, to reinforce their effectiveness as key participants in the implementation of population and development programmes and policies. The involvement of non-governmental organizations should be seen as complementary to the responsibility of Governments to provide full, safe and accessible reproductive health services including family planning and sexual health. Like Governments, non-governmental organizations should be accountable for their actions and should offer transparency with respect to their services and evaluation procedures.

Objective

15.7. The objective is to promote an effective partnership between all levels of Government and the full range of non-governmental organizations and local community groups, in the discussion and decisions on the design, implementation, coordination, monitoring and evaluation of programmes relating to population, development and environment in accordance with the general policy framework of Governments, taking duly into account the responsibilities and roles of the respective partners.

Actions

15.8. Governments and intergovernmental organizations, in dialogue with non-governmental organizations and local community groups, and in full respect for their autonomy, should integrate them in their decision-making and facilitate the contribution that non-governmental organizations can make at all levels towards finding solutions to population and development concerns and, in particular, to ensure the implementation of the present Programme of Action. Non-governmental organizations should have a key role in national and international development processes.

15.9. Governments should ensure the essential roles and participation of women's organizations in the design and implementation of population and development programmes. Involving women at all levels, especially the managerial level, is critical to meeting the objectives and implementing the present Programme of Action.

15.10. Adequate financial and technical resources and information necessary for the effective participation of non-governmental organizations in the research, design, implementation, monitoring and evaluation of population and development activities should, if feasible and if requested, be made available to the non-governmental sector by Governments, intergovernmental organizations and international financial institutions in a manner that will not compromise their full autonomy. To ensure transparency, accountability and effective division of labour, these same institutions should make available the necessary information and documents to those non-governmental organizations. International organizations may provide financial and technical assistance to non-governmental organizations in accordance with the laws and regulations of each country.

15.11. Governments and donor countries, including intergovernmental organizations and international financial institutions, should ensure that non-governmental organizations and their networks are able to maintain their autonomy and strengthen their capacity through regular dialogue and consultations, appropriate training and outreach activities, and thus play a greater partnership role at all levels.

15.12. Non-governmental organizations and their networks and local communities should strengthen their interaction with their constituencies, ensure the transparency of their activities, mobilize public opinion, participate in the implementation of population and development programmes and actively contribute to the national, regional and international debate on population and development issues. Governments, where appropriate, should include representation of non-governmental organizations on country delegations to regional and international forums where issues on population and development are discussed.

B. The private sector

Basis for action

15.13. The private, profit-oriented sector plays an important role in social and economic development, including production and delivery of reproductive health-care services and commodities, including appropriate education and information relevant to population and development programmes. In a growing number of countries, the private sector has or is developing the financial, managerial and technological capacity to carry out an array of population and development activities in a cost-efficient and effective manner. This experience has laid the groundwork for useful partnerships which the private sector can further develop and expand. Private-sector involvement may assist or supplement but must not mitigate the responsibility of Governments to provide full, safe and accessible reproductive health services to all people. The private sector must also ensure that all population and development programmes with full respect for the various religious and ethical values and cultural backgrounds of each country's people adhere to basic rights recognized by the international community and recalled in the present Programme of Action.

15.14. Another aspect of the private sector's role is its importance as a partner for economic growth and sustainable development. Through its actions and attitudes, the private sector can make a decisive impact on the quality of life of its employees and often on large segments of society and their attitudes. Experience gained from these programmes is useful to Governments and non-governmental organizations alike in their ongoing efforts to find innovative ways of effectively involving the private sector in population and development programmes. A growing consciousness of corporate responsibilities increasingly is leading private-sector decision makers to search for new ways in which for-profit entities can constructively work with Governments and non-governmental organizations on population and sustainable development issues. By acknowledging the contribution of the private sector, and by seeking more programme areas for mutually beneficial cooperation, Governments and non-governmental organizations alike may strengthen the efficiency of their population and development activities.

Objectives

15.15. The objectives are:

- (a) To strengthen the partnership between Governments, international organizations and the private sector in identifying new areas of cooperation;
- (b) To promote the role of the private sector in service delivery and in the production and distribution, within each region of the world, of high-quality reproductive health and family-planning commodities and contraceptives, which are accessible and affordable to low-income sectors of the population.

Actions

15.16. Governments and non-governmental and international organizations should intensify their cooperation with the private, for-profit sector in matters pertaining to population and sustainable development in order to strengthen the contribution of this sector in the implementation of population and development programmes, including the production and delivery of quality contraceptive commodities and services with appropriate information and education, in a socially responsible, culturally sensitive, acceptable and cost-effective manner.

15.17. Non-profit and profit-oriented organizations and their networks should develop mechanisms whereby they can exchange ideas and experiences in the population and development fields with a view to sharing innovative approaches and research and development initiatives. The dissemination of information and research should be a priority.

15.18. Governments are strongly encouraged to set standards for service delivery and review legal, regulatory and import policies to identify and eliminate those policies that unnecessarily prevent or restrict the greater involvement of the private sector in efficient production of commodities for reproductive health, including family planning, and in service delivery. Governments, taking into account cultural and social differences, should strongly encourage the private sector to meet its responsibilities regarding consumer information dissemination.

15.19. The profit-oriented sector should consider how it might better assist non-profit non-governmental organizations to play a wider role in society through the enhancement or creation of suitable mechanisms to channel financial and other appropriate support to non-governmental organizations and their associations.

15.20. Private-sector employers should continue to devise and implement special programmes that help meet their employees' needs for information, education and reproductive health services, and accommodate their employees' needs to combine work and family responsibilities. Organized health-care providers and health insurers are also including family planning and reproductive health services in the package of health benefits they provide.

- [A. National-level activities](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objective](#)
 - [Actions](#)
- [B. Subregional and regional activities](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objective](#)
 - [Actions](#)
- [C. Activities at the international level](#)
 - [Basis for action](#)
 - [Objectives](#)
 - [Actions](#)

A. National-level activities

Basis for action

16.1. The significance of the International Conference on Population and Development will depend on the willingness of Governments, local communities, the non-governmental sector, the international community and all other concerned organizations and individuals to turn the recommendations of the Conference into action. This commitment will be of particular importance at the national and individual levels. Such a willingness to truly integrate population concerns into all aspects of economic and social activity and their interrelationships will greatly assist in the achievement of an improved quality of life for all individuals as well as for future generations. All efforts must be pursued towards sustained economic growth within the context of sustainable development.

16.2. The extensive and varied preparatory processes at the international, regional, subregional, national and local levels have constituted an important contribution to the formulation of this Programme of Action. Considerable institutional development has taken place in many countries in order to steer the national preparatory process; greater awareness of population issues has been fostered through public information and education campaigns, and national reports have been prepared for the Conference. The great majority of countries participating in the Conference responded to an invitation to prepare comprehensive national population reports. The complementarity of those reports to others commissioned by recent international conferences and initiatives relating to environmental, economic and social development is noteworthy and encouraging. The importance of building on these activities in the follow-up to the Conference is fully acknowledged.

16.3. The main functions related to Conference follow-up include policy guidance, including building strong political support at all levels for population and development; resource mobilization; coordination and mutual accountability of efforts to implement the Programme of Action; problem solving and sharing of experience within and between countries; and monitoring and reporting of progress in the implementation of the Programme of Action. Each of these functions requires concerted and coordinated follow-up at the national and international levels, and must fully involve all relevant individuals and organizations, including non-governmental and community-based organizations. Implementation, monitoring and evaluation of the Programme of Action at all levels should be conducted in a manner consistent with its principles and objective.

16.4. The implementation of this Programme of Action at all levels must be viewed as part of an integrated follow-up effort to major international conferences, including the present Conference, the World Conference on Health for All, the World Conference on Education for All, the World Summit for Children, the Conference on Least Developed Countries, the United Nations Conference on Environment and Development, the International Conference on Nutrition, the World Conference on Human Rights, the Global Conference on the Sustainable Development of Small Island Developing States, the World Social Summit, the Fourth World Conference on Women and Habitat II.

16.5. The implementation of the goals, objectives and actions of this Programme of Action will in many instances require additional resources.

Objective

16.6. The objective is to encourage and enable countries to fully and effectively implement the Programme of Action, through appropriate and relevant policies and programmes at the national level.

Actions

16.7. Governments should (a) commit themselves at the highest political level to achieving the goals and objectives contained in this Programme of Action and (b) take a lead role in coordinating the implementation, monitoring and evaluation of follow-up actions. 16.8. Governments, organizations of the United Nations system and major groups, in particular non-governmental organizations, should give the widest possible dissemination to this Programme of Action and should seek public support for the goals, objectives and actions of this Programme of Action. This may include follow-up meetings, publications and audio-visual aids and both print and electronic media.

16.9. All countries should consider their current spending priorities with a view to making additional contributions for the implementation of the Programme of Action, taking into account the provisions of chapters XIII and XIV of the Programme of Action, and the economic constraints faced by developing countries.

16.10. All countries should establish appropriate national follow-up, accountability and monitoring mechanisms, in partnership with non-governmental organizations, community groups and representatives of the media and the academic community, as well as with the support of parliamentarians.

16.11. The international community should assist interested Governments in organizing appropriate national-level follow-up, including national capacity-building for project formulation and programme management, as well as strengthening of coordination and evaluation mechanisms to assess the implementation of the present Programme of Action.

16.12. Governments, with the assistance of the international community, where necessary, should as soon as possible set up or enhance national databases to provide baseline data and information that can be used to measure or assess progress towards the achievement of the goals and objectives of this Programme of Action, and other related international documents, commitments and agreements. For the purpose of assessing progress, all countries should regularly assess their progress towards achieving the objectives and goals of this Programme of Action and other related commitments and agreements and report, on a periodic basis, in collaboration with non-governmental organizations and community groups.

16.13. In the preparation of those assessments and reports, Governments should outline successes achieved, as well as problems and obstacles encountered. Where possible, such national reports should be compatible with the national sustainable development plans that countries will prepare in the context of the implementation of Agenda 21. Efforts should also be made to devise an appropriate consolidated reporting system, taking into account all relevant United Nations conferences having national reporting requirements in related fields.

B. Subregional and regional activities

Basis for action

16.14. Activities undertaken at both the subregional and the regional levels have been an important aspect of preparations for the Conference. The outcome of subregional and regional preparatory meetings on population and development has clearly demonstrated the importance of acknowledging, alongside both international and national actions, the continuing contribution of subregional and regional action.

Objective

16.15. The objective is to promote implementation of the Programme of Action at the subregional and regional levels, with attention to specific subregional and regional strategies and needs.

Actions

16.16. Regional commissions, organizations of the United Nations system functioning at the regional level, and other relevant subregional and regional organizations should play an active role within their mandates regarding the implementation of this Programme of Action, through subregional and regional initiatives on population and development. Such action should be coordinated among the organizations concerned at the subregional and regional levels, with a view to ensuring efficient and effective action in addressing specific population and development issues relevant to the regions concerned, as appropriate.

16.17. At the subregional and regional levels:

- (a) Governments in the subregions and regions and relevant organizations are invited, where appropriate, to reinforce existing follow-up mechanisms, including meetings for the follow-up of regional declarations on population and development issues;
- (b) Multidisciplinary expertise should, where necessary, be utilized to play a key role in the implementation and follow-up of the Programme of Action;
- (c) Cooperation in the critical areas of capacity-building, the sharing and exchange of information and experiences, know-how and technical expertise should be strengthened with the appropriate assistance of the international community, taking into account the need for a partnership with non-governmental organizations and other major groups, in the implementation and follow-up of the Programme of Action at the regional level;
- (d) Governments should ensure that training and research in population and development issues at the tertiary level are strengthened, and that research findings and implications are widely disseminated.

C. Activities at the international level

Basis for action

16.18. The implementation of the goals, objectives and actions of this Programme of Action will require new and additional financial resources, from the public and private sectors, non-governmental organizations and the international community. While some of the resources required could come from the reordering of priorities, additional resources will be needed. In this context, developing countries, particularly the least developed countries, will require additional resources, including on concessional and grant terms, according to sound and equitable indicators. Countries with economies in transition may also require temporary assistance in the light of the difficult

economic and social problems these countries face at present. Developed countries, and others in a position to do so, should consider providing additional resources, as needed, to support the implementation of the decisions of this Conference through bilateral and multilateral channels, as well as non-governmental organizations.

16.19. South-South cooperation at all levels is an important instrument of development. In this regard such cooperation - technical cooperation among developing countries - should play an important part in the implementation of this Programme of Action.

Objectives

16.20. The objectives are:

- (a) To ensure full and consistent support, including financial and technical assistance by the international community, including from the United Nations system, for efforts at all levels directed at the implementation of this Programme of Action, at all levels;
- (b) To ensure a coordinated approach and a clearer division of labour in population-relevant policy and operational aspects of development cooperation. This should be supplemented by enhanced coordination and planning in the mobilization of resources;
- (c) To ensure that population and development issues receive appropriate focus and integration in the work of the relevant bodies and entities of the United Nations system.

Actions

16.21. The General Assembly is the highest intergovernmental mechanism for the formulation and appraisal of policy on matters relating to the follow-up to this Conference. To ensure effective follow-up to the Conference, as well as to enhance intergovernmental decision-making capacity for the integration of population and development issues, the Assembly should organize a regular review of the implementation of this Programme of Action. In fulfilling this task, the Assembly should consider the timing, format and organizational aspects of such a review.

16.22. The General Assembly and the Economic and Social Council should carry out their respective responsibilities, as entrusted to them in the Charter of the United Nations, in the formulation of policies and the provision of guidance to and coordination of United Nations activities in the field of population and development.

16.23. The Economic and Social Council, in the context of its role under the Charter, *vis-à-vis* the General Assembly and in accordance with Assembly resolutions 45/264, 46/235 and 48/162, should assist the General Assembly in promoting an integrated approach and in providing system-wide coordination and guidance in the monitoring of the implementation of the Programme of Action and making recommendations in this regard. Appropriate steps should be taken to request regular reports from the specialized agencies regarding their plans and programmes related to the implementation of this Programme of Action, pursuant to Article 64 of the Charter.

16.24. The Economic and Social Council is invited to review the reporting system within the United Nations system regarding population and development issues, taking into account the reporting procedures that are required in follow-up to other international conferences, with a view to establishing, where possible, a more coherent reporting system.

16.25. Within their respective mandates and in accordance with General Assembly resolution 48/162, the Assembly, during its forty-ninth session and the Economic and Social Council, in 1995, should review the roles, responsibilities, mandates and comparative advantages of both the relevant intergovernmental bodies and the organs of the United Nations system addressing population and development, with a view to:

- (a) Ensuring the effective and efficient implementation, monitoring and evaluation of the United Nations operational activities that will be undertaken on the basis of this Programme of Action;
- (b) Improving the efficiency and effectiveness of the current United Nations structures and machinery responsible for implementing and monitoring population and development activities, including strategies for addressing coordination and for intergovernmental review;
- (c) Ensuring clear recognition of the interrelationships between policy guidance, research, standard-setting and operational activities for population and development, as well as the division of labour between the bodies concerned.

16.26. As part of this review, the Economic and Social Council should, in the context of Assembly resolution 48/162, consider the respective roles of the relevant United Nations organs dealing with population and development, including the United Nations Population Fund and the Population Division, regarding the follow-up to this Programme of Action.

16.27. The General Assembly, at its forty-ninth session, in accordance with its resolution 48/162, is invited to give further consideration to the establishment of a separate Executive Board of the United Nations Population Fund, taking into account the results of the above-mentioned review and bearing in mind the administrative, budgetary and programme implications of such a proposal.

16.28. The Secretary-General of the United Nations is invited to consult with the various bodies of the United Nations system, as well as with international financial institutions and various bilateral aid organizations and agencies, with a view to promoting an exchange of information among them on the requirements for international assistance of reviewing on a regular basis the specific needs of countries in the field of population and development, including emergency and temporary needs, and maximizing the availability of resources and their most effective utilization.

16.29. All specialized agencies and related organizations of the United Nations system are invited to strengthen and adjust their activities, programmes and medium-term strategies, as appropriate, to take into account the follow-up to

the Conference. Relevant governing bodies should review their policies, programmes, budgets and activities in this regard.

Notes

- 1/ The source for the population figures in paragraphs 1.3 and 1.4 is: World Population Prospects: The 1994 Revision (United Nations publication, forthcoming).
- 2/ See Report of the United Nations World Population Conference, Bucharest, 19-30 August 1974 (United Nations publication, Sales No. E.75.XIII.3).
- 3/ See Report of the International Conference on Population, Mexico City, 6-14 August 1984 (United Nations publication, Sales No. E.84.XIII.8 and corrigenda).
- 4/ See First Call for Children (New York, United Nations Children's Fund, 1990).
- 5/ See Report of the United Nations Conference on Environment and Development, Rio de Janeiro, 3-14 June 1992 (A/CONF.151/26/Rev.1 (vol. I and vol. I/Corr.1, vol. II, vol. III and vol. III/Corr.1)) (United Nations publication, Sales No. E.93.I.8 and corrigenda).
- 6/ See Report of the World Conference on Human Rights, Vienna, 14-25 June 1993 (A/CONF.157/24, (Part I)).
- 7/ General Assembly resolution 47/75.
- 8/ General Assembly resolution 48/163.
- 9/ General Assembly resolution 44/82.
- 10/ General Assembly resolution 47/92.
- 11/ Resolutions 36/8 and 37/7 of the Commission on the Status of Women (Official Records of the Economic and Social Council, 1992, Supplement No. 4 (E/1992/24), chap. I, sect. C, and *ibid.*, 1993, Supplement No. 7 (E/1993/27), chap. I, sect. C).
- 14/ General Assembly resolution 45/199, annex.
- 15/ See Report of the Second United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 3-14 September 1990 (A/CONF.147/18), part one.
- 16/ General Assembly resolution 46/151, annex, sect. II.
- 17/ Children, as appropriate, adolescents, women, the aged, the disabled, indigenous people, rural populations, urban populations, migrants, refugees, displaced persons and slum-dwellers.

The electronic version of this document is being made available by the United Nations Population Information Network (POPIN) Gopher of the Population Division, Department for Economic and Social Information and Policy Analysis.

THIS DRAFT DOCUMENT IS UNEDITED AND IS FOR INFORMATION ONLY. THE PROGRAMME OF ACTION WILL BE ISSUED AS AN OFFICIAL DOCUMENT AT A LATER DATE. (Version: 19 September 1994, Population Division)

Overall review and appraisal of the implementation of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development (1999)

Report of the Ad Hoc Committee of the Whole of the Twenty-first Special Session of the General Assembly

Key actions for the further implementation of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development

I. Preamble

1. The Programme of Action of the International Conference on Population and Development¹ approved by consensus by 179 countries in September 1994, as contained in the report of the Conference and as endorsed by the General Assembly in its resolution 49/128 of 19 December 1994, marked the beginning of a new era in population and development. The objective of the landmark agreement reached at the International Conference on Population and Development was to raise the quality of life and the well-being of human beings, and to promote human development by recognizing the interrelationships between population and development policies and programmes aiming to achieve poverty eradication, sustained economic growth in the context of sustainable development, education, especially for girls, gender equity and equality, infant, child and maternal mortality reduction, the provision of universal access to reproductive health services, including family planning and sexual health, sustainable patterns of consumption and production, food security, human resources development and the guarantee of all human rights, including the right to development as a universal and inalienable right and an integral part of fundamental human rights.

¹ *Report of the International Conference on Population and Development, Cairo, 5-13 September 1994 (United Nations publication, Sales No. E.95.XIII.18), chap. I, resolution 1, annex.*

2. The Programme of Action acknowledges that the goal of the empowerment and autonomy of women and the improvement of their political, social, economic and health status is a highly important end in itself and is essential for the achievement of sustainable development. Greater investments in health and education services for all people, and in particular women, to enable the full and equal participation of women in civil, cultural, economic, political and social life are essential to achieving the objectives of the Programme of Action.

3. The Programme of Action emphasizes that everyone has the right to education, which shall be directed to the full development of human resources, and human dignity and potential, with particular attention to women and the girl child, and therefore everyone should be provided with the education necessary to meet basic human needs and to exercise human rights. It calls for the elimination of all practices that discriminate against women, and affirms that advancing gender equality and equity and the empowerment of women, and the elimination of all kinds of violence against women, and ensuring women's ability to control their own fertility are cornerstones of population and development-related programmes. It affirms that the human rights of women and the girl child are an inalienable, integral and indivisible part of universal human rights. It further affirms that reproductive rights embrace certain human rights that are already recognized in national laws, international human rights documents, and other consensus documents. These rights rest on the recognition of the basic right of all couples and individuals to decide freely and responsibly the number, spacing and timing of their children and to have the information and means to do so, and the right to attain the highest standard of sexual and reproductive health. It also includes their right to make decisions concerning reproduction free of discrimination, coercion and violence, as expressed in human rights documents. In the exercise of this right, they should take into account the needs of their living and future children and their responsibilities towards the community. The promotion of the responsible exercise of those rights for all people should be the fundamental basis for government- and community-supported policies and programmes in the area of reproductive health, including family planning.

4. The International Conference on Population and Development and its implementation must be seen as being closely related to the outcome and coordinated follow-up to the other major United Nations conferences held in the 1990s. Progress in the implementation of the Programme of Action should be supportive of and consistent with the integrated follow-up to all major United Nations conferences and summits.

5. The implementation of the recommendations contained in the Programme of Action and those contained in the present document is the sovereign right of each country, consistent with national laws and development priorities, with full respect for the various religious and ethical values and cultural backgrounds of its people, and in conformity with universally recognized international human rights.

6. The Programme of Action recommended a set of interdependent quantitative goals and objectives. These included universal access to primary education, with special attention to closing the gender gap in primary and secondary school education, wherever it exists; universal access to primary health care; universal access to a full range of comprehensive reproductive health-care services, including family planning, as set out in paragraph 7.6 of the Programme of Action; reductions in infant, child and maternal morbidity and mortality; and increased life expectancy. The Programme of Action also proposed a set of qualitative goals that are mutually supportive and of critical importance to achieving the quantitative goals and objectives.

7. The Programme of Action articulates a comprehensive approach to issues of population and development, identifying a range of demographic and social goals to be achieved over a 20-year period. While the Programme of Action does not quantify goals for population growth, structure and distribution, it reflects the view that an early stabilization of world population would make a crucial contribution to realizing the overarching objective of sustainable development.

8. According to the United Nations estimates and projections, the world's population will exceed 6 billion for the first time in 1999, of which nearly 80 per cent will be living in developing countries. Depending on the quality and the magnitude of the actions taken over the next 5 to 10 years in the areas of population policy and reproductive health, including the provision of family planning services, world population will total somewhere between 6.9 billion and 7.4 billion in 2015. The majority of the world's countries are converging in a pattern of low birth and death rates, but since these countries are proceeding at different speeds, the emerging picture is that of a world facing increasingly diverse demographic situations. The world's reproductive age population continues to grow at a slightly higher rate than the world's population as a whole, reflecting the large number of young people entering their childbearing years. The Programme of Action rightly emphasizes the need to fully integrate population concerns into development strategies and planning, taking into account the interrelationship of population issues with the goals of poverty eradication, food security, adequate shelter, employment and basic social services for all, with the objective of improving the quality of life of present and future generations through appropriate population and development policies and programmes.

9. The five-year review of progress shows that the implementation of the recommendations of the Programme of Action has shown positive results. Many countries have taken steps to integrate population concerns into their development strategies. Mortality in most countries has continued to fall in the five years since the adoption of the Programme of Action. The Conference's broad-based definition of reproductive health is being accepted by an increasing number of countries, and steps are being taken to provide comprehensive services in many countries,

with increasing emphasis being given to quality of care. The rising use of family planning methods indicates that there is greater accessibility to family planning and that more and more couples and individuals are able to choose the number and spacing of their children. Many countries, both countries of origin and destination, have taken important steps, including, *inter alia*, at the regional level, aimed at better managing international migration flows through bilateral and multinational agreements. In addition, many civil society organizations are contributing to the formulation and implementation of policies, programmes and projects on their own or in partnerships with governmental and intergovernmental organizations as well as the private sector.

10. However, for some countries and regions, progress has been limited, and in some cases setbacks have occurred. Women and the girl child continue to face discrimination. The human immunodeficiency virus/acquired immunodeficiency syndrome (HIV/AIDS) pandemic has led to rises in mortality in many countries, in particular in sub-Saharan Africa. Mortality and morbidity among adults and children from infectious, parasitic and water-borne diseases, such as tuberculosis, malaria and schistosomiasis, continue to take their toll. Maternal mortality and morbidity remain unacceptably high. Adolescents remain particularly vulnerable to reproductive and sexual risks. Millions of couples and individuals still lack access to reproductive health information and services. An increase in adult mortality, especially among men, is a matter of special concern for countries with economies in transition and some developing countries. The impact of the financial crises in countries of Asia and elsewhere, as well as the long-term and large-scale environmental problems in Central Asia and other regions, is affecting the health and well-being of individuals and limiting progress in implementing the Programme of Action. Despite the Programme's goal of reducing pressures leading to refugee movements and displaced persons, the plight of refugees and displaced persons remains unacceptable.

11. Achieving the goals and objectives of the Programme of Action will require sufficient domestic and external resources, committed government action and effective, transparent partnerships. In order to further implement the Programme of Action, a number of financial, institutional and human-resource constraints must be overcome. Implementing the key actions of the present document and addressing the full range of recommendations of the Programme of Action will require greater political commitment, development of national capacity, increased international assistance and increased domestic resources. Effective priority-setting within each national context is an equally critical factor for the successful implementation of the Programme of Action.

12. In implementing and taking forward the Programme of Action, an integrated approach should be adopted towards policy design, development planning, service delivery, research and monitoring to utilize scarce resources for greater added value and to promote intersectoral coordination.

13. The present document draws on the results and findings of intergovernmental reviews under the auspices of the United Nations, including the annual and quinquennial review and appraisal by the Commission on Population and Development and meetings and reports of the United Nations regional commissions regarding progress made and constraints faced in the implementation of the Programme of Action.

14. In recommending the key actions contained in the present document, Governments affirm their renewed and sustained commitment to the principles, goals and objectives of the Programme of Action. Governments and civil society at the national level, in partnership with the international community, should join in efforts to ensure that the goals and objectives of the International Conference on Population and Development are accomplished as soon as possible, with special attention to those that should be met within the 20-year time-frame of the Programme of Action.

II. Population and development concerns

A. Population, economic development and the environment

15. Governments should:

- (a) Intensify efforts to equip planners and decision makers with a better understanding of the relationships among population, poverty, gender inequity and inequality, health, education, the environment, financial and human resources, and development; and re-examine recent research concerning the relationships among reductions in fertility and economic growth and its equitable distribution;
- (b) Draw attention to and promote linkages among macroeconomic, environmental and social policies through increased dialogue among finance ministries and other relevant ministries;
- (c) Intensify efforts to implement legislative and administrative measures as well as to promote public education, with special attention to youth, about the need for sustainable production and consumption patterns; foster sustainable natural resource use; and work concertedly to prevent environmental degradation within their countries;
- (d) Increase investments in the social sector, especially health and education, as an effective strategy for development;
- (e) Develop and expand integrated community-based approaches to sustainable development.

16. Governments, in cooperation with the international community, should reaffirm their commitment to promoting an enabling environment to achieve sustained economic growth in the context of sustainable development and to eradicating poverty, with a special emphasis on gender, including by promoting an open, equitable, secure, non-

discriminatory and predictable trading system; stimulating direct investment; reducing the debt burden; and ensuring that structural adjustment programmes are responsive to social, economic and environmental concerns. Population-related goals and policies outlined in the Programme of Action need to be reflected, as appropriate, in international agreements in such areas as environment and trade.

17. Governments of developing countries and countries with economies in transition, with the assistance of the international community, especially donors, including through bilateral and/or multilateral financial support, should ensure that social safety nets are implemented, especially in those countries most affected by the recent global financial crisis, and ensure that they are adequately funded.

18. Governments of developing countries and countries with economies in transition, with the assistance of the international community, especially donors, should:

- (a) Continue to support declines in infant and child mortality rates by strengthening infant and child health programmes that emphasize improved prenatal care and nutrition, including breastfeeding, unless it is medically contraindicated, universal immunization, oral rehydration therapies, clean water sources, infectious disease prevention, reduction of exposure to toxic substances, and improvements in household sanitation; and by strengthening maternal health services, quality family-planning services to help couples time and space births, and efforts to prevent transmission of HIV/AIDS and other sexually transmitted diseases;
- (b) Strengthen health-care systems to respond to priority demands on them, taking into account the financial realities of countries and the need to ensure that resources are focused on the health needs of people in poverty;
- (c) Determine the causes of the stagnation or increase of mortality among adult populations and develop special policies and programmes on health promotion where such stagnation or deterioration in mortality levels is observed, especially among women in reproductive age groups and males in productive age groups;
- (d) Ensure that poverty eradication programmes are targeted particularly at females and that priority is given to female-headed households;
- (e) Develop innovative ways to provide more effective assistance to strengthen families in extreme poverty, such as providing micro-credit for poor families and individuals;
- (f) Undertake policies and programmes that seek to ensure a level of consumption that meets the basic needs of the poor and disadvantaged.

19. Measures should be taken to strengthen food, nutrition and agricultural policies and programmes, and fair trade relations, with special attention to the creation and strengthening of food security at all levels.

20. Governments should promote and protect the rights of indigenous people with particular regard to their cultures, resources, belief systems, land rights and languages.

B. Changing age structure and ageing of the population

21. Governments should:

(a) Continue to examine the economic and social implications of demographic change, and how they relate to development planning concerns and the needs of individuals;

(b) Meet the needs of youth, especially young women, with the active support, guidance and participation, as appropriate, of parents, families, communities, non-governmental organizations and the private sector, by investing in the development and implementation of national, regional and local plans. In this context, priority should be given to programmes such as education, income-generating opportunities, vocational training, and health services, including those related to sexual and reproductive health. Youth should be fully involved in the design, implementation and evaluation of such programmes and plans. These policies, plans and programmes should be implemented in line with the commitments made at the International Conference on Population and Development and in conformity with the relevant international conventions and agreements. Emphasis should be placed on fostering intergenerational dialogue through better communication and mutual support;

(c) Support research and develop comprehensive strategies at the national, regional and local levels to meet, where appropriate, the challenges of population ageing. Invest more resources in gender-sensitive research as well as in training and capacity-building in social policies and health care of older persons, especially the elderly poor, paying special attention to the economic and social security of older persons, in particular older women; affordable, accessible and appropriate health-care services; the human rights and dignity of older persons and the productive and useful roles that they can play in society; support systems to enhance the ability of families and communities to care for older family members; the ability of the elderly to care for family members and community victims of HIV/AIDS; and generational solidarity with the goal of maintaining and improving social cohesion.

22. Governments and civil society, including non-governmental organizations and the private sector, should create opportunities and remove barriers that hinder elderly women and men from continuing to contribute their skills to their families, to the workforce and to their communities in order to help foster intergenerational solidarity and enhance the well-being of society. This will require life-long education and opportunities for retraining.

23. The United Nations system should, provided that additional resources are made available, document the positive experience of policies and programmes in the area of ageing of men and women and disseminate information and recommendations about those practices. Countries should be enabled, through adequate training and capacity-building, to evolve their own policies appropriate to their cultures, traditions and socio-economic circumstances.

C. International migration

24. Governments in both countries of origin and countries of destination, including through international cooperation, are urged:

(a) To intensify efforts to protect the human rights and dignity of migrants irrespective of their legal status; provide effective protection for migrants; provide basic health and social services, including sexual and reproductive health and family-planning services; facilitate family reunification of documented migrants; monitor violations of the human rights of migrants; effectively enforce the laws applicable to the protection of human rights; and ensure the social and economic integration of documented migrants, especially of those who have acquired the right to long-term residence in the country of destination, and their equal treatment before the law. Non-governmental organizations should play a valuable role in meeting the needs of migrants;

(b) To prevent trafficking in migrants, in particular women and children subjected to forced labour or sexual or commercial exploitation; to develop clear penalties for such trafficking and migrant smuggling, backed by effective administrative procedures and laws, ensuring punishment of those who commit such crimes; and to finalize as soon as possible trafficking and smuggling protocols which are currently being negotiated by the United Nations Commission on Crime Prevention and Criminal Justice;

(c) To support and ensure effective follow-up of bilateral and multilateral initiatives, including regional and subregional consultation processes, where appropriate, to develop national policies and cooperative strategies to maximize the benefits and manage the challenges posed by international migration;

(d) To conduct public information campaigns on migration in both countries of origin and countries of destination so that racist and xenophobic attitudes in countries of destination are combated and so that potential migrants fully understand the implications of the decisions to move;

(e) To consider ratifying/acceding to the International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families, if they have not already² done so.

25. The international community should extend assistance and support to programmes in developing countries that host the majority of refugees and displaced persons. Assistance should also be extended to programmes in countries lacking the capacity to manage large flows of migrants and displaced persons.

26. All States are encouraged to become parties to the 1951 Convention and the 1967³ Protocol relating to the Status of Refugees and put in place effective asylum procedures.⁴

27. Governments, with the assistance of the international community, should intensify their efforts to improve data collection and analysis, including gender-based analysis, in the areas of international migration and, in this context, promote the implementation of the United Nations recommendations on statistics of international migration; encourage studies designed to assess the causes of international migration and displacement and the positive contribution that migration makes to both countries of origin and countries of destination; and improve understanding of the links between relevant factors that have an impact on international migration.

28. The international community should channel adequate support to effective programmes to address the causes of movement of refugees and displaced persons.

29. In planning and implementing refugee assistance activities, special attention should be given to the specific needs of refugee women, children, and elderly refugees. Adequate and sufficient international support should be extended to meet the basic needs of refugee populations, including the provision of access to adequate accommodation, education, protection from violence, health services including reproductive health and family planning, and other basic social services, including clean water, sanitation, and nutrition. Refugees should respect the laws and regulations of their countries of asylum. Governments are urged to abide by international law concerning refugees, *inter alia*, by respecting the principle of non-refoulement. In acknowledging refugees' rights to repatriation, their return and integration should be facilitated in cooperation with relevant international organizations.

D. Internal migration, population distribution and urban agglomerations

² General Assembly resolution 45/158, annex.

³ United Nations, Treaty Series, vol. 189, No. 2545.

⁴ *Ibid.*, vol. 606, No. 8791.

30. Governments should carry out research to strengthen the understanding of the factors, trends and characteristics of internal migration and geographical distribution of the population in order to provide grounds for the formulation of effective population distribution policy.

31. Governments should improve the management and delivery of services for the growing urban agglomerations and put in place enabling legislative and administrative instruments and adequate financial resources to meet the needs of all citizens, especially the urban poor, internal migrants, older persons and the disabled.

32. Governments should strongly reaffirm the call in the Programme of Action that population distribution policies should be consistent with such international instruments as the Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War, of 12⁵ August 1949, including article 49 thereof.

33. Governments should strongly reaffirm the call in the Programme of Action that countries should address the causes of internal displacement, including environmental degradation, natural disasters, armed conflict and forced resettlement, and establish the necessary mechanisms to protect and assist displaced persons, including, where possible, compensation for damages, especially for those who are not able to return to their normal place of residence in the short term and, where appropriate, facilitate their return and reintegration, with special attention to the needs of women and children.

E. Population, development and education

34. Governments and civil society, with the assistance of the international community, should, as quickly as possible, and in any case before 2015, meet the Conference's goal of achieving universal access to primary education; eliminate the gender gap in primary and secondary education by 2005; and strive to ensure that by 2010 the net primary school enrolment ratio for children of both sexes will be at least 90 per cent, compared with an estimated 85 per cent in 2000. Special efforts should be made to increase the retention rates of girls in primary and secondary school. Parents should be sensitized to the value of education of children, particularly of girls so that the girls do achieve their full potential.

35. Governments, in particular of developing countries, with the assistance of the international community, should:

- (a) Expand youth and adult education and lifelong culture- and gender-sensitive learning policies and programmes, with particular attention to migrants, indigenous people and people with disabilities;
- (b) Include at all levels, as appropriate, of formal and non-formal schooling, education about population and health issues, including sexual and reproductive health issues, in order to further implement the Programme of Action in terms of promoting the well-being of adolescents, enhancing gender equality and equity as well as responsible sexual behaviour, protecting them from early and unwanted pregnancy, sexually transmitted diseases including HIV/AIDS, and sexual abuse, incest and violence. Ensure the active involvement and participation of parents, youth, community leaders and organizations for the sustainability, increased coverage and effectiveness of such programmes;
- (c) Reduce the rate of illiteracy of women and men, at least halving it for women and girls by 2005, compared with the rate in 1990;
- (d) Promote the achievement of functional literacy for adults as well as children where schooling remains unavailable;
- (e) Continue to give high priority to investments in education and training in development budgets;
- (f) Provide adequately equipped facilities by rehabilitating existing schools and building new ones.

36. The Programme of Action recognized that greater public knowledge, understanding and commitment at all levels, from the individual to the international, are vital to the achievement of the goals and objectives of the Programme of Action. To this end, ensuring access to and use of modern communication technology, including satellite transmission and other communication mechanisms, should be studied and appropriate action taken as a means to address the barriers to education in developing countries, in particular, the least developed countries, with assistance from the international community. F. Data systems, including indicators

37. Governments, in collaboration with research institutions and non-governmental organizations, as well as with the assistance of the international community, including donors, should strengthen national information systems to produce reliable statistics on a broad range of population, environment and development indicators in a timely manner. The indicators should include, *inter alia*, poverty rates at the community level; women's access to social and economic resources; enrolment and retention of girls and boys in schools; access to sexual and reproductive health services disaggregated by population sub-groups, including indigenous people; and gender sensitivity in sexual and reproductive health services, including family planning. In addition, in consultation with indigenous people, Governments should establish and strengthen national statistics and data collection concerning the health of indigenous people, including sexual and reproductive health and their determinants. All data systems should ensure availability of age- and sex-disaggregated data, which are crucial for translating policy into strategies that address age and gender concerns and for developing appropriate age- and gender-impact indicators for monitoring progress. Governments should also collect and disseminate the quantitative and qualitative data needed to assess the status of

⁵ *Ibid.*, vol. 75, Nos. 970–973.

male and female reproductive health, including in urban areas, and to design, implement, monitor and evaluate action programmes. Special attention should be given to maternal mortality and morbidity, as this database remains inadequate. Health and reproductive health data should be disaggregated by income and poverty status to identify the specific health profile and needs of people living in poverty and as a basis for focusing resources and subsidies on those who need them most.

38. The United Nations system and donors should be specifically urged to strengthen the capacity of developing countries, particularly the least developed countries, and those with economies in transition, to undertake censuses and surveys on a regular basis so as to improve vital registration systems, and to develop innovative and cost-effective solutions for meeting data requirements, especially for regular monitoring of the implementation of the goals of the Conference, including improved estimates of maternal mortality.

III. Gender equality, equity and empowerment of women A. Promotion and protection of women's human rights

39. Governments should ensure that the human rights of women and girls are respected, protected and promoted through the development, implementation and effective enforcement of gender-sensitive policies and legislation. All Governments are encouraged to sign, ratify and implement the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women and are also encouraged to promote consideration by the Economic and Social⁶ Council and General Assembly of the Optional Protocol, and interested States parties are encouraged to work towards removing all existing reservations that are incompatible with the objective and purpose of the Convention. In the implementation of the goals of the Programme of Action and those of other United Nations conferences, measures aimed at promoting and achieving gender equality and equity in a systematic and comprehensive manner should be coordinated and harmonized.

40. The implementation of population and development policies by Governments should continue to incorporate reproductive rights in accordance with paragraphs 1.15, 7.3 and 8.25 of the Programme of Action. Governments should take strong measures to promote the human rights of women. Governments are encouraged to strengthen, as appropriate, the reproductive and sexual health as well as the reproductive rights focus on population and development policies and programmes. The work of relevant United Nations bodies on indicators for the promotion and protection of the human rights of women should incorporate issues related to sexual and reproductive health. Governments should ensure the protection and promotion of the rights of adolescents, including married adolescent girls, to reproductive health education, information and care. Countries should establish mechanisms for consultation with all relevant groups, including women's organizations. In this context, Governments are urged to incorporate human rights into both formal and informal education processes.

41. Governments, civil society and the United Nations system should advocate for the human rights of women and the girl child. Governments, in reporting to the human rights treaty bodies, are encouraged to consult, as appropriate, with civil society on and promote civil society awareness of the reporting process to ensure the broadest representation in the area of human rights, including reproductive rights.

42. Governments should promote and protect the human rights of the girl child and young women, which include economic and social rights as well as freedom from coercion, discrimination and violence, including harmful practices and sexual exploitation. Governments should review all legislation and amend and revoke that which discriminates against the girl child and young women.

B. The empowerment of women

43. Governments should establish mechanisms to accelerate women's equal participation and equitable representation at all levels of the political process and public life in each community and society and enable women to articulate their concerns and needs and ensure the full and equal participation of women in decision-making processes in all spheres of life. Governments and civil society should take actions to eliminate attitudes and practices that discriminate against and subordinate girls and women and that reinforce gender inequality.

44. Governments should take measures to promote the fulfilment of girls' and women's potential through education, skills development and the eradication of illiteracy for all girls and women without discrimination of any kind, giving paramount importance to the elimination of poverty and ill health. Governments, in collaboration with civil society, should take the necessary measures to ensure universal access, on the basis of equality between women and men, to appropriate, affordable and quality health care for women throughout their life cycle.

45. Governments should take every possible action to remove all gender gaps and inequalities pertaining to women's livelihoods and participation in the labour market through the creation of employment with secure incomes, which has been shown to advance women's empowerment and enhance their reproductive health. Legislation ensuring equal pay for equal work or for work of equal value should be instituted and enforced.

⁶ General Assembly resolution 34/180, annex.

C. Gender perspective in programmes and policies

46. A gender perspective should be adopted in all processes of policy formulation and implementation and in the delivery of services, especially in sexual and reproductive health, including family planning. In this regard, the institutional capacity and expertise of staff in Government, civil society, including non-governmental organizations, and the United Nations system should be strengthened in order to promote gender mainstreaming. This should be done by sharing tools, methodologies and lessons learned in order to develop and strengthen their capacity and institutionalize effective strategies for gender-based analysis and gender mainstreaming. This includes the development and availability of gender-disaggregated data and appropriate indicators for monitoring progress at the national level.

47. The differential impact on women and men of globalization of the economy and the privatization of basic social services, particularly reproductive health services, should be monitored closely. Special programmes and institutional mechanisms should be put in place to promote and protect the health and well-being of young girls, older women and other vulnerable groups. The provision of services to meet men's reproductive and sexual health needs should not prejudice reproductive and sexual health services for women.

48. Governments should give priority to developing programmes and policies that foster norms and attitudes of zero tolerance for harmful and discriminatory attitudes, including son preference, which can result in harmful and unethical practices such as prenatal sex selection, discrimination and violence against the girl child and all forms of violence against women, including female genital mutilation, rape, incest, trafficking, sexual violence and exploitation. This entails developing an integrated approach that addresses the need for widespread social, cultural and economic change, in addition to legal reforms. The girl child's access to health, nutrition, education and life opportunities should be protected and promoted. The role of family members, especially parents and other legal guardians, in strengthening the self-image, self-esteem and status and in protecting the health and well-being of girls should be enhanced and supported.

D. Advocacy for gender equality and equity

49. Governments, parliamentarians, community and religious leaders, family members, media representatives, educators and other relevant groups should actively promote gender equality and equity. These groups should develop and strengthen their strategies to change negative and discriminatory attitudes and practices towards women and the girl child. All leaders at the highest levels of policy- and decision-making should speak out in support of gender equality and equity, including empowerment of women and protection of the girl child and young women.

50. All leaders at all levels, as well as parents and educators, should promote positive male role models that facilitate boys to become gender-sensitive adults and enable men to support, promote and respect women's sexual and reproductive health and reproductive rights, recognizing the inherent dignity of all human beings. Men should take responsibility for their own reproductive and sexual behaviour and health. Research should be undertaken on men's sexuality, their masculinity and their reproductive behaviour.

51. Governments, donors and the United Nations system should encourage and support expansion and strengthening of women's grass-roots, community-based and advocacy groups.

IV. Reproductive rights and reproductive health

The present section is especially guided by the principles of the Programme of Action.

A. Reproductive health, including family planning and sexual health

52. Governments, in collaboration with civil society, including non-governmental organizations, donors and the United Nations system, should:

- (a) Give high priority to reproductive and sexual health in the broader context of health-sector reform, including strengthening basic health systems, from which people living in poverty in particular can benefit;
- (b) Ensure that policies, strategic plans, and all aspects of the implementation of reproductive and sexual health services respect all human rights, including the right to development, and that such services meet health needs over the life cycle, including the needs of adolescents, address inequities and inequalities due to poverty, gender and other factors and ensure equity of access to information and services;
- (c) Engage all relevant sectors, including non-governmental organizations, especially women's and youth organizations and professional associations, through ongoing participatory processes in the design, implementation, quality assurance, monitoring and evaluation of policies and programmes, in ensuring that sexual and reproductive health information and services meet people's needs and respect their human rights, including their right to access to good-quality services;

- (d) Develop comprehensive and accessible health services and programmes, including sexual and reproductive health, for indigenous communities with their full participation that respond to the needs and reflect the rights of indigenous people;
- (e) Increase investments designed to improve the quality and availability of sexual and reproductive health services, including establishing and monitoring clear standards of care; ensuring the competence, particularly the technical and communication skills, of service providers; ensuring free, voluntary and informed choices, respect, privacy, confidentiality, and client comfort; establishing fully functioning logistical systems, including efficient procurement of necessary commodities; and ensuring effective referral mechanisms across services and levels of care, taking care that services are offered in conformity with human rights and with ethical and professional standards;
- (f) Ensure that sexual and reproductive health programmes, free of any coercion, provide pre-service and in-service training and supervision for all levels of health-care providers to ensure that they maintain high technical standards, including for hygiene; respect the human rights of the people they serve; are knowledgeable and trained to serve clients who have been subjected to harmful practices, such as female genital mutilation and sexual violence; and are able to provide accurate information about the prevention and symptoms of reproductive tract diseases, as well as about personal hygiene and other factors in reproductive tract infections in order to minimize adverse physical consequences such as pelvic inflammatory disease, infertility and ectopic pregnancy, as well as psychological consequences;
- (g) Promote men's understanding of their roles and responsibilities with regard to respecting the human rights of women; protecting women's health, including supporting their partners' access to sexual and reproductive health services; preventing unwanted pregnancy; reducing maternal mortality and morbidity; reducing transmission of sexually transmitted diseases, including HIV/AIDS; sharing household and child-rearing responsibilities; and promoting the elimination of harmful practices, such as female genital mutilation, and sexual and other gender-based violence, ensuring that girls and women are free from coercion and violence;
- (h) Strengthen community-based services, social marketing and new partnerships with the private sector while working to ensure that safety, ethical and other relevant standards are met; and provide subsidies from public resources and donor funds, as appropriate, to ensure availability and access for those otherwise unable to access services.

53. Governments, with assistance from the international community, should develop and use indicators that measure access to and choice of family-planning and contraceptive methods and indicators that measure trends in maternal mortality and morbidity and HIV/AIDS and use them to monitor progress towards the Conference's goal of universal access to reproductive health care. Governments should strive to ensure that by 2015 all primary health-care and family planning facilities are able to provide, directly or through referral, the widest achievable range of safe and effective family planning and contraceptive methods; essential obstetric care; prevention and management of reproductive tract infections, including sexually transmitted diseases, and barrier methods (such as male and female condoms and microbicides if available) to prevent infection. By 2005, 60 per cent of such facilities should be able to offer this range of services, and by 2010, 80 per cent of them should be able to offer such services.

54. The United Nations system and donors should support Governments in the building of national capacity to plan, manage, implement, monitor and evaluate reproductive and sexual health services, including ensuring that all refugees and all other persons in emergency humanitarian situations, particularly women and adolescents, receive appropriate health care, including sexual and reproductive health care and information, and greater protection from sexual and gender-based violence. They should also ensure that all health workers in relief and emergency situations are given basic training in sexual and reproductive health care information and services.

55. Increased efforts are needed by the United Nations system, with support from the international community, to develop and agree on common key indicators on reproductive health programmes, including, *inter alia*, family planning, maternal health, sexual health, sexually transmitted diseases, HIV/AIDS, and information, education and communication for appropriate consideration in the relevant intergovernmental process. Bearing in mind the efforts made by national Governments, the World Health Organization (WHO) is invited to take the lead role in this area, in coordination with the United Nations Children's Fund (UNICEF), the United Nations Population Fund (UNFPA), the United Nations Development Programme (UNDP), the Joint and Co-sponsored United Nations Programme on Human Immunodeficiency Virus/Acquired Immunodeficiency Syndrome (UNAIDS), the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat (DESA), and other relevant United Nations entities, drawing on other expertise and knowledge as appropriate. Indicators on maternal and neonatal mortality, maternal morbidity, and maternal health programmes should be given a prominent place, in order to effectively monitor progress and ensure that priority is given to reproductive health care in the provision of general health services. The international community is encouraged to provide financial and technical assistance to developing countries to improve their capacity-building on indicators, data collection, monitoring, and evaluation in this field.

B. Ensuring voluntary quality family-planning services

56. Governments, in accordance with the Programme of Action, should take effective action to ensure the basic right of all couples and individuals to decide freely and responsibly the number, spacing and timing of their children and to have the information, education and means to do so.

57. The United Nations system and donors should, upon request, support Governments in:

- (a) Mobilizing and providing sufficient resources to meet the growing demand for access to information, counselling, services and follow-up on the widest possible range of safe, effective, affordable and acceptable family planning and contraceptive methods, including new options and underutilized methods;
- (b) Providing quality counselling services and ensuring ethical, professional and technical standards of care, as well as voluntary, free and informed choices in an atmosphere of privacy, confidentiality and respect;
- (c) Strengthening programme management capacity, including logistical systems, to make services safer, more affordable and more convenient and accessible to clients and to ensure the availability and continuous supply of safe and effective contraceptives and other sexual and reproductive health supplies and, as appropriate, the raw material for them;
- (d) Adequately strengthening social safety nets using resources and funds and, in the context of primary health care, ensuring the availability of and access to reproductive health services, including family planning, particularly for people most affected by poverty, the adverse impact of structural adjustment policies and financial crises, or otherwise unable to access services.

58. Where there is a gap between contraceptive use and the proportion of individuals expressing a desire to space or limit their families, countries should attempt to close this gap by at least 50 per cent by 2005, 75 per cent by 2010 and 100 per cent by 2050. In attempting to reach this benchmark, demographic goals, while legitimately the subject of government development strategies, should not be imposed on family planning providers in the form of targets or quotas for the recruitment of clients.

59. Governments, with the increased participation of the United Nations system, civil society, donors and the private sector, are urged to pursue the research and development of new, safe, low-cost and effective family-planning and contraceptive methods, for both men and women, including female-controlled methods that both protect against sexually transmitted diseases, including HIV/AIDS, and prevent unwanted pregnancy. All actors must abide by internationally accepted ethical, technical and safety standards in all research and development as well as, where appropriate, by applicable standards in manufacturing practices, quality control and product design, production and distribution.

60. The international community and the private sector should also take the necessary measures, particularly in the transfer of technology, as appropriate, to enable countries, in particular developing countries, to produce, store and distribute safe and effective contraceptives and other supplies essential for reproductive health services in order to strengthen the self-reliance of those countries.

61. UNFPA is urged to continue to strengthen its leadership role within the United Nations system in assisting countries to take the strategic action necessary to ensure availability of reproductive health services and choice of reproductive health products, including contraceptives.

C. Reducing maternal mortality and morbidity

62. Governments, with the increased participation of the United Nations system, civil society, including non-governmental organizations, donors and the international community, should:

- (a) Recognize the linkages between high levels of maternal mortality and poverty and promote the reduction of maternal mortality and morbidity as a public health priority and reproductive rights concern;
- (b) Ensure that the reduction of maternal morbidity and mortality is a health sector priority and that women have ready access to essential obstetric care, well-equipped and adequately staffed maternal health-care services, skilled attendance at delivery, emergency obstetric care, effective referral and transport to higher levels of care when necessary, post-partum care and family planning. In health sector reform, the reduction of maternal mortality and morbidity should be prominent and used as an indicator for the success of such reform;
- (c) Support public health education to create awareness of the risks of pregnancy, labour and delivery and to increase the understanding of the respective roles and responsibilities of family members, including men, as well as of civil society and Governments, in promoting and protecting maternal health;
- (d) Develop appropriate interventions, beginning at birth, to improve the nutritional, health and educational status of girls and young women so that they are better able to make informed choices at maturity about childbearing and obtain access to health information and services;
- (e) Implement programmes to address the negative impact of environmental degradation, in some regions, on the high levels of maternal mortality and morbidity.

63.

(i) In no case should abortion be promoted as a method of family planning. All Governments and relevant intergovernmental and non-governmental organizations are urged to strengthen their commitment to women's

health, to deal with the health impact of unsafe abortion as a major public-health concern and to reduce the recourse to abortion through expanded and improved family planning services. Prevention of unwanted pregnancies must always be given the highest priority and every attempt should be made to eliminate the need for abortion. Women who have unwanted pregnancies should have ready access to reliable information and compassionate counselling. Any measures or changes related to abortion within the health system can only be determined at the national or local level according to the national legislative process. In circumstances where abortion is not against the law, such abortion should be safe. In all cases, women should have access to quality services for the management of complications arising from abortion. Post-abortion counselling, education and family planning services should be offered promptly, which will also help to avoid repeat abortions.

(ii) Governments should take appropriate steps to help women avoid abortion, which in no case should be promoted as a method of family planning, and in all cases provide for the humane treatment and counselling of women who have had recourse to abortion.

(iii) In recognizing and implementing the above, and in circumstances where abortion is not against the law, health systems should train and equip health-service providers and should take other measures to ensure that such abortion is safe and accessible. Additional measures should be taken to safeguard women's health.

64. In order to monitor progress towards the achievement of the Conference's goals for maternal mortality, countries should use the proportion of births assisted by skilled attendants as a benchmark indicator. By 2005, where the maternal mortality rate is very high, at least 40 per cent of all births should be assisted by skilled attendants; by 2010 this figure should be at least 50 per cent and by 2015, at least 60 per cent. All countries should continue their efforts so that globally, by 2005, 80 per cent of all births should be assisted by skilled attendants, by 2010, 85 per cent, and by 2015, 90 per cent.

65. In order to have a basis for cost-benefit analysis for interventions aimed at reducing maternal mortality, the societal costs of maternal deaths should be calculated. This should be done in cooperation among Governments, United Nations agencies and development banks, and the research community.

66. The World Health Organization in cooperation with other relevant United Nations bodies is urged to fulfil its leadership role within the United Nations system in assisting countries, in particular developing countries, to put in place standards for the care and treatment for women and girls that incorporate gender-sensitive approaches and promote gender equality and equity in health-care delivery and to advise on functions that health facilities should perform to help guide the development of health systems to reduce the risks associated with pregnancy, taking into consideration the level of development and the economic and social conditions of countries. At the same time, United Nations agencies, including the United Nations Population Fund and the United Nations Children's Fund, and multilateral development banks, such as the World Bank, should intensify their role in promoting, supporting, advocating for and investing in action to improve maternal health.

D. Prevention and treatment of sexually transmitted disease, including human immunodeficiency virus/acquired immunodeficiency syndrome

67. Governments, from the highest political levels, should take urgent action to provide education and services to prevent the transmission of all forms of sexually transmitted diseases and HIV and, with the assistance, where appropriate, of UNAIDS, develop and implement national HIV/AIDS policies and action plans, ensure and promote respect for the human rights and dignity of persons living with HIV/AIDS, improve care and support for people living with HIV/AIDS, including support services for home-based care, and take steps to mitigate the impact of the AIDS epidemic by mobilizing all sectors and segments of society to address the social and economic factors contributing to HIV risk and vulnerability. Governments should enact legislation and adopt measures to ensure non-discrimination against people living with HIV/AIDS and vulnerable populations, including women and young people, so that they are not denied the information needed to prevent further transmission and are able to access treatment and care services without fear of stigmatization, discrimination or violence.

68. Governments should ensure that prevention of and services for sexually transmitted diseases and HIV/AIDS are an integral component of reproductive and sexual health programmes at the primary health-care level. Gender, age-based and other differences in vulnerability to HIV infection should be addressed in prevention and education programmes and services. Governments should develop guidelines for HIV treatment and care, emphasizing equitable access, and for wide provision of and access to voluntary HIV testing and counselling services, and should ensure wide provision of and access to female and male condoms, including through social marketing. Advocacy and information, education and communication campaigns developed with communities and supported from the highest levels of Government should promote informed, responsible and safer sexual behaviour and practices, mutual respect and gender equity in sexual relationships. Special attention needs to be given to preventing sexual exploitation of young women and children. Given the enhanced susceptibility to HIV/AIDS of individuals infected by conventional and treatable sexually transmitted diseases and the high prevalence of such diseases among young people, priority must be given to the prevention, detection, diagnosis and treatment of such infections. Governments should immediately develop, in full partnership with youth, parents, families, educators and health-care providers, youth-specific HIV education and treatment projects, with special emphasis on developing peer-education programmes.

69. While one of the most important interventions to reduce HIV infections in infants is primary prevention of infection, Governments should also scale up, where appropriate, education and treatment projects aimed at preventing mother-to-child transmission of HIV. Anti-retroviral drugs, where feasible, should be made available to women living with HIV/AIDS during and after pregnancy as part of their ongoing treatment of HIV/AIDS and provide infant-feeding counselling for mothers living with HIV/ AIDS so that they can make free and informed decisions.

70. Governments, with assistance from UNAIDS and donors, should, by 2005, ensure that at least 90 per cent, and by 2010 at least 95 per cent, of young men and women aged 15 to 24 have access to the information, education and services necessary to develop the life skills required to reduce their vulnerability to HIV infection. Services should include access to preventive methods such as female and male condoms, voluntary testing, counselling and follow-up. Governments should use, as a benchmark indicator, HIV infection rates in persons 15 to 24 years of age, with the goal of ensuring that by 2005 prevalence in this age group is reduced globally, and by 25 per cent in the most affected countries, and that by 2010 prevalence in this age group is reduced globally by 25 per cent.

71. The private and public sectors should increase investments in research on the development of microbicides and other female-controlled methods, simpler and less expensive diagnostic tests, single-dose treatments for sexually transmitted diseases and vaccines. Governments, in particular of developing countries, with the support of the international community, should strengthen measures to generally improve the quality, availability and affordability of care of people living with HIV/AIDS.

72. In accordance with its mandate, UNAIDS should be provided with financial resources in order to do the utmost to ensure a well-coordinated response from the United Nations system to the HIV/AIDS pandemic and to provide support to national programmes, particularly in developing countries.

E. Adolescents

73. Governments, with the full involvement of young people and with the support of the international community, should, as a priority, make every effort to implement the Programme of Action in regard to adolescent sexual and reproductive health, in accordance with paragraphs 7.45 and 7.46 of the Programme of Action, and should:

(a) In order to protect and promote the right of adolescents to the enjoyment of the highest attainable standards of health, provide appropriate, specific, user-friendly and accessible services to address effectively their reproductive and sexual health needs, including reproductive health education, information, counselling and health promotion strategies. These services should safeguard the rights of adolescents to privacy, confidentiality and informed consent, respecting their cultural values and religious beliefs and in conformity with relevant existing international agreements and conventions;

(b) Continue to advocate for the protection and promotion of and support for programmes for adolescent health, including sexual and reproductive health; identify effective and appropriate strategies to achieve this goal; and develop gender- and age-based indicators and data systems to monitor progress;

(c) Develop at national and other levels, as appropriate, action plans for adolescents and youth, based on gender equity and equality, that cover education, professional and vocational training and income-generating opportunities. Such programmes should include support mechanisms for the education and counselling of adolescents in the areas of gender relations and equality, violence against adolescents, responsible sexual behaviour, responsible family planning practices, family life, reproductive health, sexually transmitted diseases, HIV infection and AIDS prevention

(Programme of Action, para. 7.47). Adolescents and youth themselves should be fully involved in the design and implementation of such information and services, with proper regard for parental guidance and responsibilities. Special attention should be devoted to vulnerable and disadvantaged youth;

(d) Acknowledge and promote the central role of families, parents and other legal guardians in educating their children and shaping their attitudes, and ensure that parents and persons with legal responsibilities are educated about and involved in providing sexual and reproductive health information, in a manner consistent with the evolving capacities of adolescents, so that they can fulfil their rights and responsibilities towards adolescents;

(e) With due respect for the rights, duties and responsibilities of parents and in a manner consistent with the evolving capacities of the adolescent, and their right to reproductive health education, information and care, and respecting their cultural values and religious beliefs, ensure that adolescents, both in and out of school, receive the necessary information, including information on prevention, education, counselling and health services to enable them to make responsible and informed choices and decisions regarding their sexual and reproductive health needs, in order to, *inter alia*, reduce the number of adolescent pregnancies. Sexually active adolescents will require special family planning information, counselling and health services, as well as sexually transmitted diseases and HIV/AIDS prevention and treatment. Those adolescents who become pregnant are at particular risk and will require special support from their families, health-care providers and the community during pregnancy, delivery and early childcare. This support should enable these adolescents to continue their education. Programmes should involve and train all who are in a position to provide guidance to adolescents concerning responsible sexual and reproductive behaviour, particularly parents and families, and also communities, religious institutions, schools, the mass media and peer groups. These policies and programmes must be implemented on the basis of commitments made at the International Conference on Population and Development and in conformity with relevant existing international agreements and conventions;

(f) Countries should ensure that programmes and attitudes of health-care providers do not restrict the access of adolescents to appropriate services and the information they need, including for the prevention and treatment of sexually transmitted diseases, HIV/AIDS and sexual violence and abuse. Countries should, in this context, and in the context of paragraph 53

(e) of the present document, where appropriate, remove legal, regulatory and social barriers to reproductive health information and care for adolescents.

74. Recognizing the growing and special needs of youth and adolescents, including reproductive and sexual health issues, and taking into account the special situations they face, the United Nations system and donors should complement Governments' efforts to mobilize and provide adequate resources to respond to these needs.

75. Governments, in consultation with national non-governmental organizations, including youth organizations where applicable, and with the required assistance of the United Nations agencies, international non-governmental organizations and the donor community, should evaluate programmes and document experiences and develop data-collection systems to monitor progress, and widely disseminate information about the design and functioning of programmes and their impact on young people's sexual and reproductive health. United Nations agencies and donor countries should support regional and international mechanisms for sharing those experiences among all countries, especially among developing countries.

V. Partnerships and collaborations

76. Governments are encouraged, in dialogue with non-governmental organizations and local community groups, and in full respect for their autonomy, to facilitate, as appropriate, the involvement of civil society at the national level in policy discussions and in the formulation, implementation, monitoring and evaluation of strategies and programmes to achieve Programme of Action objectives. Partnerships between Governments and multilateral and donor agencies and civil society need to be based, as appropriate, on delivering agreed outcomes that bring benefits to poor people's health, including reproductive and sexual health.

77. Governments, where appropriate, should include representatives of non-governmental organizations and local community groups in country delegations to regional and international forums where issues related to population and development are discussed.

78. Governments, civil society at the national level and the United Nations system should work towards enhancing and strengthening their collaboration and cooperation with a view to fostering an enabling environment for partnerships for the implementation of the Programme of Action. Governments and civil society organizations should develop systems for greater transparency and information-sharing so as to improve their accountability.

79. Governments are encouraged to recognize and support the important and complementary role that civil society at the national level can play towards changing attitudes and actions for further implementation of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development.

80. Governments are further encouraged to recognize and support the important and complementary role that civil society at the national level can play in helping communities to articulate and meet their needs for health care, including reproductive health care.

81. Governments and international organizations should create and support mechanisms to build and sustain partnerships with community-based organizations and non-governmental organizations committed to assisting women to establish and realize their rights, including those that relate to reproductive and sexual health, as well as other relevant organizations, the research community and professional organizations. Governments, civil society at the national level and the international community should together focus on human resources development and on building and strengthening national capacity to implement sustainable population and reproductive health programmes.

82. Governments and civil society organizations, where appropriate, are encouraged to design innovative approaches and build partnerships with, among others, the media, the commercial sector, religious leaders, local community groups and leaders as well as youth, which can serve as effective advocates for the achievement of the goals and objectives of the Programme of Action.

83. With reference to paragraph 15.10 of the Programme of Action, Governments, international organizations and donors are encouraged to provide, in accordance with national laws and regulations and national development priorities, adequate financial and technical resources and information to build the human resources, institutional capacity and sustainability of civil society organizations, particularly women's and youth groups, in a manner not compromising their full autonomy, to facilitate their active involvement in the research, design, implementation, monitoring and evaluation of national population and development policies, programmes and activities. Like Governments, civil society organizations should also put in place transparency and accountability mechanisms to

ensure that programme implementation is directly targeted to, and funds are used effectively for, national population and development programmes as well as activities, services and evaluation procedures.

84. Governments, international organizations and civil society organizations at the national level, including non-governmental organizations, should encourage partnerships with the private and, where appropriate, the informal sector to strengthen their engagement and collaboration in the implementation of the Programme of Action. The private sector may assist the efforts of Governments, but it cannot substitute for the Government's responsibility to ensure and provide quality, full, safe, accessible, affordable and convenient health services, including reproductive health, family planning and sexual health services. Governments are encouraged to review relevant national laws, standards and regulations, as appropriate, to facilitate private-sector involvement and to seek to ensure that all health-care products and services, including reproductive health products and services, meet internationally accepted standards.

85. Implementation of key elements of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development must be tied closely to a broader strengthening of health systems. The public sector plays an important role in this regard and should be encouraged to define its role and to work more closely with the private and informal sectors to monitor and improve standards and to ensure that services are available and that their delivery is of good quality and affordable.

86. Recognizing its increasing role in providing reproductive health information, education, services and commodities, the private sector should ensure that its services and commodities are of high quality and meet internationally accepted standards; that its activities are conducted in a socially responsible, culturally sensitive, acceptable and cost-effective manner; that it fully respects various religions, ethical values and cultural backgrounds of each country's people; that it adheres to basic rights recognized by the international community and recalled in the Programme of Action.

87. Parliamentarians/members of national legislatures are invited to ensure legislative reform and expanded awareness-raising necessary for implementing the Programme of Action. They are encouraged to be advocates for the implementation of the Programme of Action, including through the allocation, as appropriate, of financial resources. There should be regular exchanges of experiences among parliamentarians at the subregional, regional, interregional and international levels, where appropriate.

88. External funding and support, from donor countries as well as the private sector, should be provided to promote and sustain the full potential of South-South cooperation, including the South-South initiative: Partners in Population and Development, in order to bolster the sharing of relevant experiences, and the mobilization of technical expertise and other resources among developing countries. Updated information on institutions and expertise available within developing countries in the area of population and development, including reproductive health, should be compiled and disseminated.

89. All relevant bodies and entities of the United Nations system should continue to clarify within existing mechanisms their specific leadership roles and responsibilities and continue to strengthen their efforts to promote system-wide coordination and collaboration, especially at the country level. The intergovernmental work of the Commission on Population and Development should be reinforced, as should also the inter-agency coordination role of UNFPA, in the field of population and reproductive health.

90. Governments, civil society organizations at the national level and the United Nations system are urged to consult youth organizations in the design, implementation and evaluation of policies and programmes for youth.

VI. Mobilizing resources

91. Increased political will from all Governments and reaffirmation of the commitment for mobilization of the international assistance as was agreed at Cairo are urgently needed to accelerate the implementation of the Programme of Action which, in turn, will contribute to the advancement of the broad population and development agenda.

92. All developed countries are urged to strengthen their commitment to the goals and objectives of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development, in particular its cost estimates, and to make every effort to mobilize the agreed estimated financial resources required for its implementation, and in so doing the needs of least developed countries should receive priority.

93. All developing countries and countries with economies in transition are urged to strengthen their commitment to the goals and objectives of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development, in particular its cost estimates, and to continue to make efforts to mobilize domestic resources. Developing and developed countries and countries with economies in transition are urged to promote international cooperation and to increase technical cooperation and transfer of technology through South-South cooperation, in order to fully implement the Programme of Action.

94. Donor countries and international funding agencies are urged to support the inclusion of South-South components in development cooperation programmes and projects so as to promote cost-effectiveness and sustainability.

95. Translation of commitment to the goals of the Conference into commensurate levels of donor funding has not been forthcoming, and there is an urgent need for donor countries to renew and intensify efforts to meet the need for complementary external resources required to implement the costed elements of the Programme of Action, that is:

(in 1993 United States dollars) \$5.7 billion in 2000, \$6.1 billion in 2005, \$6.8 billion in 2010 and \$7.2 billion in 2015. Donor countries are also urged to increase significantly official development assistance funding for other elements of the Programme of Action as contained in chapter 13, in particular, improvement in the status and empowerment of women, basic health care and education, emerging and continued health challenges, such as malaria and other diseases identified by WHO as having major impact on health, including those having the highest mortality and morbidity rates; and to intensify efforts to help countries eradicate poverty. Donor countries are therefore urged to take the necessary action to reverse the current decline in overall official development assistance and should strive to fulfil the agreed target of 0.7 per cent of gross national product for overall official development assistance as soon as possible.

96. With full regard to their respective jurisdiction and mandates, legislators and other decision makers are encouraged to undertake measures to increase support for achieving the goals and objectives of the Programme of Action through legislation, advocacy and expanded awareness-raising and resource mobilization. Advocacy efforts should be increased at all levels, both national and international, to ensure that the resource goals are met.

97. Since the HIV/AIDS pandemic is having a more severe impact than was originally projected, special attention should be given to providing promptly the necessary resources as has been called for in the Programme of Action for the prevention of sexually transmitted diseases and HIV. Particular attention should be given to vulnerable populations, especially children and young people. All countries affected by the pandemic must continue to make efforts to mobilize domestic resources from all sources in order to combat it. The international community is called upon to assist developing countries and countries with economies in transition in their efforts. Additionally, Governments and the donor community should intensify efforts to provide resources for care and support of those affected by HIV/AIDS and for specialized prevention needs.

98. The international community should provide the necessary financial and technical assistance to support developing countries and countries with economies in transition committed to implementing the goals and objectives of the Programme of Action. Special attention should be paid to the needs of Africa and least developed countries, countries facing or suffering from emergency humanitarian situations and financial and economic crises, and those developing countries suffering from low commodity prices, as well as countries facing long-term and large-scale environmental problems.

99. Donor countries and international funding agencies, including the World Bank and the regional development banks, are urged to complement, at the request of countries, the domestic efforts made to meet the growing and urgent basic health and reproductive health needs, including reproductive health commodities, of the developing and the least developed countries, countries facing increasing demands for such commodities and a diminishing share of international assistance, and countries with economies in transition.

100. Governments and the international community should encourage and promote additional ways and mechanisms to increase funding for population and development programmes, including sexual and reproductive health programmes, in order to ensure their sustainability. These could include, as appropriate:

- (a) advocacy for increased funding from international financial institutions and regional development banks;
- (b) selective use of user fees, social marketing, cost-sharing and other forms of cost recovery; and
- (c) an increased involvement of the private sector. These modalities should facilitate access to services and should be accompanied by adequate social safety net measures to promote access to services by those living in poverty and other members of vulnerable groups. Consideration should also be given to more efficient and coordinated mechanisms to address the debt problem, including the reduction of the burden of external debt through various measures such as debt cancellation and debt swaps for population, health and other social sector investment to promote sustainable development.

101. Governments of recipient countries are encouraged to ensure that public resources, subsidies and assistance received from international donors for the implementation of the goals and objectives of the Programme of Action are invested to maximize benefits to the poor and other vulnerable population groups, including those who suffer from disproportionate reproductive ill health.

102. Utilizing existing coordinated mechanisms at the national level, as appropriate, donor countries, international agencies and recipient countries should continue to strengthen their efforts and their collaboration, so as to avoid duplication, identify funding gaps and ensure that resources are used as effectively and efficiently as possible.

103. Governments, in cooperation with UNFPA as appropriate, should seek to ensure full and regular monitoring of resource flows, paying particular attention to transparency and accountability for the costed population and reproductive health package included in the Programme of Action. Non-governmental organizations may provide the necessary information, as appropriate, in this regard.

104. Countries, especially developed countries, are urged to substantially increase their voluntary contribution to UNFPA, as well as to other relevant United Nations programmes and specialized agencies, so that they will be in a better position to assist countries to further implement the goals and objectives of the Programme of Action, including reproductive health programmes.

105. Governments of developed and developing countries are encouraged to give thorough consideration to the implementation of the 20/20 initiative, a voluntary compact between interested donor and recipient countries, which can provide increased resources for broader poverty eradication objectives, including population and social sector objectives.

106. Governments should implement policies that facilitate increased access to basic health services, including high-quality and affordable reproductive health and family planning services; promote effective interventions and support services, including private sector services, as appropriate; set standards for service delivery; and review legal, regulatory and import policies to identify and eliminate those policies that unnecessarily restrict or prevent the greater involvement of the private sector. Public sector resources and subsidies should have as a priority people living in poverty, under-served populations and low-income sectors of the population.

twicklung 1995 in Kopenhagen - im Hinblick auf die Herbeiführung von Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden erzielt wurden;

11. auf die volle und wirksame Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau;

12. auf die Stärkung der Macht und die Förderung der Frau, unter Einschluß ihres Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit, als Beitrag zur Deckung der moralischen, ethischen, spirituellen und geistigen Bedürfnisse von Frauen und Männern, ob einzeln oder gemeinschaftlich mit anderen, wodurch ihnen die Möglichkeit gewährleistet wird, sich in der Gesellschaft voll zu entfalten und ihr Leben nach ihren eigenen Bestrebungen zu gestalten.

Wir sind davon überzeugt,

13. daß die Machtgleichstellung der Frau und ihre gleichberechtigte und volle Teilhabe an allen Bereichen der Gesellschaft, so auch ihre Teilhabe an den Entscheidungsprozessen und ihr Zugang zu Macht, für die Herbeiführung von Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden von grundlegender Wichtigkeit sind;

14. daß die Rechte der Frau Menschenrechte sind;

15. daß gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleicher Zugang zu Ressourcen, die gleiche Verteilung der Familienaufgaben und eine harmonische Partnerschaft von Mann und Frau für ihr Wohl und das Wohl ihrer Familie sowie für die Konsolidierung der Demokratie von maßgeblicher Bedeutung sind;

16. daß die Einbeziehung der Frau in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, ihre Chancengleichheit sowie die volle und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern als Träger und Nutznießer einer auf den Menschen ausgerichteten bestandfähigen Entwicklung Voraussetzung für die Beseitigung der Armut auf der Grundlage eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, einer sozialen Entwicklung, des Umweltschutzes und sozialer Gerechtigkeit ist;

17. daß die ausdrückliche Anerkennung und Bekräftigung des Rechtes aller Frauen, über alle Aspekte ihrer Gesundheit, insbesondere ihre eigene Fruchtbarkeit, zu bestimmen, eine Grundvoraussetzung ihrer Machtgleichstellung ist;

18. daß Frieden auf lokaler, nationaler, regionaler und weltweiter Ebene erreichbar ist und unauflöslich mit der Förderung der Frauen verknüpft ist, da diese eine wesentliche Kraft darstellen, wenn es um Führerschaft, Konfliktbeilegung und die Förderung eines dauerhaften Friedens auf allen Ebenen geht;

19. daß es unbedingt notwendig ist, auf allen Ebenen unter voller Mitwirkung der Frauen wirksame, effiziente und einander gegenseitig verstärkende Politiken und Programme, namentlich Entwicklungspolitiken und -programme, die die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern berücksichtigen, auszuarbeiten, durchzuführen und zu überwachen, mit denen die Machtgleichstellung und Förderung der Frau begünstigt wird;

20. daß die Mitwirkung und der Beitrag aller Akteure der Bürgergesellschaft, insbesondere von Frauengruppen und -netzwerken sowie von anderen nichtstaatlichen Organisationen und lokalen Organisationen der Gemeinwesen unter voller Achtung ihrer Autonomie in Zusammenarbeit mit den Regierungen für die wirksame Umsetzung der Aktionsplattform und für deren Folgeprozeß wichtig sind;

21. daß die Umsetzung der Aktionsplattform Engagement von seiten der Regierungen und der internationalen Gemeinschaft erfordert. Indem sich die Regierungen und die internationale Gemeinschaft auf nationaler und internationaler Ebene, so auch auf dieser Konferenz, zu Maßnahmen verpflichten, erkennen sie die Notwendigkeit an, vorrangige Maßnahmen zur Machtgleichstellung und Förderung der Frau zu ergreifen.

Wir sind entschlossen,

22. verstärkte Anstrengungen zu unternehmen und Maßnahmen zu treffen, damit die Ziele der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau bis zum Ende dieses Jahrhunderts erreicht werden;

23. sicherzustellen, daß Frauen und Mädchen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt wahrnehmen können, und wirksame Maßnahmen zur Verhütung von Verletzungen dieser Rechte und Freiheiten zu ergreifen;

24. alles Erforderliche zu tun, um alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen zu beseitigen, und alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die sich der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Förderung und Machtgleichstellung der Frau entgegenstellen;

25. die Männer zu ermutigen, sich voll an allen Maßnahmen zur Herstellung von Gleichberechtigung zu beteiligen;

26. die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau, insbesondere ihre Erwerbstätigkeit, zu fördern und die beständige und zunehmende Belastung der Frau durch Armut zu beseitigen, indem wir die strukturellen Ursachen der Armut durch eine Änderung der Wirtschaftsstrukturen ausräumen und so sicherstellen, daß alle Frauen, einschließlich der Frauen in ländlichen Gebieten, als wichtige Trägerinnen der Entwicklung gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen haben;

33. die Achtung vor dem Völkerrecht, namentlich auch vor dem humanitären Recht, zu gewährleisten, damit insbesondere Frauen und Mädchen Schutz zuteil wird;

34. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Mädchen und Frauen jeden Alters ihre Möglichkeiten voll zur Entfaltung bringen können, dafür zu sorgen, daß sie voll und gleichberechtigt am Aufbau einer besseren Welt für alle mitwirken, und ihre Rolle im Entwicklungsprozeß zu stärken.

Wir sind entschlossen,

35. sicherzustellen, daß die Frau gleichen Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen, namentlich Grund und Boden, Krediten, Wissenschaft und Technologie, Berufsausbildung, Information, Kommunikation und zu den Märkten erhält, als Mittel zur Förderung des Aufstiegs und der Machtgleichstellung von Frauen und Männern; dadurch, daß sie unter anderem auf dem Weg der internationalen Zusammenarbeit besser in die Lage versetzt werden, die Vorteile aus dem gleichen Zugang zu diesen Ressourcen wahrzunehmen;

36. den Erfolg der Aktionsplattform sicherzustellen, wozu ein starkes Engagement seitens der Regierungen, der internationalen Organisationen und von Institutionen auf allen Ebenen notwendig sein wird. Wir sind fest davon überzeugt, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und der Schutz der Umwelt einander bedingende und gegenseitig verstärkende Bestandteile einer bestandfähigen Entwicklung sind, die den Rahmen unserer Anstrengungen zur Herbeiführung einer höheren Lebensqualität für alle Menschen bildet. Eine ausgewogene soziale Entwicklung, die der Befähigung der Armen, insbesondere der in Armut lebenden Frauen, zur nachhaltigen Nutzung der Umweltressourcen Rechnung trägt, ist ein notwendiges Fundament einer bestandfähigen Entwicklung. Wir erkennen außerdem an, daß ein breites und nachhaltiges Wirtschaftswachstum notwendig ist, um soziale Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit Bestand zu verleihen. Für den Erfolg der Aktionsplattform wird außerdem folgendes erforderlich sein: die Mobilisierung angemessener Mittel auf nationaler und internationaler Ebene sowie neuer und zusätzlicher Mittel zugunsten der Entwicklungsländer aus allen zur Verfügung stehenden Finanzierungsmechanismen, so auch aus multilateralen, bilateralen und privaten; die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu Finanzmitteln zur Stärkung der Kapazität der nationalen, subregionalen, regionalen und internationalen Institutionen; das entschlossene Eintreten für gleiche Rechte, gleiche Pflichten und gleiche Chancen sowie die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen und Männern in allen nationalen, regionalen und internationalen Organen und an grundsatzpolitischen Entscheidungsprozessen; und die Schaffung beziehungsweise Stärkung von Einrichtungen auf allen Ebenen, die den Frauen der Welt Rechenschaft abzulegen haben;

37. den Erfolg der Aktionsplattform auch in den Umbruchländern sicherzustellen, wozu eine ständige internationale Zusammenarbeit und Unterstützung notwendig sein wird.

38. Wir verabschieden hiermit die nachstehende Aktionsplattform und verpflichten uns als Regierungen zu ihrer Umsetzung, bei der wir dafür Sorge tragen werden, daß in allen unseren Politiken und Programmen eine geschlechtsbezogene Perspektive zum Ausdruck kommt. Wir fordern das System der Vereinten Nationen, die regionalen und internationalen Finanzinstitutionen, andere in Betracht kommende regionale und internationale Institutionen und alle Frauen und Männer sowie die nichtstaatlichen Organisationen, unter voller Achtung ihrer Autonomie, und alle Teile der Bürgergesellschaft in Zusammenarbeit mit den Regierungen nachdrücklich auf, sich voll auf diese Aktionsplattform zu verpflichten und zu ihrer Umsetzung beizutragen.

AKTIONSPLATTFORM

INHALT

- I. [AUFGABENSTELLUNG](#)
- II. [GLOBALER RAHMEN](#)
- III. [HAUPTPROBLEMBEREICHE](#)
- IV. [STRATEGISCHE ZIELE UND MASSNAHMEN](#)
 - A. [Frauen und Armut](#)
 - B. [Bildung und Ausbildung von Frauen](#)
 - C. [Frauen und Gesundheit](#)
 - D. [Gewalt gegen Frauen](#)
 - E. [Frauen und bewaffnete Konflikte](#)
 - F. [Die Frau in der Wirtschaft](#)
 - G. [Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen](#)
 - H. [Institutionelle Mechanismen zur Förderung der Frau](#)
 - I. [Menschenrechte der Frauen](#)
 - J. [Frauen und die Medien](#)
 - K. [Frauen und Umwelt](#)
 - L. [Mädchen](#)
- V. [INSTITUTIONELLE VORKEHRUNGEN](#)
 - A. [Auf nationaler Ebene](#)
 - B. [Auf subregionaler/regionaler Ebene](#)
 - C. [Auf internationaler Ebene](#)
- VI. [FINANZIELLE REGELUNGEN](#)
 - A. [Auf nationaler Ebene](#)
 - B. [Auf regionaler Ebene](#)
 - C. [Auf internationaler Ebene](#)

Kapitel I

AUFGABENSTELLUNG

1. Die Aktionsplattform ist ein Programm zur Herbeiführung der Machtgleichstellung der Frau. Ihr Ziel ist es, die Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau zu beschleunigen und alle Hindernisse zu beseitigen, die der aktiven Teilhabe der Frau an allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens entgegenstehen, indem ihre volle und gleichberechtigte Mitwirkung an den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entscheidungsprozessen sichergestellt wird. Dies bedeutet, daß zu Hause, am Arbeitsplatz und im größeren Umfeld der staatlichen und der internationalen Gemeinschaft für Frauen wie Männer der Grundsatz geteilter Macht und geteilter Verantwortung gelten sollte. Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist eine Frage der Menschenrechte und eine Vorbedingung für soziale Gerechtigkeit sowie zugleich eine notwendige Grundvoraussetzung für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden. Eine neue Partnerschaft auf der Grundlage

der Ebenbürtigkeit von Frau und Mann ist Voraussetzung für eine bestandfähige Entwicklung, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Ein nachhaltiges und langfristiges Engagement für diese Ziele ist unverzichtbar, damit Frauen und Männer für sich, für ihre Kinder und für die Gesellschaft gemeinsam darangehen können, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

2. Die Aktionsplattform bekräftigt den Grundsatz, der in der Erklärung und dem Aktionsprogramm von Wien niedergelegt ist, die auf der Weltkonferenz über Menschenrechte verabschiedet wurden, wonach die Menschenrechte von Frauen und Mädchen ein unveräußerlicher, fester und unteilbarer Bestandteil der allgemeinen mm hat die Plattform die Förderung und den Schutz der uneingeschränkten Wahrnehmung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Frauen während ihres ganzen Lebens zum Ziel.

3. Die Aktionsplattform betont, daß Frauen gemeinsame Anliegen haben, die werden

können, wenn die Frauen miteinander und in Partnerschaft mit den Männern auf das gemeinsame Ziel der Gleichberechtigung der Geschlechter in der ganzen Welt hinarbeiten. Sie achtet und schätzt die ganze Vielfalt der Lebensbedingungen und Lebensumstände der Frau und erkennt an, daß sich einige Frauen auf dem Weg zur Machtgleichstellung besonderen Hindernissen gegenübersehen.

4. Die Aktionsplattform verlangt von allen sofortige konzertierte Maßnahmen zur Schaffung einer friedlichen, gerechten und menschlichen Welt auf der Grundlage der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich des Grundsatzes der Gleichberechtigung aller Menschen jeden Alters und Standes, und erkennt in dieser Hinsicht an, daß ein breites und nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Kontext einer bestandfähigen Entwicklung notwendig ist, um dem sozialen Fortschritt und der sozialen Gerechtigkeit Bestand zu verleihen.

5. Der Erfolg der Aktionsplattform setzt ein nachdrückliches Engagement der Regierungen, internationalen Organisationen und Institutionen auf allen Ebenen voraus. Außerdem wird folgendes erforderlich sein: die Mobilisierung angemessener Mittel auf nationaler und internationaler Ebene sowie neuer und zusätzlicher Mittel zugunsten der Entwicklungsländer aus allen zur Verfügung stehenden Finanzierungsmechanismen, so auch aus multilateralen, bilateralen und privaten Quellen für die Förderung der Frau; Finanzmittel zur Stärkung der Kapazität der nationalen, subregionalen, regionalen und internationalen Institutionen; das entschlossene Eintreten für gleiche Rechte, gleiche Pflichten und gleiche Chancen sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an allen nationalen, regionalen und internationalen Organen und an grundsatzpolitischen Entscheidungsprozessen; und die Schaffung beziehungsweise Stärkung von Einrichtungen auf allen Ebenen, die den Frauen der Welt Rechenschaft abzulegen haben.

Kapitel II

GLOBALER RAHMEN

6. Die Vierte Weltfrauenkonferenz findet an der Schwelle eines neuen Jahrtausends statt.

7. Die Aktionsplattform bestätigt die Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und baut auf den Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau sowie auf den vom Wirtschafts- und Sozialrat und von der Generalversammlung verabschiedeten einschlägigen Resolutionen auf. Mit der Aktionsplattform soll ein grundlegender Katalog der vorrangigen Maßnahmen aufgestellt werden, die im Laufe der

8. Die Aktionsplattform anerkennt die Wichtigkeit der auf dem Weltkindergipfel, der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, der Weltkonferenz über Menschenrechte, der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung und dem Weltgipfel für soziale Entwicklung erzielten Übereinkünfte, in denen konkrete Ansätze und Verpflichtungen zur Förderung einer bestandfähigen Entwicklung und der internationalen Zusammenarbeit sowie zur Stärkung der diesbezüglichen Rolle der Vereinten Nationen enthalten sind. Desgleichen ie bestandfähige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern, die Internationale Konferenz über Ernährung, die Internationale Konferenz über gesundheitliche Grundversorgung und die Weltkonferenz über Bildung für alle aus ihrer jeweiligen Perspektive heraus mit den verschiedenen Aspekten der Entwicklung und der Menschenrechte, wobei der Rolle von Frauen und Mädchen besonderes Augenmerk geschenkt wurde. Darüber hinaus wurden die Themenkomplexe der Machtgleichstellung und Gleichberechtigung der Frau auch während des Internationalen Jahres der autochthonen Bevölkerungsgruppen der Welt, des Internationalen Jahres der Familie, des Jahres der Toleranz sowie in der Genfer Erklärung über Frauen in ländlichen Gebieten und in der Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen nachdrücklich angesprochen.

9. Das Ziel der Aktionsplattform - in voller Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht - ist die Machtgleichstellung aller Frauen. Die uneingeschränkte

daher die soziale Entwicklung. Im Laufe der letzten zehn Jahre hat die Zahl der in Armut lebenden Menschen in den meisten Entwicklungsländern, insbesondere in den schwer verschuldeten Ländern, unverhältnismäßig stark zugenommen.

14. In diesem Zusammenhang soll nachdrücklich auf die soziale Dimension der Entwicklung hingewiesen werden. Ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum mag zwar für die soziale Entwicklung notwendig sein, führt jedoch an sich zu einer Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung. In manchen Fällen können Bedingungen entstehen, die soziale Ungleichheit und Marginalisierung unter Umständen verschärfen. Daher muß unbedingt nach neuen Alternativen gesucht werden, durch die sichergestellt wird, daß wirtschaftliches Wachstum allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommt, wobei von einem ganzheitlichen Ansatz in bezug auf alle Aspekte der Entwicklung auszugehen ist: Wachstum, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, soziale Gerechtigkeit, Erhaltung und Schutz der Umwelt, Bestandfähigkeit, Solidarität, Teilhabe, Frieden und Achtung der Menschenrechte.

15. Eine weltweite Demokratisierungsbewegung hat zwar in vielen Ländern zur Öffnung des politischen Prozesses beigetragen, die allgemeine Teilhabe der Frau als vollwertige und gleichberechtigte Partnerin des Mannes an den maßgeblichen Entscheidungen, insbesondere in der Politik, bislang nicht erreicht werden. In Südafrika ist die Politik des institutionalisierten Rassismus - die Apartheid - abgeschafft worden, und eine friedliche und demokratische Machtübergabe hat stattgefunden. In Mittel- und Osteuropa hat sich ein rascher Übergang zur parlamentarischen Demokratie vollzogen, der in den einzelnen Ländern je nach den besonderen Gegebenheiten mit einer Vielfalt unterschiedlicher Erfahrungen verbunden war. Während der Übergang zumeist friedlich verlief,

insgesamt gesehen in der letzten Zeit zurückgegangen.

17. Absolute Armut und der hohe Frauenanteil unter den Armen, Arbeitslosigkeit, die zunehmende Anfälligkeit der Frauen und der Ausschluß der Hälfte der Menschheit von Macht- und Lenkungsinstitutionen in weiten Teilen der Welt machen deutlich, daß es notwendig ist, auch weiterhin nach Entwicklung, Frieden und Sicherheit zu streben und nach Möglichkeiten der Gewährleistung einer bestandfähigen Entwicklung zu suchen, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht. Wenn diese Bemühungen Erfolg haben sollen, ist es unabdingbar, daß die Frauen, die die Hälfte der Menschheit ausmachen, daran teilhaben und übernehmen. Das heißt, daß nur eine neue Ära der internationalen Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Völkern, die auf einem Geist der Partnerschaft, einem gerechten internationalen sozialen und wirtschaftlichen Umfeld und einem radikalen Wandel im Verhältnis zwischen Frauen und Männern hin zu einer vollen und gleichberechtigten Partnerschaft aufbaut, die Welt in die Lage versetzen wird, den Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts zu begegnen.

18. Die weltwirtschaftlichen Entwicklungen der jüngsten Zeit haben sich vielfach unverhältnismäßig stark auf Frauen und Kinder ausgewirkt, von denen die meisten in den Entwicklungsländern leben. In denjenigen Staaten, die eine hohe Auslandsschuldenlast zu tragen haben, führten Strukturanpassungsprogramme und -maßnahmen, so nutzbringend sie langfristig auch sein mögen, zu rückläufigen Sozialausgaben und somit zu Nachteilen für die Frauen, insbesondere in Afrika und in den ärmsten Entwicklungsländern. Diese Situation wird noch verschärft, wenn die Verantwortung für grundlegende soziale Dienste von den Regierungen auf die Frauen übergeht.

19. Die wirtschaftliche Rezession in zahlreichen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern und die in den Umbruchländern vonstatten gehende Umstrukturierung hatten un-
Erwerbstätigkeit von Frauen. Oft bleibt Frauen keine andere Wahl, als eine Beschäftigung ohne langfristige Arbeitsplatzsicherheit oder mit gefährlichen Arbeitsbedingungen anzunehmen, in Heimarbeit ohne jede Absicherung zu arbeiten oder arbeitslos zu werden. Viele Frauen nehmen eine unterbezahlte und unterbewertete Beschäftigung an, um das Haushaltseinkommen aufzubessern; andere entschließen sich aus demselben Grund, zu
rt, daß die Arbeitsbelastung der Frau insgesamt zugenommen hat, ohne daß ihre sonstigen Aufgaben geringer geworden wären.

20. Bei der Konzeption makro- und mikroökonomischer Politiken und Programme, insbesondere auch zur Strukturanpassung, wurden die Auswirkungen auf Frauen und Mädchen, insbesondere auf arme Frauen und Mädchen, nicht immer berücksichtigt. Die Armut hat absolut wie auch relativ zugenommen, und die Zahl der armen Frauen ist in den meisten Regionen gestiegen. Zwar leben auch in den Städten viele Frauen in Armut; die Not der Frauen auf dem Land und in abgelegenen Gebieten verdient jedoch besonderes Augenmerk angesichts der Tatsache, daß die Entwicklung in diesen Gebieten stagniert. In den Entwicklungsländern, selbst in solchen, in denen nationale Indikatoren eine Besserung erkennen lassen, lebt die Mehrheit der Frauen auf dem Land auch weiterhin unter Bedingungen der wirtschaftlichen Unterentwicklung und der sozialen Marginalisierung.

21. Durch ihre bezahlte und unbezahlte Arbeit im Hause, in der Gemeinschaft und am Arbeitsplatz leistet die Frau einen maßgeblichen Beitrag zur Wirtschaft und zur Armutsbekämpfung. Immer mehr Frauen haben dank einer Erwerbstätigkeit wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht.

22. Weltweit wird ein Viertel aller Haushalte von Frauen geführt, und viele andere Haushalte sind, selbst wenn Männer vorhanden sind, auf das Einkommen der Frau angewiesen. Die von Frauen geführten Haushalte zählen sehr oft zu den ärmsten; die Gründe dafür sind unter anderem Diskriminierung bei der Entlohnung, infolge der Geschlechtszugehörigkeit eingeengte Berufschancen und andere geschlechtsbedingte Hindernisse. Der Zerfall der Familie, Bevölkerungsbewegungen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten innerhalb der einzelnen Länder, internationale Wanderungen, Krieg und Binnenvertreibung sind weitere Faktoren, die die Zahl der von Frauen geführten Haushalte erhöhen.

23. Aufgrund der Erkenntnis, daß die Herbeiführung und Wahrung von Frieden und Sicherheit eine Vorbedingung
hen und sozialen Fortschritt ist, übernehmen Frauen immer häufiger und in einer Vielfalt von

28. Außerdem ist zehn Jahre nach der Konferenz von Nairobi die Gleichberechtigung von Frau und Mann noch immer nicht erreicht. Frauen stellen weltweit im Durchschnitt nur zehn Prozent aller gewählten Abgeordneten und sind in den meisten einzelstaatlichen und internationalen Verwaltungsstrukturen im öffentlichen wie auch privaten Sektor nach wie vor unterrepräsentiert. Die Vereinten Nationen bilden hier keine Ausnahme. Auch fünfzig Jahre nach ihrer Gründung machen sich die Vereinten Nationen noch immer nicht die Führungskompetenz von Frauen zunutze, die im Sekretariat und in den Sonderorganisationen auf der Leitungsebene unterrepräsentiert sind.

29. Frauen spielen in der Familie eine entscheidende Rolle. Die Familie ist die Grundeinheit der Gesellschaft und soll als solche gestärkt werden. Sie hat Anspruch auf umfassenden Schutz und Unterstützung. In den verschiedenen kulturellen, politischen und sozialen Systemen gibt es unterschiedliche Formen der Familie. Die Rechte, Fähigkeiten und Verantwortlichkeiten von Familienmitgliedern müssen geachtet werden. Der große Beitrag, den die Frauen zum Wohl der Familie und zur Entwicklung der Gesellschaft leisten, wird noch immer nicht anerkannt oder in seiner vollen Tragweite gesehen. Die soziale Bedeutung der Mutterschaft und der Rolle der Eltern in der

ionen Menschen sind Migranten, Flüchtlinge oder Vertriebene, von denen die Hälfte in Entwicklungsländern lebt. Diese massiven Wanderungsbewegungen haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Struktur und das Wohl der Familie und unterschiedliche Folgen für Frauen führen in vielen Fällen zur sexuellen Ausbeutung von Frauen.

37. Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge betrug die Gesamtzahl der Fälle von Aids Anfang 1995 4,5 Millionen. Seit der ersten Diagnose des humanen Immundefektvirus (HIV) wurden schätzungsweise 19,5 Millionen Männer, Frauen und Kinder mit diesem Virus infiziert, und bis zum Ende dieses Jahrzehnts werden es voraussichtlich weitere 20 Millionen Menschen sein. Die Wahrscheinlichkeit einer Neuinfektion ist bei Frauen doppelt so hoch wie bei Männern. In der Frühphase der Aids-Pandemie waren nur

infiziert und 4 Millionen Frauen an aidsbedingten Erkrankungen gestorben sein. Darüber hinaus dürften jährlich etwa 250 Millionen neue Fälle von sexuell übertragbaren Krankheiten auftreten. Die Übertragungshäufigkeit dieser Krankheiten, einschließlich HIV/Aids, nimmt unter Frauen und Mädchen, insbesondere in den Entwicklungsländern, beunruhigend rasch zu.

38. Seit 1975 sind umfangreiche neue Erkenntnisse und Informationen über die Situation der Frau und ihre Lebensbedingungen gewonnen worden. Während ihres gesamten Lebens sehen sich Frauen in ihrem täglichen Leben und in bezug auf ihre langfristigen Ziele durch diskriminierende Einstellungen, ungerechte soziale und wirtschaftliche Strukturen und in den meisten Ländern durch einen Mangel an Ressourcen eingeengt, wodurch sie an der vollen und gleichberechtigten Teilhabe gehindert werden. In einer Reihe von Ländern deuten die Praxis der vorgeburtlichen Geschlechtsselektion, höhere Sterblichkeitsziffern bei weiblichen Kleinkindern und der geringere Schulbesuch von Mädchen darauf hin, daß der Zugang von Mädchen zu Nahrung, Bildung und Gesundheitsversorgung, und sogar ihr Recht auf Leben selbst, durch die Bevorzugung männlicher Nachkommen der Frau beginnt in den frühesten Lebensphasen und muß daher bereits in

39. Das Mädchen von heute ist die Frau von morgen. Die Fähigkeiten, Ideen und Energien von Mädchen sind von Gleichberechtigung, der Entwicklung und des Friedens in vollem Umfang erreicht werden sollen. Damit sich das Mädchen voll entfalten kann, muß es in einem förderlichen Umfeld heranwachsen, in dem seine seelischen, geistigen, und materiellen Bedürfnisse in b Schutz und seine Entwicklung erfüllt werden und seine Gleichberechtigung gesichert ist. Wenn die Frau im Leben und in der Entwicklung in jeder Hinsicht die gleichberechtigte Partnerin des Mannes sein soll, dann ist es an der Zeit, die Menschenwürde und den Wert des Mädchens anzuerkennen und sicherzustellen, daß es seine Menschenrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt wahrnehmen kann, so auch die Rechte, die in der Konvention über die Rechte des Kindes verankert sind, zu deren allgemeiner Ratifikation mit allem Nachdruck aufgefordert wird. Indessen gibt es in aller Welt Anzeichen dafür, daß Diskriminierung von Mädchen und Gewalt gegen Mädchen bereits in den allerfrühesten Phasen ihres Lebens einsetzen und während ihres ganzen Lebens unvermindert anhalten. Häufig haben Mädchen weniger Zugang zu Nahrung, zu Gesundheitsversorgung bei körperlichen und psychischen Krankheiten sowie zu Bildung und genießen in Kindheit und Jugend weniger Rechte, weniger Chancen und weniger Vorteile als Jungen. Nicht selten werden Mädchen zu Opfern verschiedener Formen sexueller und wirtschaftlicher Ausbeutung, der Pädophilie, der Zwangsprostitution und möglicherweise des -gewebes, von Gewalt und schädlichen Praktiken wie beispielsweise der Tötung weiblicher Neugeborener und der vorgeburtlichen Geschlechtsselektion, des Inzests, der Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane und verfrühter Heirat, insbesondere auch Kinderheirat.

40. Die Hälfte der Weltbevölkerung ist weniger als 25 Jahre alt, und die meisten Jugendlichen der Welt - über 85 Prozent - leben in den Entwicklungsländern. Die politischen Entscheidungsträger müssen die Bedeutung dieser demographischen Faktoren erkennen. Es müssen besondere Maßnahmen get jungen Frauen die allgemeinen Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt werden, die sie für eine aktive und wirksame Teilhabe an der Gestaltung der sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Angelegenheiten auf allen Ebenen benötigen. Es wird entscheidend darauf ankommen, daß die internationale Gemeinschaft eine neue Verpflichtung auf die Zukunft demonstriert - die Verpflichtung, eine neue Generation von Frauen und Männern auf die Zusammenarbeit für eine gerechtere Gesellschaft einzuschwören. Diese neue Führungsgeneration muß eine Welt akzeptieren und fördern, in der jedes Kind frei ist von Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ungleichheit und seine Fähigkeiten frei entfalten kann. Der Grundsatz der Ebenbürtigkeit vo Bestandteil des Sozialisationsprozesses sein.

Kapitel III

HAUPTPROBLEMBEREICHE

41. Die Förderung der Frau und die Herbeiführung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind eine Frage der Menschenrechte und eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und dürfen nicht isoliert als eine reine Frauenfrage gesehen werden. Nur auf diesem Weg ist der Aufbau einer bestandfähigen, gerechten und entwickelten Gesellschaft möglich. Die Machtgleichstellung der Frau und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind Grundvoraussetzungen für die Herbeiführung politischer, sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und ökologischer

42. Die meisten der in den Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau gesetzten Ziele sind nicht erreicht worden. Trotz Bemühungen der Regierungen sowie nichtstaatlicher Organisationen und von Frauen und Männern in der ganzen Welt stehen der Machtgleichstellung der Frau nach wie vor Hindernisse entgegen. In vielen Teilen der Welt herrschen noch immer schwere politische, wirtschaftliche und ökologische Krisen. Dazu zählen Angriffskriege, bewaffnete Konflikte, Kolonialherrschaft und andere Formen der Fremdherrschaft oder ausländischen Besetzung, Bürgerkriege und Terrorismus. Diese Situationen, gepaart mit systematischer oder De-

daß diese Akteure für alle Problembereiche Mechanismen zur Rechenschaftslegung ausarbeiten und zur Anwendung bringen.

44. Zu diesem Zweck sind die Regierungen, die internationale Gemeinschaft und die bürgerliche Gesellschaft, einschließlich der nichtstaatlichen Organisationen und des Privatsektors, aufgerufen, in den folgenden Hauptproblembereichen strategische Maßnahmen zu ergreifen:

- anhaltende und wachsende Belastung der Frauen durch Armut
- Ungleichheiten, Unzulänglichkeiten und ungleiche Zugangsmöglichkeiten in den Bereichen Bildung und Ausbildung
- Ungleichheiten, Unzulänglichkeiten und ungleiche Zugangsmöglichkeiten im Bereich der Gesundheitsversorgung und der damit zusammenhängenden Dienste
- Gewalt gegen Frauen
- Auswirkungen von bewaffneten und anderen Konflikten auf Frauen, namentlich unter ausländischer Besetzung lebende Frauen
- Ungleichheit in den Wirtschaftsstrukturen und Wirtschaftspolitiken, bei allen Produktionstätigkeiten und beim Zugang zu Ressourcen
- Ungleichheit zwischen Männern und Frauen bei der Teilhabe an der Macht und an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen
- unzureichende Mechanismen auf allen Ebenen zur Förderung der Frau
- mangelnde Achtung vor den Menschenrechten der Frau sowie unzureichende Förderung und unzureichender Schutz dieser Rechte
- stereotype Darstellung der Frau in allen Kommunikationssystemen, insbesondere den Medien, sowie ungleicher Zugang der Frau zu diesen und ungleiche Teilhabe an ihnen
- geschlechtspezifische Ungleichheiten bei der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und bei der Erhaltung der Umwelt
- anhaltende Diskriminierung und Verletzung der Rechte von Mädchen

Kapitel IV

STRATEGISCHE ZIELE UND MASSNAHMEN

45. In jedem Hauptproblembereich wird zunächst eine Problemdiagnose vorgenommen, daran anschließend werden strategische Ziele vorgeschlagen und die konkreten Maßnahmen genannt, die von den verschiedenen Akteuren zur Verwirklichung dieser Ziele zu ergreifen sind. Die strategischen Ziele ergeben sich aus den Hauptproblembereichen. Die im Hinblick auf die Verwirklichung dieser Ziele zu treffenden konkreten Maßnahmen übergreifen die Kategorien Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden - die Ziele der Zukunftsstrategie von Nairobi zur Förderung der Frau - und bringen so deren wechselseitige Abhängigkeit zum Ausdruck. Die Ziele und Maßnahmen sind miteinander verknüpft, haben hohe Priorität und verstärken einander gegenseitig. Die Aktionsplattform soll die Situation ausnahmslos aller Frauen verbessern, die sich oft ähnlichen Barrieren gegenübersehen, wobei den am stärksten benachteiligten Gruppen besondere Beachtung zu schenken ist.

46. In der Aktionsplattform wird anerkannt, daß Frauen aufgrund von Faktoren wie Rasse, Alter, Sprache, ethnische Herkunft, Kultur, Religion oder Behinderung, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur autochthonen Bevölkerung oder wegen ihres sonstigen Standes mit Hindernissen in bezug auf ihre volle Gleichberechtigung und Förderung

weibliche Flüchtlinge und andere Vertriebene, so auch im eigenen Land vertriebene Frauen sowie Immigrantinnen und Migrantinnen, insbesondere Wanderarbeiterinnen. Viele Frauen sind auch von Umweltkatastrophen, schweren und ansteckenden Krankheiten und verschiedenen Formen der Gewalt gegen Frauen besonders schwer betroffen.

A. Frauen und Armut

47. Über eine Milliarde Menschen in der Welt, die große Mehrzahl davon Frauen, leben heute in untragbaren Armutsverhältnissen, zumeist in den Entwicklungsländern. Armut hat verschiedene Ursachen, darunter auch strukturelle. Armut ist ein komplexes, mehrdimensionales Problem, dessen Ursprünge im einzelstaatlichen wie auch im internationalen Bereich zu suchen sind. Die Globalisierung der Weltwirtschaft und die immer größere Interdependenz der Nationen stellen Herausforderungen und Chancen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung dar, bergen jedoch auch Risiken und Unsicherheiten für die Zukunft der Weltwirtschaft in sich. Das ungewisse weltwirtschaftliche Klima wird von wirtschaftlichen Umstrukturierungsmaßnahmen begleitet und geht in einer Reihe von Ländern mit einer anhaltend hohen, nicht in den Griff zu bekommenden Auslandsverschuldung und mit Struktur Anpassungsprogrammen einher. Darüber hinaus haben Konflikte aller Art, die Vertreibung von Menschen und die Verschlechterung der Umwelt die Fähigkeit der Regierungen untergraben, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Veränderungen in der Weltwirtschaft ziehen einschneidende Veränderungen nach sich, was die Parameter der sozialen Entwicklung in allen Ländern angeht. Eine bedeutsame Entwicklung ist die wachsende Armut von Frauen, deren Ausmaß von Region zu Region verschieden ist. Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Verteilung wirtschaftlicher Macht sind ein weiterer wichtiger Faktor, der zur Armut der Frauen beiträgt. Wanderungsbewegungen und die sich daraus ergebenden Folgen für die Familienstrukturen haben den Frauen, insbesondere wenn sie für mehrere Abhängige aufkommen bürdet. Makroökonomische Politiken müssen neu überdacht und unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen überarbeitet werden. Diese Politiken konzentrieren sich fast ausschließlich auf den formellen Sektor. Sie neigen außerdem dazu, die Initiativen von Frauen zu behindern und unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer nicht zu berücksichtigen. Für die Durchführung von Strategien zur Armutsverminderung bedarf es daher einer geschlechtsdifferenzierten Analyse eines breiten Spektrums von Politiken und Maßnahmen. Wenn die Armut beseitigt und eine bestandfähige Entwicklung herbeigeführt werden soll, müssen Frauen und Männer uneingeschränkt und gleichberechtigt an der Ausarbeitung von makroökonomischen und sozialen Politiken und Strategien zur Armutsminderung mitwirken. Armut läßt sich nicht allein durch Programme zur Armutsbekämpfung beseitigen. Es gilt vielmehr, demokratische Teilhabe und einen Wandel in den wirtschaftlichen Strukturen herbeizuführen, um sicherzustellen, daß alle Frauen Zugang zu Ressourcen, Chancen und öffentlichen Dienstleistungen haben. Armut hat vielfältige Erscheinungsformen. Dazu gehören das Fehlen von ausreichendem Einkommen und ausreichenden Produktivressourcen, um auf die Dauer den Lebensunterhalt bestreiten zu können; Hunger und Mangelernährung; schlechter Gesundheitszustand; begrenzter oder mangelnder Zugang zu Bildung und anderen Grunddiensten; erhöhte Morbidität und Mortalität aufgrund von Krankheiten; Obdachlosigkeit und menschenunwürdiges Wohnen; eine unsichere Umwelt und soziale Diskriminierung und Ausgrenzung. Ein weiteres Merkmal ist die mangelnde Beteiligung an Entscheidungsprozessen und am bürgerlichen, sozialen und kulturellen Leben. Armut tritt in allen Ländern auf - als Massenarmut in vielen Entwicklungsländern und in Form vereinzelter Armutsherde inmitten des Wohlstands in den entwickelten Ländern. Armut kann durch eine Wirtschaftsrezession hervorgerufen werden, die zum Verlust der Existenzgrundlage führt, oder durch Katastrophen oder Konflikte. Außerdem zu nennen sind die Armut von Arbeitern mit niedrigen Löhnen und das absolute Elend von Menschen, die keinerlei Unterstützung durch die Familie, soziale Einrichtungen und soziale Netze erhalten.

48. In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der in Armut lebenden Frauen, insbesondere in den Entwicklungsländern, im Vergleich zu der entsprechenden Anzahl der Männer überproportional zugenommen. Diese Feminisierung der Armut ist seit kurzem auch in den Umbruchländern als kurzfristige Folge des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozesses zu einem erheblichen Problem geworden. Neben wirtschaftlichen Faktoren sind auch die Starrheit der gesellschaftlich determinierten Geschlechtsrollen und der begrenzte Zugang der Frauen zu Macht, Bildung, Ausbildung und Produktivressourcen und andere neu hinzukommende Faktoren, die für Familien zu Unsicherheit führen können, für Armut verantwortlich. Ein weiterer bestimmender Faktor ist der Umstand, daß nicht regelmäßig in alle Wirtschaftsanalysen und -pläne eine geschlechtsbezogene Perspektive einbezogen wird und die strukturellen Ursachen der Armut nicht angegangen werden.

49. Durch bezahlte und unbezahlte Arbeit zu Hause, in der Gemeinschaft und am Arbeitsplatz leistet die Frau einen Beitrag zur Wirtschaft und zur Bekämpfung der Armut. Die Machtgleichstellung der Frau ist ein ausschlaggebender Faktor für die Armutsbeseitigung.

50. Obwohl sich Armut auf die Haushalte als Ganzes auswirkt, tragen Frauen aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Verantwortlichkeit für das Wohl des Haushalts eine ungleich höhere Last, insofern sie

en diejenigen, die am frühesten ohne Abschluß von der Schule abgehen, zu den schwächsten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt.

54. In den im Umbruch befindlichen Ländern und in anderen Ländern, die derzeit eine grundlegende politische, wirtschaftliche und soziale Transformation durchmachen, haben diese Veränderungen oft zu einer Verringerung oder zum völligen Wegfall des Einkommens der Frau geführt.

55. Vor allem in den Entwicklungsländern soll die produktive Kapazität der Frauen durch Zugang zu Kapital, Ressourcen, Darlehen, Grund und Boden, Technologie, Information, technischer Hilfe und Ausbildung erhöht werden, damit sie ein höheres Einkommen verdienen und eine bessere Ernährung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Stellung innerhalb der Familie genießen können. Die Freisetzung des produktiven Potentials der Frau ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß der Teufelskreis der Armut durchbrochen wird und Frauen an den Vorteilen der Entwicklung und den Früchten ihrer eigenen Arbeit voll teilhaben können.

56. Eine bestandfähige Entwicklung und ein sowohl nachhaltiges als auch bestandfähiges Wirtschaftswachstum sind nur dann möglich, wenn sich die wirtschaftliche, soziale, politische, rechtliche und kulturelle Stellung der Frau bessert. Eine ausgewogene soziale Entwicklung, die der Befähigung der Armen, insbesondere der Frauen, zur nachhaltigen Nutzung der Umweltressourcen Rechnung trägt, ist ein notwendiges Fundament einer bestandfähigen Entwicklung.

57. Um den Erfolg von Politiken und Maßnahmen zur Unterstützung beziehungsweise Stärkung der Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und zur Verbesserung der Stellung der Frau zu gewährleisten, sollten in die allgemeine Politik in allen gesellschaftlichen Bereichen eine geschlechtsbezogene Perspektive einbezogen und mit angemessener institutioneller und finanzieller Unterstützung positive Maßnahmen auf allen Ebenen ergriffen werden.

Strategisches Ziel A.1.

Überprüfung, Verabschiedung und Durchführung makroökonomischer Politiken und Entwicklungsstrategien, welche die Bedürfnisse und Eigenanstrengungen von in Armut lebenden Frauen berücksichtigen

Zu ergreifende Maßnahmen

58. Seitens der Regierungen:

a) Überprüfung und Modifizierung makroökonomischer und sozialer Politiken unter voller und gleichberechtigter Mitwirkung der Frau, damit die Ziele der Aktionsplattform erreicht werden;

b) geschlechtsdifferenzierte Analyse von Politiken und Programmen, insbesondere soweit sie die makroökonomische Stabilität, die Strukturanpassung, Probleme der Auslandsverschuldung, die Besteuerung, Investitionen, die Erwerbstätigkeit, die Märkte und alle wichtigen Wirtschaftssektoren betreffen, unter dem Gesichtspunkt ihrer Auswirkungen auf Armut, Ungleichheit und insbesondere die Frauen; Bewertung ihrer Auswirkungen auf das Wohl und die Lebensbedingungen von Familien und gegebenenfalls Anpassung der Politiken und Programme, um eine gleichmäßigere Verteilung des Produktivvermögens, des Wohlstands, der Chancen, der Einkommen und der Dienstleistungen zu fördern;

- h) Ausarbeitung von Wirtschaftspolitiken, die sich positiv auf die Erwerbstätigkeit und das Einkommen von Arbeitnehmerinnen im formellen wie auch im informellen Sektor auswirken, und Ergreifung gezielter Maßnahmen zur Behebung der Frauenarbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit;
- i) Ausarbeitung und Durchführung, soweit erforderlich, von gezielten Politiken auf wirtschaftlichem, sozialem und landwirtschaftlichem Gebiet und in damit zusammenhängenden Bereichen zur Unterstützung von Haushalten, denen Frauen vorstehen;
- j) Ausarbeitung und Durchführung von Programmen zur Armutsbekämpfung, einschli
Beschäftigungsprogrammen, durch die der Zugang armer Frauen zu Nahrungsmitteln verbessert wird, so auch mit Hilfe geeigneter Preisbildungs- und Verteilungsmechanismen;
- k) Gewährleistung der vollen Verwirklichung der Menschenrechte durch alle Migrantinnen, namentlich Wanderarbeitnehmerinnen, und ihres Schutzes vor Gewalt und Ausbeutung; Einführung von Maßnahmen zur Emanzipation legaler Migrantinnen, einschließlich Wanderarbeitnehmerinnen; Erleichterung der produktiven rantinnen durch eine umfassendere Anerkennung ihrer Fähigkeiten und der ausländischen Bildungsgänge und Zeugnisse sowie Erleichterung ihrer vollen Integration in den Arbeitsmarkt;
- l) Einführung von Maßnahmen zur Eingliederung beziehungsweise Wiedereingliederung armer und sozial marginalisierter Frauen in das Erwerbsleben und in die allgemeine Wirtschaft; Gewährleistung des uneingeschränkten Zugangs von binnenvertriebenen Frauen zu wirtschaftlichen Chancen und Gewährleistung der Anerkennung beruflicher Qualifikationen und Fähigkeiten von Immigrantinnen und weiblichen Flüchtlingen;
- m) Unterstützung von Frauen bei der Beschaffung von erschwinglichem Wohnraum und beim Zugang zu Grund und Boden, indem unter anderem alle diesbezüglichen Hindernisse beseitigt werden, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Frauen, insbesondere der in Armut lebenden Frauen und weiblichen
- n) Ausarbeitung und Durchführung von Politiken und Programmen, die den Erzeugerinnen von Agrar- und Fischereiprodukten (einschließlich Subsistenzbäuerinnen und -erzeugerinnen, insbesondere in ländlichen Gebieten) größeren Zugang zu finanziellen, technischen, Beratungs- und Vermarktungsdiensten geben; Gewährleistung des Zugangs zu und der Verfügungsgewalt über Grund und Boden, geeignete Infrastruktureinrichtungen und Technologie mit dem Ziel, Frauen ein höheres Einkommen zu verschaffen und die Nahrungsmittelsicherheit der Haushalte, insbesondere in ländlichen Gebieten, zu fördern, und gegebenenfalls Förderung des Aufbaus von marktorientierten Genossenschaften im Eigentum der Erzeugerinnen;
- o) soweit noch nicht vorhanden, Schaffung von Systemen der sozialen Sicherheit beziehungsweise Überprüfung der bereits vorhandenen Systeme mit dem Ziel, Frau und Mann in jeder Phase ihres Lebens gleichzustellen;
- p) Gewährleistung des Zugangs zu kostenloser oder kostengünstiger Rechtsberatung, einschließlich der Vermittlung von rechtlichem Grundwissen, insbesondere ausgerichtet auf in Armut lebende Frauen;
- q) Einleitung besonderer Maßnahmen zur Förderung und Stärkung von Politiken und Programmen zugunsten autochthoner Frauen, mit deren voller Mitwirkung und unter voller Achtung ihrer kulturellen Vielfalt, damit sie im Entwicklungsprozeß Chancen und Wahlmöglichkeiten haben, um sich aus der Armut zu befreien.

59. Seitens der multilateralen Finanz- und Entwicklungsinstitutionen, namentlich der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und regionaler Entwicklungsinstitutionen, sowie im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit:

- a) im Einklang mit den auf dem Weltgipfel für soziale Entwicklung eingegangenen Verpflichtungen Bemühungen zur Mobilisierung von ausreichenden und berechenbaren neuen und zusätzlichen Finanzmitteln, die in einer Weise anreiche derartige Mittel zur Verfügung stehen und daß alle verfügbaren Finanzierungsquellen und -mechanismen herangezogen werden, mit dem Ziel, zur Armutsbeseitigung beizutragen und arme Frauen besonders zu begünstigen;
- b) Stärkung der analytischen Kapazität im Hinblick auf eine systematischere und stärkere Berücksichtigung geschlechtsbezogener Gesichtspunkte und deren Einbeziehung in die Aufstellung und Durchführung von Darlehensprogrammen sowie von Strukturanpassungs- und wirtschaftlichen Sanierungsprogrammen;
- c) Suche nach wirksamen entwicklungsorientierten und dauerhaften Lösungen für Auslandsverschuldungsprobleme mit dem Ziel, den Ländern dabei behilflich zu sein, entwicklungs- und namentlich frauenfördernde Programme und Projekte zu finanzieren, unter anderem durch die sofortige Umsetzung der im Dezember 1994 im Pariser Klub vereinbarten Bedingungen für den Schuldennachlaß, die sich auch auf die Schuldenreduzierung erstrecken, so auch auf den Schuldenerlaß oder andere Maßnahmen zur Schuldenerleichterung, und Ausarbeitung von Verfahren zur Schuldenumwandlung im Hinblick auf deren Anwendung bei sozialen Entwicklungsprogrammen und -projekten, die mit den Prioritäten der Aktionsplattform im Einklang stehen;
- d) Herantreten an die internationalen Finanzinstitutionen mit der Bitte um Prüfung innovativer Vorgehensweisen, um Ländern mit niedrigem Einkommen und einem hohen Anteil an multilateralen Schulden bei der Milderung ihrer Schuldenbelastung behilflich zu sein;
- e) Sicherstellung dessen, daß Strukturanpassungsprogramme so gestaltet sind, daß die nachteiligen Auswirkungen auf schwache und benachteiligte Gruppen und Gemeinwesen auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben und gleichzeitig ihre positiven Auswirkungen auf diese Gruppen und Gemeinwesen sichergestellt sind, indem deren Marginalisierung bei wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten verhindert wird und Maßnahmen ausgearbeitet werden, die gewährleisten, daß diese Gruppen und Gemeinwesen Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten sowie die Kontrolle darüber erhalten; Ergreifung von Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit und wirtschaftlichen Disparitäten;
- f) Überprüfung der Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen auf die soziale Entwicklung mit Hilfe von Sozialverträglichkeitsprüfungen unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Auswirkungen und mittels anderer zweckdienlicher Methoden, mit dem Ziel, Politiken auszuarbeiten, die die nachteiligen Auswirkungen dieser Programme verringern und ihre positive Wirkung verstärken, und so sicherzustellen, daß die Frauen nicht einen unverhältnismäßig hohen Teil der durch den Übergang bedingten Kosten tragen müssen; Ergänzung von Strukturanpassungskrediten durch verbesserte, gezielte Kredite zugunsten der sozialen Entwicklung;
- g) Schaffung eines förderlichen Umfelds, das es Frauen gestattet, sich eine dauerhafte Existenzgrundlage zu verschaffen und zu erhalten.

60. Seitens nationaler und internationaler nichtstaatlicher Organisationen und Frauengruppen:

- a) Mobilisierung aller am Entwicklungsprozeß Beteiligten, einschließlich der wissenschaftlichen Institutionen, der nichtstaatlichen Organisationen sowie der Basis- und Frauengruppen, zur Steigerung der Wirksamkeit von Armutsbekämpfungsprogrammen, deren Zielgruppe die ärmsten und am stärksten benachteiligten Frauen sind, wie beispielsweise Frauen in ländlichen Gebieten und autochthone Frauen, weibliche Haushaltsvorstände, junge und antinnen sowie behinderte Frauen, wobei einzuräumen ist, daß die soziale Entwicklung in erster Linie Aufgabe der Regierungen ist;
- b) Lobbyarbeit und gegebenenfalls Schaffung von Überwachungsmechanismen und Entfaltung von sonstigen ten, um sicherzustellen, daß die in der Aktionsplattform enthaltenen Empfehlungen zur Armutsbeseitigung verwirklicht werden, die darauf gerichtet sind, Rechenschaftspflicht und Transparenz seitens des staatlichen und des privaten Sektors zu gewährleisten;
- c) Einbeziehung von Frauen mit unterschiedlichen Bedürfnissen in ihre Tätigkeiten und Würdigung der Tatsache, daß Jugendorganisationen zunehmend wirksame Partner bei Entwicklungsprogrammen werden;
- d) im Verein mit der Regierung und dem Privatsektor Mitwirkung an der Ausarbeitung einer umfassenden nationalen Strategie zur Verbesserung des Gesundheitswesens, des Bildungswesens und der sozialen Dienste, damit in Armut lebende Mädchen und Frauen jeden Alters vollen Zugang zu diesen Diensten haben; Bemühungen um die Beschaffung von Finanzmitteln, um den Zugang von Frauen und Männern zu diesen Diensten zu sichern und dafür Sorge zu tragen, daß ihren Bedürfnissen dabei gleichermaßen Rechnung getragen wird, und um diese Dienste auf auszudehnen, die von den staatlichen Institutionen nicht erfaßt werden;

ung der intermediären Institutionen, mit dem Ziel, Kapital für diese Institute zu mobilisieren und die Verfügbarkeit von Darlehen zu verbessern;

b) Förderung der Vernetzung von Finanzinstituten und nichtstaatlichen Organisationen und Unterstützung innovativer Praktiken der Kreditvergabe, so auch solcher, die die Vergabe von Krediten mit Diensten und Ausbildung für Frauen verbinden und Frauen in ländlichen Gebieten Kreditmöglichkeiten eröffnen.

63. Seitens der Handelsbanken, der spezialisierten Finanzinstitutionen und des Privatsektors im Zuge der Prüfung ihrer Politik:

a) Anwendung von wirksamen und innovativen Kredit- und Sparmethoden, mit denen in Armut lebende Frauen tatsächlich erreicht, die Transaktionskosten verringert und Darlehensrisiken neu definiert werden;

b) Eröffnung eigener Kreditschalter für Frauen, insbesondere junge Frauen, die nicht die Möglichkeit

c) Vereinfachung der Geschäftsgepflogenheiten der Banken, beispielsweise durch die Verringerung der Mindesteinlage und anderer Voraussetzungen für eine Kontoeröffnung;

d) Gewährleistung der Mitwirkung von Kundinnen an den Entscheidungsprozessen von Kredit- und Finanzinstitutionen und, soweit möglich, ihres Miteigentums an solchen Institutionen.

64. Seitens multilateraler und bilateraler Organisationen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit:

Unterstützung von Finanzinstitutionen, die von Niedrigeinkommens-, Klein- und Kleinstunternehmerinnen und -produzentinnen im formellen wie auch informellen Sektor in Anspruch genommen werden, durch die Bereitstellung von Kapital und/oder Ressourcen.

65. Seitens der Regierungen beziehungsweise der multilateralen Finanzinstitutionen:

Unterstützung von Institutionen, die eine große Anzahl von Frauen und effektiv erreichen, durch Kapitalisierung, Refinanzierung und institutionelle Entwicklungsunterstützung in einer

66. Seitens der internationalen Organisationen:

Bereitstellung von mehr Mitteln für Programme und Projekte zur Förderung von bestandfähigen und produktiven unternehmerischen Tätigkeiten mit dem Ziel der Einkommenserwirtschaftung durch benachteiligte und in Armut lebende Frauen.

Strategisches Ziel A.4.

Ausarbeitung geschlechtsbezogener Methoden und Durchführung von Forschungsarbeiten zur Auseinandersetzung mit der Feminisierung der Armut

Zu ergreifende Maßnahmen:

67. Seitens der Regierungen, zwischenstaatlichen Organisationen, akademischen und Forschungsinstitutionen und des Privatsektors:

a) Ausarbeitung konzeptioneller und praktischer Methoden zur Eingliederung geschlechtsbezogener Perspektiven in alle Aspekte der Gestaltung der Wirtschaftspolitik, so auch in die Planung von Strukturanpassungen und in Strukturanpassungsprogramme;

b) Anwendung dieser Methoden bei der Durchführung von Analysen über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen aller Politiken und Programme, so auch von Strukturanpassungsprogrammen, und Verbreitung der Forschungsergebnisse.

68. Seitens nationaler und internationaler Statistikorganisationen:

a) Sammlung von nach Geschlecht und Alter aufgeschlüsselten Daten über Armut und alle Aspekte der Wirtschaftstätigkeit sowie Ausarbeitung von qualitativen und quantitativen statistischen Indikatoren, um eine Bewertung der Wirtschaftsleistung aus einer geschlechtsbezogenen Perspektive zu erleichtern;

b) Konzipierung geeigneter statistischer Mittel, die es gestatten, die Arbeit der Frau in ihrer Gesamtheit sowie ihren Gesamtbeitrag zur Volkswirtschaft, einschließlich ihres Beitrags im unbezahlten und häuslichen Bereich, zu erfassen und sichtbar zu machen, und Untersuchung des Zusammenhangs zwischen unbezahlter Arbeit und der Armutshäufigkeit und Armutsanfälligkeit bei Frauen.

B. Bildung und Ausbildung von Frauen

69. Bildung ist ein Menschenrecht und ein wesentliches Instrument zur Erreichung der Zielsetzungen von Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden. Eine nichtdiskriminierende Bildung kommt sowohl Mädchen als auch Jungen zugute und trägt somit letztlich zu einem ebenbürtigeren Verhältnis von Frau und Mann bei. Wenn mehr Frauen aktiv Veränderungen bewirken wollen, müssen der gleichberechtigte Zugang zur Bildung und der Erwerb von Bildungsqualifikationen gewährleistet sein. Die Alphabetisierung der Frauen ist ein Schlüssel zur Verbesserung von Gesundheit, Ernährung und Bildung in der Familie und zur Befähigung der Frau zur Teilhabe an den Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft. Investitionen in die schulische und außerschulische Bildung und Ausbildung von Mädchen und Frauen und der damit verbundene u die Wirtschaft haben sich als einer der besten Wege zur Herbeiführung einer bestandfähigen Entwicklung und eines nachhaltigen und bestandfähigen Wirtschaftswachstums erwiesen.

70. Auf regionaler Ebene haben Mädchen und Jungen gleichberechtigten Zugang zur Grundschulziehung erreicht, mit Ausnahme einiger Teile Afrikas, insbesondere südlich der Sahara, und Zentralasiens, wo der Zugang zu Bildungseinrichtungen nach wie vor unzulänglich ist. Fortschritte wurden in der Sekundarschulbildung erzielt, wo Mädchen und Jungen in einigen Ländern bereits gleichberechtigten Zugang haben. Der Anteil der Mädchen und Frauen im tertiären Bereich hat beträchtlich zugenommen. In zahlreichen Ländern haben Privatschulen ebenfalls eine entscheidende ergänzende Rolle bei der Verbesserung des Bildungszugangs auf allen Ebenen gespielt. Dennoch haben über fünf Jahre nach der Verabschiedung der Welterklärung über Bildung für alle und des Aktionsrahmens für Maßnahmen zur Deckung des grundlegenden Bildungsbedarfs auf der Weltkonferenz über Bildung für alle (Jomtien (Thailand), 1990) etwa 100 Millionen Kinder, davon mindestens 60 Millionen Mädchen, noch immer keinen Zugang zur Grundschulbildung, und über zwei Drittel der 960 Millionen erwachsenen Analphabeten in der ganzen Welt sind Frauen. Die hohe Analphabetenquote in den meisten Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika südlich der Sahara und in einigen arabischen Staaten, ist nach wie vor ein ernstes Hindernis

71. Nach wie vor werden Mädchen beim Bildungszugang in vielen Gebieten diskriminiert, und zwar aufgrund von traditionellen Einstellungen, verfrühter Eheschließung und Schwangerschaft, unzulänglichem, von einem

einseitigen Rollenverständnis ausgehenden Lehr- und Unterrichtsmaterial, sexueller Belästigung sowie Mangel an ausreichenden und physisch und anderweitig zugänglichen Bildungseinrichtungen. Mädchen müssen schon in sehr jungen Jahren schwere Hausarbeit verrichten. Von Mädchen u schulische als auch häusliche Aufgaben erledigen, was häufig zu einer Verschlechterung der Schulleistung und zu einem früheren Ausscheiden aus dem Bildungssystem führt. Dies hat langfristige Folgewirkungen für alle Aspekte des Lebens der Frau.

72. Die Schaffung eines bildungsmäßigen und sozialen Umfelds, in dem Frauen und Männer, Mädchen und Jungen gleich behandelt und zur vollen Entfaltung ihrer Möglichkeiten ermutigt werden, bei gleichzeitiger Achtung ihrer Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit, und in der die Unterrichtsmittel kein stereotypes Rollenbild der Frau und des Mannes vermitteln, würde wesentlich dazu beitragen, die Ursachen der Diskriminierung der Frau und die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu beseitigen.

73. Frauen sollten in die Lage versetzt werden, sich über die in der Jugend erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten hinaus laufend fortzubilden. Dieser Gedanke des lebenslangen Lernens umfaßt nicht nur die im Rahmen der formellen Bildung und Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten, sondern auch das auf informellem Weg stattfindende Lernen, namentlich durch ehrenamtliche Tätigkeiten, unbezahlte Arbeit und überliefertes Wissen.

74. Lehrpläne und Unterrichtsmittel bauen nach wie vor vielfach auf einem einseitigen Rollenverständnis auf und gehen selten auf die besonderen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen ein. Dies untermauert das herkömmliche Rollenbild der Frau und des Mannes, das den Frauen die Möglichkeit zu einer vollen und gleichberechtigten Partnerschaft in der Gesellschaft vorenthält. Die mangelnde Sensibilität des Lehrpersonals auf allen Ebenen für geschlechtsspezifische Fragen verschärft die bestehende Ungleichbehandlung von Jungen/Männern und n/Frauen, indem diskriminierende Tendenzen verstärkt werden und das Selbstwertgefühl von Mädchen untergraben wird. Die mangelnde Aufklärung in bezug auf sexuelle und reproduktive Gesundheit hat tiefgreifende

75. Vor allem die naturwissenschaftlichen Lehrpläne bauen auf einem einseitigen Rollenverständnis auf. Naturwissenschaftliche Lehrbücher gehen nicht auf die täglichen Erfahrungen von Frauen und Mädchen ein, und Wissenschaftlerinnen finden darin keine Anerkennung. Mädchen wird oft eine mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung und technische Ausbildung vorenthalten, die ihnen Kenntnisse vermitteln würde, auf die sie zurückgreifen könnten, um ihr tägliches Leben zu erleichtern und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Ein naturwissenschaftliches oder technisches Hochschulstudium bereitet die Frauen auf eine aktive Rolle in der technischen und industriellen Entwicklung ihres Landes vor, was ein völlig anderes Konzept der beruflichen und technischen Ausbildung notwendig macht. Die Technologie bewirkt einen raschen Wandel in der Welt, und sie ist auch in die Entwicklungsländer vorgedrungen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Frauen nicht nur Nutzen aus der Technologie ziehen, sondern auch selbst am Technologieprozeß mitwirken, von der Konzeption bis hin zur Anwendung, zur Überwachung und zur Bewertung.

76. Einer der Faktoren, die für das weitere Vorankommen von Mädchen und Frauen im Berufsleben ausschlaggebend sind, ist ihr Zugang zu allen Bildungsstufen, so auch zu einer höheren Bildung, und zu allen akademischen Bereichen und ihr Verbleib in diesen Bildungsgängen. Indessen ist festzustellen, daß Mädchen noch immer überwiegend in einer begrenzten Anzahl von Studienbereichen vertreten sind.

77. Die Massenmedien stellen ein einflußreiches Bildungsmittel dar. Als Bildungswerkzeug können die Medien Pädagogen sowie staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen zur Förderung der Frau und zugunsten der Entwicklung dienlich sein. Computergestützte Unterrichts- und Informationssysteme werden zunehmend zu einem wichtigen Bestandteil des Wissenserwerbs und der Wissensverbreitung. Das Fernsehen hat einen besonders großen Einfluß auf junge Menschen und verfügt daher über die Fähigkeit, Wertvorstellungen, Einstellungen und die Perzeption von Frauen und Mädchen sowohl positiv als auch negativ zu beeinflussen. Es ist daher unbedingt notwendig, daß Pädagogen kritisches Urteilsvermögen und analytisches Denken vermitteln.

78. In zahlreichen Ländern werden nicht genügend Mittel für die Bildung, insbesondere von Mädchen und Frauen, bereitgestellt, und in einigen Fällen wurden diese Mittel noch weiter gekürzt, insbesondere im Zuge von Strukturanpassungspolitiken und -programmen. Diese unzureichenden Mittelzuweisungen wirken sich auf lange Sicht negativ auf die Entfaltung des Menschen, insbesondere die Entfaltung der Frau, aus.

79. Bei der Auseinandersetzung mit dem ungleichen Zugang zu Bildungseinrichtungen und den unzulänglichen Bildungschancen sollten die Regierungen und andere Akteure eine aktive und sichtbare Politik der konsequenten Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Politiken und Programme fördern, damit die Auswirkungen von Entscheidungen auf Frauen beziehungsweise Männer analysiert werden, bevor entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

hmen ergriffen werden;

d) Schaffung eines beiden Geschlechtern gegenüber aufgeschlossenen Bildungssystems zur Gewährleistung gleicher Bildungs- und Ausbildungschancen und der uneingeschränkten und gleichberechtigten Teilhabe der Frau an der Bildungsverwaltung und Bildungspolitik sowie an den Entscheidungsprozessen im Bildungswesen;

e) in Zusammenarbeit mit Eltern, nichtstaatlichen Organisationen, einschließlich Jugendorganisationen, Gemeinwesen und dem Privatsektor Ermöglichung der akademischen und technischen Ausbildung, Berufsplanung sowie des Erwerbs von Führungsqualifikationen, Sozialkompetenz und Berufserfahrung für junge Frauen, um sie auf die volle Teilhabe an der Gesellschaft vorzubereiten;

f) Erhöhung der Schulbesuchs- und -abschlußquoten von Mädchen durch die Bereitstellung angemessener Haushaltsmittel und durch die Gewinnung der Unterstützung von Eltern und Gemeinwesen sowie durch Kampagnen, flexible Unterrichtszeiten, Anreize, Stipendien und andere Möglichkeiten, mit deren Hilfe die den Familien erwachsenden Bildungskosten von Mädchen möglichst gering gehalten werden und den Eltern die Entscheidung zugunsten einer Bildung für ihre Tochter erleichtert wird; und durch Gewährleistung dessen, daß das - und Religionsfreiheit in den Bildungseinrichtungen geachtet wird, indem alle Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften aufgehoben werden, die aufgrund der Religion, der Rasse oder der Kultur diskriminieren;

g) Förderung eines Umfelds im Bildungswesen, in dem alle Barrieren beseitigt sind, die den Schulbesuch durch schwangere Mädchen und junge Mütter verhindern, so gegebenenfalls auch durch die Bereitstellung erschwinglicher und erreichbarer Kinderbetreuungseinrichtungen und Elternberatungsstellen, um diejenigen, die während ihrer Schulzeit für die Betreuung ihrer Kinder und Geschwister verantwortlich sind, zur Rückkehr in die Schule beziehungsweise zur Fortsetzung und zum Abschluß ihrer Schulausbildung zu motivieren;

h) Verbesserung der Bildungsqualität und der Chancengleichheit von Frauen und Männern in bezug auf den Zugang zu Bildung, um sicherzustellen, daß Frauen jeden Alters sich das Wissen, die Qualifikationen, die Fähigkeiten, die Fachkenntnisse und die ethischen Werte aneignen können, die sie zu ihrer Entfaltung und ihrer uneingeschränkten und gleichberechtigten Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und politischen

i) Bereitstellung einer nichtdiskriminierenden und die unterschiedliche Situation der Geschlechter berücksichtigenden professionellen Schul- und Berufsberatung, um Mädchen im Hinblick auf die Erweiterung ihrer beruflichen Möglichkeiten zur Absolvierung akademischer und technischer Bildungsgänge zu ermuntern;

j) Förderung der Ratifikation des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, soweit noch nicht geschehen.

Strategisches Ziel B.2.

Beseitigung des Analphabetentums unter den Frauen

Zu ergreifende Maßnahmen

81. Seitens der Regierungen, nationaler, regionaler und internationaler Gremien, bilateraler und multilateraler Geber und nichtstaatlicher Organisationen:

Kurse für Lehrer, die Naturwissenschaften und Mathematik unterrichten, um sie für die Bedeutung von Wissenschaft und Technik im Leben der Frau zu sensibilisieren;

h) Erstellung von Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien sowie Ausarbeitung und Ergreifung von Fördermaßnahmen zur Gewährleistung des besseren Zugangs der Frau zu Wissenschaft und Technik und ihrer verstärkten Beteiligung auf diesen Gebieten, insbesondere solchen, auf denen sie nicht oder kaum vertreten ist;

i) Ausarbeitung von Politiken und Programmen, durch die Frauen zur Teilnahme an allen Lehrlingsprogrammen ermutigt werden;

j) Verbesserung der technischen, betriebswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Fortbildung sowie der Marketingausbildung für Frauen in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Industrie und Handel und Kunstgewerbe, damit mehr Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden, die Frauen stärker an den wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen teilhaben, insbesondere im Rahmen von Basis-Frauenorganisationen, und sie einen größeren Beitrag zu Produktion, Marketing, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik leisten;

k) Gewährleistung des Zugangs erwachsener Frauen, die über geringe oder überhaupt keine Bildung verfügen, behinderter Frauen und legaler Migrantinnen, geflüchteter und vertriebener Frauen zu einer guten Bildung und Ausbildung auf allen in Betracht kommenden Ebenen, mit dem Ziel, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Strategisches Ziel B.4.

Aufbau eines nichtdiskriminierenden Bildungs- und Ausbildungssystems

Zu ergreifende Maßnahmen

83. Seitens der Regierungen, der Bildungsbehörden und anderer Bildungs- und Hochschuleinrichtungen:

- a) Ausarbeitung von Empfehlungen und Erstellung von Lehrplänen, Lehrbüchern und Lehrmitteln, die frei von geschlechtsbezogenen Rollenklischees sind, für alle Bildungsebenen, einschließlich der Lehrerbildung, in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten - Verlegern, Lehrern, Behörden und Elternverbänden;
- b) Ausarbeitung von Ausbildungsprogrammen und Unterrichtsmaterialien für Lehrer und Pädagogen, die sie für die Stellung, die Rolle und den Beitrag der Frau und des Mannes in der Familie, wie in Ziffer 29 definiert, sowie in der Gesellschaft sensibilisieren; in diesem Zusammenhang Förderung der Gleichberechtigung, Zusammenarbeit, gegenseitigen Achtung und Pflichtenteilung von Mädchen und Jungen von der Vorschulstufe an sowie insbesondere Ausarbeitung von Unterrichtsmodulen, um zu gewährleisten, daß Jungen über die notwendigen ihre eigenen Verrichtungen im Haushalt zu besorgen und die Verantwortung für den Haushalt und die Betreuung von Familienangehörigen zu teilen;
- c) Erstellung von Ausbildungsprogrammen und Unterrichtsmaterialien für Lehrer und Pädagogen, die ihnen ihre eigene Rolle im Bildungsprozeß stärker bewußt machen und ihnen wirksame Strategien für einen Unterricht an die Hand geben sollen, der die unterschiedlichen Bedürfnisse beider Geschlechter berücksichtigt;
- d) Ergreifung von Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Lehrerinnen und Professorinnen die gleichen Möglichkeiten und den gleichen Status erhalten wie ihre männlichen Kollegen, da es wichtig ist, auf allen Ebenen weibliches Lehrpersonal einzusetzen, und daß Mädchen der Schulbesuch und das Verbleiben an der Schule erstrebenswert gemacht wird;
- e) Einführung und Förderung einer Schulung in der friedlichen Konfliktbeilegung;
- f) Fördermaßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Frauen, die Zugang zu Entscheidungspositionen in der Bildungspolitik gewinnen, insbesondere Lehrerinnen auf allen Bildungsebenen und in allen Disziplinen, die traditionell eine Domäne der Männer sind, wie Wissenschaft und Technik;
- g) Unterstützung und Erstellung von geschlechterspezifischen Untersuchungen und Forschungsarbeiten auf allen Bildungsebenen, insbesondere auf der Postgraduiertenebene, und Anwendung dieser Arbeiten bei der Lehrplanerstellung, insbesondere von Hochschullehrplänen, -lehrbüchern und -lehrmitteln und in der pädagogischen Ausbildung;
- h) Schaffung von Ausbildungskursen und Gelegenheiten zum Erwerb von Führungsqualifikationen durch alle Frauen, damit sie ermutigt werden, als Schülerinnen/Studentinnen wie auch als erwachsene Frauen Führungsrollen
- i) Schaffung geeigneter Bildungs- und Informationsprogramme unter gebührender Berücksichtigung der Vielsprachigkeit, insbesondere gemeinsam mit den Massenmedien, die der Öffentlichkeit, insbesondere den Eltern, vor Augen führen, wie wichtig eine nichtdiskriminierende Bildung und Erziehung der Kinder und die gemeinsame Wahrnehmung von Familienaufgaben durch Mädchen und Jungen ist;
- j) Schaffung von Bildungsprogrammen über die Menschenrechte, in denen auf allen Bildungsebenen der Faktor Geschlecht berücksichtigt wird, indem insbesondere Hochschulen ermutigt werden, das Studium der Menschenrechte der Frau, wie sie in den Übereinkünften der Vereinten Nationen verankert sind, in ihre Lehrpläne - und Postgraduiertenstudien in den Bereichen Rechts-, Sozial- und Politikwissenschaften aufzunehmen;
- k) Beseitigung von gesetzlichen, administrativen und gegebenenfalls sozialen Schranken für die Aufklärung über sexuelle und reproduktive Gesundheit im Rahmen formeller Aufklärungsprogramme über frauenspezifische Gesundheitsfragen;
- l) mit Rat und Unterstützung der Eltern und in Zusammenarbeit mit Lehrpersonal und Bildungseinrichtungen Förderung der Erstellung von Bildungsprogrammen für Mädchen und Jungen und Schaffung von integrierten Diensten, die ihnen ihre Verantwortung stärker bewußt machen und ihnen helfen sollen, diese Verantwortung auf sich zu nehmen, unter Berücksichtigung der Wichtigkeit einer solchen Aufklärung und solcher Dienste für die persönliche Entfaltung und das Selbstwertgefühl sowie der dringenden Notwendigkeit, ungewollte

glichkeiten in bezug auf Gesundheit, Kleinstunternehmen, Landwirtschaft und gesetzliche Rechte wahrnehmen können;

s) Beseitigung aller Hindernisse, die dem Zugang schwangerer Mädchen und junger Mütter zu einer formellen Bildung entgegenstehen, und gegebenenfalls Unterstützung der Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen und sonstigen Unterstützungsdiensten.

Strategisches Ziel B.5.

Bereitstellung ausreichender Mittel für Bildungsreformen und Überwachung ihrer Durchführung

Zu ergreifende Maßnahmen

84. Seitens der Regierungen:

- a) Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für den Bildungssektor, gegebenenfalls durch Umschichtungen innerhalb dieses Sektors, um sicherzustellen, daß mehr Mittel für die Grundbildung zur Verfügung stehen;
- b) Schaffung von Mechanismen auf geeigneten Ebenen zur Überwachung der Durchführung von Bildungsreformen und -maßnahmen in den zuständigen Ministerien und nach Bedarf Aufstellung von Programmen der technischen Hilfe zur Auseinandersetzung mit den im Zuge der Überwachung aufgeworfenen Fragen.

85. Seitens der Regierungen und nach Bedarf seitens privater und öffentlicher Institutionen, Stiftungen, Forschungsinstituten und nichtstaatlicher Organisationen:

- a) erforderlichenfalls Bereitstellung zusätzlicher Mittel seitens privater und öffentlicher Institutionen, Stiftungen, Forschungsinstitute und nichtstaatlicher Organisationen, damit Mädchen und Frauen sowie Jungen und Männer gleichberechtigt einen Bildungsabschluß erlangen können, unter besonderer Berücksichtigung unterversorgter Bevölkerungsgruppen;
- b) Bereitstellung von Finanzmitteln für Sonderprogramme, wie beispielsweise Programme in Mathematik, Naturwissenschaften und Computertechnik, um allen Mädchen und Frauen größere Chancen einzuräumen.

86. Seitens der multilateralen Entwicklungsinstitutionen, einschließlich der Weltbank, der regionalen Entwicklungsbanken, bilateraler Geber und Stiftungen:

- a) Erwägung der Möglichkeit, im Rahmen von Entwicklungshilfeprogrammen vorrangig mehr Finanzmittel für den Bildungs- und Ausbildungsbedarf von Mädchen und Frauen bereitzustellen;
- b) Erwägung der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Empfängerregierungen, um sicherzustellen, daß bei Strukturanpassungs- und Wirtschaftssanierungsprogrammen, so auch bei Kredit- und Stabilisierungsprogrammen, die für die Bildung der Frau vorgesehenen Mittel im gleichen Umfang beibehalten beziehungsweise aufgestockt werden.

87. Seitens internationaler und zwischenstaatlicher Organisationen, insbesondere seitens der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, auf weltweiter Ebene:

- a) Beitrag zur Bewertung der erzielten Fortschritte anhand der von nationalen, regionalen und internationalen Gremien erstellten Bildungsindikatoren und nachdrückliche Aufforderung an die Regierungen, bei der Durchführung von Maßnahmen die Unterschiede zu beseitigen, die zwischen Frauen und Männern beziehungsweise Jungen und Mädchen bestehen, was ihre Bildungs- und Ausbildungschancen und das auf allen Gebieten erzielte Bildungsniveau, insbesondere bei Grundschul- und Alphabetisierungsprogrammen, betrifft;
- b) auf Antrag Gewährung von technischer Hilfe an die Entwicklungsländer, damit sie besser in der Lage sind, die Fortschritte beim Ausgleich des Gefälles zwischen Frauen und Männern in Bildung, Ausbildung und Forschung und bei den in allen Bereichen erzielten Leistungen, insbesondere bei der Grundbildung und der Beseitigung des Analphabetentums, zu überwachen;
- c) Durchführung einer internationalen Kampagne zur Förderung des Rechts von Frauen und Mädchen auf Bildung;
- d) Bereitstellung eines beträchtlichen Prozentsatzes ihrer Mittel für die Grundbildung von Frauen und Mädchen.

Strategisches Ziel B.6.

Förderung des lebenslangen Lernens und der lebenslangen Weiterbildung von Mädchen und Frauen

Zu ergreifende Maßnahmen

88. Seitens der Regierungen, der Bildungsinstitutionen und der Gemeinwesen:

- a) Gewährleistung des Angebots eines breiten Spektrums von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen, die es Frauen und Mädchen ermöglichen, sich laufend diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, die sie benötigen, um in ihren Gemeinwesen und Nationen leben, einen Beitrag zu ihnen leisten und Nutzen aus ihnen
- b) Unterstützung von Kinderbetreuungseinrichtungen und anderen Diensten, damit Mütter ihre Ausbildung
- c) Schaffung flexibler Bildungs-, Ausbildungs- und Umschulungsprogramme für ein lebenslanges Lernen, die den Frauen in allen Phasen ihres Lebens den Übergang von einer Tätigkeit zu einer anderen erleichtern.

C. Frauen und Gesundheit

89. Die Frau hat das Recht, das für sie erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit zu genießen. Der Genuß dieses Rechts ist für ihr Leben und Wohlbefinden sowie für ihre Fähigkeit, an allen Bereichen n, von entscheidender Bedeutung. Gesundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur des Freiseins von Krankheit und Gebrechen. Die Gesundheit der Frau umfaßt ihr emotionales, soziales und körperliches Wohlbefinden und wird durch ihr soziales, politisches und wirtschaftliches Lebensumfeld sowie von biologischen Faktoren bestimmt. Den meisten Frauen bleibt der Genuß von Gesundheit und Wohlbefinden indessen vorenthalten. Das größte Hindernis bei der Erlangung des besten erreichbaren Gesundheitszustands durch die Frau ist die mangelnde Gleichstellung zwischen Männern und Frauen wie auch zwischen Frauen der verschiedenen geographischen Regionen, sozialen Klassen und autochthonen und ethnischen Gruppen. In nationalen und internationalen Foren haben die Frauen mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Gleichberechtigung, einschließlich der gemeinsamen Wahrnehmung der Familienaufgaben, Entwicklung und Frieden notwendige Voraussetzungen für die Erreichung des best Gesundheitszustands während des gesamten Lebens sind.

90. Frauen haben unterschiedlichen und nicht gleichberechtigten Zugang zu grundlegenden Gesundheitsgütern, einschließlich einer primären Gesundheitsversorgung zur Verhütung und Behandlung von Kinderkrankheiten, Mangelernährung, Anämie, Diarrhö, ansteckenden Krankheiten, Malaria und anderen Tropenkrankheiten, Tuberkulose u.a. Darüber hinaus stehen den Frauen unterschiedliche und ungleiche Möglichkeiten zum Schutz, zur g ihrer Gesundheit zur Verfügung. In zahlreichen Entwicklungsländern gibt außerdem das Fehlen von Geburtshilfenotdiensten Anlaß zu besonderer Sorge. Gesundheitspolitiken und -programme perpetuieren oft geschlechtsspezifische Rollenbilder, nehmen keine Rücksicht auf sozioökonomische und andere Unterschiede zwischen den Frauen und tragen manchmal nur ungenügend dem Umstand Rechnung, daß Frauen nicht immer autonom über ihre Gesundheit entscheiden können. Die Gesundheit der Frau wird außerdem durch die im Gesundheitswesen gegebene Benachteiligung aufgrund des Geschlechts sowie dadurch beeinträchtigt, daß Frauen unzureichende und ungeeignete Gesundheitsdienste erhalten.

91. In zahlreichen Ländern, insbesondere in den Entwicklungsländern und vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern, sind rückläufige Gesundheitsausgaben und in einigen Fällen Strukturanpassungsmaßnahmen mit für die Verschlechterung des öffentlichen Gesundheitswesens verantwortlich. Darüber hinaus stehen infolge der

Privatisierung von Gesundheitssystemen ohne ausreichende Gewähr des allgemeinen Zugangs zu einer erschwinglichen Gesundheitsversorgung noch weniger Gesundheitsdienste zur Verfügung. Diese Situation hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit von Mädchen und Frauen, sondern erlegt den Frauen, deren vielfältige Rollen, namentlich in der Familie und im Gemeinwesen, häufig nicht anerkannt werden, unverhältnismäßig hohe Verantwortlichkeiten auf; sie erhalten folglich nicht die erforderliche soziale, psychologische und wirtschaftliche Unterstützung.

92. Das Recht der Frau auf den Genuß des Höchstmaßes an Gesundheit muß während ihres gesamten Lebens in gleicher Weise gewährleistet sein wie beim Mann. Frauen leiden an vielen der gleichen doch werden sie von Frauen anders empfunden. Die weite Verbreitung von Armut und wirtschaftlicher Abhängigkeit unter den Frauen, die Erfahrung von Gewalt, die negativen Einstellungen gegenüber Frauen und Inzest und andere Formen von Diskriminierung, die begrenzte Bestimmungsgewalt zahlreicher Frauen über ihr Sexualleben und ihr generatives Verhalten und ihr mangelnder Einfluß auf Entscheidungsprozesse sind soziale Realitäten, die sich nachteilig auf die Gesundheit der Frauen auswirken. Nahrungsmittelknappheit und die ungerechte Zuteilung von Nahrungsmitteln an Mädchen und Frauen in der Familie, unzureichender Zugang zu sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen und Brennstoffvorräten, unzureichende Gesundheitsleistungen in ländlichen und armen städtischen Gebieten, sowie unzulängliche Wohnbedingungen setzen Frauen und ihre Familien einer überhöhten Belastung aus und beeinträchtigen ihre Gesundheit. Gute Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für ein produktives und erfülltes Leben, und das Recht aller Frauen auf Kontrolle über alle Aspekte ihrer Gesundheit, insbesondere ihre eigene Fruchtbarkeit, ist für ihre Machtgleichstellung von grundlegender Bedeutung.

93. Die Diskriminierung von Mädchen beim Zugang zu Nahrungsmitteln und Gesundheitsdiensten - oft eine Folge der Bevorzugung männlicher Nachkommen - gefährdet ihre Gesundheit und ihr Wohl jetzt und in Zukunft. Lebensbedingungen, welche die Mädchen zu früher Eheschließung, Schwangerschaft und Mutterschaft zwingen und sie schädlichen Praktiken wie der Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsteile unterwerfen, stellen schwerwiegende Gesundheitsrisiken dar. Heranwachsende Mädchen brauchen Zugang zu den notwendigen Gesundheits- und Ernährungsdiensten, der ihnen indessen oft vorenthalten bleibt. Beratung und Zugang zu Aufklärung und Diensten für Jugendliche in Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit sind nach wie vor nur in unzulänglichem Maße oder gar nicht vorhanden, und dem Recht einer jungen Frau auf Achtung ihrer Privatsphäre, Wahrung der Vertraulichkeit, Respekt und Zustimmung in Kenntnis der Sachlage wird oft nicht Rechnung getragen. Junge Mädchen sind sowohl biologisch als auch psychosozial für sexuellen Mißbrauch, Gewalt und frühzeitige sexuelle Beziehungen anfälliger als Jungen. Die Tendenz, frühzeitig sexuelle Beziehungen aufzunehmen, verbunden mit einem Mangel an Aufklärung und Diensten, erhöht das Risiko einer ungewollten und zu frühen Schwangerschaft, einer HIV-Infektion und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten sowie gefährlicher Schwangerschaftsabbrüche. Frühe Mutterschaft ist in allen Teilen der Welt nach wie vor ein Hindernis für Verbesserungen des Bildungsstandes der Frau und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung. Generell können frühe Eheschließung und Mutterschaft die Bildungs- und Berufsmöglichkeiten junger Frauen bedenklich einschränken und sind dazu angetan, sich auf lange Sicht nachteilig auf ihre Lebensqualität und die ihrer Kinder auszuwirken. Junge Männer werden häufig nicht dazu erzogen, die Selbstbestimmung der Frau zu achten und gemeinsam mit der Frau die Verantwortung für Sexualität und

94. Reproduktive Gesundheit ist der Zustand vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur des Freiseins von Krankheit und Gebrechen bei allen Aspekten, die mit den Fortpflanzungsorganen und ihren Funktionen und Prozessen verbunden sind. Reproduktive Gesundheit bedeutet deshalb, daß Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben haben können und daß sie die Fähigkeit zur Fortpflanzung und die freie Entscheidung darüber haben, ob, wann und wie oft sie davon Gebrauch machen. In diese letzte Bedingung eingeschlossen sind das Recht von Männern und Frauen, informiert zu werden und Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen Familienplanungsmethoden ihrer Wahl sowie zu anderen Methoden ihrer Wahl zur Regulierung der Fruchtbarkeit zu haben, die nicht gegen die rechtlichen Bestimmungen verstoßen, und das Recht auf Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten, die es Frauen ermöglichen, eine Schwangerschaft und Entbindung sicher zu überstehen, und die für Paare die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, daß sie ein gesundes Kind bekommen. Entsprechend dieser Definition des Begriffs "reproduktive Gesundheit" ist die Pflege der reproduktiven Gesundheit als das Zusammenwirken von Methoden, Verfahren und Dienstleistungen definiert, die zur reproduktiven Gesundheit und zum Wohlbefinden durch Verhütung und Behebung von Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit beitragen. Sie umfaßt auch die sexuelle Gesundheit, deren Zweck die Bereicherung des Lebens und der persönlichen Beziehungen ist, und nicht lediglich die Beratung und Betreuung in bezug auf Fortpflanzung und sexuell übertragbare Krankheiten.

95. Eingedenk dieser Definition umfassen reproduktive Rechte bestimmte Menschenrechte, die bereits in nationalen Rechtsvorschriften, völkerrechtlichen Menschenrechtsdokumenten und anderen Konsensdokumenten anerkannt sind. Diese Rechte stützen sich auf die Anerkennung des Grundrechts aller Paare und Individuen, frei und eigenverantwortlich über die Anzahl, den Geburtenabstand und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder zu entscheiden und über die diesbezüglichen Informationen und Mittel zu verfügen, sowie des Rechts, ein Höchstmaß an sexueller und reproduktiver Gesundheit zu erreichen. Dies umfaßt auch das Recht von Paaren und Einzelpersonen, frei von Diskriminierung, Zwang und Gewalt Entscheidungen in bezug auf die Fortpflanzung zu treffen, wie es in den Menschenrechtsdokumenten niedergelegt ist. Bei der Ausübung dieses Rechts sollten die

Frauen im gebärfähigen Alter. Ähnliche Probleme bestehen zu einem gewissen Grad auch in einigen Umbruchländern. Gefährliche Schwangerschaftsabbrüche gefährden das Leben zahlreicher Frauen und stellen ein großes Risiko eingehen. Die meisten der so verursachten Todesfälle, gesundheitlichen Probleme und Verletzungen könnten durch besseren Zugang zu angemessenen Gesundheitsdienst und wirksamer Familienplanungsmethoden und Geburtshilfenotdienste, in Anerkennung des Rechts von Frauen und Männern auf Aufklärung und Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen Familienplanungsmethoden ihrer Wahl sowie zu anderen Methoden ihrer Wahl zur Regulierung der Fruchtbarkeit, die nicht gegen die rechtlichen Bestimmungen verstoßen, und des Rechts auf Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten, die es Frauen ermöglichen, eine Schwanger die für Paare die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, daß sie ein gesundes Kind bekommen. Die Auseinandersetzung mit diesen Problemen und Mitteln sollte auf der Grundlage des Berichts der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung erfolgen, unter besonderer Berücksichtigung der einschlägigen Absätze des Aktionsprogramms der Konferenz. In den meisten Ländern führt die Nichtbeachtung der Rechte der Frau in bezug auf die Fortpflanzung zu einer schwerwiegenden Einschränkung ihrer Chancen im öffentlichen und im privaten Leben, so auch ihrer Chancen in bezug auf Bildung und ihre ökonomische und politische Gleichstellung. Die Fähigkeit der Frau, selbst über ihre eigene Fruchtbarkeit zu bestimmen, bildet eine wichtige Grundlage für die Wahrnehmung anderer Rechte. Die gemeinsame Verantwortung von Frau und Mann für Fragen des Sexual- und Fortpflanzungsverhaltens ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Gesundheit der Frau.

98. HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten, deren Übertragung mitunter eine Folge sexueller Gewalthandlungen ist, haben eine verheerende Wirkung auf die Gesundheit der Frau, insbesondere die Gesundheit von jungen Mädchen und Frauen. Diese haben oft nicht die Macht, auf sicheren und verantwortungsbewußten sexuellen Praktiken zu bestehen, und besitzen kaum Zugang zu Informationen und Diensten zur Verhütung und Behandlung solcher Krankheiten. Bei ihren Anstrengungen, die Ausbreitung von sexuell übertragbaren Krankheiten einzudämmen, haben die Frauen, die die Hälfte aller mit HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten neu infizierten Erwachsenen ausmachen, mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die schwache soziale Stellung der Frau und die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern Hindernisse für einen ungefährlichen Geschlechtsverkehr darstellen. Die Folgen einer HIV/Aids-erkrankung gehen über die Gesundheit der Frauen selbst hinaus und berühren ihre Rolle als Mütter und Betreuerinnen und ihren Beitrag zum wirtschaftlichen Unterhalt ihrer Familien. Die sozialen, entwicklungs- und gesundheitsbezogenen Folgen von HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten müssen aus einer geschlechtsbezogenen Perspektive heraus gesehen werden.

99. Sexuelle und geschlechtsbedingte Gewalt, einschließlich physischen und psychischen Mißbrauchs, des Frauen- und Mädchenhandels und anderer Formen von Mißbrauch und sexueller Ausbeutung, setzen Mädchen und Frauen einem hohen Risiko aus, was physisches und psychisches Trauma, Krankheit und ungewollte Schwangerschaft angeht. Durch solche Situationen werden Frauen oft davon abgehalten, Gesundheits- und andere Dienste in Anspruch zu nehmen.

100. Geistige Störungen im Zusammenhang mit Marginalisierung, Machtlosigkeit und Armut sowie Überarbeitung und Streß, die Zunahme von Gewalt in der Familie und Drogenmißbrauch gehören ebenfalls zu den Gesundheitsrisiken, die für die Frau wachsenden Anlaß zu Sorge bedeuten. In der ganzen Welt ist der Tabakkonsum unter Frauen, insbesondere jungen Frauen, im Zunehmen begriffen, was schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit der Frauen und ihrer Kinder hat. Berufsbedingte Gesundheitsprobleme gewinnen ebenfalls an Bedeutung, da eine große und noch weiter wachsende Zahl von Frauen auf dem formellen wie auch dem informellen Arbeitsmarkt auf schlecht bezahlten Arbeitsplätzen unter monotonen und ungesunden Bedingungen arbeitet. Immer mehr Frauen leiden an Brust- und Gebärmutterhalskrebs und anderen Krebserkrankungen der Fortpflanzungsorgane sowie an Unfruchtbarkeit; bei entsprechender Früherkennung könnten diese Krankheiten verhütet oder geheilt werden.

101. Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung und der immer größeren Zahl älterer Frauen gilt es, ihren gesundheitlichen Belangen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die langfristigen gesundheitlichen Aussichten der Frau werden durch Veränderungen beeinflusst, die in der Menopause eintreten und die im Verbund mit zeitlebens bereits andauernden Gegebenheiten und sonstigen Faktoren wie schlechter Ernährung und Bewegungsmangel das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Osteoporose erhöhen können. Auch anderen altersbedingten Krankheiten und dem Komplex Altern und Behinderung bei Frauen muß besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

102. Insbesondere in ländlichen und in armen städtischen Gebieten sind Frauen wie Männer in zunehmendem Maße umweltbedingten Gesundheitsrisiken aufgrund von Umweltkatastrophen und Umweltzerstörung ausgesetzt. Frauen beweisen eine andere Sensibilität für verschiedene Umweltgefahren, Schadstoffe und andere Substanzen als Männer, und die Folgen einer solchen Belastung sind bei Frauen andere als bei Männern.

103. Je nach den örtlichen Gegebenheiten ist die Qualität der Gesundheitsversorgung von Frauen in vieler Hinsicht oft unzulänglich. Frauen werden häufig weder mit Respekt behandelt, noch wird ihre Privatsphäre geachtet und Vertraulichkeit gewahrt, noch werden sie immer umfassend über die verfügbaren Alternativen und Dienstleistungen informiert. Darüber hinaus ist es in einigen Ländern die Regel, auf körperliche Abläufe im Leben der Frau mit einem Übermaß an medizinischer Behandlung zu reagieren, was zu unnötigen chirurgischen Eingriffen und

104. Statistische Gesundheitsdaten werden oft weder systematisch gesammelt noch nach Alter, Geschlecht und sozioökonomischem Status und den demographischen Kriterien aufgeschlüsselt und analysiert, die üblicherweise im Hinblick auf die Interessen und die Lösung der Probleme von Untergruppen herangezogen werden, unter besonderer Berücksichtigung der schwachen und marginalisierten Gruppen und anderer sachdienlicher Variablen. In vielen Ländern sind keine aktuellen und verlässlichen Daten zur Mortalität und Morbidität von Frauen und zu chronischen und akuten Erkrankungen verfügbar, von denen in erster Linie Frauen betroffen sind. Wenig ist auch darüber bekannt, wie sich soziale und wirtschaftliche Faktoren auf die Gesundheit von Mädchen und Frauen aller Altersstufen auswirken, über das Angebot an Gesundheitsdiensten für und die Inanspruchnahme dieser Dienste durch Mädchen und Frauen sowie über die Bedeutung von Vorbeugungs- und Gesundheitsförderungsprogrammen für Frauen. Fragen von Wichtigkeit für die Gesundheit der Frau wurden bisher nicht hinlänglich erforscht, und für Forschungsarbeiten über die Gesundheit der Frau fehlen oft die notwendigen Mittel. Medizinische Forschungsarbeiten, beispielsweise über Herzkrankheiten, und epidemiologische Studien basieren in vielen oft ausschließlich auf Untersuchungen an Männern und sind nicht geschlechtsspezifisch ausgelegt. Klinische Versuche mit Frauen zur Ermittlung grundlegender Daten über Dosierung, Nebenwirkungen und Wirksamkeit von Arzneimitteln, einschließlich Empfängnisver entsprechen nicht immer ethischen Normen, was Forschung und Erprobung angeht. Viele Protokolle für Arzneimitteltherapien und andere medizinische Behandlungsformen und Eingriffe bei Frauen basieren auf an Männern durchgeführten Forschungen, ohne daß je Untersuchungen über geschlechtsspezifische Unterschiede angestellt und entsprechende Anpassungen vorgenommen worden wären.

105. Bei der Auseinandersetzung mit Ungleichheiten im Gesundheitszustand von Frauen und Männern und dem ungleichen Zugang von Frauen und Männern zu Gesundheitsdiensten sowie der Unzulänglichkeit dieser Dienste für Frauen und Männer sollten die Regierungen und andere Akteure eine aktive und sichtbare Politik der konsequenten Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Politiken und Programme fördern, damit die Auswirkungen von Entscheidungen auf Frauen beziehungsweise Männer analysiert werden, bevor entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Strategisches Ziel C.1.

Verbesserung des lebenslangen Zugangs der Frau zu einer angemessenen, erschwinglichen und qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung, Gesundheitsinformationen und entsprechenden Dienstleistungen

Zu ergreifende Maßnahmen

106. Seitens der Regierungen, in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und mit Unterstützung internationaler Organisationen:

sversorgung, unter Einschluß der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung, was auch Informationen über Familienplanung und diesbezügliche Dienste mit einschließt, unter besonderer Berücksichtigung von Gesundheitsdiensten für Mütter und Geburtshilfenotdiensten, wie im Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung vereinbart;

f) Neugestaltung von Gesundheitsinformationen, Gesundheitsdiensten und Ausbildungsprogrammen für , daß den Bedürfnissen von Frauen und Männern gleichermaßen entsprochen und dem Standpunkt der Klienten Rechnung getragen wird, was zwischenmenschliche Umgangsformen und Kommunikationsvermögen sowie das Recht der Klienten auf Achtung der Privatsphäre und Wahrung der Vertraulichkeit betrifft; diese Dienste, Informationen und Ausbildungsprogramme sollten auf einem ganzheitlichen Ansatz beruhen;

g) Sicherstellung dessen, daß alle Gesundheitsdienste und alle im Gesundheitssektor Beschäftigten die Menschenrechte und ethische, berufsethische und geschlechtsbezogene Normen beachten, wenn sie Gesundheitsdienste für die Frau erbringen, um ihr eine verantwortungsbewußte und freiwillige Zustimmung in Kenntnis der Sachlage zu ermöglichen; Anregung zur Ausarbeitung, Umsetzung und Verbreitung ethischer Kodizes, die auf den bestehenden internationalen Grundsätzen ärztlicher Ethik und den ethischen Grundsätzen für

h) Ergreifung aller Maßnahmen, die angezeigt sind, um schädliche, medizinisch nicht indizierte oder erzwungene medizinische Eingriffe sowie eine unsachgemäße oder überhöhte Medikation von Frauen zu verhindern; Sicherstellung dessen, daß alle Frauen von entsprechend ausgebildetem Personal über ihre Wahlmöglichkeiten sowie über voraussichtliche Vorteile und mögliche Nebenwirkungen voll informiert werden;

i) Stärkung und Neuausrichtung der Gesundheitsdienste, insbesondere der primären Gesundheitsversorgung, um sicherzustellen, daß Frauen und Mädchen allgemeinen Zugang zu qualitativ hochwertigen Gesundheitsdiensten haben; Verminderung von Krankheit und mütterlicher Morbidität sowie bis zum Jahr 2000 Erreichung des vereinbarten Ziels einer weltweiten Verminderung der Müttersterblichkeit um mindestens 50 Prozent gegenüber 1990 und bis zum Jahr 2015 um weitere 50 Prozent; Gewährleistung des Vorhandenseins der notwendigen Leistungsangebote auf allen Ebenen des Gesundheitssystems sowie dessen, daß alle Personen im entsprechenden Alter möglichst bald, spätestens jedoch bis zum Jahr 2 Gesundheitsversorgung Zugang zu Diensten auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit haben;

j) Anerkennung der gesundheitlichen Folgen gefährlicher Schwangerschaftsabbrüche als wichtige Frage der eit und Ergreifung entsprechender Maßnahmen, wie in Ziffer 8.25 des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung¹⁴ vereinbart;

k) Erwägung der Revision von Gesetzen, welche Strafmaßnahmen gegen Frauen vorsehen, die sich einem illegalen Schwangerschaftsabbruch unterzogen haben, im Lichte von Ziffer 8.25 des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, in der es heißt: "Auf keinen Fall sollte der Schwangerschaftsabbruch als eine Familienplanungsmethode gefördert werden. Alle Regierungen und

einschlägigen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sind aufgefordert, sich der Gesundheit der Frau stärker zu verpflichten, sich mit den gesundheitlichen Schwangerschaftsabbruch als einer wichtigen Frage der öffentlichen Gesundheit auseinanderzusetzen und den Rückgriff auf Schwangerschaftsabbrüche durch erweiterte und verbesserte Familienplanungsdienste zu verringern. Die Verhütung ungewollter Schwangerschaften muß immer höchsten Vorrang erhalten, und es sollte alles versucht werden, um die Notwendigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs auszuschalten. Ungewollt schwanger gewordene Frauen sollten jederzeit Zugang zu zuverlässigen Informationen und einfühlsamer Beratung haben. Alle Maßnahmen und Änderungen im Rahmen des Gesundheitswesens zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs können nur auf nationaler oder lokaler Ebene im Einklang mit der innerstaatlichen Gesetzgebung beschlossen werden. Wo Schwangerschaftsabbrüche nicht gegen das Gesetz verstoßen, sollten sie sachgemäß vorgenommen werden. In allen Fällen sollte die Frau im Falle des Auftretens von Komplikationen bei einem Schwangerschaftsabbruch Zugang zu qualitativ hochwertigen Diensten haben. Nach einem Schwangerschaftsabbruch sollten umgehend Beratungs-, Aufklärungs- und Familienplanungsdienste angeboten werden, was ebenfalls zur Vermeidung erneuter Schwangerschaftsabbrüche beitragen wird."

l) besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Mädchen, insbesondere Förderung von gesundheitsbewußtem Verhalten, einschließlich körperlicher Betätigung; Ergreifung gezielter Maßnahmen zum Ausgleich des Gefälles in der Morbidität und Mortalität von Jungen und Mädchen, wo Mädchen derzeit benachteiligt sind, bei gleichzeitiger Erreichung der international vereinbarten Ziele in bezug auf die Senkung der Säuglings- und Kindersterblichkeit, und zwar bis zum Jahr 2000 konkret die Senkung der Sterblichkeitsrate von Säuglingen und Kindern um ein Drittel des Wertes von 1990 oder auf 50 bis 70 je 1.000 Lebendgeborene, je nachdem, welcher Wert geringer ist; und bis zum Jahr 2015 die Senkung der Säuglingssterblichkeit auf unter 35 pro 1.000 Lebendgeborene und der Sterblichkeit von Kleinkindern auf unter 45 pro 1.000;

m) Gewährleistung des ständigen Zugangs von Mädchen zu den erforderlichen Informationen und Diensten auf dem Gebiet der Gesundheit und Ernährung, während sie heranwachsen, um einen gesunden Übergang vom Kindes- zum Erwachsenenalter zu erleichtern;

n) Schaffung von Informationen, Programmen und Diensten, um den Frauen dabei behilflich zu sein, die mit dem Älterwerden zusammenhängenden Veränderungen zu verstehen und sich ihnen anzupassen, und um auf die gesundheitlichen Bedürfnisse älterer Frauen einzugehen und eine entsprechende Behandlung anzubieten, wobei physisch oder psychisch Abhängigen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte;

o) Gewährleistung von Unterstützungsdiensten für behinderte Mädchen und Frauen aller Altersstufen;

p) Ausarbeitung besonderer Politiken, Aufstellung von Programmen und Erlass von Rechtsvorschriften, die notwendig sind, um umwelt- und berufsbedingte Gesundheitsgefahren, die mit der Arbeit im Haus, am Arbeitsplatz und anderswo verbunden sind, zu mildern und zu beseitigen, unter besonderer Berücksichtigung schwangerer und stillender Frauen;

q) Eingliederung psychiatrischer Versorgungsdienste in die Systeme der primären Gesundheitsversorgung oder auf anderen in Betracht kommenden Ebenen, Aufstellung von Unterstützungsprogrammen und Ausbildung von Personal auf dem Gebiet der primären Gesundheitsversorgung zur Diagnose und Betreuung von Mädchen und Frauen aller Altersstufen, die Opfer irgendeiner Form von Gewalt geworden sind, insbesondere von Gewalt in der Familie, sexuellem Mißbrauch oder Mißbrauch als Folge bewaffneter und nicht bewaffneter Konflikte;

r) Aufklärung der Öffentlichkeit über die Vorteile des Stillens; Untersuchung von Mitteln und Wegen zur vollinhaltlichen Umsetzung des Internationalen Kodex der Weltgesundheitsorganisation und des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen für die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten und Befähigung der Mütter zum Stillen ihrer Säuglinge durch Gewährung gesetzlicher, wirtschaftlicher

s) Einrichtung von Mechanismen zur Unterstützung und Einbeziehung von nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere von Frauenorganisationen, beruflichen Fachverbänden und anderen um die Verbesserung der Gesundheit von Mädchen und Frauen bemühten Stellen in die Aufstellung staatlicher Politiken, die Konzeption von Programmen, soweit angezeigt, und in deren Umsetzung im Gesundheitssektor und in damit zusammenhängenden Bereichen auf allen Ebenen;

t) Unterstützung nichtstaatlicher Organisationen, die sich mit der Gesundheit der Frau befassen, und Unterstützung des Aufbaus von Netzwerken für eine bessere Koordination und Zusammenarbeit zwischen allen gesundheitsrelevanten Sektoren;

u) Rationalisierung der Arzneimittelbeschaffung und Gewährleistung einer zuverlässigen und kontinuierlichen Versorgung mit hochwertigen Medikamenten, Empfängnisverhütungsmitteln und Versorgungsgütern und Geräten, unter Heranziehung der WHO-Musterliste der wesentlichen Arzneimittel als Richtlinie, und Gewährleistung der Sicherheit von Medikamenten und Hilfsmitteln im Rahmen der einzelstaatlichen Arzneimittelzulassungsverfahren;

v) Erleichterung des Zugangs von suchtmittelabhängigen Frauen und ihren Familien zu geeigneten Behandlungs- und Rehabilitationsdiensten;

ernährung der Internationalen Ernährungskonferenz eingegangenen Verpflichtungen, so auch hinsichtlich der weltweiten Verminderung der schweren und mittelschweren Mangelernährung von Kindern unter fünf Jahren bis zum Jahr 2000 um 50 Prozent gegenüber 1990 unter besonderer Berücksichtigung des geschlechtsbezogenen Ernährungsgefälles, und bis zum Jahr 2000 Reduzierung der Eisenmangelanämie bei Mädchen und Frauen um ein Drittel gegenüber 1990;

x) Gewährleistung der Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen und des allgemeinen Zugangs dazu und möglichst baldige Einrichtung von wirksamen öffentlichen Wasserversorgungssystemen;

y) Gewährleistung des uneingeschränkten und gleichberechtigten Zugangs autochthoner Frauen zu Infrastruktureinrichtungen und -diensten auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung.

Strategisches Ziel C.2.

Stärkung von Vorsorgeprogrammen zur Förderung der Gesundheit der Frau

Zu ergreifende Maßnahmen

107. Seitens der Regierungen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen, den Massenmedien, dem Privatsektor und in Betracht kommenden internationalen Organisationen, einschließlich Organen der Vereinten Nationen:

a) vorrangige Behandlung formeller und nichtformeller Bildungsprogramme, welche die Frauen dabei unterstützen und dazu befähigen, Selbstbewußtsein zu entwickeln, sich Wissen anzueignen, Entscheidungen in bezug auf ihre Gesundheit zu treffen und Verantwortung für ihre eigene Gesundheit zu übernehmen, in Fragen der Sexualität und der Fruchtbarkeit ein Verhältnis gegenseitiger Achtung herzustellen und die Männer über die Bedeutung der Gesundheit und des Wohls der Frau aufzuklären, unter besonderer Berücksichtigung von Programmen für Männer wie auch Frauen, welche die Beseitigung von schädlichen Einstellungen und Praktiken zum Ziel haben, wie beispielsweise die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane, die Bevorzugung männlicher Nachkommen (was die Tötung weiblicher Neugeborener und vorgeburtliche Geschlechtsselektion zur Folge hat), Frühheirat, einschließlich Kinderheirat, Gewalt gegen Frauen, sexuelle Ausbeutung, sexueller Mißbrauch, was unter -infektion und Aids beziehungsweise andere sexuell übertragbare Krankheiten nach sich ziehen kann, Drogenmißbrauch, Diskriminierung von Mädchen und Frauen bei der Nahrungsmittelzuteilung und andere schädliche Einstellungen und Praktiken im Zusammenhang mit dem Leben, der Gesundheit und dem Wohl der Frau, wobei anerkannt wird, daß es sich bei einigen dieser Praktiken um Verletzungen der Menschenrechte und der Grundsätze ärztlicher Ethik handeln kann;

b) Verfolgung einer Sozial-, menschlichen Entwicklungs-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik zur Beseitigung der Armut von Frauen mit dem Ziel, ihre Anfälligkeit für Krankheiten zu vermindern und ihre Gesundheit zu verbessern;

c) Ermutigung der Männer, sich zu gleichen Teilen an der Betreuung der Kinder und an der Hausarbeit zu beteiligen und ihren Anteil zur finanziellen Unterstützung ihrer Familie zu leisten, auch wenn sie nicht bei ihrer Familie leben;

d) Stärkung von Gesetzen, Reform von Institutionen und Förderung von Normen und Praktiken, welche die Diskriminierung der Frau beseitigen und Frauen wie auch Männer dazu ermutigen, Verantwortung für ihr Sexualverhalten und ihr generatives Verhalten zu übernehmen, Gewährleistung der uneingeschränkten Achtung der persönlichen Unversehrtheit, Maßnahmen zur Herstellung der notwendigen Voraussetzungen dafür, daß die Frau ihre Fortpflanzungsrechte wahrnehmen kann, und Beseitigung von mit Nötigung verbundenen Gesetzen und Praktiken;

e) Zusammenstellung von leicht zugänglichen Informationen und deren Verbreitung im Rahmen öffentlicher Gesundheitskampagnen, durch die Medien, zuverlässige Beratungsdienste und das Bildungswesen, um sicherzustellen, daß sich Frauen und Männer, insbesondere junge Menschen, Wissen über ihre Gesundheit aneignen können, insbesondere Informationen über Sexualität und Fortpflanzung, unter Berücksichtigung der Rechte des Kindes, was den Zugang zu Informationen, den Schutz der Privatsphäre, die Wahrung der Vertraulichkeit, Achtung und Zustimmung in Kenntnis der Sachlage betrifft, sowie der Aufgaben, Rechte und Pflichten der Eltern und des Vormunds, dem Kind in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise und in Übereinstimmung mit der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angemessene Anleitung und Beratung betreffend die Ausübung der in der Konvention über die Rechte des Kindes anerkannten Rechte zu geben; Is des Kindes bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen;

f) Aufstellung und Unterstützung von Programmen im Bildungswesen, am Arbeitsplatz und im Gemeinwesen, um Mädchen und Frauen aller Altersstufen auf derselben Grundlage wie Männern und Jungen Gelegenheit zu geben, an Sport, körperlicher Betätigung und Freizeitbeschäftigungen teilzunehmen;

- g) Anerkennung der besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen und Durchführung gezielter geeigneter Programme, wie beispielsweise zur Aufklärung und Information über Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und über sexuell übertragbare Krankheiten, einschließlich HIV/Aids, unter Berücksichtigung der Rechte des Kindes und der Aufgaben, Rechte und Pflichten der Eltern nach Ziffer 107 e);
- h) Aufstellung von Politiken mit dem Ziel, die unverhältnismäßig hohe und noch steigende Belastung der Frauen, die in der Familie und im Gemeinwesen mehrere Funktionen wahrnehmen, dadurch zu vermindern, daß ihnen von seiten der Gesundheits- und Sozialeinrichtungen entsprechende Unterstützung gewährt und Programme angeboten werden;
- i) Erlaß von Vorschriften, die sicherstellen, daß die Arbeitsbedingungen, so insbesondere auch was die Bezahlung und das berufliche Fortkommen von Frauen auf allen Ebenen des Gesundheitssystems angeht, Frauen nicht diskriminieren und fairen und berufsethischen Normen entsprechen, damit die Frauen wirksame Arbeit leisten können;
- j) Sicherstellung dessen, daß Informationen und Unterrichtung in Gesundheits- und Ernährungsfragen feste Bestandteile aller Alphabetisierungsprogramme für Erwachsene und aller Lehrpläne ab der Grundschulebene bilden;
- k) Ausarbeitung und Durchführung von Medienkampagnen und Aufklärungs- und Bildungsprogrammen, welche die Frauen und Mädchen über Gesundheits- und andere Risiken bei Suchtmittelmißbrauch und Suchtmittelabhängigkeit informieren, und Verfolgung von Strategien, die negative Anreize in bezug auf Suchtmittelmißbrauch und Suchtmittelabhängigkeit bieten und Rehabilitation und Genesung fördern;
- l) Ausarbeitung und Durchführung umfassender und kohärenter Programme zur Verhütung, Diagnose und Behandlung von Osteoporose, einer Erkrankung, von der in erster Linie Frauen betroffen sind;
- m) Schaffung und/oder Ausbau von Programmen und Diensten, einschließlich Medienkampagnen, die sich mit der Verhütung, Früherkennung und Behandlung von Brust- und Gebärmutterhalskrebs und anderen Krebserkrankungen der Fortpflanzungsorgane befassen;
- n) Verringerung von Umweltgefahren, die besonders in armen Regionen und Gemeinwesen ein wachsendes Gesundheitsrisiko darstellen; Anwendung eines Vorbeugungskonzepts, wie in der auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung verabschiedeten Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung vereinbart, und Berichterstattung über umweltbedingte Gesundheitsrisiken für Frauen im Rahmen der Überwachung der Umsetzung der Agenda 2;
- o) Bewußtseinsbildung bei Frauen, Beschäftigten im Gesundheitssektor, Politikern und der allgemeinen Bevölkerung, jedoch vermeidbaren Gesundheitsrisiken aufgrund des Tabakkonsums und der Notwendigkeit des Erlasses von Vorschriften und Aufklärungsmaßnahmen zur Verminderung des Rauchens als wichtige Tätigkeiten zur Gesundheitsförderung und Krankheitsvorbeugung;
- p) Sicherstellung dessen, daß die Lehrpläne medizinischer Fakultäten und anderer medizinischer Ausbildungseinrichtungen einfühlsame, umfassende und obligatorische Kurse über die Gesundheit der Frau vorsehen;
- q) Ergreifung von konkreten Vorbeugungsmaßnahmen zum Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern vor Mißbrauch jedweder Art - wie beispielsweise sexuellem Mißbrauch, Ausbeutung, Menschenhandel und Gewalt - und Ausarbeitung und Durchsetzung von Gesetzen und Gewährung von Rechtsschutz und medizinischer und sonstiger Unterstützung.

Strategisches Ziel C.3.

Ergreifung von Initiativen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Situation der Geschlechter zur Auseinandersetzung mit sexuell übertragbaren Krankheiten, HIV/Aids und Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit

Zu ergreifende Maßnahmen

108. Seitens der Regierungen, internationalen Organisationen, namentlich auch der zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen, bilateraler und multilateraler Geber und nichtstaatlicher Organisationen:

- a) Sicherstellung der Einbeziehung von Frauen, insbesondere soweit sie mit HIV/Aids oder anderen sexuell übertragbaren Krankheiten infiziert oder von der HIV/Aids-Pandemie betroffen sind, in alle Entscheidungsprozesse betreffend die Erarbeitung, Durchführung, Überwachung und Bewertung von Politiken und Programmen betreffend HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten;
- b) Überprüfung und gegebenenfalls Änderung von Rechtsvorschriften und Bekämpfung von Praktiken, die die Verbreitung von HIV-Infektionen und andere sexuell übertragbare Krankheiten erhöhen könnten,

namentlich auch Erlass von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der dazu beitragenden soziokulturellen Praktiken sowie Anwendung von Rechtsvorschriften, Politiken und Praktiken zum Schutz von Frauen, weiblichen Jugendlichen und jungen Mädchen vor der mit HIV/Aids verbundenen Diskriminierung;

- c) Anregung aller Bereiche der Gesellschaft, einschließlich des öffentlichen Sektors, sowie der internationalen Organisationen zur Erarbeitung einfühlbarer, unterstützender und nichtdiskriminierender Politiken und Maßnahmen betreffend HIV/Aids, durch die die Rechte von infizierten Personen geschützt werden;
- d) Anerkennung des Ausmaßes der HIV/Aids-Pandemie in den jeweiligen Ländern, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf Frauen, um sicherzustellen, daß infizierte Frauen nicht stigmatisiert und diskriminiert werden, auch nicht auf Reisen;
- e) Erarbeitung geschlechtsbezogener sektorübergreifender Programme und Strategien mit dem Ziel, der untergeordneten sozialen Stellung von Frauen und Mädchen ein Ende zu setzen und ihre soziale und wirtschaftliche Gleichstellung und Gleichberechtigung zu sichern; Förderung von Programmen, durch die Männer aufgeklärt und in die Lage versetzt werden sollen, ihrer eigenen Verantwortung für die Verhütung von HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten nachzukommen;
- f) Förderung der Erarbeitung von gemeinwesengestützten Strategien zum Schutz von Frauen aller Altersstufen vor HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten; Betreuung und Unterstützung von infizierten Mädchen, Frauen und ihren Familien und Mobilisierung aller Teile des Gemeinwesens dazu, in Antwort auf die HIV/Aids-Pandemie Druck auf alle zuständigen Behörden auszuüben, um sie zu veranlassen, rechtzeitig, wirksam, nachhaltig und einfühlbar zu reagieren;
- g) Unterstützung und Stärkung der einzelstaatlichen Kapazität zur Aufstellung beziehungsweise Verbesserung geschlechterbezogener Politiken und Programme betreffend HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten, einschließlich der Bereitstellung von Ressourcen und Einrichtungen für Frauen, die die Hauptverantwortung für die Pflege oder den wirtschaftlichen Unterhalt von mit HIV/Aids infizierten oder von der Pandemie betroffenen Personen und ihren Hinterbliebenen, insbesondere Kindern und älteren Menschen, tragen;
- h) Angebot von Seminaren und speziellen Aufklärungs- und Ausbildungsprogrammen für Eltern, Entscheidungsträger und Meinungsbildner auf allen Ebenen des Gemeinwesens, namentlich auch religiöse und traditionelle Instanzen, über die Verhütung von HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten und über deren Folgen für Männer und Frauen jeden Alters;
- i) Bereitstellung aller einschlägigen Informationen und Aufklärungsmaßnahmen für alle Frauen und im Gesundheitssektor Beschäftigten über sexuell übertragbare Krankheiten, so auch über HIV/Aids, und Schwangerschaft und die Auswirkungen auf das Kind, auch was das Stillen angeht;
- j) Unterstützung von Frauen und ihren formellen und informellen Organisationen bei der Schaffung beziehungsweise dem Ausbau wirksamer, von Frauen selbst getragener Aufklärungsprogramme und Öffentlichkeitsprogramme sowie bei der Beteiligung an der Konzipierung, Durchführung und Überwachung dieser Programme;
- k) gezielte Förderung von auf gegenseitiger Achtung beruhenden und ausgewogenen Beziehungen zwischen Männern und Frauen und insbesondere Deckung des Aufklärungs- und Dienstleistungsbedarfs von Heranwachsenden, damit sie positiv und verantwortungsbewußt mit ihrer Sexualität umgehen können;
- l) Konzipierung gezielter Programme für Männer aller Altersstufen und heranwachsende Jungen, unter Berücksichtigung der in Ziffer 107 e) genannten Aufgaben der Eltern, die vollständige und genaue Informationen über ein risikofreies, verantwortungsbewußtes Sexual- und Reproduktionsverhalten liefern sollen, so auch über freiwillige, geeignete und wirksame vom Mann anzuwendende Methoden zur Verhütung von HIV/Aids und , unter anderem durch Enthaltensamkeit und Kondomgebrauch;
- m) Gewährleistung des allgemeinen Zugangs von Paaren und Einzelpersonen zu geeigneten und erschwinglichen Vorbeugungsdiensten im Hinblick auf sexuell übertragbare Krankheiten einschließlich HIV/Aids im Rahmen des Systems der primären Gesundheitsversorgung sowie Ausbau der Beratungs- und freiwilligen und vertraulichen Diagnose- und Behandlungsdienste für Frauen; Sicherstellung dessen, daß qualitativ hochwertige Kondome sowie Medikamente zur Behandlung sexuell übertragbarer Krankheiten soweit möglich an die Gesundheitsdienste geliefert und verteilt werden;
- n) Unterstützung von Programmen, die berücksichtigen, daß das höhere Risiko einer HIV-Infektion von Frauen auf risikoreiches Verhalten zurückzuführen ist, so auch auf die intravenöse Injektion von Suchtstoffen und ein ungeschütztes und unverantwortliches Sexualverhalten unter Suchtstoffeinfluß, und Ergreifung entsprechender
- o) Unterstützung und Beschleunigung maßnahmenorientierter Forschungsarbeiten über erschwingliche, von Frauen kontrollierte Methoden zur Verhütung von HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten, über Strategien, die die Frauen befähigen, sich vor sexuell übertragbaren Krankheiten einschließlich HIV/Aids

über Methoden zur Betreuung, Unterstützung und Behandlung von Frauen, wobei ihre Einbeziehung in alle Aspekte dieser Forschungsarbeiten sicherzustellen ist;

p) Unterstützung und Einleitung von Forschungsarbeiten, die sich mit den Bedürfnissen von Frauen befassen, namentlich Forschungsarbeiten über die Infektion mit HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten bei Frauen, über von Frauen kontrollierte Schutzmethoden, wie etwa die Verwendung von nichtspermiziden Mikrobiziden, sowie über risikoträchtige Einstellungen und Praktiken bei Frauen und Männern.

Strategisches Ziel C.4.

Förderung der Forschung und Verbreitung von Informationen über die Gesundheit der Frau

Zu ergreifende Maßnahmen

109. Seitens der Regierungen, des Systems der Vereinten Nationen, der Beschäftigten im Gesundheitssektor, der Forschungsinstitutionen, der nichtstaatlichen Organisationen, der Geber, der pharmazeutischen Industrie und gegebenenfalls der Massenmedien:

- a) Ausbildung von Forschern und Einführung von Systemen, die die Heranziehung von unter anderem nach Geschlecht und Alter, anderen etablierten demographischen Kriterien und sozioökonomischen Variablen gesammelten, analysierten und aufgeschlüsselten Daten bei der Politikgestaltung und gegebenenfalls bei der Planung, Überwachung und Evaluierung ermöglichen;
- b) Förderung einer geschlechterbezogenen, die Frau in den Mittelpunkt stellenden medizinischen Forschung, Behandlung und Technologie sowie Verknüpfung von überliefertem und indigenem Wissen mit der modernen Medizin, wobei den Frauen die entsprechenden Informationen zur Verfügung zu stellen sind, damit sie in Kenntnis der Sachlage verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen können;
- c) verstärkte Besetzung von Führungspositionen im Gesundheitswesen mit Frauen, namentlich auch unter den Forschern und Wissenschaftlern, um so bald wie möglich eine Gleichstellung zu erzielen;
- d) Erhöhung der finanziellen und sonstigen Unterstützung aus allen Quellen für Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Vorbeugung und, soweit angezeigt, der Biomedizin, der Verhaltensforschung, der Epidemiologie und der Gesundheitsversorgung betreffend frauenspezifische Gesundheitsfragen sowie für Forschungsarbeiten über die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen von spezifischen gesundheitlichen Problemen der Frau und deren Folgen, so auch die Auswirkungen geschlechts- und altersbedingter Ungleichheiten, insbesondere im Hinblick auf chronische und nichtübertragbare Krankheiten, vor allem Herz-Kreislauf-Erkrankungen und -Leiden, Krebs, Infektionen und Verletzungen der Fortpflanzungsorgane, HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten, Gewalt in der Familie, Berufskrankheiten, Behinderungen, umweltbedingte Gesundheitsprobleme, Tropenkrankheiten und die gesundheitlichen Aspekte des Alters;
- e) Aufklärung von Frauen über die Faktoren, die das Risiko einer Krebserkrankung und Infektion der Fortpflanzungsorgane erhöhen, damit die Frauen in Kenntnis der Sachlage ihre Gesundheit betreffende Entscheidungen treffen können;
- f) Unterstützung und Finanzierung von Forschungsarbeiten auf sozialem, wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet zu der Frage, wie geschlechtsbedingte Ungleichheiten die Gesundheit der Frau beeinträchtigen, so auch, was die Ätiologie, die Epidemiologie, die Bereitstellung und Inanspruchnahme von Dienstleistungen und das Behandlungsergebnis angeht;
- g) Unterstützung von Forschungsarbeiten über Gesundheitsversorgungssysteme und ihre Geschäftstätigkeit, mit dem Ziel, den Zugang zu Gesundheitsdiensten und die Qualität der erbrachten Leistungen zu verbessern, Frauen, die selbst Gesundheitsdienste erbringen, die entsprechende Unterstützung zu gewähren, und zu prüfen, welche Muster sich hinsichtlich der Bereitstellung von Gesundheitsdiensten für Frauen und ihrer Inanspruchnahme durch Frauen erkennen lassen;
- h) Bereitstellung von finanzieller und institutioneller Unterstützung für Forschungsarbeiten über sichere, wirksame, erschwingliche und akzeptable Methoden und Technologien auf dem Gebiet der reproduktiven und sexuellen Gesundheit von Frauen und Männern, so unter anderem auch sicherere, wirksamere, erschwinglichere und akzeptablere Methoden der Fruchtbarkeitsregulierung, einschließlich einer natürlichen Familienplanung, über Methoden zum Schutz gegen HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten und einfache, preisgünstige Methoden zur Diagnose solcher Erkrankungen. Diese Forschungsarbeiten müssen sich in allen Stadien an den Nutzern und an geschlechtsspezifischen, insbesondere frauenspezifischen Gesichtspunkten orientieren und sollten in strikter Übereinstimmung mit international akzeptierten rechtlichen, ethischen, medizinischen und wissenschaftlichen Normen der biomedizinischen Forschung durchgeführt werden;
- i) da gefährliche Schwangerschaftsabbrüche¹⁶ eine große Bedrohung für die Gesundheit und das Leben von Frauen darstellen, sollten Forschungsarbeiten im Hinblick auf das Verständnis und ein besseres Eingehen auf die ausschlaggebenden Faktoren und die Folgen eines induzierten Schwangerschaftsabbruchs, namentlich auch dessen

Auswirkungen auf die spätere Fertilität, die reproduktive und psychische Gesundheit und die Empfängnisverhütung, sowie Forschungsarbeiten über die Behandlung von Komplikationen bei Schwangerschaftsabbrüchen und die Betreuung nach einem Abbruch gefördert werden;

- j) Anerkennung und Unterstützung von förderlichen Formen der traditionellen Gesundheitsversorgung, insbesondere soweit sie von Ureinwohnerinnen praktiziert werden, mit dem Ziel, den Wert der traditionellen Gesundheitsversorgung zu erhalten und diese in die bereitgestellten Gesundheitsdienste einzubeziehen, sowie Unterstützung hierauf abzielender Forschungsarbeiten;
- k) Entwicklung von Mechanismen zur Evaluierung der verfügbaren Daten und Forschungsergebnisse und ihrer Weitergabe unter anderem an Forscher, Politiker, im Gesundheitswesen tätige Fachkräfte und Frauengruppen;
- l) Überwachung der menschlichen Genomforschung und damit zusammenhängender genetischer Forschungsarbeiten unter dem Gesichtspunkt der Gesundheit der Frau sowie Verbreitung von Informationen und Untersuchungsergebnissen im Einklang mit akzeptierten ethischen Normen.

Strategisches Ziel C.5.

Bereitstellung von mehr Mitteln für die Gesundheitsversorgung der Frau und Überwachung der entsprechenden

Zu ergreifende Maßnahmen

110. Seitens der Regierungen auf allen Ebenen und gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere Frauen- und Jugendorganisationen:

- a) Erhöhung der Haushaltsmittel für die primäre Gesundheitsversorgung und für soziale Dienste, bei angemessener Unterstützung des sekundären und tertiären Bereichs, besondere Beachtung der reproduktiven und sexuellen rauen und Vorrang für Gesundheitsprogramme in ländlichen und armen städtischen Gebieten;
- b) Entwicklung innovativer Konzeptionen für die Finanzierung von Gesundheitsdiensten durch die Förderung einer Gemeinwesenbeteiligung und einer lokalen Finanzierung; soweit erforderlich Bereitstellung von mehr Haushaltsmitteln für Gemeinwesen-Gesundheitszentren und gemeinwesengestützte Programme und Dienste, die auf die spezifischen Gesundheitsbedürfnisse von Frauen ausgerichtet sind;
- c) Aufbau lokaler Gesundheitsdienste unter Förderung der Eingliederung einer geschlechtsbezogenen gemeinwesengestützten Partizipation und Selbstbehandlung sowie von eigens entwickelten vorbeugenden Gesundheitsprogrammen;
- d) Festlegung von Zielen und gegebenenfalls Fristen für die Verbesserung der Gesundheit der Frau und für die Planung, Durchführung, Überwachung und Bewertung von Programmen unter Zugrundelegung von Untersuchungen der geschlechtsspezifischen Auswirkungen unter Heranziehung nach Geschlechtszugehörigkeit, Alter, anderen etablierten demographischen Kriterien und sozioökonomischen Variablen aufgeschlüsselter qualitativer und quantitativer Daten;
- e) Schaffung ressortinterner beziehungsweise ressortübergreifender Mechanismen zur Überwachung der Umsetzung von Reformen auf dem Gebiet der frauenspezifischen Gesundheitspolitiken und -programme, sowie gegebenenfalls Einrichtung hochrangiger Koordinierungsstellen in den einzelstaatlichen Planungsbehörden mit dem Auftrag, darüber zu wachen, daß die Gesundheitsbelange der Frau von allen -
programmen konsequent berücksichtigt werden.

111. Seitens der Regierungen, der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, der internationalen Finanzinstitutionen, der bilateralen Geber und gegebenenfalls des Privatsektors:

- a) Konzipierung von Politiken, die Investitionen in die Gesundheit der Frau begünstigen, und gegebenenfalls Bereitstellung von mehr Mitteln für solche Investitionen;
- b) angemessene materielle, finanzielle und logistische Unterstützung von nichtstaatlichen Jugendorganisationen, damit diese besser in der Lage sind, sich mit den gesundheitlichen Belangen von Jugendlichen, so auch mit Belangen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit auseinanderzusetzen;
- b) Einräumung einer höheren Priorität für die Gesundheit der Frau und, zur Gewährleistung von Fortschritten, Schaffung von Mechanismen zur Koordinierung und Verwirklichung der die Gesundheit betreffenden Ziele der Aktionsplattform und der einschlägigen internationalen Übereinkünfte.

Mitglieder des Haushalts sowie Fälle von Mißhandlung innerhalb und außerhalb der Ehe werden häufig nicht gemeldet und sind daher nur schwer aufzudecken. Selbst wenn eine derartige Gewalthandlung gemeldet wird, wird den Opfern häufig kein Schutz gewährt und werden die Täter nicht bestraft.

118. Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck der historisch ungleichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, die dazu geführt haben, daß die Frau vom Mann dominiert und diskriminiert und daran gehindert wird, sich voll zu entfalten. Die gegen Frauen während ihres gesamten Lebens ausgeübte Gewalt hat ihren Ursprung im wesentlichen in kulturellen Verhaltensmustern, insbesondere in den schädlichen Auswirkungen bestimmter traditioneller Praktiken und Bräuche und in allen extremistischen Handlungen im Zusammenhang mit der Rasse, dem Geschlecht, der Sprache oder der Religion, die die niedrigere Stellung der Frau in der Familie, am Arbeitsplatz, im Gemeinwesen und in der Gesellschaft festschreiben. Gewalt gegen Frauen wird noch verschärft durch gesellschaftlichen Druck, insbesondere die mit der öffentlichen Anprangerung bestimmter gegen Frauen verübter Handlungen verbundene Scham, den mangelnden Zugang der Frau zu rechtlichen Informationen, Hilfe oder Schutz, den Mangel an Gesetzen, durch die Gewalt gegen Frauen wirksam verboten wird, die nicht durchgeführte Reform bestehender Gesetze, unzulängliche Maßnahmen seitens der öffentlichen Behörden, die

bestehenden Gesetze in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und entsprechend durchzusetzen, und das Fehlen pädagogischer und anderer Mittel zur Behebung der Ursachen und Folgen von Gewalt. Darstellungen von Gewalt gegen Frauen in den Medien, insbesondere Darstellungen von Vergewaltigungen oder sexueller Versklavung sowie die Ausnutzung von Frauen und Mädchen als Sexobjekte, insbesondere auch Pornographie, tragen dazu bei, daß derartige Gewalthandlungen nach wie vor weit verbreitet sind, und wirken sich auf die Gemeinschaft als Ganzes und besonders auf Kinder und junge Menschen schädlich aus.

119. Die Ausarbeitung eines ganzheitlichen und multidisziplinären Konzepts, mit dem an die komplexe Aufgabe der Heranbildung von Familien, Gemeinwesen und Staaten herangegangen werden kann, in denen es nicht zu Gewalt gegen Frauen kommt, ist nicht nur notwendig, sondern auch machbar. Die Grundsätze der Gleichberechtigung, Partnerschaft von Frau und Mann und die Achtung der Menschenwürde müssen alle Stadien des Sozialisationsprozesses durchdringen. Bildungssysteme sollten die Selbstachtung, die Achtung voreinander und die Zusammenarbeit zwischen Frau und Mann fördern.

120. Das Fehlen entsprechender, nach Geschlecht aufgeschlüsselter Daten und Statistiken über die Häufigkeit von Gewalt erschwert die Ausarbeitung von Programmen und die Kontrolle der eingetretenen Veränderungen. Mangelnde beziehungsweise unzulängliche Belege und Forschungsarbeiten über Gewalt in der Familie, sexuelle Belästigung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen im privaten und öffentlichen Bereich, namentlich auch am Arbeitsplatz, behindern die Anstrengungen zur Entwicklung gezielter Gegenstrategien. Die Erfahrung in einigen Ländern hat gezeigt, daß Frauen und Männer mobilisiert werden können, Gewalt in allen ihren Formen zu
me, auf die Ursachen wie auch die Folgen der Gewalt gerichtete öffentliche
Maßnahmen ergriffen werden können. Notwendige Verbündete zur Herbeiführung von Veränderungen sind Männergruppen, die sich gegen geschlechtsbezogene Gewalt einsetzen.

121. Frauen können in Konfliktsituationen und in Nichtkonfliktsituationen Gewalthandlungen ausgesetzt sein, die von Personen in Machtpositionen verübt werden. Die Ausbildung aller Beamten auf dem Gebiet des humanitären Rechts und der Menschenrechte und die Bestrafung derjenigen, die Gewalthandlungen gegen Frauen begangen haben, würde mit dazu beitragen sicherzustellen, daß Beamte, zu denen die Frauen eigentlich Vertrauen haben sollten, insbesondere Polizei- und Justizbeamte und Sicherheitskräfte, keine derartigen Gewalthandlungen begehen.

122. Die wirksame Unterbindung des Frauen- und Mädchenhandels für das Sexgewerbe ist ein drängendes internationales Anliegen. Die Umsetzung der Konvention von 1949 zur Unterbindung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer sowie sonstiger einschlägiger Rechtsakte muß geprüft und verstärkt werden. Die Ausnutzung der Frau in internationalen Prostitutions- und Menschenhandelsringen ist zu einer Hauptaktivität des internationalen organisierten Verbrechens geworden. Die Sonderberichterstatterin der Menschenrechtskommission für Gewalt gegen Frauen, die diese Aktivitäten als eine weitere Ursache von Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten von Frauen und Mädchen untersucht hat, wird gebeten, sich im Rahmen ihres Auftrags dringend mit dem Problem des internationalen Menschenhandels für das Sexgewerbe sowie mit den Problemen der Zwangsprostitution, der Vergewaltigung, des sexuellen Mißbrauchs und des Sextourismus zu befassen. Frauen und Mädchen, die Opfer dieses internationalen Handels werden, sind einem erhöhten Risiko weiterer Gewalt sowie ungewollter Schwangerschaften und sexuell übertragenen Infektionen, so auch HIV/Aids-Infektionen, ausgesetzt.

123. Bei der Auseinandersetzung mit der Gewalt gegen Frauen sollten die Regierungen und andere Akteure eine aktive und sichtbare Politik der konsequenten Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Politiken und Programme fördern, damit die Auswirkungen von Entscheidungen auf Frauen beziehungsweise analysiert werden, bevor entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Strategisches Ziel D.1.

Ergreifung integrierter Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

Zu ergreifende Maßnahmen

124. Seitens der Regierungen:

a) Verurteilung der Gewalt gegen Frauen und Verzicht darauf, Brauch, Tradition oder religiöse Beweggründe geltend zu machen, um sich ihrer Verpflichtungen im Hinblick auf die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen aufgrund der Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen zu entziehen;

b) Unterlassung von Gewalt gegen Frauen und Entfaltung gebührender Sorgfalt mit dem Ziel, Gewalthandlungen gegen Frauen zu verhüten, zu untersuchen und im Einklang mit den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu bestrafen, gleichviel, ob diese Gewalttaten vom Staat oder von Privatpersonen verübt wurden;

c) Erlaß beziehungsweise Stärkung straf-, zivil-, arbeits- und verwaltungsrechtlicher Sanktionen im Rahmen der einzelstaatlichen Gesetzgebung zur Bestrafung und Wiedergutmachung der Vergehen an Frauen und Mädchen, die irgendeiner Form von Gewalt ausgesetzt sind, gleichviel ob zu Hause, am Arbeitsplatz, im Gemeinwesen oder in der Gesellschaft;

p) Zuweisung ausreichender Mittel im Staatshaushalt und Aufbringung kommunaler Ressourcen für Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, namentlich auch von Ressourcen für die Durchführung von Aktionsplänen auf allen geeigneten Ebenen;

125. Seitens der Regierungen, einschließlich der Kommunalverwaltungen, der Gemeinwesenorganisationen, nichtstaatlichen Organisationen, Bildungseinrichtungen, des öffentlichen und privaten Sektors, insbesondere der Unternehmen, und gegebenenfalls der Massenmedien:

a) Bereitstellung von ausreichend finanzierten Heimen und von Notunterstützung für Mädchen und Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, sowie Bereitstellung ärztlicher, psychologischer und sonstiger Beratungsdienste und, soweit erforderlich, unentgeltlicher oder kostengünstiger Rechtsberatungsdienste sowie geeignete
Itserwerb;

b) Einrichtung von in sprachlicher und kultureller Hinsicht zugänglichen Diensten für erwachsene und jugendliche Migrantinnen, namentlich auch Wanderarbeiterinnen, die Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt geworden sind;

c) Anerkennung des sen, daß Migrantinnen, namentlich auch Wanderarbeiterinnen, deren rechtlicher Status im Gastland von Arbeitgebern abhängt, die ihre Situation unter Umständen ausbeuten, für Gewalt und andere Formen

d) Unterstützung der Initiativen von Frauenorganisationen und nichtstaatlichen Organisationen in der ganzen Welt, die Öffentlichkeit für das Problem der Gewalt gegen Frauen zu sensibilisieren und zu dessen Beseitigung beizutragen;

e) Organisation, Unterstützung und Finanzierung von gemeinwesengestützten Bildungs- und Ausbildungskampagnen mit dem Ziel, der Öffentlichkeit verstärkt bewußt zu machen, daß Gewalt gegen Frauen eine Verletzung ihrer Menschenrechte darstellt, und Veranlassung der örtlichen Gemeinwesen, geeignete, geschlechtsbezogene Aspekte berücksichtigende traditionelle und innovative Methoden der Konfliktbeilegung anzuwenden;

f) Anerkennung, Unterstützung und Förderung der entscheidenden Rolle, die zwischengeschalteten Institutionen
heitsversorgung, Familienplanungszentren, bestehenden
Schulgesundheitsdiensten, Mütterberatungsdiensten, Zentren für Migrantenfamilien usw. zukommt, was
Information und Aufklärung über Mißhandlung angeht;

g) Organisation und Finanzierung von Informationskampagnen sowie von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen zur Sensibilisierung von Mädchen und Jungen sowie Frauen und Männern für die schädlichen persönlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Gewalt in der Familie, im Gemeinwesen und in der Gesellschaft; Vermittlung von gewaltfreien Kommunikationsmethoden sowie Förderung einer Ausbildung, die es Opfern und potentiellen Opfern erlaubt, sich selbst und andere vor solcher Gewalt zu schützen;

h) Verbreitung von Informationen über das Unterstützungsangebot für Frauen und Familien, die Opfer von Gewalt geworden sind;

i) Bereitstellung, Finanzierung und Förderung von Beratungs- und Rehabilitationsprogrammen für die Urheber der Gewalt sowie Förderung von Forschungsarbeiten zur Begünstigung solcher Beratungs- und Rehabilitationsbemühungen, mit dem Ziel, neuerliche Gewalthandlungen zu verhindern;

j) Bewußtseinsbildung in bezug auf die Verantwortung der Medien für die Förderung nichtstereotyper Rollenbilder von Frauen und Männern sowie für die Beseitigung von Formen der Mediendarstellung, die Gewalt hervorrufen, und Ermutigung der für die Medieninhalte Verantwortlichen, berufsethische Richtlinien und Verhaltenskodizes aufzustellen; darüber hinaus Bewußtseinsbildung hinsichtlich der wichtigen Rolle der Medien bei der Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über die Ursachen und Auswirkungen der Gewalt gegen Frauen und beim Anstoß zu einer öffentlichen Debatte über dieses Thema.

126. Seitens der Regierungen, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Gemeinwesen- und Jugendorganisationen sowie gegebenenfalls der nichtstaatlichen Organisationen:

- a) Ausarbeitung von Programmen und Verfahren zur Beseitigung der sexuellen Belästigung und anderer Formen der Gewalt gegen Frauen an allen Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz und andernorts;
- b) Ausarbeitung von Programmen und Verfahren zur Aufklärung und Bewußtseinsbildung in bezug auf Gewalthandlungen gegen Frauen, die ein Verbrechen und eine Verletzung der Menschenrechte der Frau darstellen;
- c) Ausarbeitung von Beratungs-, Heil- und Unterstützungsprogrammen für Mädchen, heranwachsende Mädchen und junge Frauen in Beziehungen, in denen sie mißhandelt wurden oder werden, insbesondere soweit sie in Haushalten oder Anstalten leben, in denen sie mißhandelt werden;
- d) Ergreifung gezielter Maßnahmen zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, insbesondere Frauen in Situationen, in denen sie besonders gefährdet sind, wie etwa junge Frauen, weibliche Flüchtlinge, vertriebene oder binnenvertriebene Frauen, behinderte Frauen und Wanderarbeitnehmerinnen, so auch durch die Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften und gegebenenfalls die Erarbeitung neuer Rechtsvorschriften für Wanderarbeitnehmerinnen in den Herkunfts- und den Gastländern.

127. Seitens des Generalsekretärs der Vereinten Nationen:

Gewährung jeder erforderlichen Unterstützung an die Sonderberichterstatlerin der Menschenrechtskommission für die Frage der Gewalt gegen Frauen, insbesondere Bereitstellung derjenigen Mitarbeiter und Ressourcen, die sie zur Erfüllung aller ihr übertragenen Aufgaben benötigt, vor allem auch soweit es um die Durchführung und Weiterverfolgung von gesondert oder gemeinsam mit anderen Sonderberichterstatlern und Arbeitsgruppen organisierten Missionen geht, Gewährung ausreichender Unterstützung für regelmäßige Konsultationen mit dem Ausschuß für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau und allen Vertragsorganen.

128. Seitens der Regierungen, internationalen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen:

Förderung der Verbreitung und Anwendung der vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge erlassenen Richtlinien für den Schutz von Flüchtlingsfrauen und Richtlinien für die Verhütung sexueller Gewalt gegen Flüchtlinge und den Umgang mit diesem Problem.

Strategisches Ziel D.2.

Untersuchung der Ursachen und Folgen von Gewalt gegen Frauen und der Wirksamkeit von Präventivmaßnahmen

Zu ergreifende Maßnahmen

129. Je nach Bedarf seitens der Regierungen, der Regionalorganisationen, der Vereinten Nationen, anderer internationaler Organisationen, der Forschungseinrichtungen, der Frauen- und Jugendorganisationen sowie der nichtstaatlichen Organisationen:

- a) Förderung von Forschungsarbeiten, Datenerfassung und Erstellung von Statistiken, insbesondere über Gewalt in der Familie und die Häufigkeit verschiedener Formen der Gewalt gegen Frauen, sowie Unterstützung von Forschungsarbeiten über die Ursachen, das Wesen, die Schwere und die Folgen der Gewalt gegen Frauen und die - und Abhilfemaßnahmen;
- b) weite Verbreitung der Forschungs- und Untersuchungsergebnisse;
- c) Unterstützung und Einleitung von Forschungsarbeiten über die Auswirkungen von Gewalt, beispielsweise der Vergewaltigung, auf Frauen und Mädchen, und Weitergabe der Erkenntnisse und Statistiken aus diesen
- d) Einwirkung auf die Medien, zu untersuchen, wie sich stereotype, namentlich auch die in der Werbung perpetuierten Rollenbilder der Geschlechter, die geschlechtsbedingte Gewalt und Ungleichheiten fördern, auswirken und wie sie während des ganzen Lebens weitergegeben werden, sowie Ergreifung von Maßnahmen zur Beseitigung dieser negativen Rollenbilder mit dem Ziel, eine gewaltfreie Gesellschaft zu fördern.

Strategisches Ziel D.3.

Beseitigung des Frauenhandels und Unterstützung von Frauen, die aufgrund von Prostitution und Menschenhandel Opfer von Gewalt geworden sind

Zu ergreifende Maßnahmen

130. Je nach Bedarf seitens der Regierungen der Herkunfts-, Transit- und Zielländer und gegebenenfalls seitens regionaler und internationaler Organisationen:

- a) Erwägung der Ratifizierung und Durchsetzung der internationalen Konventionen über Menschenhandel und Sklaverei;

I, die nationalen, regionalen und internationalen Menschenhändlerringe zu zerschlagen;

d) Bereitstellung von Ressourcen für die Schaffung umfassender Programme zur Heilung von Opfern des Menschenhandels und zu deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft, so auch durch Berufsausbildung, Rechtsberatung und vertrauliche gesundheitliche Betreuung sowie Ergreifung von Maßnahmen zur Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Organisationen im Hinblick auf die soziale, ärztliche und psychologische Betreuung der Opfer des Menschenhandels;

e) Erarbeitung von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen und -politiken und Erwägung von Rechtsvorschriften zur Unterbindung des Sextourismus und des Sexhandels, unter besonderer Betonung des Schutzes von jungen Frauen und Mädchen.

E. Frauen und bewaffnete Konflikte

131. Ein Umfeld, das den Weltfrieden wahrt und die Menschenrechte, die Demokratie und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten im Einklang mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen der Nichtandrohung beziehungsweise Nichtanwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit und der Achtung der Souveränität fördert und schützt, ist ein wichtiger Faktor für die Förderung der Frau. Zwischen Frieden, der Gleichstellung von Frauen und Männern und der Entwicklung besteht ein unauflöslicher Zusammenhang. In vielen Teilen der Welt kommt es nach wie vor zu bewaffneten Konflikten und anderen Formen des Konflikts, zu Terrorismus und zu Geiselnahme. Aggression, fremde Besetzung, ethnische Konflikte und andere Konfliktarten sind auch weiterhin eine Realität, von der Frauen und Männer in fast allen Regionen der Welt betroffen sind. Nach wie vor kommen in verschiedenen Teilen der Welt grobe und systematische Verstöße und Situationen vor, die die uneingeschränkte Wahrnehmung der Menschenrechte auf schwerwiegende Weise behindern. Zu diesen Menschenrechtsverletzungen und Hindernissen zählen neben Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe auch summarische und willkürliche Hinrichtungen, das Verschwinden von Personen, willkürliche Inhaftierungen, alle Formen des Rassismus und der Rassendiskriminierung, fremde Besetzung und Fremdherrschaft, Fremdenhaß, Armut, Hunger und andere Formen der Vorenthaltung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte, religiöse Intoleranz, Terrorismus, Diskriminierung der Frau und mangelnde Rechtsstaatlichkeit. Das humanitäre Völkerrecht, das Angriffe auf die Zivilbevölkerung verbietet, wird als solches mitunter systematisch ignoriert, und im Zusammenhang mit Situationen des bewaffneten Konflikts kommt es häufig zu Verstößen gegen die Menschenrechte, von denen die Zivilbevölkerung, insbesondere Frauen, Kinder, ältere Menschen und die Behinderten betroffen sind. Verletzungen der Menschenrechte der Frauen in Situationen des bewaffneten Konflikts sind Verstöße gegen die Grundprinzipien der international anerkannten Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts. Massive Verletzungen der Menschenrechte, insbesondere in Form des Völkermords, ethnischer Säuberung als Kriegsstrategie und deren Folgen sowie Vergewaltigung, namentlich die systematische Vergewaltigung von Frauen in Kriegssituationen, die einen Massenexodus von Flüchtlingen und Vertriebenen verursachen, sind verabscheuungswürdige Praktiken, die mit aller Schärfe verurteilt werden und denen unverzüglich Einhalt geboten werden muß; die für solche Verbrechen Verantwortlichen sind zu bestrafen. Einige dieser Situationen des bewaffneten Konflikts haben ihren Ursprung in der Eroberung oder Kolonialisierung eines Landes durch einen anderen Staat und der Perpetuierung dieser Kolonialisierung mittels staatlicher und militärischer Repressionsmaßnahmen.

132. Das Genfer Abkommen von 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten und die dazugehörigen Zusatzprotokolle von 1977 schreiben vor, daß Frauen insbesondere vor Angriffen auf ihre Ehre, vor allem vor erniedrigender und entwürdigender Behandlung, Vergewaltigung, Nötigung zur Prostitution und jeder anderen Erklärung und im Aktionsprogramm von Wien, die von der Weltkonferenz über Menschenrechte verabschiedet wurden, heißt es, daß "Verletzungen der Menschenrechte von Frauen im Zuge bewaffneter Konflikte ... Verletzungen der fundamentalen Grundsätze der internationalen Menschenrechtsbestimmungen sowie des humanitären Völkerrechts [sind]" . Alle derartigen Verletzungen, vor allem Mord, Vergewaltigung, so auch systematische Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei und erzwungene Schwangerschaft, erfordern besonders wirkungsvolle Gegenmaßnahmen. Nach wie vor kommen in verschiedenen Teilen der Welt grobe und systematische Verstöße und Situationen vor, die die uneingeschränkte Wahrnehmung der Menschenrechte auf schwerwiegende Weise behindern. Zu diesen Menschenrechtsverletzungen und Hindernissen zählen neben Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und summarischer und willkürlicher Inhaftierung alle Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit, die Vorenthaltung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte und die religiöse Intoleranz.

dafür einsetzen, die soziale Ordnung inmitten bewaffneter oder sonstiger

Strategisches Ziel E.2.

Reduzierung überhöhter Militärausgaben und Begrenzung der Verfügbarkeit von Rüstungen

Zu ergreifende Maßnahmen

143. Seitens der Regierungen:

- a) Verstärkung und gegebenenfalls Beschleunigung der Konversion militärischer Ressourcen und entsprechender Industrien zugunsten der Entwicklung und zu friedlichen Zwecken, vorbehaltlich einzelstaatlicher Sicherheitserwägungen;
- b) Suche nach neuen Wegen zur Aufbringung weiterer öffentlicher und privater Mittel, unter anderem durch die
berhöhter Militärausgaben, so auch globaler Militärausgaben, des Waffenhandels und der Investitionen zur Herstellung und zum Erwerb von Waffen, unter Berücksichtigung einzelstaatlicher Sicherheitserfordernisse, um nach Möglichkeit zusätzliche Mittel für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere für die Förderung der Frau, bereitstellen zu können;
- c) Ergreifung von Maßnahmen, um gegen Angehörige der Polizei, der Sicherheitskräfte und der Streitkräfte und andere zu ermitteln und alle zu bestrafen, die Gewalthandlungen gegen Frauen, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Verstöße gegen die Menschenrechte von Frauen in Situationen des bewaffneten Konflikts begehen;
- d) unter Anerkennung des legitimen einzelstaatlichen Verteidigungsbedarfs Anerkennung und Auseinandersetzung mit den Gefahren für die Gesellschaft, die bewaffnete Konflikte und die negativen Auswirkungen überhöhter Militärausgaben, der Waffenhandel, insbesondere der Handel mit Waffen, die besonders schwere Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken, und überhöhte Investitionen in die Herstellung und den Erwerb von Waffen mit sich bringen; ebenso Anerkennung der Notwendigkeit der Bekämpfung des unerlaubten

iv) im Kontext der Vereinten Nationen, Verpflichtung zur Unterstützung von Bemühungen um die Koordinierung eines gemeinsamen Minenräum-Hilfsprogramms ohne ungebührliche Diskriminierung;

v) soweit noch nicht geschehen, möglichst baldige Verabschiedung eines Moratoriums für den Export von Schützenabwehrminen, namentlich auch an nichtstaatliche Stellen, wobei mit Genugtuung festzustellen ist, daß viele Staaten bereits Moratorien für den Export, die Weitergabe oder den Verkauf solcher Minen erklärt haben;

vi) Verpflichtung zur weiteren Unterstützung der internationalen Bemühungen um die Suche nach Lösungen für durch Schützenabwehrminen verursachten Probleme, mit dem Ziel der schließlichen Beseitigung dieser Minen, wobei anerkannt wird, daß die Staaten am wirksamsten auf die Erreichung dieses Ziels hinarbeiten können, wenn gleichzeitig praktikable und humane Alternativen entwickelt werden;

f) Anerkennung der führenden Rolle, die Frauen in der Friedensbewegung spielen:

i) aktiver Einsatz für eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle;

ii) Unterstützung der Verhandlungen über den unverzüglichen Abschluß eines universalen und multilateral und wirksam verifizierbaren Vertrags über das umfassende Verbot von Kernversuchen, der zur nuklearen Abrüstung

iii) bis zum Inkrafttreten eines Vertrags über das umfassende Verbot von Kernversuchen Übung größter

Strategisches Ziel E.3.

Förderung von gewaltfreien Formen der Konfliktbeilegung und Verminderung von Menschenrechtsverletzungen in Konfliktsituationen

Zu ergreifende Maßnahmen

144. Seitens der Regierungen:

a) Erwägung der Ratifikation von beziehungsweise des Beitritts zu internationalen Rechtsakten, die Bestimmungen betreffend den Schutz von Frauen und Kindern in bewaffneten Konflikten enthalten, einschließlich des Genfer Abkommens von 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten, der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) und den Schutz der Opfer nichtinternationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II)²⁴;

b) uneingeschränkte Achtung der Normen des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten und Ergreifung aller erforderlichen Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern, insbesondere vor Vergewaltigung, Zwangsprostitution und allen anderen Formen unzuchtiger Handlungen;

c) Stärkung der Rolle der Frauen und Sicherstellung einer gleichberechtigten Vertretung von Frauen auf allen Leitungsebenen in einzelstaatlichen und internationalen Einrichtungen, die die Politik im Zusammenhang mit der Friedenssicherung, der vorbeugenden Diplomatie und verwandten Aktivitäten gestalten oder beeinflussen, und in allen Phasen der Friedensvermittlung und von Friedensverhandlungen, in Kenntnisnahme der konkreten Empfehlungen des Generalsekretärs in seinem strategischen Aktionsplan für die Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat (1995-2000) (A/49/587, Abschnitt IV).

145. Seitens der Regierungen und der internationalen und regionalen Organisationen:

- a) Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker, insbesondere der unter Kolonialherrschaft und anderen Formen der Fremdherrschaft oder fremden Besetzung lebenden Völker, sowie der Wichtigkeit der tatsächlichen Verwirklichung dieses Rechts, wie es unter anderem in der Erklärung und im Aktionsprogramm von Wien² niedergelegt ist, die von der Weltkonferenz über Menschenrechte verabschiedet wurden;
- b) Förderung von Diplomatie, Verhandlungen und friedlicher Streitbeilegung im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere Artikel 2, Absätze 3 und 4;
- c) nachdrückliche Aufforderung zur Aufdeckung und Verurteilung der systematischen Praxis der Vergewaltigung und anderer Formen der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung von Frauen als vorsätzliches Instrument des Krieges und der ethnischen Säuberung sowie Ergreifung von Maßnahmen, um sicherzustellen, daß den Opfern solchen Mißbrauchs im Hinblick auf ihre physische und geistige Rehabilitation uneingeschränkte Unterstützung zuteil wird;
- d) Bekräftigung dessen, daß Vergewaltigung im Laufe eines bewaffneten Konfliktes ein Kriegsverbrechen und unter bestimmten Umständen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und eine Völkermordhandlung darstellt, wie sie in der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes definiert ist; Ergreifung aller erforderlichen Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern vor solchen Handlungen sowie Stärkung der Mechanismen, die Ermittlungen gegen alle für solche Handlungen Verantwortlichen, ihre Bestrafung und die gerichtliche Verfolgung der Täter möglich machen;
- e) Wahrung und Festigung der im humanitären Völkerrecht und in internationalen Menschenrechtsdokumenten niedergelegten Normen zur Verhinderung aller Gewalthandlungen gegen Frauen in Situationen des bewaffneten Konflikts und anderen Konfliktsituationen; Durchführung einer umfassenden Untersuchung aller während eines Krieges gegen Frauen verübten Gewalttaten, einschließlich Vergewaltigung, insbesondere systematische Vergewaltigung, Zwangsprostitution und andere Formen unzuchtiger Handlungen und sexuelle Versklavung; Verfolgung aller für Kriegsverbrechen gegen Frauen verantwortlichen Straftäter und volle Entschädigung der weiblichen Opfer;
- f) Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, alle Erscheinungsformen und Manifestationen des Terrorismus zu verurteilen und dagegen vorzugehen;
- g) Berücksichtigung geschlechterbezogener Belange bei der Ausarbeitung von Ausbildungsprogrammen auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts und der Aufklärung über die Menschenrechte für zuständiges Personal sowie jedensicherungs-einsätzen der Vereinten Nationen und an humanitären Hilfsmaßnahmen beteiligte Personal eine solche Ausbildung erhält, damit insbesondere Gewalt gegen Frauen verhindert wird;
- h) negative Anreize für die Ergreifung und Unterlassung aller einseitigen Maßnahmen, die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen stehen und die die volle wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bevölkerung der betroffenen Länder, insbesondere der Frauen und Kinder, behindern, ihr Wohl beeinträchtigen und ein Hindernis für die volle Ausübung ihrer Menschenrechte darstellen, namentlich des Rechts aller Menschen auf einen im Hinblick auf Gesundheit und Wohlergehen angemessenen Lebensstandard und ihres Rechts auf Nahrungsmittel, ärztliche Versorgung und die notwendigen sozialen Dienstleistungen, beziehungsweise Unterlassung solcher Maßnahmen. Die Weltfrauenkonferenz erklärt erneut, daß Nahrungsmittel und Medikamente nicht als politische Druckmittel eingesetzt werden dürfen;
- i) Ergreifung von völkerrechtsgemäßen Maßnahmen zur Milderung der nachteiligen Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen auf Frauen und Kinder.

Strategisches Ziel E.4.

Förderung des Beitrags der Frau zur Herbeiführung einer Friedenskultur

Zu ergreifende Maßnahmen

146. Seitens der Regierungen, der internationalen und regionalen zwischenstaatlichen Einrichtungen sowie nichtstaatlichen Organisationen:

- a) Förderung der friedlichen Konfliktbeilegung sowie des Friedens, der Aussöhnung und der Toleranz durch Bildung, Ausbildung, kommunale Maßnahmen und Jugendaustauschprogramme, insbesondere für junge Frauen;
- b) Förderung der Weiterentwicklung der Friedensforschung unter Einbeziehung der Frauen, mit dem Ziel, die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Kinder und die Art und den Stellenwert der Mitwirkung von Frauen an nationalen, regionalen und internationalen Friedensbewegungen zu untersuchen; Erforschung und Aufzeigung innovativer Mechanismen für die Eindämmung von Gewalt und für die Konfliktbeilegung, mit dem Ziel, diese in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und für ihre Anwendung durch Frauen und Männer zu sorgen;

g) Erleichterung der Verfügbarkeit von Lehr- und Lernmaterialien in den entsprechenden Sprachen - auch in Notsituationen -, um Unterbrechungen des Schulunterrichts von geflüchteten und vertriebenen Kindern auf ein

h) Anwendung internationaler Normen, um den gleichberechtigten Zugang und die Gleichbehandlung von Frauen und Männern bei Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft und bei Asylverfahren sicherzustellen, insbesondere die uneingeschränkte Achtung und strikte Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, unter anderem durch die Anpassung einzelstaatlicher Einwanderungsbestimmungen an die einschlägigen internationalen Rechtsakte, sowie Prüfung der Möglichkeit, diejenigen Frauen als Flüchtlinge anzuerkennen, deren Antrag auf
haft sich auf die wohlbegründete Furcht vor Verfolgung aus Gründen stützt, die in dem Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und in dem dazugehörigem Protokoll aus dem Jahr 1967 aufgeführt sind, namentlich Verfolgung in Form von sexueller Gewalt oder andere Formen der

l) Herstellung von Zugang zu Berufsschul-/Berufsbildungsprogrammen einschließlich einer Sprachausbildung, zu einer Ausbildung auf dem Gebiet der Konzipierung und Planung von Kleinunternehmen sowie zu einer Beratung über alle Formen der Gewalt gegen Frauen, wozu auch Rehabilitationsprogramme für Folter- und Traumaopfer gehören sollten, für diejenigen Frauen, die als Flüchtlinge anerkannt worden sind; die Regierungen und andere Geber sollten diese Hilfsprogramme für Flüchtlingsfrauen, andere vertriebene Frauen, die völkerrechtlichen Schutz benötigen, und binnenvertriebene Frauen angemessen unterstützen und dabei insbesondere die Auswirkungen des wachsenden Bedarfs umfangreicher Flüchtlingspopulationen auf die Gastländer und die Notwendigkeit einer breiteren Geberbasis und einer umfassenderen Lastenteilung berücksichtigen;

m) stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit des Gastlandes in bezug auf den Beitrag, den Flüchtlingsfrauen zum Leben in ihren Neuansiedlungsländern leisten, Förderung eines besseren Verständnisses ihrer Menschenrechte, ihrer Bedürfnisse und Fähigkeiten und Förderung des gegenseitigen Verstehens und der gegenseitigen Akzeptanz durch Aufklärungsprogramme, die harmonische Beziehungen zwischen den verschiedenen Kulturen und Rassen

n) Bereitstellung von Grunddiensten und Unterstützungsdiensten für Frauen, die aufgrund von Terrorismus, Gewalt, Drogenhandel oder aus anderen mit Gewaltsituationen zusammenhängenden Gründen von ihrem Herkunftsort vertrieben wurden;

o) Bewußtseinsbildung betreffend die Menschenrechte der Frau und gegebenenfalls Bereitstellung entsprechender Bildungs- und Ausbildungsprogramme über die Menschenrechte für Militär- und Polizeipersonal, das in Gebieten bewaffneter Konflikte und in Flüchtlingsgebieten Dienst tut.

148. Seitens der Regierungen:

a) Verbreitung und Anwendung der vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge erlassenen Richtlinien für den Schutz von Flüchtlingsfrauen und Richtlinien für die Evaluierung und Betreuung von Trauma- und Gewaltopfern beziehungsweise Bereitstellung ähnlicher Handlungsvorschriften für alle Teilbereiche von Flüchtlingsprogrammen, in enger Zusammenarbeit mit den Flüchtlingsfrauen;

b) Schutz von Frauen und Mädchen, die als Familienangehörige mitwandern, vor Mißhandlung oder der Verweigerung ihrer Menschenrechte seitens ihres Bürgen, sowie Prüfung der Möglichkeit einer Verlängerung ihres Aufenthalts im Falle eines Zerfalls des Familienverbandes, soweit die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften dies gestatten.

Strategisches Ziel E.6.

Gewährung von Hilfe an Frauen in den Kolonien und den Gebieten ohne Selbstregierung

Zu ergreifende Maßnahmen

149. Seitens der Regierungen sowie der zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen:

a) Unterstützung und Förderung der Verwirklichung des unter anderem in der Erklärung und im Aktionsprogramm von Wien niedergelegten Selbstbestimmungsrechts aller Völker durch die Bereitstellung spezieller Programme zur Vermittlung von Führungsqualifikationen und Ausbildung auf dem Gebiet der Entscheidungsfindung;

c) Schärfung des Bewußtseins der Öffentlichkeit, je nach Bedarf durch die Massenmedien, durch Bildungsmaßnahmen auf allen Ebenen und eigene Programme zur Förderung eines besseren Verständnisses für die Situation der Frauen in den Kolonien und den Gebieten ohne Selbstregierung.

Frauen gezwungen, eine geringe Bezahlung und schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, was sie häufig zu beliebten Arbeitskräften gemacht hat. Andererseits haben sich mehr und mehr Frauen aus freien Stücken zum Eintritt in das Erwerbsleben entschlossen, geworden sind und sie diese eingefordert haben. Einige hatten Erfolg bei der Suche nach einem Arbeitsplatz und beim beruflichen Aufstieg sowie bei der Durchsetzung einer besseren Bezahlung und besserer Arbeitsbedingungen. Umgekehrt waren Frauen von der Wirtschaftssituation und von Umstrukturierungsprozessen, durch die sich die Art der Arbeit verändert hat und in einigen Fällen selbst akademisch und fachlich qualifizierte Frauen ihren Arbeitsplatz verloren haben, besonders stark betroffen. Außerdem haben sich viele Frauen mangels anderer Möglichkeiten in den informellen Sektor begeben. Nach wie vor mangelt es im Prozeß der Politikgestaltung seitens der multinationalen Institutionen, die die Bedingungen und, in Zusammenarbeit mit den Regierungen, die Ziele von Strukturanpassungsprogrammen, Krediten und Zuschüssen festlegen, an Mitsprachegelegenheiten für die Frau und bleiben ihre geschlechtsspezifischen Belange weitgehend unberücksichtigt, wohingegen sie doch in diesen Prozeß einbezogen werden sollten.

152. Diskriminierung in bezug auf Bildung und Ausbildung, Einstellung und Bezahlung, Beförderung und horizontale Mobilität sowie inflexible Arbeitsbedingungen, mangelnder Zugang zu Produktivressourcen, die ungleiche Verteilung der Verantwortlichkeiten in der Familie im Verbund mit fehlenden oder unzureichenden Dienstleistungen wie Kinderbetreuung schränken die Erwerbstätigkeit, die wirtschaftlichen, beruflichen und sonstigen Chancen und die Mobilität der Frauen auch weiterhin ein Wirtschaftsleben mit Streß verbunden ist. Außerdem hindern anschauungsbedingte Barrieren die Frauen an der Mitwirkung an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik und verstellen den Frauen und Mädchen in einigen Regionen den Zugang zu Bildung und Ausbildung für Führungspositionen in der Wirtschaft.

153. Der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung nimmt weiter zu, und fast überall arbeiten Frauen verstärkt auch außerhalb des Haushalts, obwohl ihre Verantwortung für die im Haushalt und im Gemeinwesen zu leistende unbezahlte Arbeit nicht entsprechend abgenommen hat. Alle Arten von Haushalten sind immer mehr auf das Einkommen der Frau angewiesen. In einigen Regionen ist ein Wachstum der unternehmerischen und sonstigen selbständigen Tätigkeit der Frau zu verzeichnen, insbesondere im informellen Sektor. In vielen Ländern stellen Frauen die Mehrheit der Arbeitnehmer in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Zeitarbeit, Gelegenheitsarbeit, mehrere Teilzeitbeschäftigungen, Lohn- und Heimarbeit.

154. Wanderarbeitnehmerinnen, insbesondere Hausangestellte, tragen durch ihre Geldsendungen zur Wirtschaft ihres Herkunftslandes und durch ihre Erwerbstätigkeit zur Wirtschaft ihres Aufnahmelandes bei. In vielen d jedoch mehr Migrantinnen arbeitslos als landesansässige Arbeitnehmer und männliche Wanderarbeitnehmer.

155. Da geschlechtsdifferenzierte Analysen nicht hinlänglich Berücksichtigung finden, werden die Leistungen und Belange von Frauen in den Wirtschaftsstrukturen wie etwa auf den Finanzmärkten und in den Finanzinstitutionen, auf den Arbeitsmärkten, in den Wirtschaftswissenschaften, in der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, den Besteuerungs- und Sozialversicherungssystemen sowie in Familie und Haushalt oft übergangen. Infolgedessen dürften viele Politiken und Programme auch weiterhin zur Ungleichstellung von Frau und Mann beitragen. Wo immer bei der Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive Fortschritte erzielt worden sind, hat sich auch die Wirksamkeit der Programme und Politiken erhöht.

156. Obgleich viele Frauen in den Wirtschaftsstrukturen eine Besserstellung erreicht haben, hindern nach wie vor bestehende Hemmnisse die meisten von ihnen, insbesondere diejenigen, die sich weiteren Barrieren gegenübersehen, daran, wirtschaftlich eigenständig zu werden und sich und den von ihnen zu erhaltenden Angehörigen auf Dauer den Lebensunterhalt zu sichern. Frauen sind in den verschiedensten wirtschaftlichen Bereichen tätig, oft auch in mehreren Bereichen zugleich, wobei ihre Tätigkeit von der Lohnarb

daran, einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Beitrag zu leisten. Das Fehlen einer familienfreundlichen Arbeitsumgebung, namentlich auch einer geeigneten und erschwinglichen Kinderbetreuung, und inflexible Arbeitszeiten tragen außerdem dazu bei, daß Frauen nicht ihr volles Potential verwirklichen können.

162. Im privaten Sektor, namentlich in den transnationalen und einzelstaatlichen Unternehmen, sind auf der Management- und Leitungsebene kaum Frauen anzutreffen, was auf diskriminierende Einstellungs- und Beförderungsmaßnahmen und -verfahren schließen läßt. Das ungünstige Arbeitsumfeld sowie die begrenzte Zahl von Erwerbsmöglichkeiten haben dazu geführt, daß sich viele Frauen nach Alternativen umsehen. Frauen machen sich zunehmend selbständig und sind Inhaberinnen und Leiterinnen von Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben. Die in vielen Ländern zu verzeichnende Ausweitung des informellen Sektors und die Zunahme der Selbstgründung von in erster Linie ein Verdienst der Frauen, deren auf Zusammenarbeit, Selbsthilfe und traditionelles Brauchtum abstellende Vorgehensweisen und Initiativen in Produktion und Handel eine entscheidende wirtschaftliche Ressource bilden. Wenn sie Zugang zu und Kontrolle über Kapital, Kredite und sonstige Ressourcen, Technologien und Ausbildung erhalten, können die Frauen die Produktion, die Vermarktung und die Einkommen im Interesse einer bestandfähigen Entwicklung verbessern.

163. In Anbetracht dessen, daß es zwar nach wie vor Ungleichheiten gibt, daß gleichzeitig jedoch spürbare Fortschritte zu verzeichnen sind, müssen die Beschäftigungspolitiken neu überdacht werden, mit dem Ziel, eine geschlechtsspezifische Perspektive einzubeziehen und die Aufmerksamkeit auf ein breiteres Spektrum von Möglichkeiten zu lenken sowie sich mit den frauenfeindlichen Auswirkungen der derzeitigen Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen auseinanderzusetzen. Wenn die volle Gleichstellung von Frauen und Männern im Hinblick auf ihren Wirtschaftsbeitrag erzielt werden soll, müssen aktive Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, daß der Einfluß, den die Arbeit, die Erfahrung, das Wissen und die Wertvorstellungen von Frauen und Männern in der Gesellschaft haben, gleichermaßen aner

164. Bei der Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftspotential und der Unabhängigkeit der Frau sollten die Regierungen und andere Akteure eine aktive und sichtbare Politik der konsequenten Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Politiken und Programme fördern, damit die Auswirkungen von Entscheidungen auf Frauen beziehungsweise Männer analysiert werden, bevor entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Strategisches Ziel F.1.

Förderung der wirtschaftlichen Rechte und der Unabhängigkeit der Frauen, namentlich ihres Zugangs zu Erwerbsmöglichkeiten, zu angemessenen Arbeitsbedingungen und zu Verfügungsgewalt über wirtschaftliche Ressourcen

Zu ergreifende Maßnahmen

165. Seitens der Regierungen:

- a) Erlaß und Durchsetzung von Rechtsvorschriften zur Gewährleistung der Rechte von Frauen und Männern auf gleiche Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit;
- b) Erlaß und Anwendung von Gesetzen gegen geschlechtsbedingte Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, unter besonderer Berücksichtigung älterer Arbeitnehmerinnen, bei der Einstellung und Beförderung, der Gewährung von Arbeitgeber- und Sozialversicherungsleistungen und im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen;
- c) Beseitigung diskriminierender Praktiken seitens der Arbeitgeber, wie beispielsweise Verweigerung der Einstellung und Kündigung aufgrund von Schwangerschaft oder Stillzeit oder Forderung eines Nachweises über den Gebrauch von Empfängnisverhütungsmitteln, und Ergreifung geeigneter Maßnahmen zur Berücksichtigung der reproduktiven Rolle und Funktion der Frau sowie Ergreifung wirksamer Maßnahmen, die sicherstellen, daß schwangere Frauen, Frauen auf Mutterschaftsurlaub oder Frauen beim Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt nach der Geburt ihres Kindes nicht diskriminiert werden;
- d) Entwicklung von Mechanismen und Ergreifung positiver Maßnahmen, die es den Frauen gestatten, an der Konzipierung der Politiken und der Gestaltung der Strukturen im Rahmen von Gremien wie Finanz- und Handelsministerien, einzelstaatlichen Wirtschaftskommissionen, Wirtschaftsforschungsinstituten und anderen Schlüsselstellen sowie durch ihre Mitwirkung an der Tätigkeit der zuständigen internationalen Organisationen voll und gleichberechtigt teilzuhaben;
- e) Durchführung von Gesetzes- und Verwaltungsreformen mit dem Ziel, die Frauen im Hinblick auf wirtschaftliche Ressourcen, namentlich den Zugang zu Grundeigentum und die Verfügungsgewalt über Grund und Boden, sonstige Vermögensformen, Kredite, Erbschaften, natürliche Ressourcen und geeignete neu rechtlich gleichzustellen;
- f) Überprüfung der einzelstaatlichen Einkommens- und Erbschaftssteuer sowie der Sozialversicherungssysteme zur Beseitigung bestehender Benachteiligungen der Frau;
- g) Bemühungen um die Gewinnung umfassenderer Erkenntnisse über Arbeit und Beschäftigung, unter anderem durch Anstrengungen zur Messung und zum besseren Verständnis der Art, des Umfangs und der Verteilung der unbezahlten Arbeit, insbesondere bei der Betreuung von Familienangehörigen und in landwirtschaftlichen Familienbetrieben oder Familienunternehmen, und Förderung des Austauschs und der Verbreitung von Informationen über Untersuchungen und Erfahrungen in diesem Bereich, einschließlich der Entwicklung von Methoden zur quantitativen Erfassung des Wertes der unbezahlten Arbeit, der unter Umständen in Rechnungen zum Ausdruck gebracht werden könnte, die gesondert von den eigentlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, jedoch im Einklang mit diesen erstellt werden könnten;
- h) Überprüfung und Änderung von Gesetzen, die die Geschäftstätigkeit von Finanzinstituten regeln, um sicherzustellen, daß diese ihre Leistungen den Frauen zu denselben Bedingungen anbieten wie den Männern;
- i) Erleichterung offenerer und transparenterer Haushaltsprozesse auf den entsprechenden Ebenen;
- j) Überarbeitung und Umsetzung einzelstaatlicher Politiken, die traditionelle Spar-, Kredit- und Darlehenseinrichtungen für Frauen unterstützen;

k) Bemühungen, um sicherzustellen, daß die einzelstaatlichen Politiken im Zusammenhang mit internationalen und regionalen Handelsvereinbarungen die neuen und traditionellen Wirtschaftsaktivitäten von Frauen nicht

l) Sicherstellung dessen, daß alle Unternehmen, so auch die transnationalen Unternehmen, die einzelstaatlichen Gesetze und Verordnungen, die Sozialversicherungsbestimmungen, die anwendbaren internationalen Übereinkommen, Instrumente und Konventionen, insbesondere soweit sie die Umwelt betreffen, und andere

m) Anpassung der Beschäftigungspolitiken mit dem Ziel, den Arbeitsprozeß neu zu gestalten, um eine bessere

n) Schaffung von Mechanismen und Foren, die es Unternehmerinnen und Arbeitnehmerinnen ermöglichen sollen, an der Konzipierung der von Wirtschaftsministerien und Finanzinstitutionen entwickelten Politiken und Programme mitzuwirken;

o) Erlaß und Durchsetzung von Gesetzen zur Schaffung von Chancengleichheit für Frauen und Männer, Ergreifung Hilfe verschiedener Maßnahmen Sicherstellung dessen, daß diese vom öffentlichen und privaten Sektor angewandt werden;

p) bei der Erarbeitung von makro- und mikroökonomischen Politiken und Sozialpolitiken Heranziehung von Analysen der geschlechtsspezifischen Auswirkungen, um diese zu überwachen und im Fall schädlicher Auswirkungen die Politiken entsprechend zu modifizieren;

q) Förderung frauenfreundlicher Politiken und Maßnahmen, um Frauen zu befähigen, auf den Gebieten Technik, Management und Unternehmertum gleichberechtigte Partnerinnen der Männer zu sein;

r) Reform bestehender Gesetze beziehungsweise Verfolgung einzelstaatlicher Politiken, die den Erlaß arbeitsrechtlicher Rechtsvorschriften begünstigen, die allen Arbeitnehmerinnen Arbeitsschutz, insbesondere ungefährliche Arbeitsverfahren, das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und Zugang zum Rechtsweg

Strategisches Ziel F.2.

Erleichterung des gleichberechtigten Zugangs von Frauen zu Ressourcen, Beschäftigungsmöglichkeiten, Märkten und zum Handel

Zu ergreifende Maßnahmen

166. Seitens der Regierungen:

a) Förderung und Unterstützung der selbständigen Erwerbstätigkeit der Frau und des Aufbaus von Kleinunternehmen sowie Verbesserung des Zugangs der Frauen zu Krediten und Kapital zu denselben angemessenen Bedingungen, wie sie den Männern gewährt werden, und zwar durch die Stärkung von Institutionen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Frauen als Unternehmerinnen zu fördern, so auch gegebenenfalls durch nichttraditionelle und auf Gegenseitigkeit beruhende Darlehenspläne und die Herstellung innovativer Verbindungen zu Finanzinstituten;

b) Stärkung der Funktion, die der Staat als Arbeitgeber wahrnehmen kann, um Anreize zur Entwicklung einer Politik der Chancengleichheit für Frauen und Männer zu setzen;

c) auf einzelstaatlicher und lokaler Ebene Stärkung des Potentials von Landbewohnerinnen zur Erwirtschaftung von Einkommen, indem ihnen der gleichberechtigte Zugang zu Produktivressourcen, Grund und Boden, Krediten, Kapital, Eigentumsrechten, Entwicklungsprogrammen und genossenschaftlichen Strukturen und die Verfügungsgewalt darüber erleichtert wird;

d) Förderung und Stärkung von Kleinstunternehmen, neuen Kleinbetrieben, Genossenschaften, erweiterten Märkten und anderen Beschäftigungsmöglichkeiten sowie gegebenenfalls Erleichterung des Übergangs vom informellen zum formellen Sektor, insbesondere in ländlichen Gebieten;

e) Aufstellung beziehungsweise Modifizierung von Programmen und Politiken, die die außerordentlich wichtige Rolle der Frau auf dem Gebiet der Ernährungssicherheit anerkennen und stärken, und Ermöglichung des gleichberechtigten Zugangs von bezahlt oder unbezahlt tätigen Erzeugerinnen, insbesondere soweit sie in der Nahrungsmittelerzeugung, beispielsweise in der Land- und Fischereiwirtschaft und der Aquakultur, sowie in städtischen Unternehmen arbeiten, zu geeigneten Technologien, Verkehrs- und Transportmitteln, Beratungsdiensten, Vermarktungs- und Krediteinrichtungen auf lokaler und kommunaler Ebene;

f) Schaffung geeigneter Mechanismen und Förderung sektorübergreifender Institutionen, die Frauengenossenschaften optimalen Zugang zu den erforderlichen Diensten gewähren;

- g) Vergrößerung des Anteils der Frauen, die als Beraterinnen oder als sonstige staatliche Bedienstete in der technischen Hilfe oder in der Verwaltung von Wirtschaftsprogrammen tätig sind;
- h) Überprüfung, soweit erforderlich Novellierung und Umsetzung von Politiken, namentlich Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Gewerbe-, Handels- und Vertragsrechts und staatlicher Vorschriften, um sicherzustellen, daß sie nicht gegen Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe in ländlichen und städtischen Gebieten, deren Inhaber Frauen sind, diskriminieren;
- i) Analyse, Beratung, Koordinierung und Umsetzung von Politiken, die die Bedürfnisse und Interessen von angestellten, selbständigen und als Unternehmerinnen tätigen Frauen in sektorale und ressortübergreifende Politiken, Programme und Haushalte einbeziehen;
- j) Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs von Frauen zu wirksamen Berufsbildungs-, Umschulungs-, Beratungs- und Stellenvermittlungsdiensten, die sich nicht nur auf die traditionellen Beschäftigungsbereiche
- k) Beseitigung grundsatz- und ordnungspolitischer Hindernisse, denen sich Frauen in Sozial- und Entwicklungsprogrammen gegenübersehen und die die private und persönliche Initiative einengen;
- l) Gewährleistung und Förderung der Achtung der Grundrechte der Arbeitnehmer, wozu das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, die Vereinigungsfreiheit sowie das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit und die Nichtdiskriminierung am
- agsstaaten der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation diese
- voll umsetzen und die Nichtvertragsstaaten die in diesen Übereinkommen verankerten Grundsätze beachten, damit ein wirklich nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine bestandfähige Entwicklung erzielt werden.

167. Seitens der Staaten, Zentralbanken und nationalen Entwicklungsbanken sowie gegebenenfalls seitens privater Bankinstitute:

- a) verstärkte Mitwirkung von Frauen, namentlich auch von Unternehmerinnen, in Beratungsorganen und anderen Foren, um Unternehmerinnen aus allen Sektoren und ihre Organisationen zu befähigen, einen Beitrag zur Gestaltung beziehungsweise Überprüfung der von den Wirtschaftsministerien und Bankinstituten entwickelten Politiken und Programme zu leisten;
- b) Veranlassung des Banksektors zur Steigerung der Darlehens- und Refinanzierungstätigkeit durch Anreize und den Aufbau intermediärer Einrichtungen, die den Bedürfnissen von Unternehmerinnen und Produzentinnen in
- sprechen, und Beteiligung von Frauen an ihrer Leitung, Planung
- und Entscheidungsfindung;
- c) Strukturierung von Dienstleistungen in einer Weise, daß in Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben tätige Frauen auf dem Land und in der Stadt erreicht werden, unter besonderer Berücksichtigung junger, einkommensschwacher, einer ethnischen oder rassischen Minderheit angehörender und autochthoner Frauen, die keinen Zugang zu Kapital und Vermögenswerten haben; Erweiterung des Zugangs von Frauen zu den Finanzmärkten, indem Reformmaßnahmen auf dem Gebiet der Finanzaufsicht und der Finanzvorschriften aufgezeigt und angeregt werden, die den Finanzinstituten bei ihren direkten und indirekten Bemühungen helfen, dem Kredit- und sonstigen Finanzbedarf der Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe von Frauen besser zu entsprechen;
- d) Sicherstellung dessen, daß die Prioritäten von Frauen in die öffentlichen Investitionsprogramme zur Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur, wie beispielsweise der Wasserver- und -entsorgung, der Stromversorgung und Energieeinsparung, des Verkehrs- und Transportwesens und des Straßenbaus, mit einbezogen werden; Förderung einer verstärkten Beteiligung der Nutznießerinnen an der Planungs- und Umsetzungsphase von Projekten, um ihren Zugang zu Arbeitsplätzen und Aufträgen sicherzustellen.

168. Seitens der Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen:

- a) besondere Beachtung der Bedürfnisse von Frauen bei der Verbreitung von Informationen über Markt, Handel und Ressourcen sowie Bereitstellung geeigneter Ausbildungsprogramme auf diesen Gebieten;
- b) Förderung von gemeinwesenorientierten wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien, die auf Partnerschaften zwischen den Regierungen aufbauen, und Ermutigung von Mitgliedern der Bürgergesellschaft, Arbeitsplätze zu schaffen und der sozialen Lage von Einzelpersonen, Familien und Gemeinwesen Rechnung zu tragen.

169. Seitens multilateraler Geber und regionaler Entwicklungsbanken sowie bilateraler und privater Finanzierungsinstitutionen auf internationaler, regionaler und subregionaler Ebene:

- a) Überprüfung und gegebenenfalls Neuformulierung und Umsetzung von Politiken, Programmen und Projekten, um sicherzustellen, daß Frauen in ländlichen und abgelegenen Gebieten einen größeren Anteil an den Ressourcen erhalten;

Wirtschaftsunternehmen von Frauen;

c) Entwicklung von Strategien zur Konsolidierung und Verstärkung ihrer Hilfe für den Sektor der Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe, um Frauen mehr Möglichkeiten zu geben, voll und gleichberechtigt zu partizipieren und im Hinblick auf die Koordinierung und die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit dieses Sektors zusammenzuarbeiten, unter Inanspruchnahme der bei ihren eigenen Organisationen sowie bei bilateralen Organisationen, Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen vorhandenen Fachkenntnisse und Finanzmittel.

170. Seitens internationaler, multilateraler und bilateraler Organisationen der Entwicklungskooperation:

Unterstützung von Finanzinstituten, deren Kunden einkommensschwache Klein- und Kleinstunternehmerinnen und -produzentinnen im formellen wie auch im informellen Sektor sind, indem Kapital und/oder Ressourcen bereitgestellt werden.

171. Seitens der Regierungen und/oder multilateralen Finanzinstitute:

Überprüfung der Vorschriften und Verfahren der nationalen und internationalen Finanzinstitute im formellen Sektor, die eine Nachahmung des Modells der Grameen Bank behindern, die Landbewohnerinnen Kreditfazilitäten

172. Seitens der internationalen Organisationen:

Bereitstellung angemessener Unterstützung für Programme und Projekte zur Förderung bestandfähiger und produktiver unternehmerischer Aktivitäten von Frauen, insbesondere benachteiligten Frauen.

Strategisches Ziel F.3.

Bereitstellung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, Ausbildung und Zugang zu den Märkten, Informationen und Technologien, insbesondere an einkommensschwache Frauen

Zu ergreifende Maßnahmen

173. Seitens der Regierungen in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen und dem Privatsektor:

a) Bereitstellung einer öffentlichen Infrastruktur, die Unternehmerinnen und Unternehmern gleichberechtigten

b) Ausarbeitung von Programmen, die Frauen Ausbildung und Umschulung, insbesondere in neuen Technologien, sowie erschwinge Dienstleistungen auf den Gebieten Betriebswirtschaft, Produktentwicklung, Finanzierung, Produktion und Qualitätskontrolle, Marketing und in den rechtlichen Aspekten der Unternehmensführung bieten;

c) Bereitstellung von zielgruppenorientierten Programmen zur Information von einkommensschwachen und armen Frauen, insbesondere in ländlichen und entlegenen Gebieten, über Möglichkeiten des Markt- und Technologiezugangs sowie Unterstützung bei der Nutzung dieser Möglichkeiten;

d) Einrichtung nichtdiskriminierender Unterstützungsdienste, einschließlich Investmentfonds für von Frauen geleitete Geschäftsbetriebe und gezielte Ausrichtung von Handelsförderungsprogrammen auf Frauen, insbesondere einkommensschwache Frauen;

e) Verbreitung von Informationen über erfolgreiche Unternehmerinnen, die in traditionellen wie auch nichttraditionellen Wirtschaftszweigen tätig sind, und über die für die Erreichung eines solchen Erfolgsildung von Netzwerken und des Informationsaustauschs;

f) Ergreifung von Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Frauen, namentlich auch arbeitslose Frauen, Alleinerziehende, Frauen, die nach einer längeren vorübergehenden Arbeitsunterbrechung wegen familiärer Aufgaben und anderer Gründe ins Erwerbsleben zurückkehren, sowie Frauen, die durch neue Produktionsformen oder Personalabbau freigesetzt wurden, den gleichen Zugang zu laufenden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen am Arbeitsplatz haben wie Männer, sowie Verstärkung der Anreize für Unternehmen, mehr Berufsschul- und Ausbildungszentren einzurichten, in denen Frauen auch in nichttraditionellen Bereichen ausgebildet werden;

g) Bereitstellung erschwinglicher Unterstützungsdienste, wie etwa gute, flexible und koste Kinderbetreuungsdienste, die sich nach den Bedürfnissen der arbeitenden Männer und Frauen richten.

174. Seitens lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Wirtschaftsorganisationen und nichtstaatlicher Organisationen, die sich mit Frauenfragen befassen:

Eintreten auf allen Ebenen für die Förderung und Unterstützung von Betrieben und Unternehmen, die von Frauen geleitet werden, so auch im informellen Sektor, sowie für den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Produktivressourcen.

Strategisches Ziel F.4.

Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Handelsnetzwerke von Frauen

Zu ergreifende Maßnahmen

175. Seitens der Regierungen:

- a) Verfolgung von Politiken, die Wirtschaftsorganisationen, nichtstaatliche Organisationen, Genossenschaften, revolvingende Kreditfonds, Kreditgenossenschaften, Basisorganisationen, Frauen-Selbsthilfegruppen und andere Gruppen unterstützen, um Unternehmerinnen in ländlichen und städtischen Gebieten entsprechende Dienstleistungen zu bieten;
- b) Einbeziehung einer Geschlechtsperspektive in alle auf die wirtschaftliche Umstrukturierung und Strukturanpassung gerichteten Politiken und Konzipierung von Programmen für Frauen, die von der wirtschaftlichen Umstrukturierung, namentlich von Strukturanpassungsprogrammen, betroffen sind, sowie für Frauen, die im informellen Sektor tätig sind;
- c) Verfolgung von Politiken, die für Frauen-Selbsthilfegruppen, Arbeiterorganisationen und Genossenschaften durch nichtkonventionelle Formen der Unterstützung und durch die Anerkennung der Vereinigungsfreiheit und des Rechts, sich gewerkschaftlich zu organisieren, ein günstiges Umfeld schaffen;
- d) Unterstützung von Programmen, die die Eigenständigkeit von besonderen Gruppen von Frauen stärken, beispielsweise jungen Frauen, behinderten Frauen, älteren Frauen und rassischen und ethnischen Minderheiten
- e) Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau durch die Förderung der Frauenforschung und durch die Anwendung der Ergebnisse von Untersuchungen und geschlechtsbezogenen Forschungsarbeiten in allen Bereichen, namentlich in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie;
- f) Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit von autochthonen Frauen unter Berücksichtigung ihres überlieferten Wissens, um ihre Lebensbedingungen und ihren Entwicklungsstand zu verbessern;
- g) Verfolgung von Politiken zur Erweiterung beziehungsweise Aufrechterhaltung des Schutzes, den Arbeitsrecht und Sozialversicherungsbestimmungen Personen bieten, die zu Hause bezahlte Arbeit verrichten;
- h) Anerkennung und Unterstützung des Beitrags, den Frauen als Forscherinnen in Wissenschaft und Technologie leisten;
- i) Sicherstellung dessen, daß von Frauen geleitete Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe durch Politiken und Vorschriften nicht diskriminiert werden.

176. Seitens intermediärer Finanzierungsinstitutionen, staatlicher Ausbildungsinstitute, Kreditgenossenschaften, nichtstaatlicher Organisationen, Frauenverbänden, Berufsorganisationen und gegebenenfalls des Privatsektors:

- a) auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten in einem breiten Spektrum wirtschaftlicher, finanzwirtschaftlicher und technischer Qualifikationen, die es Frauen, insbesondere jungen Frauen, ermöglichen, an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik auf diesen Ebenen mitzuwirken;
- b) Bereitstellung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, einschließlich Marketing- und Handelsinformationen, Produktdesign und Innovation, Technologietransfer und Qualitätskontrolle, an von Frauen geleitete Unternehmen, namentlich auch soweit sie in Exportbereichen der Wirtschaft tätig sind;
- c) Förderung von technischen und kaufmännischen Verbindungen sowie Schaffung von Joint-ventures zwischen Unternehmerinnen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zur Unterstützung gemeinwesengestützter Initiativen;
- d) Verstärkung der Mitwirkung von Frauen, einschließlich am Rande der Gesellschaft lebender Frauen, an Produktions- und Marketinggenossenschaften durch Bereitstellung von Unterstützung im Marketing- und Finanzbereich, insbesondere in ländlichen und abgelegenen Gebieten;
- e) Förderung und Stärkung von Frauen geleiteter Kleinstunternehmen, neuer Kleinbetriebe, Genossenschaftsunternehmen, erweiterter Märkte und anderer Beschäftigungsmöglichkeiten und gegebenenfalls Erleichterung des Übergangs vom informellen zum formellen Sektor in ländlichen und städtischen Gebieten;

n;

j) Ermutigung von Gemeinwesenorganisationen und öffentlichen Behörden zur Schaffung von Kreditgemeinschaften für Unternehmerinnen unter Heranziehung der Erfahrungen erfolgreicher Kleingewerkschafts-Modelle.

177. Seitens des Privatsektors, namentlich auch seitens transnationaler und nationaler Unternehmen:

a) Verfolgung von Politiken und Einführung von Mechanismen zur Auftragsvergabe ohne Diskriminierung;

b) Besetzung von Führungs-, Leitungs- und Managementpositionen mit Frauen und Bereitstellung von Ausbildungsprogrammen zu den gleichen Bedingungen wie für Männer;

c) Beachtung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Arbeitsrechts, der Umwelt, des Verbraucherschutzes, der Gesundheit und der Sicherheit, insbesondere soweit sie Frauen betreffen.

Strategisches Ziel F.5.

Beseitigung der Segregation im Beruf und aller Formen der Diskriminierung am Arbeitsplatz

Zu ergreifende Maßnahmen

178. Seitens der Regierungen, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Frauenorganisationen:

a) Umsetzung und Durchsetzung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften und Anregung zu freiwilligen Verhaltenskodizes, die sicherstellen, daß internationale Arbeitsnormen wie das Übereinkommen Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit auf weibliche und männliche Arbeitnehmer gleichermaßen Anwendung finden;

b) Erlass und Durchsetzung von Gesetzen und Einführung von Durchführungsmaßnahmen, einschließlich Abhilfemaßnahmen und Zugang zur Gerichtsbarkeit im Fall der Nichteinhaltung, um die direkte und indirekte Diskriminierung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, namentlich auch unter Verweis auf den Familienstand, im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, namentlich Ausbildung, Beförderung, Gesundheit und Sicherheit, sowie im Hinblick auf die Kündigung des Beschäftigungsverhältnisses und die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, auch was den gesetzlichen Schutz vor sexueller Belästigung und rassistisch bedingter Schikanie betrifft, zu verbieten;

c) Erlass und Durchsetzung von Gesetzen und Erarbeitung von Arbeitsplatzpolitiken gegen geschlechtsbedingte Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im Falle älterer Arbeitnehmerinnen, bei der Einstellung und Beförderung und bei der Gewährung von Sozial- und Sozialversicherungsleistungen sowie in bezug auf diskriminierende Arbeitsbedingungen und sexuelle Belästigung; zur regelmäßigen Prüfung und Überwachung dieser Gesetze sind entsprechende Mechanismen zu entwickeln;

d) Beseitigung diskriminierender Praktiken von Arbeitgebern aufgrund der reproduktiven Rolle und Funktion der Frau, insbesondere die Nichteinstellung und Entlassung von Frauen wegen Schwangerschaft und Stillzeit;

e) Schaffung und Förderung von Programmen und Diensten zur Beschaffung von Arbeitsplätzen für Frauen, die erstmals und/oder wieder ins Erwerbsleben eintreten, insbesondere arme Land- und Stadtbewohnerinnen, junge Frauen, selbständig tätige und von Strukturanpassungsprogrammen betroffene Frauen;

f) Durchführung und Überwachung von Förderprogrammen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen und zur Gleichstellung von Frauen und Männern und Fördermaßnahmen im öffentlichen und privaten Sektor zur Beseitigung der systemimmanenten Diskriminierung der Frau im Erwerbsleben, insbesondere von behinderten Frauen und Frauen, die anderen benachteiligten Gruppen angehören, in bezug auf eine Anstellung, Weiterbeschäftigung und Beförderung sowie die berufliche Ausbildung von Frauen in allen Sektoren;

g) Beseitigung der Segregation im Beruf, insbesondere durch die Förderung eines gleichen Frauenanteils an Stellen, die hohe Qualifikationen voraussetzen, und in leitenden Managementpositionen sowie durch andere Maßnahmen wie Beratung und Stellenvermittlung, die ihre Aufstiegschancen am Arbeitsplatz und ihr berufliches Fortkommen auf dem Arbeitsmarkt verbessern, sowie durch die Förderung einer Diversifizierung der Berufswahl von Frauen

physische Sicherheit im Zusammenhang mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gewährleistet ist;

j) Gewährleistung des Zugangs zu eigens entwickelten Programmen, die es behinderten Frauen ermöglichen, einen Arbeitsplatz zu finden und diesen auf Dauer zu behalten, und Gewährleistung des Zugangs zu Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten auf allen geeigneten Ebenen, im Einklang mit den Rahmenbestimmungen für die Herstellung von Chancengleichheit für Behinderte; soweit möglich Anpassung der Arbeitsbedingungen an die Bedürfnisse behinderter Frauen, die vor einem unbegründeten Arbeitsplatzverlust wegen ihrer Behinderung

k) verstärkte Bemühungen um die Schließung des Entlohnungsabstandes zw
Ergreifung von Maßnahmen zur Anwendung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit durch Stärkung der Rechtsvorschriften, namentlich auch durch Einhaltung des internationalen Arbeitsrechts und der internationalen Arbeitsnormen sowie Förderung von Arbeitsplatzbewertungssystemen mit geschlechtsneutralen Kriterien;

l) Schaffung und/oder Stärkung von Mechanismen zur richterlichen Entscheidung von Angelegenheiten im Zusammenhang mit Diskriminierung in bezug auf die Bezahlung;

m) Festsetzung bestimmter Fristen für die Beseitigung aller Formen von Kinderarbeit, die gegen die akzeptierten internationalen Normen verstoßen, sowie Sicherstellung der vollen Durchsetzung der einschlägigen Gesetze und gegebenenfalls Erlass der notwendigen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Konvention über die Rechte des Kindes und der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation, und somit Schutz von arbeitenden Kindern, insbesondere Straßenkindern, durch die Bereitstellung angemessener Gesundheits-, Bildungs- und sonstiger sozialer Dienste;

n) Sicherstellung dessen, daß Strategien zur Beseitigung der Kinderarbeit, soweit angezeigt, auch die überhöhten Anforderungen berücksichtigen, die an manche Mädchen gestellt werden, was unbezahlte Arbeit in ihrem eigenen Haushalt und in anderen Haushalten betrifft;

o) Überprüfung, Analyse und gegebenenfalls Neugestaltung der Gehalts- und Lohnstrukturen in typischen Frauenberufen wie Unterricht und Lehre, Krankenpflege und Kinderbetreuung mit dem Ziel, den niedrigen Status dieser Berufe anzuheben und den damit verbundenen geringen Verdienst zu verbessern;

p) Erleichterung der produktiven Beschäftigung von legalen Migrantinnen (namentlich auch von Frauen, die nach dem Genfer Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge als Flüchtlinge anerkannt worden sind) durch eine umfassendere Anerkennung ausländischer Bildungsgänge und Zeugnisse sowie durch die Einführung eines ganzheitlichen Konzepts zur Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, das auch eine Sprachausbildung umfaßt.

Strategisches Ziel F.6.

Förderung der Vereinbarkeit der Berufspflichten und Familienaufgaben von Frauen und Männern

Zu ergreifende Maßnahmen

179. Seitens der Regierungen:

a) Verfolgung von Politiken, durch die sichergestellt wird, daß Teilzeit-, Aushilfs-, Saison- und Heimarbeiter in den Genuß eines angemessenen arbeitsrechtlichen Schutzes und entsprechender Sozialversicherungsleistungen gelangen; aktive Laufbahnförderung auf der Grundlage von Arbeitsbedingungen, die es gestatten, Berufspflichten und Familienaufgaben miteinander zu vereinbaren;

b) Sicherstellung dessen, daß Frauen und Männer sich frei und gleichberechtigt für eine Voll- oder Teilzeitarbeit entscheiden können; Erwägung der Möglichkeit, Arbeitnehmern in atypischen Beschäftigungsverhältnissen geeigneten Schutz im Hinblick auf den Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten, Arbeitsbedingungen und sozialer

c) durch Rechtsvorschriften, Anreize und/oder entsprechende Ermutigung Sicherstellung dessen, daß Frauen und Männer bei voller Sicherung des Arbeitsplatzes Gelegenheit haben, Elternurlaub zu nehmen, und daß ihnen die entsprechenden Leistungen gewährt werden; unter anderem durch entsprechende Rechtsvorschriften, Anreize und/oder Ermutigung Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß Männer und Frauen die Familienaufgaben zu gleichen Teilen wahrnehmen und daß außerdem arbeitenden Müttern das Stillen erleichtert wird;

d) Erarbeitung von Politiken, unter anderem im Bildungsbereich, mit dem Ziel, diejenigen Einstellungen zu ändern, durch die die geschlechtsbedingte Arbeitsteilung festgeschrieben wird, mit dem Ziel, das Konzept der gemeinsamen Wahrnehmung der Verantwortung für die Arbeit im Haus, insbesondere im Zusammenhang mit den Kindern und der Betreuung älterer Menschen, zu fördern;

e) Verbesserung der Entwicklung von und des Zugangs zu Technologien, die die berufliche wie die häusliche Arbeit erleichtern, zur Eigenständigkeit beitragen, Einkommen schaffen, die festgeschriebene Rollenverteilung im Produktionsprozeß verändern und Frauen in die Lage versetzen, von schlecht bezahlten Arbeitsplätzen zu besser

f) Untersuchung verschiedener Politiken und Programme, so auch der Sozialversicherungsgesetze und Steuersysteme, im Einklang mit den einzelstaatlichen Prioritäten und Politiken, um festzustellen, wie die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Flexibilität im Hinblick auf die Aufteilung der Zeit, auf Bildung und en, ehrenamtliche Tätigkeiten und andere der Gesellschaft nutzbringende Formen der Arbeit, der Erholung und der Freizeitgestaltung und die sich daraus ergebenden Vorteile gefördert werden können.

180. Seitens der Regierungen, des Privatsektors und der nichtstaatlichen Organisationen, Gewerkschaften und gegebenenfalls der Vereinten Nationen:

a) Ergreifung geeigneter Maßnahmen, unter Einbeziehung der zuständigen Regierungsorgane und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die es Frauen und Männern ermöglichen, sich zeitweise beurlauben zu lassen, in den Genuß übertragbarer Sozial- und Versorgungsleistungen zu gelangen und ihre Arbeitszeit flexibel zu gestalten, ohne deswegen ihre Aufstiegs- und Beförderungsaussichten aufs Spiel zu setzen;

b) Konzeption und Schaffung von Bildungsprogrammen durch innovative Medienkampagnen sowie von Aufklärungsprogrammen in Schulen und Gemeinwesen, um das Bewußtsein für die Gleichberechtigung der Geschlechter und eine nicht stereotype Rollenverteilung in der Familie zu schärfen; Bereitstellung von Unterstützungsdiensten und -einrichtungen, wie beispielsweise Kinderbetreuungsstätten am Arbeitsplatz und flexible Arbeitszeiten;

a) Erlaß und Durchsetzung von Gesetzen gegen sexuelle Belästigung und andere Formen der Belästigung am Arbeitsplatz.

G. Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen

181. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es, daß jeder das Recht hat, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes mitzuwirken. Die Machtgleichstellung und Eigenständigkeit der Frau sowie die Verbesserung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Stellung sind Voraussetzung für eine transparente und verantwortliche Regierungs- und Verwaltungsführung und eine bestandfähige Entwicklung in allen Lebensbereichen. Die Machtverhältnisse, die die Frauen an einem erfüllten Leben hindern, kommen auf vielen Ebenen der Gesellschaft zum Tragen, vom allerprivatesten bis zum öffentlichsten Bereich. Durch die Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an den Entscheidungsprozessen wird ein Gleichgewicht geschaffen, das die Zusammensetzung der Gesellschaft wirklichkeitstreu widerspiegelt und zur Stärkung der Demokratie und zur Förderung ihres ordnungsgemäßen Funktionierens erforderlich ist. Gleichberechtigung im politischen Entscheidungsprozeß bildet eine Möglichkeit zur Einflußnahme, ohne die es kaum zur tatsächlichen Integration des Gleichberechtigungsgedankens in die staatliche Politik kommen kann. Unter diesem Gesichtspunkt kommt der gleichberechtigten Teilhabe der Frau am politischen Leben eine ausschlaggebende Rolle zu, was den Prozeß der Förderung der Frau insgesamt angeht. Die gleichberechtigte Teilhabe der Frau an den Entscheidungsprozessen ist nicht einfach nur eine Forderung der Gerechtigkeit oder der Demokratie, sondern kann auch als eine notwendige Vorbedingung dafür angesehen werden, daß die Belange der Frau überhaupt Berücksichtigung finden. Ohne die aktive Mitwirkung der Frau und die Einbeziehung einer Frauenperspektive auf allen Entscheidungsebenen können die Ziele der Gleichberechtigung, der Entwicklung und des Friedens nicht verwirklicht werden.

182. Obwohl in den meisten Ländern eine breite Demokratisierungswelle zu verzeichnen ist, sind die Frauen auf der Regierungs- und Verwaltungsebene, insbesondere in den Ministerien und anderen Exekutivorganen, weitgehend unterrepräsentiert und haben, was die Erlangung politischer Macht in den gesetzgebenden Körperschaften oder die Erreichung des vom Wirtschafts- und Sozialrat befürworteten Ziels eines Frauenanteils von 30 Prozent in Leitungspositionen bis zum Jahr 1995 angeht, kaum Fortschritte gemacht. Weltweit gesehen haben die Frauen derzeit lediglich 10 Prozent der Sitze in den gesetzgebenden Körperschaften und einen noch geringeren Prozentsatz der Ämter in den Ministerien inne. In einigen Ländern, insbesondere solchen, die einen grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel durchlaufen, ist die Zahl der Frauen in den gesetzgebenden Körperschaften sogar stark zurückgegangen. Obgleich Frauen in fast allen Hälfte der Wähler stellen und in fast allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen das aktive und passive Wahlrecht erlangt haben, sind Frauen bei der Kandidatur für öffentliche Ämter immer noch stark unterrepräsentiert. Die ichten Arbeitsabläufe vieler politischer Parteien und Regierungsstrukturen stellen nach wie vor Barrieren

die Fähigkeit der Frau ein, gleichberechtigt am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben teilzuhaben.

186. Der geringe Anteil an Frauen unter den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene ist auf struktur- und anschauungsbedingte Hindernisse zurückzuführen, die durch Fördermaßnahmen abgebaut werden müssen. Regierungen, transnationale und nationale Unternehmen, Massenmedien, Banken, Hochschulen und wissenschaftliche Institute sowie regionale und internationale Organisationen, namentlich auch die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, machen von den Talenten der Frau als Spitzenmanager, politische Entscheidungsträger, Diplomaten und Verhandlungsführer nicht vollen Gebrauch.

187. Die ausgewogene Verteilung von Macht und Entscheidungsbefugnissen auf allen Ebenen hängt davon ab, ob die Regierungen und andere Akteure geschlechtsdifferenzierte statistische Analysen durchführen und durchgängig eine geschlechtsbezogene Perspektive in die Politikgestaltung und Programmdurchführung einbringen. Gleichberechtigung in den Entscheidungsprozessen ist für die Machtgleichstellung der Frau unerlässlich. In einigen Ländern macht der Frauenanteil in kommunalen und nationalen Regierungsstellen dank der gezielten Bevorzugung von Frauen heute 33,3 oder mehr Prozent aus.

188. Die nationalen, regionalen und internationalen statistischen Institute sind sich noch immer nicht genau darüber im klaren, wie Fragen im Zusammenhang mit der Gleichbehandlung von Frauen und Männern im wirtschaftlichen und sozialen Bereich darzustellen sind. Vor allem auf dem wichtigen Gebiet der Entscheidungsfindung werden die bestehenden Datenbanken und Methoden nicht hinlänglich genutzt.

189. Bei der Auseinandersetzung mit der mangelnden Gleichberechtigung von Frauen und Männern in bezug auf die Teilhabe an der Macht und der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen sollten die Regierungen und andere Akteure eine aktive und sichtbare Politik der konsequenten Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Politiken und Programme fördern, damit die Auswirkungen von Entscheidungen auf Frauen beziehungsweise Männer analysiert werden, bevor entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Strategisches Ziel G.1.

Ergreifung von Maßnahmen, die den gleichberechtigten Zugang der Frauen zu Machtstrukturen und Entscheidungsprozessen und ihre volle Teilhabe daran gewährleisten

Zu ergreifende Maßnahmen

190. Seitens der Regierungen:

- a) Verpflichtung zur Festlegung des Ziels eines gleichen Anteils von Frauen und Männern in Regierungsorganen und -ausschüssen sowie in der öffentlichen Verwaltung und Justiz, namentlich zur Festlegung konkreter Zielwerte sowie zur Durchführung von Maßnahmen zur merklichen Erhöhung des Frauenanteils, mit dem Ziel, erforderlichenfalls durch Fördermaßnahmen, eine gleiche Vertretung von Frauen und Männern in allen Regierungs- und Verwaltungspositionen herbeizuführen;
- b) Ergreifung von Maßnahmen, gegebenenfalls auch in den Wahlsystemen, die die politischen Parteien ermutigen, dafür Sorge zu tragen, daß Frauen öffentliche Wahl- beziehungsweise Nichtwahlämter im gleichen Prozentsatz und im gleichen Rang innehaben wie Männer;
- c) Schutz und Förderung des gleichen Rechts von Frauen und Männern auf politische B Vereinigungsfreiheit, namentlich auch auf Mitgliedschaft in politischen Parteien und Gewerkschaften;
- d) Untersuchung des unterschiedlichen Einflusses von Wahlsystemen auf die politische Vertretung von Frauen in gewählten Gremien und gegebenenfalls Prüfung der Frage einer Anpassung oder Reform dieser Systeme;
- e) Überwachung und Bewertung der im Hinblick auf die Vertretung von Frauen erzielten Fortschritte durch die regelmäßige Erfassung, Analyse und Veröffentlichung quantitativer und qualitat Männer in verschiedenen Leitungspositionen auf allen Ebenen im öffentlichen wie auch im privaten Sektor und jährliche Verbreitung von Daten über die Anzahl der auf verschiedenen Ebenen in der staatlichen Verwaltung Frauen und Männer; Sicherstellung dessen, daß Frauen und Männer gleichen Zugang zum gesamten Spektrum öffentlicher Dienstposten haben, und Schaffung von Mechanismen in den staatlichen Verwaltungsstrukturen zur Überwachung des Fortschritts auf diesem Gebiet;
- f) Unterstützung von nichtstaatlichen Organisationen und Forschungsinstituten, die Studien über die Teilhabe und den Einfluß der Frau in den Entscheidungsprozessen und dem Umfeld der Entscheidungsfindung durchführen;
- g) Förderung einer umfassenderen Einbeziehung autochthoner Frauen in Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen;
- h) Ermutigung und gegebenenfalls Sicherstellung dessen, daß staatlich finanzierte Organisationen nichtdiskriminierende Politiken und Praktiken anwenden, damit der Frauenanteil in ihren Organisationen steigt und sich die Stellung der Frauen bessert;
- i) Anerkennung dessen, daß von Frauen und Männern gemeinsam wahrgenommene Arbeits- und Elternpflichten die stärkere Teilhabe der Frau am öffentlichen Leben fördern, und Ergreifung entspre auch Maßnahmen, die es gestatten, Familien- und Berufsleben miteinander zu vereinbaren;
- j) Bemühungen um eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in den Listen der Bewerber, die sie für die Wahl oder Ernennung in Organe, Sonderorganisationen und andere autonome Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere zur Besetzung herausgehobener Positionen, benennen.

191. Seitens der politischen Parteien:

- a) Erwägung, die parteiinternen Strukturen und Verfahren zu überprüfen, um alle Hindernisse zu beseitigen, die direkt oder indirekt gegen die Teilhabe von Frauen diskriminieren;
- b) Erwägung, Initiativen einzuleiten, die es Frauen ermöglichen, sich ohne jede Einschränkung an allen internen Strukturen der Politikgestaltung sowie an allen Nominierungsverfahren für Ernennungs- und Wahlämter zu beteiligen;
- c) Erwägung, geschlechtsspezifische Themen in ihr politisches Programm aufzunehmen, wobei durch entsprechende Maßnahmen sichergestellt werden soll, daß die F der Führung von politischen Parteien teilhaben können.

192. Seitens der Regierungen, der einzelstaatlichen Organe, des Privatsektors, der politischen Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Forschungs- und Hochschulinstitutionen, subregionalen und regionalen Organe sowie der nichtstaatlichen und internationalen Organisationen:

- a) Ergreifung von Fördermaßnahmen zum Aufbau einer kritischen Masse von Frauen, die als Führungskräfte und Managerinnen in strategischen Leitungspositionen tätig sind;

sammensetzung der zu den Vereinten Nationen und anderen internationalen Foren entsandten Delegationen.

193. Seitens der Vereinten Nationen:

- a) Durchführung bestehender und Einführung neuer Beschäftigungspolitiken und -maßnahmen, um insbesondere im höheren Dienst und in den darüberliegenden Rangebenen bis zum Jahr 2000 eine allgemeine Gleichstellung von Männern und Frauen zu erzielen, unter gebührender Berücksichtigung des Umstands, daß es wichtig ist, die Auswahl der Bediensteten in Übereinstimmung mit Artikel 101, Absatz 3 der Charta der Vereinten Nationen auf möglichst breiter geographischer Grundlage vorzunehmen,
- b) Schaffung von Mechanismen zur Benennung von Kandidatinnen für eine Ernennung auf herausgehobene Positionen in den Vereinten Nationen, in den Sonderorganisationen und anderen Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen;
- c) weitere Erfassung und Verbreitung quantitativer und qualitativer Daten über Frauen und Männer in Management- und Leitungspositionen wie Analyse ihres jeweiligen Einflusses auf die Entscheidungsfindung und Überwachung der Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung des vom Generalsekretär gesetzten Ziels, 50 Prozent der Management- und Leitungspositionen bis zum Jahr 2000 mit Frauen zu besetzen.

194. Seitens Frauenorganisationen, der nichtstaatlichen Organisationen, der Gewerkschaften, der Sozialpartner, der Hersteller sowie der Industrie- und Berufsverbände:

- a) Aufbau und Festigung der Solidarität unter den Frauen durch Information, Bildung und Aktivitäten zur Bewußtseinsbildung;
- b) sachwalterische Tätigkeit auf allen Ebenen, um den Frauen die Einflußnahme auf politische, wirtschaftliche und soziale Entscheidungen, Prozesse und Systeme zu ermöglichen, sowie Bemühungen, von den gewählten Vertretern Rechenschaft bezüglich ihres Eintretens für geschlechtsspezifische Belange zu erhalten;
- c) im Einklang mit der Datenschutzgesetzgebung Einrichtung von Datenbanken über Frauen und ihre Qualifikationen, die bei der Besetzung von herausgehobenen Leitungs- und Beratungspositionen herangezogen und an Regierungsstellen, regionale und internationale Organisationen, Privatunternehmen, politische Parteien und andere in Betracht kommende Gremien weitergegeben werden können.

Strategisches Ziel G.2.

Verbesserung der Fähigkeit der Frauen, an Leitungs- und Führungsaufgaben teilzuhaben

Zu ergreifende Maßnahmen

195. Seitens der Regierungen, einzelstaatlicher Stellen, des Privatsektors, der politischen Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, subregionalen und regionalen Organe, nichtstaatlichen und internationalen Organisationen sowie Bildungseinrichtungen:

- a) Bereitstellung von Ausbildungskursen zur Vermittlung von Führungsqualitäten und zur Förderung des Selbstbewußtseins, um Frauen und Mädchen, insbesondere soweit Frauen und Frauen, die rassischen und ethnischen Minderheiten angehören, dabei behilflich zu sein, ihr Selbstwertgefühl zu stärken, und sie ermutigen, Leitungspositionen anzunehmen;
- b) Anwendung transparenter Kriterien bei der Besetzung von Leitungspositionen und Sicherstellung dessen, daß sich die Auswahlgremien zu gleichen Teilen aus Frauen und Männern zusammensetzen;
- c) Schaffung eines Mentorsystems für unerfahrene Frauen und insbesondere Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten, namentlich was die Wahrnehmung von Führungs- und Leitungsaufgaben, öffentlichen Vortrag und Durchsetzungsvermögen sowie die Führung von Wahlkampagnen angeht;
- d) Bereitstellung von geschlechtsbezogenen Ausbildungsmöglichkeiten für nichtdiskriminierende Arbeitsbeziehungen und Achtung vor unterschiedlichen Arbeits- und Managementstilen fördern;
- e) Schaffung von Mechanismen und Ausbildungsmöglichkeiten, um Frauen zu ermutigen, sich am Wahlprozeß und an politischen Aktivitäten zu beteiligen und in anderen Führungsbereichen mitzuwirken.

H. Institutionelle Mechanismen zur Förderung der Frau

196. In fast allen Mitgliedstaaten wurden einzelstaatliche Einrichtungen zur Förderung der Frau geschaffen, unter anderem mit dem Ziel, Frauenförderungspolitiken zu planen, ihre Umsetzung zu fördern, sie durchzuführen, zu überwachen, zu evaluieren, dafür einzutreten und Unterstützung dafür zu mobilisieren. Die entsprechenden einzelstaatlichen Einrichtungen weisen unterschiedliche Formen auf, sind ungleich wirksam und haben in einigen Fällen ihre Bedeutung eingebüßt. Da sie häufig am Rande der einzelstaatlichen Verwaltungsstrukturen angesiedelt sind, sehen sich diese Mechanismen vielfach durch unklare Mandate und einen Mangel an entsprechendem Personal, Ausbildung, Informationen und Ressourcen behindert und werden von der einzelstaatlichen politischen Führung nur unzureichend unterstützt.

197. Auf regionaler und internationaler Ebene sind die Mechanismen und Institutionen zur gezielten Förderung der Frau als integraler Bestandteil der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung und entsprechender Entwicklungs- und Menschenrechtsinitiativen mit ähnlichen Problemen konfrontiert, die auf mangelndes Engagement auf den höchsten Ebenen zurückzuführen sind.

198. Auf mehreren aufeinanderfolgenden internationalen Konferenzen wurde betont, daß es notwendig ist, in der Politik- und Programmplanung geschlechtsbezogene Faktoren zu berücksichtigen. Dies ist jedoch vielfach nicht geschehen.

199. Mit der Förderung der Frau befaßte Regionalorgane wurden ausgebaut, ebenso wie auch internationale Einrichtungen, so etwa die Kommission für die Rechtsstellung der Frau und der Ausschuß für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau. Nach wie vor werden sie jedoch durch die begrenzten zur Verfügung stehenden Ressourcen an der vollen Erfüllung ihres Mandats gehindert.

200. In vielen Organisationen wurden Methoden zur Durchführung geschlechtsspezifischer Politik- und Programmanalysen und zur Bewältigung der unterschiedlichen Auswirkungen von Politiken auf Frauen und Männer entwickelt und stehen zur Anwendung bereit, werden indessen häufig gar nicht oder zumindest nicht konsequent angewendet.

201. Die nationalen Frauenförderungseinrichtungen sind die für die Koordinierung der Politik zuständige zentrale Stelle innerhalb der Regierung. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, sich für die Einbeziehung einer Perspektive der Gleichstellung von Frauen und Männern in alle Politikbereiche und auf allen Regierungsebenen einzusetzen. Wenn diese einzelstaatlichen Einrichtungen wirksame Arbeit leisten sollen, müssen unter anderem folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- a) Ansiedlung auf höchstmöglicher Regierungsebene, als Teil des Zuständigkeitsbereichs eines Kabinettsministers;
- b) institutionelle Mechanismen oder Prozesse, die im Hinblick auf die Einbeziehung von nichtstaatlichen Organisationen und Gemeinwesenorganisationen von der Basis aufwärts gegebenenfalls eine dezentralisierte Struktur;
- c) ausreichende Ressourcen, was Haushaltsmittel und Fachpersonal betrifft;
- d) die Möglichkeit, die Erarbeitung aller staatlichen Politiken zu beeinflussen.

202. Bei der Auseinandersetzung mit der Frage der Mechanismen zur Förderung der Frau sollten die Regierungen und andere Akteure eine aktive und sichtbare Politik der konsequenten Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen

Perspektive in alle Politiken und Programme fördern, damit die Auswirkungen von Entscheidungen auf Frauen analysiert werden, bevor entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Strategisches Ziel H.1.

Schaffung oder Stärkung nationaler Einrichtungen und anderer staatlicher Organe

Zu ergreifende Maßnahmen

203. Seitens der Regierungen:

- a) Sicherstellung, daß die Verantwortung für die Förderung der Frau auf höchstmöglicher Regierungsebene angesiedelt ist; in vielen Fällen könnte dies die Ebene eines Kabinettsministers sein;
- b) auf der Grundlage eines nachdrücklichen politischen Engagements Schaffung einzelstaatlicher Einrichtungen, wo es solche noch nicht gibt, und gegebenenfalls Stärkung der bestehenden einzelstaatlichen Einrichtungen zur Förderung der Frau auf höchstmöglicher Regierungsebene; diese Einrichtungen sollten über klar abgegrenzte Mandate und Zuständigkeiten verfügen; entscheidende Faktoren wären ausreichende Ressourcen und die Fähigkeit und Kompetenz zur Beeinflussung der Politik und zur Formulierung beziehungsweise Novellierung von Rechtsvorschriften; zu ihren Aufgaben sollten unter anderem Politikanalyse, Interessenvertretung, Kommunikation, Koordination und Überwachung der Durchführung zählen;
- c) Ausbildung von Personal in der geschlechtsdifferenzierten Planung und Analyse von Daten;
- d) Schaffung von Verfahren, die es den einzelstaatlichen Einrichtungen erlauben, bereits in einem frühen Stadium Informationen zu ressortübergreifenden Grundsatzfragen zu sammeln und während des Prozesses der Politikentwicklung und -überprüfung innerhalb der Regierung laufend davon Gebrauch zu machen;
- e) regelmäßige Berichterstattung an die gesetzgebenden Körperschaften über den Stand der Bemühungen, unter Berücksichtigung der Umsetzung der Aktionsplattform soweit erforderlich geschlechtsbezogene Belange in alle Politikbereiche einzubeziehen;
- f) Ermutigung und Förderung der aktiven Einbeziehung des breiten und vielfältigen Spektrums von Institutionen im öffentlichen, privaten und freiwilligen Sektor in die Bemühungen um die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Strategisches Ziel H.2.

Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in die Rechtsvorschriften sowie in öffentliche Politiken, Programme und Projekte

Zu ergreifende Maßnahmen

204. Seitens der Regierungen:

- a) Bemühungen dahin gehend, vor jeder Grundsatzentscheidung eine Analyse ihrer Auswirkungen auf Frauen beziehungsweise Männer vorzunehmen;
- b) regelmäßige Überprüfung der einzelstaatlichen Politiken, Programme und Projekte und ihrer Durchführung, bei gleichzeitiger Evaluierung der Auswirkungen von Beschäftigungs- und Einkommenspolitiken, um zu gewährleisten, daß die Entwicklung den Frauen unmittelbar zugute kommt und daß ihr voller bezahlter wie nichtbezahlter Entwicklungsbeitrag in der Wirtschaftspolitik und -planung berücksichtigt wird;
- c) Förderung einzelstaatlicher Strategien und Zielsetzungen in bezug auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, um die sich der Ausübung der Rechte der Frauen entgegenstellenden Hindernisse abzubauen und jede Form der Diskriminierung der Frau zu beseitigen;
- d) gegebenenfalls Zusammenarbeit mit Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften, um die Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Rechtsvorschriften und Politiken zu fördern;
- e) Beauftragung aller Ministerien mit der Überprüfung von Politiken und Programmen aus einer geschlechtsbezogenen Perspektive und im Lichte der Aktionsplattform; Ansiedlung der Verantwortung für die Durchführung dieses Auftrags auf höchstmöglicher Ebene; Schaffung und/oder Stärkung einer ressortübergreifenden Koordinierungsstruktur zur Durchführung dieses Auftrags und zur Überwachung der dabei erzielten Fortschritte sowie zur Kontaktwahrung mit den entsprechenden Einrichtungen.

205. Seitens der einzelstaatlichen Einrichtungen:

- a) Erleichterung der Gestaltung und Umsetzung von staatlichen Politiken zur Herbeiführung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Entwicklung geeigneter Strategien und Methoden sowie Förderung

der Koordinierung und Zusammenarbeit innerhalb der Regierung, mit dem Ziel, die Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Entscheidungsprozesse sicherzustellen;

b) Förderung und Herstellung von Kooperationsbeziehungen zu den zuständigen Regierungsstellen, Zentren für Frauenstudien und Frauenforschung, Hochschul- und anderen Bildungseinrichtungen, dem Privatsektor, den Medien, den nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere den Frauenorganisationen, und allen anderen Akteuren der Bürgergesellschaft;

c) Durchführung von Tätigkeiten im Hinblick auf eine Gesetzesreform, unter anderem in bezug auf die Familie, die Arbeitsbedingungen, die soziale Sicherheit, die Einkommenssteuer, die Chancengleichheit in der Bildung, frauenfreundliche Fördermaßnahmen und die Schaffung von Einstellungen und einer Kultur, die der Gleichberechtigung förderlich sind, sowie Förderung der Einbeziehung einer geschlechtsspezifischen Perspektive in jede Reform der Politiken und Programme im Rechtsbereich;

d) Förderung der stärkeren Partizipation der Frauen als aktive Trägerinnen und Nutznießerinnen des Entwicklungsprozesses, was zu einer Verbesserung der Lebensqualität aller führen würde;

e) Herstellung direkter Verbindungen zu nationalen, regionalen und internationalen Organen zur Förderung der Frau;

f) Bereitstellung von Ausbildungs- und Beratungshilfe für Regierungsstellen, damit sie eine geschlechtsbezogene Perspektive in ihre Politiken und Programme einbeziehen können.

Strategisches Ziel H.3.

Erstellung und Veröffentlichung von nach dem Geschlecht aufgeschlüsselten Daten und Informationen für Planungs- und Bewertungszwecke

Zu ergreifende Maßnahmen

206. Seitens nationaler, regionaler und internationaler Statistikdienste und der zuständigen Regierungsbehörden und Organisationen der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit Forschungs- und Dokumentationsorganisationen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich:

a) Sicherstellung dessen, daß Statistiken, die sich auf Einzelpersonen beziehen, nach Geschlecht und Alter aufgeschlüsselt erfaßt, zusammengestellt, analysiert und präsentiert werden und Probleme und Fragen der Frauen und Männer in der Gesellschaft widerspiegeln;

b) regelmäßige Erfassung, Zusammenstellung, Analyse und Veröffentlichung von nach Alter, Geschlecht, sozioökonomischen und anderen relevanten Indikatoren aufgeschlüsselten Daten, einschließlich Unterhaltsberechtigten, zur Nutzung bei der Planung und Durchführung von Politiken und Programmen;

c) Beteiligung von Zentren für Frauenstudien und Forschungsinstituten an der Entwicklung und Erprobung geeigneter Indikatoren und Forschungsmethoden zur Untermauerung der geschlechtsdifferenzierten Analyse sowie an der Überwachung und Bewertung der Verwirklichung der Ziele der Aktionsplattform;

d) Bestellung oder Ernennung von Personal zur Verstärkung von Programmen für geschlechtsspezifische Statistiken und zur Sicherstellung der Koordinierung, Überwachung und Verbindung zu allen Bereichen der statistischen Arbeit sowie Erstellung von Gesamtstatistiken, die Einzelstatistiken aus den verschiedenen Themenbereichen zusammenfassen;

e) Verbesserung der Erfassung von Daten über den vollen Beitrag von Frauen und Männern zur Volkswirtschaft, einschließlich ihrer Beteiligung am informellen Sektor;

f) Gewinnung umfassenderer Kenntnisse über alle Formen der Arbeit und Beschäftigung durch:

i) Verbesserung der Erfassung von Daten über die unbezahlte Arbeit, die im System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen bereits berücksichtigt wird, wie beispielsweise in der Landwirtschaft, insbesondere der Subsistenzlandwirtschaft, und bei sonstigen nicht marktorientierten Produktionstätigkeiten;

ii) bessere Messung der gegenwärtig zu niedrig eingeschätzten Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt;

iii) Ausarbeitung von Methoden durch die zuständigen Stellen zur quantitativen Bewertung der unbezahlten Arbeit, die von den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht erfaßt wird, wie zum Beispiel Betreuung von Angehörigen oder Essenszubereitung, im Hinblick auf die mögliche Erfassung in Satellitenkonten oder anderen offiziellen Konten, die gesondert von den Kernkonten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, jedoch in einer mit diesen konformen Weise erstellt werden könnten, damit der volkswirtschaftliche Beitrag von Frauen und Männern sichtbar gemacht wird;

ii) quantitative Messung unbezahlter Arbeit, die von den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht erfaßt wird, und Verbesserung der Methoden zur Bewertung und genauen Erfassung ihres Werts in Satellitenkonten oder anderen offiziellen Konten, die gesondert von den Kernkonten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, jedoch in einer mit diesen konformen Weise erstellt werden;

h) Verbesserung der Konzepte und Methoden der Datenerfassung zur Messung der Armut unter Frauen und Männern, einschließlich ihres Zugangs zu Ressourcen;

i) Ausbau der Systeme der Bevölkerungsstatistiken und Einbeziehung geschlechtsdifferenzierter Analysen in Veröffentlichungen und Forschungsarbeiten; vorrangige Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede bei der Konzeption von Forschungsarbeiten und bei der Datenerfassung und -analyse, mit dem Ziel, die Genauigkeit der Daten über Morbidität zu erhöhen; und Verbesserung der Erfassung von Daten über den Zugang zu Gesundheitsdiensten, einschließlich des Zugangs zu umfassenden Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, der gesundheitlichen Betreuung der Mütter und der Familienplanung, mit besonderem Schwerpunkt auf jugendlichen Müttern und auf der Altenpflege;

j) Entwicklung verbesserter, nach Geschlecht und Alter aufgeschlüsselter Daten über Opfer und Täter jeder Form von Gewalthandlungen gegen Frauen, wie Gewalt in der Familie, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, Inzest, - und Mädchenhandel, sowie über Gewalt, die von Vertretern des Staates ausgeht;

k) Verbesserung der Konzepte und Methoden zur Erfassung von Daten über das Ausmaß der Teilhabe von behinderten Frauen und Männern, einschließlich ihres Zugangs zu Ressourcen.

207. Seitens der Regierungen:

a) Sicherstellung der regelmäßigen Erstellung einer statistischen Veröffentlichung über die Geschlechter, die aktuelle Daten und Informationen über Frauen und Männer in einer für Laien verständlichen Form präsentiert und interpretiert;

b) Sicherstellung dessen, daß Verfasser und Benutzer von Statistiken in jedem Land die Eignung des amtlichen Statistiksystems und seine Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Themen regelmäßig überprüfen und erforderlichenfalls einen Plan für notwendige Verbesserungen ausarbeiten;

c) Erstellung und Unterstützung der Erstellung quantitativer und qualitativer Studien durch Forschungsorganisationen, Gewerkschaften, Arbeitgeber, den Privatsektor sowie nichtstaatliche Organisationen über die Verteilung von Macht und Einfluß in der Gesellschaft, einschließlich der Anzahl von Frauen und Männern in Entscheidungspositionen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor;

d) verstärkte Verwendung von geschlechtsdifferenzierten Daten bei der Ausarbeitung von Politiken und der

208. Seitens der Vereinten Nationen:

a) Förderung der Ausarbeitung von Methoden zur Ermittlung besserer Möglichkeiten der Erfassung, Zusammenstellung und Analyse von Daten im Hinblick auf die Menschenrechte von Frauen, so auch über Gewalt gegen Frauen, zur Nutzung durch alle zuständigen Organe der Vereinten Nationen;

b) Förderung der weiteren Ausarbeitung statistischer Methoden zur Verbesserung der Daten über Frauen im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungsprozeß;

c) Erstellung einer neuen Ausgabe von The World's Women in regelmäßigen Fünfjahresabständen und weite Verbreitung dieser Publikation;

d) Unterstützung von Ländern, auf Antrag, bei der Ausarbeitung von Politiken und Programmen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen von Frauen und Männern Rechnung tragen;

e) Sicherstellung dessen, daß die einschlägigen Berichte, Daten und Publikationen der Statistischen Abteilung des Sekretariats der Vereinten Nationen und des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau über die auf nationaler und internationaler Ebene erzielten Fortschritte der Kommission für die Rechtsstellung der Frau regelmäßig und koordiniert übermittelt werden.

209. Seitens multilateraler Entwicklungsinstitutionen und bilateraler Geber:

Förderung und Unterstützung des Aufbaus nationaler Kapazitäten in Entwicklungs- und Umbruchländern durch die Bereitstellung von Ressourcen und technischer Hilfe, so daß die Länder die von Frauen und Männern geleistete Arbeit, einschließlich bezahlter und unbezahlter Arbeit, voll messen und gegebenenfalls Satelliten- oder andere offizielle Konten für unbezahlte Arbeit verwenden können.

I. Menschenrechte der Frauen

210. Die Menschenrechte und Grundfreiheiten sind das Geburtsrecht aller Menschen; ihr Schutz und ihre Förderung sind die erste Pflicht der Regierungen.

211. Die Weltkonferenz über Menschenrechte bekräftigte das feierliche Bekenntnis aller Staaten zur Erfüllung ihrer Verpflichtung zur Förderung der weltweiten Achtung, Einhaltung und Wahrung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinte dem Gebiet der Menschenrechte und dem Völkerrecht. Der universelle Charakter dieser Rechte und Freiheiten steht

212. Die Förderung und der Schutz aller Menschenrechte und Grundfreiheiten muß als vorrangige Zielsetzung der Vereinten Nationen im Einklang mit ihren Zielen und Grundsätzen, insbesondere dem Ziel der internationalen Zusammenarbeit, angesehen werden. Im Rahmen dieser Ziele und Grundsätze sind die Förderung und der Schutz aller Menschenrechte ein rechtmäßiges Anliegen der Völkergemeinschaft. Die Völkergemeinschaft muß die Menschenrechte weltweit, in gerechter und gleicher Weise, auf derselben Grundlage und mit demselben Nachdruck behandeln. Die Aktionsplattform bekräftigt, daß es geboten ist, die Universalität, Objektivität und Nichtselektivität der Behandlung von Menschenrechtsfragen zu gewährleisten.

213. Die Aktionsplattform bekräftigt, daß alle Menschenrechte - die bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung - gemäß der Erklärung und dem Aktionsprogramm von Wien, die von der Weltkonferenz über Menschenrechte verabschiedet wurden, allgemeingültig und unteilbar sind, einander bedingen und miteinander verknüpft sind. Die K daß die Menschenrechte der Frauen und Mädchen ein unveräußerlicher, integraler und unteilbarer Bestandteil der allgemeinen Menschenrechte sind. Der volle und gleichberechtigte Genuß aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Frauen und Mädchen ist ein vorrangiges Anliegen der Regierungen und der Vereinten Nationen und für die Förderung der Frau von wesentlicher Bedeutung.

214. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen ich erwähnt. In allen wichtigen internationalen Rechtsakten auf dem Gebiet der Menschenrechte wird das Geschlecht als einer der Gründe genannt, aus denen Staaten niemanden diskriminieren dürfen.

215. Die Regierungen müssen nicht nur jegliche Verletzung der Menschenrechte der Frauen unterlassen, sondern aktiv auf die Förderung und den Schutz dieser Rechte hinwirken. Die Anerkennung der Bedeutung der Menschenrechte der Frau spiegelt sich in der Tatsache wider, daß drei Viertel der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau unterzeichnet haben.

216. Die Weltkonferenz über Menschenrechte hat eindeutig bekräftigt, daß die Menschenrechte der Frau während her, integraler und unteilbarer Bestandteil der allgemeinen Menschenrechte sind. Die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung hat die reproduktiven Rechte der Frau und das Recht auf Entwicklung bestätigt. Sowohl die Erklärung über die Rechte des Kindes als auch die Konvention über die Rechte des Kindes¹¹ garantieren die Rechte der Kinder und bestätigen den Grundsatz der Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts.

217. Die Kluft zwischen dem Vorhandensein von Rechten und ihrer tatsächlichen Ausübung ist auf das mangelnde Engagement der Regierungen bei der Förderung und dem Schutz dieser Rechte und auf die Nichtaufklärung von Frauen wie Männern über diese Rechte durch die Regierungen zurückzuführen. Das Fehlen geeigneter Beschwerdeverfahren auf nationaler und internationaler Ebene und unzureichende Mittel auf beiden Ebenen verschärfen das Problem noch. In den meisten Ländern sind inzwischen Maßnahmen ergriffen worden, um die von der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau garantierten Rechte in innerstaatliches Recht umzusetzen. Mehrere Länder haben Mechanismen eingerichtet, die den Frauen die Wahrnehmung ihrer Rechte erleichtern.

218. Zum Schutz der Menschenrechte der Frau ist es notwendig, soweit wie möglich zu vermeiden und sicherzustellen, daß Vorbehalte nicht mit dem Ziel und Zweck der Konvention unvereinbar sind oder anderweitig dem internationalen Vertragsrecht widersprechen. Solange die von den internationalen Menschenrechtsübereinkünften festgeschriebenen Menschenrechte der Frau im innerstaatlichen Recht wie auch in der innerstaatlichen Praxis nicht voll anerkannt und wirksam geschützt, angewandt, umgesetzt und durchgesetzt werden - im Familien-, Zivil-, Straf-, Arbeits- und Handelsrecht wie auch in Verwaltungsvorschriften -, werden diese Rechte nur auf dem Papier bestehen.

219. In den Ländern, welche die Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und andere internationale Rechtsakte auf dem Gebiet der Menschenrechte noch nicht unterzeichnet haben, oder wo Vorbehalte angebracht wurden, die mit dem Gegenstand und dem Zweck der Konvention unvereinbar sind, oder wo innerstaatliche Rechtsvorschriften noch nicht überarbeitet wurden, um internationale Regeln und Normen umzusetzen, ist die formalrechtliche Gleichstellung der Frau noch nicht gesichert. Die vollständige Gleichberechtigung der Frau wird durch die Diskrepanz zwischen einigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften und dem Völkerrecht beziehungsweise internationalen Rechtsakten auf dem Gebiet der Menschenrechte untergraben. Unnötig komplizierte Verwaltungsverfahren, mangelndes Problembewußtsein innerhalb der Justiz und die unzureichende Überwachung von Verletzungen der Menschenrechte aller Frauen, verbunden mit einem zu geringen Frauenanteil in der Justiz, ungenügender Aufklärung über bestehende Rechte und althergebrachten Einstellungen und Praktiken, lassen die tatsächliche Benachteiligung von Frauen fortbestehen. Die Nichtgleichberechtigung von Frauen in der Praxis wird darüber hinaus durch die mangelnde Durchsetzung von familien-, zivil-, straf-, arbeits- und handelsrechtlichen Vorschriften oder Verwaltungsvorschriften festgeschrieben, mit denen eigentlich sichergestellt werden soll, daß Frauen in den vollen Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten gelangen.

220. Jeder Mensch sollte Anspruch auf Teilhabe und Mitwirkung an der kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung haben und in den Genuß ihrer Vorteile kommen können. Vielfach werden Frauen und Mädchen bei der Zuweisung und Verteilung wirtschaftlicher und sozialer Ressourcen diskriminiert. Dies stellt eine direkte Verletzung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte dar.

221. Die Menschenrechte aller Frauen und Mädchen müssen einen integrierenden Bestandteil der Menschenrechtsaktivitäten der Vereinten Nationen bilden. Es bedarf verstärkter Anstrengungen zur Integration der Gleichstellung und der Menschenrechte aller Frauen und Mädchen in die allgemeinen System der Vereinten Nationen und zur regelmäßigen und systematischen Beschäftigung mit diesen Themen in allen zuständigen Gremien und Mechanismen. Dies erfordert unter anderem eine verbesserte Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen der Kommission für die Rechtsstellung der Frau, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, der Menschenrechtskommission, einschließlich ihrer Sonder- und Themenberichterstatte, unabhängigen Sachverständigen, Arbeitsgruppen und ihr Verhütung von Diskriminierung und den Schutz von Minderheiten, der Kommission für bestandfähige Entwicklung, der Kommission für soziale Entwicklung, der Kommission für Verbrechenverhütung und für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau sowie sonstigen Vertragsorganen auf dem Gebiet der Menschenrechte und allen zuständigen Stellen des Systems der Vereinten Nationen, einschließlich der Sonderorganisationen. Darüber hinaus bedarf es der Zusammenarbeit, um das Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen zu stärken, zu rationalisieren und zu straffen und seine Wirksamkeit und Effizienz zu fördern, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, unnötige Doppelarbeit und die und Aufgaben zu vermeiden.

222. Wenn das Ziel der vollen Verwirklichung der Menschenrechte für alle erreicht werden soll, so muß bei der Anwendung der internationalen Rechtsakte auf dem Gebiet der Menschenrechte der systematische und systemimmanente Charakter der Diskriminierung der Frauen, den die geschlechtsdifferenzierte Analyse eindeutig aufgezeigt hat, stärker berücksichtigt werden.

223. Eingedenk des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung¹⁴ und des Aktionsprogramms von Wien², die von der Weltkonferenz über Menschenrechte verabschiedet wurden, bekräftigt die Vierte Weltfrauenkonferenz, daß die reproduktiven Rechte auf der Anerkennung des Grundrechts aller Paare und Einzelpersonen gründen, frei Anzahl, den Geburtenabstand und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder zu entscheiden und über die diesbezüglichen Informationen und Mittel zu verfügen, sowie des Rechts auf den höchsten erreichbaren Stand der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Dies umfaßt auch ihr Recht, frei von Diskriminierung, Zwang und Gewalt Entscheidungen in bezug auf die Fortpflanzung zu treffen, wie es in Menschenrechtsdokumenten niedergelegt ist.

224. Gewalt gegen Frauen bedeutet sowohl eine Verletzung als auch eine Beeinträchtigung beziehungsweise Verhinderung der Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten der Frau. Unter Berücksichtigung der Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und der Arbeit der Sonderberichterstatte sind geschlechtsspezifische Gewalt, wie beispielsweise Mißhandlung und andere Formen der Gewalt in der Familie, sexueller Mißbrauch, sexuelle Versklavung und Ausbeutung und internationaler Frauen- und Kinderhandel, Zwangsprostitution und sexuelle Belästigung, sowie Gewalt gegen Frauen, die auf kulturelle Vorurteile, Rassismus und Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Pornographie, ethnische Säuberung, bewaffnete Konflikte, ausländische Besetzung, religiösen und antireligiösen Extremismus und Terrorismus, die Würde und dem Wert der menschlichen Person unvereinbar und müssen bekämpft und beseitigt werden. Die Regierungen sind aufgerufen, dringend Maßnahmen zur Bekämpfung und Abschaffung aller Formen von Gewalt gegen Frauen im privaten wie im öffentlichen Leben zu ergreifen, gleichviel ob sie vom Staat oder von Privatpersonen verübt oder toleriert werden.

225. Viele Frauen werden an der Ausübung ihrer Menschenrechte noch durch andere Barrieren gehindert, und zwar aufgrund von Faktoren wie Rasse, Sprache, Volksgruppenzugehörigkeit, Kultur, Religion, Behinderung, ihrer sozioökonomischen Gesellschaftsschicht oder weil sie Angehörige einer autochthonen Bevölkerungsgruppe, Migrantinnen, einschließlich Wanderarbeitnehmerinnen, vertrieben

enrechte;

e) Schaffung oder Stärkung unabhängiger nationaler Institutionen zum Schutz und zur Förderung dieser Rechte, einschließlich der Menschenrechte von Frauen, gemäß den Empfehlungen der Weltkonferenz über Menschenrechte;

- f) Aufstellung eines umfassenden Programms zur Menschenrechtserziehung mit dem Ziel, bei den Frauen Bewußtseinsbildung hinsichtlich ihrer Menschenrechte zu betreiben und andere für die Menschenrechte der Frau sensibilisieren;
- g) falls die Staaten Vertragsparteien sind, Umsetzung der Konvention durch Überprüfung aller innerstaatlichen Rechtsvorschriften, Politiken, Praktiken und Verfahren, um sicherzustellen, daß sie den in der Konvention niedergelegten Verpflichtungen entsprechen; alle Staaten sollten eine Überprüfung ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften, Politiken, Praktiken und Verfahren durchführen, um sicherzustellen, daß sie ihren diesbezüglichen internationalen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Menschenrechte Genüge tun;
- h) Einbeziehung geschlechtsspezifischer Aspekte in die Berichterstattung aufgrund aller anderen Menschenrechtsübereinkünfte, einschließlich der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation, um die Analyse und Überprüfung der Menschenrechte von Frauen sicherzustellen;
- i) rechtzeitige Berichterstattung über die Umsetzung der Konvention an den Ausschuß für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau, unter genauer Beachtung der vom Ausschuß vorgegebenen Richtlinien und gegebenenfalls unter Einbeziehung nichtstaatlicher Organisationen oder unter Berücksichtigung ihrer Beiträge bei der Erstellung des Berichts;
- j) Befähigung des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau, sein Mandat vollinhaltlich zu erfüllen, durch die Gewährleistung ausreichender Zeit für seine Tagungen, mittels der umfassenden Ratifikation der Revision, die von den Vertragsstaaten der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau am 22. Mai 1995 in bezug auf Artikel 20 Absatz 1 verabschiedet wurde, sowie durch die Förderung effizienter Arbeitsmethoden;
- k) Unterstützung des von der Kommission für die Rechtsstellung der Frau eingeleiteten Prozesses zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Fakultativprotokolls zu der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das so bald wie möglich in Kraft treten könnte, bezüglich eines Petitionsrechts, unter Berücksichtigung des Berichts des Generalsekretärs über das Fakultativprotokoll, einschließlich der Auffassungen zu seiner
- l) Ergreifung dringender Maßnahmen zur Herbeiführung der allgemeinen Ratifikation der Konvention über die Rechte des Kindes beziehungsweise des allgemeinen Beitritts zu ihr vor Ende 1995 sowie zur vollen Umsetzung der Konvention, mit dem Ziel, die gleichen Rechte für Mädchen und Jungen zu gewährleisten; die Staaten werden nachdrücklich aufgefordert, soweit noch nicht geschehen, Vertragspartei der Konvention zu werden, damit ihre allgemeine Umsetzung bis zum Jahr 2000 verwirklicht werden kann;
- m) Auseinandersetzung mit den akuten Problemen von Kindern, unter anderem durch die Unterstützung von Bemühungen im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen um die Anwendung effizienter internationaler Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Tötung weiblicher Neugeborener, schädlicher Kinderarbeit, des Kinder- und Organhandels, der Kinderprostitution, der Kinderpornographie und anderer Formen sexuellen Mißbrauchs sowie Erwägung eines Beitrags zur Abfassung des Entwurfs eines Fakultativprotokolls zur Konvention
- n) Stärkung der Umsetzung aller einschlägigen Rechtsakte auf dem Gebiet der Menschenrechte, mit dem Ziel, unter anderem durch internationale Zusammenarbeit organisierte und andere Formen des Frauen- und Kinderhandels, einschließlich zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, der Pornographie, der Prostitution und des Sextourismus, zu bekämpfen und zu beseitigen und für die Opfer rechtliche und soziale Dienste bereitzustellen; dazu sollten auch Vorkehrungen für die internationale Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Bestrafung für die organisierte Ausbeutung von Frauen und Kindern verantwortlich sind;
- o) unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte von Frauen, die autochthoner Bevölkerungsgruppen sind, zu gewährleisten, Prüfung einer Erklärung über die Rechte autochthoner Bevölkerungsgruppen zur Annahme durch die Generalversammlung während der Internationalen Dekade der autochthonen Bevölkerungsgruppen der Welt und Förderung der Mitwirkung von Frauen, die Angehörige autochthoner Bevölkerungsgruppen sind, an der Arbeitsgruppe, die den Erklärungsentwurf erarbeitet, gemäß den für die Mitwirkung von Organisationen autochthoner Bevölkerungsgruppen festgelegten Bestimmungen.

231. Seitens der zuständigen Organe, Gremien und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, aller Menschenrechtsorgane des Systems der Vereinten Nationen sowie des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für größere Effizienz und Effektivität durch eine bessere Koordinierung der verschiedenen Gremien, Mechanismen und Verfahren sowie unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, unnötige Doppelarbeit und die Überschneidung von Mandaten und Aufgaben zu vermeiden:

- a) uneingeschränkte, gleiche und ständige Beachtung der Menschenrechte von Frauen bei der Wahrnehmung ihrer jeweiligen Mandate zur Förderung der allgemeinen Achtung und des allgemeinen Schutzes aller Menschenrechte -

Frau, der Menschenrechtskommission, der Kommission für soziale Entwicklung, der Kommission für bestandfähige Entwicklung, der Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege, den Organen der e Überwachung der Menschenrechtsübereinkünfte, einschließlich des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau, sowie dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau, dem Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und den anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats, bei der Förderung der Menschenrechte von Frauen sowie Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Frauenförderung und dem Zentrum für Menschenrechte;

h) Herstellung einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und anderen zuständigen Organen, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats, unter Berücksichtigung des engen Zusammenhangs zwischen massenhaften Verletzungen der Menschenrechte, besonders in Form von Völkermord, ethnische systematischen Vergewaltigungen von Frauen in Kriegssituationen sowie Flüchtlingsströmen und anderen Vertreibungen, und der Tatsache, daß geflüchtete, vertriebene und heimkehrende Frauen besonderen Formen von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sein können;

i) Förderung der Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in nationale Aktionsprogramme und in Menschenrechts- und nationale Institutionen im Kontext von Programmen für Beratende Dienste auf dem Gebiet der Menschenrechte;

j) Ausbildung des gesamten Personals und der Vertreter der Vereinten Nationen, insbesondere soweit sie auf dem Gebiet der Menschenrechte und der humanitären Hilfe tätig sind, in bezug auf die Menschenrechte von Frauen menschenrechte von Frauen, damit sie in der Lage sind, Verletzungen dieser Menschenrechte zu erkennen und sich damit auseinanderzusetzen, und damit sie den geschlechtsbezogenen Aspekt ihrer Arbeit umfassend würdigen können;

k) Berücksichtigung der Ergebnisse der Vierten Weltfrauenkonferenz bei der Überprüfung der Umsetzung des Aktionsplans für die Dekade der Vereinten Nationen für Menschenrechtserziehung (1995-2004).

Strategisches Ziel I.2.

Gewährleistung der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung durch das Gesetz und in der Praxis

Zu ergreifende Maßnahmen

232. Seitens der Regierungen:

a) Vordringliche Förderung und Schutz der vollen und gleichberechtigten Ausübung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Frauen und Männer ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand;

- b) Schaffung verfassungsmäßiger Garantien und/oder Beschluß entsprechender Gesetze zum Verbot der Diskriminierung von Frauen und Mädchen jeden Alters aufgrund ihres Geschlechts und Zusicherung gleicher Rechte und ihrer uneingeschränkten Ausübung für Frauen jeden Alters;
- c) Aufnahme des Grundsatzes der Gleichberechtigung von Mann und Frau in ihre Rechtsvorschriften und Sicherstellung der Verwirklichung dieses Grundsatzes in der Praxis durch das Gesetz und andere geeignete Mittel;
- d) Überprüfung innerstaatlicher Rechtsvorschriften, einschließlich des Gewohnheitsrechts und der Rechtspraxis im Familien-, Zivil-, Straf-, Arbeits- und Handelsrecht, mit dem Ziel, die Umsetzung der Grundsätze und Verfahren aller einschlägigen internationalen Rechtsakte auf dem Gebiet der Menschenrechte mit Hilfe der nationalen Gesetzgebung sicherzustellen, Aufhebung noch verbleibender geschlechtlich diskriminierender Gesetze und Beseitigung geschlechtsbezogener Voreingenommenheit in der Rechtspflege;
- e) Stärkung und Förderung der Ausarbeitung von Programmen zum Schutz der Menschenrechte von Frauen in den nationalen Menschenrechtsinstitutionen, die solche Programme durchführen, wie etwa Menschenrechtskommissionen oder Ombudsleuten, indem ihnen ein entsprechender Status, Ressourcen und die Möglichkeit des Zugangs zur Regierung gegeben werden, damit sie Einzelpersonen, insbesondere Frauen, behilflich sein können, sowie Sicherstellung dessen, daß diese Institutionen Problemen im Zusammenhang mit Verletzungen der Menschenrechte von Frauen gebührende Aufmerksamkeit widmen;
- f) Ergreifung von Maßnahmen, um zu gewährleisten, daß die Menschenrechte der Frauen, einschließlich der in den Ziffern 94 bis 96 genannten Rechte, voll geachtet und geschützt werden;
- g) Ergreifung dringlicher Maßnahmen zur Bekämpfung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen - welche eine Menschenrechtsverletzung ist -, die in schädlichen traditionellen oder aus dem Brauchtum erwachsenden Praktiken, kulturellen Vorurteilen und Extremismus begründet ist;
- h) Verbot der Verstümmelung weiblicher Geschlechtsorgane, wo immer diese Praxis vorkommt, und energische Unterstützung der Anstrengungen nichtstaatlicher Organisationen und gemeinwesengestützter Organisationen sowie religiöser Institutionen zur Abschaffung derartiger Praktiken;
- i) Angebot einer geschlechtsbezogenen Aspekte berücksichtigenden Menschenrechtserziehung und -ausbildung für öffentlich Bedienstete, einschließlich unter anderem Polizei- und Militärpersonal, Strafvollzugsbeamte, Personal im Gesundheitswesen, Sozialarbeiter, einschließlich Personen, die sich mit Wanderungs- und Flüchtlingsfragen befassen, und Lehrpersonal auf allen Ebenen des Bildungssystems, sowie Bereitstellung solcher Bildungs- und Ausbildungsprogramme auch für Mitglieder der Justiz und des Parlaments, damit sie ihre Verantwortlichkeiten gegenüber der Öffentlichkeit besser wahrnehmen können;
- j) Förderung des gleichen Rechtes der Frauen, Mitglied von Gewerkschaften und anderen Berufsverbänden und
- k) Einrichtung wirksamer Mechanismen zur Untersuchung von Verletzungen der Menschenrechte von Frauen, die von Vertretern des Staates begangen werden, und Ergreifung der notwendigen rechtlichen Strafmaßnahmen im Einklang mit den Gesetzen des betreffenden Landes;
- l) Überprüfung und gegebenenfalls Änderung von Strafgesetzen und -verfahren im Hinblick auf die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, um sicherzustellen, daß sie Frauen wirksamen Schutz vor Verbrechen garantieren, die gegen Frauen gerichtet sind oder sie unverhältnismäßig häufig betreffen, unabhängig von der Beziehung zwischen Täter und Opfer, und daß sie eine wirksame Strafverfolgung gewährleisten, und um sicherzustellen, daß weibliche Angeklagte, Opfer und/oder Zeugen bei der Untersuchung und Verfolgung von Straftaten nicht abermals viktimisiert oder diskriminiert werden;
- m) Sicherstellung dessen, daß Frauen das gleiche Recht wie Männer haben, unter anderem Richter, Anwälte oder sonstige Justizbeamte sowie Polizisten oder Strafvollzugsbeamte zu werden;
- n) Stärkung bestehender oder Einführung leicht zugänglicher und kostenloser oder erschwinglicher alternativer Verwaltungsmechanismen und Rechtsberatungsprogramme zur Unterstützung benachteiligter Frauen, die sich um die Wiedergutmachung von Verletzungen ihrer Rechte bemühen;
- o) Sicherstellung dessen, daß alle Frauen und nichtstaatlichen Organisationen sowie deren Mitglieder, die auf dem Gebiet des Schutzes und der Förderung aller Menschenrechte - der bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung - tätig sind, alle Menschenrechte und Freiheiten im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und allen anderen Rechtsakten auf dem Gebiet der Menschenrechte sowie den Schutz der innerstaatlichen Gesetze voll genießen;
- p) Stärkung und Unterstützung der Umsetzung der in den Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte enthaltenen Empfehlungen, wobei besonders darauf zu achten ist, daß die Nichtdiskriminierung und die gleichberechtigte Ausübung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten von behinderten Frauen und Mädchen, einschließlich ihres Zugangs zu Informationen und Diensten im Zusammenhang

J. Frauen und die Medien

234. In den letzten zehn Jahren haben die Fortschritte der Informationstechnologie die Entstehung eines globalen Kommunikationsnetzes begünstigt, das Landesgrenzen überschreitet und sowohl die Politik als auch private Einstellungen und Verhaltensweisen, insbesondere von Kindern und jungen Erwachsenen, beeinflusst. Das Potential für einen weit größeren Beitrag der Medien zur Förderung der Frau ist überall vorhanden.

235. Zwar sind heute mehr Frauen im Kommunikationssektor beschäftigt als früher, aber nur wenige haben leitende Positionen erreicht oder bekleiden Positionen in Vorständen oder Gremien, die die Medienpolitik beeinflussen. Die hiedliche Situation der Geschlechter in den Medien zeigt sich darin, daß es bisher nicht gelungen ist, die in öffentlichen und privaten, lokalen, nationalen und internationalen Medienorganisationen immer noch anzutreffenden Geschlechtsrollenklischees auszumerzen.

236. Die nach wie vor übliche Darstellung negativer und entwürdigender Bilder von Frauen in den Medien, ob in elektronischen, audiovisuellen oder Privatmedien, muß sich ändern. In den meisten Ländern zeigen die Print- und elektronischen Medien kein ausgewogenes Bild der vielfältigen Lebensformen und Beiträge von Frauen zur Gesellschaft in einer sich wandelnden Welt. Darüber hinaus wirken sich gewalttätige und entwürdigende oder pornographische Medienprodukte ebenfalls negativ auf Frauen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft aus. Programme, die die traditionellen Frauenrollen noch untermauern, können sich ebenfalls einschränkend auswirken. Die weltweite Tendenz zu verstärktem Konsumverhalten hat eine Atmosphäre geschaffen, in der Anzeigen und Werbefotos die Frau häufig in erster Linie als Konsumentin darstellen und Mädchen und Frauen aller Altersstufen auf unpassende Weise als Zielgruppen ansprechen.

237. Den Frauen sollten durch die Verbesserung ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse und ihres Zugangs zur Informationstechnologie mehr Einflußmöglichkeiten verschafft werden. Dies wird sie verstärkt in die Lage versetzen, negative Darstellungen von Frauen international zu bekämpfen und Fälle des Machtmißbrauchs durch sie anzuprangern. Es müssen sowohl Selbstkontrollmechanismen für die Medien geschaffen und gestärkt als auch Konzepte zur Abschaffung einer auf Vorurteilen über Geschlechtsrollen basierenden Programmgestaltung entwickelt werden. Die meisten Frauen, insbesondere in Entwicklungsländern, sind nicht in der Lage, sich effektiven Zugang zu den immer ausgedehnteren elektronischen Datenautobahnen zu verschaffen und können daher keine Datennetze errichten, die ihnen alternative Informationsquellen erschließen. Frauen müssen daher am Entscheidungsprozeß hinsichtlich der Entwicklung neuer Technologien beteiligt werden, um uneingeschränkt an ihrem Wachstum und ihren Auswirkungen teilhaben zu können.

238. Bei der Auseinandersetzung mit der Frage der Mobilisierung der Medien sollten Regierungen und andere Akteure eine aktive und sichtbare Politik der Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Politiken und Programme fördern.

Strategisches Ziel J.1.

Erhöhung der Mitwirkung und des Zugangs von Frauen in bezug auf Ausdrucksmöglichkeiten und Entscheidungsprozesse in und durch die Medien und neue Kommunikationstechnologien

Zu ergreifende Maßnahmen

239. Seitens der Regierungen:

- a) Unterstützung der Bildung, Ausbildung und Beschäftigung von Frauen mit dem Ziel, ihren gleichberechtigten Zugang zu allen Bereichen und Ebenen der Medien zu fördern und sicherzustellen;
- b) Unterstützung der Forschung zu allen Aspekten des Fragenkomplexes Frauen und Medien mit dem Ziel, Bereiche zu ermitteln, die der Aufmerksamkeit bedürfen und in denen Maßnahmen ergriffen werden müssen, und Überprüfung der bestehenden Medienpolitiken im Hinblick auf die Berücksichtigung des Faktors Geschlecht;
- c) Förderung der vollen und gleichberechtigten Mitwirkung von Frauen in den Medien Management, bei der Programmgestaltung und in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Forschung;
- d) Bemühen um ein ausgewogenes Verhältnis bei der Ernennung von Frauen und Männern zu allen Beratungs-, Management-, Aufsichts- oder Überwachungsgremien, einschließlich derjenigen Gremien, die mit privaten und staatlichen oder öffentlichen Medien verbunden sind;
- e) Ermutigung dieser Gremien, soweit mit der Meinungsfreiheit vereinbar, die Anzahl der Programme für und von Frauen zu erreichen, daß die Bedürfnisse und Belange von Frauen in angemessener Weise
- f) Förderung und Anerkennung der Mediennetzwerke von Frauen, einschließlich elektronischer Netze und anderer neuer Kommunikationstechnologien, als Mittel zur Informationsverbreitung und zum Gedankenaustausch, auch auf internationaler Ebene, und Unterstützung von Frauengruppen, die in der gesamten Medienarbeit und den Kommunikationssystemen aktiv an der Verwirklichung dieses Ziels mitarbeiten;

g) Förderung und Bereitstellung von Mitteln oder Anreizen zugunsten des kreativen Einsatzes von Programmen in den nationalen Medien zur Verbreitung von Informationen über verschiedene Kulturformen autochthoner Bevölkerungsgruppen und Herausarbeitung diesbezüglicher sozialer und bildungspolitischer Fragestellungen im Rahmen des innerstaatlichen Rechts;

h) Gewährleistung der Medienfreiheit und ihres anschließenden Schutzes im Rahmen des innerstaatlichen Rechts und Förderung des positiven Engagements der Medien in entwicklungspolitischen und sozialen Fragen im Einklang mit der Meinungsfreiheit.

240. Seitens der nationalen und internationalen Mediensysteme:

Im Einklang mit der Meinungsfreiheit Schaffung von Kontrollmechanismen, auch freiwilliger Art, die die ausgewogene und vielschichtige Darstellung von Frauen durch die Medien und die internationalen Kommunikationssysteme fördern und eine verstärkte Mitwirkung von Frauen und Männern in der Produktion und

241. Seitens der Regierungen, soweit angebracht, oder nationaler Einrichtungen für Frauenförderung:

a) Förderung der Ausarbeitung von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen für Frauen zur Erstellung von Informationen für die Massenmedien, einschließlich der Finanzierung von experimentellen Projekten, und des Einsatzes neuer Kommunikations-, Cyberspace- und Satellitentechnologien, gleichviel ob öffentlich oder privat;

b) Unterstützung des Einsatzes von Kommunikationssystemen, einschließlich neuer Technologien, als Mittel zur Teilhabe von Frauen an demokratischen Prozessen;

c) Erleichterung der Erstellung eines Verzeichnisses weiblicher Medienexperten;

d) Förderung der Mitwirkung von Frauen an der Ausarbeitung von berufsständischen Richtlinien und Verhaltensregeln oder anderen geeigneten Selbstkontrollmechanismen zur Förderung der ausgewogenen und klischeefreien Darstellung von Frauen in den Medien.

242. Seitens der nichtstaatlichen Organisationen und Berufsverbände der Medien:

a) Förderung der Einrichtung von Medienbeobachtungsgruppen, die die Medien überwachen und mit ihnen beraten können, wie sichergestellt werden kann, daß die Bedürfnisse und Belange von Frauen gebührend berücksichtigt werden;

b) Ausbildung von Frauen zur verstärkten Nutzung der Informationstechnologie für Kommunikation und Medien, auch auf internationaler Ebene;

c) Schaffung von Netzwerken für nichtstaatliche Organisationen, Frauenorganisationen und Berufsverbände der Medien und Ausarbeitung von Informationsprogrammen für diese im Hinblick auf die Anerkennung der speziellen Bedürfnisse von Frauen in den Medien sowie Erleichterung einer stärkeren Mitwirkung von Frauen im Kommunikationswesen, insbesondere auf internationaler Ebene, zur Unterstützung des -Süd- und des Nord-Süd-Dialogs zwischen diesen Organisationen, um unter anderem die Menschenrechte von Frauen und die Gleichberechtigung von Frau und Mann zu fördern;

d) Anregung der Medienindustrie und der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen für Medienberufe, in den jeweiligen Sprachen traditionelle, autochthone und andere ethnische Ausdrucksformen, wie Geschichtenerzählen, Schauspielkunst, Poesie und Gesang, die ihre Kulturen widerspiegeln, weiterzuentwickeln und mit Hilfe dieser Kommunikationsformen Informationen über entwicklungspolitische und soziale Fragen verbreiten.

Strategisches Ziel J.2.

Förderung der ausgewogenen und nichtstereotypen Darstellung von Frauen in den Medien

Zu ergreifende Maßnahmen

243. Seitens der Regierungen und der internationalen Organisationen, soweit mit der Meinungsfreiheit vereinbar:

a) Förderung der Erarbeitung und Umsetzung einer Informations-, Bildungs- und Kommunikationsstrategie, die eine ausgewogene Darstellung von Frauen und Mädchen und ihren vielfältigen Rollen in der Gesellschaft unterstützen soll;

b) Ermutigung der Medien und Werbeagenturen zur Ausarbeitung besonderer Programme zur besseren Bekanntmachung der Aktionsplattform;

c) Förderung von geschlechterbezogenen Ausbildungsprogrammen für Medienfachleute -manager, um die Schaffung und Nutzung nichtstereotyper, ausgewogener und vielschichtiger Frauenbilder in den Medien zu unterstützen;

die Menschenrechte von Frauen und zu ihrer stärkeren Verankerung im

- d) Unterstützung der Entwicklung und gegebenenfalls Finanzierung alternativer Medien und des Einsatzes aller
g von Informationen für und über Frauen und ihre Belange;

K. Frauen und Umwelt

246. Der Mensch steht im Mittelpunkt des Strebens nach einer bestandfähigen Entwicklung. Er hat Anspruch auf ein gesundes und produktives Leben in Harmonie mit der Natur. Frauen spielen eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung aufrechterhaltbarer und umweltgerechter Konsum- und Produktionsweisen und Ansätze zur Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, wie auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung und auf der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung anerkannt wurde und in der Agenda 21 durchgängig zum Ausdruck kommt. Das Bewußtsein der Erschöpfung der Ressourcen, der Zerstörung der Ökosysteme und der Gefahren durch Schadstoffe ist in den letzten zehn Jahren drastisch angestiegen. Die immer schlechter werdenden Umweltbedingungen zerstören anfällige Ökosysteme, verdrängen ganze Gemeinschaften, insbesondere Frauen, aus produktiven Tätigkeiten und stellen eine wachsende Bedrohung für eine sichere und gesunde Umwelt dar. Armut und Umweltzerstörung sind eng miteinander verbunden. Während Armut zu bestimmten Umweltbelastungen führt, sind nicht aufrechterhaltbare Konsum- und Produktionsweisen, insbesondere in den Industrieländern, die Hauptursache für die fortgesetzte Verschlechterung der globalen Umwelt, die zu großer Sorge Anlaß gibt, da sie Armut und Ungleichgewichte noch verstärkt. Der Anstieg des Meeresspiegels infolge der globalen Erwärmung stellt eine ernstzunehmende und unmittelbare Bedrohung der auf
enden Menschen dar. Die Verwendung ozonabbauender Substanzen, wie Produkte mit Fluorchlorkohlenwasserstoffen, Halogenen und Methylbromiden (aus denen Schaum- und Kunststoffe hergestellt werden) führt zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Atmosphäre
-Strahlen die Erdoberfläche erreichen können. Dies hat ernste Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, wie etwa ein erhöhtes Auftreten von Hautkrebs, Augenschädigungen und die Schwächung des

Immunsystems. Darüber hinaus kommt es auch zu ernsthaften Auswirkungen auf die Umwelt, wie Ernteschäden und Beeinträchtigungen der Meeresfauna und -flora.

247. Alle Staaten und alle Menschen sind aufgerufen, bei der entscheidenden Aufgabe der Bekämpfung der Armut als unverzichtbare Voraussetzung für eine bestandfähige Entwicklung zusammenzuarbeiten, um die herrschenden Ungleichheiten in bezug auf den Lebensstandard zu verringern und die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen auf der Welt besser zu erfüllen. Hurrikane, Taifune und andere Naturkatastrophen und darüber hinaus die Zerstörung der Ressourcen, Gewalt, Vertreibungen und andere mit Kriegen einhergehende Auswirkungen, bewaffnete und andere Konflikte, der Einsatz und die Erprobung von Kernwaffen sowie fremde Besetzung können ebenfalls zur Umweltzerstörung beitragen. Die Verschlechterung der natürlichen Ressourcen verdrängt ganze Gemeinschaften, insbesondere Frauen, aus Erwerbstätigkeiten und trägt in großem Maße zur Zunahme unbezahlter Tätigkeiten bei.

wie in ländlichen Gebieten hat die Umweltzerstörung negative Auswirkungen auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Bevölkerung insgesamt, insbesondere für Mädchen und Frauen jeden Alters. Besondere Beachtung und Würdigung verdient die Rolle und die besondere Situation der Frauen, die auf dem Land leben, und derjenigen, die in der Landwirtschaft arbeiten, wo der Zugang zu Ausbildung, Land, natürlichen Ressourcen und Produktionsressourcen, Krediten, Entwicklungsprogrammen und genossenschaftlichen Strukturen ihnen helfen kann, ihre Teilhabe an einem bestandfähigen Entwicklungsprozeß zu verbessern. Umweltgefahren im Haushalt wie am Arbeitsplatz können aufgrund der unterschiedlichen Anfälligkeit edener Chemikalien einen unverhältnismäßig starken Einfluß auf ihre Gesundheit haben. Besonders groß sind diese Gesundheitsrisiken für Frauen in den Städten sowie in armen Wohngebieten, in denen umweltverschmutzende Industriebetriebe konzentriert sind.

248. Durch ihre Bewirtschaftung und Nutzung der natürlichen Ressourcen sorgen Frauen für den Lebensunterhalt ihrer Familien und Gemeinschaften. Als Verbraucherinnen und Produzentinnen, als Betreuerinnen ihrer Familien und als Erzieherinnen spielen Frauen eine bedeutende Rolle bei der Förderung einer bestandfähigen Entwicklung, indem sie für die Qualität des Lebens und seine Bewahrung für heutige und künftige Generationen Sorge tragen. Die Regierungen haben ihre Verpflichtung auf die Schaffung eines neuen Entwicklungsparadigmas bekundet, das ökologische Bestandfähigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter und Gerechtigkeit innerhalb der Generationen und zwischen diesen zu einem neuen Ganzen zusammenfügt, wie es in Kapitel 24 der Agenda 2119 gefordert wird.

249. Frauen sind auf allen Ebenen der Ausarbeitung von Politiken und der Entscheidungsfindung in bezug auf die Bewirtschaftung, die Erhaltung, den Schutz und die Verbesserung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt nach wie vor weitgehend nicht vertreten, und ihre Erfahrungen und Fähigkeiten, wenn es darum geht, sich für die sachgerechte Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen einzusetzen und diese zu überwachen, werden in den politischen Entscheidungsgremien, in Bildungseinrichtungen und auf der Führungsebene oft nur am Rande berücksichtigt. Frauen werden selten zu Fachleuten auf dem Gebiet der Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen ausgebildet, die grundsätzliche Richtlinien vorgeben können, wie etwa zu Raumplanern, Agrarexperten, Forstwirten, Meereswissenschaftlern und Umweltschützern. Selbst wenn Frauen in solchen Berufen ausgebildet sind, sind sie in den richtlinienbestimmenden offiziellen Institutionen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene häufig unterrepräsentiert. In den meisten Fällen sind Frauen nicht gleichberechtigt an der Leitung von Finanzinstitutionen und Unternehmen beteiligt, deren Entscheidungen die Umweltqualität maßgeblich beeinflussen. Trotz der in jüngster Zeit rasch wachsenden Zahl und Bedeutung von nichtstaatlichen Frauenorganisationen, die sich auf allen Ebenen mit Umweltproblemen auseinandersetzen, zeigen sich darüber hinaus institutionelle Schwächen in der Koordinierung zwischen diesen nichtstaatlichen Frauenorganisationen und den nationalen Institutionen für Umweltfragen.

250. Frauen haben oft eine Führungsrolle gespielt oder als erste die Initiative übernommen, wenn es darum ging, eine Umweltethik zu fördern, den Ressourcenverbrauch zu verringern und Ressourcen wiederzuverwenden und wiederzuverwerten, um Abfall und Verbrauch möglichst gering zu halten. Frauen können eine besonders wichtige Rolle bei der Beeinflussung von Entscheidungen zugunsten aufrechterhaltbarer Konsumweisen spielen. Darüber hinaus findet die Mitwirkung der Frauen an der Umweltbewirtschaftung, unter anderem durch Umweltschutzkampagnen an der Basis und unter der Jugend, häufig auf lokaler Ebene statt, wo dezentralisierte Maßnahmen zu Umweltproblemen am dringendsten notwendig und entscheidend sind. Frauen, insbesondere autochthone Frauen, verfügen über spezielle Kenntnisse der ökologischen Zusammenhänge und der Bewirtschaftung schwacher Ökosysteme. In vielen Gemeinwesen stellen die Frauen die Hauptarbeitskraft zur Subsistenzproduktion, einschließlich der Gewinnung von Meeresfrüchten; ihre Rolle ist damit von entscheidender Bedeutung für die Nahrungsmittelversorgung und Ernährung, die Stärkung der Subsistenzwirtschaft und des informellen Sektors sowie für die Erhaltung der Umwelt. In bestimmten Regionen sind es generell die Frauen, die dem Gemeinwesen Stabilität verleihen, da die Männer oft an entfernten Orten einer Arbeit nachgehen und den Frauen die Aufgabe überlassen, die natürliche Umwelt zu bewahren und eine ausreichende und tragfähige Ressourcenverteilung innerhalb des Haushalts und der Gemeinschaft sicherzustellen.

251. Die für eine gesunde Umweltpflege und -gestaltung notwendigen Strategemaßnahmen erfordern einen ganzheitlichen, multidisziplinären und sektorübergreifenden Ansatz. Die Mitwirkung und die Führerschaft der Frau sind für jeden Aspekt dieses Ansatzes wesentliche Faktoren. Auf den jüngsten Weltkonferenzen der Vereinten Nationen zu Entwicklungsfragen und den regionalen Vorbereitungskonferenzen für die Vierte Weltfrauenkonferenz wurde einhellig anerkannt, daß eine Politik der bestandfähigen Entwicklung, die Frauen und Männer nicht gleichermaßen mit einbezieht, langfristig erfolglos bleiben wird. Es wurde die effektive Beteiligung der Frau an der

Gemeinden und an ihren Arbeitsplätzen treffen können;

g) Förderung der Mitwirkung örtlicher Gemeinschaften, insbesondere von Frauen, bei der Benennung des Bedarfs an öffentlichen Versorgungsleistungen, Raumplanung Infrastrukturen.

254. Seitens der Regierungen und internationalen Organisationen sowie Institutionen des Privatsektors, nach Bedarf:

a) Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen bei der Arbeit der Kommission für bestandfähige Entwicklung und anderer zuständiger Organe der Vereinten Nationen und bei den Aktivitäten der internationalen Finanzinstitutionen;

- b) Förderung der Einbeziehung von Frauen und einer geschlechtsbezogenen Perspektive in die Planung, Genehmigung und Ausführung von Projekten, die im Rahmen der Globalen Umweltfazilität und von anderen zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen finanziert werden;
- c) Förderung der Planung von Projekten, die in den Tätigkeitsbereich der Globalen Umweltfazilität fallen, wodurch Frauen und von Frauen geleitete Projekte begünstigt würden;
- d) Einführung von Strategien und Mechanismen zur Erhöhung des Anteils von Frauen, insbesondere an der Basis, Managerinnen, Wissenschaftlerinnen und technische Beraterinnen sowie als Nutznießerinnen an der Planung, Ausarbeitung und Umsetzung von politischen Maßnahmen und Programmen zur Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und zum Schutz und zur Erhaltung der Umwelt mitwirken;
- e) Unterstützung sozialer, wirtschaftlicher, politischer und wissenschaftlicher Institutionen zur Auseinandersetzung mit der Umweltzerstörung und deren Auswirkungen auf die Frauen.

255. Seitens der nichtstaatlichen Organisationen und des Privatsektors:

- a) Eintreten für Frauenbelange in Fragen der Umweltpflege und -gestaltung und der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen sowie Bereitstellung von Informationen, um einen Beitrag zur Aufbringung von Mitteln für den Schutz und die Erhaltung der Umwelt zu leisten;
- b) Erleichterung des Zugangs von Bäuerinnen, Fischerinnen und Hirtinnen zu Kenntnissen, Fähigkeiten, Absatzförderungsdiensten und umweltverträglichen Technologien zur Unterstützung und Stärkung ihrer entscheidenden Rolle und ihres Fachwissens bei der Ressourcenbewirtschaftung und der Erhaltung der biologischen Vielfalt.

Strategisches Ziel K.2.

Einbeziehung geschlechtsbezogener Belange und Perspektiven in Politiken und Programme zur Verwirklichung einer bestandfähigen Entwicklung

Zu ergreifende Maßnahmen

256. Seitens der Regierungen:

- a) Einbeziehung von Frauen, einschließlich autochthoner Frauen, ihren Perspektiven und ihrem Wissen, gleichberechtigt mit Männern, in den Entscheidungsprozeß in bezug auf eine bestandfähige Ressourcenbewirtschaftung und die Ausarbeitung von Politiken und Programmen für eine bestandfähige Entwicklung, einschließlich und insbesondere jener Politiken und Programme, die die Bodenzerstörung beheben und dieser vorbeugen sollen;
- b) Bewertung von Politiken und Programmen im Hinblick auf Umweltauswirkungen und den gleichberechtigten Zugang zu den natürlichen Ressourcen und ihre gleichberechtigte Nutzung durch Frauen;
- c) Sicherstellung angemessener Untersuchungen, um beurteilen zu können, wie und der Umweltzerstörung und Umweltgefahren besonders ausgesetzt und dafür anfällig sind, unter Einbeziehung, soweit erforderlich, von Forschungsergebnissen und Datensammlungen über spezielle Gruppen von Frauen, insbesondere Frauen mit niedrigem Einkommen und Frauen, die autochthonen Bevölkerungsgruppen oder
- d) Einbeziehung der traditionellen Kenntnisse und Gebräuche von Landbewohnerinnen in bezug auf die bestandfähige Nutzung und Bewirtschaftung von Ressourcen bei der Ausarbeitung von Umweltbewirtschaftungs- und Beratungsprogrammen;
- e) Einbeziehung der Ergebnisse geschlechtsspezifischer Forschung in die allgemeine Politik im Hinblick auf die Schaffung bestandfähiger menschlicher Siedlungen;
- f) Förderung des Wissens und Unterstützung der Forschung über die Rolle der Frau, mit besonderem Schwerpunkt auf Landbewohnerinnen und autochthonen Frauen, als Sammlerinnen und Produzentinnen von Nahrungsmitteln, bei der Bodenerhaltung, Bewässerung, Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten, Abwasserbeseitigung, Bewirtschaftung von Küstenzonen und Meeresressourcen, integrierten Schädlingsbekämpfung, Flächennutzungsplanung, beim Wälderschutz und bei der kommunalen Forstwirtschaft, der Fischerei, der Vorbeugung gegen Naturkatastrophen und in bezug auf neue und erneuerbare Energiequellen, unter besonderer Beachtung der Kenntnisse und Erfahrungen autochthoner Frauen;
- g) Ausarbeitung einer Strategie des Wandels zur Beseitigung aller Hindernisse auf dem Weg zur vollen und gleichberechtigten Beteiligung der Frauen an einer bestandfähigen Entwicklung, zu ihrem gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen und zu ihrer gleichberechtigten Verfügungsgewalt darüber;

h) Förderung der Unterrichtung von Mädchen und Frauen aller Altersstufen in Wissenschaft, Technik und Wirtschaftswissenschaften und anderen Wissensgebieten, die sich auf die natürliche Umwelt beziehen, damit sie in Kenntnis der Sachlage Entscheidungen treffen und einen eigenen Beitrag leisten können, wenn es um die Festlegung lokaler wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und umweltpolitischer Prioritäten für die Bewirtschaftung und die angemessene Nutzung der natürlichen und lokalen Ressourcen und Ökosysteme geht;

i) Ausarbeitung von Programmen zur Einbeziehung von weiblichen Fachleuten und Wissenschaftlerinnen sowie Arbeitnehmerinnen im technischen Bereich, in der Verwaltung und von weiblichen Bürokräften in die Umweltpflege und -gestaltung, Ausarbeitung von Ausbildungsprogrammen für Mädchen und Frauen in diesen Bereichen, Erweiterung der Anstellungs- und Aufstiegschancen von Frauen in diesen Bereichen und Durchführung spezieller Maßnahmen zur Förderung der Fachkenntnisse von Frauen und ihrer Mitwirkung an diesen Tätigkeiten;

j) Benennung und Förderung von umweltverträglichen Technologien, die unter Hinzuziehung von Frauen geplant, entwickelt und verbessert werden und die für Frauen wie auch Männer gleichermaßen geeignet sind;

k) Unterstützung der Verwirklichung des gleichberechtigten Zugangs von Frauen zu Wohnungsinfrastruktur, Trinkwasserversorgung und umweltverträglichen und erschwinglichen Energietechnologien, wie Wind, Sonne, Biomasse und anderen erneuerbaren Energiequellen, durch partizipative Bedarfsermittlung, Energieplanung und Ausarbeitung von Maßnahmen auf lokaler und nationaler Ebene;

l) Sicherstellung dessen, daß bis zum Jahr 2000 alle Menschen Zugang zu sauberem Wasser haben und daß Umweltschutzpläne so geplant und umgesetzt werden, daß verschmutzte Wassersysteme wiederhergestellt und oder saniert werden.

257. Seitens internationaler Organisationen, nichtstaatlicher Organisationen und Institutionen des Privatsektors:

a) Einbeziehung von im Kommunikationssektor tätigen Frauen in die Maßnahmen zur Bewußtseinsbildung für Umweltprobleme, insbesondere in bezug auf die Auswirkungen von Produkten, Technologien und Industrieprozessen auf Umwelt und Gesundheit;

b) Ermütigung der Verbraucher, ihre Kaufkraft zu nutzen, um die Herstellung umweltgerechter Produkte zu fördern, und Unterstützung von Investitionen in umweltgerechte und produktive land- und fischereiwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Tätigkeiten und Technologien;

c) Unterstützung der Verbraucherinitiativen von Frauen durch Förderung der Vermarktung von organischen Lebensmitteln und Wiederverwertungsanlagen, Produktinformationen und Produktkennzeichnung, einschließlich Kennzeichnung von Giftstoff- und Pestizidbehältern, in einer Sprache und durch Symbole, die für Konsumenten jeden Alters und Bildungsniveaus verständlich sind.

Strategisches Ziel K.3.

Stärkung beziehungsweise Einführung von Mechanismen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zur Bewertung der Auswirkungen der Entwicklungs- und Umweltpolitik auf Frauen

Zu ergreifende Maßnahmen

258. Seitens der Regierungen, regionalen und internationalen Organisationen sowie der nichtstaatlichen Organisationen, nach Bedarf:

a) Gewährung technischer Hilfe für Frauen, insbesondere in den Entwicklungsländern, in den Bereichen Landwirtschaft, Fischereiwesen, Kleinbetriebe, Handel und Industrie, um die kontinuierliche Förderung der Erschließung der Humanressourcen und die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien und des weiblichen Unternehmertums sicherzustellen;

b) Aufbau geschlechtsspezifischer Datenbanken, Informations- und Überwachungssysteme und partizipativer handlungsorientierter Forschung, Methoden und Politikanalysen, in Zusammenarbeit mit Hochschuleinrichtungen und örtlichen Forscherinnen, zu folgenden Themenbereichen:

i) Kenntnisse und Erfahrungen der Frauen in der Bewirtschaftung und Erhaltung natürlicher Ressourcen zur Aufnahme in Datenbanken und Informationssysteme für bestandfähige Entwicklung;

ii) frauenspezifische Auswirkungen der Schädigung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen, unter anderem durch nicht aufrechterhaltbare Produktions- und Konsumweisen, Dürre, schlechte Trinkwasserqualität, die globale Erwärmung, Wüstenbildung, das Ansteigen des Meeresspiegels, Giftmüll, Naturkatastrophen, toxische Chemikalien wie bewaffnete Konflikte und deren Auswirkungen;

iii) Analyse der strukturellen Zusammenhänge zwischen Geschlechterbeziehungen, der Umwelt und der Entwicklung unter besonderer Beachtung bestimmter Sektoren wie Landwirtschaft, Industrie, Fischerei, Forstwirtschaft, Umwelthygiene, biologische Vielfalt, Klima, Wasserressourcen und Abwasserbeseitigung;

263. Obwohl die Zahl der Kinder mit Schulbildung im Laufe der letzten 20 Jahre in einigen Ländern gestiegen ist, kam diese Entwicklung den Jungen in wesentlich größerem Maße zugute als den Mädchen. Im Jahre 1990 hatten 130 Millionen Kinder keinen Zugang zum Grundschulunterricht; 81 Millionen davon waren Mädchen. Dies ist auf ellungen, Kinderarbeit, frühe Heirat, Geldmangel und Fehlen angemessener schulischer Einrichtungen, Jugendlichen-Schwangerschaften und die zuvor in Ziffer 29 genannten geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Gesellschaft im allgemeinen und in der Familie im besonderen zurückzuführen. In einigen Ländern kann sich der Mangel an Lehrerinnen hinderlich auf den Schulbesuch von Mädchen auswirken. Vielfach müssen Mädchen bereits in einem sehr frühen Alter schwere Hausarbeit verrichten, und es wird von ihnen erwartet, daß sie sowohl schulische als auch häusliche Aufgaben erledigen, was oft zu einer Verschlechterung der Schulleistungen und einem frühen Abbruch der Schulausbildung führt.

Chancen wie Jungen geboten werden, an Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

266. Die herrschende Diskriminierung von Mädchen in bezug auf ihren mangelnden Zugang zu Nahrung und zu
chen und psychischen Erkrankungen gefährdet ihre jetzige und künftige
Gesundheit. In den Entwicklungsländern sind schätzungsweise 450 Millionen erwachsene Frauen als Folge einer
Protein-Energie-Mangelernährung in der Kindheit in ihrem körperlichen Wachstum zurückgeblieben.

267. Die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung hat in Absatz 7.3 des Aktionsprogramms¹⁴
anerkannt, daß "der Förderung von auf gegenseitiger Achtung beruhenden und gleichberechtigten Beziehungen
zwischen den Geschlechtern und insbesondere der Deckung des Bedarfs von Jugendlichen an Aufklärung und
Dienstleistungen, damit sie zu einem positiven und verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Sexualität fähig sind,
volle Aufmerksamkeit gewidmet werden" sollte, unter Berücksichtigung des Rechts des Kindes auf Zugang zu
Informationen, eine Privatsphäre, Vertraulichkeit, Achtung und Zustimmung in Kenntnis der Sachlage, sowie der
Aufgaben, Rechte und Pflichten der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds, das Kind bei der Ausübung der in
der Konvention über die Rechte des Kindes anerkannten Rechte in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise
zu leiten und zu führen, in Übereinstimmung mit der Konvention über die Beseitigung jeder Form von
n, die Kinder betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt,
der vorrangig zu berücksichtigen ist. Eine integrale Sexualaufklärung von Jugendlichen, mit Unterstützung und
Anleitung durch die Eltern, sollte gefördert werden, wobei die Verantwortung d
und Fruchtbarkeit zu betonen ist und sie in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung zu unterstützen sind.

268. Pro Jahr bringen über 15 Millionen Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren Kinder zur Welt. Die Mutterschaft in
sehr jungen Jahren bringt oft Komplikationen während der Schwangerschaft und bei der Geburt mit sich und ist mit
einem weit überdurchschnittlichen Todesrisiko für die Mutter verbunden. Kinder junger Mütter weisen eine höhere
auf. Frühe Schwangerschaft und Mutterschaft ist nach wie vor ein Hindernis für
die Verbesserung des bildungsmäßigen, wirtschaftlichen und sozialen Status der Frau in allen Teilen der Welt.
Insgesamt gesehen können frühe Eheschließung und frühe Mutterschaft die Bildungs- und Beschäftigungschancen
der Frau erheblich beschneiden und haben meist langfristige negative Auswirkungen auf ihre Lebensqualität und
die ihrer Kinder.

269. Sexuelle Gewalt und sexuell übertragbare Krankheiten, einschließlich HIV/Aids, wirken sich auf die
Gesundheit der Kinder verheerend aus, und Mädchen leiden unter den Folgen ungeschützter und frühzeitiger
Sexualkontakte weit mehr als Jungen. Mädchen sind häufig großem Druck ausgesetzt, sich auf Sexualkontakte
einzulassen. Aufgrund von Faktoren wie ihrer Jugend, sozialem Druck, mangelnden gesetzlichen
Schutzbestimmungen oder fehlender Durchsetzung der Gesetze werden Mädchen weit häufiger Opfer aller Arten
von Gewalt, insbesondere sexueller Gewalt, einschließlich Vergewaltigung, von sexuel
Ausbeutung, Mädchenhandel, gegebenenfalls Handel mit ihren Körperorganen und -geweben, und Zwangsarbeit.

270. Behinderte Mädchen sind mit zusätzlichen Hindernissen konfrontiert; ihre Nichtdiskriminierung und ihre
gleichberechtigte Wahrnehmung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im Einklang mit den
Rahmenbestimmungen der Vereinten Nationen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte³⁰ müssen
sichergestellt sein.

271. Einige Kinder sind besonders schutzbedürftig, insbesondere ausgesetzte, heimatlose und vertriebene Kinder,
Straßenkinder, Kinder in Konfliktgebieten sowie Kinder, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder
rassischen Minderheit diskriminiert werden.

272. Daher müssen alle Hindernisse beseitigt werden, um Mädchen ohne jede Ausnahme die Möglichkeit zu geben,
durch den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Ausbildung, Ernährung, physischer und psychischer
Gesundheitsversorgung und zu damit zusammenhängenden Informationen ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten voll
zur Entfaltung zu bringen.

273. Bei der Auseinandersetzung mit den Belangen von Kindern und Jugendlichen sollten die Regierungen eine
aktive und sichtbare Politik der Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Politiken und
Programme fördern, damit die Auswirkungen von Entscheidungen auf Mädchen beziehungsweise Jungen analysiert
werden, bevor entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

d) Beseitigung von Ungerechtigkeiten und Hindernissen, denen sich Mädchen im Zusammenhang mit dem Erbrecht gegenübersehen, so daß alle Kinder ihre Rechte ohne Unterschied ausüben können, unter anderem durch die Verabschiedung, soweit erforderlich, und Durchsetzung von Gesetzen, die den Kindern unabhängig von ihrem Geschlecht gleiche Nachfolge- und Erbrechte garantieren;

e) Verabschiedung und strenge Durchsetzung von Gesetzen, die sicherstellen, daß eine Ehe nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen wird. Darüber hinaus Verabschiedung und strenge Durchsetzung von Gesetzen in bezug auf das gesetzliche Mindestalter für die Erklärung des Ehemillens und das Heiratsmindestalter und gegebenenfalls Anhebung des Heiratsmindestalters;

f) Ausarbeitung und Umsetzung umfassender Politiken, Aktionspläne und Programme für das Überleben, den Schutz, die Entwicklung und die Förderung von Mädchen zur Unterstützung und Sicherung der vollen A ihrer Menschenrechte und zur Sicherstellung der Chancengleichheit für Mädchen; diese Pläne sollten integraler Bestandteil des gesamten Entwicklungsprozesses sein;

g) Sicherstellung der nach Geschlecht und Alter vorzunehmenden Aufschlüsselung aller bezug auf Gesundheit, Bildung und andere Bereiche, damit bei der Planung, Umsetzung und Überwachung derartiger Programme der Faktor Geschlecht berücksichtigt wird.

275. Seitens der Regierungen und internationalen und nichtstaatlichen Organisationen:

a) geschlechts- und altersspezifische Aufschlüsselung von Informationen und Daten über Kinder, Durchführung von Forschungsarbeiten hinsichtlich der Situation von Mädchen und gegebenenfalls Einbeziehung der Ergebnisse in die Ausarbeitung von Politiken und Programmen sowie in Entscheidungen zur Förderung von Mädchen.

b) Mobilisierung von Unterstützung seitens der Gesellschaft für die Durchsetzung von Gesetzen über das Heiratsmindestalter, insbesondere durch Schaffung von Bildungsmöglichkeiten für Mädchen.

Strategisches Ziel L.2.

Beseitigung negativer kultureller Einstellungen und Praktiken gegenüber Mädchen

Zu ergreifende Maßnahmen

276. Seitens der Regierungen:

a) Ermutigung und Unterstützung, nach Bedarf, von nichtstaatlichen Organisationen und Organisationen auf Gemeinwesenebene in ihren Bemühungen um die Herbeiführung von Änderungen in bezug auf negative

b) Einrichtung von Bildungsprogrammen und Erarbeitung von Unterrichtsmaterial und Lehrbüchern, die Erwachsene für die gesundheitsschädlichen Folgen bestimmter traditioneller oder aus dem Brauchtum erwachsender Praktiken für Mädchen sensibilisieren und darüber informieren;

d) Erleichterung der gleichberechtigten Verfügbarmachung von geeigneten Diensten und technischen Hilfen für behinderte Mädchen und gegebenenfalls Bereitstellung von damit zusammenhängenden Unterstützungsdiensten an ihre Familien.

Strategisches Ziel L.4.

Beseitigung der Diskriminierung von Mädchen im Bildungswesen und in der Berufsausbildung

Zu ergreifende Maßnahmen

279. Seitens der Regierungen:

a) Sicherstellung des allgemeinen und gleichberechtigten Zugangs aller Kinder zu einer Grundschulbildung und des Abschlusses derselben und Beseitigung des dabei bestehenden Gefälles zwischen Mädchen und Jungen, wie in

chen und zur Betreuung von jungen Müttern, Schwangeren und Stillenden;

d) Einrichtung von Programmen zur Aufklärung unter Gleichaltrigen und aufsuchender Beratungsarbeit mit dem Ziel der Stärkung individueller oder kollektiver Maßnahmen zur Verringerung d HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten, wie im Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung vereinbart und in dem Bericht der Konferenz festgehalten, unter Anerkennung der in Ziffer 267 dieser Aktionsplattform erwähnten Rolle der Eltern;

e) Sicherstellung der Aufklärung und der Verbreitung von Informationen für Mädchen, insbesondere heranwachsende Mädchen, über die Physiologie der Fortpflanzung, reproduktive und sexuelle Gesundheit, wie im Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung vereinbart und in dem Bericht der Konferenz festgehalten, verantwortungsbewußte Familienplanung, Familienleben, reproduktive Gesundheit,

sexuell übertragbare Krankheiten, HIV-Infektion und Aids-Verhütung, unter Anerkennung der in Ziffer 267 erwähnten Rolle der Eltern;

f) Einbeziehung des Unterrichts in Gesundheits- und Ernährungsfragen als wesentlicher Bestandteil von Alphabetisierungsprogrammen und Lehrplänen ab der Grundschule zum Wohle der Mädchen;

g) Betonung der Rolle und der Verantwortung der Jugendlichen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und des Sexual- und Fortpflanzungsverhaltens durch das Angebot geeigneter Dienste und Beratung, wie in Ziffer 267 erwähnt;

h) Ausarbeitung von Informations- und Ausbildungsprogrammen für die mit Planung und Umsetzung im Gesundheitswesen beauftragten Personen über die speziellen Gesundheitsbedürfnisse von Mädchen;

i) Ergreifung aller angemessenen Maßnahmen zur Abschaffung von überlieferten Bräuchen, die für die Gesundheit der Kinder schädlich sind, gemäß den Forderungen in Artikel 24 der Konvention über die Rechte des Kindes¹¹.

Strategisches Ziel L.6.

Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung der Kinderarbeit und Schutz junger Mädchen am Arbeitsplatz

Zu ergreifende Maßnahmen

282. Seitens der Regierungen:

a) In Übereinstimmung mit Artikel 32 der Konvention über die Rechte des Kindes¹¹ Schutz des Kindes vor wirtschaftlicher Ausbeutung und der Heranziehung zu Arbeiten, die Gefahren mit sich bringen, die Erziehung des Kindes behindern oder die Gesundheit des Kindes oder seine körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale

b) Festlegung eines Mindestalters für die Zulassung von Kindern, einschließlich Mädchen, zum Arbeitsmarkt in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften im Einklang mit den bestehenden internationalen Arbeitsnormen und der Konvention über die Rechte des Kindes, für alle Tätigkeitsbereiche;

c) Schutz von Mädchen am Arbeitsplatz unter anderem durch

i) Festlegung eines Mindestalters oder verschiedener Altersgrenzen für die Zulassung zum Arbeitsmarkt;

ii) strenge Überwachung der Arbeitsbedingungen (Einhaltung der Arbeitszeit, Verbot von Kinderarbeit, soweit nach innerstaatlichem Recht nicht vorgesehen, und Überwachung der Hygiene- und Gesundheitsbedingungen am Arbeitsplatz;

iii) Sozialversicherungsschutz;

iv) kontinuierliche Ausbildung und Bildung;

d) erforderlichenfalls Stärkung der Rechtsvorschriften über Kinderarbeit sowie entsprechende Bestrafung und andere Sanktionen, um die wirksame Durchsetzung der Rechtsvorschriften sicherzustellen;

e) Heranziehung bestehender internationaler Arbeitsnormen, so auch gegebenenfalls der IAO-Normen für den Schutz von Kindern, die einer Beschäftigung nachgehen, als Leitlinien für die Formulierung einzelstaatlicher Arbeitsvorschriften und -politiken.

Strategisches Ziel L.7.

Beseitigung von Gewalt gegen Mädchen

Zu ergreifende Maßnahmen

283. Seitens der Regierungen und gegebenenfalls seitens internationaler und nichtstaatlicher Organisationen:

a) Ergreifung wirksamer Maßnahmen zum Erlaß und zur Durchsetzung von Rechtsvorschriften zum Schutz von Mädchen gegen jede Form von Gewalt am Arbeitsplatz, einschließlich der Einleitung von Ausbildungs- und Unterstützungsprogrammen, sowie Maßnahmen zur Verhütung der sexuellen Belästigung von Mädchen an Bildungs- und anderen Einrichtungen;

b) Ergreifung geeigneter Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen zum Schutz von Mädchen im Haushalt und in der Gesellschaft gegen jede Form von körperlicher oder seelischer Gewalt, Verletzung oder Ausbeutung, einschließlich sexueller Mißbrauchs;

Strategisches Ziel L.9.

*Stärkung der Rolle der Familie * bei der Verbesserung des Status von Mädchen*

Zu ergreifende Maßnahmen

285. Seitens der Regierungen in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen:

- a) Ausarbeitung von Politiken und Programmen, die der Familie, wie in Ziffer 29 definiert, bei ihrer Rolle helfen, Unterstützung, Erziehung und Betreuung zu gewähren, mit besonderem Schwerpunkt auf der Beseitigung der Diskriminierung von Mädchen innerhalb der Familie;
- b) Schaffung eines Umfelds, das der Stärkung der Familie, wie in Ziffer 29 definiert, förderlich ist, damit
- und Vorbeugungsmaßnahmen zum Schutz und zur Achtung von Mädchen und zur Förderung ihrer Fähigkeiten ergriffen werden;
- e) Aufklärung und Ermutigung von Eltern und Betreuern, Mädchen und Jungen gleich zu behandeln und dafür zu sorgen, daß sich Mädchen und Jungen die Aufgaben in der Familie, wie in Ziffer 29 definiert, teilen.

Kapitel V

INSTITUTIONELLE VORKEHRUNGEN

286. Die Aktionsplattform legt einen Katalog von Maßnahmen fest, die einen grundlegenden Wandel herbeiführen sollten. Wenn die Zielsetzungen bis zum Jahr 2000 erreicht werden sollen, sind sofortige Maßnahmen und eine entsprechende Rechenschaftslegung unabdingbar. Die Umsetzung ist zwar in erster Linie eine Aufgabe der Regierungen, hängt jedoch darüber hinaus von einem breiten Spektrum öffentlicher, privater und nichtstaatlicher Institutionen auf kommunaler, nationaler, subregionaler/regionaler und internationaler Ebene ab.

287. Während der Frauendekade der Vereinten Nationen (1976-1985) wurden auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zahlreiche Institutionen geschaffen, die sich gezielt mit der Förderung der Frau befassen. Auf internationaler Ebene wurden das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (INSTRAW), der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) und der Ausschuß zur
tion über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau geschaffen. Zusammen mit der Kommission für die Rechtsstellung der Frau und ihrem Sekretariat, der Abteilung Frauenförderung, sind diese Stellen zu den wichtigsten Institutionen im Rahmen der Vereinten Nationen geworden, die sich ausdrücklich der weltweiten Förderung der Frau annehmen. Auf einzelstaatlicher Ebene haben eine Reihe von Ländern nationale Mechanismen geschaffen beziehungsweise gestärkt, deren Aufgabe darin besteht, die der Frau zu planen, sich dafür einzusetzen und die diesbezüglichen Fortschritte zu überwachen.

288. Die Umsetzung der Aktionsplattform durch öffentliche wie auch private Institutionen auf nationaler, subregionaler/regionaler und internationaler Ebene würde durch Transparenz, verstärkte Beziehungen zwischen

Netzwerken und Organisationen und den konstanten Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten erleichtert. Klare Zielsetzungen und Mechanismen zur Rechenschaftslegung sind ebenfalls erforderlich. Verbindungen zu anderen Institutionen auf nationaler, subregionaler/regionaler und internationaler Ebene und zu Netzwerken und Organisationen, die sich mit der Förderung der Frau befassen, sind notwendig.

289. Nichtstaatliche und Basisorganisationen spielen bei der Schaffung eines auf der Ebenbürtigkeit von Frau und Mann beruhenden sozialen, wirtschaftlichen, politischen und intellektuellen Klimas eine ganz spezifische Rolle. Die Frauen sollten aktiv an der Umsetzung und Überwachung der Aktionsplattform mitwirken.

290. Die wirksame Umsetzung der Aktionsplattform wird auch Änderungen in der internen Dynamik der Institutionen und Organisationen erfordern, so auch was Wertvorstellungen, Verhaltensweisen, Vorschriften und Verfahren betrifft, die der Förderung der Frau entgegenstehen. Sexuelle Belästigung ist zu beseitigen.

291. Nationale, subregionale/regionale und internationale Institutionen sollten über ein starkes und klares Mandat sowie über die Autorität, die Mittel und die Mechanismen zur Rechenschaftslegung in der Aktionsplattform festgelegten Aufgaben erforderlich sind. Ihre Funktionsweise sollte die effiziente und wirksame Umsetzung der Plattform gewährleisten. Ausgangsbasis aller Maßnahmen sollte ein unmißverständliches Bekenntnis zu den internationalen Normen und Regeln in bezug auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann sein.

292. Zur Gewährleistung der wirksamen Umsetzung der Aktionsplattform und zur verstärkten Förderung der Frau auf nationaler, subregionaler/regionaler und internationaler Ebene sollten sich die Regierungen, das System der Vereinten Nationen und alle anderen in Betracht kommenden Organisationen für eine aktive und sichtbare Politik der Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive unter anderem bei der Überwachung und Bewertung aller Politiken und Programme einsetzen.

A. Auf nationaler Ebene

293. Die Umsetzung der Aktionsplattform ist in erster Linie eine Aufgabe der Regierungen. Engagement auf höchster politischer Ebene ist dafür unabdingbar, und die Regierungen sollten bei der Koordinierung, der Überwachung und der Bewertung der Fortschritte bei der Förderung der Frau eine führende Rolle übernehmen. Die Vierte Weltfrauenkonferenz ist ein Anlaß zu Engagement und Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Dies erfordert ein Engagement seitens der Regierungen und der internationalen Gemeinschaft. Die Aktionsplattform ist Teil eines kontinuierlichen Prozesses und hat katalytische Wirkung, da sie zu Programmen und praktischen Ergebnissen für Mädchen und Frauen jeden Alters beitragen wird. Die Staaten und die internationale Gemeinschaft sind aufgerufen, sich dieser Herausforderung zu stellen, indem sie sich zu entsprechenden Maßnahmen verpflichten. Im Rahmen dieses Prozesses haben dies zahlreiche Staaten bereits getan, wie unter anderem aus ihren einzelstaatlichen Erklärungen hervorgeht.

294. Die einzelstaatlichen Mechanismen und Institutionen zur Förderung der Frau sollten an der Ausarbeitung der Aktionsplattform durch die verschiedenen Organe und Institutionen, namentlich den Privatsektor, fördern und bei der Ausarbeitung neuer Programme für das Jahr 2000 in denjenigen Bereichen, die von den bestehenden Institutionen nicht erfaßt werden, nach Bedarf als Katalysator fungieren.

295. Die aktive Unterstützung und Mitwirkung eines breiten und vielfältigen Spektrums weiterer institutioneller Akteure wie gesetzgebende Körperschaften, akademische Institutionen und Forschungseinrichtungen, Gewerkschaften, Genossenschaften, lokale Verbände, nichtstaatliche Organisationen, einschließlich Frauenorganisationen und feministische Gruppen, die Medien, religiöse Gruppen, Jugendorganisationen und kulturelle Gruppen sowie Finanzorganisationen und Organisationen ohne Erwerbscharakter sollte gefördert werden.

296. Zur Umsetzung der Aktionsplattform wird es notwendig sein, daß die Regierungen einzelstaatliche Einrichtungen auf höchster politischer Ebene zur Förderung der Frau, geeignete ressortinteressierte und ressortübergreifende Verfahren mit entsprechender personeller Ausstattung sowie andere Institutionen schaffen beziehungsweise deren Wirksamkeit verbessern, die damit beauftragt und dazu in der Lage sind, die Teilhabe der Frau auszuweiten und eine geschlechtsdifferenzierte Analyse in Politiken und Programme einzubeziehen. Als ein erster Schritt in diesem Prozeß sollten alle Institutionen ihre Ziele, Programme und Arbeitsabläufe im Hinblick auf die in der Plattform vorgesehenen Maßnahmen überprüfen. Eine der wichtigsten Tätigkeiten sollte darin bestehen, unter anderem durch die Massenmedien und durch Aufklärungskampagnen das Bewußtsein und die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Ziele der Aktionsplattform zu wecken.

297. Die Regierungen sollten möglichst bald, vorzugsweise bis Ende 1995, im Benehmen mit den zuständigen Institutionen und nichtstaatlichen Organisationen beginnen, Strategien zur Umsetzung der Plattform auszuarbeiten, und vorzugsweise bis Ende 1996 ihre Strategien oder Aktionspläne fertiggestellt haben. In diesen Planungsprozeß sollten Vertreter höchster Regierungsstellen und in Betracht kommende Akteure der Bürgergesellschaft einbezogen werden. Die Umsetzungsstrategien sollten umfassend sein, termingebundene Ziele und Richtwerte für die Überwachung sowie Vorschläge für die Zuweisung beziehungsweise Umschichtung von Mitteln für die Umsetzung

sind, Informationen zu sammeln, Netzwerke aufzubauen und ihren Auftrag zu erfüllen.

B. Auf subregionaler/regionaler Ebene

301. Die Regionalkommissionen der Vereinten Nationen und andere subregionale/regionale Strukturen sollten im Rahmen ihres Mandats die zuständigen einzelstaatlichen Institutionen bei der Überwachung und Umsetzung der weltweiten Aktionsplattform fördern und unterstützen. Dies sollte in Abstimmung mit der Umsetzung der jeweiligen regionalen Aktionsplattformen oder Aktionspläne und in enger Zusammenarbeit mit der Kommission für die Rechtsstellung der Frau erfolgen, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit koordinierter Anschlußmaßnahmen an die Konferenzen der Vereinten Nationen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, auf dem Gebiet der Menschenrechte und in damit zusammenhängenden Bereichen.

302. Zur Erleichterung des regionalen Umsetzungs-, Überwachungs- und Bewertungsprozesses sollte der Wirtschafts- und Sozialrat eine Überprüfung der institutionellen Kapazität erwägen, über die die Regionalkommissionen, einschließlich ihrer mit Frauenfragen befaßten Stellen und Koordinierungsstellen, im Rahmen ihres Mandats verfügen, um sich im Lichte der Aktionsplattform sowie der regionalen Aktionsplattformen und Aktionspläne mit geschlechtsbezogenen Fragen auseinanderzusetzen. Unter anderem und sofern dies angezeigt ist, sollte auch eine Stärkung der diesbezüglichen Kapazität erwogen werden.

303. Im Rahmen ihrer bestehenden Mandate und Tätigkeiten sollten die Regionalkommissionen dafür sorgen, daß Frauenbelange und geschlechtsspezifische Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt werden, und darüber hinaus die Einrichtung von Mechanismen und Prozessen erwägen, um sicherzustellen, daß sowohl die Aktionsplattform als auch die regionalen Aktionsplattformen und Aktionspläne umgesetzt und überwacht werden. Die Regionalkommissionen sollten im Rahmen ihres Mandats in geschlechtsspezifischen Fragen mit anderen regionalen zwischenstaatlichen Organisationen, nichtstaatlichen Organisationen, Finanz- und Forschungsinstitutionen und dem Privatsektor zusammenarbeiten.

304. Die Regionalbüros der Sonderorganisationen des Systems der Vereinten Nationen sollten gegebenenfalls einen Aktionsplan zur Umsetzung der Aktionsplattform ausarbeiten und bekanntmachen, in dem auch ein Zeitplan und die erforderlichen Ressourcen genannt werden. Im Rahmen der technischen Hilfe und der operativen Aktivitäten auf regionaler Ebene sollten klar umrissene Ziele für die Förderung der Frau festgelegt werden. Hierzu sollten die Organe und Organisationen der Vereinten Nationen ihre Tätigkeit regelmäßig koordinieren.

305. Die nichtstaatlichen Organisationen innerhalb einer Region sollten bei ihren Bemühungen um den Aufbau von Netzwerken zur Koordinierung der Lobbyarbeit und der Verbreitung von Informationen über die weltweite Aktionsplattform und die jeweiligen regionalen Aktionsplattformen und Aktionspläne unterstützt werden.

C. Auf internationaler Ebene

1. Vereinte Nationen

306. Die Aktionsplattform muß durch die Arbeit aller Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen während des Zeitraums von 1995-2000 einmal als solche und zum anderen als fester Bestandteil der umfassenderen Programme umgesetzt werden. Im Zeitraum 1995-2000 muß ein besserer Rahmen für die internationale Zusammenarbeit in Geschlechterfragen geschaffen werden, um die integrierte und umfassende Umsetzung, Weiterverfolgung und Bewertung der Aktionsplattform sicherzustellen, wobei die Ergebnisse der Weltgipfeltreffen und -konferenzen der Vereinten Nationen zu berücksichtigen sind. Da sich die Regierungen auf allen diesen Gipfeltreffen und Konferenzen dazu verpflichtet haben, die Machtgleichstellung der Frau in

315. Der Rat sollte erwägen, wenigstens einen den operativen Aktivitäten gewidmeten Tagungsteil vor dem Jahr 2000 der Koordinierung von entwicklungsfördernden Tätigkeiten im Zusammenhang mit Geschlechterfragen zu

widmen, auf der Grundlage des überarbeiteten systemweiten mittelfristigen Plans für die Förderung der Frau, mit dem Ziel, Richtlinien und Verfahren für die Umsetzung der Aktionsplattform durch die Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen aufzustellen.

316. Der Verwaltungsausschuß für Koordinierung sollte prüfen, wie die in ihm vertretenen Organisationen ihre Tätigkeiten am besten koordinieren könnten, unter anderem im Rahmen der bestehenden Verfahren auf interinstitutioneller Ebene, um die systemweite Koordinierung der Umsetzung der Ziele der Aktionsplattform sicherzustellen und bei der Durchführung der Anschlußmaßnahmen behilflich zu sein.

Kommission für die Rechtsstellung der Frau

317. Die Generalversammlung und der Wirtschafts- und Sozialrat werden gebeten, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat das Mandat der Kommission für die Rechtsstellung der Frau unter Berücksichtigung der Aktionsplattform zu überprüfen und zu stärken und dabei der Notwendigkeit eines Zusammenwirkens mit anderen und dem Folgeprozeß der Konferenz sowie eines systemumfassenden Ansatzes zur Umsetzung der Aktionsplattform Rechnung zu tragen.

318. Als Fachkommission des Wirtschafts- und Sozialrats sollte die Kommission für die Rechtsstellung der Frau innerhalb des Systems der Vereinten Nationen eine zentrale Rolle bei der Überwachung der Umsetzung der Aktionsplattform und der diesbezüglichen Beratung des Rates wahrnehmen. Sie sollte ein klares Mandat haben und mit ausreichenden Humanressourcen und Finanzmitteln zu seiner Durchführung ausgestattet sein, die durch Mittelumschichtungen im ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen bereitgestellt werden sollten.

319. Die Kommission für die Rechtsstellung der Frau sollte dem Wirtschafts- und Sozialrat bei der Koordinierung der Berichterstattung über die Umsetzung der Aktionsplattform mit den entsprechenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen behilflich sein. Die Kommission sollte dabei auf Beiträge anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und gegebenenfalls anderer Stellen zurückgreifen.

320. Bei der Aufstellung ihres Arbeitsprogramms für den Zeitraum 1996-2000 sollte die Kommission für die Rechtsstellung der Frau die Hauptproblembereiche in der Aktionsplattform überprüfen und überlegen, wie die Anschlußmaßnahmen an die Weltfrauenkonferenz in ihre Tagesordnung einbezogen werden können. In diesem Zusammenhang könnte die Kommission für die Rechtsstellung der Frau außerdem prüfen, wie sie ihre Rolle als ängige Einbeziehung der Geschlechtsperspektive in die Tätigkeiten der Vereinten Nationen weiter ausbauen kann.

Andere Fachkommissionen

321. Die anderen Fachkommissionen des Wirtschafts- und Sozialrats sollten im Rahmen ihres Mandats die Aktionsplattform ebenfalls gebührend berücksichtigen und für die Einbeziehung des Geschlechtsaspekts in ihre

Ausschuß für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau und andere Vertragsorgane

322. Der Ausschuß für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau sollte bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben nach der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau die Aktionsplattform im Rahmen seines Mandats bei der Prüfung der von den Vertragsstaaten vorgelegten Berichte berücksichtigen.

323. Die Vertragsstaaten der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau werden gebeten, in die Berichterstattung nach Artikel 18 der Konvention Angaben über die zur Umsetzung der aufzunehmen, um es dem Ausschuß für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau leichter zu machen, das Maß, in dem Frauen die ihnen durch die Konvention garantierten Rechte wahrnehmen können, wirksam zu überwachen.

324. Die Fähigkeit des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau zur Überwachung der Durchführung der Konvention sollte dadurch verbessert werden, daß ihm Humanressourcen und Finanzmittel aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen, insbesondere auch sachverständige Rechtsberatung, sowie im Einklang mit Resolution 49/164 der Generalversammlung und dem von der Tagung der Vertragsstaaten der Konvention im Mai 1995 gefaßten Beschluß ausreichend Zeit für seine Tagungen zur Verfügung gestellt werden. seine Arbeit verstärkt mit der anderer Menschenrechts-Vertragsorgane koordinieren und dabei die in der Erklärung und im Aktionsprogramm von Wien enthaltenen Empfehlungen berücksichtigen.

325. Die anderen Vertragsorgane sollten im Rahmen ihres Mandats die Umsetzung der Aktionsplattform ebenfalls gebührend berücksichtigen und für die Einbeziehung der Gleichstellung und der Menschenrechte der Frau in ihre Arbeit Sorge tragen.

Sekretariat der Vereinten Nationen

Büro des Generalsekretärs

-2001 sowie in dem Entwurf für den mittelfristigen Plan der Vereinten
-2002 berücksichtigt werden.

330. Bestehende Verbindungen im Sekretariat sollten ausgebaut und neue geschaffen werden, um sicherzustellen, daß die Geschlechtsperspektive als eine zentrale Dimension in alle Aktivitäten des Sekretariats eingebracht wird.

331. Der Bereich Personalwesen und -management sollte in Zusammenarbeit mit Programmleitern in der ganzen Welt und im Einklang mit dem strategischen Aktionsplan für die Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat (1995-2000) der Einstellung und Beförderung von Frauen in Stellen, die der geographischen Verteilung unterliegen, insbesondere in Führungs- und Leitungspositionen, auch weiterhin Priorität einräumen, um die in den Resolutionen 45/125 und 45/239 C der Generalversammlung festgelegten und in ihren Resolutionen 46/100, 47/93, 48/106 und 49/167 bekräftigten Ziele zu erreichen. Der Aus- und Fortbildungsdienst sollte spezielle Kurse zur Sensibilisierung des Personals für geschlechtsspezifische Fragen konzipieren und regelmäßig durchführen oder eine solche Sensibilisierung zum festen Bestandteil aller seiner Tätigkeiten machen.

332. Die Hauptabteilung Presse und Information sollte sich darum bemühen, die Geschlechtsperspektive in ihre allgemeinen Informationstätigkeiten einzubeziehen und im Rahmen der vorhandenen Mittel ihre Frauen und betreffenden Programme auszubauen und zu verbessern. Zu diesem Zweck sollte die Hauptabteilung eine multimediale Kommunikationsstrategie erarbeiten, um die Umsetzung der Aktionsplattform unter voller Nutzung neuer Technologien zu unterstützen. Die regelmäßigen Sendungen und Veröffentlichungen der Hauptabteilung sollten die Ziele der Plattform insbesondere in den Entwicklungsländern fördern.

333. Die Statistische Abteilung der Hauptabteilung Wirtschafts- und Sozialinformationen und grundsatzpolitische Analyse sollte, wie in Kapitel IV im Rahmen des strategischen Ziels H.3 beschrieben, eine maßgebliche Koordinierungsfunktion in der internationalen statistischen Arbeit wahrnehmen.

Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (INSTRAW)

334. Das Institut hat den Auftrag, Forschungs- und Ausbildungstätigkeiten bezüglich der Situation und Förderung der Frau durchzuführen. Es sollte sein Arbeitsprogramm im Lichte der Aktionsplattform überprüfen und ein Programm zur Umsetzung der unter sein Mandat fallenden Aspekte der Aktionsplattform ausarbeiten. Dabei sollte es diejenigen Forschungsarten und -methoden benennen, denen Vorrang einzuräumen ist, ferner die einzelstaatlichen Kapazitäten zur Durchführung von Frauenstudien und Genusforschung

Organisationen sollten ihren Leitungsorganen regelmäßig über die diesbezüglichen Fortschritte Bericht erstatten.

341. Die Koordinierung der operativen Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen auf Landesebene sollte im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung, insbesondere der Resolution 47/199, mit Hilfe des Systems der residierenden Koordinatoren verbessert werden, um die Aktionsplattform vollumfänglich zu berücksichtigen.

2. Andere internationale Institutionen und Organisationen

342. Die internationalen Finanzinstitutionen werden ermutigt, bei der Umsetzung der Aktionsplattform ihre Politiken, Verfahren und Personalausstattung zu überprüfen und anzupassen, um sicherzustellen, daß Investitionen und Programme Frauen zugute kommen und auf diese Weise zu einer bestandfähigen Entwicklung beitragen. Sie werden außerdem ermutigt, mehr hochrangige Positionen mit Frauen zu besetzen, ihre Mitarbeiter verstärkt in der geschlechtsdifferenzierten Analyse zu schulen und Politiken und Leitlinien einzuführen, die sicherstellen, daß die unterschiedlichen Auswirkungen von Kreditvergabeprogrammen und anderen Aktivitäten auf Frauen und Männer voll berücksichtigt werden. In dieser Hinsicht sollten die Bretton-Woods-Institutionen, die Vereinten Nationen, ihre Fonds und Programme sowie die Sonderorganisationen einen regelmäßigen Fachdialog, insbesondere auch auf Feldebene, führen, um ihre Hilfe effizienter und wirksamer zu koordinieren und auf diese Weise die Wirksamkeit ihrer Programme zugunsten von Frauen und ihren Familien zu erhöhen.

343. Die Generalversammlung sollte erwägen, die Welthandelsorganisation zu bitten, Überlegungen darüber anzustellen, wie sie zur Umsetzung der Aktionsplattform beitragen könnte, insbesondere auch durch in Zusammenarbeit mit dem System der Vereinten Nationen durchgeführte Aktivitäten.

344. Den internationalen nichtstaatlichen Organisationen kommt bei der Umsetzung der Aktionsplattform eine wichtige Rolle zu. Die Schaffung eines Mechanismus für die Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen

Organisationen zur Förderung der Umsetzung der Plattform auf verschiedenen Ebenen sollte in Erwägung gezogen werden.

Kapitel VI

FINANZIELLE REGELUNGEN

345. Die Finanzmittel und menschlichen Ressourcen, die bisher für die Förderung der Frau zur Verfügung gestellt wurden, waren im allgemeinen nicht ausreichend, was dazu beigetragen hat, daß bei der Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau nur geringe Fortschritte erzielt worden sind. Voraussetzung für die Umsetzung der Aktionsplattform ebenso wie der auf verschiedenen früheren Gipfeltreffen und Konferenzen der Vereinten Nationen eingegangenen entsprechenden Verpflichtungen wird eine politische Verpflichtung sein, die für die Machtgleichstellung der Frau erforderlichen Humanressourcen und Finanzmittel bereitzustellen. Dies wird die Einbeziehung eines geschlechtsbezogenen Ansatzes in Haushaltsentscheidungen über die zu verfolgenden Politiken und Programme und die ausreichende Finanzierung gezielter Programme zur Gleichstellung von Frauen und Männern erfordern. Wenn die Aktionsplattform umgesetzt werden soll, müssen Finanzmittel aus allen Quellen und Bereichen verfügbar gemacht werden. Einige Politiken werden vielleicht neu formuliert und Mittel innerhalb und zwischen Programmen umgeschichtet werden müssen, doch werden einige Politikänderungen möglicherweise keine finanziellen Auswirkungen haben. Die Mobilisierung zusätzlicher Mittel sowohl aus öffentlichen als auch privaten Quellen, insbesondere auch Mittel aus innovativen Finanzierungsquellen, wird möglicherweise ebenfalls erforderlich sein.

A. Auf nationaler Ebene

346. Die Hauptverantwortung für die Umsetzung der strategischen Ziele der Aktionsplattform liegt bei den Regierungen. Zur Erreichung dieser Ziele sollten die Regierungen darangehen, systematisch zu überprüfen, in welchem Maße Ausgaben des öffentlichen Sektors Frauen zugute kommen, den Staatshaushalt so anzupassen, daß Frauen gleicher Zugang zu den Ausgaben des öffentlichen Sektors gewährleistet ist, sowohl zur Steigerung der Produktionskapazität als auch zur Deckung sozialer Bedürfnisse, und die bei anderen Gipfeltreffen und Konferenzen der Vereinten Nationen eingegangenen Verpflichtungen in bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erfüllen. Im Hinblick auf die Aufstellung erfolgreicher einzelstaatlicher Strategien zur Umsetzung der Aktionsplattform sollten die Regierungen ausreichende Mittel zuweisen, namentlich auch Mittel zur Durchführung von Analysen geschlechtsspezifischer Auswirkungen. Die Regierungen sollten außerdem die nichtstaatlichen Organisationen und den Privatsektor sowie andere Institutionen ermutigen, zusätzliche Mittel aufzubringen.

347. Nationalen Frauenförderungseinrichtungen und nach Bedarf allen Institutionen, die zur Umsetzung und Überwachung der Aktionsplattform beitragen können, sollten ausreichende Mittel zugewiesen werden.

348. Wo nationale Frauenförderungseinrichtungen nicht existieren oder noch nicht auf Dauer geschaffen worden sind, sollten sich die Regierungen bemühen, kontinuierlich ausreichende Mittel für solche Einrichtungen zur

349. Um die Umsetzung der Aktionsplattform zu erleichtern, sollten die Regierungen gegebenenfalls überhöhte Militärausgaben und Investitionen in die Produktion und den Erwerb von Rüstungsgütern nach Maßgabe der Erfordernisse der nationalen Sicherheit reduzieren.

350. Die nichtstaatlichen Organisationen, der Privatsektor und andere Akteure der Bürgergesellschaft sollten ermutigt werden, die Zuweisung der erforderlichen Mittel für die Umsetzung der Aktionsplattform in Erwägung zu ziehen. Die Regierungen sollten ein förderliches Umfeld für die Mobilisierung von Mitteln durch nichtstaatliche Organisationen schaffen, insbesondere durch Frauenorganisationen und -netzwerke, feministische Gruppen, den Privatsektor und andere Akteure der Bürgergesellschaft, um sie in die Lage zu versetzen, einen diesbezüglichen staatlichen Organisationen in dieser Hinsicht sollten verstärkt und verbessert werden.

B. Auf regionaler Ebene

351. Die regionalen Entwicklungsbanken, regionalen Wirtschaftsverbände und anderen regionalen Institutionen sollten gebeten werden, im Rahmen ihrer Kreditvergabe- und sonstigen Aktivitäten zur Umsetzung der Aktionsplattform beizutragen und bei der Mobilisierung der entsprechenden Mittel behilflich zu sein. Sie sollten außerdem ermutigt werden, die Aktionsplattform in ihrer allgemeinen Politik und in ihren Finanzierungsmodalitäten zu berücksichtigen.

352. Die subregionalen und regionalen Organisation und die Regionalkommissionen der Vereinten Nationen sollten soweit angebracht und im Rahmen ihres Mandats bei der Mobilisierung von Mitteln für die Umsetzung der Aktionsplattform behilflich sein.

Mittel aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen bereitzustellen.

Further actions and initiatives to implement the Beijing Declaration and the Platform for Action (10 June 2000)

I. Introduction

1. The Governments which came together at the Special Session of the General Assembly have reaffirmed their commitment to the goals and objectives contained in the Beijing Declaration and the Platform for Action adopted at the IV World Conference on Women in 1995 as contained in the report of the Conference. The Beijing Declaration and Platform for Action set as goals gender equality, development and peace and constituted an agenda for the empowerment of women. The Governments reviewed and appraised progress and identified obstacles and current challenges in the implementation of the Platform for Action. They recognized that the goals and commitments made in the Platform for Action have not been fully implemented and achieved and have agreed upon further actions and initiatives at local, national, regional, and international levels to accelerate its implementation and to ensure that commitments for gender equality, development and peace are fully realized.

2. The Beijing Platform for Action identified 12 critical areas for priority action to achieve the advancement and empowerment of women. The Commission on the Status of Women has reviewed progress in each of the 12 critical areas of concern and since 1996 has adopted agreed conclusions and recommendations for accelerated implementation. The Platform for Action, together with these agreed conclusions and recommendations, forms the basis for further progress towards the achievement of gender equality, development and peace in the 21st century. 2bis. The objective of the Platform for Action, which is in full conformity with the purposes and principles of the Charter of the United Nations and international law, is the empowerment of all women. The full realization of all human rights and fundamental freedoms of all women is essential for the empowerment of women. While the significance of national and regional particularities and various historical, cultural and religious backgrounds must be borne in mind, it is the duty of States, regardless of their political, economic and cultural systems, to promote and protect all human rights and fundamental freedoms. The implementation of the Platform,² as well as further actions and initiatives contained in this document, including through national laws and the formulation of strategies, policies, programmes and development priorities, is the sovereign responsibility of each State, in conformity with all human rights and fundamental freedoms, and the significance of and full respect for various religious and ethical values, cultural backgrounds and philosophical convictions of individuals and their communities should contribute to the full enjoyment by women of their human rights in order to achieve equality, development and peace. The Platform for Action emphasizes that women share common concerns that can be addressed only by working together and in partnership with men towards the common goal of gender equality around the world. It respects and values the full diversity of women's situations and conditions and recognizes that some women face particular barriers to their empowerment. The Platform for Action recognizes that women face barriers to full equality and advancement because of such factors as their race, age, language, ethnicity, culture, religion or disability, because they are indigenous women or because of other status. Many women encounter specific obstacles related to their family status, particularly as single parents; and to their socio-economic status, including their living conditions in rural, isolated or impoverished areas. Additional barriers also exist for refugee women, other displaced women, including internally displaced women as well as for immigrant women and migrant women, including women migrant workers. Many women are also particularly affected by environmental disasters, serious and infectious diseases and various forms of violence against women..

II. Achievements and obstacles in the implementation of the twelve critical areas of the Platform for Action

Assessment of achievements and obstacles must be made in relation to the commitments made in the Beijing Platform for Action and its 12 critical areas, namely by looking into the actions taken and the results attained, as indicated in national reports as well as taking note of the reports of the Secretary-General and of the results, conclusions and agreements of the five regional meetings held in preparation for the special session of the General Assembly and other relevant sources. Such assessment shows that, even though significant positive developments can be identified, barriers remain and there is still the need to further implement the goals and commitments made in Beijing. The summary of achievements and of persistent or new obstacles can, therefore, constitute a global framework for the identification of further actions and initiatives to overcome obstacles and to achieve the full and accelerated implementation of the Platform for Action at all levels and in all areas.

A. Women and poverty

4. *Achievements:* Considerable progress has been achieved in increasing recognition of gender dimensions of poverty and in the recognition that gender equality is one of the factors of specific importance for eradicating poverty particularly in relation to the feminization of poverty. Efforts have been made to integrate a gender perspective into poverty eradication policies and programmes by governments, in cooperation with non-governmental organizations. Multilateral, international and regional financial institutions are also giving increased attention to the incorporation of a gender perspective into their policies. Progress has been made by pursuing a two-

pronged approach of promoting employment and income-generating activities for women and providing access to basic social services, including education and health care. Micro-credit and other financial instruments for women have emerged as a successful strategy for economic empowerment and have widened economic opportunities for some women living in poverty in particular in rural areas. Policy development has taken account of the particular needs of female-headed households. Research has enhanced the understanding of the differing impacts of poverty on women and men and tools have been developed to assist with this assessment.

5. *Obstacles*: Many factors have contributed to widening economic inequality between women and men including income inequality, unemployment and deepening of poverty levels of the most vulnerable and marginalized groups. Debt burdens, excessive military spending, inconsistent with national security requirements, unilateral coercive measures not in accordance with international law and Charter of the United Nations, armed conflicts, foreign occupation, terrorism, low levels of ODA and the unfulfilled commitment to strive to fulfill the yet to be attained internationally agreed target of 0.7% of the GNP of developed countries for overall official development assistance and 0.15% to 0.2% for the Least Developed Countries as well as the lack of efficient use of resources, among other factors can constrain national efforts to combat poverty. In addition, gender inequalities and disparities in economic power-sharing, unequal distribution of unremunerated work between women and men, lack of technological and financial support for women's entrepreneurship, unequal access to, and control over capital, and resources, particularly land and credit and access to labour markets, as well as all harmful traditional and customary practices, have constrained women's economic empowerment and exacerbated the feminization of poverty. Fundamental economic restructuring experienced by the countries with economies in transition has led to lack of resources for poverty-eradication programmes aimed at empowerment of women.

B. Education and training of women

6. *Achievements*: There is an increased awareness that education is one of the most valuable means of achieving gender equality and the empowerment of women. Progress was achieved in women's and girls education and training at all levels especially where there was sufficient political commitment and resource allocation. Measures were taken in all regions to initiate alternative education and training systems to reach women and girls in indigenous communities and other disadvantaged and marginalized groups to encourage them to pursue all fields of study, in particular non-traditional fields of study, and to remove gender biases from education and training.

7. *Obstacles*: In some countries, efforts to eradicate illiteracy and strengthen literacy among women and girls and to increase their access to all levels and types of education were constrained by the lack of resources and insufficient political will and commitment to improve educational infrastructure and undertake educational reforms; persisting gender discrimination and bias including in teacher training; gender-based occupational stereotyping in schools, institutions of further education and communities; lack of childcare facilities; persistent use of gender stereotypes in educational materials; and insufficient attention paid to the link between women's enrolment in higher educational institutions and labour market dynamics. The remote location of some communities and in some cases inadequate salaries and benefits make attracting and retaining teaching professionals difficult and can result in lower quality education. Additionally, in a number of countries, economic, social and infrastructural barriers, as well as traditional discriminatory practices have contributed to a lower enrolment and retention rates for girls. Little progress has been made in eradicating illiteracy in some developing countries, aggravating women's inequality at economic, social and political levels. In some of these countries, the inappropriate design and application of structural adjustment policies has had a particularly severe impact on the education sector, since they resulted in declining investment in education infrastructure.

C. Women and health

8. *Achievements*: Programmes have been implemented to create awareness among policy makers and planners on the need for health programmes to cover all aspects of women's health throughout women's life cycle which have contributed to an increase in life expectancy in many countries. There is: increased attention to high mortality rates among women and girls as a result of malaria, tuberculosis, water borne diseases, communicable and diarrhoeal diseases and malnutrition; increased attention to sexual and reproductive health and reproductive rights of women as contained in para. 94 and 95 of the Platform for Action, as well as in some countries increased emphasis on implementing para 96 of the Platform for Action; increased knowledge and use of family planning and contraceptive methods as well as increased awareness among men of their responsibility in family planning and contraceptive methods and their use; increased attention to sexually transmitted infections, including human immunodeficiency virus/acquired immunodeficiency syndrome (HIV/AIDS) among women and girls and methods to protect against such infections; increased attention to breast-feeding, nutrition, infants' and mothers' health; the introduction of a gender perspective in health and health related educational and physical activities, and gender-specific prevention and rehabilitation programmes on substance abuse, including tobacco, drugs and alcohol; increased attention to women's mental health, health conditions at work, environmental considerations and recognition of the specific health needs of older women. The UN Special Session in June/July 99 reviewed achievements and adopted key action in the field of women's health for further implementation of the ICPD Programme of Action.

9. *Obstacles*: Worldwide, the gap between and within rich and poor countries with respect to infant mortality and maternal mortality and morbidity rates, as well as with respect to measures addressing the health of women and girls given their special vulnerability regarding sexually transmitted infections including human immunodeficiency virus/acquired immunodeficiency syndrome (HIV/AIDS) and other sexual and reproductive health problems, together with endemic, infectious and communicable diseases such as malaria, tuberculosis, diarrhoeal and water-borne diseases and chronic non-transmissible diseases remains unacceptable. In some countries, such endemic,

infectious and communicable diseases continue to take a toll on women and girls. In other countries, non-communicable diseases such as cardio/pulmonary diseases, hypertension and degenerative diseases remain among the major causes of mortality and morbidity among women. Despite progress in some countries, the rates of maternal mortality and morbidity remain unacceptably high in most countries. Investment in essential obstetric care remains insufficient in many countries. The absence of a holistic approach to health and health care for women and girls based on women's right to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health throughout the life-cycle has constrained progress. Some women continue to encounter barriers to their right to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health. The predominant focus of health care systems on treating illness rather than maintaining optimal health also prevents a holistic approach. There is, in some countries, insufficient attention to the role of social and economic determinants of health. A lack of access to clean water, adequate nutrition, safe sanitation, of gender-specific health research and technology, insufficient gender sensitivity in the provision of health information and health care and health services, including those related to environmental and occupational health hazards affect women in developing and developed countries. Poverty and the lack of development continue to affect the capacity of many developing countries to provide and expand quality health care. A shortage of financial and human resources, in particular in developing countries, as well as restructuring of the health sector and/or the increasing trend to privatization of health care systems in some cases, has resulted in poor quality, reduced and insufficient health care services, and has also led to less attention to the health of the most vulnerable groups of women. Obstacles such as unequal power relationships between women and men where women often do not have the power to insist on safe and responsible sex practices and a lack of communication and understanding between men and women on women's health needs, *inter alia*, endanger women's health, particularly by increasing their susceptibility to sexually transmitted infections, including HIV/AIDS and affect women's access to health care and education, especially in relation to prevention. Adolescents, particularly adolescent girls continue to lack access to sexual and reproductive health information, education and services. Women, who are recipients of health care, are frequently not treated with respect, nor guaranteed privacy and confidentiality, and do not receive full information about options and services available. In some cases, health services and workers still do not conform to human rights and to ethical, professional and gender-sensitive standards in the delivery of women's health services nor do they ensure responsible, voluntary and informed consent. There continues to be a lack of information on availability and access to appropriate, affordable, primary health care services of high quality including sexual and reproductive health care, sufficient attention to maternal and emergency obstetric care as well as a lack of prevention, screening and treatment for breast, cervical and ovarian cancers and osteoporosis. The testing and development of male contraceptives is still insufficient. While some measures have been taken in some countries, the actions contained in paragraphs 106 j and 106 k of the Platform for Action regarding the health impact of unsafe abortion and the need to reduce the recourse to abortion have not been fully implemented. The rising incidence of tobacco use among women, particularly young women has increased their risk of cancer, and other serious diseases as well as gender-specific risks from tobacco and environmental tobacco smoke.

D. Violence against women

10. *Achievements*: It is widely accepted that violence against women and girls, whether occurring in public or private life, is a human rights issue. It is accepted that violence against women where perpetrated or condoned by the state or its agents constitutes a human rights violation. It is also accepted that states have an obligation to exercise due diligence to prevent investigate and punish acts of violence whether those acts are perpetrated by the state or private persons and provide protection to victims. There is increased awareness and commitment to prevent and combat violence against women and girls, including domestic violence, which violates and impairs or nullifies the enjoyment of their human rights and fundamental freedoms through inter-alia, improved legislation, policies and programmes. Governments have initiated policy reforms and mechanisms such as interdepartmental committees, guidelines and protocols, national, multidisciplinary and co-ordinated programmes to address violence. Some Governments have also introduced or reformed laws to protect women and girls from all forms of violence and laws to prosecute the perpetrators. There is an increasing recognition at all levels that all forms of violence against women seriously affect their health. Health care providers are seen to have a significant role to play in addressing this matter. Some progress has been made in the provision of services for abused women and children, including legal services, shelters, special health services and counseling, hot lines and police units with special training. Education for law enforcement personnel, members of the judiciary, health care providers and welfare workers is being promoted. Educational materials for women and public awareness campaigns have been developed as well as research on the root causes of violence. There is increasing research and specialized studies being conducted on gender roles, in particular on men's and boys' roles, and all forms of violence against women, as well as on the situation of and impact on children growing up in families where violence occurs. Successful cooperation has been achieved between governmental and non-governmental organizations in the field of preventing violence against women. The active support of civil society in particular women's organizations and NGOs has had an important role, inter-alia in promoting awareness-raising campaigns and in the provision of support services to women victims of violence. Efforts towards the eradication of harmful traditional practices, including female genital mutilation which is a form of violence against women has received national, regional and international policy support. Many Governments have introduced educational and outreach programmes, as well as legislative measures criminalizing these practices. In addition, this support includes the appointment of a Special Ambassador for the Elimination of Female Genital Mutilation by the United Nations Population Fund (UNFPA).

11. *Obstacles*: Women continue to be victims of various forms of violence. Inadequate understanding of the root causes of all forms of violence against women and girls hinders efforts to eliminate violence against women and

girls. There is a lack of comprehensive programmes dealing with the perpetrators, including programmes, where appropriate, which⁷ would enable them to solve problems without violence. Inadequate data on violence further impede informed policymaking and analysis. Socio-cultural attitudes which are discriminatory and economic inequalities reinforce women's subordinate place in society. This makes women and girls vulnerable to many forms of violence, such as physical, sexual and psychological violence occurring in the family, including battering, sexual abuse of female children in the household, dowry related violence, marital rape, female genital mutilation and other traditional practices harmful to women, non spousal violence and violence related to exploitation. In many countries, a co-ordinated multidisciplinary approach to responding to violence which includes the health system, work places, the media, the education system, as well as the justice system is still limited. Domestic violence, including sexual violence in marriage is still treated as a private matter in some countries. Insufficient awareness of the consequences of domestic violence, how to prevent it, and the rights of victims still exists. Although improving, the legal and legislative measures, especially in the criminal justice area to eliminate different forms of violence against women and children, including domestic violence and child pornography are weak in many countries. Prevention strategies also remain fragmented and reactive and there is a lack of programmes on these issues. It is also noted that in some countries problems have arisen from the use of new information and communication technologies for trafficking in women and children and for the purposes of all forms of economic and sexual exploitation.

E. Women and armed conflict

12. *Achievements*: There is a wider recognition that armed conflict has different destructive impacts on women and men and that a gender sensitive approach to the application of international human rights law and international humanitarian law is important. Steps have been taken at the national and international levels to address abuses against women, including increased attention to ending impunity for crimes against women in situations of armed conflict. The work of the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia and the International Criminal Tribunal for Rwanda has been an important contribution to address violence against women in the context of armed conflict. Also of historical significance is the adoption of the Rome Statute of the International Criminal Court which provides that rape, sexual slavery, enforced prostitution, forced pregnancy, enforced sterilization and other forms of sexual violence are war crimes when committed in the context of armed conflict and also under defined circumstances, crimes against humanity. Women's contribution in peace-building, peacemaking and conflict resolution is being increasingly recognized. Education and training on non-violent, conflict resolution have been introduced. Progress has been made on the dissemination and implementation of the guidelines for the protection of refugee women, and on addressing the needs of displaced women. Gender-based persecution has been accepted as a basis for refugee status in some countries. There is recognition by Governments, the international community and organizations, in particular the United Nations, that women and men experience humanitarian emergencies differently and there is a need for a more holistic support for refugee and displaced women, including those who have suffered all forms of abuse, including gender-specific abuse to ensure equal access to appropriate and adequate food and nutrition, clean water, safe sanitation, shelter, education, social and health services, including reproductive health care and maternity care. There is greater recognition of the need to integrate a gender perspective in the planning, design and implementation of humanitarian assistance and to provide adequate resources. Humanitarian relief agencies and civil society, including non-governmental organizations, have played an increasingly important role in the provision of humanitarian assistance as well as in the design where appropriate and implementation of programmes to address the needs of women and girls, including refugee and displaced women and girls in humanitarian emergencies, and in conflict and post-conflict situations.

13. *Obstacles*: Peace is inextricably linked to equality between women and men and development. Armed and other types of conflicts, wars of aggression, foreign occupation, colonial or other alien domination, as well as terrorism, continue to cause serious obstacles to the advancement of women. The targeting of civilians, including women and children, the displacement of people, and the recruitment of child soldiers in violation of national or international law, by state and/or non state actors, which occur in armed conflicts, have had a particular adverse impact on gender equality and women's human rights. Armed conflict creates or exacerbates the high level of female-headed households, which in many cases are living in poverty. The underrepresentation, at all levels, of women from decision-making positions such as special envoys or special representatives of the Secretary-General in peacekeeping, peace-building, post-conflict reconciliation and reconstruction as well as lack of gender awareness in these areas presents serious obstacles. There has been a failure to provide sufficient resources and to adequately distribute those resources, to address the needs of increasing numbers of refugees, who are mostly women and children, particularly to developing countries hosting large numbers of refugees; international assistance has not kept pace with the increasing number of refugees. The growing number of internally displaced persons and the provision of their needs, in particular women and children, continue to represent a double burden to the affected countries and their financial resources. Inadequate training of personnel dealing with the needs of women in situations of armed conflict or as refugees such as a shortage of specific programmes that address healing of women from trauma and skills training, remains a problem. Excessive military expenditures, including global military expenditures, trade in arms and investment for arms production taking into consideration national security requirements direct the possible allocation of funds away from social and economic development, in particular for the advancement of women. In several countries, economic sanctions have had social and humanitarian impact on the civilian population in particular women and children. In some countries, advancement of women is adversely affected by unilateral measures not in accordance with international law and the Charter of the United Nations that create obstacles to trade relations among States, impede the full realization of social and economic development and hinder the well being of the population in the affected countries, with particular consequences for women and

children. In situations of armed conflict there are continued violations of human rights of women, which are violations of fundamental principles of international human rights law and international humanitarian law. There has been an increase of all forms of violence against women, including sexual slavery, rape, systematic rape, sexual abuse and forced pregnancies in the situations of armed conflict. Displacement compounded by loss of home and property, poverty, family disintegration and separation and other consequences of armed conflict is severely affecting population, especially women and children. Girls are also abducted or recruited in violation of international law, into situations of armed conflict including, *inter alia*, as combatants, sexual slaves or providers of domestic services.

F. Women and the economy

14. *Achievements*: There is increased participation of women in the labour market and subsequent gain in economic autonomy. Some Governments have introduced a variety of measures, that address women's economic and social rights, equal access to and control over economic resources and equality in employment. Other measures include ratification of international labour conventions as well as enacting or strengthening legislation to make it compatible with these conventions. There is increased awareness of the need to reconcile employment and family responsibilities and the positive effect of measures such as maternity and paternity leave and also parental leave, and child and family care services and benefits. Some Governments have made provisions to address discriminatory and abusive behaviour in the workplace and to prevent unhealthy working conditions and have established funding mechanisms to promote women's roles in entrepreneurship, education and training, including scientific and technical skills and decision-making. Research has been conducted on barriers to economic empowerment faced by women including the relationship between remunerated and unremunerated work and tools are being developed to assist with this assessment.

15. *Obstacles*: The importance of a gender perspective in the development of macro-economic policy is still not widely recognized. Many women still work in the rural areas and the informal economy as subsistence producers, and in the service sector with low levels of income and little job and social security. Many women with comparable skills and experience are confronted with a gender wage gap and lag behind men in income and career mobility in the formal sector. Equal pay for women and men for equal work, or work of equal value, has not yet been fully realized. Gender discrimination in hiring and promotion and related to pregnancy including through pregnancy testing, and sexual harassment in the work place persist. In some countries, women's full and equal rights to own land and other property, including through the right to inheritance, is not recognized yet in national legislation. Progression in the professions, in most cases, is still more difficult for women, due to the lack of structures and measures that take into account maternity and family responsibilities. In some cases, persistent gender stereotyping has led to a lower status of male workers as fathers and to an insufficient encouragement for men to reconcile professional and family responsibilities. Lack of family-friendly policies regarding the organization of work increases these difficulties. Effective implementation of legislation and practical support systems is still inadequate. The combination of remunerated work and care-giving within families, households and communities still leads to a disproportionate burden for women, as long as there is insufficient sharing of tasks and responsibilities by men. It is still also women who perform the larger part of unremunerated work.

G. Women in power and decision-making

16. *Achievements*: There has been growing acceptance of the importance to society of the full participation of women in decision-making and power at all levels and in all fora, including inter-governmental, governmental, and non-governmental sectors. In some countries, women have also attained higher positions in these spheres. An increasing number of countries applied affirmative and positive action policies, including quota systems or voluntary agreements in some countries, measurable goals and targets, developed training programmes for women's leadership and introduced measures to reconcile family and work responsibilities of both women and men. National mechanisms and machineries for the advancement of women as well.¹⁰ as national and international networks of women politicians, parliamentarians, activists and professionals in various fields have been established or upgraded and strengthened.

17. *Obstacles*: Despite general acceptance of the need for a gender balance in decision-making bodies at all levels, a gap between *de jure* and *de facto* equality has persisted. Notwithstanding substantial improvements of *de jure* equality between women and men, the actual participation of women at the highest levels of national and international decision-making has not significantly changed since Beijing 1995 and gross under-representation of women in decision-making bodies in all areas, including *inter alia* politics, conflict prevention and resolution mechanisms, the economy, the environment and the media hinders the inclusion of a gender perspective in these critical spheres of influence. Women continue to be underrepresented at the legislative, ministerial and sub-ministerial levels, as well as at the highest levels of the corporate sector and other social and economic institutions. Traditionally assigned gender roles limit women's choices in education and careers and compel women to assume the burden for household responsibilities. Initiatives and programmes aimed at women's increased participation in decision-making were hindered by a lack of human and financial resources for training and advocacy for political careers; gender-sensitive attitudes towards women in society, awareness of women to engage in decision-making in some cases; accountability of elected officials and political parties for promoting gender equality and women's participation in public life; social awareness of the importance of balanced participation of women and men in decision-making; willingness on the part of men to share power; sufficient dialogue and co-operation with women's non-governmental organizations, along with organizational and political structures, which enable all women to participate in all spheres of political decision-making.

H. Institutional mechanisms for the advancement of women

18. *Achievements*: National machineries have been instituted or strengthened and recognized as the institutional base acting as "catalysts" for promoting gender equality, gender mainstreaming and monitoring of the implementation of the Platform for Action and in many instances of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. In many countries, progress has been achieved in terms of the visibility, status, outreach and coordination of activities of these machineries. Gender mainstreaming has been widely acknowledged as a strategy to enhance the impact of policies to promote gender equality. The goal of the strategy is to incorporate a gender perspective in all legislation, policies, programmes, and projects. These machineries, despite their limited financial resources, have made a significant contribution to the development of human resources in the field of gender studies and also contributed to the growing efforts for the generation and dissemination of data disaggregated by sex and age, gender-sensitive research and documentation. Within the UN system much progress has been made in the mainstreaming of a gender perspective including through the development of tools and the creation of gender focal points.

19. *Obstacles*: In a number of countries, inadequate financial and human resources and a lack of political will and commitment are the main obstacles confronting national machineries. This is further exacerbated by insufficient understanding of gender equality and gender mainstreaming among government structures, as well as prevailing gender stereotypes, discriminatory attitudes, competing government priorities and in some countries unclear mandates, marginalized location within the national government structures, lack of data disaggregated by sex and age in many areas and insufficiently applied methods for assessing progress, in addition to paucity of authority and insufficient links to civil society. The activities of the national machineries were also hindered by structural and communication problems within and among government agencies.

Human rights of women

20. *Achievements*: Legal reforms have been undertaken to prohibit all forms of discrimination and discriminatory provisions have been eliminated in civil, penal and personal status law governing marriage and family relations, all forms of violence, women's property and ownership rights and women's political, work and employment rights. Steps have been taken to realize women's de facto enjoyment of their human rights through the creation of an enabling environment, including the adoption of policy measures, the improvement of enforcement and monitoring mechanisms and the implementation of legal literacy and awareness campaigns at all levels. The Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women has been ratified or acceded to by 165 countries and its full implementation has been promoted by the Committee on the Elimination of Discrimination against Women. The 54th session of the General Assembly adopted the Optional Protocol to the Convention allowing women claiming to be victims of a violation of any of the rights set forth in the Convention by a State party to submit their claims to the Committee on the Elimination of Discrimination against Women, to which non-governmental organizations contributed by raising awareness and generating support for its adoption. Women's NGOs have also contributed to raising awareness that women's rights are human rights. They also generated support for the inclusion of a gender perspective in the elaboration of the Rome Statute of the International Criminal Court. Progress has also been made to integrate the human rights of women and mainstream a gender perspective into the UN system, including into the work of the Office of the High Commissioner on Human Rights and of the Commission on Human Rights.

21. *Obstacles*: Gender discrimination and all other forms of discrimination, in particular racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance continue to cause threat to the enjoyment of women of their human rights and fundamental freedoms. In situations of armed conflict and foreign occupation, human rights of women have been extensively violated. Even though a number of countries have ratified the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women the goal of universal ratification by the year 2000 has not been achieved, and there continues to be a large number of reservations to the Convention. While there is an increasing acceptance of gender equality, many countries have not yet implemented fully the provisions of the Convention. Discriminatory legislation as well as harmful traditional and customary practices and negative stereotyping of women and men still persist. Family, civil, penal, labour and commercial laws or codes, or administrative rules and regulations, still have not fully integrated a gender perspective. Legislative and regulatory gaps, as well as lack of implementation and enforcement of legislation and regulations, perpetuate de jure as well as de facto inequality and discrimination, and in a few cases, new laws discriminating against women have been introduced. In many countries, women have insufficient access to the law, resulting from illiteracy, lack of legal literacy, information and resources, insensitivity and gender bias, and lack of awareness of the human rights of women by law enforcement officials and the judiciary who in many cases fail to respect the human rights of women and the dignity and worth of the human person. There is insufficient recognition of women's and girls' reproductive rights, as well as barriers to their full enjoyment of those rights, which embrace certain human rights as defined in the Beijing Platform for Action, paragraph 95. Some women and girls continue to encounter barriers to justice and enjoyment of their human rights because of such factors as their race, language, ethnicity, culture, religion, disability or socio-economic class or because they are indigenous people, migrants, including women migrant worker, displaced women or refugees.

J. Women and the media

22. *Achievements*: The establishment of local, national and international women's media networks has contributed to global information dissemination, exchange of views and support to women's groups active in media work. The development of information and communication technologies, especially the Internet, has provided improved communication opportunities for the empowerment of women and girls which enabled an increasing number of

women to contribute to knowledge sharing, networking and electronic commerce activities. The number of women's media organizations and programmes has increased, facilitating the aims of increased participation and promotion of positive portrayals of women in the media. Progress has been made to combat negative images of women by establishing professional guidelines and voluntary codes of conduct encouraging fair gender portrayal and the use of non-sexist language in media programmes.

23. *Obstacles:* Negative, violent and/or degrading images of women, including pornography, stereotyped portrayals, have increased in different forms using new communication technologies in some instances, and bias against women remains in the media. Poverty, the lack of access and opportunities, illiteracy, lack of computer literacy and language barriers, prevent some women from using the information and communication technologies, including the Internet. Development of and access to Internet infrastructure is limited especially in developing countries and particularly for women.

K. Women and the environment

24. *Achievements:* Some national environment policies and programmes have incorporated gender perspectives. In recognition of the link between gender equality, poverty eradication, sustainable development and environmental protection, governments have included income-generating activities for women, as well as training in natural resource management and environmental protection in their development strategies. Projects have been launched to preserve and utilize women's traditional ecological knowledge, including the traditional ecological knowledge of indigenous women, in the management of natural resources, and preservation of bio-diversity.

25. *Obstacles:* There is still a lack of public awareness about environmental risks faced by women and of the benefits of gender equality for promoting environmental protection. Women's limited access to technical skills, resources and information, in particular in developing countries, due to among others gender inequality, have impeded women's effective participation in decision-making, regarding the sustainable environment, including at the international level. Research, action, targeted strategies and public awareness remain limited regarding the differential impacts and implications of environmental problems for women and men. Real solutions to environmental problems including environmental degradation need to address the root causes of these problems such as foreign occupation. Environmental policies and programmes lack a gender perspective and fail to take into account women's roles and contributions to environmental sustainability.

L. The girl-child

26. *Achievements:* Some progress was made in primary and, to a lesser extent, in secondary and tertiary education for girls, owing to the creation of a more gender-sensitive school environment, improved educational infrastructure, increased enrolment and retention, support mechanisms for pregnant adolescents and adolescent mothers, increased non-formal education opportunities and enhanced attendance at science and technology classes. Increased attention was given to the health of the girl child, including the sexual and reproductive health of adolescents. An increasing number of countries introduced legislation to ban female genital mutilation and imposed heavier penalties on those involved in sexual abuse, trafficking and all other forms of exploitation of the girl child, including for commercial ends. A recent achievement has been the adoption of the Optional Protocols to the Convention on the Rights of the Child on Involvement of Children in Armed Conflict and on the Sale of Children, Child Prostitution and Child Pornography by the 54th Session of the General Assembly.

27. *Obstacles:* The persistence of poverty, discriminatory attitudes towards women and girls, negative cultural attitudes and practices against girls as well as negative stereotyping of girls and boys which limit girls' potential, and inadequate awareness of the specific situation of the girl child, child labour, and the heavy burden of domestic responsibilities on girls, inadequate nutrition and access to health services, and lack of finance which often prevent her from pursuing and completing her education and training, have contributed to a lack of opportunities and possibilities for girls to become confident and self-reliant, and independent adults. Poverty, lack of parental support and guidance, lack of information and education, abuse and all forms of exploitation of, and violence against the girl child, in many cases result in unwanted pregnancies and transmission of HIV which may also lead to a restriction of educational opportunities. Programmes for the girl child were hindered by a lack of or an insufficient allocation of financial and human resources. There were few established national mechanisms to implement policies and programmes for the girl child and, in some cases, coordination among responsible institutions was insufficient. The increased awareness of the health needs, including the sexual and reproductive health needs of adolescents has not yet resulted in sufficient provision of necessary information and services. Despite advances in legal protection, there is increased sexual abuse and sexual exploitation of the girl child. Adolescents continue to lack the education and service needed to enable them to deal in a positive and responsible way with their sexuality..

III. Current challenges affecting the full implementation of the Beijing Declaration and the Platform for Action

28. The review and appraisal of the implementation of the Beijing Declaration and the Platform for Action occurred in a rapidly changing global context. Since 1995, a number of issues have gained prominence and acquired new dimensions which pose additional challenges to the full and accelerated implementation of the Platform in order to realize gender equality, development and peace by Governments, intergovernmental bodies, international organizations, the private sector, and non-governmental organizations as appropriate. Continued political commitment to gender equality, at all levels, is needed for the full implementation of the Platform for Action.

29. Globalization has presented new challenges for the fulfillment of the commitments made and the realization of the goals of the Beijing Conference. The globalization process has in some countries, resulted in policy shifts in favour of more open trade and financial flows, privatization of state-owned enterprises and in many cases lower public spending particularly on social services. This change has transformed patterns of production and accelerated technological advances in information and communication and affected the lives of women, both as workers and consumers. In a large number of countries, particularly in developing and least developed countries, these changes have also adversely impacted on the lives of women and have increased inequality. The gender impact of these changes has not been systematically evaluated. Globalization also has cultural, political, and social impacts affecting cultural values, lifestyles and forms of communication as well as implications for the achievement of sustainable development. Benefits of the growing global economy have been unevenly distributed leading to wider economic disparities, the feminization of poverty, increased gender inequality, including through often deteriorating work conditions and unsafe working environments especially in the informal economy and rural areas. While globalization has brought greater economic opportunities and autonomy to some women, many others have been marginalized, due to deepening inequalities among and within countries, by depriving them from the benefits of this process. Although in many countries the level of participation of women in the labour force has risen, in other cases, the application of certain economic policies have had a negative impact such that increases in women's employment often have not been matched by improvements in wages, promotions and working conditions. In many cases, women continue to be employed in low paid, part-time, and contract jobs marked by insecurity and by safety and health hazards. In many countries women, especially new entrants into the labour market, continue to be among the first to lose jobs and the last to be rehired.

30. Increasing disparities in the economic situation among and within countries, coupled with a growing economic interdependence and dependence of States on external factors as well as the financial crises have, in recent years, altered prospects of growth and caused economic instability in many countries, with a heavy impact on the lives of women. These have affected the ability of States to provide social protection and social security as well as funding for the implementation of the Platform for Action. Such difficulties are also reflected in the shift of the cost of social protection, social security and other welfare provisions from the public sector to the household. The decreasing levels of funding available through international cooperation has contributed to further marginalization of a large number of developing countries and countries with economies in transition within which women are amongst the poorest. The agreed target of 0.7 per cent of the gross national product of developed countries for overall official development assistance has not been achieved. These factors have contributed to the increasing feminization of poverty, which has undermined efforts to achieve gender equality. Limited funding at the state-level makes it imperative that innovative approaches to the allocation of existing resources be employed, not only by Governments but also by NGOs and the private sector. One such innovation is the gender analysis of public budgets which is emerging as an important tool for determining the differential impact of expenditures on women and men to help ensure equitable use of existing resources. This analysis is crucial to promote gender equality

30 bis. The impact of globalization and structural adjustment programmes, the high costs of external debt servicing and declining terms of international trade, in several developing countries, have worsened the existing obstacles to development, aggravating the feminization of poverty. Negative consequences of structural adjustment programmes, stemming from the inappropriate design and application, have continued to place a disproportionate burden on women, *inter-alia* through budget cuts in basic social services, including education and health. 30 ter. There is greater acceptance that the increasing debt burden faced by most indebted developing countries is unsustainable and constitutes one of the principle obstacles to achieving progress in people-centered sustainable development and poverty eradication. For many developing countries, as well as countries with economies in transition, excessive debt servicing has severely constrained their capacity to promote social development and provide basic services and has affected full implementation of the Platform for Action. 30 quinter: In countries with economies in transition women are bearing most of the hardships induced by the economic restructuring and being the first to lose jobs in times of recession. They are being squeezed out from fast growth sectors. Loss of childcare facilities due to elimination or privatization of state work places, increased need for older care without the corresponding facilities, continuing inequality of access to training for finding re-employment and to productive assets for entering or expanding businesses are current challenges facing women in these countries.

31. Science and technology, as fundamental components of development, are transforming patterns of production, contributing to the creation of jobs and new job classifications, and ways of working, and contributing to the establishment of a knowledge-based society. Technological change can bring new opportunities for all women in all fields if they have equal access, and adequate training. Women should also be actively involved in the definition, design, development, implementation and gender impact evaluation of policies related to these changes. Many women world-wide are yet to effectively use these new communications technologies for networking, advocacy, exchange of information business, education, media consultation and e-commerce initiatives. For instance, millions of the world's poorest women and men still do not have access to and benefits from science and technologies and are currently excluded from this new field and the opportunities it presents.

32. The patterns of migratory flows of labour are changing. Women and girls are increasingly involved in internal, regional and international labour migration to pursue many occupations mainly in farm labour, domestic work and some forms of entertainment work. While this situation increases their earning opportunities and self-reliance, it also exposes them, particularly the poor, uneducated, unskilled and/or undocumented migrants to inadequate working conditions, increased health risk, the risk of trafficking, economic and sexual exploitation, racism, racial discrimination and xenophobia, and other forms of abuse, which impair their enjoyment of their human rights, and in some cases, constitute violations of human rights.

33. While recognizing that governments have the primary responsibility to develop and implement policies to promote gender equality, partnerships between governments and different actors of civil society are increasingly recognized as an important mechanism to achieve this goal. Additional innovative approaches can be further developed to foster this collaboration.

36. In some countries, current demographic trends, which show that lowered fertility rates, increased life expectancy and lower mortality rates, have contributed to ageing of the population, and increase in chronic health conditions and have implications for health care systems and spending, informal care systems and research. Given the gap between male and female life expectancy, the number of widows and older single women has increased considerably, often leading to their social isolation and other social challenges. Societies have much to gain from the knowledge and life experience of older women. On the other hand, the current generation of young people is the largest in history. Adolescent girls and young women have particular needs which will require increasing attention.

37. The rapid progression of the HIV/AIDS pandemic, particularly in the developing world, has had a devastating impact on women. Responsible behaviour and gender equality are among the important prerequisites for its prevention. There is also the need for more effective strategies to empower women to have control over and decide freely and responsibly on matters related to their sexuality, to protect themselves from high risk and irresponsible behaviour leading to sexually transmitted infections including HIV/AIDS and to promote responsible, safe and respectful behaviour by men and to also promote gender equality. HIV/AIDS is an urgent public health issue, is outstripping efforts to contain it and, in many countries, is reversing hard one gains of development. The burden of care for people living with HIV/AIDS and for children orphaned by HIV/AIDS falls particularly on women, as infrastructures are inadequate to respond to the challenges being posed. Women with HIV/AIDS often suffer from discrimination and a stigma and are often victims of violence. Issues related to prevention, mother-to-child transmission of HIV/AIDS, breastfeeding, information and education in particular of youth, curbing high risks behaviour, intravenous drug users, support groups, counseling and voluntary testing, partner notification, and provision and high costs of essential drugs have not been sufficiently addressed. There are positive signs in the fight against HIV/AIDS in some countries that behavioural changes have occurred among young people and experience shows that educational programmes for young people can lead to a more positive view on gender relations and gender equality, delayed sexual initiation and reduced risks of sexually transmitted infections.

37 bis: Growing drug and substance abuse among young women and girls, both in developed and developing countries, has raised the need for increased efforts towards demand reduction and fight against illicit production, supply and trafficking of narcotic drugs, and psychotropic substances. 38. The increase in casualties and damage caused by natural disasters has raised awareness of the inefficiencies and inadequacies in the existing approaches and intervention methods in responding to such emergency situations, in which women, more often than men, are burdened with the responsibility of meeting the immediate daily needs of their families. This situation has raised awareness that a gender perspective must be incorporated whenever disaster prevention, mitigation and recovery strategies are being developed and implemented..

41. The changing context of gender relations, as well as the discussion on gender equality has led to increased reassessment of gender roles. This has further encouraged a discussion on the roles and responsibilities of women and men working together towards gender equality and the need for changing those stereotypical and traditional roles that limit women's full potential. There is a need for balanced participation between women and men in remunerated and unremunerated work. Failure to recognize and measure in quantitative terms unremunerated work of women which is often not valued in national accounts has meant that women's full contribution to social and economic development remains underestimated and undervalued. As long as there is insufficient sharing of tasks and responsibilities with men, the combination of remunerated work and care-giving will lead to the continued disproportionate burden for women in comparison to men..

IV. Actions and initiatives to overcome obstacles and to achieve the full and accelerated implementation of the Beijing Platform for Action

42. In view of the evaluation of progress made five years since the Beijing Conference in implementing the Beijing Declaration and Platform for Action, contained in chapter II, as well as the current challenges affecting its full realization, outlined in chapter III, Governments now recommit themselves to the Beijing Declaration and Platform for Action and also commit to further actions and initiatives to overcome the obstacles and address the challenges. Governments, in taking continued and additional steps to achieve the goals of the Platform, recognize that the full enjoyment of all human rights - civil, cultural, economic, political and social, including the right to development - are universal, indivisible, interdependent and interrelated, and are essential for realizing gender equality, development and peace in the twenty-first century. 43. Organizations of the United Nations system and the Bretton Woods institutions, as well as the World Trade Organization, other international and regional intergovernmental bodies, parliaments, civil society, including the private sector and NGOs, trade unions and other stakeholders are called upon to support government efforts and, where appropriate, develop complementary programmes of their own to achieve full and effective implementation of the Platform for Action.

43.bis Governments and intergovernmental organizations recognize the contribution and complementary role of NGOs, with full respect for their autonomy, in ensuring the effective implementation of the Platform for Action and should continue to strengthen partnerships with NGOs, particularly women's organizations in contributing to the effective implementation and follow-up of the Platform for Action. 43.ter Experience has shown that the goal of gender equality can be fully achieved only in the context of renewed relations among different stakeholders at all

levels. The full effective participation of women on the basis of equality in all spheres of society is necessary to contribute to this goal.

44. Achieving gender equality and empowerment of women requires redressing inequalities between women and men and girls and boys and ensuring their equal rights, responsibilities, opportunities, and possibilities. Gender equality implies that women's as well as men's needs, interests, concerns, experiences and priorities are an integral dimension of the design, implementation, national monitoring, and follow-up and evaluation, including at the international level, of all actions in all areas.

46. By adopting the Platform for Action governments and the international community agreed to a common development agenda with gender equality and women's empowerment as underlying principles. The efforts towards ensuring women's participation in development have expanded and need to combine a focus on women's conditions and basic needs with an holistic approach based on equal rights and partnerships, promotion and protection of all human rights and fundamental freedoms. Policies and programmes should be formulated to achieve the goal of people-centred sustainable development, secure livelihoods and adequate social protection measures, including safety nets, strengthened support systems for families equal access to and control over financial and economic resources, and eliminate increasing and disproportionate poverty among women. All economic policies, institutions and resource allocation should adopt a gender perspective to ensure that development dividends are shared on equal grounds.

46 bis: Increased efforts are needed to provide equal access to education, health, and social services and to ensure women's and girls' rights to education and the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health and well-being throughout the life cycle, as well as adequate, affordable and universally accessible health care and services including sexual and reproductive health, particularly in the face of the HIV/AIDS pandemic; they are also necessary with regard to the growing proportion of older women.

47. Given that a majority of the world's women are subsistence producers and users of environmental resources, there is a need to recognize and integrate women's knowledge and priorities in the conservation and management of such resources to ensure their sustainability. Programmes and infrastructures that are gender-sensitive are needed in order to effectively respond to disaster and emergency situations that threaten the environment, livelihood security, as well as the management of the basic requirements of daily life. 47 bis: Sustaining the livelihoods of populations in States with limited or scarce resources, including Small Island Developing States is critically dependent on the preservation and protection of the environment. Women's customary knowledge, management and sustainable use of biodiversity should be recognized.

48 bis: Continue to design efforts for the promotion of respect for cultural diversity and dialogue among and within civilizations in a manner which contributes to the implementation of the Platform for Action, which aims at the empowerment of women and the full realization of all human rights and fundamental freedoms for all women and in a manner which ensures that gender equality and the full enjoyment of all human rights by women are not undermined; *Note* : to be moved to section IV, action to be taken at national and international level

49. Political will and commitment at all levels are crucial to ensure mainstreaming of a gender perspective in the adoption and implementation of comprehensive and action oriented policies in all areas. Policy commitments are essential for further developing the necessary framework which ensures women's equal access to and control over economic and financial resources, training, services and institutions as well as their participation in decision making and management. Policy making processes require the partnership of women and men at all levels. Men and boys should also be actively involved and encouraged in all efforts to achieve the goals of the Platform for Action and its implementation.

51. Violence against women and girls is a major obstacle to the achievement of the objectives of gender equality, development and peace. Violence against women both violates and impairs or nullifies the enjoyment by women of their human rights and fundamental freedoms. Gender based violence, such as battering and other domestic violence, sexual abuse, sexual slavery and exploitation, and international trafficking in women and children, forced prostitution and sexual harassment, as well as violence against women, resulting from cultural prejudice, racism and racial discrimination, xenophobia, pornography, ethnic cleansing, armed conflict, foreign occupation, religious and anti-religious extremism and terrorism are incompatible with the dignity and worth of the human person and must be combated and eliminated.

51 ter. Women play a critical role in the family. The family is the basic unit of society and is a strong force for social cohesion and integration and as such should be strengthened. The inadequate support to women and insufficient protection and support to their respective families affect society as a whole and undermines efforts to achieve gender equality. In different cultural, political and social systems, various forms of the family exist and the rights, capabilities and responsibilities of family members must be respected. Women's social and economic contributions to the welfare of the family and the social significance of maternity and paternity continue to be inadequately addressed. Motherhood and fatherhood and the role of parents and legal guardians in the family and in the upbringing of children and the importance of all family members to the family's well-being is also acknowledged and must not be a basis for discrimination. Women also continue to bear a disproportionate share of the household responsibilities and the care of children, the sick and the elderly. Such imbalance needs to be consistently addressed through appropriate policies and programmes, in particular those geared towards education and through legislation where appropriate. In order to achieve full partnership, both in public and private spheres, both women and men must be enabled to reconcile and share equally work responsibilities and family responsibilities.

52. Strong national machineries for the advancement of women and promotion of gender equality require political commitment at the highest level and all necessary, human and financial resources to initiate, recommend and facilitate the development, adoption and monitoring of policies, legislation, programmes and capacity-building for

the empowerment of women and to act as catalysts for open public dialogue on gender equality as a societal goal. This would enable them to promote the advancement of women and mainstreaming a gender perspective in policy and programmes in all areas, to play an advocacy role, and to ensure equal access to all institutions and resources, as well as enhanced capacity building for women in all sectors. Reforms to meet the challenges of the changing world are essential to ensure women's equal access to institutions and organizations. Institutional and conceptual changes are a strategic and important aspect of creating an enabling environment for the implementation of the Platform for Action.

53. Programme support to enhance women's opportunities, potentials and activities need to have a dual focus: one the one hand, programmes aimed at meeting the basic as well as the specific needs of women for capacity building, organizational development and empowerment; and on the other, gender mainstreaming in all programme formulation and implementation activities. It is particularly important to expand into new areas of programming to advance gender equality in response to current challenges. 53 bis. Girls and women of all ages with any form of disability are generally among the more vulnerable and marginalized of society. There is therefore need to take into account and to address their concerns in all policy making and programming. Special measures are needed at all levels to integrate them into the mainstream of development..

54. Effective and coordinated plans and programmes for the full implementation of the Platform for Action require a clear knowledge on the situation of women and girls, a clear research-based knowledge and data disaggregated by sex, short and long-term time-bound targets and measurable goals and follow-up mechanisms to assess progress. Efforts are needed to ensure capacity building for all the actors involved in the achievement of these goals. Efforts are also needed at the national level, to increase transparency and accountability.

55. The realization of the goals of gender equality, development and peace at the national and international level needs to be supported by the allocation of necessary human and financial resources for specific and targeted activities to ensure gender equality at the local, national, regional and international level as well as by enhanced and increased international cooperation. The explicit attention to these goals in budgetary processes at the national, regional and international level is essential. 55 bis. Recognizing the persistent and increasing burden of poverty on women in many countries, particularly in developing countries, it is essential to continue from a gender perspective to review, modify and implement integrated macro-economic and social policies and programmes, including, *inter alia*, those related to structural adjustment and external debt problems, to ensure universal and equitable access to social services, in particular to education, and affordable quality health care services and equal access to and control over economic resources. *Note:* to be moved between paras 46 and 46 bis **Actions to be taken at the national level**
Actions to be taken by Governments

100 a. Set and encourage the use of explicit short- and long-term time bound targets or measurable goals, including where appropriate, quotas, to promote progress towards gender balance, including women's equal access to and full participation on a basis of equality with men in all areas and at all levels of public life, especially in decision- and policy making positions, in political parties and political activities, in all government ministries and at key policy-making institutions, as well as in local development bodies and authorities;

100 e. Address the barriers faced by women, particularly by indigenous and other marginalized women, in accessing and participating in politics and decision-making, including lack of training, women's double burden of paid and unpaid work, negative societal attitudes and stereotypes;

101 a. Ensure policies that guarantee equal access to education and elimination of gender disparities in education, including vocational training, science and technology and completion of basic education for girls, especially for those living in rural and deprived areas, and opportunities for continuing education at all levels for all women and girls;

101 b. Support the implementation of plans and programmes of action to ensure quality education and improved enrolment retention rates for boys and girls and the elimination of gender discrimination as well as gender stereotypes in educational curricula and education material, as well as in the process of education;

101 d. Accelerate action and strengthen political commitment to close the gender gap in primary and secondary education by 2005 and to ensure free compulsory and universal primary education for both girls and boys by 2015 as advocated by several global conferences and eliminate policies which have been proven to worsen and perpetuate the gap

101 e. Develop gender sensitive curricula from kindergarten to elementary schools to vocational training and universities in order to address gender stereotyping as one of the root causes of segregation in working life;

102 a. Design and implement policies that promote and protect women's enjoyment of all human rights and fundamental freedoms and create an environment that does not tolerate violations of the rights of women and girls;

102 b. Create and maintain, a non-discriminatory, as well as a gender sensitive legal environment by reviewing legislation with the view to striving to remove discriminatory provisions as soon as possible, preferably by 2005, and eliminating legislative gaps that leave women and girls without protection of their rights and without effective recourse against gender-based discrimination;

102 d. Ratify the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, limit the extent of any reservations to it and withdraw reservations which are contrary to the object and purpose of the Convention or otherwise incompatible with international treaty law;

102 g. Consider signing and ratifying the Optional Protocol to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women;

102 h. Develop, review and implement laws, procedures to prohibit and eliminate all forms of discrimination against women and girls;

102 i. Take measures, including programmes and policies, to ensure that maternity, motherhood, parenting and the role of women in procreation are not used as a basis for discrimination nor restrict the full participation of women in society;

102 k. Ensure that national legislative and administrative reform processes, including those linked to land reform, decentralization and reorientation of the economy to promote women's rights, particularly those of rural women and women living in poverty, and take measures to promote and implement those rights through women's equal access to and control over economic resources, including land, property rights, right to inheritance, credit and traditional saving schemes, such as women's banks and cooperatives;

102

l. Mainstream a gender perspective into national immigration and asylum policies, regulations and practices, as appropriate, in order to promote and protect the rights of all women, including the consideration of steps to recognize gender-related persecution and violence when assessing grounds for granting refugee status and asylum;

102 m. Take all appropriate measures to eliminate discrimination and violence against women and girls by any person, organization or enterprise;

102 n. Take necessary measures for the private sector and for educational establishments to facilitate and strengthen compliance with non-discriminatory legislation;

103 a. As a matter of priority, review and revise, where appropriate, legislation, with a view to introducing effective legislation including on violence against women, and take other necessary measures to ensure all women and girls are protected against all forms of physical, psychological, and sexual violence, and are provided recourse to justice;

103 b. Treat all forms of violence against women and girls of all ages as a criminal offence punishable by law including violence based on all forms of discrimination;

103 c. Establish legislation and/or strengthen appropriate mechanisms to handle criminal matters relating to all forms of domestic violence, including marital rape and sexual abuse of women and girls, and ensure that such cases are brought to justice swiftly;

103d. Develop, adopt and fully implement laws and other measures as appropriate, such as policies and educational programmes, to eradicate harmful customary or traditional practices including female genital mutilation, early and forced marriage, and so-called honour crimes that are violations of the human rights of women and girls, obstacles to the full enjoyment by women of their human rights and fundamental freedoms and to intensify efforts, in cooperation with local women's groups, to raise collective and individual awareness on how these harmful traditional or customary practices violate women's human rights;

103 e. Continue to undertake research to develop a better understanding of the root causes of all forms of violence against women in order to design programmes and take measures towards eliminating these forms of violence;

103 f. Take measures to address through policies and programmes, racism and racially motivated violence against women and girls;

103 g. Take concrete steps, as a priority and with their full voluntary participation, to address the impact of violence on indigenous women, in order to implement appropriate, effective programmes and services to eliminate all forms of violence;

103 h. Promote women's and girls' mental well being, integrate mental health services into primary health-care systems, develop gender-sensitive supportive programmes and train health workers to recognize gender-based violence and care for girls and women of all ages who have experienced any form of violence;

103 i. Adopt and promote a holistic approach to respond to all forms of violence and abuse against girls and women of all ages, including girls and women with disabilities, as well as vulnerable and marginalized women and girls in order to address their diverse needs including education, provision of appropriate health care and services and basic social services; 103 i. bis Approve and promote a holistic approach to combat violence against women during all their life cycle and circumstances;

104 a. Take appropriate measures to address the root factors, including external factors, that encourage trafficking in women and girls for prostitution and other forms of commercialized sex, forced marriages and forced labour in order to eliminate trafficking in women, including by strengthening existing legislation with a view to providing better protection of the rights of women and girls and to punishing the perpetrators, through both criminal and civil measures;

104 b. Devise, enforce, and strengthen effective measures to combat and eliminate all forms of trafficking in women and girls through a comprehensive anti-trafficking strategy consisting of, *inter alia*, legislative measures, prevention campaigns, exchange of information, assistance and protection for and reintegration of the victims and prosecution of all the offenders involved, including intermediaries;

104 c. Consider preventing, within the leading framework and in accordance with national policies, victims of trafficking, particularly women and girls, from being prosecuted for their illegal entry or residence, taking into account that they are victims of exploitation;

104 d. Consider setting up or strengthening a national coordinating mechanism, for example, a national rapporteur or an inter-agency body, with participation of the civil society including NGOs, to encourage the exchange of information and to report on data, root causes, factors and trends in violence against women, in particular trafficking;

104 e. Provide protection and support to women and their respective families and develop and strengthen policies to support family security;

106 a. Consider adopting, where appropriate, national legislation consistent with the Convention on Biological Diversity to protect the knowledge, innovations and practices of women in indigenous and local communities relating to traditional medicines, biodiversity and indigenous technologies;

106b. Adapt environmental and agricultural policies and mechanisms, when necessary, to incorporate a gender perspective, and in cooperation with civil society, support farmers, particularly women farmers and those living in rural areas, with education and training programmes;

107 a. Adopt policies and implement measures to address, on a prioritized basis, the gender aspects of emerging and continued health challenges, such as malaria, tuberculosis, HIV/AIDS and other diseases having a disproportionate impact on women's health, including those resulting in the highest mortality and morbidity rates;

107 a. bis. Ensure that the reduction of maternal morbidity and mortality is a health sector priority and that women have ready access to essential obstetric care, well-equipped and adequately staffed maternal health-care services, skilled attendance at delivery, emergency obstetric care, effective referral and transport to higher levels of care when necessary, post-partum care and family planning in order to, *inter alia*, promote safe motherhood, and give priority attention to measures to prevent, detect and treat breast, cervical and ovarian cancer and osteoporosis, and sexually transmitted infections, including HIV/AIDS;

107 a. ter. Take measures to meet the unmet needs in good quality family planning services and in contraception, namely regarding the existing gap in services, supplies and use;

107 b. Collect and disseminate up-dated and reliable data on women's health, including mortality and morbidity of women, and conduct further research regarding how social and economic factors affect the health of girls and women of all ages as well as research about the provision of health care services to girls and women and the patterns of their use of such services and the value of disease prevention and health promotion programmes for women;

107 d. Ensure universal and equal access for women and men throughout the life-cycle, to social services related to health care, including education, clean water and safe sanitation, nutrition, food security and health education programmes;

107 d. bis. Ensure the provision of safe working conditions for health care workers;

107 g. Adopt, enact, review and revise, where necessary or appropriate, and implement health legislation, policies and programmes in consultation with women's organizations and other actors of civil society, and allocate the necessary budgetary resources to ensure the highest attainable standard of physical and mental health, so that all women have full and equal access to comprehensive, high quality and affordable health care, information, education and services throughout their life cycle; to reflect the new demands for service and care by women and girls as a result of the HIV/AIDS pandemic and new knowledge about women's needs for specific mental and occupation health programmes and for the ageing process; to protect and promote human rights by ensuring that all health services and workers conform to ethical, professional and gender-sensitive standards in the delivery of women's health services, including by establishing or strengthening, as appropriate, regulatory and enforcement mechanisms;

107 g. bis. Eliminate discrimination against all women and girls in access to health information, education, and health care and health services;

107 g. ter. Reproductive health is a state of complete physical, mental and social well-being and not merely the absence of disease or infirmity, in all matters relating to the reproductive system and to its functions and processes. Reproductive health therefore implies that people are able to have a satisfying and safe sex life and that they have the capability to reproduce and the freedom to decide if, when and how often to do so. Implicit in this last condition are the right of men and women to be informed and to have access to safe, effective, affordable and acceptable methods of family planning of their choice, as well as other methods of their choice for regulation of fertility which are not against the law, and the right of access to appropriate health-care services that will enable women to go safely through pregnancy and childbirth and provide couples with the best chance of having a healthy infant. In line with the above definition of reproductive health, reproductive health care is defined as the constellation of methods, techniques and services that contribute to reproductive health and well-being by preventing and solving reproductive health problems. It also includes sexual health, the purpose of which is the enhancement of life and personal relations, and not merely counselling and care related to reproduction and sexually transmitted diseases. Bearing in mind the above definition, reproductive rights embrace certain human rights that are already recognized in national laws, international human rights documents and other consensus documents. These rights rest on the recognition of the basic right of all couples and individuals to decide freely and responsibly the number, spacing and timing of their children and to have the information and means to do so, and the right to attain the highest standard of sexual and reproductive health. It also includes their right to make decisions concerning reproduction free of discrimination, coercion and violence, as expressed in human rights documents. In the exercise of this right, they should take into account the needs of their living and future children and their responsibilities towards the community. The promotion of the responsible exercise of these rights for all people should be the fundamental basis for government- and community-supported policies and programmes in the area of reproductive health, including family planning. As part of their commitment, full attention should be given to the promotion of mutually respectful and equitable gender relations and particularly to meeting the educational and service needs of adolescents to enable them to deal in a positive and responsible way with their sexuality. Reproductive health eludes many of the world's people because of such factors as: inadequate levels of knowledge about human sexuality and inappropriate or poor-quality reproductive health information and services; the prevalence of high-risk sexual behaviour; discriminatory social practices; negative attitudes towards women and girls; and the limited power many women and girls have over their sexual and reproductive lives. Adolescents are particularly vulnerable because of their lack of information and access to relevant services in most countries. Older women and men have distinct reproductive and sexual health issues which are often inadequately addressed. The human rights of women include their right to have control over and decide freely and responsibly on matters related to their sexuality, including sexual and reproductive health, free of coercion, discrimination and violence. Equal relationships between women and men in

matters of sexual relations and reproduction, including full respect for the integrity of the person, require mutual respect, consent and shared responsibility for sexual behaviour and its consequences.

107 g. quarter. Design, and implement programmes to encourage and enable men to adopt safe and responsible sexual and reproductive behaviour, and to effectively use methods to prevent unwanted pregnancies and sexually transmitted infections, including HIV/AIDS; 107 g. quarter Take all appropriate measures to eliminate harmful, medically unnecessary or coercive medical interventions as well as inappropriate medication and overmedication of women and ensure that all women are properly informed of their options, including likely benefits and potential side effects, by properly trained personnel;

107 h. Adopt measures to ensure non-discrimination against and respect for the privacy of those living with HIV/AIDS and sexually transmitted infections, including women and young people, so that they are not denied the information needed to prevent further transmission of HIV/AIDS and sexually transmitted infections and are able to access treatment and care services without fear of stigmatization, discrimination or violence;

107 i. In the light of paragraph 8.25 of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development, which states: "In no case should abortion be promoted as a method of family planning. All Governments and relevant intergovernmental and non-governmental organizations are urged to strengthen their commitment to women's health, to deal with the health impact of unsafe abortion as a major public health concern and to reduce the recourse to abortion through expanded and improved family-planning services.

Prevention of unwanted pregnancies must always be given the highest priority and every attempt should be made to eliminate the need for abortion. Women who have unwanted pregnancies should have ready access to reliable information and compassionate counselling. Any measures or changes related to abortion within the health system can only be determined at the national or local level according to the national legislative process. In circumstances where abortion is not against the law, such abortion should be safe. In all cases, women should have access to quality services for the management of complications arising from abortion. Post-abortion counselling, education and family-planning services should be offered promptly, which will also help to avoid repeat abortions", consider reviewing laws containing punitive measures against women who have undergone illegal abortions;

107 j. Promote and improve comprehensive gender-specific tobacco prevention and control strategies for all women, particularly adolescent girls and pregnant women, which would include, *inter alia*, education, prevention and cessation programmes and services, and the reduction of people's exposure to environmental tobacco smoke and support the development of the World Health Organization's Framework Convention on Tobacco Control;

107 j bis. Promote or improve information programmes and measures including treatment for the elimination of the increasing substance abuse among women and adolescent girls, including information campaigns about the risks to health and other consequences and its impact on families;

109 aa. Mainstream a gender perspective into key macro economic and social development policies and national development programmes; 109 a. Incorporate a gender perspective into the design, development, adoption and execution of all budgetary processes, as appropriate, in order to promote equitable, effective and appropriate resource allocation and establish adequate budgetary allocations to support gender equality and development programmes which enhance women's empowerment and develop the necessary analytical and methodological tools and mechanisms for monitoring and evaluation;

109 b. Increase as appropriate and effectively utilize financial and other resources in the social sector, particularly in education and health, to achieve gender equality and women's empowerment as a central strategy for addressing development and poverty eradication; 109 c. bis. Strive to reduce the disproportionate presence of women living in poverty particularly rural women by implementing national poverty eradication programmes with a focus on a gender perspective and the empowerment of women, including short and long-term goals;

110 a. bis : Undertake socio-economic policies that promote sustainable development and support and ensure poverty eradication programmes, especially for women, by *inter alia* , providing skills training, equal access to and control over resources, finance, credit, including micro-credit, information, technology, and equal access to markets to benefit women of all ages, in particular those living in poverty and marginalized women, including rural women, indigenous women, and female headed households;

110 a. Create and ensure equal access to social protection systems, taking into account the specific needs of all women living in poverty, demographic changes and changes in society, to provide safeguards against the uncertainties and changes in conditions of work associated with globalization and strive to ensure that new, flexible and emerging forms of work are adequately covered by social protection;

111 a. Facilitate employment for women through *inter alia* promotion of adequate social protection, simplification of administrative procedures, removal of fiscal obstacles, where appropriate, and other measures, such as access to risk capital, credit schemes, micro credit and other funding, facilitating the establishment of micro enterprises and small and medium enterprises; 112 a. Establish or reinforce existing institutional mechanisms at all levels to work with national machineries to strengthen societal support for gender equality, in cooperation with civil society, particularly women's NGOs ;

112 b. Take action at the highest levels for the continued advancement of women particularly by strengthening national machineries to mainstream the gender perspective to accelerate the empowerment of women in all areas and ensure commitment to gender equality policies;

112 c. Provide national machineries with the necessary human and financial resources, including through exploring innovative funding schemes so that gender mainstreaming is integrated in all policies, programmes and projects;

112 d. Consider establishing effective commissions or other institutions to promote equal opportunities;

112 e. Strengthen efforts to fully implement national action plans developed for the implementation of the Beijing Platform for Action and, when necessary, adjust or develop national plans for the future;

112 f. Ensure that the design of all government information policies and strategies is gender-sensitive;

- 113 a. Provide national statistical offices with institutional and financial support in order to collect, compile and disseminate data disaggregated by sex, age, and other factors as appropriate, in formats that are accessible to the public and to policy-makers for *inter alia* gender-based analysis, monitoring and impact assessment, and support new work to develop statistics and indicators, especially in areas where information is particularly lacking;
- 113 b. Develop national capacity to undertake policy-oriented and gender-related research and impact studies by universities and national research/training institutes to enable gender-specific knowledge-based policy-making;

Actions to be taken at national level

By Governments, the private sector, non-governmental organizations and other actors of civil society :

- 114 a. Encourage the creation of training and legal literacy programmes, which build and support the capacities of women's organizations to advocate for women's and girls' human rights and fundamental freedoms;
- 114 b. Encourage collaboration and, where appropriate, among various levels of Governments, NGOs, grass-roots organizations, traditional and community leaders for the promotion and protection of all human rights and fundamental freedoms of women and girls and the dignity and worth of the human person and equal rights for women and men;
- 115 a. Adopt a holistic approach to women's physical and mental health throughout the life cycle, take further measures to redesign health information, services and training for health workers in order to make them gender-sensitive, promote gender balance at all levels of the health care system, and reflect women's perspective and right to privacy, confidentiality, voluntary and informed consent;
- 115 a. bis Reinforce efforts to ensure universal access to high quality primary health care, throughout the life cycle, including sexual and reproductive health care, not later than 2015;
- 115 a. ter. Review and revise national policies, programmes and legislation to implement the „Key actions for the further implementation of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development“ adopted by the twenty-first special session of the General Assembly 2, paying particular attention to achieving the specific benchmarks to reduce maternal mortality, to increase the proportion of births assisted by skilled attendants, to provide the widest achievable range of safe and effective family planning and contraceptive methods and reduce young people's risk of HIV/AIDS;
- 115 c. Strengthen measures to improve the nutritional status of all girls and women, recognizing the effects of severe and moderate malnutrition, the life-long implications of nutrition and the link between mother and child health, by promoting and enhancing support for programmes to reduce malnutrition, such as school meal programmes, mother-child-nutrition programmes and micro-nutrient supplementation, giving special attention to bridging the gender gap in nutrition;
- 115 d. Review, with the full participation of women, and monitor the impact of health sector reform initiatives on women's health and their enjoyment of human rights, in particular with regard to rural and urban health service delivery to women living in poverty, and ensure that reforms secure full and equal access to available, affordable and high quality health care and services for all women, taking into account the diverse needs of women;
- 115 f. bis Design and implement programmes with the full involvement of adolescents as appropriate, to provide them with education, information and appropriate, specific, user-friendly and accessible services without discrimination to address effectively their reproductive and sexual health needs taking into account their right to privacy, confidentiality, respect and informed consent and the responsibilities, rights and duties of parents and legal guardians to provide in a manner consistent with the evolving capacities of the child appropriate direction and guidance in the exercise by the child of the rights recognized in the Convention on the Rights of the Child and in conformity with CEDAW and ensuring that in all actions concerning children, the best interests of the child are a primary consideration. These programmes should, *inter alia*, build adolescent girls' self esteem and help them take responsibility for their own lives; promote gender equality and responsible sexual behaviour; raise awareness about, prevent and treat sexually transmitted infections, including HIV/AIDS and sexual violence and abuse; counsel adolescents on avoiding unwanted and early pregnancies;
- 115 g. Design and implement programmes to provide social services and support to pregnant adolescents and adolescent mothers, in particular to enable them to continue and complete their education;
- 115 h. Give particular attention to developing and improving access to improved and new technologies and to safe and affordable drugs and treatments to meet women's health needs, including, *inter alia*, cardio/pulmonary diseases, hypertension, osteoporosis, breast-, cervical- and ovarian cancer and family planning and contraceptive methods, for both women and men;
- 116a. Develop and use frameworks, guidelines and other practical tools and indicators to accelerate gender mainstreaming, including gender-based research, analytical tools and methodologies, training, case studies, statistics and information;
- 117 a. Provide equal opportunities and favourable conditions for women of all ages and backgrounds on equal terms with men by encouraging their entry into politics and their participation at all levels;
- 117 a. bis Encourage the nomination of more women candidates, including, *inter alia*, through political parties, quotas or measurable goals, or other appropriate means for election to parliaments and other legislative structures, to increase their share and contribution in the formulation of public policy;
- 118 b. Promote and protect the rights of women workers and take action to remove structural and legal barriers as well as stereotypical attitudes to gender equality at work, addressing *inter alia* : gender bias in recruitment; working

conditions; occupational segregation and harassment; discrimination in social protection benefits; women's occupational health and safety; unequal career opportunities and inadequate sharing, by men, of family responsibilities;

118 b.bis Promote programmes to enable women and men to reconcile their work and family responsibilities, and to encourage men to share equally with women household and childcare responsibilities;

118 b. ter. Develop or strengthen policies and programmes to support the multiple roles of women in contributing to the welfare of the family in its various forms, which acknowledge the social significance of maternity and motherhood, parenting, the role of parents and legal guardians in the upbringing of children and caring for other family members. Such policies and programmes should also promote shared responsibility of parents, women and men and society as a whole in this regard;

118 f. Design, implement and promote family friendly policies and services, including affordable, accessible and quality care services for children and other dependents, parental and other leave schemes, campaigns to sensitize public opinion and other relevant actors on equal sharing of employment and family responsibilities between women and men;

118 j. Develop policies and programmes to enhance the employability of women and their access to quality jobs, through improving access to formal, non formal and vocational training, life long learning and retraining, long-distance education, including in information and communications technology and entrepreneurial skills, particularly in developing countries, to support women's empowerment in the different stages of their lives;

118 c. Take action to increase women's participation and to bring about a balanced representation of women and men in all sectors and occupations in the labour market, among others by encouraging the creation or expansion of institutional networks to support the career development and promotion of women;

118 d. Develop and/or strengthen programmes and policies to support women entrepreneurs, including those engaged in new enterprises, through access to information, training, including vocational training, new technologies, networks, credit and financial services; 118 e. Initiate positive steps to promote equal pay for equal work or work of equal value and to diminish differentials in incomes between women and men;

118 i. Encourage and support the education of girls in science, mathematics, new technologies including information technologies, and technical subjects and encourage women, including through career advising to seek employment in high growth and high wage sectors and jobs;

118 k. Analyze and respond, as necessary, to the major reasons why men and women may be affected differently by the process of job creation and retrenchment associated with economic transition and structural transformation of the economy, including globalization;

Actions to be taken at the international level

By the United Nations system, international and regional organizations, as appropriate:

120 a. Assist Governments, at their request, to build institutional capacity and develop national action plans, or further implement existing action plans, for the implementation of the Platform for Action;

120 b. Support non-governmental organizations, especially women's organizations, to build their capacity to advocate for, implement, assess, and follow up the Platform for Action;

120 b. bis. Strengthen or establish where appropriate, national collaborative and regular reporting mechanisms, with the participation of NGOs, especially women's organizations, to monitor progress on the implementation of national policies, programmes and benchmarks for achieving gender equality; *Note:* to be moved to national level

120 c. Allocate sufficient resources to regional and national programmes to implement the Platform for Action in its twelve critical areas;

120 d. Assist Governments in countries with economies in transition to further develop and implement plans and programmes aimed at economic and political empowerment of women;

120 e. Encourage the Economic and Social Council to request the Regional Commissions within their respective mandates and resources, to build up a data base to be updated regularly, in which all programmes and projects carried out in their respective regions by agencies or organizations of the United Nations system are listed, to facilitate their dissemination, as well as the evaluation of their impact on the empowerment of women through the implementation of the Platform for Action;

121 a. Continue to implement and evaluate and follow up the mandated work of the UN agencies, drawing on the full range of expertise available within the UN system, as well as ECOSOC Agreed Conclusions and other programmes and initiatives to mainstream a gender perspective into all policies, programmes and planning of the UN system, including through the integrated and coordinated follow-up to all major UN conferences and summits, as well as to ensure the allocation of sufficient resources and maintenance of gender units and focal points to achieve this end;

121 a. bis. Support national efforts, particularly in developing countries, for enlarged access to new information technology as part of the efforts to develop collaborative research, training and information dissemination, including through the Gender Awareness Internet Networking System (GAINS) being developed by the International Research and Training Institute for the Advancement of Women (INSTRAW), while at the same time supporting traditional methods of information dissemination, research and training;

121 b. Ensure that all UN personnel and officials at headquarters and in the field, especially in field operations, receive training in order to mainstream a gender perspective in their work, including gender impact analysis, and ensure appropriate follow-up to such training;

121 e. Support the Commission on the Status of Women, within its mandate, in assessing and advancing the implementation of the Beijing Platform for Action and its follow-up;

121 f. Assist governments, upon their request, to incorporate a gender perspective as a key dimension of development into national development planning;

121 g. Assist States Parties, upon their request, in building capacity to implement the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, and in this regard encourages States Parties to pay attention to the concluding comments as well as the general recommendations of the Committee;

122 a. Assist Governments, upon request, in developing gender-sensitive strategies for the delivery of assistance and, where appropriate, responses to humanitarian crises resulting from armed conflict and natural disasters;

122 a. bis. Invite the United Nations High Commissioner for Refugees, other relevant United Nations agencies, within their respective mandates, and other relevant humanitarian organizations as well as Governments to continue to provide adequate support to countries hosting large numbers of refugees and those with displaced persons, in their efforts to provide protection and assistance, paying particular attention to the needs of refugee and other displaced women and children; *Note*: to be moved to national and international level

122 b. Ensure and support the full participation of women at all levels of decision-making and implementation in development activities and peace processes, including conflict prevention and resolution, post-conflict reconstruction, peace-making, peace-keeping and peace-building and in this regard, support the involvement of women's organizations, community based organizations and NGOs;

122 b. bis. Encourage the involvement of women in decision-making at all levels and achieve gender balance in the appointment of women and men, with full respect for the principle of equitable geographical distribution, including as special envoys and special representatives and to pursue good offices on behalf of the Secretary-General, *inter alia* in matters relating to peace-keeping, peace-building, and in operational activities, including resident coordinators;

122 b. ter Take further effective measures to remove the obstacles for the realization of the right of peoples to self-determination, in particular peoples living under colonial and foreign occupation, that continue to adversely affect their economic and social development;

123 a. Support activities aimed at the elimination of all forms of violence against women and girls, including providing support for the activities of women's networks and organizations within the United Nations system;

123 b. Consider launching an international "zero tolerance" campaign on violence against women; 124 a.

Encourage implementation of measures designed to achieve the goal of 50/50 gender balance in all posts including at the professional level and above, in particular at the higher levels in their secretariats including in peacekeeping missions and peace negotiations and in all activities and report thereon as appropriate, and enhancing management accountability mechanisms;

125

B. Take measures, with the full participation of women, to create, at all levels, an enabling environment conducive to the achievement and maintenance of world peace, for democracy and peaceful settlement of disputes with the full respect for the principles of sovereignty, territorial integrity and political independence of states and non-intervention in matters which are essentially within the jurisdiction of any state, in accordance with the Charter of the United Nations and international law, as well as, the promotion and protection of all human rights, including the right to development, and fundamental freedoms;

Actions to be taken at the national and international level

By Governments, regional and international organizations, including the United Nations system and international financial institutions and other actors, as appropriate:

125 E. Take steps with a view to the avoidance of, and refrain from any unilateral measure, not in accordance with international law and the Charter of the United Nations, that impedes the full achievement of economic and social development by the population of the affected countries, in particular women and children, that hinders their well-being and that creates obstacles to the full enjoyment of their human rights, including the right of everyone to a standard of living adequate for their health and well-being and their right to food, medical care and the necessary social services. Ensure that food and medicine are not used as tools for political pressure;

125 E bis. Take urgent and effective measures in accordance with international law with a view to alleviating the negative impact of economic sanctions on women and children.

125 H. Create an enabling environment as well as design and implement policies that promote and protect the enjoyment of all human rights - civil, cultural, economic, political and social rights, including the right to development - and fundamental freedoms, as part of the efforts to achieve gender equality, development and peace;

Note : to be moved to 135

125 I. Continue to review, modify and implement macroeconomic and social policies and programmes, including *inter alia* , through an analysis from a gender perspective of those related to structural adjustment, external debt problems, in order to ensure women's equal access to resources and universal access to basic social services; *Note* : to be moved to national level 125 (a) Promote international cooperation to support regional and national efforts in the development and use of gender-related analysis and statistics by, *inter alia* , providing national statistical offices, upon their request, with institutional and financial support in order to enable them to respond to requests for data disaggregated by sex and age for use by national governments in the formulation of gender-sensitive statistical indicators for monitoring and policy and programme impact assessments, as well as to undertake regular strategic surveys;

125 b. Assist countries, upon their request, in developing methods for, and compiling statistics on the contributions of women and men to society and the economy, and the socio-economic situation of women and men, in particular

in relation to poverty, and paid and unpaid work in all sectors; *Note*: to be moved to international level (following 121 a)

125 g. Regularly compile and publish crime statistics and map trends in law enforcement concerning violations of the rights of women and girls to increase awareness in order to develop more effective policies; *Note*: to be moved to national level

125 h. Develop with the full participation of all countries an international consensus on indicators and ways to measure violence against women and consider establishing a readily accessible database on statistics, legislation, training models, good practices, lessons learned and other resources with regard to all forms of violence against women, including women migrant workers; 125 i. In partnership, as appropriate, with relevant institutions promote, improve, systemize and fund the collection of data disaggregated by sex, age and other appropriate factors, on health and access to health services, including comprehensive information on the impact of HIV/AIDS on women, throughout the life-cycle;

125 i. bis. Eliminate gender biases in bio-medical, clinical and social research, including by conducting voluntary clinical trials involving women, with due regard for their human rights and in strict conformity with internationally accepted legal, ethical, medical, safety, and scientific standards and gather, analyze and make available to appropriate institutions and to end-users, gender-specific information about dosage, side-effects and effectiveness of drugs, including contraceptives and methods that protect against sexually transmitted infections;

126 a. Develop and support the capacity of universities, national research and training institutes and other relevant research institutes to undertake gender related and policy oriented research in order to inform policy makers and to promote full implementation of the Platform for Action and its follow-up;

126 a. bis. Develop a South-South cooperation programme with a view to assisting in the capacity building of national machineries on women through, among others, the sharing of expertise, experiences and knowledge of national machineries on women's empowerment, gender issues and gender mainstreaming methodologies and approaches on the 12 critical areas of the Platform for Action;

126 b. Support Governments in their efforts to institute action-oriented programmes and measures to accelerate the full implementation of the Platform for Action, with time-bound targets and/or measurable goals and evaluation methods, including gender impact assessments, with full participation of women for measuring and analysing progress;

126 d bis : Undertake appropriate data collection and research on indigenous women, with their full participation, in order to foster accessible, culturally and linguistically appropriate policies, programmes and services;

126 e. Continue research on all current trends that may be creating new gender disparities in order to provide a basis for policy action;

127 a. Take measures to develop and implement gender sensitive programmes aimed at stimulating women's entrepreneurship and private initiative and assist women-owned business to participate in and benefit from, *inter alia* , international trade, technological innovation and investment;

127 b. Respect, promote and realize the principles contained in the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work and its follow-up and strongly consider ratification and full implementation of ILO Conventions which are particularly relevant to ensure women's rights at work; 127 e bis Encourage the strengthening of existing and emerging micro-credit institutions and their capacity, including through the support of international financial institutions, so that credit and related services for self-employment and income generating activities may be made available to an increasing number of people living in poverty, in particular women and to further develop, where appropriate, other micro-finance instruments;

127 g. Reaffirm commitment to gender-sensitive development and support women's role in sustainable and ecologically sound consumption and production patterns and approaches to natural resource management;

127 h.. Adopt measures to ensure that the work of rural women, who continue to play a vital role in providing food security and nutrition, and are engaged in agricultural production, and enterprises related to farming, fishing and resource management, and home-based work, especially in the informal sector, is recognized and valued in order to enhance their economic security, their access to and control over resources and credit schemes, services and benefits, and their empowerment;

128 a. Encourage and implement curriculum changes in training for public officials to make them fully gender-sensitive; 128 b. Develop policies and implement programmes including education programmes, particularly for men and boys, on changing stereotypical attitudes and behaviours concerning gender roles and responsibilities to promote gender equality and positive attitudes and behaviours; *Note*: to be moved to national level – 118 i. bis 128

c. Strengthen and promote programmes to support the participation of young women in youth organizations and encourage dialogue among youth between and among developed and developing countries;

128 d. Support national efforts to promote formal and non-formal education and mentoring programmes for women and girls, in order to enable them to acquire knowledge, develop self-esteem and skills in leadership, advocacy and conflict resolution;

128 d. bis. Undertake comprehensive actions to provide skills training for women and girls at all levels, in order to eradicate poverty, in particular the feminization of poverty, through national and international efforts.;

128 e. Strengthen gender-awareness campaigns and gender equality training among women and men, girls and boys to eliminate the persistence of harmful stereotypes; *Note*: to be moved to national

128 h. With the full voluntary participation of indigenous women, develop and implement educational and training programmes that respect their history, culture, spirituality, languages and aspirations and ensure their access to all levels of formal and non-formal education, including higher education;

128 i. Continue to support and strengthen national, regional and international adult literacy programmes with international cooperation in order to achieve a 50 per cent improvement in levels of adult literacy by 2015, especially for women, and equitable access to basic and continuing education for all adults;

128j. Continue to examine the decline in enrollment rates and the increase in the drop-out rates of girls and boys at the primary and secondary education levels in some countries, and, with international cooperation, design appropriate national programmes to eliminate the root causes and support lifelong learning for women and girls, with a view to ensuring achievement of relevant international targets on education set by the relevant international conferences;

128 l. Ensure equal opportunities for women and girls in cultural, recreational and sports activities, as well as in participation in athletics and physical activities at national, regional and international levels, such as access, training, competition, remuneration and prizes;

128 o. Design and implement policies and programmes, to fully address specific needs of women and girls with disabilities, to ensure their equal access to education at all levels, including technical and vocational training and adequate rehabilitation programmes, to health care and services and employment opportunities, to protect and promote their human rights and, where appropriate, eliminate existing inequalities between women and men with disabilities. *Note* : to be moved to national level

129 b. Develop and maintain consultative processes and mechanisms, in partnership with women's organizations including NGOs and community groups, to ensure that all women, with attention to those who face particular barriers to their participation in public life, are fully involved in and informed about decisions which impact their lives; *Note*: to be moved to national level

129 d. Apply and support positive measures to give all women, particularly indigenous women, equal access to capacity-building and training programmes to enhance their participation in decision-making in all fields and at all levels;

130 a. Increase cooperation, policy responses, effective implementation of national legislation and other protective and preventive measures aimed at the elimination of violence against women and girls, especially all forms of commercial sexual exploitation, as well as economic exploitation, including inter alia, trafficking in women and children, female infanticide, crimes committed in the name of honour, crimes committed in the name of passion, racially motivated crimes, abduction and sale of children, dowry related violence and deaths, acid attacks and harmful traditional or customary practices such as FGM, early and forced marriages;

130 c. Increase awareness and knowledge of the Rome Statute of the ICC which affirms that rape, sexual slavery, enforced prostitution, forced pregnancy, enforced sterilization and other forms of sexual violence constitute war crimes and, in defined circumstances, crimes against humanity, with the aim of preventing such crimes from occurring and take measures to support prosecution of all persons responsible for such crimes and provide avenues for redress to victims; also increase awareness of the extent to which such crimes are used as a weapon of war;

130 d. Provide support to NGOs, in collaboration with the UN system, inter alia through regional and international cooperation, including women's organizations, and community groups in addressing all forms of violence against women and girls, including for programmes to combat race and ethnic-based violence against women and girls;

130 e. Prosecute the perpetrators of all forms of violence against women and girls and sentence them appropriately and introduce actions aimed at helping and motivating perpetrators to break the cycle of violence and take measures to provide avenues for redress to victims; *Note*: to be moved to national level, 103 a bis

130 f. Provide gender sensitive training to all actors, as appropriate, in peacekeeping missions in dealing with victims of violence, particularly women and girls, including sexual violence; *Note* : to be moved to international level

130 f. bis Provide gender sensitive training to all actors, including police, prosecutors and the judiciary in dealing with victims of violence, particularly women and girls, including sexual violence; *Note* : to be moved to national level

130 g. Encourage and support public campaigns, as appropriate, to enhance public awareness of the unacceptability and social costs of violence against women and undertake prevention activities to promote healthy and balanced relationships based on gender equality;

131 a. Intensify cooperation between states of origin, transit and destination to prevent, suppress and punish trafficking in persons, especially women and children; 131 b. Support the ongoing negotiations on the draft protocol to prevent, suppress and punish trafficking in persons, especially women and children which supplements the UN Convention against Transnational Organized Crime;

131 c. As appropriate, pursue and support national, regional and international strategies to reduce the risk to women and girls, including those who are refugees and displaced, as well as women migrant workers, of becoming victims of trafficking; strengthen national legislation by³⁹ further defining the crime of trafficking in all its elements and by reinforcing the punishment accordingly; enact social and economic policies and programmes, as well as information and awareness raising initiatives, to prevent and combat trafficking in persons, especially women and children; prosecute perpetrators of trafficking; provide measures to support, assist and protect trafficked persons in countries of origin and destination; and facilitate their return to and support their reintegration in countries of origin;

132 a. Improve knowledge and awareness of the remedies available for violations of women's human rights;

132 b. Promote and protect the human rights of all migrant women and implement policies to address the specific needs of documented migrant women and, where necessary, tackle the existing inequalities between men and women migrants to ensure gender equality;

132 c. Promote respect for the right of women and men to the freedom of thought, conscience and religion. Recognize the central role that religion, spirituality and belief play in the lives of millions of women and men;

achieving gender equality, development and peace, and study other roles that these technologies can play towards that goal; *Note*: footnote to be included to explain “Herstories”

135 (a) former 125 G. Take effective measures to address the challenges of globalization, including through the enhanced and effective participation of developing countries in the international economic policy decision-making process, in order to *inter alia*, guarantee the equal participation of women, in particular those from developing countries, in the process of macro-economic decision making;

135 (b) former 125 D. Take measures with the full and effective participation of women to ensure new approaches to international development cooperation, based on stability, growth and equity with the enhanced and effective participation and the integration of developing countries in the globalizing world economy, geared towards poverty eradication and the reduction of gender-based inequality within the overall framework of achieving people centred sustainable development;

135 (c) former 125.A. Design and strengthen poverty eradication strategies with the full and effective participation of women that reduce the feminization of poverty and enhance the capacity of women and empower them to meet the negative social and economic impacts of globalization; 135 d. Intensify efforts to implement poverty eradication programmes and evaluate, with the participation of women, the extent to which these programmes have an impact on the empowerment of women living in poverty, in terms of access to quality training and education as well as health care, employment, basic social services, inheritance, and access to and control over land, housing, income, micro-credit and other financial instruments and services, and introduce improvements to such programmes in the light of the above assessment;

135 (e) former 135 e bis. Recognizing the mutually reinforcing links between gender equality and poverty eradication, elaborate and implement, where appropriate, in consultation with civil society, comprehensive gender sensitive poverty eradication strategies addressing social, structural and macro-economic issues;

135 (f) former 135 g Encourage the establishment, in partnership with private financial institutions where appropriate of “lending windows” and other accessible financial services with simplified procedures that are specifically designed to meet the savings, credit and insurance needs of all women;

135 (g) former 125 J. Undertake comprehensive actions to provide and support quality skills training for women and girls at all levels, on the basis of strategies developed with their full and effective participation, to achieve agreed targets to eradicate poverty, in particular the feminization of poverty, through national, regional and international efforts. National efforts need to be complemented by intensified regional and international cooperation in order to tackle the risks, overcome the challenges and ensure that opportunities created by globalization benefit women, particularly in developing countries;

135 (h) former 135 e. Establish, with the full and effective participation of women and in consultation with civil society, particularly NGOs, in a timely manner, social development funds, where appropriate, to alleviate the negative effects on women associated with structural adjustment programmes and trade liberalization and the disproportionate burden borne by women living in poverty;

135 (i) former 125 C. Identify and implement development-oriented and durable solutions which integrate a gender perspective to external debt and debt-servicing problems of developing countries, including least-developed countries, *inter alia*, through debt relief, including the option of ODA debt cancellation, in order to help them to finance programmes and projects targeted at development, including the advancement of women;

135 (j) former 135 f. Support the Cologne initiative for the reduction of debt, particularly the speedy implementation of the enhanced Heavily Indebted Poor Countries Debt Initiative, ensure the provision of adequate funds for its implementation, and the provision that funds saved should be used to support anti-poverty programmes that address gender dimensions;

135 (k) former 135 a. Promote and accelerate the implementation of the 20/20 initiative that integrates a gender perspective to fully benefit all, particularly women and girls;

135 (l) former 135 b. Call for continued international cooperation including the reaffirmation to strive to fulfill the yet to be attained internationally agreed target of 0.7 per cent of the gross national product of developed countries for overall official development assistance as soon as possible, thereby increasing the flow of resources for gender equality, development and peace; 135 (m) former 135 b bis.: Facilitate the transfer to developing countries and countries with economies in transition of appropriate technology, particularly new and modern technology and encourage efforts by the international community to eliminate restrictions to such transfers, as an effective means of complementing national efforts for further acceleration in achieving the goals of gender equality, development and peace;

135 (n) former 135c Recommend to the Preparatory Committee for the Millennium Assembly to make an effort within the context of gender mainstreaming in the UN system, to integrate a gender perspective in all activities and documents related to the Millennium Assembly and Summit, including in the consideration of poverty eradication;

136 a. Create and strengthen an enabling environment, in accordance with national laws, to support the capacity of women’s NGOs to mobilize resources to ensure sustainability of their development activities;

136 c. Encourage the establishment and strengthening of multi-stakeholder partnerships / cooperation at all levels among international and inter-governmental organizations, with relevant actors of civil society including NGOs, private sector and trade unions, and women’s organizations and other NGOs, communications and media systems in support of the goals of the Fourth World Conference on Women;

136 d. Encourage partnerships and cooperation among governments, international organizations, in particular international financial institutions, and multilateral organizations, the private sector institutions and civil society including NGOs, especially women’s and community-based organizations to support poverty eradication initiatives focused on women and girls;

136 e. Support the work of NGOs and community based organizations in helping disadvantaged women, in particular rural women, in having access to financial institutions in establishing businesses and other sustainable means of livelihood; *Note:* to be moved to national level

136 f. Recognize the crucial role of and support women and women's NGOs and CBOs in the implementation of Agenda 21, by integrating a gender perspective in the formulation, design and implementation of sustainable environmental and resource management mechanisms, programmes and infrastructure;

136 g. Promote gender-sensitivity and social responsibility of the private sector, inter alia through management of work time, and dissemination of gender-sensitive information and advocacy campaigns; *Note:* to be moved to national level

138 a. Promote programmes for healthy active ageing that stress the independence, equality, participation, and security of older women and undertake gender-specific research and programmes to address their needs;

138 c. As a matter of priority, especially in those countries most affected, and in partnership with NGOs, wherever possible, intensify education, services and community based mobilization strategies to protect women of all ages from HIV and other sexually transmitted infections, including through the development of safe, affordable, effective and easily accessible female-controlled methods, including methods such as microbicides and female condoms that protect against sexually transmitted infections and HIV/AIDS; voluntary and confidential HIV testing and counselling, and the promotion of responsible sexual behaviour, including abstinence and condom use; development of vaccines, simple low-cost diagnosis and single dose treatments for sexually transmitted infections;

138 d. Provide access to adequate and affordable treatment, monitoring and care for all people, especially women and girls, infected with sexually transmitted diseases or living with life threatening diseases, including HIV/AIDS and associated opportunistic infections, such as tuberculosis. Provide other services, including adequate housing and social protection, including during pregnancy and breastfeeding; assist boys and girls orphaned as a result of the HIV/AIDS pandemic; and provide gender sensitive support systems for women and other family members who are involved in caring for persons affected by serious health conditions, including HIV/AIDS; 138 e bis: Take effective and expeditious measures to mobilize international and national public opinion concerning the effects of different dimensions of the world drug problems on women and girls and ensure that appropriate resources are provided to this end; 139 Encourage partnerships between Governments and NGOs in the implementation of commitments made at the Fourth World Conference on Women and at other United Nations World Conferences and Summits in order to promote gender equality, development and peace in the twenty-first century.

Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung (1996)

1. Erstmals in der Geschichte sind wir auf Einladung der Vereinten Nationen als Staats- und Regierungschefs vereint, um durch unser Zusammentreffen der Bedeutung der sozialen Entwicklung und des Wohlergehens aller Menschen Rechnung zu tragen und diesen Zielen heute und bis in das einundzwanzigste Jahrhundert hinein höchsten Vorrang zuzuerkennen.
2. Wir erkennen an, daß sich den Völkern der Welt in unterschiedlicher Weise die dringende Notwendigkeit stellt, tiefgreifende soziale Probleme anzugehen, von denen jedes Land betroffen ist, namentlich Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung. Unsere Aufgabe ist es, uns sowohl mit den tiefer liegenden und strukturbedingten Ursachen dieser Probleme als auch mit ihren bedrückenden Folgen auseinanderzusetzen, um Ungewißheit und Unsicherheit im Leben der Menschen zu vermindern.
3. Wir erkennen an, daß die Gesellschaft in unseren verschiedenen Ländern und Regionen wirksamer auf die materiellen und geistigen Bedürfnisse des einzelnen, seiner Familie und des Gemeinwesens, in dem er lebt, eingehen muß. Dies muß nicht nur jetzt mit der gebotenen Dringlichkeit, sondern auch mit nachhaltigem und r kommenden Jahre geschehen.
4. Wir sind überzeugt, daß Demokratie und eine transparente, rechenschaftspflichtige Regierungs- und Verwaltungsführung in allen Teilbereichen der Gesellschaft unentbehrliche Grundlagen für die Verwirklichung gen sozialen Entwicklung sind, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.
5. Wir sind gemeinsam der Überzeugung, daß soziale Entwicklung und soziale Gerechtigkeit unabdingbare Voraussetzungen für die Herbeiführung und Wahrung von Frieden und Sicherheit innerhalb unserer Nationen wie auch zwischen ihnen sind. Umgekehrt können soziale Entwicklung und soziale Gerechtigkeit ohne Frieden und Sicherheit und ohne die Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht zustande kommen. Diese bereits vor 50 Jahren in der Charta der Vereinten Nationen anerkannte grundlegende Wechselbeziehung ist seither ständig enger geworden.
6. Wir sind fest davon überzeugt, daß wirtschaftliche Entwicklung, soziale Entwicklung und Umweltschutz enseitig verstärkende Bestandteile einer bestandfähigen Entwicklung sind, die den Rahmen für unsere Bemühungen um die Herbeiführung einer höheren Lebensqualität für alle Menschen bildet. Eine ausgewogene soziale Entwicklung, die anerkennt, daß die Armen be Umweltressourcen auf bestandfähige Weise zu nutzen, ist eine notwendige Grundlage einer bestandfähigen Entwicklung. Wir erkennen außerdem an, daß ein breites und nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Kontext einer lung eine notwendige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung sozialer Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit ist.
7. Wir erkennen daher an, daß die soziale Entwicklung in den Bedürfnissen und Bestrebungen der Menschen in der ganzen Welt wie auch unter den Verantwortlichkeiten der Regierungen und aller Teile der bürgerlichen Gesellschaft eine zentrale Stellung einnimmt. Wir stellen fest, daß in wirtschaftlicher wie auch in sozialer Hinsicht die produktivsten Politiken und Investitionen diejenigen sind, die die Menschen befähigen, ihre Fähigkeiten, Mittel und Möglichkeiten voll zur Entfaltung zu bringen. Wir erkennen an, daß eine bestandfähige soziale und wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne die volle Mitwirkung der Frau herbeigeführt werden kann und daß die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern ein vorrangiges Anliegen der internationalen Gemeinschaft ist und als solches im Mittelpunkt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung stehen muß.
8. Wir erkennen an, daß der Mensch im Mittelpunkt unseres Strebens nach einer bestandfähigen Entwicklung steht und daß er Anspruch auf ein gesundes und produktives Leben in Harmonie mit der Umwelt hat.
9. Wir sind hier versammelt, um uns, unsere Regierungen und unsere Nationen zu verpflichten, die soziale Entwicklung in der ganzen Welt zu fördern, damit alle Männer und Frauen, insbesondere jene, die in Armut leben, Rechte wahrnehmen, Ressourcen nutzen und Verantwortung übernehmen können und so in die Lage versetzt igendes Leben zu führen und zum Wohl ihrer Familie, ihres Gemeinwesens und der gesamten Menschheit beizutragen. Diese Bemühungen zu unterstützen und zu fördern, insbesondere zugunsten aller armen, arbeitslosen und sozial ausgegrenzten Menschen, muß oberstes Ziel der internationalen Gemeinschaft sein.
10. Am Vorabend des fünfzigsten Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen gehen wir dieseseierliche Verpflichtung ein, entschlossen, die beispiellosen Möglichkeiten zu nutzen, die sich uns nach dem Ende des Kalten Krieges bieten, um die soziale Entwicklung und die soziale Gerechtigkeit zu fördern. Wir bekräftigen die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und die Übereinkünfte, die auf internationalen Konferenzen erzielt wurden, namentlich dem 1990 in New York abgehaltenen Weltkindergipfel, der 1992 in Rio de Janeiro abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, der 1993 in Wien abgehaltenen Weltkonferenz über Menschenrechte, der 1994 in Bridgetown (Barbados) abgehaltenen bestandfähige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und der 1994 in Kairo abgehaltenen Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, und lassen uns von diesen n leiten. Auf diesem Gipfeltreffen gehen wir eine neue Verpflichtung zur sozialen Entwicklung in unseren Ländern ein und beginnen eine neue Ära der internationalen Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Völkern auf der Grundlage eines Geistes der Partners Bestrebungen der Menschen in den Mittelpunkt unserer Beschlüsse und gemeinsamen Maßnahmen rückt.
11. Wir sind hier in Kopenhagen zu einem Gipfel versammelt, der mit Hoffnungen, Verpflichtungen und konkretem Handeln verbunden ist. Wir treten zusammen im vollen Bewußtsein der Schwierigkeit der vor uns liegenden Aufgaben, jedoch voll der Überzeugung, daß maßgebliche Fortschritte erzielt werden können, erzielt werden

12. Wir verpflichten uns auf diese Erklärung und dieses Aktionsprogramm zur Förderung der sozialen Entwicklung und zur Sicherung des Wohls aller Menschen in der ganzen Welt jetzt und bis in das einundzwanzigste Jahrhundert hinein. Wir fordern die Menschen in allen Ländern und jeden Standes und ebenso die internationale Gemeinschaft auf, sich unserer gemeinsamen Sache anzuschließen.

A. Die derzeitige soziale Situation und die Gründe für die Einberufung des Gipfeltreffens

13. In Ländern in der ganzen Welt beobachten wir, wie einige ihren Wohlstand mehren können, während gleichzeitig andere immer tiefer in unsagbarer Armut versinken. Dieser krasse Widerspruch kann nicht hingenommen werden. Es gilt daher, hier durch dringende Maßnahmen Abhilfe zu schaffen.

14. Die Globalisierung, eine Folge größerer Mobilität der Menschen, besserer Kommunikationsmittel, erheblich angewachsener Handels- und Kapitalströme sowie der technologischen Entwicklungen, eröffnet neue Möglichkeiten für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft, insbesondere in den Entwicklungsländern. Außerdem ermöglicht die Globalisierung es den Ländern, Erfahrungen zu vergleichen und aus den Erfolgen und Schwierigkeiten des anderen zu lernen, und trägt dazu durch ihre Ideale, kulturellen Werte und Bestrebungen gegenseitig befruchten. Gleichzeitig sind die raschen Veränderungs- und Anpassungsprozesse verbunden gewesen mit einer Zunahme der Armut, der Arbeitslosigkeit und der sozialen Zerrüttung. Auch die Bedrohungen des menschlichen Wohlergehens, wie beispielsweise Umweltgefahren, haben eine globale Dimension angenommen. Darüber hinaus führen die in der Weltwirtschaft stattfindenden globalen Veränderungen zu einem tiefgreifenden Wandel der Entwicklung in allen Ländern. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Prozesse und Bedrohungen so zu steuern, daß ihre vorteilhaften Effekte erhöht und ihre nachteiligen Auswirkungen auf die Menschen verringert werden.

15. In einigen Bereichen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung hat es Fortschritte gegeben:

- a) Insgesamt hat sich der Reichtum der Nationen in den letzten 50 Jahren versiebenfacht, und der internationale Handel hat sogar noch eindrucksvollere Zuwachsraten zu verzeichnen;
- b) Die Lebenserwartung, die Alphabetisierung und die Grundschulbildung sowie der Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten, einschließlich der Familienplanung, haben in den meisten Ländern zugenommen, und die durchschnittliche Säuglingssterblichkeit ist zurückgegangen, namentlich auch in den Entwicklungsländern;
- c) Demokratischer Pluralismus, demokratische Institutionen und bürgerliche Grundfreiheiten haben sich ausgebreitet. Bei den Entkolonialisierungsbemühungen wurden große Fortschritte erzielt, und die Beseitigung der Apartheid ist eine historische Errungenschaft.

16. Gleichwohl stellen wir fest, daß allzu viele Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, Belastungen und Entbehrungen ausgesetzt sind. Nur allzuoft führen Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Zerrüttung zu Isolierung, Marginalisierung und Gewalt. Viele Menschen, insbesondere Angehörige schwächerer Gesellschaftsgruppen, sehen ihrer eigenen Zukunft und der ihrer Kinder mit wachsender Unsicherheit entgegen.

- a) In zahlreichen Gesellschaften, in den entwickelten Ländern wie auch in den Entwicklungsländern, ist die Kluft zwischen Arm und Reich größer geworden. Ferner hat trotz des in einigen Entwicklungsländern zu verzeichnenden n entwickelten Ländern und zahlreichen Entwicklungsländern, insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern, weiter zugenommen;
- b) Über eine Milliarde Menschen in der Welt leben in größter Armut, viele von ihnen leiden täglich Hunger. Insbesondere in Afrika und in den am wenigsten entwickelten Ländern hat ein großer Prozentsatz der Menschen, die Mehrheit von ihnen Frauen, äußerst begrenzten Zugang zu Einkommen, Ressourcen, Bildung, Gesundheitsfürsorge und Ernährung;
- c) Gravierende soziale Probleme anderer Art und anderer Ausmaße bestehen auch in den im Umbruch befindlichen Volkswirtschaften und in Ländern, in denen ein grundlegender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Wandel stattfindet;
- d) Die Hauptursache für die anhaltende Verschlechterung des globalen Umfelds sind nicht aufrechterhaltbare Konsum- und Produktionsweisen, insbesondere in den Industrieländern, was zu großer Sorge Anlaß gibt, da Armut und Ungleichgewichte dadurch noch verschärft werden;
- e) Das auch weiterhin anhaltende Wachstum der Weltbevölkerung, ihre Struktur und Verteilung und die Beziehung, in der sie zu Armut und sozialer und geschlechtsbedingter Ungleichheit steht, stellen eine Herausforderung für die Anpassungsfähigkeit der Regierungen, des einzelnen, der sozialen Institut
- f) Weltweit sind über 120 Millionen Menschen offiziell arbeitslos, noch viel mehr sind unterbeschäftigt. Für zu viele junge Menschen, auch solche mit Schulbildung, besteht kaum Hoffnung, eine produktive Beschäftigung zu finden;
- g) Mehr Frauen als Männer leben in absoluter Armut, und dieses Ungleichgewicht nimmt weiter zu, mit ernststen Folgen für die Frauen und ihre Kinder. Auf die Frauen entfällt ein unverhältnismäßig großer Anteil der Last der Probleme im Zusammenhang mit der Armut, der sozialen Zerrüttung, der Arbeitslosigkeit, der Umweltzerstörung und den Kriegsfolgen;
- h) Eine der größten Minderheiten der Welt - mehr als 10 Prozent aller Menschen - sind die Behinderten, die allzuoft zu Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Isolation verurteilt sind. Daneben sind in allen Ländern vor allem ältere Menschen häufig sozialer Ausgrenzung, Armut und Marginalisierung ausgeliefert;
- i) Millionen Menschen in der ganzen Welt sind Flüchtlinge oder Binnenvertriebene. Die sich daraus ergebenden tragischen sozialen Folgen haben beträchtliche Auswirkungen auf die soziale Stabilität und die Entwicklung ihres Heimatlandes, ihres Gastlandes und ihrer jeweiligen Region.

17. Obgleich es sich bei diesen Problemen um weltweite Probleme handelt, von denen alle Länder betroffen sind, erkennen wir an, daß die Situation der meisten Entwicklungsländer, insbesondere der afrikanischen

22. Übertragbare Krankheiten stellen in allen Ländern ein ernstes Gesundheitsproblem dar und sind weltweit eine der führenden Todesursachen, wobei ihre Häufigkeit in vielen Fällen zunimmt. Diese Krankheiten sind ein Hindernis für die soziale Entwicklung und eine häufige Ursache für Armut und soziale Ausgrenzung. Der Kampf gegen diese Krankheiten, die von der Tuberkulose und der Malaria bis hin zu HIV/Aids reichen, ist höchste Priorität einzuräumen.

23. Wir werden nur dann auch in Zukunft das Vertrauen der Menschen der Welt genießen, wenn wir ihre sozialen Anliegen machen. Wir wissen, daß Armut, das Fehlen einer produktiven Beschäftigung und soziale Zerrüttung ein Verstoß gegen die Menschenwürde sind. Wir wissen auch, daß sie einander negativ verstärken, eine Vergeudung von Humankapital darstellen und ein Zeichen mangelnder Effizienz im Funktionieren der Märkte und der wirtschaftlichen und sozialen Institutionen und Abläufe sind.

24. Wir stehen vor der Herausforderung, einen Rahmen für die soziale Entwicklung zu schaffen, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht und von dem wir uns jetzt und in der Zukunft leiten lassen können, eine Kultur der Kooperation und der Partnerschaft aufzubauen und die unmittelbaren Bedürfnisse der am tiefsten ins Elend verstrickten Menschen zu befriedigen. Wir sind entschlossen, uns dieser Herausforderung zu stellen und die soziale Entwicklung in der ganzen Welt zu fördern.

B. Grundsätze und Ziele

25. Wir, die Staats- und Regierungschefs, bekennen uns zu einer politischen, wirtschaftlichen, ethischen und geistigen Vision der sozialen Entwicklung, der die Menschenwürde und die Menschenrechte, die Gleichberechtigung, die Achtung des anderen, Frieden, Demokratie, gegenseitige Verantwortung und Zusammenarbeit sowie die uneingeschränkte Achtung vor den verschiedenen religiösen und sittlichen Wertvorstellungen und der kulturellen Herkunft der Menschen zugrunde liegen. Wir werden somit bei nationalen, regionalen und internationalen Politiken und Maßnahmen der Förderung des sozialen Fortschritts, der Gerechtigkeit und der Verbesserung der Lebensbedingungen auf der Grundlage der vollen Teilhabe aller Menschen höchste

26. Zu diesem Zweck werden wir einen Handlungsrahmen vorgeben mit dem Ziel,

a) den Menschen in den Mittelpunkt der Entwicklung zu stellen und unsere Volkswirtschaften auf die wirksamere Deckung der Bedürfnisse der Menschen auszurichten;

b) unserer Verantwortung für die heutigen und die kommenden Generationen nachzukommen, indem wir die Ausgewogenheit im Verhältnis zwischen den Generationen Sorge tragen und die Unversehrtheit und dauerhafte

c) anzuerkennen, daß die soziale Entwicklung eine einzelstaatliche Aufgabe ist, der indessen ohne das kollektive Engagement und die kollektiven Bemühungen der internationalen Gemeinschaft kein Erfolg beschieden sein kann;

d) die Wirtschafts-, Kultur- und Sozialpolitik so zu integrieren, daß sie einander gegenseitig fördern, und die öffentlichen und des privaten Handelns anzuerkennen;

e) anzuerkennen, daß die Herbeiführung einer nachhaltigen sozialen Entwicklung eine solide, auf breiter Grundlage aufbauende Wirtschaftspolitik erfordert;

f) Demokratie, Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Solidarität auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu fördern; Toleranz, Gewaltfreiheit, Pluralismus und Nichtdiskriminierung unter voller Achtung der Vielfalt innerhalb der Gesellschaften und im Verhältnis zwischen den Gesellschaften zu fördern;

g) eine gerechte Einkommensverteilung und einen besseren Zugang zu den Ressourcen durch Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu fördern;

h) anzuerkennen, daß die Familie die Grundeinheit der Gesellschaft ist, bei der sozialen Entwicklung eine Schlüsselrolle spielt und daher gestärkt werden soll, unter Berücksichtigung der Rechte, Fähigkeiten und

Verantwortlichkeiten ihrer Mitglieder. In den verschiedenen kulturellen, politischen und sozialen Systemen gibt es unterschiedliche Formen der Familie. Die Familie hat Anspruch auf umfassenden Schutz und Beistand;

- i) sicherzustellen, daß schwache und benachteiligte Personen und Gruppen Anteil an der sozialen Entwicklung erhalten und daß die Gesellschaft die Folgen von Behinderung anerkennt und einzelnen seine gesetzlichen Rechte gewährleistet und die räumliche und soziale Umwelt behindertengerecht gestaltet;
 - j) die allgemeine Achtung sowie die Einhaltung und den Schutz aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle zu fördern, einschließlich des Rechts auf Entwicklung; die wirksame Ausübung von Rechten und die Wahrnehmung von Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen der Gesellschaft zu fördern; die Gleichberechtigung und fördern; die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu schützen; und die Stärkung der sozialen Integration und der bürgerlichen Gesellschaft zu fördern;
 - k) das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, insbesondere der unter Kolonialherrschaft oder anderen Formen der Fremdherrschaft stehenden oder fremder Besetzung unterworfenen Völker, und die Wichtigkeit der wirksamen Verwirklichung dieses Rechts zu bekräftigen, wie es unter anderem in der Erklärung und dem Aktionsprogramm Itkonferenz für Menschenrechte verabschiedet wurden;
 - l) den Fortschritt und die Sicherheit der Menschen und der Gemeinwesen zu begünstigen, damit jedes Mitglied der Gesellschaft in die Lage versetzt wird, seine Grundbedürfnisse zu decken, persönliche Würde und Sicherheit zu genießen und seine Kreativität zu entfalten;
 - m) die Angehörigen autochthoner Bevölkerungsgruppen anzuerkennen und bei der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu unterstützen, unter voller Achtung ihrer Identität, ihrer Traditionen, der Formen ihrer sozialen Organisation und ihrer kulturellen Werte;
 - n) zu unterstreichen, wie wichtig eine transparente und rechenschaftspflichtige Regierungs- und Verwaltungsführung bei allen öffentlichen und privaten nationalen und internationalen Institutionen ist;
 - o) anzuerkennen, daß die Befähigung der Menschen, insbesondere der Frauen, zur Stärkung ihrer eigenen Fähigkeiten eines der Hauptziele und gleichzeitig der wichtigste Motor der Entwicklung ist. Voraussetzung dafür ist die volle Teilhabe der Menschen an der Formulierung, Durchführung und Bewertung der Entscheidungen, die das Funktionieren und das Wohl unserer Gesellschaften bestimmen;
 - p) die Universalität der sozialen Entwicklung zu bekräftigen und einen neuen und energischeren Ansatz zur sozialen Entwicklung auszuarbeiten, der der internationalen Zusammenarbeit und Partnerschaft neue Impulse erteilt;
 - q) den älteren Menschen größere Möglichkeiten zu bieten, ein persönlich befriedigendes Leben zu führen;
 - r) anzuerkennen, daß die neuen Informationstechnologien und neue Ansätze in bezug auf den Technologiezugang und die Technologienutzung durch in Armut lebende Menschen zur Erreichung der Ziele der sozialen Entwicklung beitragen können; und somit anzuerkennen, daß der Zugang zu solchen Technologien erleichtert werden muß;
 - s) Politiken und Programme auszubauen, die die gleichberechtigte und partnerschaftliche Teilhabe der Frauen an allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens verbessern, gewährleisten und erweitern, und den Zugang der Frauen zu allen Ressourcen zu verbessern, die sie zur vollen Wahrnehmung ihrer Grundrechte benötigen;
 - t) die politischen, rechtlichen, materiellen und sozialen Voraussetzungen zu schaffen, die Flüchtlingen die freiwillige Rückkehr in ihre Herkunftsländer in Sicherheit und Würde erlauben und Binnenvertriebenen die freiwillige und sichere Rückkehr an ihre Herkunftsorte sowie ihre reibungslose Wiedereingliederung in die
- u) zu betonen, wie wichtig es ist, daß alle Kriegsgefangenen, Vermißten und Geiseln im Einklang mit den internationalen Übereinkünften zu ihren Familien zurückkehren können, um eine vollständige soziale Entwicklung zu erreichen.

27. Wir erkennen an, daß die Erreichung dieser Ziele in erster Linie Aufgabe der Staaten ist. Wir erkennen außerdem an, daß die Staaten diese Ziele nicht allein erreichen können. Die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen, die multilateralen Finanzinstitutionen, alle regionalen Organisationen und lokalen Behörden sowie alle Akteure der bürgerlichen Gesellschaft müssen durch eigene Anstrengungen und ihre eigenen Ressourcen einen positiven Beitrag zum Abbau der Ungleichheiten zwischen den Menschen und zur Verringerung des Gefälles zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern leisten, im Rahmen einer weltweiten Anstrengung zum Abbau der sozialen Spannungen und zur Herbeiführung größerer sozialer und wirtschaftlicher Stabilität und Sicherheit. Die radikalen politischen, soz

Umbrüchländern sind mit einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation einhergegangen. Wir richten eine Bitte an alle, ihrem persönlichen Engagement für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen dadurch Ausdruck zu verleihen, daß sie in ihrem eigenen Tätigkeitsbereich konkrete Maßnahmen ergreifen und konkrete staatsbürgerliche Verantwortung übernehmen.

C. Verpflichtungen

28. Unsere weltweite Kampagne zugunsten der sozialen Entwicklung und die im Aktionsprogramm enthaltenen Handlungsempfehlungen sind geprägt von einem Geist des Konsenses und der internationalen Zusammenarbeit, in voller Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, wobei anerkannt wird, daß die Ausarbeitung und Durchführung von Strategien, Politiken, Programmen und Maßnahmen zugunsten der sozialen Entwicklung Sache eines jeden Landes ist und die unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und Umweltbedingungen in jedem Land berücksichtigen sollte, unter voller Achtung der verschiedenen religiösen und ethischen Wertvorstellungen, der kulturellen Herkunft und der Weltanschauungen seiner Bevölkerung, sowie in Übereinstimmung mit allen Menschenrechten und Grundfreiheiten. In diesem Zusammenhang ist die internationale

Zusammenarbeit für die volle Verwirklichung der Programme und Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung unabdingbar.

29. Auf der Grundlage unseres gemeinsamen Strebens nach einer sozialen Entwicklung, die auf soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Harmonie und Gleichberechtigung innerhalb der Länder wie auch zwischen ihnen ausgerichtet ist, unter voller Achtung der nationalen Souveränität und der territorialen Unversehrtheit sowie der grundsatzpolitischen Ziele, der Entwicklungsprioritäten und der religiösen und kulturellen Vielfalt sowie unter voller Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten leiten wir eine weltweite Kampagne für sozialen Fortschritt und soziale Entwicklung ein, die in den nachstehenden Verpflichtungen zum Ausdruck kommt.

Verpflichtung 1

Wir verpflichten uns, ein wirtschaftliches, politisches, soziales, kulturelles und rechtliches Umfeld zu schaffen, das die Menschen in die Lage versetzt, soziale Entwicklung zu erreichen.

Zu diesem Zweck werden wir auf nationaler Ebene

a) im Einklang mit unseren Verfassungen, Gesetzen und Verfahren und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und internationalen Verpflichtungen einen stabilen rechtlichen Rahmen schaffen, der die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die volle Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten und die Rechtsstaatlichkeit, den Zugang zur Rechtsprechung, die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung, eine transparente und rechenschaftspflichtige Regierungs- und Verwaltungsführung und die Förderung der Partnerschaft mit freien und repräsentativen Organisationen der bürgerlichen Gesellschaft vorsieht und fördert;

b) ein förderliches wirtschaftliches Umfeld schaffen, das darauf ausgerichtet ist, allen Menschen einen angemesseneren Zugang zu Einkommen, Ressourcen und sozialen Diensten zu verschaffen;

c) durch Dezentralisierung, eine offene Verwaltung der öffentlichen Institutionen und die Stärkung der Mittel und Möglichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft und der örtlichen Gemeinwesen zur Entwicklung ihrer eigenen Organisationen, Ressourcen und Aktivitäten je nach Bedarf die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Menschen zu unterstützen, an der Ausarbeitung und Durchführung von sozialen und wirtschaftlichen Politiken und Programmen mitzuwirken;

d) durch die Förderung von Toleranz, Gewaltfreiheit und der Achtung der Vielfalt sowie durch die Beilegung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln den Frieden festigen;

e) dynamische, offene und freie Märkte fördern, bei gleichzeitiger Anerkennung der Notwendigkeit, soweit erforderlich in die Marktabläufe einzugreifen, um ein Marktversagen zu verhindern oder einem solchen entgegenzuwirken, die Stabilität und langfristige Investitionen zu fördern, einen fairen Wettbewerb und ethisches Verhalten zu gewährleisten und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu harmonisieren, wozu auch die Ausarbeitung und Durchführung geeigneter Programme gehört, die in Armut lebende und benachteiligte Menschen, insbesondere die Frauen, berechtigen und befähigen, voll und produktiv an Wirtschaft und Gesellschaft teilzuhaben;

f) die in den einschlägigen internationalen Übereinkünften und Erklärungen, wie der A Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und der Erklärung über das Recht auf Entwicklung, enthaltenen Rechte, namentlich in bezug auf Bildung, Ernährung, Unterkunft, Gesundheit und Information, bekräftigen und fördern und uns für ihre Verwirklichung einsetzen, damit insbesondere den in Armut lebenden Menschen geholfen wird;

g) die notwendigen allgemeinen Voraussetzungen für die freiwillige, in Sicherheit und Würde der Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer und für die freiwillige und sichere Rückkehr der Binnenvertriebenen an ihre Herkunftsorte sowie für ihre reibungslose Wiedereingliederung in die Gesellschaft schaffen.

Auf internationaler Ebene werden wir

h) den Weltfrieden und die internationale Sicherheit fördern und selbst alles tun und alle Bemühungen unterstützen, um internationale Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen beizulegen;

i) die internationale Zusammenarbeit zur Herbeiführung der sozialen Entwicklung verstärken;

j) Politiken fördern und umsetzen, die geeignet sind, ein förderliches externes Wirtschaftsumfeld zu schaffen, unter anderem durch Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung und Durchführung von makroökonomischen Politiken, Handelsliberalisierung, Mobilisierung und/oder Bereitstellung von ausreichenden und berechenbaren neuen und zusätzlichen Finanzmitteln, die in einer Weise beschafft werden, daß möglichst umfangreiche derartige Maßnahmen eine bestandfähige Entwicklung zur Verfügung stehen, unter Heranziehung aller verfügbaren Finanzierungsquellen und -mechanismen, erhöhte finanzielle Stabilität und einen angemesseneren Zugang der Entwicklungsländer zu den notwendigen Investitionen und Technologien sowie zu dem entsprechenden Fachwissen, unter gebührender Berücksichtigung der Bedürfnisse der Umbruchländer;

k) sicherzustellen trachten, daß die internationalen Übereinkünfte betreffend Handel, Investitionen, Technologie, Verschuldung und öffentliche Entwicklungshilfe in einer Weise umgesetzt werden, die die soziale Entwicklung

l) insbesondere durch technische und finanzielle Zusammenarbeit die Anstrengungen der Entwicklungsländer zu einer raschen und breiten bestandfähigen Entwicklung herbeizuführen. Dabei ist den besonderen Bedürfnissen der kleinen Inselstaaten und der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern und der am wenigsten entwickelten Länder besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

m) durch entsprechende internationale Zusammenarbeit die Anstrengungen der Umbruchländer unterstützen, eine rasche und breite bestandfähige Entwicklung herbeizuführen;

Lebensunterhalts, gesundheitliche Grundversorgung, einschließlich der Gesundheitsfürsorge auf dem Gebiet der Fortpflanzung, die Versorgung mit sauberem Trinkwasser und die Abwasserbeseitigung sowie menschenwürdiges Wohnen, und die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Besonderer Vorrang wird den Bedürfnissen und Rechten der Frauen und Kinder, die oft am schwersten unter Armut leiden, und den Bedürfnissen schwacher und

c) sicherstellen, daß die in Armut lebenden Menschen Zugang zu Produktivressourcen, insbesondere Darlehen, Grund und Boden, Bildung und Ausbildung, Technologie, Wissen und Information sowie zu den öffentlichen Dienstleistungen haben und an den Entscheidungsprozessen über ein grundsatzpolitisches und ordnungsrechtliches Umfeld mitwirken können, das sie in die Lage versetzt, die neuen Möglichkeiten zu nutzen, die sich ihnen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft bieten;

d) Politiken ausarbeiten und umsetzen, die sicherstellen, daß alle Menschen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Mutterschaft, während der Kindererziehung, bei Verwitwung, bei Invalidität und im Alter einen angemessenen

e) sicherstellen, daß die einzelstaatlichen Haushalte und Politiken erforderlichenfalls auf das strategische Ziel ausgerichtet sind, die Grundbedürfnisse zu decken, Ungleichheiten abzubauen und die Armut zu bekämpfen;

f) bestrebt sein, Ungleichheiten abzubauen, mehr Möglichkeiten und einen besseren Zugang zu Ressourcen und Einkommen zu schaffen und alle politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren und Zwänge zu beseitigen, die die Ungleichheit fördern und aufrechterhalten.

Auf internationaler Ebene werden wir

g) sicherzustellen trachten, daß die internationale Gemeinschaft und die internationalen Organisationen, insbesondere die multilateralen Finanzinstitutionen, die Entwicklungsländer und alle hilfebedürftigen Länder bei ihren Anstrengungen um die Verwirklichung unseres Gesamtziels der Beseitigung der Armut und der Gewährleistung eines sozialen Mindestschutzes unterstützen;

h) alle internationalen Geber und die multilateralen Entwicklungsbanken ermutigen, Politiken und Programme zu unterstützen, die geeignet sind, den konkreten Anstrengungen der Entwicklungsländer und aller hilfebedürftigen Länder im Hinblick auf eine auf den Menschen ausgerichtete bestandfähige Entwicklung und auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen dauerhaften Erfolg zu verschaffen; ihre bestehenden Programme im Benehmen mit den betroffenen Entwicklungsländern zu bewerten, um sicherzustellen, daß die vereinbarten Programmziele erreicht werden; und sich zu bemühen sicherzustellen, daß ihre eigenen Politiken und Programme die Erreichung der vereinbarten Entwicklungsziele begünstigen, deren Schwerpunkt auf der Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen und auf der Beseitigung der absoluten Armut liegt. Es gilt, darauf zu achten, daß die Mitwirkung der Betroffenen fester Bestandteil dieser Programme ist;

i) unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung den besonderen Bedürfnissen von Ländern und Regionen, insbesondere in Südasien, zuwenden, die eine hohe Konzentration von in Armut lebenden Menschen aufweisen und die infolgedessen ernste Schwierigkeiten haben, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.

Verpflichtung 3

Wir verpflichten uns, das Ziel der Vollbeschäftigung als grundlegende Priorität unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu fördern und es allen Menschen, Männern wie auch Frauen, zu ermöglichen, sich durch eine frei gewählte Erwerbstätigkeit und produktive Arbeit einen sicheren und dauerhaften Lebensunterhalt zu sichern. Zu diesem Zweck werden wir auf nationaler Ebene

a) die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verminderung der Arbeitslosigkeit und die Förderung von angemessen und ausreichend bezahlten Beschäftigungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt der Strategien und Politiken der Regierungen stellen, unter voller Achtung der Rechte der Arbeitnehmer und unter Mitwirkung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und ihren jeweiligen Organisationen, unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der strukturbedingten Arbeitslosigkeit, der Langzeitarbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung von Jugendlichen, Frauen, Behinderten und allen anderen benachteiligten Gruppen und Personen;

- b) Politiken ausarbeiten mit dem Ziel, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und die Produktivität in den ländlichen wie auch in den städtischen Sektoren zu steigern, und zwar durch wirtschaftliches Wachstum, Investitionen in die Erschließung der Humanressourcen, Förderung von Technologien, die Erwerbsmöglichkeiten schaffen, sowie durch die Förderung der selbständigen Tätigkeit, der unternehmerischen Initiative und der Klein- und Mittelbetriebe;
 - c) den Zugang von Klein- und Kleinstunternehmen, einschließlich solcher des informellen Sektors, zu Grund und Boden, Darlehen, Informationen, Infrastruktureinrichtungen und anderen Produktivressourcen verbessern, unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter Teile der Gesellschaft;
 - d) Politiken ausarbeiten, um sicherzustellen, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die Bildung, die Informationen und die Ausbildung verfügen, die sie benötigen, um sich dem Wandel der wirtschaftlichen Bedingungen, der Technologien und des Arbeitsmarkts anpassen zu können;
 - e) innovative Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen sondieren und neue Ansätze zur Schaffung von Einkommen und Kaufkraft suchen;
 - f) Politiken fördern, die es den Menschen gestatten, ihre Berufstätigkeit mit ihren Familienpflichten zu verbinden;
 - g) dem Zugang der Frauen zu Beschäftigungsmöglichkeiten, dem Schutz ihrer Stellung auf dem Arbeitsmarkt und der Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, insbesondere in bezug auf die Bezahlung, besondere Aufmerksamkeit widmen;
 - h) bei unseren Strategien zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten der Wichtigkeit des informellen Sektors gebührend Rechnung tragen, mit dem Ziel, seinen Beitrag zur Beseitigung der Armut und zur sozialen Integration in den Entwicklungsländern zu erhöhen und seine Verknüpfung mit dem formellen Sektor der Wirtschaft zu
- i) das Ziel verfolgen, gute Arbeitsplätze zu gewährleisten und die Grundrechte und Interessen der Arbeitnehmer zu und zu diesem Zweck offen die Einhaltung der einschlägigen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation fördern, namentlich diejenigen Übereinkommen, die sich auf das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, die Vereinigungsfreiheit und das Vereinigungsrecht sowie das Recht zu Kollektivverhandlungen und den Grundsatz der Nichtdiskriminierung beziehen.
Auf internationaler Ebene werden wir
- j) sicherstellen, daß die Wanderarbeitnehmer in den Genuß des Schutzes kommen, der in den entsprechenden innerstaatlichen und internationalen Rechtsakten vorgesehen ist, und konkrete und wirksame Maßnahmen gegen die Ausbeutung dieser Arbeitnehmer ergreifen und alle Länder ermutigen, die Ratifikation und volle Anwendung der anderarbeitnehmer betreffen;
 - k) uns für die internationale Zusammenarbeit bei makroökonomischen Politiken und bei der Liberalisierung des Handels und der Investitionen einsetzen, mit dem Ziel, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, und unsere Erfahrungen mit erfolgreichen Politiken und Programmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zum Abbau der Arbeitslosigkeit austauschen.

Verpflichtung 4

Wir verpflichten uns, die soziale Integration zu fördern, indem wir uns für den Aufbau stabiler, sicherer und gerechter Gesellschaften einsetzen, die auf der Förderung und dem Schutz aller Menschenrechte sowie der Nichtdiskriminierung, der Toleranz, der Achtung der Vielfalt, der Chancengleichheit, der Solidarität, der Sicherheit und der Teilhabe aller Menschen, einschließlich schwacher und benachteiligter Gruppen und Personen, beruhen. Zu diesem Zweck werden wir auf nationaler Ebene

- a) die Achtung vor der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Vielfalt, Toleranz und Verantwortungsbewußtsein, Gewaltfreiheit und Solidarität fördern, indem wir die Instanzen des Bildungswesens, die Kommunikationsmedien sowie die Gemeinwesen und Organisationen ermutigen, die Bevölkerung über alle Aspekte der sozialen Integration aufzuklären und dafür zu sensibilisieren;
- b) Politiken und Strategien ausarbeiten beziehungsweise stärken, die darauf ausgerichtet sind, die Diskriminierung in allen ihren Formen zu beseitigen und die soziale Integration auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Achtung vor der Menschenwürde herbeizuführen;
- c) den Zugang aller Menschen zu Bildung, Informationen, Technologie und Fachwissen fördern, als unabdingbare Mittel zur Verbesserung der Kommunikation und der Teilhabe am bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben, und für die Achtung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sorgen;
- d) den Schutz und die vollständige Integration von schwachen und benachteiligten Gruppen und Personen in Wirtschaft und Gesellschaft sicherstellen;
- e) Maßnahmen ausarbeiten beziehungsweise verstärken, um die Achtung und den Schutz der Menschenrechte von Wanderern, Wanderarbeitnehmern und ihren Familien zu gewährleisten, die in Teilen zahlreicher Gesellschaften immer häufiger vorkommenden rassistischen und fremdenfeindlichen Handlungen zu beseitigen und in allen Gesellschaften größere Harmonie und Toleranz zu fördern;
- f) das Recht der Angehörigen autochthoner Bevölkerungsgruppen anerkennen und achten und ihre Interessen zu wahren und weiterzuentwickeln, ihr Streben nach sozialer Gerechtigkeit unterstützen und ein Umfeld schaffen, das es ihnen ermöglicht, am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben ihres Landes teilzuhaben;
- g) den sozialen Schutz und die vollständige Integration von Kriegsveteranen, einschließlich der Veteranen und Opfer des Zweiten Weltkriegs und anderer Kriege, in Wirtschaft und Gesellschaft fördern;

- h) anerkennen, daß der Beitrag von Menschen aller Altersgruppen zum Aufbau einer harmonischen Gesellschaft gleichermaßen wichtig und unerläßlich ist, alle Menschen zu einem solchen Beitrag ermutigen und in allen Teilen der Gesellschaft den Dialog zwischen den Generationen fördern;
- i) die kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt anerkennen und achten und die Rechte von Personen, die nationalen, ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten angehören, fördern und schützen; und Maßnahmen ergreifen, um ihnen die volle Teilhabe an allen Aspekten des politischen, wirtschaftlichen, sozialen, religiösen und kulturellen Lebens ihrer Gesellschaft und am wirtschaftlichen Fortschritt und der sozialen Entwicklung ihres Landes zu erleichtern;
- j) die Gemeinwesen und Gruppen mit gemeinsamen Anliegen besser befähigen, ihre eigenen Organisationen zu bilden und ihre eigenen Mittel zur Entfaltung zu bringen und Politiken im Zusammenhang mit der sozialen Entwicklung vorzuschlagen, namentlich auch durch die Tätigkeit nichtstaatlicher Organisationen;
- k) Institutionen stärken, welche die soziale Integration begünstigen, die zentrale Rolle der Familie anerkennen und für sie ein Umfeld schaffen, das ihren Schutz und ihre Unterstützung gewährleistet. In den verschiedenen kulturellen, politischen und sozialen Systemen gibt es unterschiedliche Formen der Familie;
- l) uns mit dem Problem der Kriminalität, der Gewalt und der unerlaubten Drogen als Faktoren der sozialen

Auf internationaler Ebene werden wir

- m) zur Ratifikation, möglichst unter Verzicht auf Vorbehalte, und zur Anwendung der internationalen Rechtsakte sowie zur Einhaltung der international anerkannten Erklärungen ermutigen, welche die Beseitigung der Diskriminierung und die Förderung und den Schutz aller Menschenrechte betreffen;
- n) die internationalen Einrichtungen zur Gewährung humanitärer und finanzieller Hilfe an Flüchtlinge und Aufnahmeländer weiter stärken und eine entsprechende Lastenteilung fördern;
- o) die internationale Zusammenarbeit und Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Nutzens fördern.

Verpflichtung 5

Wir verpflichten uns, die uneingeschränkte Achtung der Menschenwürde zu fördern, die Gleichberechtigung und Frauen herbeizuführen und die Teilhabe der Frau und die führende Rolle, die sie im politischen, bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben und bei der Entwicklung

Zu diesem Zweck werden wir auf nationaler Ebene

- a) Änderungen in den Einstellungen, Strukturen, Politiken, Rechtsvorschriften und Praktiken fördern, um alle Hindernisse für die Menschenwürde, die Gleichberechtigung und die Gleichbehandlung in Familie und Gesellschaft zu beseitigen, und die volle und gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in ländlichen und städtischen Gebieten und der behinderten Frauen am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben fördern, namentlich auch an der Ausarbeitung, Umsetzung und Weiterverfolgung von staatlichen Politiken und Programmen;
- b) Strukturen, Politiken, Ziele und meßbare Einzelziele festlegen, um die ausgewogene und gerechte Vertretung von Männern und Frauen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung zu gewährleisten, umfangreichere Möglichkeiten für die Frauen und die Erhöhung ihrer Unabhängigkeit auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet zu fördern und die Befähigung der Frauen zur Selbstbestimmung zu unterstützen, namentlich mit Hilfe der verschiedenen Frauenorganisationen, insbesondere der Organisationen autochthoner Frauen, der Basisorganisationen und der Organisationen armer Gemeinwesen, gegebenenfalls auch durch positive Diskriminierung und durch Maßnahmen, die sicherstellen, daß bei der Konzeption und Durchführung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet geschlechtsbezogene Gesichtspunkte Berücksichtigung finden;
- c) den vollen und gleichberechtigten Zugang der Frauen zu Alphabetisierung, Bildung und Ausbildung ermöglichen und alle Hindernisse beseitigen, die ihnen den Zugang zu Darlehen und anderen Produktivressourcen verwehren und sie daran hindern, auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit dem Mann Eigentum und Grund und Boden zu erwerben, zu besitzen und zu verkaufen;
- d) geeignete Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß alle Menschen auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Männern und Frauen Zugang zu den Gesundheitsdiensten, einschließlich Diensten auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit, haben, im Einklang mit dem Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung⁵;
- e) die verbleibenden Beschränkungen des Rechts der Frauen, Grund und Boden zu besitzen, Eigentum zu erben oder Kredite aufzunehmen, beseitigen und das gleiche Recht der Frau auf Arbeit gewährleisten;
- f) Politiken sowie Ziele festlegen, die gleichen Status, gleiche Fürsorge und gleiche Chancen für Mädchen fördern, insbesondere auf den Gebieten Gesundheit, Ernährung, Alphabetisierung und Bildung, ausgehend von der lechtliche Diskriminierung bereits in den ersten Lebensphasen beginnt;
- g) die gleichberechtigte Partnerschaft von Frauen und Männern in der Familie, in der Gemeinschaft und in der Gesellschaft fördern, die gemeinsame Verantwortung von Männern und Frauen für die Kinder und die Unterstützung älterer Familienmitglieder hervorheben und die gleiche Verantwortung der Männer für eine verantwortliche Elternschaft und ein verantwortliches sexuelles und generatives Verhalten betonen und ihre aktive Anteilnahme in diesen Bereichen fördern;
- h) wirksame Maßnahmen ergreifen, insbesondere auch durch den Erlaß und die Durchsetzung von Rechtsvorschriften, und Politiken umsetzen, die darauf gerichtet sind, alle Formen der Diskriminierung, der Ausbeutung, der Mißhandlung und der Gewalttätigkeit gegen Frauen und Mädchen im Einklang mit den einschlägigen internationalen Übereinkünften und Erklärungen zu bekämpfen und zu beseitigen;

- zu können. In dieser Hinsicht sind Frauen und Mädchen als vordringliche Zielgruppe zu betrachten;
- c) sicherstellen, daß Kinder, insbesondere Mädchen, in den Genuß ihrer Rechte kommen, und die Wahrnehmung dieser Rechte fördern, indem wir ihnen den Zugang zu Bildung, ausreichender Ernährung und Gesundheitsfürsorge ermöglichen, in Übereinstimmung mit der Konvention über die Rechte des Kindes, und indem wir die Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten der Eltern und anderer für die Kinder gesetzlich verantwortlicher Personen anerkennen;
 - d) durch geeignete Fördermaßnahmen allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zum Schulbesuch und zum Abschluß einer Schulbildung geben und die Diskrepanz zwischen Jungen und Mädchen im Grundschul-, Sekundarschul-, Fachschul- und Hochschulunterricht beseitigen;
 - e) sicherstellen, daß Mädchen und Frauen vollen und gleichberechtigten Zugang zur Bildung haben, indem wir anerkennen, daß Investitionen in die Ausbildung von Frauen der Schlüssel zur Herbeiführung von sozialer Gleichheit, höherer Produktivität und sozialem Nutzen sind, was die Gesundheit, eine niedrigere Säuglingssterblichkeit und die geringere Notwendigkeit einer hohen Fruchtbarkeit betrifft;
 - f) für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderungen auf allen Ebenen gleiche Bildungschancen in einem integrativen Umfeld gewährleisten, unter voller Berücksichtigung der individuellen Unterschiede und Gegebenheiten;
 - g) das Recht der Angehörigen autochthoner Bevölkerungsgruppen auf Bildung in einer Art und Weise anerkennen und unterstützen, die auf ihre besonderen Bedürfnisse, Bestrebungen und Kulturen eingeht, und ihren uneingeschränkten Zugang zur Gesundheitsfürsorge sicherstellen;
 - h) besondere Bildungspolitiken ausarbeiten, unter Berücksichtigung geschlechtsbezogener Gesichtspunkte, und geeignete Mechanismen auf allen Ebenen der Gesellschaft schaffen, um die Umwandlung der weltweit verfügbaren

und Kindergesundheitsfürsorge zu erreichen, insbesondere das Ziel der Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit;

q) die einzelstaatlichen Maßnahmen zur wirksameren Bewältigung der zunehmenden HIV/Aids-Pandemie verstärken, indem wir die erforderlichen Aufklärungs- und Verhütungsdienste bereitstellen, dafür sorgen, daß für HIV-Infizierte und Aidskranke geeignete Betreuungs- und Unterstützungsdienste zur Verfügung stehen und ihnen zugänglich sind, und alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um jede Form der Diskriminierung und Isolierung dieser Personen zu beseitigen;

r) in allen Bildungs- und Gesundheitspolitiken und -programmen das Umweltbewußtsein fördern, namentlich auch das Bewußtsein für nicht aufrechterhaltbare Konsum- und Produktionsweisen.

Auf internationaler Ebene werden wir

s) sicherzustellen trachten, daß die internationalen Organisationen, insbesondere die internationalen Finanzinstitutionen, diese Ziele unterstützen, indem sie sie gegebenenfalls in ihre Grundsatzprogramme und Aktivitäten einbeziehen. Dies soll durch eine neubelebte bilaterale und regionale Zusammenarbeit ergänzt werden;

t) die Wichtigkeit der kulturellen Dimension der Entwicklung anerkennen, um die Achtung vor der kulturellen Vielfalt und die Achtung unseres gemeinsamen menschlichen Kulturerbes zu gewährleisten. Kreativität ist

u) die mit der Förderung der Bildung, der Kultur und der Gesundheit befaßten Sonderorganisationen, namentlich der Erziehung, Wissenschaft und Kultur und die

Weltgesundheitsorganisation, sowie die anderen damit befaßten Organisationen ersuchen, größeres Schwergewicht auf die Hauptziele der Armutsbeseitigung, der Förderung der produktiven Vollbeschäftigung und der Förderung der sozialen Integration zu legen;

v) die zwischenstaatlichen Organisationen stärken, die verschiedene Bildungsformen zur Kulturförderung einsetzen; durch Bildungseinrichtungen und die Kommunikationsmedien Informationen verbreiten; zu einem breiteren Einsatz von Technologien beitragen sowie die fachliche und berufliche Ausbildung und die wissenschaftliche Forschung fördern;

w) energischere, besser koordinierte weltweite Kampagnen zur Bekämpfung von bedeutenden Krankheiten, die viele Menschenleben fordern, unterstützen, wie beispielsweise Malaria, Tuberkulose, Cholera, Typhus und HIV/Aids, und in diesem Zusammenhang auch weiterhin das gemeinsame und gemeinsam getragene HIV/Aids-Programm der Vereinten Nationen unterstützen;

x) unser Wissen, unsere Erfahrungen und unseren Sachverstand auf dem Gebiet der Konzeption und Durchführung von Informations-, Ausbildungs- und Gesundheitsprogrammen und -politiken, namentlich auch von Aufklärungsprogrammen über Drogenmißbrauch, Vorbeugungs- und Rehabilitationsprogrammen, weitergeben und

g) alle gebotenen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß übertragbare Krankheiten, insbesondere HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose, die Fortschritte auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nicht hemmen oder zunichte machen.

Verpflichtung 8

Wir verpflichten uns sicherzustellen, daß bei der Vereinbarung von Strukturanpassungsprogrammen auf die Einbeziehung von Zielen der sozialen Entwicklung geachtet wird, insbesondere die Beseitigung der Armut, die Förderung der Vollbeschäftigung und produktiver Arbeitsplätze sowie die Verbesserung der sozialen Integration. Zu diesem Zweck werden wir auf nationaler Ebene

- a) grundlegende Sozialprogramme und Sozialausgaben fördern, insbesondere zugunsten der Armen und der schwächsten Segmente der Gesellschaft, und diese von Haushaltskürzungen ausnehmen und dabei gleichzeitig die Qualität und die Wirksamkeit der Sozialausgaben erhöhen;
 - b) den Nutzeffekt der Strukturanpassungsprogramme für die soziale Entwicklung überprüfen, so auch, wo dies angezeigt erscheint, durch Sozialverträglichkeitsprüfungen unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Auswirkungen und andere zweckdienliche Methoden, mit dem Ziel, Politiken auszuarbeiten, die die nachteiligen Auswirkungen dieser Programme verringern und ihren positiven Effekt verstärken; interessierte Länder könnten die internationalen Finanzinstitutionen um Zusammenarbeit bei dieser Überprüfung ersuchen;
 - c) in den Umbruchländern einen integrierten Ansatz für den Transformationsprozeß fördern, der die sozialen Folgen der Reformen und die Bedürfnisse im Hinblick auf die Erschließung der Humanressourcen berücksichtigt;
 - d) die soziale Entwicklung betreffenden Elemente aller Anpassungspolitiken und -programme verstärken, einschließlich derjenigen, die sich aus der Globalisierung der Märkte und dem raschen technologischen Wandel ergeben, indem wir Politiken ausarbeiten, die einen angemesseneren und besseren Zugang zu Einkommen und Ressourcen fördern;
 - e) sicherstellen, daß die Frauen nicht einen unverhältnismäßig großen Teil der Kosten dieser Übergangsprozesse zu tragen haben.
- Auf internationaler Ebene werden wir

- f) darauf hinwirken, daß die multilateralen Entwicklungsbanken und andere Geber die Darlehen, die sie für die Anpassung gewähren, durch mehr Darlehen für gezielte Investitionen in die soziale Entwicklung ergänzen;
- g) sicherzustellen trachten, daß die Strukturanpassungsprogramme den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten, Anliegen und Bedürfnissen der einzelnen Länder Rechnung tragen;
- h) uns der Unterstützung und Zusammenarbeit der regionalen und internationalen Organisationen und des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere der Bretton-Woods-Institutionen, versichern, was die Ausarbeitung, die soziale Steuerung und die Bewertung von Strukturanpassungspolitiken sowie die Verwirklichung der Ziele der sozialen Entwicklung und deren Eingliederung in ihre Politiken, Programme und Operationen betrifft.

Verpflichtung 9

Wir verpflichten uns, die für die soziale Entwicklung aufgewendeten Mittel erheblich zu erhöhen beziehungsweise effizienter einzusetzen, damit die Ziele des Gipfels durch einzelstaatliche Maßnahmen und regionale und internationale Zusammenarbeit erreicht werden.

Zu diesem Zweck werden wir auf nationaler Ebene

- a) Wirtschaftspolitiken zur Förderung und Mobilisierung der Inlandsspartätigkeit und zur Gewinnung externer Ressourcen für produktive Investitionen ausarbeiten und uns um innovative öffentliche wie auch private Finanzierungsquellen für soziale Programme bemühen und dabei gleichzeitig den wirksamen Einsatz der Mittel sicherstellen;
- b) makroökonomische und mikroökonomische Politiken durchführen, die geeignet sind, die soziale Entwicklung durch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine bestandfähige Entwicklung zu unterstützen;
- c) Klein- und Kleinstunternehmen, einschließlich der Unternehmen des informellen Sektors, besseren Zugang zu Darlehen einräumen, unter besonderer Berücksichtigung der benachteiligten Teile der Gesellschaft;
- d) sicherstellen, daß zur Ausarbeitung und Bewertung von Sozialpolitiken und Sozialprogrammen verlässliche Statistiken und statistische Indikatoren herangezogen werden, damit die wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen effizient und wirksam eingesetzt werden;
- e) sicherstellen, daß die Steuersysteme im Einklang mit den nationalen Prioritäten und Politiken fair, progressiv und wirtschaftlich effizient sind und den Anliegen im Zusammenhang mit einer bestandfähigen Entwicklung Rechnung tragen, und für eine wirksame Einziehung der geschuldeten Steuern sorgen;
- f) im Haushaltsprozeß für Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Verwendung von öffentlichen Mitteln sorgen und der Bereitstellung beziehungsweise Verbesserung grundlegender sozialer Dienste Vorrang einräumen;
- g) uns verpflichten, nach neuen Wegen zu suchen, weitere öffentliche und private Finanzmittel aufzubringen, unter anderem durch eine entsprechende Verringerung der überhöhten Militärausgaben, namentlich der weltweiten Militärausgaben und des Waffenhandels, der Investitionen in die Rüstungsproduktion und den Waffenankauf, unter Berücksichtigung der Erfordernisse der nationalen Sicherheit, mit dem Ziel, die Zuweisung zusätzlicher Mittel für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen;
- h) das Potential und den Beitrag der Genossenschaften zur Erreichung der Ziele der sozialen Entwicklung, insbesondere der Beseitigung der Armut, der Schaffung von Vollbeschäftigung und produktiven
 - nd der Verbesserung der sozialen Integration, nutzen und voll erschließen.

Auf internationaler Ebene werden wir

- i) danach trachten, ausreichende und berechenbare neue und zusätzliche Finanzmittel so zu mobilisieren, daß
 - ittel zur Verfügung stehen und daß alle verfügbaren Finanzierungsquellen und
--mechanismen, unter anderem auch multilaterale, bilaterale und private Quellen, herangezogen werden, namentlich auch Mittel zu Vorzugsbedingungen und in Form von Zuschüssen;
- j) den Zustrom internationaler Finanzmittel, Technologien und Fachkenntnisse in die Entwicklungsländer erleichtern, um das Ziel der Bereitstellung ausreichender und berechenbarer neuer und zusätzlicher Ressourcen zu verwirklichen;
- k) den Zustrom internationaler Finanzmittel, Technologien und Fachkenntnisse in die Umbruchländer erleichtern;
- l) bestrebt sein, daß der vereinbarte Zielwert von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für die gesamte öffentliche
 - glich erreicht wird, und den Anteil der für Programme der sozialen Entwicklung
vorgesehenen Finanzmittel entsprechend dem Umfang und der Größenordnung der Aktivitäten erhöhen, die notwendig sind, damit die Ziele der vorliegenden Erklärung und des Aktionsprogramms des Gipfels erreicht werden;
- m) den Zustrom internationaler Ressourcen zur Deckung der Bedürfnisse derjenigen Länder, die sich Problemen im Zusammenhang mit Flüchtlingen und Vertriebenen gegenübersehen, erhöhen;
- n) die Süd-Süd-Zusammenarbeit unterstützen, die es gestattet, aus den Erfahrungen von Entwicklungsländern zu lernen, denen es gelungen ist, gleichgelagerte Schwierigkeiten zu überwinden;
- o) sicherstellen, daß die bestehenden Vereinbarungen zur Schuldenerleichterung umgehend umgesetzt werden, und zusätzlich zu den bestehenden Initiativen weitere aushandeln, um die Schuldenlast der ärmsten und schwerverschuldeten Länder mit niedrigem Einkommen bald abzubauen, insbesondere durch günstigere Bedingungen des Schuldenerlasses, namentlich die Anwendung der im Dezember 1994 im Pariser Klub vereinbarten Bedingungen für den Schuldenerlaß, die auch die Schuldenverminderung mit einschließen, namentlich die Annullierung der Schulden und andere Schuldenerleichterungsmaßnahmen; wo dies angezeigt erscheint, soll diesen Ländern ein ausreichender Nachlaß ihrer bilateralen öffentlichen Schulden gewährt werden, damit sie den Umschuldungsprozeß verlassen und wieder auf den Wachstums- und Entwicklungspfad zurückkehren können; die internationalen Finanzinstitutionen bitten, innovative Ansätze zu prüfen, die es ihnen ermöglichen, Niedrigeinkommenländern mit einem hohen Anteil multilateraler Schulden bei der Erleichterung ihrer Schuldenlast

beihilflich zu sein; Verfahren zur Schuldenumwandlung entwickeln, die in Übereinstimmung mit den Prioritäten des Gipfels auf Programme und Projekte der sozialen Entwicklung angewandt werden können;

p) die Schlußakte der Uruguay-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen planmäßig voll umsetzen, namentlich auch die im Übereinkommen von Marrakesch zur Errichtung der Welthandelsorganisation genannten ergänzenden Bestimmungen, in Anerkennung der Tatsache, daß ein breites Wachstum der Einkommen, der Beschäftigung und des Handels eine gegenseitig fördernde Wirkung entfaltet, und dabei b afrikanischen Länder und die am wenigsten entwickelten Länder bei der Bewertung der Auswirkungen der Umsetzung der Schlußakte unterstützt werden müssen, damit sie daraus vollen Nutzen ziehen können;

q) überwachen, wie sich die Handelsliberalisierung auf die Fortschritte auswirkt, die die Entwicklungsländer bei der Grundbedürfnisbefriedigung erzielt haben, unter besonderer Berücksichtigung neuer Initiativen zur Erweiterung des Zugangs dieser Länder zu den internationalen Märkten;

r) den Bedürfnissen der Umbruchländer in bezug auf internationale Zusammenarbeit und finanzielle und technische Hilfe Aufmerksamkeit zuwenden und dabei die Notwendigkeit der vollen Integration der Umbruchländer in die Weltwirtschaft unterstreichen, insbesondere zur Verbesserung des Marktzugangs für ihre Exporte im Einklang mit den Regeln des multilateralen Handels, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer;

s) die Bemühungen der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entwicklung durch eine Mittel für die operativen Entwicklungsaktivitäten auf einer berechenbaren, kontinuierlichen und gesicherten Grundlage entsprechend den zunehmenden Bedürfnissen der Entwicklungsländer unterstützen, wie in Resolution 47/199 der Generalversammlung festgehalten, und die Kapazität der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen stärken, damit sie ihren Verantwortlichkeiten im Hinblick auf die Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels für soziale Entwicklung nachkommen können.

Verpflichtung 10

Wir verpflichten uns, einen besseren und festeren Rahmen für die internationale, regionale und subregionale Zusammenarbeit im Dienste der sozialen Entwicklung in einem Geist der Partnerschaft unter Einschaltung der Vereinten Nationen und anderer multilateraler Institutionen zu schaffen.

Zu diesem Zweck werden wir auf nationaler Ebene

a) geeignete Maßnahmen treffen und geeignete Mechanismen schaffen, die es gestatten, die Ergebnisse des Weltgipfels für soziale Entwicklung umzusetzen und zu üben
Sonderorganisationen, Programme und Regionalkommissionen des Systems der Vereinten Nationen und unter umfassender Beteiligung aller Teile der bürgerlichen Gesellschaft.

Auf regionaler Ebene werden wir

b) die Mechanismen schaffen und die Maßnahmen ergreifen, die für die jeweilige Region oder Subregion notwendig und angemessen sind. Die Regionalkommissionen könnten in Zusammenarbeit mit den regionalen zwischenstaatlichen Organisationen und Banken alle zwei Jahre ein Treffen auf hoher politischer Ebene einberufen, um die Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der Ergebnisse des Gipfels zu bewerten, einen Gedankenaustausch über ihre jeweiligen Erfahrungen zu führen und geeignete Maßnahmen zu beschließen. Die Regionalkommissionen sollen dem Wirtschafts- und Sozialrat über die entsprechenden Einrichtungen über die Ergebnisse solcher Treffen Bericht erstatten.

Auf internationaler Ebene werden wir

c) unsere Vertreter bei den Organisationen und Organen des Systems der Vereinten Nationen, den internationalen Entwicklungsorganisationen und den multilateralen Entwicklungsbanken anweisen, sich der Unterstützung und Zusammenarbeit dieser Organisationen und Organe zu versichern, was geeignete und koordinierte Maßnahmen zur Gewährleistung kontinuierlicher und nachhaltiger Fortschritte bei der Erreichung der auf dem Gipfel vereinbarten Ziele und Verpflichtungen angeht. Die Vereinten Nationen und die Bretton-Woods-Institutionen sollen einen regelmäßigen und sachbezogenen Dialog aufnehmen, insbesondere auch auf der Feldebene, mit dem Ziel, eine wirksamere und effizientere Koordination der Hilfsmaßnahmen für die soziale Entwicklung zu gewährleisten;

d) alle mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen nicht im Einklang stehenden einseitigen Maßnahmen unterlassen, die die Handelsbeziehungen zwischen den Staaten behindern;

e) die Strukturen, Ressourcen und Prozesse des Wirtschafts- und Sozialrats und seiner Nebenorgane sowie anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung befassen, stärken;

f) den Wirtschafts- und Sozialrat ersuchen, auf der Grundlage von Berichten der Regierungen, der Regionalkommissionen, der zuständigen Fachkommissionen und der Sonderorganisationen die Fortschritte zu überprüfen und zu bewerten, die die internationale Gemeinschaft bei der Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels für soziale Entwicklung erzielt hat, und der Generalversammlung darüber Bericht zu erstatten, damit sich diese entsprechend damit befassen und geeignete Maßnahmen ergreifen kann;

e) die Generalversammlung ersuchen, im Jahr 2000 eine Sondertagung zu veranstalten zu dem Zweck, eine Gesamtüberprüfung und -bewertung der Umsetzung der Ergebnisse des Gipfels vorzunehmen und weitere Maßnahmen und Initiativen zu prüfen.

Shaping the 21 st Century

The Contribution of Development Co-operation, May 1996 (S 8-11)

D. Goals to Help Define the Vision

We agree with the 1995 G7 Summit at Halifax that a higher quality of life for all people is the goal of sustainable development. A higher quality of life means that people will attain increased power over their own future. The pursuit of that broad vision will put the focus on many unfinished tasks, some of which have already been identified in the preceding discussion. They include overcoming extreme poverty, achieving food security, increasing the effectiveness of market economies and the efficiency of government, fostering regional co-operation, enhancing the participation of all people, and notably women, and reducing the dependency of the poorest people and poorest countries by increasing their capacity for self reliance. This daunting array of tasks needs a defining structure.

We believe that a few specific goals will help to clarify the vision of a higher quality of life for all people, and will provide guideposts against which progress toward that vision can be measured.

Many goals have been formulated through the series of recent United Nations conferences addressing subjects important to development - education (Jomtien, 1990), children (New York, 1990), the environment (Rio de Janeiro, 1992), human rights (Vienna, 1993), population (Cairo, 1994), social development (Copenhagen, 1995), and women (Beijing, 1995). These conferences have identified a number of targets to measure the progress of development in particular fields. They reflect broad agreement in the international community, arrived at with the active participation of the developing countries.

The selection of an integrated set of goals, based on these agreed targets, could provide valuable indicators of progress. We are suggesting several such indicators in the fields of economic well-being, social development and environmental sustainability. The particular indicators we have chosen reflect our judgement of their importance in their own right and as meaningful proxies for broader development goals. Our selection does not indicate any diminished commitment to other goals accepted by the international community, at international conferences or elsewhere.

These targets are aspirations for the entire development process, not just for co-operation efforts. They represent only a proposal of what we as donors consider to be helpful measures of progress to inspire effective development co-operation. Their achievement will require agreement and commitment from developing country partners, through their own national goals and locally-owned strategies. They can be realised only through concerted actions developed through a process of dialogue and agreement in a true spirit of partnership.

Success will depend upon the broad acceptance of a comprehensive approach, drawing on the resources, energies and commitment of institutions and individuals in government at all levels, in the private sector, in non-governmental organisations-in developing and industrialised countries and in international organisations. It will depend equally upon an individual approach that recognises diversity among countries and societies and that respects local ownership of the development process. We will need to change how we think and how we operate, in a far more co-ordinated effort than we have known until now.

Economic well-being: The proportion of people living in extreme poverty in developing countries should be reduced by at least one-half by 2015. The 1995 Copenhagen Declaration and Programme of Action set forth the goal of eradicating poverty in the world, through decisive national actions and international co-operation "as an ethical, social, political and economic imperative of humankind". The World Bank has used the standard of \$370 per capita in annual income, or about \$1 per day, as the threshold of extreme poverty. Based on that standard, it has estimated that 30 per cent of the population in developing countries-or some 1.3 billion people-live in extreme poverty, and that their numbers are increasing.

This goal obviously goes only part of the way toward meeting the global poverty eradication target identified at Copenhagen. But it seeks to give that target a concrete, attainable focus for the medium term. Reductions of poverty on this order of magnitude have been achieved in individual countries; we are proposing a generalisation of those individual successes. Even if the incidence of extreme poverty can be reduced by one-half, there will still remain a human tragedy of enormous proportions. But success in achieving the 50 per cent reduction will demonstrate both the need and the ability to continue the effort.

Obviously, this target will be much harder to reach in some countries than in others. But global averages are not enough. The objective must be pursued country by country, and substantial progress must be sought in all countries. This target implies significantly increased rates of per capita economic growth. However, growth rates will vary greatly among countries and we have concluded that a global growth target would be neither feasible nor useful to the formulation of country strategies.

Social development: There should be substantial progress in primary education, gender equality, basic health care and family planning, as follows:

a) There should be universal primary education in all countries by 2015. This goal, building on the ground laid at the Jomtien Conference on Education for All in 1990, was endorsed by the 1995 Copenhagen Summit on Social Development and also by the 1995 Beijing Conference on Women as a goal for 2015. The attainment of basic literacy and numeracy skills has been identified repeatedly as the most significant factor in reducing poverty and increasing participation by individuals in the economic, political and cultural life of their societies.

b) Progress toward gender equality and the empowerment of women should be demonstrated by eliminating gender disparity in primary and secondary education by 2005. The Cairo and Beijing Conferences, as well as the Copenhagen Summit, recommended that the gender gap in primary and secondary education be closed by 2005. Investment in education for girls has been shown repeatedly to be one of the most important determinants of development, with positive implications for all other measures of progress. Achieving gender equality, in education will be a measure of both fairness and efficiency.

c) The death rate for infants and children under the age of five years should be reduced in each developing country by two-thirds the 1990 level by 2015. The rate of maternal mortality should be reduced by three-fourths during this same period. The 1994 Cairo Conference on Population and Development established the goals of reducing the infant mortality rate to below 35 per thousand live births, and reducing under-five mortality to below 45 per thousand, by 2015. This target endorses those goals. Child mortality, as a measure of the availability of health and nutrition for the most vulnerable members of society, is a key indicator of the overall state of health in a society.

Maternal mortality is an area of one of the greatest disparities between developing and industrialised countries, although there is great divergence among countries. The Cairo Conference adopted targets of reducing the rate in every developing country by one-half from the 1990 level by 2000 and by a further one-half by 2015. These targets were confirmed at the Beijing Conference. The 1995 World Development Report estimates the maternal mortality rate per 100000 live births in developing countries overall at about 350 during the 1980s.

Access should be available through the primary health-care system to reproductive health services for all individuals of appropriate ages, including safe and reliable family planning methods, as soon as possible and no later than the year 2015. This objective agreed to at the 1994 Cairo Conference on Population and Development, is key to enabling people to make active choices on their reproductive behaviour and thus to contribute to stabilising the world population and assuring the sustainability of development

3. Environmental sustainability and regeneration: There should be a current national strategy for sustainable development, in the process of implementation, in every country by 2005, so as to ensure that current trends in the loss of environmental resources -forests, fisheries, fresh water, climate, soils, biodiversity, stratospheric ozone, the accumulation of hazardous substances and other major indicators-are effectively reversed at both global and national levels by 2015. This objective is derived from the 1992 Rio Conference on the Environment and Development. It is intended to supplement the global targets established under international environmental conventions. The national strategy for sustainable development, called for at Rio, is foreseen as a highly participatory instrument intended "to ensure socially responsible economic development while protecting the resource base and the environment for the benefit of future generations".

This goal implies that all countries will have acquired by 2015 the capacity to address environmental issues and respond to environmental problems. The Rio Conference emphasised that progress in economic and social development, including progress toward all the goals outlined in this report, depends critically on the preservation of the natural resource base and limitation of environmental degradation. Rio and other international fora have also reinforced the message that these goals can only be met if developing countries themselves drive the action, with full participation by all of their societies' stakeholders.

Sustainable development needs to integrate a number of additional key elements, not all of which lend themselves to indicators along the lines suggested here. The Copenhagen Declaration, for example, included a commitment to promote social integration by fostering societies that are stable, safe and just and based on the promotion and protection of all human rights. In the same vein, the 1995 DAC *Development Partnerships policy* statement identified democratic accountability, the protection of human rights and the rule of law as among the key elements of integrated development strategies. Investment of development resources in democratic governance will contribute to more accountable, transparent and participatory societies conducive to development progress. *While not themselves the subject of suggested numerical indicators, we reaffirm our conviction that These qualitative aspects of development are essential to the attainment of the more measurable goals we have suggested. Accordingly, we will continue to address them in our dialogues with partners and in our policies and programmes.*

Austria, 1996, No. 15

Development Assistance Committee

Chapter III, Key Themes,

B. Gender equality

While up to very recently gender issues played only a secondary role in Austrian aid policies, there is now a growing awareness within the aid administration that gender equality is key to achieving sustainable people centred development. In the Austrian Three-Year Development Co-operation Programme covering the period 1995 to 1997 it is explicitly stated that the practical and strategic interest of women in development co-operation must be treated as a priority issue. A special chapter on "gender and development", based on the Revised Guiding Principles of the DAC to which Austria committed itself in 1989, is contained in the Three-Year Programme for the years 1996/98. Other efforts undertaken to integrate an all-embracing gender perspective into official development co-operation policies include: The adoption by the aid administration, in 1993, of a general concept for the promotion of women together with a gender-specific questionnaire as a tool for accompanying the whole project cycle and analysing the impact of development projects on women. The holding of three gender training seminars organised by the network Women in Development Europe (WIDE) in 1994/95. These seminars aimed at project officers in the aid administration as well as in Austrian NGOs and other implementing bodies. Two of these seminars were concerned with the operational aspects of gender equality in the developing countries and one dealt with information matters. The results are currently being evaluated. The establishment of a working group on gender in 1994. This group is a loose association of interested people from within and outside the aid administration. It was particularly active during the preparations for the Beijing Conference.

Gender equality comes - along with other cross-cutting issues - under the responsibility of Division VII.4 (general questions, co-ordination and information) in the DDC. So far it has not been possible to engage a specialist on gender issues in that division and most of the work has been contracted out to consultants. There is no special credit line for women in development (WID)/gender-specific projects in the aid budget. Up to now no overall evaluation of gender/WID projects has been carried out, nor are projects systematically assessed with regard to their gender relevance. However, in the run-up to the Beijing Conference an outside expert on women's issues was entrusted with a survey of Austrian development projects and the results of her investigations were published in the form of a book by the Vienna Institute for Development and Co-operation and the DDC Women on their Way to Empowerment - Challenges for Austrian Development Co-operation, Basic Issues and Project Examples. It is expected that the introduction of the above-mentioned general concept and the gender-specific questionnaire will lead to a better integration of gender concerns into development projects and programmes.

Austrian development co-operation policy aims at promoting equal chances for women in everyday life and improving their economic and social position. In the Austrian view this depends to a large extent on more and improved access to education and training. Other areas which deserve increased attention include: a) income generating projects in the rural sector and in handicrafts; b) improved working conditions for women; c) better access to health services and clean water; and d) support of women's organisations or advisory bodies helping women to defend their interests. Until now, the projects that focus on the interests and empowerment of women have, however, been relatively few. In 1994 bilateral commitments (including training and education in Austria) for both women-specific and women-integrated projects accounted for 14 per cent of total bilateral ODA commitments. This percentage drops to only 3.5 per cent if training activities in Austria (including imputed student costs) are excluded. In terms of disbursements the percentages are slightly higher. Thus in 1994 women-specific and women-integrated projects amounted to 16.5 per cent of total bilateral ODA, of which women-specific projects were 0.5 per cent. Education and training made up by far the largest share of both WID-specific and WID-integrated projects (13.6 per cent), of which 10 per cent were accounted for by imputed students' costs, followed by development education and cross-sectoral projects (0.5 per cent each), agriculture and water supply (0.3 per cent each). For DDC administered aid, the respective shares of WID-specific and WID-integrated projects were 3.3 per cent and 29 per cent in 1994.

As for many donor countries, a clear overall strategy on how to re-orient projects and programmes and take gender issues into account still appears to be lacking, in particular with regard to the non-project forms of assistance. At present, there is little evidence that gender equality has been integrated into Austria's sectoral programme assistance, structural adjustment and institution-building activities. However, at the project level there are several promising examples: training and the creation of microenterprises for women as well as legal advice for female workers in Nicaragua, small-scale projects for women and advisory services and training for young unmarried mothers in Chile, support of an organisation in El Salvador which promotes the training and representation of women in all sectors of society, special training programmes for women in South Africa, a mother and child programme in Mozambique and a special support programme for women in Palestinian villages. The third post-graduate course on women's rights took place in Kampala, Uganda, in July 1995. It was organised jointly by Austrian and Ugandan institutions. It is intended to institutionalise this course.

Austrai has no specific population projects and has no intention of embarking on that subject in the near future since it does not have much experience in this area. Activities in this area are integrated into the health sector (mother and child care). Austrai contributes a small amount – less than \$1 million – to United Nations Fund for Population (UNFPA).

en Vordergrund zu stellen.

Die Bemühungen zur Reduzierung der Armut haben sich in der Vergangenheit fast ausschließlich auf den Aspekt der absoluten Armut konzentriert. Ziel dieser defensiven Basic-Needs-Strategie ist in erster Linie die Bekämpfung von Armutssymptomen wie Hunger und Unterernährung, Mütter- und Kindersterblichkeit und Analphabetismus. Die Ursachen der Armut liegen aber vor allem in extremen Einkommensungleichheiten und sozialer Marginalisierung, die oft Folge von ethnischer, religiöser und sozialer Diskriminierung in autoritären politischen Strukturen sind. Armut, und insbesondere relative Armut, d.h. extreme soziale Ungleichheiten, steht in einer direkten Beziehung zu den übrigen Querschnittsbereichen Gender, Demokratisierung, Good Governance und Menschenrechte, und nachhaltige Entwicklung. Eine offensive, über bloße Systembekämpfung hinausgehende umfassende Entwicklungspolitik muß dem multidimensionalen Charakter von Armut und Unterentwicklung in

Dem politischen Grundsatzziel der Armutsbekämpfung wird Österreich auch in den Jahren 1999 - 2001 durch folgende Ansätze entsprechen:

- Auswahl der ärmsten Länder als Schwerpunkt- und Kooperationsländer;
- weitere Konzentration der bilateralen Programm- und Projekthilfe auf 70% des verfügbaren Budgets;
- Auswahl besonders bedürftiger Regionen, Provinzen und Distrikte innerhalb der Partnerländer und Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses;
- Orientierung der sektoralen Politikansätze und Prioritäten auf solche mit unmittelbarer Auswirkung für Arme;
- Auswahl von Zielgruppen mit besonderer struktureller Benachteiligung (insbesondere Frauen und Kinder).

Gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am Entwicklungsprozeß

Die Ergebnisse der Weltfrauenkonferenz 1995, die Aktivitäten der DAC-Arbeitsgruppe zur Gleichstellung von Frauen und Männern oder Arbeitsgruppe für "Gender Equality" und die Gender-Resolution, die der EU-Ministerrat

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit wird daher verstärkt jene Maßnahmen fördern, die eine gleichgestellte und aktive Teilhabe von Frauen am gesamten wirtschaftlichen und sozialen Leben ermöglichen. Programm- und Projektvorschläge werden stärker als bisher daraufhin geprüft werden, wie sie sich auf die Rolle von Frauen und Männern im Entwicklungsprozeß auswirken.

Aussenpolitischer Bericht 1998 (Auszüge)

Österreich in der Europäischen Union

IV. Die Entwicklungszusammenarbeit (EZA)

1. Die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union

Ein wesentliches Ziel des österreichischen EU-Ratsvorsitzes in der Entwicklungspolitik war es, dem **politischen Dialog** zwischen der Union und den Entwicklungsländern einen Stellenwert zu geben, der der Bedeutung der Europäischen Union als weltweit größtem Geber von Entwicklungshilfe entspricht.

Die **wichtigsten Ereignisse** der EU-Entwicklungspolitik unter österreichischer Präsidentschaft waren:

- die **Verhandlungseröffnung** für ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und 71 Ländern aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik (**AKP-Länder**),
- die **Veranstaltungen mit den Staaten des südlichen Afrika** sowie
- der **EU-Entwicklungsministerrat** am 30. November.

Weiterentwicklung der EU-Entwicklungspolitik

Bereits anlässlich einer **Tour de Capitales** im Juni/Juli erörterte Staatssekretärin Benita Ferrero-Waldner mit ihren Amtskollegen die Schwerpunkte der österreichischen Präsidentschaft in der EU-Entwicklungspolitik. Diese Schwerpunkte wurden auch, mittels Informationsfolder, Internet-Präsenz und einer Reihe von Veranstaltungen, der interessierten österreichischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

EU-Entwicklungsministerrat

Eine österreichische Priorität bei der inhaltlichen Vorbereitung des Entwicklungsministerrates am 30. November waren **Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung**. Der Rat beschloss ein abgestimmtes Vorgehen von diplomatischen und entwicklungspolitischen Instrumenten. Es ist damit erstmals gelungen, die Konfliktprävention als Aufgabe der Entwicklungspolitik der Union festzuschreiben und konkrete Aktivitäten vorzugeben. Im Rahmen eines Treffens der EU-Entwicklungsminister und hochrangiger politischer Vertreter Afrikas, darunter der frühere Präsident Tansanias, Nyerere, wurde die Frage der Entwicklungszusammenarbeit im Friedensprozess an einem konkreten Beispiel, dem Arusha-Friedensprozess für Burundi, diskutiert und eine gemeinsame Vorgangsweise im Rat beschlossen.

Andere Themen beim Rat waren die **Förderung des Privatsektors** in Entwicklungsländern und die Förderung eines umwelt- und sozialverträglichen **Tourismus**. Der Rat nahm eine EntschlieÙung an, die neue Leitlinien für die Entwicklung des Tourismus, Förderungsmaßnahmen sowie Aspekte der Sozial- und Umweltverträglichkeit umfasst.

Ein weiterer Schwerpunkt des Entwicklungsministerrates waren die SoforthilfemaÙnahmen der EU für die vom Wirbelsturm "Mitch" betroffenen Länder Zentralamerikas, die Ende November bereits einen Umfang von e 150 Millionen erreicht hatten.

In bestimmten Bereichen der EU-Entwicklungspolitik wurden während der österreichischen Präsidentschaft Leitlinien vorbereitet und vom Rat angenommen: Eine EntschlieÙung zum Schutz der indigenen Bevölkerung, Schlussfolgerungen zu **Mikrofinanzierung und Armutsbekämpfung** sowie Schlussfolgerungen zum Thema **Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung** in der Entwicklungszusammenarbeit.

Rechtsgrundlagen wie die **Verordnungen zu NGO-Kofinanzierung**, zur Dezentralisierung der EZA und zu Aspekten der Gleichberechtigung der Geschlechter in der EZA konnten unter österreichischem Vorsitz beschlossen werden. Durch die Lösung der Rechtsgrundlagenproblematik am 17. Juli war es möglich, die EU-Finanzierung von NGOs und deren Aktivitäten im Bereich der Menschenrechte und Demokratieförderung sicherzustellen.

Zur laufenden Neuverhandlung des **Internationalen Nahrungsmittelhilfe-übereinkommens von 1995** wurde ein EU-interner Konsens in der Frage der Transportkosten und des Schenkungsanteils an den Nahrungsmitteln erreicht.

EU-Generaldirektorentreffen für EZA

Vor dem Hintergrund der Restrukturierung der Kommissionsdienste für die Außenbeziehungen war das Treffen der EU-Mitgliedsstaaten, das am 19. Oktober stattfand, schwerpunktmäßig der **operationellen Koordination** zwischen den Mitgliedsstaaten und der Kommission auf dem Gebiet der EZA gewidmet. Zur Verbesserung dieser Koordination wurde ein Vier-Aktionen-Plan für die nächsten Jahre erarbeitet, der von den EU-Entwicklungsministern am 30. November angenommen wurde.

Kontakte zum Europäischen Parlament

Im zweiten Halbjahr fand ein regelmäßiger Meinungs austausch zwischen Staatssekretärin Benita Ferrero-Waldner und den Mitgliedern des Europäischen Parlamentes zum Thema Entwicklungspolitik statt. Insbesondere wurden die zwei **Ausschusssitzungen der parlamentarischen Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung** am 21. Juli und 24. November genutzt, um über die Vorhaben bzw. die Resultate der österreichischen Präsidentschaft zu berichten und entwicklungspolitische Themen zu diskutieren.

Die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Ländern

Im Jahr 2000 wird der bestehende Vertrag zwischen der Europäischen Union und den 71 AKP-Ländern ("Lomé-Konvention") auslaufen. Aus diesem Grund begannen 1998 die Verhandlungen für ein neues Partnerschaftsabkommen. Im ersten Halbjahr standen die Diskussion und Annahme des EU-Mandats für die Verhandlungen auf dem Arbeitsprogramm der EU-Ratsgremien. Ferner wurden der EU/AKP-Ministerrat in Barbados am 7./8. Mai und der EU-Entwicklungsministerrat am 18. Mai für die Positionierung der EU gegenüber den AKP-Staaten genutzt. Österreich verfolgte bei der Erarbeitung der Verhandlungsrichtlinien des Rates im Wesentlichen eine Stärkung der politischen Dimension des Abkommens, eine schrittweise Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft, die Förderung des privaten Sektors und der regionalen Zusammenarbeit sowie eine Vereinfachung und Harmonisierung der Instrumente des Abkommens.

In die österreichische Präsidentschaft fielen die offizielle Eröffnung der **Post-Lomé-Verhandlungen** am 30. September und die ersten Verhandlungsrunden. Die wichtigsten Ereignisse:

- Die **Parlamentarische Versammlung EU/AKP** trat am 21. September zusammen. Aktuelles Hauptthema der Debatte mit Staatssekretärin Benita Ferrero-Waldner war eine Diskussion zum Gebiet der Großen Seen und dem Kongo-Konflikt.
- Die offizielle **Verhandlungseröffnung** unter Teilnahme der 86 EU- und AKP-Minister fand am 30. September statt. Die zum Teil sehr unterschiedlichen Positionen, vor allem hinsichtlich der von der EU geforderten stärkeren regionalen Integration der AKP-Staaten, wurden deutlich angesprochen.
- Ein erstes **informelles, politisches Ministertreffen zwischen der EU-Troika und den AKP-Vertretern** fand am 3. Dezember statt. Das Treffen war eine Initiative der AKP-Seite und der österreichischen Präsidentschaft zur Klärung der politischen Prioritäten am Beginn der Verhandlungen. Österreich hat sich dabei für eine stärkere Einbeziehung von NGOs in die Verhandlungen eingesetzt. Bis Ende 1998 fanden **drei Verhandlungsrunden** zwischen den EU- und AKP-Vertretern in Brüssel statt.

Wichtigstes Element in den ersten Gesprächen und Verhandlungen war die Erweiterung des Nord-Süd-Dialogs der Union um die politische Dimension. Fragen einer Anpassung der AKP-Staaten an die neuen globalen Rahmenbedingungen und ihre aktive Einbindung in die Weltwirtschaft werden den Kern der Verhandlungen bis ins Jahr 2000 ausmachen.

Die Beziehungen der EU zum südlichen Afrika

Der politische Dialog der **Beziehungen der EU zu den Staaten der Southern African Development Community (SADC)** trat unter österreichischem Vorsitz in ein neues Stadium. Im Vorfeld der Außenministerkonferenz vom 3./4. November in Wien, die zu einem weitreichenden politischen Diskurs über die Krisensituation in Zentralafrika führte, wurden neue entwicklungspolitische Maßstäbe gesetzt:

- In einem **Seminar zu Konfliktprävention** in Kadoma/Simbabwe (9. – 28. August), das einer Vernetzung verschiedener Aktivitäten in der Region diente, konnte der Grundstein für weiterführende Veranstaltungen auf diesem Gebiet gelegt werden.
- Die hohe Ministerpräsenz bei einer **Transportkonferenz** am 15. – 17. Oktober in Maputo/Mosambik zeigte das große Interesse der SADC-Staaten an der Zusammenarbeit in den Bereichen Transport und Kommunikation. Die bereits zuvor im Rahmen der EU-SADC Beziehungen veranstalteten Seminare konnten unter österreichischer Präsidentschaft zu einer beschlussfähigen Konferenz mit operativen Ergebnissen ausgebaut werden.
- Österreich organisierte vom 12. – 14. Oktober in Wien eine **Konferenz für Parlamentarier und NGO-Vertreter** aus EU- und SADC-Ländern. Mehr als 300 Delegierte aus 31 Ländern nahmen daran teil. Themen waren Strukturanpassung, Armutsbekämpfung, soziale Standards, Ursachen von Konflikten, Schuldenkrise etc.

Zusammenfassend kann im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine **positive Bilanz** der österreichischen EU-Präsidentschaft gezogen werden. Die "corporate identity" einer EU-Entwicklungspolitik konnte vorangebracht werden

Guatemala wird der Dialog zwischen Regierung und Bürgergesellschaft unterstützt, um die Umsetzung des Friedensprozesses aktiv voranzutreiben.

Sahel und Kap Verde

Die Entwicklungszusammenarbeit im Sahel erscheint aufgrund der nach wie vor kritischen Ernährungssituation besonders wichtig. Österreich unterstützte die Regionalorganisationen ENDA (Environnement et Développement du Tiers Monde) und CILSS (Comité Inter Etat de Lutte contre la Sécheresse au Sahel/Club du Sahel).

entsprechend der politischen Zielsetzung der Europäischen Union weitergeführt. Weiters wurden die humanitären Maßnahmen zugunsten der Flüchtlingslager der Sahraoui fortgesetzt.

Südostasien

Österreich förderte Maßnahmen der technischen und wissenschaftlichen Kooperation, die hohe Multiplikatoreffekte erwarten ließen und einen konkreten Beitrag zur Lösung aktueller nationaler und regionaler Entwicklungsprobleme darstellten. Dies geschah durch Aus- und Fortbildung von Fachkräften in Wirtschaft und Wissenschaft sowie durch Beiträge zu Forschungsvorhaben und Unterstützung von regionalen Ausbildungsinstituten (z. B. AIT) und Netzwerken (z. B. ASEAN-UNINET) sowohl in der Region als auch in Österreich.

Globalbereich

Die begonnenen Vorhaben im so genannten Globalbereich, d. h. außerhalb der angeführten Schlüsselregionen, werden zu Ende geführt. Ein wichtiger Bestandteil dieses Bereiches war das auslaufende Regenwaldprogramm, wie zu erwarten war – um zwei Jahre verschoben hatte. Teilweise war es möglich,

Regenwaldprojekte, deren Umsetzung längere Zeiträume erfordert, in Landesprogramme zu integrieren. Einige werden von anderen Gebern fortgeführt, einige waren als vorübergehende Unterstützung konzipiert und sind bereits abgeschlossen.

Einige **Projektbeispiele** sollen an dieser Stelle die Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit illustrieren:

Zentralamerika: Sicherung des Bodeneigentums von Kleinbauern durch Vermessung und Grundbucheintragung, Aufbau von Beratungsnetzwerken für umweltgerechte Waldnutzung und Landwirtschaft, Biodiesel-Erzeugung, Kreditwesen für Kleinunternehmen, Wasserversorgung und -entsorgung;

Sahel: Ausbildung von Landtechnikern und Dorfhandwerkern, Stärkung bäuerlicher Organisationen, Ausbildung von Lehrern für das technische Ausbildungswesen, Förderung von Klein- und Mittelbetrieben;

Ostafrika: Trinkwasserversorgung für ländliche Gemeinden, Aufbau der Milch- und Fleischvermarktung, Förderung des umweltschonenden Tourismus, Förderung von Frauen als Unternehmerinnen;

Südliches Afrika: Beratung beim Aufbau der Lokalverwaltung, regionale Ausbildungskooperation und Instandhaltung von Eisenbahnen, politische Bildung, Rückiedlungshilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge, Schwerpunkt Kleinstunternehmerinnen;

Himalaya: Umweltschonender Forststraßenbau, Aufbau nachhaltiger Forstwirtschaft, Konzeptberatung für sanften

Mittelmerraum/Naher Osten: Konzeption eines Berufsbildungssystems, Entwicklung der Agrarvermarktung, Regionalentwicklung für Berggebiete;

Südostasien: Förderung postgradualer Studien und Forschung, Ausbildungsprogramme am Asian Institute for Technology (AIT) für den Bedarf der Region; ASEAN-UNINET: Universitätskooperationen/wissenschaftliches Netzwerk.

"Projektpartnerschaften für Entwicklung" und Kofinanzierung von Projekten mit der Europäischen Union

Diese Formen der Finanzierung von Entwicklungsprojekten ermöglichten es privaten Initiativen, Vereinen und anderen Institutionen in Österreich, selbstentwickelte Projekte in Entwicklungsländern im Rahmen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit durchzuführen. Solche Projekte wurden mit Zuschüssen des Außenministeriums zwischen 75% und 35% gefördert.

Projektbeispiele: Ausbildungskurse für Bergführung und Bergrettung von Sherpas in Nepal; Forstprojekt zur Überwindung der Brandrodungslandwirtschaft in Brasilien; Stipendien für benachteiligte Frauen und Mütter in Guatemala.

Im Rahmen von EU-Kofinanzierungen konnten Projekte mit bis zu 85% der Gesamtsumme (50% EU und 35% BMaA) finanziert werden.

Die **Förderung von privaten Wirtschaftspartnerschaften** wurde 1998 neu eingeführt. Diese setzt verstärkt auf eine Unterstützung der Eigenanstrengungen der Partnerländer beim Aufbau einer Marktwirtschaft mit sozialer und ökologischer Verantwortung. Ziel ist es, langfristiges Engagement von österreichischen Klein- und Mittelbetrieben in Entwicklungsländern zu fördern.

Anfang 1998 stellte Staatssekretärin Ferrero-Waldner den Musiker und Komponisten **Joe Zawinul als "Goodwill-Botschafter" der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit** vor. Ziel seiner Aktivitäten ist es, in Österreich die öffentliche Aufmerksamkeit für die Entwicklungszusammenarbeit und globale Probleme zu stärken sowie in den Partnerländern das österreichische Engagement zu präsentieren.

2.4. Koordination der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Entwicklungspolitik

Aufgrund der verstärkten Präsenz der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in wurde eine aktive Teilnahme an der Geberkoordination vor Ort, die ständig an Bedeutung gewinnt, möglich. Österreich nahm an Koordinationstreffen der Union, der Weltbank (Konsultativgruppentreffen) und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) teil.

Maßnahmen zur Entschuldung

Österreich verzichtete wie andere EU-Staaten auf Darlehensforderungen aus der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in der Höhe von 1,2 Milliarden Schilling (e 87,2 Millionen).

Diese Maßnahmen erfolgten auf der Grundlage eines 1997 verabschiedeten Bundesgesetzes, das eine Entschuldung für Äthiopien, Burkina Faso, Burundi, Ghana, Kenia, Madagaskar, Mosambik, Nicaragua, Ruanda, Simbabwe und Uganda vorsieht.

Bundesministerin Barbara Prammer präsentierte im Rahmen der GV bei einer Podiumsdiskussion österreichische Bemühungen und Erfolge im Bereich der Gewaltbekämpfung. Zudem wurde der österreichische Aktionsplan zur Umsetzung der Ergebnisse der 4. Weltfrauenkonferenz von Peking präsentiert.

Als Vertragsstaat der **Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau** (CEDAW) hat sich Österreich auch im Jahr 1998 dafür eingesetzt, dass im Rahmen der von der VN-Frauenstatuskommission eingerichteten Arbeitsgruppe unter österreichischem Vorsitz durch die Ausarbeitung eines Zusatzprotokolls zur Konvention ein Beschwerderecht etabliert wird. Um die Arbeiten an einem Zusatzprotokoll in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe im März 1999 erfolgreich abschließen zu können, organisierte die österreichische EU-Präsidentschaft ein Sonder-Treffen der Rats-Arbeitsgruppe Menschenrechte zur Harmonisierung der Positionen der EU-Mitgliedsstaaten.

Auch im Rahmen der **54. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen** in Genf im März/April kam dem Thema "Menschenrechte und Frauen" besondere Bedeutung zu, was durch eine Panelveranstaltung unterstrichen wurde. Das hochrangige operationelle Segment des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) der VN forderte ebenfalls die konsequente Umsetzung des "gender mainstreaming"-Konzeptes im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

Der effektive Schutz der Rechte von Frauen stellte einen weiteren Schwerpunkt der **österreichischen EU-Präsidentschaft** zum Thema "Eliminierung von Gewalt gegen Frauen" dar. Von der österreichischen zwei Konferenzen abgehalten: die "Ost-West-Konferenz zu Frauenhandel" mit dem Ziel, weitere Strategien im Bereich der Prävention und Intervention zur Bekämpfung des Frauenhandels in Ost- und Westeuropa zu entwickeln, und die Expertenkonferenz "Polizeiarbeit gegen Gewalt an Frauen" mit den Schwerpunkten Kooperation von Polizei und Justiz, präventive und repressive Maßnahmen der Polizei auch im Zusammenhang mit Gewalt an Frauen in der Wohnsphäre, die besonderen Aspekte von Gewalt an Migrantinnen sowie die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen.

